C 21734 D



Na also: Hamburger SPD doch für Brokdorf! S.20

Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.193 19.1.81 *Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes*

DM 3
Förderpreis DM 5,–

„Es gibt Wichtigeres als den Frieden"

Bewaffneter Terrorist

Ronald Reagan, 69, US-Präsident.

Vertritt fanatisch und skrupellos die verbrecherischen Ziele seiner finanzstarken Auftraggeber.

Bei der Verfolgung dieser Ziele bevorzugt Reagan die Zusammenarbeit mit Mord- und Folterregimes wie in El Salvador, Südkorea, Chile und Südafrika. Bei Bedarf beschafft er seinen Komplizen Geld und Waffen zur Fortführung ihrer Verbrechen.

„Es gibt Wichtigeres als den Frieden", meint Reagans durch die Watergate-Affaire einschägig bekannter Außenminister Haig. Das Wichtigste ist der Reagan-Bande die Verteidigung und Ausweitung des Imperiums seiner Auftraggeber mit allen verfügbaren Mitteln. Diesem Leitprinzip folgt Reagan auch in den USA selbst: „Wenn es ein Blutbad gibt, dann muß es eben sein", sagte Reagan 1970, als er auf Studenten schießen ließ, die gegen den von seinen Auftraggebern geführten Krieg in Vietnam demonstrierten.

Westdeutsche Kontaktleute und Sympathisanten Reagans sind u.a. Helmut Schmidt (Spitzname „Der Kanzler") und F.J. Strauß (Spitzname „Der Kanzlerkandidat").

Vorsicht, Reagan ist bewaffnet, u.a. mit mehreren Tausend Atomraketen, Hun-
Vorsicht, Reagan ist bewaffnet, u.a. mit mehreren Tausend Atomraketen, Hun-
derten von Langstreckenbombern usw. Er verfügt über die größte Kriegsflotte der Welt und demnächst auch über Neutronenbomben, mit denen er vermutlich auch seine Sympathisanten in der BRD ausstatten will.

Wer diesem Mann begegnet, muß verdammt schnell am Abzug sein.



El Salvador: Der Sieg und die Zukunft gehören uns!

„Der Sieg und die Zukunft gehören uns", „Es lebe die große Volkserhebung", „Vereint, um bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen" – unter diesen Parolen riefen die Befreiungskräfte El Salvadors am Samstag, dem 10.1.81, zur allgemeinen Volkserhebung auf. Eingeleitet wurde die Offensive mit gleichzeitigen Angriffen auf mehrere Radiosender in San Salvador, verschiedene Ortschaften und vor allem militärische Einrichtungen. Die Bevölkerung wurde zum Generalstreik und zur Beteiligung an Straßenblockaden, Barrikadenbau, Einrichtung von Widerstandskomitees usw. aufgerufen.



Diese allgemeine Mobilisierung ist nach Aussagen der Oppositionsfront FDR nicht mit der Illusion eingeleitet worden, daß jetzt in einer großen Schlußoffensive in wenigen Tagen der Sturz der Junta herbeigeführt werden kann. Vielmehr geht es darum, vor dem Amtsantritt von Reagan das Kräfteverhältnis zugunsten der Volkskräfte auszubauen und zu stabilisieren und die Intervention durch die USA zu verhindern.

Reagan und sein Stab haben keinen Zweifel an ihren Plänen für Mittelamerika gelassen: „Es gibt da unten (d.h. in El Salvador, AK) keine rechtsextreme Regierung", sondern vielmehr eine „gemäßigte Regierung und aus Rechten und Linken bestehende Splittergruppen" („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.1. 81).

Gleichzeitig wird eine kommunistische Invasion von Seiten Kubas und Nicaraguas erfunden, um an den Vorwänden für eine Intervention in El Salvador zu basteln und womöglich gegen Kuba und Nicaragua gleich mit vorzugehen. Fort. Seite 8

Frauen für Jiang Qing

Gegen die beantragte Hinrichtung von Jiang Qing und für die unzensierte Veröffentlichung ihrer Verteidigungsrede spricht sich ein internationaler Frauen-Aufruf aus. Bei den Unterzeichnerinnen finden sich Alice Schwarzer („Emma"), die Feministin Kate Millet, Rossana Rossanda (Mitbegründerin der italienischen Linkspartei „il manifesto"), die griechische Schauspielerin Melina Mercouri, die französische Theater- und Filmemacherin Arian Mnouchkine und die frühere portugiesische Ministerpräsidentin Maria Lourdes de Pintasilgo. Für Samstag, den 17.1., hatten französische Frauen zu einer Demonstration in Paris aufgerufen.

Der Frauen-Aufruf hat folgenden Wortlaut: „*Im Prozeß gegen die wichtigsten Führer der Kulturrevolution, der in Peking stattfand, wurde die Todesstrafe gegen eine der Angeklagten beantragt: Eine Frau, Jiang Qing, die Witwe des Vorsitzenden Mao. Jiang Qing hat die Pflichtverteidiger abgelehnt und sich allein verteidigt – mit soviel Schlagkraft, daß die chinesische Presse, ebenso wie die Regierung, die Verbreitung ihrer Worte verhindert hat.*

Die internationale Frauenbewegung, die Frauen aus der ganzen Welt vereint, die die Isolierung um Jiang Qing durchbrechen wollen, protestiert bei der chinesischen Regierung und verlangt, daß Jiang Qing keinesfalls Fortsetzung S.2

+ Einen grünen Alleingang statt Bemühungen um ein breites Wahlbündnis möchte auch die „Gruppe Z" den Hamburger Grünen für den Bürgerschafts-

Fortsetzung von Seite 1

zum Schweigen verdammt werden darf, daß ihre Verteidigungsrede vollständig und ohne Zensur veröffentlicht wird und daß der Antrag auf Todesstrafe zurückgenommen wird, was auch immer die Anklagen gegen sie sein mögen.
Rebellion ist gerechtfertigt".
(Übersetzt nach dem italienischen Text aus „il manifesto", 13.1.) Der Aufruf wurde u.a. unterzeichnet von (nach „il manifesto"):
Antoinette Fouque, Kate Millet, Helene Cixous, Katia Kaupp, Roxane Witke, Claudine Hermann, Alice Schwarzer, Eva Forrest, Rossana Rossanda, Manuela Fraire, Bianca Maria Frabotta, Gabriella Turnaturi, Centro Culturale Virginia Woolf, Libreria delle donne (=Frauenbuchladen) di Milano, Giuliana Morandini, Libreria delle donne di Torino, Adele Cambria, Edoarda Masi, Nicoletta Stame, Tamar Pitch, Laura Boella, Marina Piazza, Marina Bianchi del Grif di Milano, Licia Conte, Roberta Tatafiore, Danielle Mazzonis, Redaktion von Memoria (Zeitschrift zur Geschichte der Frauen), Maria Lourdes de Pintasilgo, Melina Mercouri. Margherite Duras, Susan Braun Miller, Margarete Mitscherlich, Arian Mnouchkine, Tatiana Mamonova, Anna Prucnal, Geselle Halimi, Elisabeth Badinter, la redazione di Quotidiano donna (Frauen-Zeitung), le Nemesiache die Napoli, Colletivo donna (frauenkollektiv) di Com Tempi Nuovi, Anna Rossi Doria, Lorenza Zanuso, Ginevra Bompiani, Tilde Capomazza, Danielle Turone, Annamaria Guadagni, Fredrica Passeri, Grazia Levi, Marina Tartara.

Protest der „Courage"

Die Westberliner Frauenzeitung „Courage" hat am 16.1. ein Telegramm nach Peking geschickt, in dem die sofortige Aufhebung der Todesstrafe für Jiang Qing sowie die Öffentlichkeit des gesamten Verfahrens gefordert wird.

Betr.: AK 192: Todesurteile in Peking?

Der Autor des Artikels: „Todesurteile in Peking? Hua schon verhaftet?" schreibt: „*Mit der allen Diktaturen eigenen Mischung aus Frechheit und Dummheit verkündet Generalsekretär Hu Yaobang...*".
Der Kommunist liest es und staunt. Denn bisher ging er davon aus, daß dies keineswegs allen Diktaturen eigen ist. Zumindest die „Diktatur des Proleta-
von aus, daß dies keineswegs allen Diktaturen eigen ist. Zumindest die „Diktatur des Proleta-
riats" stellte er sich „etwas" anders vor. Oder zählt der KB/der Autor neuerdings diese auch zu „allen Diktaturen"?
Detlef/Düsseldorf

Recht hat er!

Daß einige Kommunisten an der zitierten Stelle gestaunt haben, liegt an einem kleinen Fehler beim Abschreiben des Manuskripts: Statt „alle Diktaturen" sollte es „alle Diktatoren" heissen.
AK-Redaktion

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 7.500
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Das Rätsel von Peking

„Hua Guo-feng begeht im Knast Selbstmord, indem er sich aus einem Meter Entfernung von hinten erschießt".
„Deng Hsiao-ping stürzt auf der Flucht in die USA mit dem Flugzeug über Taiwan ab".
„Hua wird neuer Regierender Bürgermeister von Berlin".
Den Spekulationen sind kaum Grenzen gesetzt. Seit dem Ende der Plädoyerdebatte gegen die Angeklagte Jiang Qing am 29.12.80, **vor nunmehr bald drei Wochen**, wird stündlich die Urteilsverkündung im Pekinger Prozeß erwartet. Und die Urteile lassen auf sich warten – ein sicheres Zeichen, daß es hier um eine hochbrisante politische Frage geht, die in der Parteiführung Gegenstand langdauernder Auseinandersetzungen ist.

Überdies ist „Viererbanden"-Killer Hua Guo-feng seit Ende November in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetreten. Außer dem Posten des Ministerpräsidenten, den er schon im September verlor, soll er nun anscheinend auch das Amt des Parteivorsitzenden loswerden. Den Neujahrsempfang des ZK durfte er nicht – wie es sich gehört hätte – leiten; nicht einmal eine schlichte Teilnahme an dem Ereignis („*Die Anwesenden unterhielten sich beim Tee angeregt über den Aufbau des Landes*" – „Peking Rundschau", 6.1.) wurde ihm gegönnt.

Ganz überraschend jedoch gab es am 13. Januar wieder Kunde von dem Verschollenen: Hua habe, so meldeten die Zeitungen, ein Grußtelegramm an den nordkoreanischen Staatschef Kim Il Sung mitunterschrieben. Am selben Tag berichteten die Zeitungen, daß Deng gegenüber einer japanischen Parlamentsdelegation das Stattfinden eines Machtkampfes in China bestritten habe: „*Die politische Lage in China sei die stabilste seit den sechziger Jahren*" („FAZ" vom 13.1.).

Nicht wesentlich klarer wurde die Lage durch zwei am 16.1. verbreitete Meldungen: Der Pekinger Bürgermeister Lin Hujia (der seinerseits 1978 Wu Döh abgelöst hatte, der zum Hua-Flügel in der Parteispitze gehört hatte) sei abgesetzt worden. Und Deng habe am 25.12. in einer Rede vor dem ZK, die seinerzeit parteiintern verbreitet wurde, „**davor gewarnt, sich denen anzuschließen, die seinem politischen Kurs Widerstand leisten**" („Welt", 16.1.). Die Meldung beruft sich auf „*Angaben von Regierungskreisen*". Daß zu besagtem Zeitpunkt
(„Welt", 16.1.). Die Meldung beruft sich auf „*Angaben von Regierungskreisen*". Daß zu besagtem Zeitpunkt
eine ZK-Sitzung stattgefunden habe, wird damit erstmals konkret angedeutet. Am 24.12. war die Plädoyerdebatte gegen Jiang Qing, also die allerletzte Prozeßphase vor dem Urteil, eröffnet worden, jedoch dann aus rätselhaften Gründen erst am 29.12. fortgesetzt und mit dem Antrag auf Todesstrafe beendet worden. Das Stattfinden einer ZK-Sitzung wäre eine plausible Erklärung für die Unterbrechung.

Die Hintergründe der Kämpfe in der chinesischen Parteiführung lassen sich auf zwei Hauptpunkte zurückführen:

1. Die Absicht der Deng-Gruppe, den Pekinger Prozeß zum Ausgangspunkt einer großangelegten Prozeß- und „Säuberungs"welle zu machen, die erhebliche Teile des Partei- und Staatsapparates treffen soll. Allein in dem zu Ende gegangenen Prozeß sollen die Namen von 60 weiteren Angeklagten genannt worden sein, gegen die demnächst Prozesse erwartet werden („Welt", 5.1.). Insgesamt wurden im Prozeß die Namen von über 80 Mitbeschuldigten genannt (darunter einige bereits Verstorbene), davon 35 bis 40 im Zusammenhang der Kulturrevolution, 28 im Zusammenhang des angeblichen Lin-Biao-Putsches von 1971 und 20 (darunter fast die gesamte alte Shanghaier Führung) in Zusammenhang mit einer angeblich geplanten „bewaffneten Rebellion" nach der Verhaftung der „Viererbande" am 6.10.76 (eigene Rechnung nach den chinesischen Prozeßberichten).
Die sich hier andeutende Super-„Säuberung" bedroht einen riesigen Kreis von Menschen (sämtliche Aktivisten der Kulturrevolution, alle Gegner Deng Hsiao-pings, zahlreiche Militärs) und stößt auf entsprechenden Widerstand, nicht nur bei den direkt Bedrohten, sondern auch bei anderen Teilen des Partei-, Staats- und Militärapparats, die Angst vor neuen Erschütterungen haben und die sich gerade aus diesem Grund an der „Zerschlagung der Viererbande" (als letztem Symbol der Kulturrevolution) beteiligt hatten.
2. China steckt wirtschaftlich in der Krise. Der anfangs erfolgreiche Versuch, sich nach dem Rechtsputsch 1976 durch phantastische Versprechungen und „Modernisierungs"projekte einen Vertrauensvorschuß im Volk zu verschaffen, ist an die harten Grenzen der Realität gestoßen. Im Rahmen einer sogenannten „Regulierung" (die im Frühjahr 1979, unmittelbar nach dem von Deng zu verantwortenden Vietnam-Abenteuer, einsetzte) wurden zahlreiche Super-Projekte (großenteils mit ausländischer Beteiligung geplant) stillgelegt bzw. im Baustadium „eingefroren". China hat – erstmals seit Jahrzehnten – eine stattlich hohe Inflationsrate und ein nicht minder stattliches Haushaltsdefizit, das offiziell auf 5,3 Milliarden Dollar geschätzt wird, aber nach Ansicht westlicher Finanzleute sogar mindestens 6,7 Milliarden betragen dürfte („FAZ", 17.12.).
Für die sich hier anbahnenden Rückschläge auch im Lebensstandard des Volkes werden wieder einmal Sündenböcke gesucht. 1976 war es die „Viererbande" gewesen, der sämtliche wirtschaftlichen (und sonstigen) Probleme angelastet wurden. Heute will die Deng-Gruppe auf Bewährtes zurückgreifen: Die ersten beiden Jahre nach dem Rechtsputsch hätten noch sehr stark unter „ultralinkem" Einfluß gestanden. Man habe sich damals – unter der Verantwortlichkeit Hua Guo-fengs! – bei den Wirtschaftsplänen übernommen, utopische Ziele angestrebt, Größenwahn beim Import westlicher Großtechnologie walten lassen.
Die geplante Super-„Säuberung", verbunden mit einer Welle politischer Prozesse, soll u. a. die Aufgabe haben, den rapiden Vertrauensschwund im Volk aufzufangen und noch einmal die Illusion zu wecken, daß es nun – nach Überwindung „ultralinker" Hemmnisse – wirtschaftlich aufwärts gehen werde.

Daß sich diese Kämpfe unter offiziellem Stillschweigen nun schon wochenlang hinziehen, daß drei Wochen nach Abschluß des Pekinger Prozesses noch kein Urteil verkündet ist, deutet auf den Umfang des Widerstandes gegen die Deng-Gruppe hin. Der Ausgang dieses Kampfes scheint noch nicht endgültig entschieden.

19.1.81

VR China: Atomlobby formiert sich

Wie andere „Realsozialisten", so entwickeln auch die Herrschenden in China zunehmend eine Vorliebe für AKW's. Ende 1980 richteten rund hundert chinesische Atomwissenschaftler auf einer 'Landeskonferenz über Atomenergie' einen Appell an die Pekinger Regierung, den Bau von AKW's als langfristig angelegte, kontinuierliche Aufgabe zu betrachten. Die Wissenschaftler schlugen den Bau von sechs AKW's vor, die zwischen 1988 und 1991 fertiggestellt sein sollten. Die „Experten" argumentierten, „*gegenwärtig gäbe es auf der Welt rund 200 Atomreaktoren, deren Sicherheit, Zuverlässigkeit und wirtschaftlicher Wert sich in der Praxis erwiesen hätten. Im Vergleich mit Kohle und Öl verursachte die Kernenergie die geringste Luftverschmutzung und sei die sauberste Energiequelle*" („Beijing Rundschau", vormals „Peking Rundschau", 9.12.80). Eventuelle Ähnlichkeiten mit der Argumentation von AKW-Befürwortern in der UdSSR wären natürlich rein zufällig ...

Die Bemühungen der chinesischen AKW-Lobbyisten bleiben nicht ohne Erfolg. Unlängst kamen der neue Ministerpräsident Zhao Zijang und der französische Präsident Giscard grundsätzlich überein, daß die VR China zwei AKW's aus Frankreich importieren werde. Chinas staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik (entspricht einem Ministerium in der BRD) hat eine 38köpfige „Sonderarbeitsgruppe für Kernenergie" gebildet, die vom Vizeminister des 2. Ministeriums für Maschinenbau geleitet wird.

U., RGW-Kommission



Forderungen erfüllt – Rote Brigaden lassen Richter d'Urso frei

Nach 33tägiger Haft in einem „Volksgefängnis" ließen die Roten Brigaden am frühen Morgen des 15. Januar den römischen Richter Giovanni d'Urso frei. Mit dem ihnen eigenen Gespür für politische Effekte stellten sie ihren Gefangenen in einem FIAT 127 unweit von seinem Arbeitsplatz, dem Justizministerium ab – übrigens nur drei Straßen entfernt von dem Ort, an dem vor drei Jahren die Leiche des Führers der Christdemokraten, Aldo Moro, aufgefunden wurde.

Der Freilassung d'Ursos ging die Erfüllung der Forderung voraus, die die Roten Brigaden mit seiner Entführung verbunden hatten:
– Sofortige Schließung des Knasts in Asinara (s.a. AK 192).
– Sofortige Freilassung des lebensgefährlich an Lungenkrebs erkrankten, zu 19 Jahren verurteilten Genossen Faina (dem die Ärzte nur noch eine kurze Lebenszeit einräumen).
– Abdruck eines ausführlichen Kommuniques der Roten Brigaden in der großen Presse des Landes.

Während die ersten beiden Forderungen schnell erfüllt wurden, gab es
muniques der Roten Brigaden in der großen Presse des Landes.
Während die ersten beiden Forderungen schnell erfüllt wurden, gab es
um die Dritte ein hartes innenpolitisches Tauziehen. Erstmalig in Italien erlegten sich große Teile der Presse eine Selbstzensur auf. Obwohl die Journalistengewerkschaft diese Praktik verurteilte, entschieden sich Italiens größte Zeitung „Corriere della Sera", die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI und andere Medien zum Schweigen. Zwei Journalisten des „Espresso", einer mit dem „Spiegel" vergleichbaren italienischen Wochenzeitung, und ihr angeblicher Mittelsmann wurden wegen Durchführung und Veröffentlichung eines aufsehenerregenden Interviews mit den Roten Brigaden festgenommen, das in der ersten Ausgabe des neuen Jahres erschien.

Allerdings hielten sich nicht alle Medien an den selbstverpaßten Maulkorb: Als erste veröffentlichten die linken Tageszeitungen „Lotta continua" und „il Manifesto" die entscheidenden Kommuniques der Gefangenenkomitees in den Gefängnissen von Trani und Palmi, in deren Hände die Roten Brigaden die Entscheidung über die weitere Behandlung des entführten Richters gelegt hatten. Die Zeitung der Sozialistischen Partei, „l'Avanti", zog nach, was von großer Bedeutung war, weil die Sozialisten Koalitionspartner in der neuen Regierung Forlani sind, die erst im Spätherbst des vergangenen Jahres nach der FIAT-Krise und einem ungeheuren Korruptionsskandal gebildet worden war. Die Sozialisten drängten in der Regierung auf eine etwas nachgiebigere Haltung gegenüber den Forderungen der Roten Brigaden, die ohnehin nicht besonders hoch waren. So spitzte sich der Konflikt auf die Frage zu, was den Medien das Leben des Richters wert war. „Das Leben meines Mannes kann doch nicht an der Publikation von drei Seiten hängen", schrieb verzweifelt Franca d'Urso, die Ehefrau des Entführten an „Lotta continua" (taz, 12.1.). Am Montag letzter Woche verlängerten die Roten Brigaden das Ultimatum auf Dienstag 14 Uhr. Bei entsprechender Veröffentlichung wurde die Freilassung d'Ursos zugesagt. „Angesichts der Reue des von den Roten Brigaden Gefangenen und seiner Mitarbeit mit der proletarischen Justiz sei seine Tötung nicht mehr erforderlich", signalisierte der historische Führer Renato Curcio über seine Anwälte im Namen der Mitglieder des Kampfkomitees im Superknast von Palmi (taz, 9.1.). Als dann noch die große römische Tageszeitung „Messagero" und der Genueser „Secolo XIX" die selbstverhängte Pressezensur aufhoben, entschieden die Entführer: d'Urso wird freigelassen!

PCI wird Ordnungsmacht Nummer Eins

Entschiedenste Verfechterin einer kompromißlos unnachgiebigen Haltung war wieder einmal die italienische KP. „Die Regierung gibt den Terroristen nach", übertitelte sie einen Artikel zur Freilassung des todkranken Faina. Sie warf der Regierung „Nachgiebigkeit" vor, weil sie nicht verhindert habe, daß die Kommuniques der Gefangenen von Trani und Palmi an die Öffentlich-
gierung „Nachgiebigkeit" vor, weil sie nicht verhindert habe, daß die Kommuniques der Gefangenen von Trani und Palmi an die Öffentlich-
keit gelangten, und weil sie nichts gegen die Anwälte und Abgeordneten der radikal-demokratischen „Partito Radicale" (PR) unternommen habe, die in mehr als zweitägigen Gesprächen mit den dort einsitzenden Rotbrigadisten sprachen. Die PR, die sich in der ganzen Auseinandersetzung vehement dafür einsetzte, daß die Stimmen und Forderungen der einsitzenden politischen Gefangenen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, auch wenn sie die überhaupt nicht teilt, wurde von der PCI zum „Sprachrohr der Terroristen" erklärt. Als der PR-Abgeordnete Ciccio Messere den letzten Brief des noch gefangenen d'Urso im Parlament verlesen wollte – trotz des expliziten Verbots der PCI-Parlamentspräsidentin – wurde er von PCI-Abgeordneten bespuckt, mit Papierstößen beworfen und schließlich gewaltsam rausgeschmissen. Die Entwicklung der PCI zur staatlichen Ordnungsmacht nimmt erschreckende Formen an. Sie unterstützt dabei, leider nicht ohne Erfolg auch in der Arbeiterschaft, verhängnisvolle Theorien vom „Sympathisantensumpf", den es „auszutrocknen" gelte. Dabei geht die Bedrohung für die Italiener mittlerweile immer mehr von aufgeputschten Ordnungskräften aus. So ist in den ersten Tagen des neuen Jahres in Rom eine 28jährige Frau auf dem Rücksitz eines kleinen Autos erschossen worden, weil der Fahrer der Aufforderung von zivilen Polizisten, „Hände hoch und keine falsche Bewegung", die er für Banditen hielt, durch Flucht zu entkommen versuchte. Sowas ist nichts besonderes mehr: **„Seit das Sondergesetz zur Terroristenbekämpfung der Polizei im Einsatz mehr Rechte einräumt, steigt die Zahl der ‚irrtümlich' getöteten Bürger von Jahr zu Jahr. 1975 wurden elf Fälle bekannt, 1976 zwölf, 1977 vierzehn, 1978 sechzehn, 1979 fünfundzwanzig und 1980 zweiundzwanzig"** (FR, 9.1. 1981).

Italien-Kommission KB Hamburg

»Amerika steht ein Rendezvous mit dem Schicksal bevor!«

Der dies sagte muß es wissen: Ronald Reagan verabschiedete sich so von seinen kalifornischen Freunden, als er letzte Woche seinen Umzug nach Washington begann. Allerdings wird er das Rendezvous nicht allein bestreiten, an seiner Seite werden ihm ebenbürtige Figuren stehen.

Am 20. Januar betritt diese makabere Gesellschaft in Washington das Parkett. Jeder einzelne von ihnen ist eine Gallionsfigur des US-Imperialismus, doch zusammen sind sie geradezu unglaublich. Deshalb wollen wir sie in diesem Artikel etwas aus dem vornehmen Halbdunkel hervorholen, in dem sie bisher überwiegend ihre Karrieren organisierten. Hervorstechendste Merkmale sind ihre Erfahrungen als Unternehmer größten Stils und meistens auch ihre bezeichnende Lehrzeit unter Nixon – Watergate läßt grüßen ...

RONALD REAGAN

Über den 69jährigen **Präsidenten** selbst ist bereits eine Menge geschrieben worden, allerdings mehr über seine besser verschwiegene Filmkarriere als über seine politischen Heldentaten.

Bereits in den fünfziger Jahren machte sich Reagan als Funktionär der Schauspielergewerkschaft in Hollywood einschlägig bekannt, als er die berühmten „Schwarzen Listen" für die Hexenjagd McCarthys auf alles „Linke" mitverfaßte. In jener Zeit trat er auch der „John Birch Society" bei, einer mitgliederstarken und einflußreichen Vereinigung der wildesten Antikommunisten. Die gemeinsame Kandidatur von Nixon und Reagan um die Nominierung zum Präsidentschaftsbewerber 1968 führte die Bircher fast zur Spaltung. In Fernsehfilmen der Gesellschaft sprach Reagan über *„unsere große Nation"* (1).

Von 1967 bis 1975 verdiente er sich dann seine Sporen als heißblütiger Gouverneur von Kalifornien, dem zweitgrößten Bundesstaat der USA. Während der gesamten Zeit des Vietnamkrieges, der für ihn ein *„heiliger Kreuzzug"* war, sorgte er für Ruhe und Ordnung. So 1969 bei den großen Studentenunruhen an den Universitäten von Berkeley u.a. Auch die blutige Aktion gegen den „People's Park" wuchs auf seinem Mist. Seine ununterbrochenen Versuche, zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gewählt zu werden, waren noch 1976 erfolglos gewesen, erst 1980 schaffte er den Durchbruch.

Park" wuchs auf seinem Mist. Seine ununterbrochenen Versuche, zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gewählt zu werden, waren noch 1976 erfolglos gewesen, erst 1980 schaffte er den Durchbruch.

GEORGE BUSH

Der 56jährige **Vizepräsident** hatte sich selbst erfolglos um die Präsidentschaftskandidatur seiner Partei beworben, ehe er von Reagan als Sozius angeheuert wurde.

Der Industriellensohn studierte in Yale Wirtschaftswissenschaften, war im 2. Weltkrieg Marineflieger und startete rasch eine politische Laufbahn. 1970-72 war er UN-Delegierter, 1974 Leiter des Verbindungsbüros in Peking (Vorläufer der US-Botschaft), 1975-76 Chef des CIA und seit 1976 Abgeordneter des Repräsentantenhauses (2). Seit langen Jahren gehört er dem einflußreichen „Council on Foreign Relations" (CFR, außenpolitischer Zirkel des Kapitals) und der „Trilateralen Kommission" (TK) an (3).

CASPAR W. WEINBERGER

Der **Verteidigungsminister** konnte ebenso wie die vorgenannten eine erfolgreiche Nixon-Lehre nachweisen, unter dem er Gesundheitsminister war. Zuletzt war er Vizepräsident (stellv. Vorstandsvorsitzender) der Bechtel Corporation, der größten Baufirma der Welt (4). Auch er ist Mitglied des CFR und der TK.

DONALD T. REGAN

Der 61jährige **Finanzminister**, der sich im Gegensatz zu seinem Chef „Rehgen" „Riigen" spricht, kommt mitten aus dem Herzen des Kapitals. Er war bislang Chef von Merrill, Lynch & Co., der größten Anlagen- und Aktienmaklergesellschaft der USA und der Welt. Der Betrieb beschäftigt 27.000 Angestellte und bescherte Regan ein Jahresgehalt von über 500.000 Dollar. So konnte er das beruhigende Pölsterchen von immerhin 8,5 Millionen Dollar anhäufen, sich Häuser in New Jersey, Florida und bei Washington anlegen (5). Seine Firma tritt für den „Volkskapitalismus" ein – was immer das auch werden sollte –, aber unter seiner Führung hagelte es nur Verfahren wegen ungerechter Behandlung von Frauen und Minderheiten und wegen falscher bzw. irreführender Kundenberatung (4).

Regan ist ein Sproß der renommierten Harvard-Universität, diente im 2. Weltkrieg als Oberstleutnant der „Marines" und ist ebenfalls Mitglied des CFR. An ihm werden die Wahlkampfversprechungen seines Chefs wesentlich hängenbleiben:
- 30% Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern innerhalb von drei Jahren;
- gleichzeitige Rekordrüstung;
- Reduzierung der Arbeitslosigkeit;
- Abbau der Inflationsrate;
- Senkung der Zinsen;

Diesen Zauber-Eintopf bezeichnete Vize Bush treffend als „Woodoowirtschaft" (5).

MALCOLM BALDRIDGE

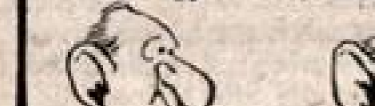
Der **Handelsminister** konnte einschlägige Erfahrungen sammeln als Chef der Scovill Company, einem der 500 größten Unternehmen der USA mit Betrieben in Mexico, Brasilien und Südafrika (4).

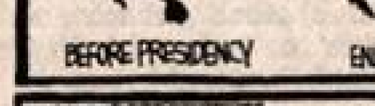
JAMES G. WATT

Der **Innenminister** hat in den USA traditionell nicht die Bedeutung wie in der BRD, weil die Innenpolitik wesentlich in Händen des Präsidenten bleibt. Trotzdem bleiben ihm noch genügend dringende Aufgaben wie Umweltschutz und Indianerfragen.

Gerade dies macht allerdings seine Ernennung zum Hohn. Seine bisherige Arbeit in Denver als Präsident der „Mountain States Legal Foundation", einer Erschließungsgesellschaft für Öl-, Gas- und Minenvorkommen sowie Holzabbau hat ihn stets auf der entgegengesetzten Seite gesehen. So machte er sich stark gegen Sonderstrompreise für Behinderte und Arme, gegen indianische Souveränität, gegen die Gleichberechtigung der Frauen und gegen das Recht schwarzer Studenten, an der Medizinhochschule in Colorado zu studieren. Dies, weil *„er bestürzt wäre, von einem schwarzen Arzt operiert zu werden"* (6).









Amerikanische Präsidentenkarikatur: Vorher, nachher

WILLIAM F. SMITH

Der **Justizminister** ist nicht nur persönlicher Anwalt Reagans gewesen, sondern mit ihm befreundet, seit sie gemeinsam Jagd auf linke Professoren und Studenten an der Universität von Kalifornien machten. Auch als Mitarbeiter Nixons konnte er einschlägige Erfahrungen sammeln.

Seine jüngste Vergangenheit ist allerdings ungleich bemerkenswerter. Er saß immerhin im Vorstand von:
- Pacific Lighting Corp.
- Crocker National Bank
- Pacific Mutual Life Comp.
- Pullman Inc.
- Pacific Telephone & Telegraph

Letztere Gesellschaft ist der kalifornische Zweig des Riesen ATT (American Telephone & Telegraph). Gegen eben dieses Unternehmen hat das Justizministerium im Dezember 80 ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Kartellgesetz eröffnet. Dies wird Smith in die interessante Lage versetzen, sich selbst zuerst zu verfolgen (4).

RAYMOND J. DONOVAN

Der **Arbeitsminister** hat ein absolut anderes Verständnis der Arbeit als sein berühmter Namensvetter. Er war bislang Bauunternehmer in New Jersey und Millionär dazu (4).

SAMUEL R. PIERCE Jr.

Der **Wohnungs- und Städtebauminister** ist eines der beiden Feigenblätter des Kabinetts, allerdings als plumpe Fälschung zu erkennen. Obwohl ein Schwarzer, gehört er doch durch seine Arbeit im New Yorker Anwaltsbüro Battle, Fowler, Jaffin & Kheel und seine Vorstandstätigkeit in der US Industries and Prudential Insurance Company zu den typischen Figuren der Reagan-Bande (6).

RICHARD SCHWEIKER

Der **Gesundheits- und Wohlfahrtsminister** hat ebenfalls so seine eigenen Ansichten über seine künftigen Aufgaben. So trat er im Congreß bisher ein
- für das berühmt-berüchtigte Schulgebet;
- gegen Lebensmittelmarken für Arme;
- gegen eine Umverteilung des Haushalts von Rüstung auf Wohlfahrt;
- gegen das Recht auf Abtreibung;
- gegen die Rassenintegration an den Schulen (7).

JAMES R. BLOCK

Der **Landwirtschaftsminister** verdiente sich seine goldene Forke als „Wall Street Farmer". Eine seiner markigen Devisen ist: *„Nahrungsmittel sind die beste Waffe zur Erhaltung des Friedens"* (6).

RICHARD V. ALLEN

Der 44jährige **„Sicherheitsberater"** gehört ebenfalls zum Kabinett. Er leitet den „Nationalen Sicherheitsrat", Teil des Weißen Hauses.

Seine Auszeichnungen sind reichlich und beginnen mit seinem Studium. Von 1958 bis 1961 studierte er an der Münchener Universität Politische Wissenschaften und Philosophie. So lernte er nicht nur Deutsch, sondern auch Franz Josef Strauß kennen, später auch noch Helmut Schmidt (seit 1965).

Unter Nixon war er außenpolitischer Berater und zehn Monate Stellvertreter Kissingers im Amt des Sicherheitsberaters. Damals warnte er Nixon schon im Juni 1968 vor dem Einmarsch der Sowjets in Prag.

Bis zur Unabhängigkeit von Angola und Mozambique war er Interessenvertreter der „Overseas Company of Portugal". Anschließend wurde er Chef der „Potomac International Corp" (8).

Seine Ernennung wäre beinahe gescheitert, nachdem er im vergangenen Sommer kurzfristig aus dem Reagan-Team entfernt werden mußte. Er wurde „verdächtigt", seine politischen Beziehungen für lukrative Privatgeschäfte ausgenützt zu haben (9).

JAMES B. EDWARDS

Der Chef der Energiebehörde ERDA war bislang Gouverneur des stockrassistischen Bundesstaats South Carolina, der jetzt zur größten Atommülldeponie der USA mit der höchsten Krebsrate geworden ist (6). Bester Leistungsnachweis!

Seine Einstellung läßt sich am besten an einem Fazit seiner Südafrikareise von 1977 festmachen: *„Der Einfluß der Schwarzen auf die US-Politik verhindert, daß die weiße Regierung von Südafrika ihren gerechten Anteil an Sympathie und Verständnis bekommt"* (10).



„Tarzan" Reagan mit Dagobert Duck und Frankenstein (Haig) auf dem Weg ins Weiße Haus – Karikatur der Wiener „Neuen Kronen Zeitung"

WILLIAM J. CASEY

Der 67jährige **CIA-Chef** kennt „seinen" Betrieb bereits seit dessen Gründung aus ständiger Zusammenarbeit. Als renommierter New Yorker Industrieanwalt hat er seit 1940 alle republikanischen Präsidentschaftskandidaten beraten. Für Reagan leitete er sogar den Wahlkampf (11).

Unter Nixon wurde Casey stellvertretender Außenminister. Er ist Mitglied des CFR. Auf seinem Kerbholz steht eine ominöse 200.000-Dollar-Bestechung von dem Steuergangster Robert Vesco für Nixons Wiederwahl. Zu dieser Zeit war Casey Chef des Rechnungshofes. Auch in Bestechungsskandale wie z.B. von ITT war er verwickelt (4).

JEANNE J. KIRKPATRICK

Die UN-Botschafterin ist das zweite scheinheilige Feigenblatt, das sich Filmtarzan Reagan vergeblich vorhal-

JEANNE J. KIRKPATRICK

Die **UN-Botschafterin** ist das zweite scheinheilige Feigenblatt, das sich Filmtarzan Reagan vergeblich vorhalten will. Die Professorin der erzreaktionären Georgetown-Universität von Washington machte sich bislang damit einen Namen, daß sie gegen den Abbau der Beziehungen zu Taiwan, gegen die Anerkennung Nicaraguas und gegen die Kritik an Menschenrechtsverletzungen in Südafrika protestierte. Hingegen fordert sie jetzt verstärkte Waffenlieferungen für El Salvador (6).

ANDREW LEWIS

Der **Verkehrsminister** hüllt sich vorläufig noch ins Dunkel, zumindest sind seine Verdienste hier noch nicht bekannt geworden.

Quellen:

1) Gerald Schomp, „Birchism was My Business", London 1970, S. 94 und S. 156
2) Fischer Weltalmanach '81, S. 518
3) alle Angaben über Mitgliedschaften in CFR und TK sind einer Aufstellung der US-Zeitung „Daily News Digest" (6.11.80, S. 9) entnommen.
4) Workers World, New York, 19.12.80, S. 3
5) Spiegel 51/80, S. 110-111
6) Workers World, 2.1.81, S.3
7) Washington Post, 12.12.80
8) Stern, 16.10.80, S. 236-237
9) Spiegel 46/80, S. 154
10) New York Times, 24.12.80
11) Stern, 13.11.80, S. 33

zum Kasten „Haig":

12) Tageszeitung, 19.12.80, S.11
10) New York Times, 24.12.80
11) Stern, 13.11.80, S. 33

zum Kasten „Haig":

12) Tageszeitung, 19.12.80, S.11
13) Spiegel 52/80, S. 106-111
14) Harburger Anzeigen und Nachrichten, 10.1.81, S.2
15) Washington Post, 22.12.80
16) Workers World, 12.12.80, S. 3
17) Workers World, 19.12.80, S. 3
18) Hamburger Abendblatt, 13.1.81, S. 2
19) Spiegel 1-2/81, S. 99

USA-Kommission

Vier Sterne – aber ungenießbar

Ein besonderes Prachtexemplar der Reagan-Falken ist der Vier-Sterne-General Alexander Meigs Haig. Er ist seit 30 Jahren der erste General im traditionell „zivilen" **Außenministerium**. Seine Karriere ist ebenso bewegt wie befleckt.

Als Offizier „arbeitete" er in Japan (1949), Korea (1950), Europa (1956-59) und Vietnam (1966-67). Dazwischen war er an Militärakademien und im Kriegsministerium tätig (12). So machte er sich im Stab von General McArthur bei der Invasion Koreas verdient, war 1962 militärischer Berater Kennedys während der Kubakrise, plante unter „Verteidigungs"minister McNamara die Bombadierung vietnamesischer Dörfer, unter Kissinger die Verminung Haiphongs und die Invasion Kambodschas 1970, unter Nixon die Bombadierung Hanois an Weihnachten 1972 (13). Dies sei *„...im besten Interesse der Vereinigten Staaten gewesen und produzierte die beabsichten Resultate"* (14).

1972 machte ihn Nixon abrupt zum Vier-Sterne-General und zum stellvertretenden Stabschef der Armee. Im Mai 1973 wurde er mitten im Watergate-Fieber zum Stabschef des Weißen Hauses berufen, wo er wesentlich an den berüchtigten Tonbandaufzeichnungen Anteil hatte. Erst riet er Nixon (am 4.6.73) einfach zu sagen, *„Sie können sich an nichts mehr erinnern"* (13), dann sorgte er für einen „sauberen" Abgang seines Chefs. Doch zuvor hatte er noch seine Finger im blutigen CIA-Putsch in Chile (15).

Von 1974 bis 1979 war er Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa.

Seit 1979 war er Vorstandsvorsitzender der United Technologies in Hartford, Connecticut, dem drittgrößten Rüstungskomplex der USA. Unter seiner Führung stieg dessen Umsatz von 9 Milliarden Dollar (1979) auf 12 Milliarden (1980) und sein Jahresgehalt auf 500.000 Dollar (16). Sein Unternehmen unterstützte reaktionäre Positionen von Abtreibungsgegnern bis hin zu Rüstungskontrollgegnern und finanzierte riesige Traueranzeigen für den „alten Recken" John Wayne (17).

Seine Ernennung führte zu einer ausführlichen Anhörung vor dem Congreß, bei der er an Säbelrasseln und Reaktion nichts vermissen ließ. *„Im Atomzeitalter gibt es Dinge, für die wir Amerikaner zu kämpfen bereit sein müssen. Eine glaubwürdige Abschreckung verlangt die unbedingte Entschlossenheit, unsere Macht zu nutzen, einschließlich der Atommacht."* Es könne keinen Frieden um jeden Preis geben, denn **„es gibt...bedeutendere Dinge als ‚im Frieden zu sein'!"** *(18).*

„Ich hätte mir eine etwas weitsichtigere Behandlung des nicaraguanischen Diktators Anastasio Somoza gewünscht. Welche Auswüchse er und sein Regime auch aufwiesen, er hätte nicht abgehalftert werden sollen" *(19).*

Neue Finanzhilfe aus Bonn für die Türkei
Protestaktionen gegen die Junta gehen weiter

Mehrere tausend Menschen demonstrierten am Sonnabend, den 17.1., in verschiedenen Städten gegen die Folter in der Türkei und gegen die Unterstützung des Putsches durch die NATO und die BRD. Bei Redaktionsschluß war uns bekannt, daß Demonstrationen in Hamburg, Frankfurt und Nürnberg stattgefunden haben. In Hamburg beteiligten sich ca. 3-4000, in Frankfurt ca. 700 und in Nürnberg ca. 200. Aufgerufen hatten zu den Demonstrationen die Hungerstreikkomitees, unterstützt wurden sie dabei von Aktionseinheiten der linken deutschen und türkischen Organisationen. Zusagen zur Unterstützung gab es auch aus sozialdemokratischen Kreisen (vor allem Jusos), ohne daß diese jedoch an den Aktionen teilnahmen.

Währenddessen hat sich der Hungerstreik noch auf andere Städte ausgeweitet. Er findet nun in Hamburg, Frankfurt, Westberlin, Nürnberg, München, Hannover, Köln, Bielefeld und Wiesbaden statt. Auch die Solidaritätsfront mit den Zielen der Hungerstreikenden hat sich noch erweitert. In der letzten Woche schlossen sich die SPD–Bürgerschaftsfraktion in Hamburg (einstimmig !) sowie der Bundesvorstand der Jusos an.

Noch keine Zusagen gibt es dagegen von der Bundesregierung, einer Untersuchungskommission diplomatischen Schutz zu gewähren.

Putschziel erreicht ?

Die Militärjunta hat bisher offiziell auf die Aktionen in den westeuropäischen Ländern nicht reagiert, ebensowenig wie auf die verschiedenen Anfragen von „amnesty international", Parlamentariern usw. Sie war jedoch auf die Aktionen vorbereitet. In der am 24.12.80 erschienenen Ausgabe der juntanahen Zeitschrift „Diplomat" (Ankara) heißt es: „*Ein gemeinsamer Angriff auf die Militärherrschaft wird in Westeuropa für Januar/Februar erwartet. Eine ‚Folterkampagne' wird erwartet, genauso wie es Anstrengungen gibt, die Hinrichtung von Terroristen zu verhindern, die für schuldig befunden sind des Mordes von mehr als 5000 Menschen in den vergangenen zwei Jahren.*" Die Zeitschrift kündigt gleichzeitig an, daß sich die Junta um diese Kampagne nicht kümmern werde und an dem „*sorgfältig vorbereiteten Plan*" für den Putsch festhalten werde. Dieser Plan wird nun immer deutlicher.

Danach setzte sofort nach dem Putsch eine Massenverhaftungswelle ein. Für den Zeitraum der ersten vier Wochen wurden von der Junta 11.000 Verhaftungen bekanntgegeben („FR", 30.10.80). Bis zu diesem Zeitpunkt wurden jedoch keine Angaben über die politische Zugehörigkeit gemacht, sondern in den Meldungen hieß es lediglich, es würde sich um „Terroristen" handeln.

Von Ende Oktober an wurde dann bei den Verhaftungen jeweils auch die politische Richtung, in vielen Fällen sogar die Zugehörigkeit zu einer Organisation angegeben. Von da an kann nach einer Zusammenstellung der „Türkei-Information" ersehen werden, daß die weiteren Verhaftungen zu über 90% die Linke traf und davon wiederum zu einem großen Teil Mitglieder und Sympathisanten der organisierten, revolutionären Linken. Im gleichen Zeitraum änderte sich auch die Propaganda der Junta. Hieß es anfangs, der Putsch richte sich gegen die „Unfähigkeit" der bürgerlichen Parteien u n d gegen die „Terroristen von links und rechts", blieb später nur noch der Kampf gegen den „Terrorismus". Gleichzeitig wurden alle inhaftierten bürgerlichen Politiker wieder auf freien Fuß gesetzt. Heute findet man in den Zeitungen fast ausschließlich die Bekanntgabe von Verhaftungen von Angehörigen linker Organisationen. So gaben die Militärs am 11.1. die Festnahme von 204 Mitgliedern von Dev-Yol bekannt, denen die „Ermordung" von 25 Personen (u.a. dem stellvertretenden Vorsitzenden der MHP) und die Planung von 3000 weiteren „Mordanschlägen" vorgeworfen wird (lt. „FR", 12.1. und „FAZ", 15.1.).

Nach den neuesten Zahlen, die von der Junta bekanntgegeben wurden, wurden bis zum 10.12.80 30.000 Personen aus politischen Gründen verhaftet. Gegen 8500 ist inzwischen ein Strafverfahren eingeleitet worden (lt. „FR", 15.1.).

Nicht bekannt ist, in welchem Masse in diesen Zahlen die verhafteten Kurden eingeschlossen sind. So berichtet die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), daß in zwei Wochen ein Massenprozeß gegen 2400 Mitglieder und Sympathisanten ihrer Organisation stattfinden wird. Verurteilt werden sollen sie als „gemeine Verbrecher" und „Terroristen" – diese Art, die politische Prozeßführung zu verschleiern, kennen wir ja auch in der BRD. Dies alles sind Anzeichen dafür, daß das Ziel des Putsches im wesentlichen darin bestand, die linke, organisierte Opposition nicht nur auszuschalten, sondern zu zerschlagen.

Dieses Ziel scheint die Junta weitgehend erreicht zu haben. So berichtete der ÖTV-Vorsitzende Kluncker nach einem Besuch in der Türkei und nach mehreren Gesprächen mit Regierungsmitgliedern befriedigt: „*Trotz weiterer Meldungen über politisch motivierte Morde sei der Terror in der Türkei nahezu überwunden*" („FR", 16.1.). Dafür spricht auch, daß die Militärjunta noch für dieses Jahr die Einführung eines beratenden Parlaments angekündigt hat. Kluncker war offiziell als Präsident der Internationale der Gewerkschaften der Öffentlichen Dienste in die Türkei gefahren; inoffiziell hatte er von der Bundesregierung den Auftrag, die Ergebnisse des Putsches zu „begutachten". So hielt er auch seinen Bericht vor der Presse:



Hamburg: Trotz starkem Schneegestöber kamen mehr als 3.000 Antifaschisten zur Demo
Hamburg: Trotz starkem Schneegestöber kamen mehr als 3.000 Antifaschisten zur Demo

Die SPD voll an der Seite der Junta

Kluncker ließ gar keinen Zweifel daran, daß in der Türkei die Menschenrechte massiv verletzt werden. Auch seien „*die Militärs für diese Zustände verantwortlich.*" Zugleich rechtfertigte er den Putsch jedoch damit, „*daß das Land vor dem Eingreifen der Armee.....unregierbar gewesen sei.*" Die Forderung nach Rückkehr zur parlamentarischen Regierungsform lehnte er mit dem Hinweis ab, „*offener Terror auf den Straßen würde wieder ausbrechen, falls sich die Militärs ohne politisch-parlamentarische Vorbereitungen plötzlich wieder an der Macht zurückzögen.*" Weiter nannte er „*die Wiederherstellung staatlicher Autorität als eine der Vorrausetzungen für die Beseitigung der Ursachen, die zu dem blutigen Terror in der Türkei beitrügen.*" Wenn man sich vor Augen hält, welche Vorstellungen von „staatlicher Autorität" die SPD in der BRD praktiziert, kann man die Sympathien der SPD für die Junta gut verstehen.

In diesem Sinn hat die SPD offensichtlich auch schon Druck auf die bürgerlichen Politiker der Türkei ausgeübt. Kluncker konnte jedenfalls als ein Ergebnis seiner Reise berichten, daß „*führende Personen der derzeit suspendierten Parteien ihm gegenüber selbstkritische Äußerungen über ihre Fehler*" gemacht hätten. Ebenso konnte er berichten, daß die Vorsitzenden der Sozialdemokraten und der Konservativen (Ecevit und Demirel) fest an eine Rückkehr der Militärs zum parlamentarischen System glauben, was heißt, daß von dieser Seite keinerlei Anstrengungen unternommen werden, die Militärjunta zu stürzen. Auch hier hat die SPD offensichtlich ganze Arbeit geleistet.

Den Schlußpunkt setzte Kluncker mit seiner Forderung, die faschistische Junta nicht mit anderen Militärdikaturen gleichzusetzen: „*Vergleiche mit anderen Putschisten in der Welt, etwa in Südamerika, sind daher fahrlässig.*" (Alle Zitate nach „FR" vom 16.1.).

Neue Finanzhilfe für die Türkei

Am Mittwoch, dem 14.1., traf der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei, Turgut Özal, in Bonn zu Gesprächen mit Vertretern des Bundesfinanz- und Wirtschaftsministeriums ein. Es ging dabei um die Zahlung von neuen Wirtschafts- und Rüstungshilfen. Nach „*vorsichtigen Schätzungen*" („FR", 14.1.) braucht die Türkei in den Jahren bis 1985 jährlich drei Milliarden DM, um die Fehlbeträge im Haushalt zu decken. Zusätzlich sollen in diesem Jahr noch einmal fünf Milliarden DM als Kredit aufgenommen werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Noch nicht enthalten sind in diesen Beträgen die Sonderzahlungen der NATO zur Aufrüstung der Türkei als militärisches Bollwerk im Nahen Osten. Zur Verschleierung der wahren Absichten dieses Besuchs Özals wurde vor dem Besuch verbreitet, es gehe allein um Verhandlungen über Umschuldungsverträge, d.h. die Stundung von früheren Krediten. Auf einer Pressekonferenz nach dem Besuch stellte sich jedoch heraus, daß konkret über die Gewährung von Finanzhilfen „*in Höhe von mehreren 100 Millionen Mark*" verhandelt wurde („FR", 17.1.). Diese Mittel sind im bisherigen Haushalt der Bundesregierung nicht eingeplant bzw. ausgewiesen, so daß mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß die Finanzhilfe für die faschistische Junta weiter zu Lasten der Sozialleistungen der Menschen in der BRD geht.



Die SPD-Regierung zu den faschistischen Verhältnissen in der Türkei

Überraschend wurde Turgut Özal am Donnerstag auch noch von Bundesaußenminister Genscher und Bundeskanzler Schmidt empfangen. Genscher soll dabei (augenzwinkernd) „*gegenüber Özal deutlich seine Besorgnis über die innenpolitische Entwicklung in der Türkei zum Ausdruck gebracht*" haben („taz", 16.1.). Wieweit es mit dieser „Besorgnis" her ist, hatte sich schon auf der Pressekonferenz nach der Kabinettssitzung am Mittwoch gezeigt. Regierungssprecher Becker (ehemaliger „Zeit"-Redakteur) berichtete, daß im Kabinett darüber diskutiert worden sei, „*wie man die Demonstrationen eindämmen könne*" („Neue", 16.1.). Gemeint sind die Hungerstreikaktionen und andere Aktivitäten.

Die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe habe nicht zur Debatte gestanden, „*weil man eben weniger über die Situation in der Türkei als hier nachgedacht habe*" (ebenda). Und schließlich äußerte er auf die Frage, ob die Bundesregierung Druck auf die türkische Militärjunta ausüben wolle: „*Die Regierung könne sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen*" (ebenda).

Entgegen allen anderen Meldungen hat Genscher sich also gar nicht „besorgt" über die Verhältnisse in der Türkei geäußert, sondern er hat seinem Gesprächspartner Özal wohl eher dargelegt, wie die Bundesregierung die Demonstrationen gegen die faschistische Junta „einzudämmen" gedenkt.

Und noch in anderer Hinsicht zeigt sich die Komplizenschaft der Bundesregierung mit der Militärjunta. In der Türkei wird eine große Anzahl von Mitgliedern revolutionärer Organisationen steckbrieflich gesucht. Für diese Genossen gibt es einen Todesschußbefehl, falls sie sich der Verhaftung widersetzen. Einer dieser Genossen, Semsi Öskan, befindet sich gegenwärtig in der BRD, wurde hier aufgrund des türkischen Haftbefehls festgenommen und soll nun in die Türkei abgeschoben werden. Die Abschiebung würde den fast sicheren Tod bedeuten. Ausgeliefert wurde schon Levent Begen, von dem heute nicht bekannt ist, wo er inhaftiert ist und ob er noch am Leben ist.

Dies alles beweist, daß die Bundesregierung und die SPD keinesfalls daran denken, eine „kritische" Haltung gegenüber der faschistischen Junta einzunehmen. Vielmehr haben diese noch einmal deutlich gemacht, welches Interesse sie selbst an diesem Putsch gehabt haben und haben.

Probleme in der Solidaritätsarbeit

Die Haltung der Regierung und der SPD zeigen, daß der Kampf zum Sturz der Militärjunga nur g e g e n sie geführt werden kann. Die Bundesregierung und damit auch die SPD sind wesentliche Drahtzieher des Putsches.



Hamburg: SPD-Wahlkampfbus fuhr der Demo voran

Dennoch ist es so, daß sich eine Reihe von SPD-Mitgliedern mit den Zielen des Hungerstreiks solidarisiert haben. Die Möglichkeit, mit den Stimmen dieser SPD-Mitglieder in der Öffentlichkeit Gehör zu finden, hat während der jetzigen Aktionen zu einer falschen Orientierung geführt. In Hamburg fand am 17.1. eine Demonstration statt, zu der das Hungerstreikkomitee aufgerufen hatte. Dieses hatte versucht, dafür die Unterstützung von SPD und DGB zu gewinnen. Zwar waren einige Einheiten dieser Organisationen bereit, diese Aktion verbal zu unterstützen, mobilisieren wollten sie jedoch von Anfang an nicht. Mobilisiert hatten dagegen die Organisationen der türkischen Linken und die linken Hamburger Organisationen, und an der Demonstration nahmen dann ca. 3-4000 deutsche und türkische Linke teil. Überraschend für alle fuhren dann jedoch in Absprache mit dem Hungerstreikkomitee ein Wagen der SPD und ein Wagen der FDP (beides Wahlkampfwagen mit großen Parteiemblemen) vor der Demonstration her. Dadurch entstand die perverse Situation, daß die deutschen und türkischen Linken hinter dem Karren der Partei herlaufen mußten, die maßgeblich an der Initiierung des Putsches beteiligt war.

Einige anarchistische Genossen versuchten mehrmals, diesen provokatorischen Aufzug durch Transparente zu verdecken (Überhängen des SPD-Emblems) und wurden dabei immer wieder abgedrängt. Empörung gab es jedoch nicht nur bei diesen Genossen, sondern bei fast allen deutschen Teilnehmern der Demo (über die Reaktion der türkischen Linken ist uns leider nichts bekannt). Es ist eine Sache, SPD-Mitglieder für den Protest gegen die Folter in der Türkei zu gewinnen. Dies ist in jedem Fall legitim und es ist auch ein richtiges Ziel des Hungerstreiks. Eine andere Sache ist es jedoch, d i e SPD als Gegner der Militärjunta herausstreichen zu wollen. Die westdeutsche Linke kann sich jedoch trotz aller bündnispolitischen Überlegungen nicht „verbieten" lassen, gerade gegen d i e s e Partei im Zusammenhang mit dem Putsch zu protestieren. Dies gebietet die Verantwortung, die wir als Linke in einem imperialistischen Land haben.

Als Gegner der Militärjunta tritt auf verschiedenen Veranstaltungen heute z.B. auch Freimut Duve auf. Noch auf der Hamburger Demonstration verkündete er, daß er anfangs davon ausgegangen sei, die Militärjunta würde demokratische Verhältnisse schaffen. Dies ist insofern unglaubwürdig, als j e d e m SPDler bekannt war, daß es schon v o r dem Militärputsch Folterungen gegeben hat und daß jedem politisch denkenden Menschen bekannt ist, daß ein Militärputsch i m m e r die Unterdrückung der linken Opposition bedeutet.

Diesen „linken" SPDlern muß gesagt werden, daß sie erst n a c h der Erreichung der wesentlichen Ziele des Putsches ihren Protest äußern und sich ansonsten an die Nachrichtensperre der Bundesregierung gehalten haben. Dabei liegt auch der Verdacht nahe, daß diese Art der Aktivitäten allein der „Eindämmung" der Demonstrationen (wie vom Bundeskabinett diskutiert) dient.

Göttingen
Räumungsverfügung vorerst abgewendet

Am vergangenen Donnerstag wurde den Besetzern der Häuser Jüdenstraße/Prager Schule per Boten eine Räumungsverfügung der Stadt überreicht. Innerhalb von 24 Stunden sollten die Bewohner das Haus verlassen, ansonsten würde 1. die Räumung durch „Anwendung unmittelbaren Zwangs" vollzogen, 2. gegen die Besetzer Ermittlungsverfahren wegen diverser Straftatbestände eingeleitet und 3. müßten die Besetzer – wie in Grohnde – die Kosten für die polizeiliche Räumung tragen. Aus zuverlässigen Quellen wurde bekannt, daß die Räumung unmittelbar am Freitag, kurz nach Ablauf des Ultimatums, erfolgen solle. Aus ganz Norddeutschland sollten über 1.500 Bullen um das Haus zusammengezogen werden, die Innenstadt sollte total abgeriegelt werden.

Die Räumungsverfügung wurde mit den *„spektakulären Dauerangriffen gegen die Rechtsordnung"* begründet, die über Aufklärungsaktionen vom besetzten Haus initiiert würden. Eine weitere Duldung der Besetzung würde *„zur Nachahmung reizen"* und überhaupt könne sich die Stadt eine fortgesetzte *„Verhöhnung des Staates"* nicht mehr gefallen lassen. Auf einer Vollversammlung Donnerstag nacht wurde beschlossen, auf das Ultimatum nicht einzugehen, im instandbesetzten Haus zu bleiben und nur einer brutalen Polizeigewalt zu weichen. Gleichzeitig wurde beim Verwaltungsgericht Hildesheim Beschwerde gegen die angeordnete sofortige Vollziehbarkeit der Räumung eingelegt. Womit wohl niemand gerechnet hatte, geschah: das Gericht gab der Beschwerde statt. Eine halbe Stunde vor Ablauf des Ultimatums kam die Nachricht, daß die Stadt auch an diesem Wochenende nicht die besetzten Häuser räumen kann. Den Besetzern wurde allerdings vom Gericht auferlegt, bis nächsten Mittwoch sämtliche Namen und Adressen der Bewohner bekanntzugeben, damit der Hauseigentümer die Möglichkeit hat, auf zivilrechtlichem Weg gegen die Besetzer zu klagen. Natürlich werden sich die Instandbesetzer nicht darauf einlassen, und es ist einigermaßen sicher, daß das Gericht nicht darauf einlassen, und es ist einigermaßen sicher, daß das Gericht dem Antrag der Stadt auf sofortigen Vollzug der Räumung am nächsten Mittwoch stattgeben wird. Trotzdem ist der Gerichtsbeschluß ein großer Erfolg der Häuserkampfbewegung, weil er zeigt, daß aufgrund der Breite und Geschlossenheit der Bewegung der anderen Seite zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine gewaltsame Räumung äußerst unangenehm und politisch gefährlich erscheint. Der Gerichtsbeschluß wurde am Freitag auf einer Demonstration, zu der kurzfristig 1.000 Leute mobilisiert wurden, gefeiert.

Wesentlich zu dem Gerichtsbeschluß hat beigetragen, daß die Häuserkampfbewegung in Göttingen die Auseinandersetzungen um die Silvesternacht überstanden hat. Nach den Auseinandersetzungen in der Silvesternacht (s. AK 192) schien das Schicksal der instandbesetzten Häuser besiegelt. Die Propagandamaschine der anderen Seite funktionierte perfekt. Die Presse zog sämtliche bekannten Register gegen die *„Chaoten aus der Jüdenstraße"*, denen man schnellst möglichst *„die Operationsbasis entziehen müsse"*. Es hagelte scharfe Verurteilungen von SPD, CDU, FDP und DGB. Die DKP sekundierte mit einigen gehässigen Worten gegen die „gewalttätigen Provokateure". Die CDU forderte sogar in einer Anzeige im „Göttinger Tageblatt" die sofortige Räumung der besetzten Häuser und äußerte Verständnis für Bürgerwehren gegen den Terror. Der Oberstadtdirektor warnte die Göttinger Bevölkerung vor einer Solidarisierung mit den Gewalttätern. Die Chefredakteure des „Göttinger Tageblatts" liefen in ihren Kommentaren zu Hochform auf. Tenor: *„Auf sie mit Gebrüll!"*

Drei Tage nach diesem konzentrierten Trommelfeuer wurde in Göttingen gegen den Polizeiterror in der Silvesternacht und gegen die drohende Räumung demonstriert. Es hat in Göttingen wohl seit Jahren keine brisantere Demonstration gegeben. Die Stadt war von Bullen besetzt, die Hetze auf dem Höhepunkt angelangt. Die Zweifel innerhalb der zur Demonstration aufgerufenen Gruppen war entsprechend groß. 500 Teilnehmer, so hieß es, wären schon ein gewaltiger Erfolg. Es kamen 1.200! Auf der Abschlußkundgebung waren es 1.500; genausoviel wie auf einer Demonstration vor Weihnachten, als selbst das „Göttinger Tageblatt" den Besetzern noch Sympathie entgegenbrachte. Die Kampagne war nach drei Tagen weitgehend gescheitert. Die Häuserkampfbewegung in Göttingen hat ihre bislang schwerste Hürde genommen.

Folgende Faktoren waren für diesen Erfolg verantwortlich:

1. Die Instandbesetzer haben sich trotz starken innerlinken Drucks nicht von den Krawallen, für die sie keinerlei Verantwortung tragen, distanziert.

Auf einer Veranstaltung vor der Demonstration verteilte die Gruppe „Z" zusammen mit Mitgliedern einiger Göttinger Initiativen ein Flugblatt, in dem sie massiv das Einschmeißen einiger Fensterscheiben in der Silvesternacht kritisierte (*„man hätte die Reaktion voraussehen können"*). Sie unterstellten einigen Besetzern, sie hätten diese Aktionen organisiert und verlangten eine scharfe Verurteilung „der Provokation". Ein KBW'ler faßte diese Argumentation, die in Göttingen öffentlich bisher nur von den Jusos und der DKP vertreten wurde, in einem Antrag zusammen: in den Aufruf zur Demonstration gegen den Bullenterror sollte eine entsprechende Verurteilung aufgenommen werden. Der Antrag wurde von der Versammlung abgelehnt. Ärgerlich ist der Distanzierungskurs der „Z" auch deswegen, weil die Genossen in besseren Zeiten i m KB gegen die Distanzierungspolitik der Reformisten eingetreten sind (z.B. bei den Buback-Auseinandersetzungen). Eine Rückbesinnung auf (z.B. bei den Buback-Auseinandersetzungen). Eine Rückbesinnung auf **'olle Kamellen' wäre angebracht.**

2. Die Presse hat die Häuserkampfbewegung gewaltig unterschätzt, ihre Kampagne überzogen. In ihrem Weltbild gibt es *„30 bis 40 gewalttätige Drahtzieher"*, der Rest seien irregeleitete Mitläufer, die man durch öffentlichen Druck und Polizeiknüppel von ihren Verführern trennen kann. Spätestens auf der Demonstration nach Silvester hat sich gezeigt, daß durch die Pressekampagne die Bewegung nicht gespalten werden konnte.
3. Obwohl viele Linke die Ereignisse in der Silvesternacht für äußerst unglücklich hielten, dürfte doch die stimmungsmäßige Beurteilung der Auseinandersetzungen ungefähr so aussehen: *„Gewiß gehöre ich nicht zu den Befürwortern von Gewalt, aber es tut gut zu wissen, daß diesen Wohlstandsspießern in Freiburg und Zürich der Arsch auf Grundeis geht"* (Karl-Heinz Wollmann in einem Leserbrief im letzten „Spiegel").

Die Räumung der Häuser ist für die Stadt zu einem unkalkulierbaren Risiko geworden. Mit Sicherheit wird es großen Ärger in den verschiedensten Formen und von verschiedenen Seiten geben. Auf einer Uni-Vollversammlung wurde per Beschluß der Stadt angedroht, daß bei einer Räumung die Uni dicht gemacht wird. *„Wenn ihr die besetzten Häuser räumt, räumen wir die Uni"*. In einer Anzeige haben rund 50 Professoren und wissenschaftliche Angestellte der Uni sich gegen eine Räumung ausgesprochen. Eine Räumung wird so oder so zu einer breiten Solidarisierung führen und die Stadt hat keinerlei Grund, anzunehmen, daß die Parole *„Wir kommen wieder"* ein Bluff von 30 Drahtziehern ist.

KB/Gruppe Göttingen



Polizei-Krawall in Düsseldorf

Der militante Widerstand der Westberliner Instandbesetzer gegen die Versuche der Bullen, den Spekulanten und Stadt„sanierern" freie Bahn zu schaffen, hat auch die in Düsseldorf etwas resignierten Häuserkämpfer wieder in Schwung gebracht. Auf einer Versammlung der „Aktion Wohnungsnot" (Mitte Dezember) wurde der tollkühne Entschluß gefasst, eine Demo gegen die auch in Düsseldorf kräftig betriebene Stadt„sanierung" und Häuserspekulation zu machen, nicht zuletzt aus Solidarität mit den inhaftierten Westberliner Instandbesetzern.

Am Morgen des 1o.1. wurden auch Pessimisten eines Besseren belehrt. Obwohl etliche „Alt"linke das warme Bett den Widrigkeiten einer Demo bei Regen vorzogen und die reformistischen Kräfte (DKP, GIM, Grüne, etc.) weitestgehend durch Abwesenheit glänzten, waren 5-6oo Leute gekommen. Für Düsseldorfer Verhältnisse eine beachtliche Zahl. Unter den vielen neuen Gesichtern konnte man/frau auch ca. 3o Punks und Punketten entdecken.

In sehr gehobener, kämpferischer Stimmung ging es durch den von der totalen Kaputt„sanierung" bedrohten Stadtteil Bilk. Immer wieder wurde die Demo von den Bullen gestoppt und man/frau wärmte sich anschließend durch Zwischenspurts auf. Vor den leerstehenden Häusern wurde haltgemacht und kurz erläutert, wer hier wie auf Kosten der Mieter Profit macht. Es wurden Rufe: „Besetzen, stürmen" laut, was aber bedauerliche Weise angesichts des Bullenaufgebotes nicht durchführbar war. Als die Demo das besonders verhaßte Stadtteil-Entwicklungs-Büro passierte, durch dessen Arbeit die Stadtverwaltung den Bilkern ihre Vertreibung schmackhaft machen will, flogen einige Farbeier auf die schon mit Parolen verschönerten Fensterscheiben.

Dies nahmen die Bullen zum Anlass, unheimlich agressiv in die Demo reinzuprügeln. Für kurze Zeit hatte es den Anschein, als wollten sie die Demo total auseinanderprügeln. Auch dort, wo sich die Demonstranten eher passiv verhielten, schlugen sie rein. Es gelang ihnen, drei Leute festzunehmen. Es wurde, nachdem sich die Lage etwas beruhigt hatte, beschlossen, die Demo nicht fortzusetzen, bis die Leute wieder frei sind. Da sich relativ lange nichts tat, zogen wir zum nahegelegenen Polizeipräsidium, um die Leute dort abzuholen.

Einer der Festgenommenen berichtete nach seiner Freilassung, daß er geschlagen und in die Hoden getreten worden ist.

Anschließend wurde die Demo, wie ursprünglich geplant, fortgesetzt. Dabei kam es erneut zu einem Zwischenfall: Mehrfach fuhren Motoradbullen in die letzten Reihen der Demo. Als daraufhin einer vom Motorad geschubst wurde, knüppelten sie so brutal rein, daß ein betroffener Punk für kurze Zeit bewußtlos liegenblieb. Wieder wurde ein Demonstrant festgenommen.

Nach der Beendigung der Demo fand noch ein Treffen statt, auf dem über den Verlauf der Demo gesprochen wurde. Die 7o-8o Leute, die daran teilnahmen, wurden anschließend beständig von einem Bul- sprochen wurde. Die 7o-8o Leute, die daran teilnahmen, wurden anschließend beständig von einem Bul- lenaufgebot verfolgt. Eine der Gruppen, die von diesem Treffen weggingen, wurde am Bilker Bahnhof von Zivilbullen und der Besatzung eines Mannschaftwagen überfallen. Dabei wurde ganz gezielt einer, den die Bullen wohl als „Rädelsführer" auf dem Kicker haben, festgenommen. Im Wagen und auf dem Präsidium wurde er geschlagen. Nachdem ein Anwalt ihn rausgeholt hatte, mußte er im Krankenhaus eine Platzwunde am Kopf behandeln lassen.

Einige Leute berichteten, daß es Samstag-Abend/Nacht in Bilk immer noch von Bullenstreifen wimmelte. Die Lokalpresse machte aus den Polizeikrawallen wie üblich „Ausschreitungen gegen Polizisten", verübt von „professionellen Krawallmachern".

P.S.: Einige Unbekannte hatten angesichts der schlechten Konjunktur beschlossen, die Glaserinnung zu unterstützen. In der Nacht von Freitag auf Samstag entstand 3o.ooo DM Schaden, als sie die Scheiben des RWI-Hochhauses und des „divi"-Supermarktes in Bilk einwarfen.

Detlef/Düsseldorf



„Festnahme" eines Demonstranten auf dem Friedensplatz

Räumung in Detmold, Aachen, Nürnberg, Duisburg

Detmold. Die seit dem 29.11.80 besetzte und in ein Kulturzentrum umfunktionierte Fabrik „Klingenberg" ist geräumt. Nach sechs Wochen erfolgreicher Kulturarbeit endete am 12.1. um 4 Uhr morgens ein weiterer **„Ansatz zu einer Kulturarbeit im Sinne eines neuen Kulturverständnisses"** (laut „Besetzerinfo VI"). Nicht weniger als 540 Bullen waren angetreten, um die gerade etwas über 80 Besetzer auf die Straße zu werfen. Am Vortag hatte es schon Informationen über eine bevorstehende Räumung gegeben. Doch Bürgermeister Vogt und Regierungspräsident Stich, die daraufhin angerufen worden waren, dementierten. Als „politisch Verantwortliche" mußten sie es ja wissen. Glaubhaft ist das schon, dieses Dementi, denn was am nächsten Morgen folgte, war keine Räumung, sondern eher ein Überfall. Das Verhältnis von mehr als sechs Bullen auf einen Besetzer begründete der Einsatzleiter mit dem sinnigen Spruch, man hätte mit dem Schlimmsten rechnen müssen. Unter den Besetzern hätten sich *„Kommunisten, Rauschgiftsüchtige und Berufsdemonstranten"* befunden („FR", 13.1.81).

„Spezialeinheiten der Polizei brachen überfallartig die Eingangstür auf. Die Besetzer hatten sich teils in die Küche, teils in eine der Hallen zurückgezogen. Die Küche wurde, als die Polizei Anstalten machte Gewalt anzuwenden, freiwillig geräumt. Nach einer halben Stunde hatten die Beamten die Stahltür zu der Halle, in der sich der andere Teil der Besetzer befand, aufgebrochen. Einige Besetzer zogen sich aufs Dach zurück. Erst um etwa 6.00 Uhr war das Gebäude geräumt.

Nur dem besonnenen Verhalten der Besetzer ist es zu verdanken, daß es nicht zu Ausschreitungen kam. Alle Besetzer wurden vorläufig festgenommen und erst nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung bis gegen 7.00 Uhr entlassen. Anschließend wurde ein spontaner Demonstrationszug durch die Innenstadt veranstaltet, von dem zahlreiche Aktionen ausgingen. So wurde für einige Minuten ein weiteres Gebäude besetzt, eine Kreuzung blockiert und das Rathaus besucht. Das Rathaus wurde nach zehn Minuten von der Polizei wieder geräumt. Sämtliche Demonstranten wurden dann auf dem Marktplatz von Polizeiketten eingekesselt – angeblich um den Urheber einer Wandparole im Rathaus zu ermitteln. Sie wurden einer brutalen Leibesvisitation unterzogen, dabei wurde auf mehrere Demonstranten eingeprügelt. Wieder wurden die Personalien festgestellt. Gegen 8.00 Uhr wurde einigen Besetzern 'freundlicherweise' gestattet, die Klingenbergfabrik zu betreten, um zu retten, was von ihrem Eigentum noch nicht zerstört worden war.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei bereits große Teile des Gebäu-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Letzte Meldungen

Fürth

Am 18.1. wurde in Fürth bei Nürnberg eine seit über einem Jahr leerstehende Villa in der Königswarter Straße 20 im Fürther Zentrum besetzt. Vorausgegangen waren Versammlungen der Hausbesetzer, an denen über 100 Leute teilnahmen. Der Eigentümer ist ein privater Spekulant, der an den Plänen der Stadt, das zentral gelegene Bahnhofsviertel neu zuzubetonieren, verdienen will.

Dem 1. öffentlichen Aufruf zur Besetzung bereits am 17.1. war auch die Polizei gefolgt. Die Besetzung wurde daraufhin um 24 Stunden verschoben.

Erlangen

In Erlangen wurde am 10.1. von einer kleineren Gruppe (drei Frauen, sechs Männer, ein Kind) ein typisches Altstadthaus in der Loschgestraße 8 besetzt. Als Eigentümer entpuppte sich der Erlanger SPD-Fraktionsvorsitzende Waldemar Heinlein, gleichzeitig Geschäftsführer der „Kommunal-Wohnungs-Gewerbe-GmbH". Er pfiff die offenbar eigenständig erschienenen 50 Bullen erst einmal zurück, man solle „vernünftig" miteinander reden. Die Besetzung dauert an.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

des demoliert, sämtliche Türen herausgebrochen, die Fenster samt Rahmen zerschlagen und ein Treppenhaus eingerissen.

Uns bleibt angesichts dieser traurigen Tatsachen nur die Wut und der ungebrochene Wille, unseren Kampf für ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum fortzusetzen" (Besetzerinfo VI). Das Plenum und die Arbeitsgruppen finden weiter statt.

Wohnungskommission

* * *

Aachen. Am 6. Januar wurden die Häuser in der Gördelerstraße nach sieben Monaten Besetzung geräumt. Am Nachmittag vorher bekamen wir aus zwei unterschiedlichen Quellen die Information, daß die Bullen am anderen Morgen um halb sechs kommen würden. Obwohl es nach dem Hungerstreik vor 2 1/2 Monaten völlig ruhig um die Gördelerstraße geworden war (Resignation, innerer Trouble, nur noch 15 Besetzer), kamen über die Telefonkette doch etwa 130 Leute. Die Mehrheit wollte „passiven Widerstand" leisten. Die Häuser wurden verbarrikadiert und zum Teil noch während der Nacht Überraschungen für die Bullen gebaut. Obwohl wir über Bullenfunk hörten, daß die in Linich in Bereitschaft waren und ständig Zivis durch die Gegend kurvten, hauten die meisten Leute um 9 Uhr ab, als sich bis dahin nichts getan hatte, so daß nur noch 20 im Haus waren.

Um 11 Uhr standen dann die Bullen mit zwei bis drei Hundertschaften vor dem Haus. Es war ziemliches Chaos; die meisten Leute dachten nicht mehr an „passiven Widerstand" (bloß nicht provozieren, verhandeln, freiwillig räumen). Einige Leute fingen gleich an, die Barrikaden von innen her abzubauen. Nach 15 Minuten war alles gelaufen. Die Fenster wurden vermauert, der Bagger kam.

Die Lokalpresse konnte sich freuen, von der ach so „friedlichen Räumung" schreiben zu können. Dank der klugen Strategie der Bullen. Natürlich vergaßen sie nicht zu erwähnen, was für brutale Gewalttäter wir doch sind: Es wurden Buttersäure, Farbbeutel, Mollis und Benzinkanister gefunden, der Holzfußboden war unter Strom gesetzt worden (mit 220 V) und die Bullen erwarteten Fallen aus „zentnerschweren" Heizungen.

Heute, am 9. Januar war dann das Rathaus von etwa 200 Leuten besetzt, bis sie von den Bullen rausgeknüppelt wurden. Es lief danach eine spontane Demo, bei der sich die Bullen aber nicht sehen ließen. Es wird in Aachen weitergehen. Etwa 70 Leute trafen sich, um zu diskutieren, was wir weiter machen werden. Zürich, Amsterdam, Berlin... wann endlich Aachen?

D. aus Aachen
(von der Wohnungskommission leicht gekürzt)

D. aus Aachen
(von der Wohnungskommission leicht gekürzt)

Duisburg. Am 19. Dezember probten das Gericht und die Stadt Duisburg Bescherung. Den elf Mitgliedern der Initiative „Wohnraumrettungsgesellschaft", die das Altmarkt-Eckhaus Nr. 2 besetzt hielten, schickten sie um 6 Uhr morgens einhundert Polizisten; Hunde waren selbstverständlich auch dabei. Schutzhelme, Handschellen und chemische Keule unterstrichen die Gefährlichkeit dieser Besetzer. Bevor sie die Tür eintraten, hatten die Polizisten das Haus umstellt – und ... überraschten die Besetzer im Schlaf.

Die elf wurden noch im Haus einzeln fotografiert, dann zur Hamborn Polizeiwache gebracht und schließlich zum Polizeipräsidium. Erst nach vier Stunden waren sie wieder frei, und erst jetzt konnten sie überhaupt Kontakt zu ihren Anwälten aufnehmen, was ihnen vorher untersagt worden war.

Das besetzte Haus wurde unmittelbar nach der Räumung unter Polizei-„schutz" abgebrochen, einige Kastanienbäume wurden gleich mit umgelegt. Für die Qualle Kaufhalle sollen neben diesem noch zwei weitere Altstadthäuser geopfert werden.

Nach dieser Bescherung spielte die Pressestelle des Polizeipräsidiums Weihnachtsmann. Der Öffentlichkeit wurden ein Gerichtsvollzieher und 2 (in Worten: zwei) Polizisten als Akteure der Räumung genannt. Doch in diesem Weihnachtsmärchen mochte auch die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (20.12.80) nicht mitspielen. Sie sprach von Irreführung der Öffentlichkeit über Umfang und Mitteleinsatz.

Wohnungskommission

2. Hausbesetzung in Nürnberg

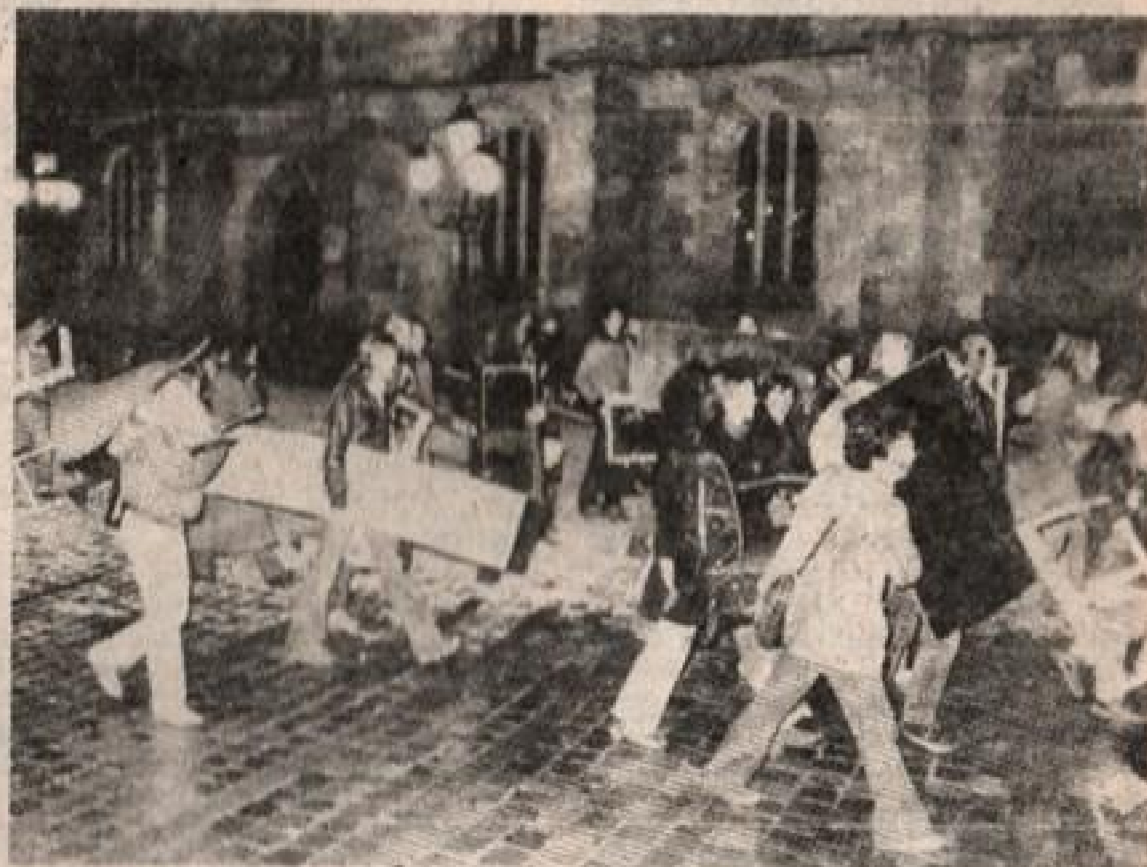
Nicht nur eine „alternative Weihnachtsüberraschung" , auch einen „alternativen Silvesterknall" gab es in Nürnberg: in der Nacht vom 31.12. 80 auf den 1.1.81 wurde ein 2. Haus in der Veilloderstr.33 aus Protest gegen den drohenden Abriß besetzt.

Seit drei Jahren hatte im Parterre dieses Hauses die „Kunstkooperative" neben dem Kneipenbetrieb zahlreichen Musikern, Literaten und Malern die Gelegenheit zur Darstellung geboten. Zum 31.12. war der „Kunstkooperative" und den übrigen Bewohnern gekündigt worden. Danach sollte dieses kulturelle Kleinzentrum und mit ihm 600 qm guterhaltenen Wohnraums verschwinden und damit einem Haus mit Eigentumswohnungen Platz machen. So wurde am Silvesterabend das Haus besetzt, um es „als Wohn- und Arbeitsraum und unabhängiges Kulturzentrum zu erhalten".

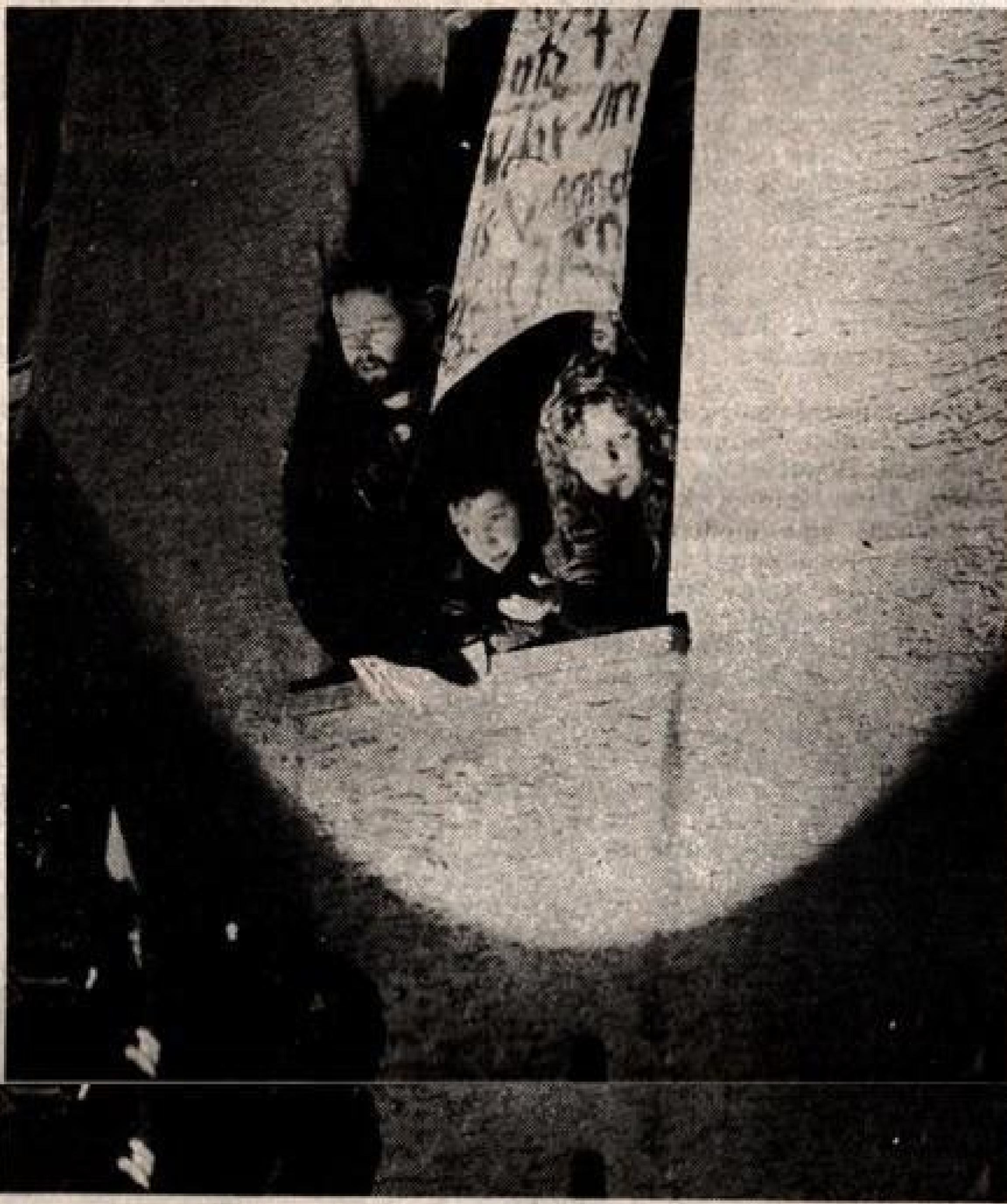
Während der ersten Tage der Besetzung wurde der Besitzer, W. Crimmann von vier Unbekannten in seiner Wohnung in Rückersdorf niedergeschlagen und beraubt. Das war natürlich für die Stadt ein willkommener Anlaß, die Hausbesetzer zu diffamieren und zu kriminalisieren. So wurde das Gerücht lanciert, Crimmann habe einen schweren Schädelbruch erlitten, er wurde aber bereits am folgenden Tag aus dem Krankenhaus entlassen. Obwohl sich die Besetzer sofort von diesem Überfall distanzierten, wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft und der Polizei ohne jegliche Beweise behauptet, der Überfall sei aus dem Kreis der Besetzer begangen worden. Einer der Hausbesetzer wurde festgenommen (er wurde erst nach der Räumung wieder freigelassen). In der Öffentlichkeit wurden die Besetzer kriminalisiert. Die Räumung des Hauses wurde deshalb von den Besetzern schon bald erwartet.

24 Stunden nach dem Überfall auf Crimmann, am 5. Januar früh um 4 Uhr, rückten die Bullen an und räumten in einem Großeinsatz innerhalb von zwei Stunden das Haus. Nicht wegen der Räumung selbst, wie der Einsatzleiter feststellte, sondern „zur Sicherstellung von möglichen Beweisen und eventuellen Auffindung von Tätern".

Die Besetzer hatten sich alle in einem Raum versammelt, ein Nürnberger Rechtsanwalt erwartete die Bullen an der Haustür, um zwischen Besetzern und Polizei zu vermitteln. Statt durch die unverschlossene Haustür hereinzukommen, zerschlugen die Bullen mit Beilen die Fenster der hinteren Räume und stürmten im Kampfanzug, die Beile noch in den Händen, den Flur entlang. Der Anwalt konnte ihnen gerade noch seinen Anwaltsausweis entgegenhalten und schreien, daß die Besetzer keinen Widerstand leisten würden. So legten sie zumindestens mal die Beile aus der Hand. Der Einsatzleiter marschierte dann in den Raum, in dem



Bepackt mit Möbeln und herausgerissenen Fensterkreuzen marschieren die Nürnberger Hausbesetzer zum Polizeipräsidium, wo sie die Sachen in einem „Scherbengericht" abladen.



Aus den Fenstern heraus wird gegen die Räumung protestiert.

sich die Besetzer aufhielten und erklärte alle 68 Anwesenden für festgenommen. Auch der Anwalt wurde mit der Begründung, er hätte seinen Ausweis nicht vorgezeigt, verhaftet. Die Besetzer wurden dann einzeln aus dem Haus geführt, nach Waffen durchsucht und zu je zweien mit sechs Bullen „Begleitung" in Gefangenentransportwagen ins Polizeipräsidium gefahren.

Unter dem Verdacht der „schweren Körperverletzung und des Raubes" – nicht etwa wegen „Hausfriedensbruch" – wurden alle einschließlich des Anwalts verhört und erkennungsdienstlich behandelt und dabei mehrere Stunden festgehalten. Manche konnten das Präsidium erst am Nachmittag verlassen. Das Haus wurde währenddessen von den Bullen durch Zerschlagen des gesamten Inventars, der Türen und der Fenster unbewohnbar gemacht.

Da 69 „Verdächtige" noch nicht genug sind, wurden im Laufe des Tages mehrere Wohngemeinschaften durchsucht, (wie die Anwälte sagen, eine „Flächenrazzia" gemacht) und dabei weitere Personen festgenommen. Zwei von ihnen sind immer noch in Haft.

18 Nürnberger Anwälte hatten nach der Räumung sofort eine Presseerklärung verfasst, in der es u.a. heißt: „*Wir wenden uns entschieden gegen eine derartige unerträgliche Behinderung anwaltschaftlicher Tätigkeit. Diese Diskriminierung anwaltschaftlicher Tätigkeit stellt einen besorgniserregenden Eingriff in das Recht der Anwaltschaft dar, als Organ der Rechtspflege in allen Rechtsangelegenheiten tätig zu werden*".

Am Abend, nachdem alle 68 Besetzer wieder auf freiem Fuß waren,

gan der Rechtspflege in allen Rechtsangelegenheiten tätig zu werden".

Am Abend, nachdem alle 68 Besetzer wieder auf freiem Fuß waren,

veranstalteten rund 200 Leute im Anschluß an die Besetzer-Vollversammlung ein „Scherbengericht": einen spontanen Demonstrationszug zum Polizeipräsidium, wobei sie das von den Bullen zerschlagene Inventar des nunmehr unbewohnbaren Hauses auf einem großen Haufen vor dem Präsidium aufschichteten.

Für den Samstag darauf riefen die Besetzer zu einer Demonstration gegen ihre Kriminalisierung und die Inhaftierung der zwei „Tatverdächtigen" auf. Rund 700 Menschen nahmen daran teil.

Eine Genossin aus Nürnberg

Richtigstellung zu AK 190

Unter der Überschrift „Ein obskurer Fall der Begierde" empörte sich ein Genosse über den Verkauf von T-Shirts mit dem Aufdruck „Kiss" mit SS-Runen in einem Harburger Copy-Laden. Sicherlich zu recht. In dem Artikel wird allerdings auch behauptet, der Inhaber sei ein Freund des „irrealen Sozialismus". Das ist schlichtweg falsch. Der Laden gehörte bis vor ca.4 Monaten einem – wie ich weiß – gegenüber dem KB sehr solidarischen Mitglied der DKP. Dieser Genosse hat sich persönlich, wie auch viele andere Kunden des Copy-Ladens, bei dem neuen Besitzer beschwert, daß die Kiss-T-Shirts verkauft und sogar in der Schaufensterauslage angeboten wurden. Der neue Inhaber hat daraufhin die T-Shirts aus dem Schaufenster genommen, verkauft sie allerdings weiterhin im Laden, was darauf schließen läßt, daß keine Einsicht dahinter steckt, sondern die Angst, Antifaschisten als Kunden zu verlieren.

verkauft sie allerdings weiterhin im Laden, was darauf schließen läßt, daß keine Einsicht dahinter steckt, sondern die Angst, Antifaschisten als Kunden zu verlieren.

U. BO Harburg

Und die Großen läßt man laufen...

Zur Modernisierungspolitik des Westberliner Senats

„Jedenfalls befindet sich der Berliner Wohnungsmarkt in einer überaus desolaten Verfassung. Die Zahl der Wohnungssuchenden mit anerkannt dringendem Wohnbedarf beträgt weiterhin etwa 17.000". So sieht die Industrie- und Handelskammer Westberlin in ihrem Jahresbericht 1979 die Lage auf dem Wohnungssektor. Doch nicht nur die Industrie- und Handelskammer, sondern sogar der Westberliner Senat sieht die Misere. Das Gejammer über die sinkende Einwohnerzahl Westberlins und der damit von innen heraus bedrohten Lebensfähigkeit dieses „Schaufensters des Westens" liegt uns noch in den Ohren. Die Industrie- und Handelskammer sieht im besagten Bericht große Probleme, die Bevölkerung auf lange Sicht in der Stadt zu halten. *„Die Notwendigkeit, Lösungen für diese Probleme der Stadtplanung zu finden, ist in Berlin drängender als in allen anderen Großstädten. Hier sind die Vororte nicht zugänglich, die anderswo als Bauflächenreserven für Eigenheime und Wohnungen im Grünen dienen. Abwanderungen aus Gründen von nicht oder nur unzureichend erfüllten Wohnwünschen haben hier endgültigen Charakter. Eine neue Untersuchung zur Motivation der Bevölkerungswanderung von und nach Berlin zeigt, daß Gründe, die mit der Wohnungsversorgung zusammenhängen, die Abwanderungsentscheidungen wesentlich beeinflussen".*

So sieht die Lage aus:

- **Genau die Häfte der 1,1 Millionen Westberliner Wohnungen hat keine Zentralheizung**
- **21 Prozent haben weder Bad noch Dusche und**
- **acht Prozent haben keine Toilette in der Wohnung.**

Damit steht Westberlin deutlich an letzter Stelle aller westdeutschen Großstädte, was den Wohnungsstandard angelangt.

Von der Bedarfsdeckung zur Bedürfnisdeckung

Als nach der regen Wiederaufbautätigkeit der fünfziger und sechziger Jahre erst einmal sichergestellt war, daß jeder ein Dach über dem Kopf hatte, wurde Anfang der siebziger Jahre mit der Stadterneuerung begonnen. Dazu wurde 1972 das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet, das die staatliche Finanzierung und die Modalitäten der privaten Wohnungsmodernisierung festlegt.

Mit der Bedarfsdeckung kamen die gravierenden Unterschiede der einzelnen Stadtviertel offen zum Vorschein: Die Trabantenstädte wie Märkisches Viertel und Falkenhagener Feld mit Fahrzeiten von einer Dreiviertelstunde zum Stadtzentrum und geplantem U-Bahn-Anschluß zwanzig bis dreißig Jahre nach Fertigstellung dieser Siedlungsgebiete haben gerade ein Zehntel der sozialen Einrichtungen gestandener Innenstadtgebiete und strotzen nur so von hohen Mieten und großer Anonymität. Nichtsdestotrotz nehmen die Bürgerinitiativen zur Verlängerung der U-Bahn in den Neubaugebieten den größten Raum ein. Demgegenüber droht den Innenstadtbezirken die Verslumung. In Kreuzberg und im Wedding hatten 1977 noch nicht mal ein Viertel (statt der Hälfte im Stadtdurchschnitt) der Wohnungen eine Zentralheizung. Einzig im großbürgerlichen Heile-Welt-Bezirk Wilmersdorf haben über 70 Prozent der Wohnungen Bad und Zentralheizung. Und in Wilmersdorf gibt es keine ausgedehnten Neubaugebiete.

Der schlechte Standard der Wohnungen in den innerstädtischen Altbaugebieten führt dazu, daß in diesen Gebieten in erster Linie Alte, Studenten und Ausländer wohnen. Die halbjährliche Auswertung des Einwohnerregisters hat für die förmlichen Sanierungsgebiete ergeben, daß dort 30 Prozent Ausländer wohnen. *„Von 100 Ausländern sind 36 Kinder bis zu 15 Jahren und eine Person über 65 Jahre alt. Bei 100 Deutschen hingegen sind 13 Kinder in der entsprechenden Altersgruppe, aber 23 über 65jährige anzutreffen."* So steht es im 14. Bericht über die Stadterneuerung in Berlin, den Bausenator Ristock am 9. September 1980 der staunenden Öffentlichkeit vorstellte. Ristock schätzt danach ein Drittel der Bevölkerung in den Sanierungsgebieten als einkommensschwach ein. Um diesen Verhält-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Und die Großen läßt man laufen... Zur Modernisierungspolitik des Westberliner Senats

nissen entgegenzuwirken, wurden die Innenstadtbezirke Tiergarten, Kreuzberg und Wedding — also die Bezirke mit den meisten Altbauwohnungen ohne Bad und Heizung — mit einer Zuzugssperre für Ausländer belegt.

Kahlschlagsanierung löst keine Probleme

Die Stadterneuerung war für den Senat bisher völliges Neuland. So wurden in den Sanierungsgebieten verschiedene Formen der Stadterneuerung ausprobiert. Die zunächst einfachste Lösung war nach alter Generalsmanier die vollständige Niederwalzung der Altbaugebiete mit ihrem sozialen Gefüge und die Verpflanzung der Trabantenstädte in zentrumsnahe Gegenden. So wurden den Bewohnern zumindest die Anfahrtswege erspart. Doch in diesen kahlschlagsanierten Gebieten wurde bereits Unzufriedenheit laut. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) faßt die Probleme so zusammen:
— die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich verdreifacht;
— 20 Prozent der betroffenen Haushalte sind neue Wohngeldempfänger;
— 56 Prozent der heute in Neubauten Wohnenden zahlen überhöhte Mieten und
— nur 28 Prozent empfinden den Wohnungswechsel als Gewinn.

Abgesehen von den langen Anfahrtswegen haben sich in den kahlschlagsanierten Gebieten genau die gleichen Entwicklungen gezeigt wie in den Trabantenstädten auf der grünen Wiese: kaum soziale Einrichtungen, hohe Anonymität und ein äußerst zerrissenes soziales Gefüge.

Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren die öffentlichen Gelder für den Wohnungsneubau weitgehend gestrichen und die Gelder teilweise für die Altbaumodernisierung umverteilt wurden. Das hat zu einem Stillstand der Wohnungsneubauten im großen Stil geführt: So wurden 1979 nur 6.011 Wohnungen neu gebaut, während es 1978 noch 7.930 waren. Bei den Baugenehmigungen ist der Rückgang noch krasser zu erkennen: von 10.620 im Jahre 1978 auf 5.436 im Jahre 1979. 1980 wurden nur noch etwa 3.000 Wohnungen neu gebaut.

Selbst die Industrie- und Handelskammer fordert den Bau von größeren Wohnungen und vor allem den Bau von jährlich 9.000 bis 10.000 Wohnungen, denn *„die Wirtschaft muß darauf dringen, daß 35 Jahre nach dem Ende des letzten Krieges das Wohnungsproblem in Berlin so gelöst wird, daß die ansässige und die zuwandernde Bevölkerung so wohnen kann, wie es ihren Wünschen und Möglichkeiten entspricht!"* Das Problem der Verantwortlichen liegt auch darin, daß sie nicht wissen, was diese Wünsche und Möglichkeiten sind. Um dies zu erforschen, wurde im Städtebauförderungsgesetz die Betroffenenbeteiligung verankert.

Nach der großen Pleite mit der Kahlschlagsanierung — nach dem Motto: Was der Krieg nicht geschafft hat, schafft die Sanierung — wird jetzt verstärkt auf die Erhaltung der gewachsenen Strukturen bei einer Verbesserung des Wohnstandards hingewirkt. Dabei kommen den Verantwortlichen die bereits von Mietern in Eigeninitiative und mit eigenem Geld durchgeführten Modernisierungen wie Einbau von Duschen, Bädern und Etagenheizungen zugute.

Die Vorteile des Wohnens im Grünen werden nun in die Innenstadtbezirke hereingeholt. Unter dem Motto „Licht, Luft und Sonne" werden Seitenflügel und Hinterhäuser abgerissen, damit an die modernisierten Vorderhauswohnungen mehr Licht herankommt. Die Modernisierung nach dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) setzt sogar den Abriß der Seitenflügel und Hinterhäuser voraus. Dadurch entsteht das für Westberlin typische Bild der Wohnungsmodernisierung: Leerstehende Vorderhauswohnungen, weil sie modernisiert werden sollen und die Mieter vor dem zu erwartenden Baulärm und Dreck sowie den zu erwartenden hohen Mieten flüchten und leerstehende Seitenflügel und Hinterhäuser, die für den Abriß entmietet wurden. Aber dieses Leerstehenlassen von Wohnungen soll die Hausbesitzer nicht kratzen, denn das Land Berlin übernimmt nach dem Überlassungsvertragsentwurf vom 12. März 1979 „sanierungsbedingte Mietausfälle". Das Problem bei einem derart hohen Leerstand an Wohnungen liegt auch darin, daß die verschiedenen Modernisierungsprogramme zum Teil parallel laufen und dadurch selbst für die nur vorübergehend ausziehenden Mieter von Wohnungen, die gerade modernisiert werden, praktisch kaum Ersatzwohnungen vorhanden sind.



Modernisierung — das profitable Geschäft der Hauseigentümer/-gesellschaften

In der Tat wird niemand die Notwendigkeit der Modernisierungen von Altbauwohnungen angesichts ihres katastrophalen Zustands dank der jahrelangen Verrottung durch die Hausbesitzer bestreiten können.

Die Instandbesetzer in Kreuzberg beispielweise haben eindrucksvoll vorgeführt, wie mit verhältnismäßig geringen Mitteln eine an sich abbruchreife Wohnung wieder in Schuß gebracht werden kann. Ganze 6.000 DM reichten zum Beispiel für eine verwahrloste und jahrelang leerstehende 3-Zimmer-Wohnung aus, um sie in einen Neubaustandard (mit Heizung, Bad, Innentoilette usw.) wieder instandzusetzen (nach „Panorama", 23. 12.80). Dies kann selbstverständlich nur begrenzt als Vergleich herangezogen werden, da diese Kosten nicht die unbezahlte Arbeit enthalten. Zudem ist dem Großteil der Mieter natürlich nicht zuzumuten, mit eigener unbezahlter Arbeit zu modernisieren. Aber es läßt sich etwa ablesen, wie billig modernisiert werden könnte (s. u.).

Die staatlichen Förderungen für Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen beliefen sich seit 1977 auf insgesamt runde 1,5 Milliarden DM! Und das sind für fast 30.000 Wohnungen 50.000 DM pro Wohnung. Die runden 1,5 Milliarden DM schlüsseln sich wie folgt auf:
— 559 Mio. DM stammen aus dem 1977 verabschiedeten „Wertausgleichsprogramm" (WAP) des Senats. Diese Mittel werden aufgewendet für Infrastrukturmaßnahmen, Blockentkernungen (sprich: Abriß der Hinterhäuser), Abrisse, Umsetzungsmaßnahmen von Mietern usw. Das WAP-Programm gilt noch bis 1981 (14. Bericht ..., S. 109).
— Weitere 280 Mio. DM stammen aus dem „Zukunftsinvestitionsprogramm" (ZIP) des Sentas, mit dem seit 1977 3.200 Wohnungen modernisiert wurden. Das sind immerhin 87.500 DM pro Wohnung!
— 296,5 Mio. DM sind im Rahmen der sogenannten „einfachen Modernisierung" für insgesamt 26.500 Wohnungen bezuschußt worden. Diese öffentlichen Subventionen schlüsseln sich in verschiedene Bund-Länder-Programme, Senatsprogramme usw. auf.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die sogenannten „einfachen Modernisierungen" — die in Wirklichkeit nichts anderes sind als staatlich geförderte Instandsetzungsmaßnahmen, die eigentlich von den Hausbesitzern aus der Miete bezahlt werden müßten und unterlassen wurden! — nach dem „Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz" vom 12.7.78 (ModEnG) durchgeführt worden sind! Ziel dieses Gesetzes sei es, *„energiesparende Maßnahmen ... mit einem einmaligen Zuschuß in Höhe von 25 % der Kosten, jedoch höchstens 3.000 DM/Wohnung"* zu fördern (14. Bericht ..., S. 23). Tatsächlich jedoch wurden die sogenannten „energiesparenden Maßnahmen" je nach Programm zwischen 4.769 und 12.025 DM pro Wohnung bezuschußt! (14. Bericht ..., Anlage 30).
— Die restlichen rund 354 Mio. DM wurden für „umfassende Modernisierungen" nach dem Städtebauförderungsgesetz bzw. dem Wohnungsbaugesetz zugebuttert. Dabei ist auffallend, daß 470 Wohnungen mit 59 Mio. DM gefördert wurden — das sind durchschnittlich 125.531 DM pro Wohnung (nach §§ 43 und 73 Städtebauförderungsgesetz). Die restlichen 1.650 Wohnungen wurden gar mit 295 Mio. DM subventioniert, das ergibt einen Schnitt von sage und schreibe 178.788 DM pro Wohnung! (14. Bericht ..., Anlage 30). Das entspricht dem Standard von Neubauwohnungen im öffentlich geförderten „sozialen" Wohnungsbau!

Für diese Summe kann man/frau durchaus eine moderne 3-Zimmer-Eigentumswohnung kaufen!

Man halte sich vor Augen, mit welch vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln unsere Instandbesetzer „einfache" und zum Teil auch „umfassende" Modernisierungen durchführen! Erst vor diesem Hintergrund wird klar, was den Hauseigentümern so alles in den Rachen geschoben wird!

Denn grundsätzlich haben die einzelnen Hausbesitzer keinerlei Interesse an einer Instandhaltung bzw. Modernisierung ihrer Häuser, solange die hohen Mieten für einträgliche Rendite sorgen.

Westberliner Wohnungsnot in Zahlen (neuester Stand)

1.041.100	**Haushalte**
973.400	**Wohnungen**
67.700	**Wohnungen fehlen**
51.700	Haushalte wohnen zur Untermiete
4.900	Wohnungen sind in Unterkünften, die zum dauernden Wohnen eigentlich nicht geeignet sind.
1.900	Wohnungen haben keine Küche oder Kochgelegenheit
27.200	Wohnungen stehen leer, davon c.a.
9.000	wegen bevorstehendem Abriß oder bevorstehender Modernisierung
60.000	Haushalte oder mehr müssen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Miete zahlen. Hauptsächlich diejenigen mit niedrigem Einkommen und ältere Menschen.

Da der Senat jedoch modernisieren will, muß er den Hausbesitzern mit allerlei staatlichen Geldern und Schenkungen frohlocken, materielle Anreize schaffen usw. und den Eigentümern auch noch eine künftig höhere Rendite sichern helfen.

Es liegt gleichfalls auf der Hand, daß angesichts der angegebenen Bau- und Grundstückspreise, der Kosten für die Modernisierungen usw. k e i n e r l e i Zusammenhang zur Miethöhe besteht. Diese hat damit nicht das geringste zu tun!

Beträgt der Durchschnittspreis eines Quadratmeters Wohnfläche beim „sozialen" Wohnungsbau bereits 22,60 DM und erreichen auch „umfassend modernisierte" Wohnungen annähernd die gleichen Werte, so liegt auf der Hand, daß dies für das Gros der Bevölkerung unbezahlbar ist. Es muß also obendrein noch im Sinne der Hauseigentümer subventioniert werden. Zwar liegt es im Bestreben der Hauseigentümer, die Mieten möglichst hoch zu veranschlagen, allerdings sträuben sich selbst beim Industriekapital die Haare zu Berge, da Höchstmieten zu höheren Löhnen führen würden, wollte man nicht sehr drastisch den durchschnittlichen Lebensstandard senken.

Also wird sich das Mietniveau generell auf ein gewisses, schon überhöhtes Maß nach den Marktgesetzen einpendeln. Was sich gegenwärtig tut, ist, dieses Mietniveau in den unteren Etagen an den Standard des „sozialen" Wohnungsbaus anzuheben.

Senat sozialisiert Investionen und privatisiert Gewinne

Ursachen der hohen Kosten liegen in erster Linie in der enormen Steigerung der Bodenpreise, also der Grundrente. Gerade die Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der sogenannten Stadterneuerung klettern aufgrund der hohen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt geradezu gigantisch in die Höhe. Die hohen Preise werden dadurch realisiert, daß bei öffentlichen Modernisierungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen Wohnungsbaugesellschaften den Auftrag vom Senat bekommen, loszulegen. Haus und Grundstück werden also verkauft, um die Sanierungs/Modernisierung fertigzustellen. Danach bleiben die modernisierten Häuser zumeist im Besitz dieser feinen Gesellschaften oder aber sie werden zu sehr hohen Preisen wieder verkauft.

Zwei konkrete Beispiele mögen das verdeutlichen.

In den Sanierungsgebieten in Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Neukölln sanken die Werte der Gebäude von rund 55 DM/qm im Jahre 1972 auf etwa 50 DM/qm (1979) ab. Demgegenüber stieg die Grundrente im gleichen Zeitraum von 120 DM/qm auf über das Doppelte von 265 DM/qm an.

Im Sanierungsgebiet in Charlottenburg/Schöneberg lag der Kaufpreis für Gebäude bei 40 DM/qm (1972) und hat sich geringfügig auf 42 DM/qm erhöht. Die Grundrente stieg von 145 DM/qm auf 300 DM/qm an (14. Bericht..., Anlage 24.4.).

Auf diesen Tatbestand wies bereits F.Engels vor 108 Jahren hin: *„Geradeso ist es mit der Wohnungsnot. Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann"* (Engels, „Zur Wohnungsfrage", MEW 18, S. 215).

Im zitierten Senatsbericht heißt es dazu, daß die Kosten bzw. das Verschleudern öffentlicher Subventionen sich zu 49 % auf den Grunderwerb und zu 51 % auf die Gebäude verteilen (14. Bericht..., S. 100).

Noch anschaulicher wird dieser Tatbestand, wenn die Sanierungsgebiete in Westberlin aufs Korn genommen werden.

Insgesamt wendete der Senat rund 168 Millionen DM an öffentlichen Subventionen für 1978/79 auf, wobei die „Erwerbskosten" (Grundrente und Gebäudewerte) den Löwenanteil von 79 Millionen DM (= 46,7 %) ausmachen. Der zweithöchste Anteil entfällt auf die „Ordnungsmaßnahmen" wie Umzugskosten, Räumungsentschädigungen, Abrisse usw. mit 43 Millionen DM (= 25 %).

Die Kosten für den Neubau bzw. Modernisierungsmaßnahmen fallen demgegenüber bescheiden aus: nur 24,5 Millionen DM (= 14,5 %) werden für den eigentlichen Zweck ausgegeben! (14. Bericht..., S. 101).

Hier zeigt sich der ganze Irrsinn und die Mieterfeindlichkeit der Wohnungsbaupolitik des Senats; ohne die Mieter überhaupt an den Modernisierungsmaßnahmen zu beteiligen, werden Steuergelder für Umsetzungen verplempert und den Eigentümer- und Baugesellschaften für ihre Grundstückskäufe etliche Summen bezahlt!

Sanierungsverträge sind staatliche Schenkungsurkunden

In Sanierungsgebieten wickelt sich in etwa folgender Prozeß ab: der Senat erklärt ein ganzes Gebiet mit mehr oder weniger zerfallenen Altbauten zum Sanierungs- bzw. Sanierungserwartungsgebiet. Er beauftragt dann eine der großen privaten oder „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften mit der Durchführung der Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen und s c h e n k t diesen Gesellschaften Steuergelder
a) für den Kauf des Grundstücks/Gebäudes,
b) für die „Ordnungsmaßnahmen" wie Abrisse, Umsetzungen von Mietern usw.,
c) für planerische Maßnahmen und
d) für die eigentliche Modernisierung bzw. den Neubau. Nehmen wir also an, eine Wohnungsbaugesellschaft kauft mit Hilfe von Steuergeldern zwei Häuser im Werte von 200 000 DM. Nehmen wir weiter an, daß der Wert des Grundstücks und des modernisierten Hauses nunmehr 400 000 DM beträgt — so verlangt der Staat sogar per Gesetz eine sogenannte Wertausgleichsabgabe oder Wertabschöpfung. Das heißt, der Staat will nach erfolgter Modernisierung aus den verschenkten Steuergeldern den „Mehrwert" des Hauses „abschöpfen". Das wäre immerhin noch logisch, fließt zumindest ein Teil des vorgeschossenen Kapitals wieder in die Staatskassen zurück. Aber bei der Westberliner Wohnungsbaupolitik sind solcherlei logischen und gar gesetzlich vorgeschriebenen Wertabschöpfungen nur Schall und Rauch: Die nach den §§ 41 und 42 Städtebauförderungsgesetz vorgeschriebene Erhebung von Ausgleichsbeiträgen sei — so der Senat — *„vorerst nicht durchzusetzen".*

„Ausgehend von der Vielzahl der in Sanierungsgebieten öffentlich geförderten Vorhaben würde damit der Verzicht auf die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen kein Einzelfall, sondern zur R e g e l werden. Dieses Ergebnis steht allerdings im Gegensatz zu der gesetzlichen Forderung, die den Verzicht auf die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen als A u s n a h m e versteht" (14. Bericht..., S. 95). Fragen wir nun, warum der Senat gegen seine eigenen Gesetze verstößt, so schreibt dieser selbst, daß eine Ausgleichsforderung *„nur dann zu realisieren* (wäre), *wenn die Ertragslage dieser... Betriebe eine Heranziehung zu Ausgleichsbeiträgen ohne Gefährdung ihrer Wirtschaftlichkeit ermöglicht".* Unter anderem wäre eine Wertabschöpfung *„nicht erlaubt, weil die gesetzlich vorgeschriebene Mietpreisbindung ihre wirtschaftliche Umsetzung nicht zuläßt"* (14, Bericht..., S. 95).

Zu deutsch: der Westberliner Senat orientiert die Wertabschöpfung ganz nach Belieben und Befinden der Wohnungsbaugesellschaften, nach Lage ihrer „Wirtschaftlichkeit" und kann nicht „abschöpfen", weil das Übel des 'Weißen Kreises' die Mietsteigerungen noch in Grenzen hält. „Wert" will der Senat also nur dann abschöpfen, wenn die Hauseigentümer/-gesellschaften bei Vermietung ihrer modernisierten Wohnungen den Mietpreis „frei" in die Höhe treiben können.

Die Sache wird noch ominöser dadurch, daß der Senat bei vollständigem Verzicht auf eine Wertabschöpfung den Hauseigentümern die Häuser und Grundstücke faktisch g e s c h e n k t hat!

Der Senat ist also durchaus spendabel, wenn es darum geht, Hausbesitzer zum Modernisieren zu motivieren!...

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Und die Großen läßt man laufen... Zur Modernisierungspolitik des Westberliner Senats

Anders ausgedrückt: faktisch sind die vom Senat „öffentlich geförderten" (öffentlich geschenkten) Häuser/Grundstücke „verstaatlicht", da die Hausbesitzer keine müde Mark locker zu machen brauchten. Rechtlich jedoch bleiben die Häuser in Sanierungsgebieten im Privatbesitz oder im Besitz „gemeinnütziger" Wohnungsbaugesellschaften.

Auch die Bauindustrie sahnt kräftig ab!

Machen die Bodenspekulationen und die damit zusammenhängenden Explosionen der Bodenpreise den Löwenanteil der hohen Modernisierungskosten aus, so sahnt bei dem Geschäft mit der Sanierung auch die Bauindustrie kräftig ab. In den Sanierungsgebieten stiegen zum Beispiel die Subventionen für die eigentlichen Baumaßnahmen (Neubau oder Modernisierung) von 6 Mio DM 1978 auf 18,5 Mio DM im Jahre 1979 — sie haben sich also innerhalb nur eines Jahres v e r d r e i f a c h t ! (14. Bericht..., S. 101).

Selbst der Regierende Bürgermeister Stobbe warnte vor den hohen Baupreisen, die im letzten Jahre um 30 % gestiegen seien („Berliner Morgenpost" („MoPo") vom 27.11.80). In der Tat! Westberlin ist einsamer Spitzenreiter im Vergleich zu bundesdeutschen Städten.

Die reinen Baukosten pro Kubikmeter liegen für
Westberlin bei 415 DM pro Kubikmeter,
Hamburg bei 350 DM pro Kubikmeter,
Frankfurt bei 300 DM pro Kubikmeter und
München bei 375 DM pro Kubikmeter.
1978 lagen diese Kosten für Westberlin noch bei 295 DM! („Tagesspiegel", 7.12.80).

Grund dieser Kostenexplosion ist die Gesundschrumpfung und Rationalisierung in der Westberliner Bauindustrie; vor rund 10 Jahren gab es noch rund 50.000 Bauarbeiter, 1980 hingegen 30 % weniger, nämlich ca. 34.000. Die knapp gehaltene Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem Baumarkt ist ein wesentlicher Faktor der steil angestiegenen Preise. Die Gesundschrumpfung setzte Anfang der 70er Jahre ein, als das Neubauprogramm zugunsten der Stadterneuerung zurückgefahren wurde (Angaben aus „BM" vom 4.9.80).

Wenn sich der Senat auch öffentlich darüber beklagen mag, so hat er maßgebliche Verantwortung für diese Entwicklung. Zum einen deshalb, weil er sich bislang strikt weigerte, westdeutsche oder ausländische Baufirmen als Konkurrenten einzuführen — zum anderen widerlegte der Präsident der Westberliner Bauindustrie, Hohoff, das Senatsgezeter! Der Senat sei nämlich „*in der Verantwortung und nimmt sie auch wahr. Es gibt beim Wirtschaftssenator das Preisamt, das alle Preise für öffentliche Bauvorhaben noch vor der Auftragserteilung überprüft... Die Bauwirtschaft ist zu mehr als 80 % ... von der öffentlichen Hand als Auftraggeber abhängig*" („BM", 30.11.80). Auch wenn Hohoff da etwas untertreibt, so läßt sich angesichts der totalen Verfilzung von Senat mit Wohnungsspekulanten und anderen seriösen Gesellschaften schon ausmalen, wie dort die Preise ausgehandelt, Zuschläge erteilt werden. Der Millionenskandal um die „Bautechnik AG" eines Herrn Garski wirft nur ein bezeichnendes Licht auf diese Verfilzungen.

Einige „Liberalisierungen" für die Hauseigentümer ...

Der große Boom der Sanierung und Modernisierung wurde durch einige wichtige gesetzliche Änderungen flankiert, die das Ziel hatten, die Hausbesitzer von jeder Art umständlicher bürokratischer Hürden und Verwaltungsverfahren zu befreien. Zu diesen Verlockungen zählen u.a.

— das „Gesetz zur Beschleunigung der Verfahren zur Erleichterung von Investitionsvorhaben" vom 6.7.79

— Änderungen im Bundesbaugesetz mit dem Ziel der Vereinfachung der Vorschriften zwecks „unbürokratischer" Beschleunigung der Sanierungen/Modernisierungen

— Änderungen des Städtebauförderungsgesetzes hinsichtlich des Verzichts auf die vorbereitenden Untersuchungen und die Regelung, daß Sanierungsmaßnahmen schon v o r der „Rechtsverbindlichkeit von Bebauungsplänen" durchgeführt werden können (§§ 8, 10 Städtebauförderungsgesetz). (Angaben aus: 14. Bericht..., S. 26-29).

Das heißt für Sanierungsgebiete: die Hausbesitzer/-gesellschaften kommen schneller an den staatlichen Mammon heran und auf umständliche Planverfahren, Untersuchungen usw. soll vollständig verzichtet werden. Es kann also drauf los saniert werden!

Modernisierung: eine Grauzone

Nun wird der Begriff der Modernisierung schon fast inflationär angewandt und Dinge als „modernisiert" bezeichnet, die dies gar nicht sind. Werden beispielsweise in einem Altbau neue Fenster mit Aluminiumrahmen eingebaut, weil die zum Teil jahrzehntealten Holzfenster mangels Pflege durch Witterungseinflüsse dahinmodern, so ist dies keinesfalls eine Modernisierung, sondern eine Instandsetzung, zu der der Hausbesitzer gesetzlich verpflichtet ist. Schließlich kassiert er dafür ja die Mieten.

Selbst der Senat kommt zu dem **Ergebnis, daß die I n s t a n d s e t z u n g der „entscheidende Kostenfaktor" bei der Modernisierung sei und somit Gedanken darüber, durch eine Reduzierung des Modernisierungsstandards Kosten einzusparen, hinfällig geworden sind.** (14. Bericht ..., S. 85).

Hier kommt der Senat also für den „entscheidenden Kostenfaktor" der Hauseigentümer auf, die dieser eigentlich s e l b s t zu tragen hätte!

Doch weiter. Bei jedem halbwegs verkommenen Altbau wägt der Hausbesitzer oder der Senat ab, ob modernisiert oder abgerissen werden soll. Also entweder Altbaumodernisierung oder Neubau. Nach Lage der Dinge ist diese Entscheidung n i c h t die der betroffenen Mieter, sondern eine reine Kostenfrage. Modernisiert wird in der Regel nur, wenn die Kosten der Modernisierung bis zu 70 % der theoretischen Neubaukosten betragen. Darüber also: Abriß. Es ist beileibe kein Einzelfall, daß die Modernisierungskosten weitaus höher liegen als die Neubaukosten. So jedenfalls die Theorie.

Tatsächlich jedoch rentiert sich die Modernisierung, da die 70 %-Marke größtenteils weit überschritten wird. Selbst der Senat beschreibt diese Situation in vorsichtiger Weise; die 70 % „*vergleichbarer Neubaukosten konnten zwar in vielen Fällen eingehalten werden; ü b e r w i e g e n d wurden Gebäude jedoch auch wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Bedeutung mit einem höheren Kostenaufwand erhalten*" — heißt es im Senatsbericht und er gelangt zu dem Schluß, daß auch „*künftig der überwiegende Anteil der Modernisierungsvorhaben in Sanierungsgebieten nicht unter 70 % ... durchzuführen sein*" werden (14. Bericht..., S. 85).

Das Verhältnis von Neubauten zur Altbaumodernisierung liegt noch immer auf der Seite der Neubauten, obgleich der Modernisierungsanteil geringfügig gesteigert werden konnte; er liegt bei rund 1100 Wohnungen pro Jahr.

Seit 1978 sind nach öffentlichen Förderungsprogrammen insgesamt 6.770 Wohnungen fertiggestellt worden. Davon entfielen auf den Neubau 4.469 und auf die Altbaumodernisierung 2.301 Wohnungen. Zwei Drittel der sanierten Wohnungen werden dadurch dem (relativ billigen) Altbaubestand entzogen und dem „Sozialen" Wohnungsbau oder dem „freien" Markt übertragen. A b 1980 umfaßt das Modernisierungsprogramm 48.800 Wohnungen, wovon rund 26.000 Wohnungen modernisiert werden sollen.

Diese Modernisierungspolitik hat schon jetzt böse Folgen für die Mieter: **Neubauten fallen nicht unter die Mietpreisbindung für Altbauwohnungen, sondern zumeist unter den „sozialen" Wohnungsbau mit stark subventionierten Mieten von 5,- DM/qm aufwärts (s. AK 191). Hinzu kommt, daß damit der Bestand an modernisierten Altbauten systematisch verknappt wird, die Mieter also gezwungen sind, zum Teil unerhörte Mieten auf sich zu nehmen. Das Ziel der Wohnungsbaumafia ist zudem erreicht: eine generelle „Nivellierung" des Mietpreisniveaus.**

Untersuchungsgegenstand sind in diesem Artikel nur die Sanierungen/Modernisierungen aus staatlichen Förderungsprogrammen. Hier liegen zumindest einige Zahlen und Fakten offen. Relativierend muß jedoch hinzugefügt werden, daß seit 1977 weiter rund 20.000 Wohnungen modernisiert bzw. neu gebaut wurden, also immerhin ein beträchtlicher Anteil von 40 % des gesamten Wohnungsbauprogramms. Die Förderungen laufen bei diesen 20.000 Wohnungen nicht über staatliche Programme, sondern über die § 14 b-A b s c h r e i b u n g e n des Berlin-Förderungs-Gesetzes. Nach steuerlichen Abschreibungen eines modernisierten/neu gebauten Hauses amortisieren sich die Kosten für die Hausbesitzer nach durchschnittlich 10 Jahren. Über die Höhe dieser steuerlichen Abschreibungen gibt es offiziell keinerlei Angaben, viel schlechter dürften die Hauseigentümer bei dieser Finanzierungsform angesichts der starken Inanspruchnahme des § 14 b dabei allerdings auch nicht fahren (s. hierzu AK 191).

Begleiterscheinung der Modernisierung und Sanierung: Abrisse-Entmietungen

Sanierung ist fast immer mit schwerwiegenden Folgen für die Mieter verbunden. Um beim obigen Beispiel zu bleiben: 6.770 Wohnungen sind seit 1978 modernisiert bzw. neu gebaut worden.

Die Entmietungen jedoch lagen für die gleichen Gebiete und den gleichen Zeitraum bei 7.260 Wohnungen. Abgerissen wurden gar 4.940 Wohnungen! Das heißt: rund 500 Wohnungen wurden vernichtet und damit der Wohnungsmarkt weiter verknappt (14. Bericht..., S. 89).

Insgesamt sind in Westberlin im Rahmen der Stadterneuerungsprogramme (also des öffentlich subventionierten Wohnungsbaus) 27.338 Wohnungen „freigemacht", sprich: Mieter umgesetzt worden. Von diesen Wohnungen wurden 24.802 Wohnungen (= 90,7 %) abgerissen! (14. Bericht..., S. 89)

Dafür entstanden neu 16.200 Wohnungen! Also auch hier der erwünschte Effekt, die Mieten nach oben zu treiben: Wohnungsverknappung. Verringerung des Angebots in diesem Fall um runde 40% und Verringerung des Altbaubestandes. (14. Bericht ..., S. 10). **Interessant ist, daß der Senatsbericht diesen Zusammenhang bewußt nicht herstellt, sondern aus einer ordentlichen Statistik einen gehörigen Zahlensalat zusammenbraut!**

Doch wem das zu gewaltig erscheint, so kehren wir zu überschaubaren Sanierungsgebieten zurück. In den fünf Sanierungsgebieten in Kreuzberg sind bis zum 31.12.79 insgesamt 6.211 Wohnungen „entmietet" worden und 6.114 Wohnungen fielen der Abrißkugel zum Opfer (= 98.4 %) (14. Bericht..., Anlage 25 und 25.1.).

Diese anarchische und amokartige Vernichtung von Wohnraum hat erheblich zur Verschärfung in den Sanierungsgebieten zwischen den Mietern einerseits und Vermietern/Senat andererseits beigetragen. Da im wesentlichen billiger Wohnraum vernichtet wird, sind die Hauptbetroffenen vornehmlich Rentner/innen, die türkischen Arbeiterfamilien sowie auch Westberliner Arbeiterfamilien, die sich den Luxus einer Wohnung des „Sozialen" Wohnungsbaus nie leisten können. Das Problem ist dem Senat voll bewußt, wenn er dazu feststellt:

„*In Kreuzberg haben sich die Probleme verschärft. Es gestaltet sich zunehmend schwieriger, ausländische Bewohner, insbesondere aber ausländische kinderreiche Familien und deutsche Bewohner mit geringem Einkommen in geeignete Wohnungen umzusetzen. Die gleichzeitig durchgeführten Maßnahmen im Zukunftsinvestitionsprogramm* (vergl. AK 191, S. 7/8) *verknappen das ohnehin enge Angebot an geeignetem Wohnraum, da auch bei der Abwicklung dieser Maßnahmen erheblicher Ersatzwohnraum benötigt wird*" (14. Bericht..., S. 86/87).

Und in der Tat gibt es in Westberlin inzwischen mehr als 50.000 Wohnungssuchende! („Extrablatt", „Die Wahrheit über den Terror" der Alternativen Liste und von Netzwerk). Insgesamt sind/waren über 200.000 Menschen von dieser Sanierungspolitik betroffen! Mit anderen Worten: der Senat sorgt selbst dafür, daß seine Wohnungsvernichtungspolitik zu einem politischen Sprengsatz wird und denkt offensichtlich gar nicht daran, diesen mieterfeindlichen Kurs abzubrechen.

Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik baut auf Anarchie!

Die Instandbesetzer haben diese Politik durchaus erkannt und machen aus der Not eine Tugend. Angesichts der katastrophalen Wohnraumverknappung bleibt nur noch der Ausweg der Besetzung l e e r s t e h e n d e r Häuser.

Nach offiziellen Angaben der Elektrizitätswerke BEWAG soll es sich nur um ca. 7000 handeln, tatsächlich dürfte das „Extrablatt" (20.12.80) wesentlich realistischer liegen:

27.200 Wohnungen, die von skrupellosen Hausbesitzern dem Abriß preisgegeben werden sollen, stehen leer, 9.000 davon wegen bevorstehendem Abriß/Modernisierung! Und die Instandbesetzer haben bewiesen, daß es auch a n d e r s geht: nicht Abriß oder teure Modernisierung mit nachher unbezahlbaren Mieten, sondern relativ billige Instandsetzung.



Und der Senat?

Er verfügt angeblich über keinerlei Informationen, Übersichten über den Wohnungsleerstand, entmieteten Wohnungen im Verhältnis zum Wohnungsbedarf usw. Kurzum: eine Analyse, eine Art Bedarfsplanung hat er nicht anstellen lassen und offensichtlich auch kein Interesse daran.

So gibt es ein schönes papiernes Gesetz, wonach Altbauwohnungen nicht länger als 3 Monate leerstehen dürfen. Das Landesamt für Wohnungswesen hat für die Kontrolle ganze vier (!) Angestellte. „*Eigene Nachforschungen kann das Amt nicht anstellen*" und aus der Bevölkerung – vorwiegend von Mieterinitiativen – gehen 10 Hinweise im Monat ein, so daß das Amt offiziell knappe 1.000 leerstehende Wohnungen ausweist! („Tagesspiegel", 8.11.80).

Daß die Hauseigentümer von sich aus keinen Rapport abstatten, versteht sich von selbst.

Auch als die Alternative Liste in der Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten eine Anfrage über die Anzahl leerstehender Wohnungen im Bezirk stellte, mußte der Baustadtrat passen: darüber gäbe es keine Statistik. Ach wie gut, daß niemand weiß ...

Doch es handelt sich dabei keineswegs um eine Panne, sondern bewußte Politik. Deutlicher geht dies aus einer harmlosen Anfrage der CDU im Westberliner Abgeordnetenhaus hervor. Die CDU fragte so simple Dinge an wie die Auskunft über die Anzahl aller Wohnungen und Haushalte, Anzahl leerstehender Wohnungen, die Anzahl der instandgehaltenen Altbauten, die durchschnittliche Miethöhe und über den Anteil an staatlichen Subventionen („Landespressedienst" v. 4.8.80). Diese an sich recht einfachen Fragen konnte der Senat mit keinem Wort beantworten: die Politik des laissez-faire hat Hochkonjunktur!

Und das Statistische Bundesamt hält gleichfalls die „*Angaben über Bevölkerungszahl und Wohnungen ... (für) überhöht... Die Zahl der Wohnungen ... sei wesentlich stärker überhöht*" („Tagesspiegel", 14.12.80).

Der Senat geht also von f a l s c h e n und/oder k e i n e n realistischen Fakten aus, sondern überschüttet die Hauseigentümer/-gesellschaften auf Blaue nur so mit Steuergeldern.

LAMOD: Fortsetzung der gleichen Politik mit anderen Mitteln

Der Senat denkt auch künftig nicht daran, von der bisherigen Politik abzurücken, im Gegenteil: den Hausbesitzern soll's noch bequemer, noch unbürokratischer und noch schmackhafter gemacht werden. Der ganze Ballast und Wust der diversen Modernisierungsprogramme soll entzerrt und vereinheitlicht werden in einem einzigen geballten Programm: dem Landesmodernisierungsprogramm (LAMOD), das für die nächsten vier Jahre gelten soll. Es trägt in gewisser Weise auch den nachteiligen Erfahrungen Rechnung, indem die Subventionen differenzierter eingesetzt werden sollen. Die Einstiegsmiete für den Mieter nach erfolgter Modernisierung soll in der Regel um 90 Pfennig unter der des „sozialen" Wohungsbaus (5,- DM/qm aufwärts) liegen, sich über 10 Jahre aber jährlich um 17 Pfennige/qm erhöhen. Bei einer umfassenden Modernisierung beträgt die Kaltmiete demnach 4,34 DM, 10 Jahre später 5,87 DM/qm. Das ist also die gewünschte „Standardisierung" der Mieten auf dem Niveau des sozialen Wohnungsbaus! Auch die Entmietungen sollen nach Angaben des Bausenators Ristock in Grenzen gehalten werden – sonst liegen tatsächlich bald die Mieter buchstäblich auf der Straße. („Tagesspiegel", 17.12.80). Für diese 4 Jahre sind 897 Millionen DM vorgesehen, mit denen 6750 Wohnungen modernisiert werden sollen. Der Run auf LAMOD hat bereits begonnen: 6.000 Anträge auf LAMOD-Gelder liegen dem Senat bereits vor („Tagesspiegel", ebenda).

Kein Wunder, denn nach Adam Riese ergibt das eine Förderung pro Wohnung von 132.888,88 DM! Nach Aussage des Semats soll LAMOD vorwiegend dort eingreifen, wo die Durchführung der Modernisierung „*für Eigentümer ... allein nicht tragbar wäre*". Es soll weiterhin als „*zentrales Instrument der umfassenden Modernisierungsförderung ... in ... Sanierungsgebieten und in Untersuchungsbereichen*" fungieren.

Der „Ausstattungsstandard des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus kann bei der Modernisierung nicht die Regel sein" – heißt es weiter im Senatsbericht (S. 121/122).

Dies ist wohl mehr eine Beschwichtigungsformel an die Hausbesitzer, mehr Wunsch als Wirklichkeit!

Bemerkenswert ist weiterhin, daß die gesamte Abwicklung der Modernisierungspolitik des Senats von zwei zentralen Institutionen wahrgenommen wird: für die finanzielle Ausschüttung der Subventionen sorgt die WBK (Wohnungsbaukreditanstalt) – eine Art Filz-Zentrale aus Senatoren, Abgeordneten und den Hausbesitzergrößen Westberlins. Relativ jung dagegen ist die nicht minder wichtige „Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung" (BSM), die sich ganz „*auf die Motivierung und Beratung privater Hauseigentümer bei der Verbesserung ihres Eigentums (!) und die Vorprüfung von Förderungsanträgen*" widmet (14. Bericht ..., S. 123).

Es bleibt also pure Heuchelei, wenn angesichts der Bauskandale und der Verrottung von Altbauten Bausenator Ristock über Verschwendung und überhöhte Preise herumjammert: der Senat selbst hat die Hebel dazu in Bewegung gesetzt!

Der Senator zieht ...

Der Kampf der Instandbesetzer gegen die Wohnraumvernichtung und eine Instandsetzung nach den Bedürfnissen der Mieter hat den Senat stellenweise zum Nachgeben gezwungen. In einem Verhandlungsangebot des Senats an die Besetzer werden diese zunächst als legale Verhandlungspartner anerkannt – ganz nach Art der polnischen Gewerkschaften.

Und der Senat scheint auch bereit, die insgesamt 23 instandbesetzten Häuser nicht zu räumen, sondern Nutzungsverträge anzubieten – zumindest vorübergehend. Dies liegt auch durchaus im Interesse des Senats angesichts der Wohnraumverknappung. Über Leerstand läßt er also beschränkt mit sich reden – nicht jedoch über eine grundsätzliche Änderung der M o d e r n i s i e r u n g s p o l i t i k.

Es liegt auf der Hand: der Senat versucht, die generell katastrophale Wohnungspolitik, um die es hier geht, abzukoppeln und die Instandbesetzer zu befrieden. Er ist durchaus bereit, sogar einige Zugeständnisse zu machen. Wichtiger für ihn ist, eine Ausweitung der Mietkämpfe auf breitere Teile der Bevölkerung zu verhindern.

Umgekehrt wird es für die gesamte Mieterbewegung in Westberlin darauf ankommen, den Kampf der Instandbesetzer für sich zu nutzen in dem Sinne, daß verbesserte Regelungen für die anstehenden Modernisierungen und Instandsetzungen für a l l e Mieter herauskommen – und somit der Senat Abschied von seinen Steuerschenkungen nehmen muß .

S. und O. aus Tiergarten

Endlich: Westberliner Senat zurückgetreten!

Am 15.1. erklärte der Regierende Bürgermeister Stobbe den Rücktritt des sozialliberalen Senats. Es ist das Eingeständnis, daß die SPD/FDP-Koalition in Westberlin völlig abgewirtschaftet hat.

Ausgelöst wurde die schwere Senatskrise durch den Bauherren Garski, der mit seiner seit langem bankrotten „Bautechnik AG" für den größten Finanzskandal Westberlins sorgte und damit peinlichste Einblicke in das Innenleben des Senats gewährte, der sich mit Millionenkrediten für Garski verbürgt hatte. Der Senat übernahm die Bürgschaften für völlig ungedeckte Kredite und muß nach Feststellung der Pleite nun 115 Millionen DM an die Berliner Bank aus Steuergeldern zahlen. Zunächst stürzten über diesen Bauskandal zwei Senatoren, kurz darauf purzelten drei weitere Senatoren. Der völlige Bankrott der regierenden Koalition wurde vollendet, als bei der anstehenden Neuwahl von fünf Senatoren alle vier sozialdemokratischen Kandidaten durchfielen, und zwar mit Stimmen aus den Reihen der in sich völlig zerstrittenen SPD.

Die CDU sah ihre Stunde gekommen. Sie präsentierte sich demagogisch als Saubermann und forderte die „sauberste Lösung" (Weizsäcker), nämlich Neuwahlen. In dieser Situation machten auch die fortschrittlichen Kräfte dieser Stadt mobil: Die Alternative Liste und die „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger" (WUB) kamen der CDU zuvor und leiteten von sich aus ein Volksbegehren ein mit dem Ziel des Sturzes des Senats und anschließenden Neuwahlen.

Die Alternative Liste wollte damit im Bunde mit anderen links-oppositionellen Kräften Westberlins deutlich unterstreichen, daß die Senatskrise innerhalb des bürgerlichen Parteienlagers unlösbar ist, sondern nur durch Stärkung und Verbreiterung des Protestes. Das bürgerliche Lager befindet sich in einem Dilemma: auf der einen Seite wird der Ruf nach Neuwahlen immer lauter, auf der anderen Seite will die sozialliberale Koalition in neuem Gewand weiterwursteln. Die Etablierten schrecken vor Neuwahlen auch deshalb zurück, weil die Alternative Liste ausgezeichnete Chancen hat, bei Neuwahlen ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. D a s ist die gemeinsame Sorge aller bürgerlichen Parteien, denn damit würden die starken politischen Konstellationen kräftig durcheinandergewirbelt werden. Zugleich wäre der Einzug der AL ins Abgeordnetenhaus eine Ermutigung für alle radikaldemokratischen, alternativen und grünen Wahlbündnisse nach dem niederschmetternden Abschneiden der Grünen bei den Bundestagswahlen.

Und es geht wahrhaftig nicht nur um die zahlreichen Skandale, Verfilzungen usw., die den Senat zu Fall gebracht haben, sondern auch um eine abgewirtschaftete Politik im Bereich des Wohnungsbaus, eine gescheiterte Ausländerpolitik, um die gesamten Sparmaßnahmen (z.B. Kürzung der Gelder bei Pro Familia) in dieser Stadt. Angesichts dieser Situation wird es die SPD sehr schwer haben, sich nochmals erfolgreich als „kleineres Übel" zu verkaufen. Die sozialliberale Koalition kann nur eines tun: die Neuwahlen hinauszögern, Zeit gewinnen – v e r h i n d e r n wird sie die Neuwahlen angesichts des eingeleiteten Volksbegehrens nicht mehr (das bereits mit 80.000 Unterschriften erfolgreich ist.)



Stobbe und Riebschläger: Ein Bild aus besseren Tagen

Die Affäre Garski...

Die Affäre Garski...

Ende letzten Jahres, quasi parallel zu den Auseinandersetzungen um die Instandbesetzungen, machte der Bauspekulant Detlef Garski (z.Z. wegen Steuerhinterziehung verschwunden) von sich reden: seine Pleitefirma „Bautechnik AG" flog auf, als bekannt wurde, daß sie den Bau von zwei Militärakademien in Saudi-Arabien gar nicht tätigen könnte. Allein 50 Millionen DM gingen schon für Schmiergelder an die saudischen Auftraggeber drauf. Besonders brisant wurde die Sache dadurch, daß Garski's Schwindelunternehmen noch im Sommer 1980 erhöhte Kredite von der Berliner Bank erhielt, für die der Senat sich verbürgte. Und das, obwohl die Senatoren Riebschläger (SPD) und Lüder (FDP) zumindest seit 1977 von „Unregelmäßigkeiten" des Garski-Unternehmens wußten. Herr Garski zeigte sich angesichts der Millionenschenkungen des Senats bzw. der senatseigenen Berliner Bank großzügig und besserte die Parteikasse der FDP ein wenig auf. Aber auch die CDU hat in Sachen Garski keine weiße Weste: CDU-Lorenz war vor 1975 „Rechtsberater" und erhielt mindestens 8500 DM von Garski. Dafür schanzte Lorenz der „Bautechnik AG" Aufträge für Hotelneubauten zu. Offensichtlich gab es jedoch über die regierenden 'Sozialliberalen' weitaus verlockendere Geschäfte und so trat CDU-Mitglied Garski 1975 in die FDP über. Die goldenen Zeiten brachen für Herrn Garski 1978 herein, als a l l e drei bürgerlichen Parteien das Westberliner Landesbürgschaftsgesetz änderten. Es sah ausdrücklich eine Lockerung der Bestimmungen der Kreditvergabe bei Auslandsgeschäften vor; laut CDU-Fraktionsvorsitzendem Diepgen sollte damit die „Risikobereitschaft gefördert" werden (SFB III, 21 Uhr, vom 14.1.81). Und Herr Garski bediente sich ausgiebig, wie man weiß. Ebenso bekannt ist, daß Garski's Schwindeleien nur gedeihen konnten, weil er Unterstützung von Senatsseite erhielt. Wie freizügig die Senatoren Riebschläger und Lüder und auch Bürgermeister Stobbe gegenüber Garski waren, dafür nur einige interessante Details:

– Mindestens seit 1978 stellten Wirtschaftsprüfer eindeutig fest, daß Garski's Geschäftsbilanzen frisiert waren. Allein diese Tatsache reicht normalerweise für eine Kreditunwürdigkeit aus.
– Senator Riebschläger erließ Garski Steuerzahlungen in Höhe von mindestens 4,5 Millionen DM.
– Ende 1978 gab es ein schriftliches Eingeständnis der „Bautechnik AG" daß Garski praktisch pleite war. Just zu diesem Zeitpunkt gewährte Riebschläger einen Kredit von 63 Millionen DM an Garski!
– Riebschläger und Lüder unterließen es bewußt, Schmiergelder zu versteuern. Für diese verfilzten und korrupten Senatoren sind Schmiergelder als „nützliche Abgaben" nicht zu versteuern!
– Bemerkenswert ist, daß der Fall Garski nicht bloß eine Finanzaffäre ist; während in Bonn ein Gezeter über den Export von westdeutschen „Leopard"-Panzern nach Saudi-Arabien im Gange ist, wollte der Senat Herrn Garski in Saudi-Arabien zwei Militärakademien bauen lassen. Obendrein wurde bekannt, daß Garski enge Kontakte über Liechtenstein zu einem Herren Kaschuby hatte, der als einer der größten Waffenhändler für den Nahen Osten gilt! D i e s e Seite des Skandals ist bislang in der Öffentlichkeit verdeckt geblieben.
– Welch leichtes Spiel Herr Garski mit dem Senat hatte, geht aus den

mit dem Senat hatte, geht aus den

Verfilzungen des zurückgetretenen Finanzsenators Riebschläger hervor: er war außerdem im Bürgschaftsausschuß des Senats und „bürgte" verantwortlich insgesamt 128 Millionen DM für Garski; außerdem war Riebschläger im Aufsichtsrat der Berliner Bank und im Kreditausschuß derselben. Garski brauchte also nur zu Riebschläger zu gehen und ersparte sich weitere Wege, da alle wesentlichen Stellen in der Person Riebschlägers konzentriert waren. (Informationen u.a. aus „Zeit", 9.1.81, „Spiegel" vom 12.1.81 und einer Pressekonferenz der Alternativen Liste vom 14.1., wo die AL weitere 120 Seiten bisher unbekannten internen Garski-Materials vorlegen konnte).

...und die Zersetzung des Senats

Es ist schon ziemlich unverfroren und dreist, wenn die verantwortlichen Senatoren Riebschläger (Finanzen) und Lüder (Wirtschaft, Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Bank) noch heute erklären, daß sie ein reines Gewissen hätten. Beide Senatoren erklärten ihren fälligen Rücktritt denn auch ausschließlich mit ihrer „politischen Verantwortung".

Doch es war Riebschläger, der das Faß zum Überlaufen brachte: nach seinem Rücktritt als Finanzsenator wurde er umgehend zum Fraktionsvorsitzenden der SPD gekürt und nahm einen Vorstandsposten bei der Westberliner Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) ein, die für alle Subventionsvergaben an die Hausbesitzer/-gesellschaften federführend ist. Riebschläger hatte sich diesen Posten, den er schon einmal innehatte, sozusagen testamentarisch abgesichert.

In dieser Situation trat Stobbe die Flucht nach vorn an. Ohnehin hatte er vor, seinen Senat umzubilden – allerdings nicht in dieser von Garski ausgelösten Form. Nacheinander purzelten die Senatorensessel von Bausenator Ristock, Innensenator Ulrich (beide mußten angesichts der Auseinandersetzungen um die Wohnungsbaupolitik und die Hausbesetzungen ihre Stühle räumen) und Gesundheitssenator Pätzold. Schon En-

zungen ihre Stühle räumen) und Gesundheitssenator Pätzold. Schon En-

de letzten Jahres räumte Wissenschaftssenator Glotz seinen Posten. Die „Krisenbewältigung" von Stobbe war mit einem weiteren Rechtsruck innerhalb der Westberliner SPD verbunden. Der „Dialog"-Stratege Glotz verschwand ebenso wie Ristock, für den der für die brutalen Polizeieinsätze im Zusammenhang mit den Hausbesetzungen verantwortliche Innensenator Ulrich nun ins Bauressort schlüpfen sollte. Hinzu kam, daß ein ausgemachter Rechtsaußen der SPD

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Erklärung des Delegiertenrates der ALTERNATIVEN LISTE zur überfälligen Auflösung des Abgeordnetenhauses

Der Delegiertenrat der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz hat auf seiner Sitzung am 13. Januar 1981 mit großer Mehrheit beschlossen, sich mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für schnellstmögliche Neuwahlen durch Volksbegehren einzusetzen.

Die Alternative Liste fordert jetzt Neuwahlen, weil sich dadurch die Möglichkeit bietet, daß alle fortschrittlichen Kräfte in unserer Stadt ihre grundlegende Opposition gegen die Politik der SPD, CDU und FDP formulieren können. Dabei wird die Opposition außerhalb des Parlaments der entscheidende Ansatzpunkt für eine Veränderung der Verhältnisse in dieser Stadt im Interesse der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung sein.

Der Berliner Senat hat seine Existenzberechtigung seit langem verspielt: Wohnungsbaupolitik gegen die Interessen der Mieter, Polizei und Justiz gegen Instandbesetzer, Stellenstop für Lehrer und Sozialarbeiter, Zerstörung von Naherholungsgebieten, Produktion von Haß gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und Subventionen für die, die ihren Profit und nicht die Arbeitsplätze sichern. Das ist das politische Konzept des Senats, in dem sich Angelegenheiten wie die "Garski-Affäre" als politischer Alltag wiederfinden. Es kann nicht allein um Garski gehen, es geht um politische Verhältnisse, in denen die Garski, die Lüder, Stobbe und Lorenz blühen und gedeihen. Wenn all diese Sumpfblüten von SPD, FDP und CDU nun auch noch die Frechheit besitzen, und die Hoffnung hegen, über ihre Machenschaften in einem Vertuschungsausschuß den Mantel des Schweigens breiten zu können, wird es Zeit, daß die tatsächlichen Dokumente ans Licht der Öffentlichkeit kommen.

Geradezu lächerlich mutet es an, wenn eine Partei wie die CDU 1981 einen Volkentscheid über die Auflösung des Abgeordnetenhauses einzuleiten versucht, wo sie doch 1974 in trauter Einmütigkeit mit SPD und FDP den Volksentscheid für alle Sachentscheidungen durch die Bevölkerung abgeschafft hat.

Im Rennen um die Futtertröge etablierter Politik wittert die CDU ihre Chance. Doch wer wie diese Partei den "Fall Garski" zum Anlaß für Neuwahlen nehmen will, der soll erst einmal erklären, warum sich dieser Garski in der CDU offensichtlich jahrelang wohlgefühlt hat, der soll erklären, warum er nach Garski-Spenden nur in dem Zeitraum nach dessen Austritt aus der CDU "forscht" und der muß nicht zuletzt deutlich machen, warum er uns jahrelang einen Parlamentspräsidenten Lorenz präsentiert hat, der sich selbst mit einem "Beratervertrag" mit Garskis Firmen seinen Teil vom Kuchen geholt hat.

Wenn Richard von Weizsäcker heute den Satz bringt, das Volk müsse als einzig demokratischer Souverän zur Selbsthilfe greifen, dann werden wir ihn zu gegebener Zeit daran erinnern. Schon heute sollte er zur Kenntnis nehmen, daß Selbsthilfe, d.h. Widerstand, der Betroffenen besonders gegen eine Politik notwendig war und ist, die in der Tradition von Adenauer, Strauß und Kohl steht. Das Gerede von den "Selbstreinigungskräften" des bürgerlichen Parlaments ist inzwischen nicht nur für uns Schnee von gestern. Für eine glaubwürdige Opposition gegen die Regierung ist ein Bündnis mit einer etablierten Partei, wie integer sie sich auch immer zu geben versucht, ausgeschlossen.

Ebenso gründlich und vollständig wie der politische Bankrott der CDU, SPD und FDP muß die Kampfansage der fortschrittlichen Opposition in der Stadt sein. Die Alternative Liste wird daher in den nächsten Tagen und Wochen öffentliche Veranstaltungen organisieren, auf denen über den Beschluß des Delegiertenrates der Alternativen Liste und das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Die fortschrittliche Opposition in der Stadt, wie sie sich für 1981 bereits im Widerstand der Betroffenen gegen Kahlschlagsanierung, den Bau der Autobahn durch den Tegeler Forst und die Tariferhöhung bei der BVG (öftl. Nahverkehr) angekündigt, muß gemeinsam zeigen, daß sie nicht länger bereit ist, die in unserer Stadt herrschenden Zustände hinzunehmen.

Es bleibt dabei:

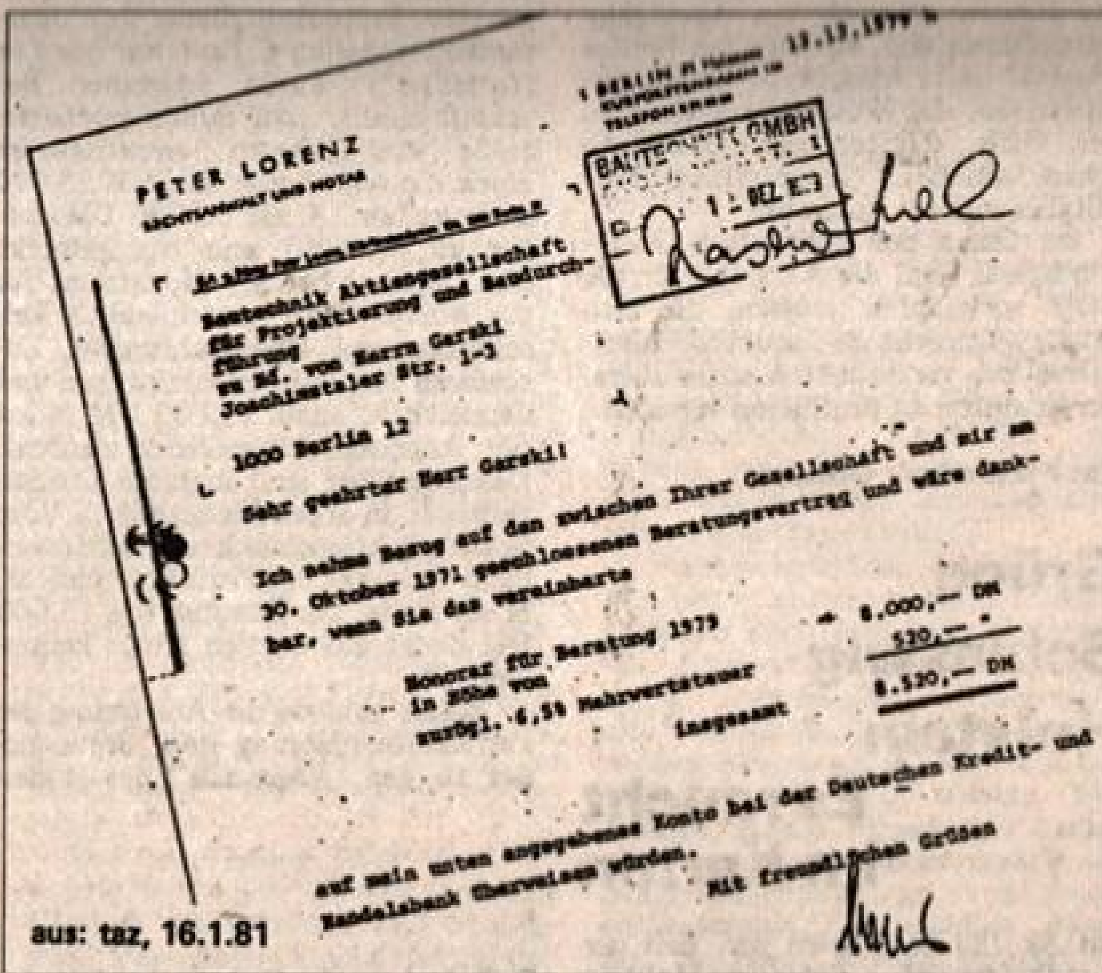
WER SICH NICHT WEHRT, LEBT VERKEHRT!

Berlin, d.14.1.81

aus: taz, 16.1.81

Letzte Meldung

Nach einer Blitzumfrage des Wickert-Instituts würden die Westberliner Wahlen wie folgt ausgehen:
CDU: 55 %
SPD: 30 %
AL: 10 %
FDP: unter 5 %
(Quelle: „Umschau", ARD, 11.57 Uhr v. 16.1.81)



PETER LORENZ
RECHTSANWALT UND NOTAR

13.12.1979

BAUTECHNIK GMBH

Bautechnik Aktiengesellschaft für Projektierung und Baudurchführung
z.Hd. von Herrn Garski
Joachimstaler Str. 1-3

1000 Berlin 12

Sehr geehrter Herr Garski!

Ich nehme Bezug auf den zwischen Ihrer Gesellschaft und mir am 30. Oktober 1971 geschlossenen Beratungsvertrag und wäre dankbar, wenn Sie das vereinbarte

Honorar für Beratung 1979 in Höhe von — 8.000,— DM
zuzügl. 6,5% Mehrwertsteuer — 520,— "
insgesamt — 8.520,— DM

auf mein unten angegebenes Konto bei der Deutschen Kredit- und Handelsbank überweisen würden.

Mit freundlichen Grüßen

aus: taz, 16.1.81

Berlin, 13.1. (taz) Arg in Verlegenheit hat die Alternative Liste Berlin die CDU wie auch die regierenden Parteien SPD und FDP gebracht: Seit mit dem Garski-Skandal der Verfilzungssumpf zum Alltagsgespräch geworden ist, will keinem der drei die „Münchausen"-Rolle so recht gelingen.

Auf ihrer Pressekonferenz am Mittwoch hatt die AL Kostproben aus den Geschäftsakten der Bautechnik-AG veröffentlicht, deren Inhaber Garski mit 115 Mille öffentlichen Unterstützungsgeldern auf und davon ist. Der Vorgang kostete bisher die Senatoren Lüder (Wirtschaft, FDP) und Riebschläger (Finanzen, SPD) ihren Senats-Sessel.

In den veröffentlichten Papieren ist etwa eine Aktennotiz vom 20.12.78 enthalten: Garski hatte nachgefragt, ob seine 14,5 Millionen-Überweisung für „Sponsor"-Tätigkeiten an die schweizerische Firma „Triad", hinter der der Waffenhändler Adnan Khashoggi steht, als „nützliche Abgabe" und steuerabzugsfähig anerkannt werde. Riebschläger billigte den „Sachvortrag" mit dem ergänzenden Hinweis „daß wir uns in Deutschland und insbesondere hier in Berlin erst noch an bestimmte Praktiken eben gewöhnen müssen". Daß der zurückgetretene SPD-Mann nun mit dem Posten des Fraktionsvorsitzenden 'abgefunden' wurde und gleichzeitig seinen Sitz im Kreditbewilligungsausschuß der senatseigenen Berliner Bank wieder eingenommen hat (sein Kollege Lüder sitzt dort im Aufsichtsrat), hat auch an der SPD-Basis für neuen Unwillen gesorgt. Der Chefredakteur des Abend – der der SPD sonst nicht schlecht gesonnen ist – meinte in einem Kommentar: „Neuwahlen sind die einzige saubere Lösung".

Einen Tag nach den Enthüllungen wurden von der Wohnungsbaugesellschaft DeGeWo und dem Bausenat 1100 Garski-Akten ohne Genehmigung des zuständigen Konkursverwalters abtransportiert – also „entwendet", wie der Betriebsrat bekannt gab.

Stärker als die SPD jedoch brachte die Alternative Liste die CDU in Verlegenheit: ein AL-Bezirksverordneter, Peter Finger, und Walter Grunwald von der Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger kamen der CDU bei der Einleitung des Volksbegehrens zur Auflösung des Berliner Abgeordnetenhauses zuvor.

Westberliner Senat zurückgetreten!

Fortsetzung von der vorherigen Seite

(Riebschläger) zum Fraktionsvorsitzenden der SPD gemacht wurde.

Inmitten dieser sich immer mehr zuspitzenden Senatskrise zerstritt sich die Westberliner SPD total. Sie sorgte denn auch am 15.1. für den entscheidenden Rücktritt des gesamten Senats.

Während des stetigen Abwirtschaftens der sozialliberalen Koalition versuchte die CDU dank einer auch plump und dumm agierenden SPD, die Krise demagogisch für sich auszuschlachten. Die CDU präsentierte sich als „antikorrupte" Partei und forderte die „saubere Lösung": Neuwahlen.

Der Coup der Alternativen Liste

Doch inmitten dieser Krise und angesichts einer sich demokratisch gebärenden CDU mischte sich die Alternative Liste ein. Mittlerweile hatten die meisten Bereichs- und Bezirksgruppen der AL die Senatskrise diskutiert, wobei eine klare Mehrheit der AL'ler/innen für den Sturz des Senats und Neuwahlen eintrat, um das Feld nicht der CDU zu überlassen. Am 13.1. trat der Delegiertenrat der AL zu einer Sondersitzung zusammen und forderte mit ebenso eindeutiger Mehrheit den Rücktritt des sozialliberalen Senats sowie Neuwahlen. Auch die anwesenden AL-Grünen wie Dieter Trautmann, RA Otto Schily und Walter Grunwald (WUB-Zehlendorf) sowie Mitglieder des LBU (Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) stimmten zu. Genauso gemeinsam stimmten fast alle Beteiligten dem Plan zu, der CDU bei ihrem geforderten Volksbegehren zuvorzukommen: Noch vor der end-
gültigen Entscheidung der CDU reich-
gültigen Entscheidung der CDU reichten Walter Grunwald (WUB) und der AL-Abgeordnete aus Wilmersdorf, Peter Finger, das Volksbegehren ein, um damit den Startschuß einzuleiten, daß es angesichts des Bankrotts der sozialliberalen Koalition nur eine reale Alternative geben kann: die Stärkung aller oppositionellen Kräfte in Westberlin, die Kampfansage gegen alle drei bürgerlichen Parteien und damit verbunden der Einzug alternativer Abgeordneter bei den geforderten Neuwahlen ins Westberliner Abgeordnetenhaus.

Positiv dabei ist zu vermerken, daß die AL das Volksbegehren und die Neuwahlen nicht im Alleingang durchführen will, sondern ein breites Bündnis unter Einschluß von Bürgerinitiativen, der Westberliner Grünen, der WUB, Kräften der „Sozialistischen Initiative" (ausgetretene SEW-Mitglieder) usw. anstrebt.

Im Sinne der politischen Glaubwürdigkeit wird die AL sich auch die CDU vorknüpfen müssen, die sich ganz zu Unrecht als „saubere" Alternative zur verbrauchten sozialliberalen Koalition zu profilieren versucht.

Ein Westberliner Genosse

Grüne Föderation bereitet Parteigründung vor

In dem Artikel „Rechte Grüne in der Krise" (AK 192, S.15) schrieben wir über die Sorgen und Nöte der Grünen Föderation, insbesondere über Klagen aus der Grünen Liste Schleswig-Holstein (GLSH), daß es mit der rechtsökologischen Sammlungsbewegung nicht so recht vorangehe. Wie es aussieht, müssen die in dem AK-Artikel gemachten Aussagen über die Grüne Föderation doch ein wenig relativiert werden.

Zumindest ihre Führungsspitze, insbesondere Herbert Gruhl, der sich noch im Spätsommer ganz einem neuen Buchprojekt widmen wollte, scheint wieder Mut gefaßt zu haben, große Dinge in Angriff zu nehmen.

Der letzte Anstoß zu neuen Aktivitäten im Parteigründungsgeschäft war ein für Gruhl skandalöser, weil „prokommunistischer" Beschluß des Bundeshauptausschusses der Grünen Partei in der Debatte um den Ausschluß der Gruppe Z. Es wurde nämlich „*ein Antrag, daß alle Mitglieder der kommunistischen Z-Fraktion sofort alle Funktionen im Bundesvorstand, in Landesvorständen und Geschäftsstellen aufgeben sollten, mit 16 gegen 19 Stimmen bei 6 Enthaltungen* (!) *abgelehnt. Damit wird noch einmal deutlich, daß nicht einmal der Wille vorhanden ist, die extremsten Radikalen, die andere politische Ziele als wir verfolgen, von ihren Ämtern zu entfernen, geschweige ihnen die Mitgliedschaft zu entziehen. Ein Bundesparteitag soll erst im Juni stattfinden. Dann ist bereits ein ganzes Jahr sinnlos vertan, in dem der grünen Bewegung nur schwerer Schaden zugefügt wurde. Darum kann jetzt nicht von ‚Spaltung' die Rede sein, sondern von einer ‚zerstörten Illusion der Gemeinsamkeit'*" (Gruhl im GAZ-Rundschreiben Nr. 16 vom 16.12.80).

Wenn Gruhl auch am liebsten sofort eine neue Partei gegründet hätte, so ist er doch trotzdem mit dem von den „*Freunden in Bremen und Schleswig-Holstein*" (BGL und GLSH) durchgesetzten „*langsameren Vorgehen*" einverstanden: „*Wir sind einen großen Schritt weiter!*" Was da genau wann und von wem über den weiteren Zeitplan der Parteigründung vereinbart worden ist, verrät Gruhl nicht. Er präsentiert den GAZ-Mitgliedern aber einen — mit Dinné und Springmann abgestimmten (?) — Satzungsentwurf und ein Grundsatzprogramm für die Grüne Föderation. Falls Springmann dem Satzungsentwurf tatsächlich zugestimmt haben sollte, wäre das aus Gruhls Sicht tatsächlich ein Schritt voran. Springmann wollte bisher Mitglieder der Bundespartei Die Grünen ganz aus der Grünen Föderation heraushalten (Verbot der Doppelmitgliedschaft) und darüberhinaus jedem einzelnen Beitrittswilligen die Unterschrift unter ein sehr weitgehendes rechts-ökologisches Glaubensbekenntnis abverlangen. Gruhls etwas „liberalere" Variante findet sich in dem nun veröffentlichten Satzungsentwurf wieder: während die Föderation (später Partei) auf Mitgliederebene etwas offener gehalten werden soll (insbesondere auch für Mitglieder der Partei Die Grünen), sollen die politischen Entscheidungen von einem „Koordinationsausschuß", bestehend aus 12 Vertretern der Mitgliedsorganisationen und von einer von vornherein sehr klein gehaltenen „Vertreter-Versammlung" — nur ein Delegierter pro 50 Mitglieder — getroffen werden.

Bestandteil der Satzung „*und somit verbindlich für alle Mitglieder*" soll auch ein Grundsatzprogramm sein, dessen Entwurf allem Anschein nach aus Gruhls eigener Feder stammt. Besonders viel Mühe wird darin auf die Begründung der „*für das Überleben*" notwendigen „*Einbußen im quantitativ errechneten Lebensstandard*" verwandt. „*Wenn jeder mehr haben will*", erhöhe sich die Kriegsgefahr. Deshalb müsse „*der Kampf der Klassen- und Verbandsinteressen beendet werden ... Der Staat muß stark genug sein, um ein Gegengewicht zu den allzumächtig gewordenen Wirtschaftsinteressen und Gruppenegoismen bilden zu können.*" An die Stelle von „*Luxus und Verschwendung*" trete dann „*soziale Geborgenheit in Familie und Gesellschaft, religiöse Sinnfindung*". Neben dem „gesamtdeutschen" Alleinvertretungsanspruch — „*. . . gelten diese Grundsätze selbstverständlich auch für alle Teile des deutschen Volkes*" — und der Forderung nach „*Ausbau der Europäischen Gemeinschaft ... auf ökologischer Grundlage*" darf das Verlangen des Mittelstandes nach Subventionen für die „*mittleren und handwerklichen Betriebe*" nicht fehlen. Auch mit der „*moralischen Pflicht, den armen Völkern zu helfen*" verträgt sich am besten die „*Lieferung angepaßter handwerklicher und mittlerer Technologien*". Zum Selbstverständnis der Grünen Föderation heißt es in dem Grundsatzprogramm ganz bescheiden:

„*Sie betrachtet sich nicht als Selbstzweck, sondern als der von Millionen Menschen sehnlich erwartete parlamentarische Arm der ökologischen Bewegung*".

Gruhl hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, Teile der grünen Partei für dieses Programm gewinnen zu können. Das ist die Grundlage seines bisherigen Satzungsstreits mit Springmann. Deshalb sei er auch Mitglied der Grünen geblieben. Unklar ist, wie weit er bei seiner Politik gegenüber den Grünen auf die Unterstützung derjenigen GAZ-Mitglieder bauen kann, die in der Grünen Partei noch Führungspositionen innehaben; allein im Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen sitzen drei GAZ-Mitglieder. Darüberhinaus hat Gruhl mit Helmut Lippelt einen zuverlässigen Interessenvertreter im Bundesvorstand. Lippelt auf der letzten Bundesvorstandssitzung am 14.12.80 — auf die Frage von Manfred Zieran (BUS), warum Gruhl nach seinen Diffamierungen gegen die Grünen eigentlich noch Mitglied sei (zitiert nach dem Protokoll von Erich Knapp): „*Helmut will Zierans Frage beantworten. Es gebe einen scharfen Split zwischen GAZ und AGÖP* (Springmanns „Arbeitsgruppe Ökologische Politik" — Anm. AK) *jetzt ...Gruhl habe* (ihm, Helmut?) *gesagt, die AGÖP müsse auch ihn ausschließen, weil er noch bei den Grünen sei. — Springmann und Kallenbach seien aus der Gaz ausgetreten ‚worden'. Mit der AGÖP stehe eine rigorose, ausgrenzen wollende Richtung gegen die tolerante Richtung der GAZ, die jedoch eine Identität GAZ — Grüne Föderation aufbauen werde.*"

Ist der Bundesvorstand der Grünen überfordert?

„*... da verliert eine Partei, die sich Friedenspartei nennt, Stunden um Stunden wegen mickrigster Problemchen*" – so sieht es Erich Knapp, Mitglied des Bundesvorstands und mit der undankbaren Aufgabe betraut, die Sitzung dieses Gremiums am 14.12. zu protokollieren. Die Tagesordnungspunkte: 1. Haushaltsplan; 2. „Gruppe Z".

Zu 1.: Nach stundenlangen Debatten um Kilometerpauschalen für Bundesvorstandsmitglieder und Sparsamkeitsappellen („*Taxis nur noch in Notfällen*") wurde folgender Beschluß gefaßt: „*Die Bundesgeschäftsstelle wird gebeten, versuchsweise einen Kostenrahmen von DM 35.000 anzustreben*". Diese 35.000 DM (bisher um 40.000) sind wohlgemerkt der „anzustrebende" Monatsetat für das Bonner Büro (einschließlich Reisekosten und Übernachtungen, Zuschüssen zu Großveranstaltungen und dergleichen; allein 15.000 DM sollen für Angestellte ausgegeben werden). Demgegenüber sind mehrere Landesverbände in argen Finanznöten. Vom Schleswig-holsteinischen Landesverband vermerkt das Protokoll schlicht, er sei pleite; ein Zuschuß von 15.000 DM deckt das dortige Minus keineswegs ab.

Bisher gehörte die Ablehnung der Parteienfinanzierung über Steuergelder zu den „Essentials" des grünen Selbstverständnisses. Insbesondere Springmanns GLSH hat es verstanden, mit ihren Spenden an Initiativen und alternative Projekte (u. a. Lübecker Frauenhaus, Nicaragua-Hilfe, Bolivien-Komitee CONADE; insgesamt 40.000 DM) öffentlichkeitswirksam Politik zu machen. Von den knapp 2,3 Millionen Wahlkampfkostenrückerstattung für die Beteiligung an der Bundestagswahl werden nur 170.000 DM, das sind genau 7,5 %, in einen „Öko-Fonds" fließen.

Die kommenden Wahlen werden im Bundesvorstand hauptsächlich als potentielle Einnahmequelle gesehen. Dieter Burgmann: „*Bis 1983 fällt* (die) *Entscheidung, ob wir zu Euro- und Bundestagswahlen antreten, damit auch, ob wir* (das) *Straßburg-Büro und* (die) *Bundesgeschäftsstelle auflösen, oder zu Wahlen antreten und dann von Wahlkostenerstattung leben*". Helmut Lippelt warnte im Rahmen der Finanzdebatte gar vor dem „*eventuellen Parteizerfall*"; es stelle sich „*die Frage, wann wir pleite sind, wir dürfen nicht in* (die) *Finanzlage der NPD kommen*".

Der an dieser Stelle im Protokoll vermerkte Zwischenruf von Erich Knapp: „*Vielleicht könnte der Bundesvorstand, statt sich mit Kleinkram und dem selbstgebastelten Z-Problem zu verschleißen, doch noch eine vorangehende und damit mitgliederwerbende Politik machen?*" wurde, obwohl ernst gemeint, offenbar als Scherz aufgefaßt: Eine Finanzierung aus Mitgliedsbeiträgen ist für die Mehrzahl der Bundesvorstandspolitiker völlig undenkbar.

Zu 2.: Unter diesem TOP, der offiziell „Manöverkritik an der Bundeshauptausschußsitzung" hieß, wurde ausschließlich die Frage der in Nürnberg beschlossenen Podiumsdiskussionen zur Z-Politik behandelt. Beschlossen werden konnte allerdings nichts – es gab nämlich nach Dieter Burgmanns vorzeitiger Abreise ein Patt von 4 : 4 Stimmen (die „vereinigte Linke" mit Petra Kelly, Bettina Hoeltje, Erich Knapp und Rolf Stolz gegen die „Anti-Z-Koalition" mit Norbert Mann, Christiane Schnappertz, Helmut Lippelt und Eva Reichelt). Umstritten war, ob der Bundesvorstand oder der Hamburger Landesverband die Podiumsdiskussionen organisieren soll und ob solche Veranstaltungen auch in anderen Bundesländern stattfinden sollen (wie von der Gruppe Z vorgeschlagen).

Der hessische Landesvorstand hat wegen dieser „Verschleppungstaktik" des Bundesvorstands sogleich protestiert: „*Wir begrüßen die vom Bundeshauptausschuß gefaßten Beschlüsse* (zur „Z-Problematik"; Anm. AK), *die ja im wesentlichen dem von Hessen gestellten Antrag entsprechen. Wir bedauern jedoch, daß der Bundesvorstand auf seiner letzten Sitzung die vom BHA gefaßten Beschlüsse nicht umsetzen konnte oder wollte. Wir fordern daher den Bundesvorstand auf, auf seiner nächsten Sitzung Anfang Januar entsprechende Schritte zur Umsetzung der nachfolgenden Punkte einzuleiten:*

1. *Die vom BHA gefaßten Beschlüsse sind umgehend umzusetzen;*
2. *es ist schnellstens in Hamburg eine Podiumsdiskussion zur Z-Problematik zu organisieren;*
3. *die Erstellung einer Broschüre ist in die Wege zu leiten.*"

Manfred Zieran (BUS), hessischer BHA-Vertreter und Wortführer der bundesweiten Anti-Z-Koalition, hat auf der Bundesvorstandssitzung weitreichende Konsequenzen angekündigt. Daß zur Hamburger Podiumsdiskussion kein Bundesvorstandsbeschluß gefaßt worden sei, könne „*von der hessischen Basis als Begünstigung der Z aufgefaßt werden ... mit der Folge, daß diese nun nicht mehr zu halten sei und einen Ausschlußantrag gegen J. Reents stellen werde. Die antikommunistische Welle der ganz Jungen überspüle nun in Hessen die Besonnenen*". Zu letzteren zählt Zieran offenbar sich selbst ...

Grüne Schleswig-Holstein

Es raucht im Karton

Im Ak 192 berichteten wir, daß der Landesvorstand Schleswig-Holstein der Grünen „verurteilt" hatte, daß auf der Demo in Brokdorf am 21.12.80 ein „kleiner Teil der über 7000 Demonstranten es auf eine Provokation der Polizei von vorneherein abgesehen hatte". Diese spalterische Erklärung war, wie sich bald darauf herausstellte, n i c h t vom Landesvorstand der Grünen verabschiedet worden, sondern von dem Landesvorstandsmitglied Michael Gaertner im Alleingang verfaßt und veröffentlicht worden, ohne daß auch nur ein anderes Vorstandsmitglied davon gewußt hätte. Michael Gaertner gehört zu denjenigen Grünen um Dieter Plagemann, die in den vergangene Monaten eine wüste Hetzkampagne gegen die Gruppe Z geführt hat, da diese angeblich nicht basisdemokratisch sei!

Mehrere Kreisverbände, u.a. Kiel, Stormarn und Pinneberg, haben in Resolutionen an den Landesvorstand den Alleingang Gaertners verurteilt. Gaertner ist derzeit (noch) der vom Landesvorstand bestimmte Pressesprecher des Landesverbandes. Auf dem nächsten Landeskongreß wird ein Pressesprecher zu wählen sein. Wie von fortschrittlichen Grünen zu hören ist, sollen Gaertners Chancen, erneut diesen Posten zu kriegen, erfreulicherweise nicht besonders groß sein . . .

Ein Genosse aus Pinneberg

Sicherheitsrisiko GAL?

Während der Etatdebatte im Rat der Stadt Münster vom Dezember 1980 kofferte der FDP-Fraktionsvorsitzende gegen die GAL, „... *wir sind es leid, noch länger anzusehen, daß eine vernünftige Ratsarbeit von einer kleinen Gruppe blockiert, wenn nicht sogar terrorisiert wird... Deshalb muß die Schonzeit jetzt ein Ende haben... Es ist an der Zeit, ihnen das grüne Mäntelchen auszuziehen, damit die politische Heimat zum Vorschein kommt..*" („WN", 16.12.80).

Diese Attacke gegen die GAL und insbesondere gegen deren Ratsmitglied F.-H. Lammersdorf wurde von einigen Leuten ganz offensichtlich als ein Wink mit dem Zaunpfahl gesehen. Knapp nach der Weihnachtspause, am 8.1.81, veröffentlichte die „MZ" einen Artikel unter der Überschrift, „*Verfassungsschutzbedenken gegen den GAL-Ratsherrn F.-H. Lammersdorf*".

Und im Untertitel fragt das Blatt, ob F.-H. Lammersdorf „... *als* [*Ex-*] *Angehöriger des Kommunistischen Bundes ein Sicherheitsrisiko für Zivilschutz*" ist.

Das Blatt will in Erfahrung gebracht haben, daß dem Landesamt für Verfassungsschutz, das dem Innenminister von NRW unterstellt ist, „Erkenntnisse" über den GAL-Ratsherrn vorliegen, die dem Oberstadtdirektor von Münster bereits seit Mitte letzten Jahres bekannt sein sollen, aber bis zur Veröffentlichung des „MZ"-Artikels offensichtlich unter ‚Verschluß' gehalten worden sind.

Der Pressesprecher des Innenministerium NRW, Lüdde, erklärte gegenüber der „MZ": „... *Aus Gründen des Personen- und Datenschutzes können wir die im Verfassungsschutzsinne relevanten Erkenntnisse über Herrn Lammersdorf der Öffentlichkeit gegenüber nicht substantiieren*" („MZ", 8.1.81).

Die Erstellung eines Dossiers des Verfassungsschutz über das GAL-Mitglied wird mit dessen Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied der GAL im städtischen Ausschuß für Angelegenheiten der Zivilen Verteidigung begründet.

Neben den stimmberechtigten vier Mitgliedern der CDU, zwei SPD'lern und einem Vertreter der FDP stellt die GAL ein Mitglied mit lediglich beratender Stimme — für jedes Ausschußmitglied ist ein Vertreter bestellt.

Dieser Ausschuß für Zivile Verteidigung hat es offenbar in sich. Die Gemeindeordnung für das Land NRW vom 1. Oktober 79 schreibt vor:

„*§ 3 b — Geheimhaltung —*
Die Gemeinden sind verpflichtet, Angelegenheiten der zivilen Verteidigung, die auf Anordnung der zuständigen Behörde oder ihrem Wesen nach gegen die Kenntnis Unbefugter geschützt werden müssen, geheimzuhalten. Sie haben hierbei Weisungen der Landesregierung auf dem Gebiet des Geheimschutzes zu beachten".

Die Aufgaben und Funktionen des Zivilen Verteidigungsausschusses werden genauer im § 41 a der Gemeindeordnung NRW definiert.

Darin heißt es: „[*I*] *Bedürfen geheimzuhaltende Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Mitwirkung des Rates oder eines Ausschusses, so ist ein besonderer Ausschuß zu bilden, der in d i e s e n Angelegenheiten a n d i e S t e l l e des Rates oder des sonst zuständigen Ausschusses tritt*".

Es liegt in der Logik dieser quasi ‚Notregierung' im ‚Verteidigungsfall', daß in diesem erlauchten Kreis Leute von der GAL nicht gern gesehen sind, schon gar nicht, wenn vermeintliche „Erkenntnisse" des Verfassungsschutz gegen sie vorliegen.

Brisanter wird die Funktion dieses Zivilen Verteidigungsausschuß noch durch die am 4.10.79 erlassenen Verwaltungsvorschriften zur Gemeindeordnung für NRW.

Im § 3 b wird festgelegt, welche ‚zuständigen Behörden' die Geheimhaltung von bestimmten Fragen des Ausschusses für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung — wie der Ausschuß exakt heißt — entscheiden.

Und da wird es interessant:

„*Zuständige Behörden können nicht nur die Aufsichtsbehörden, sondern auch andere Stellen, z.B. m i l i t ä r i s c h e Dienststellen sein*".

Die GAL, die in ihrer ersten Stellungnahme u.a. die „... *bisherige ausschließliche Geheimhaltung des Projekts ‚Zivile Verteidigung'* " als Mißachtung der berechtigten Interessen der Bevölkerung kritisiert, schreibt insbesondere zum Komplex der Verfilzung der zivilen Verteidigung mit dem Militär: „*Im Magazin Zivilschutz* (9/80) *erfahren wir von Dr.Dr. Ulrich Eichstädt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung*", *daß die* „... zivile Verteidigung der BRD mittelbar dem obersten Gremium der *zivilen Verteidigung im NATO-Rat, dem sogenannten Oberausschuß für zivile Notstandsplanung unterstellt...*" ist.

Laut Eichstädt bestehen die Aufgaben der zivilen Verteidigung beispielsweise darin, „... *die Aufrechterhaltung der Staatsfunktionen auf allen Verwaltungsebenen sei zu gewährleisten sowie Sicherheit und Ordnung zu erhalten. ... die Lenkung des Wirtschaftspotentials zu seiner optimalen Ausschöpfung für Zwecke der Verteidigung.*

Im Krisenfall sind ferner subversive Aktionen zu erwarten:
— Demonstrationen und Agitation gegen unseren Verteidigungswillen,
— von extremistischen Kräften angezettelte Streiks zur Beeinträchti-

gung der Versorgung,
— *Sabotage, insbesondere gegen die empfindliche Infrastruktur der BRD,*
— *Terrorakte und eine anwachsende Gewaltkriminalität''.*

Unter Berücksichtigung dieser Charakterisierung der Aufgaben der zivilen Verteidigung ist es nicht verwunderlich, wenn der Münsteraner CDU-Oberbürgermeister und Ausschußvorsitzender Werner Pierchalla erklärte Antimilitaristen in dem Ausschuß nicht sehen will: *,,Wenn Lammersdorf einer kommunistischen Organisation angehören sollte, dann kann ein solcher Mann nicht einem Ausschuß angehören, der im Verteidigungsfall die verfassungsmäßige Ordnung aufrechterhalten soll''* (,,MZ'', 8.1.81).

Eberhard Kamprad, Stellvertreter des Oberbürgermeisters im Zivilen Verteidigungsausschuß und SPD-Mitglied, bringt es auf den Punkt: *,,Die GAL-Fraktion sollte so vernünftig sein, im I n t e r e s s e d e r S a c h e ein Ausschußmitglied zurückzuziehen, daß offenbar ein S i c h e r h e i t s r i s i k o darstellt''* (,,MZ'', 8.1.81).

In ersten Stellungnahmen der GAL heißt es zu dieser Aufforderung, daß sich die GAL ,,.... *weder in der Politik insgesamt, noch in Einzelfragen, von solchen Leuten auch nur irgend etwas vorschreiben ...''* läßt, und — so der GAL-Fraktionssprecher — *,,Wir von der GAL haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß auf unserer Liste Kommunisten kandidiert haben''* (,,MZ'', 8.1.81).

Ansonsten reiht die GAL die derzeitige Kampagne gegen sie in die ständig laufende Hetze, Diffamierungen, Diskreditierungen etc. pp. ein und sieht ein weiteres Beispiel der Schnüffelpraxis des VS.

Für die Zukunft soll eine stärkere Beschäftigung mit dem Thema zivile Verteidigung erfolgen und auf Plena der Liste das weitere Vorgehen diskutiert werden.

Es bleibt zu bemerken, daß hier zum ersten Mal eine solche Kampagne gegen eine Liste wegen der Besetzung eines zivilen Verteidigungsausschusses erfolgt, obwohl in anderen Städten z.B. auch die DKP Zugang zu entsprechenden Ausschüssen hat.

Ziel dieser Kampagne ist es, Druck auf die GAL auszuüben, um sie zu einer Stellungnahme zu ,,Verfassung und Staat'' zu zwingen, bzw. ist es der Versuch, die GAL mit Chaotenhetze zu isolieren.

Allerdings sind hier die bürgerlichen Parteien auch auf ein glattes Parkett geraten: Die katastrophalen Zivilschutzeinrichtungen sind ansonsten eben aus gutem Grund nur Gegenstand vertraulicher Erörterungen, dasgleiche gilt für die Notstandsplanungen. Das ,,Sicherheitsrisiko'' der GAL besteht schlicht darin, daß darüber mehr in der Öffentlichkeit bekannt werden könnte. Ob dazu eine offene Kampagne gegen den vermeintlichen Chaoten Lammersdorf geeignet ist, um diese Vertraulichkeit für die Zukunft zu sichern, möchten wir doch ernsthaft bezweifeln.

GAL besteht schlicht darin, daß darüber mehr in der Öffentlichkeit bekannt werden könnte. Ob dazu eine offene Kampagne gegen den vermeintlichen Chaoten Lammersdorf geeignet ist, um diese Vertraulichkeit für die Zukunft zu sichern, möchten wir doch ernsthaft bezweifeln.

Martin Schata: ,, ... daß die Diskussion der Perspektiven von Linken in den Grünen jetzt offen geführt werden muß ...''

Martin Schata, früherer Sprecher des Landesverbandes NRW der Grünen, hat in einem Brief an die BUS, den Achberger Kreis, die FIU, die Gruppe Z, den KB und ehemalige Mitglieder der aufgelösten ,,KPD'' vorgeschlagen, daß *,,in allernächster Zeit''* unter diesen Strömungen eine inhaltliche Diskussion über die weitere Arbeit bei den Grünen eröffnet werden soll. Als Themenschwerpunkte gibt Schata an: *,,Wirtschaftswachstum – Arbeitsplätze; Ökonomie – Ökologie; Stand der Friedensdiskussion, Frage der Gewaltfreiheit; Verhältnis zu Linken in der SPD; Verhältnis zur ökologischen Bewegung; Perspektiven in und außerhalb der Grünen''. ,,Dies könnte in Form ausreichend vorbereiteter Podiumsdiskussionen mit Vertretern dieser Strömungen geschehen''.* Wenn diese Auseinandersetzungen nicht aufgenommen werden, sieht Martin Schata die Gefahr, daß sie *,,in kürzester Zeit nur noch Gegenstand von Ausschlußanträgen''* sein werde.

Schata selbst hat offenbar vor, die Diskussion sehr breit und offen anzulegen. Den BUS bescheinigt er z. B. eine *,,in vielen Punkten gescheiterte Bündnisstrategie ... im Hinblick auf Gruhl, Springmann, Dinné (Faschismus-Resolution als ein Beispiel)''* und erwähnt die *,,zum Teil massive Kritik innerhalb der grünen Linken an Programmpunkten, für die es in Saarbrücken und Dortmund ihre Zustimmung gegeben hat''.*

Inwieweit sich die von Schata angeschriebenen Strömungen, insbesondere die BUS, schon zu seinen Vorschlägen geäußert haben, ist uns nicht bekannt. Wir sind in jedem Fall dabei.

Frankfurter Grüne: Keiner hat sie wirklich lieb

Wie gewonnen, so zerronnen. Den GRÜNEN war in Frankfurt ein ,,Führungsanspruch'' für die Bildung einer brauchbaren Liste zu den Kommunalwahlen am 22. März zugesprochen worden. Keine zwei Monate haben sie gebraucht, um diesen Bonus gründlich zu verspielen, nahezu jede Unterstützung außerhalb ihres eigenen Kreisverbandes zu verlieren und diesen selbst an den Rand der Spaltung zu bringen. (Der Frankfurter KV ist von einer solchen Größe, daß eine Handvoll Austritte getrost als Spaltung gelten kann.) Solch zerstörerisches Werk konnte nur von wirklichen GRÜNEN, ,,tatsächlichen Ökologen'', vollbracht werden, wie sich die BUS (Fraktion Basisdemokratischer Undogmatischer Sozialisten innerhalb der GRÜNEN) zu nennen pflegt, die den Frankfurter Kreisverband Strategien und Taktiken vorgibt. Eigentlich müßte man sie wegen parteischädigenden Verhaltens auslachen. Doch das Problem liegt tiefer. Die GRÜNEN, vor Jahresfrist als ,,Jahrhundertbewegung'' (August H.) gegründet, von Teilen der Linken als ,,Kristallisationskern der außerparlamentarischen Bewegungen'' und ,,antifaschistischer Schutzwall gegen Strauß'' (Willi K.) gepriesen, sind heute in Frankfurt kaum mehr ein Schatten ihrer selbst. Mit aller Energie und keineswegs erfolglos arbeitet derweil die SPD daran, das ,,Protestpotential'' wieder unter ihr Gefieder zu locken: hier ein Darlehen fürs Frauenhaus, dort ein Hearing für die Startbahngegner, hier einen Tausender für Kita im Exil, dort ein Verkehrsberuhigungsprogramm für die Stadtteil-BI. Gelingt den Sozialdemokraten das, so qualifizieren sie sich als optimale Oppositionspartei für die sich in Frankfurt abzeichnende CDU/FDP-Stadtregierung.

Erinnern wir uns: Mitte November waren die von der Grünen Liste Hessen (GLH) initiierten Versuche, zu einer einheitlichen grünen, bunten und alternativen Kommunalwahlliste zu kommen, von den Strategen eines grünen Alleingangs gesprengt worden. Es säßen zuviele *,,taktische Ökologen''* in der Runde, meinten Milan Horacek (Bundesgeschäftsstelle) und Manfred Zieran (Bundeshauptausschuß), wobei sie zum Beweis vernarbte Wunden aus grünen Gründerzeiten entblößten. Zusammenarbeiten könnten sie nur mit echten Grünen, deren Blutarmut (wegen des Rots) auch wirklich nachgewiesen sei. Der Coup wäre freilich kaum geglückt, hätte nicht auch Cohn-Bendit heftig für die Anerkennung einer ,,Führungsrolle'' der GRÜNEN in der Wahlbewegung gestritten. Die GRÜNEN verließen daraufhin den gemeinsamen Kreis und beschlossen mit 13 : 7 Stimmen in ihrem Kreisverband, eine ,,offene Liste'' der Partei anzustreben.

Bendit heftig für die Anerkennung einer ,,Führungsrolle'' der GRÜNEN in der Wahlbewegung gestritten. Die GRÜNEN verließen daraufhin den gemeinsamen Kreis und beschlossen mit 13 : 7 Stimmen in ihrem Kreisverband, eine ,,offene Liste'' der Partei anzustreben.

Leute wie Alexander Schubart, die über ausgewiesene kommunalpolitische Kenntnisse verfügen, stiegen aus dem gesamten Unternehmen aus. Den Spontis war nicht wohl bei der Sache. Dany ließ sich von ihnen überzeugen, daß man mindestens gegenüber der GLH so nicht vorgehen könne, und daß die Szene irgendwie auf Ausgrenzungspolitik eh nicht abfährt. Noch so biodynamische Grünkost könne die Legalisierung weicher Drogen auch nicht ersetzen, und das würde z.B. eher mit dem KB laufen — bei aller Liebe zum Fahrrad.

Beschlossen wurde, daß die bis dahin beteiligten drei Strömungen — GRÜNE, Spontis, GLH/Sozialisten — zwar getrennt ihre Vorstellungen zu Papier bringen. Dann aber sollte erneut geprüft werden, ob nicht doch eine gemeinsame Liste möglich sei. In der Tat lagen Anfang Januar drei Grundsatz-Erklärungen vor, die eine Zusammenarbeit nicht auszuschließen schienen — freilich weniger, weil die Differenzen nur im Weltanschaulichen und nicht so sehr in der praktischen Politik liegen würden, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern eher, weil umstrittene Fragen (z.B. Haushaltspolitik, Bildungspolitik, Ausländer) mehr oder weniger dezent umschifft werden. In der Zwischenzeit signalisieren die grünen Strategen den Spontis, daß man für die gegenüber den ,,Traditionssozialisten'', ,,K-Leninisten'' usw. erfahrene Unterstützung zwar dankbar sei, aber auf eine Kandidatur von notorischen Bürgerschrecks auf der ,,offenen Liste'' der GRÜNEN nicht unbedingt erpicht sei wegen der ,,Vermittlung auf dem Land'' natürlich.

Die Antwort kam prompt: Die Spontis würden zwar weiterhin einen grünen Führungsanspruch anerkennen. Dies solle sich auch in der Platzverteilung auf der anzustrebenden Liste niederschlagen: Unter jeweils fünf Listenplätzen sollten drei an die GRÜNEN und je einer an die Spontis und den Kreis um die GLH gehen. W e n die drei Strömungen aber als ihre Vertreter ausgucken, sollte allein deren Sache sein. Und: Ohne die GLH und die Sozialisten würden die Spontis nicht mitmachen.

Mit einigen Magenschmerzen schloß sich auch der vielfältige Kreis um die GLH (KB, Arbeiterpolitik, Komitees für Demokratie u. Sozialismus, 99er, KBW u.a.) diesem Vorschlag an und betrat das munter kreisende Personenkarussell — forderte dabei allerdings, daß sich die drei Strömungen wenigstens noch auf ein kommunalpolitisches Aktionsprogramm zu den wichtigsten Fragen verständigen. Im Unterschied zu den anderen Strömungen beschloß dieser Kreis für seine Kandidaten ein striktes imperatives Mandat und eindeutige demokratische Verfahrensweisen für das Auftreten in der Öffentlichkeit, Finanzen etc.

Am 13.1. wollten die GRÜNEN ihre ,,offene Liste'' aufstellen. Spontis und GLHler waren erschienen, um ihre Kandidaten zu präsentieren und noch einmal alle Überredungskünste gegenüber den 33 anwesenden GRÜNEN (von rund 80 eingeschriebenen Mitgliedern) aufzubieten. Dany beschwor die GRÜNEN, es gehe ja nicht um eine Liebesheirat, sondern um eine politische Entscheidung. Diese aber sei notwendig, da nur eine einheitliche Liste ernstgenommen werde und Chancen besäße, über die 5 % zu kommen. Doch es fruchtete nichts. Ohne daß ein einziges ernstzunehmendes Argument dagegen vorgebracht, geschweige denn eine Perspektive für eine grüne Alleinkandidatur gewiesen worden wäre, machten 19 Mitglieder des Kreisverbandes eine Einigung zunichte. Allerdings fiel die Entscheidung sehr viel knapper aus als erwartet. Bei der vorgezogenen Abstimmung über die vier ,,Fremdkandidaten'', die die Spontis und der GLH/Sozialistenkreis für die ersten 10 Listenplätze nominiert hatten, wurde Cohn-Bendit mit 17 : 16 Stimmen gerade noch ,,toleriert'', eine Kandidatin (14 : 19) und ein Kandidat (15 : 18) der GLH jedoch beide abgelehnt — die eine, weil sie im KB sei, der DIE GRÜNEN doch nur spalten wolle, der andere, weil er ,,menschlich unsympatisch'' sei. So lauteten die originellen Begründungen. Lediglich die ,,Nummer 2'' der Spontis, ein Frankfurter ,,taz''-Redakteur, wurde mit 21 : 12 Stimmen akzeptiert. Daraufhin erklärten die Spontis wie angekündigt, daß sie für eine Kandidatur nicht zur Verfügung stünden. Mitglieder der GRÜNEN, die für die Einigung gestimmt hatten, drohten z.T. mit Austritt, ein Vorständler trat von seinem Posten zurück. Die Sitzung wurde damit beendet, daß der Diskussionsleiter dazu aufforderte, sich bis zum nächsten Treffen des Kreisverbands um ,,irgendwelche Leute'' zu bemühen, die dazu bereit wären, sich auf die ,,offene Liste'' der GRÜNEN zu begeben. Denn ,,offen'' soll sie natürlich bleiben...

der der GRÜNEN, die für die Einigung gestimmt hatten, drohten z.T. mit Austritt, ein Vorständler trat von seinem Posten zurück. Die Sitzung wurde damit beendet, daß der Diskussionsleiter dazu aufforderte, sich bis zum nächsten Treffen des Kreisverbands um ,,irgendwelche Leute'' zu bemü-

Während die Szene sauer bis ungehalten reagiert, steigern sich die grünen Strategen, wie erste Reaktionen zeigen, nun erst recht in eine sektiererische Verbohrtheit hinein, wobei die Parole ,,da müssen wir durch'' von früheren Parteiaufbau-Versuchen noch gut in Erinnerung ist.

Die Zahl derjeniger, die sich unter diesen Bedingungen aktiv an einem Wahlkampf der GRÜNEN beteiligen würden, dürfte ein Dutzend Personen kaum überschreiten. In Frankfurt gibt man ihnen Aussichten auf ein Abschneiden zwischen 2 und 3 %. Wer auf 3,5 % tippt, gilt bereits als Optimist.

Mag sein, und vielfältige Frankfurter Erfahrungen lehren dies, daß das (aller-)letzte Wort über die konkrete Zusammensetzung dieser Kommunalwahlliste immer noch nicht gesprochen ist. Aber ein bestimmter politischer Prozeß ist in der Tat abgeschlossen. Sein Ausgang ist für diejenigen, die dieses Ergebnis haben wollten, ein geradezu klassischer Pyrrhus-Sieg (Schlacht gewonnen – Krieg verloren).

Ursachen:
Alexander Schubart schrieb bereits im November in einem ,,Abschiedsbrief'' von der Kommunalwahlliste, es habe in dem Kreis der Beteiligten starke *,,Gruppenegoismen, Feindbildfixierungen und persönliche Aversionen''* gegeben, die eine Zusammenarbeit ohne Ausgrenzungen in Frankfurt immer wieder scheitern lassen würden. So wenig diese Feststellungen von der Hand gewiesen werden können, können sie doch keine vollständige Erklärung liefern. Es bliebe unverständlich, warum dann nicht endlich einmal andere Personen an die Stelle der unablässig miteinander streitenden Hick-hack-Macker treten, um gegen deren erfolglose Politik eine erfolgreichere durchzusetzen.

So schreibt Aschu am Ende seiner Stellungnahme: *,,Wir alle sind letztlich an unserer eigenen Unfähigkeit gescheitert.''* Ähnlich sieht es inzwischen auch der Berichterstatter der ,,taz'' (16.1.81): Das Scheitern der Kommunalwahlliste sei *,,nichts anderes als (eine) Zustandsbeschreibung der Frankfurter Linken. Der Wust gemeinsamer Erfahrungen und gegenseitiger Vorbehalte ließ ein Zusammengehen wohl nicht zu''* (der Artikel geht im übrigen mit den Frankfurter GRÜNEN bös ins Gericht). Solche Aussagen bleiben irgendwie unbefriedigend, da sie kaum Schlußfolgerungen erlauben.

Offensichtlich war die knappe Mehrheit der GRÜNEN fest zur Spaltung entschlossen und völlig unempfindlich gegenüber jedem Einheitsdruck aus der linken und alternativen Szene. Nicht einmal die Aussicht auf ein schlechtes Abschneiden bei der Wahl beeindruckte diese Grünen. Insofern ist es auch unsinnig geworden, mit immer neuen taktischen Überlegungen auf diese Situation eingehen zu wollen (,,wären wir doch eingetreten'', ,,hätten wir doch jemand anderes nominiert''). In taktischer Hinsicht wurde in Frankfurt nahezu alles aufgeboten, was dem Ziel einer einheitlichen Liste dienlich war.

Will man nicht persönliche Eigenschaften wie Bosheit, Machtbesessenheit oder Dummheit bei den grünen Strategen unterstellen – und das wollen wir nicht –, so muß nach denjenigen politischen Positionen geforscht werden, die aus der Sicht der GRÜNEN und in diesem Fall speziell der BUS solche Bündnisse als sinnlos erscheinen lassen. Ist die Distanz zwischen den GRÜNEN einerseits und den Linken andererseits tatsächlich schon unüberbrückbar geworden – jedenfalls im Bereich längerfristiger gemeinsamer Projekte wie einer Wahlbeteiligung?

Einen solchen Schluß läßt die Wahlplattform der Frankfurter GRÜNEN jedenfalls nicht zu. Vielleicht gibt aber das von der BUS formulierte und in Frankfurt von Manfred Zieran vertretene Ökologieverständnis – wir werteten dies in AK 190 etwas leichtfertig als ,,zusammengeschustertes'' Zeug – mehr für die Beurteilung dieser Frage ab.

So wendet sich Z. in einem Papier vom November letzten Jahres gegen eine *,,Reduzierung des Ökologiebegriffs''* auf *,,Umweltschutz''*. Dies beinhalte ein *,,technokratisches Lösungsverständnis der Ökologieprobleme''*, bei dem die Ökologie fälschlicherweise n e b e n andere Schwerpunkte der Politik wie z.B. soziale Probleme, Friedensprobleme gesetzt werde. *,,Richtig ist, daß die Problematik des menschlichen Zusammenlebens mit all seinen Folgeproblemen nicht auf die Wissenschaft 'Ökologie' reduziert werden kann. Falsch ist es, die Ökologie als ein Problem neben anderen zu betrachten. Im Gegenteil, ökologische Aspekte sind für jeden Bereich menschlichen Lebens m i tkonstituierend, sei es im Bereich der Arbeit, im Wohnumfeld, des Umgangs miteinander ...''*

inhalte ein *,,technokratisches Lösungsverständnis der Ökologieprobleme''*, bei dem die Ökologie fälschlicherweise n e b e n andere Schwerpunkte der Politik wie z.B. soziale Probleme, Friedensprobleme gesetzt werde. *,,Richtig ist, daß die*

Zur Begründung folgt dann ein Absatz mit einem bunten (grünen?) Gemisch marxistischer und ökologischer Versatzstücke. Gestützt auf den Marx-Satz *,,Die kapitalistische Produktion entwickelt ... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter''* (überflüssig, darauf hinzuweisen, daß der kleine Zusatz *,,und den Arbeiter''* natürlich nicht reflektiert wird) – entwickelt Z. eine Argumentation, von der man auf den ersten Blick den Eindruck hat, daß sie etwa Folgendes beinhalten soll:

'Die bescheuerte, irrationale und verschwenderische kapitalistische Produktionsweise hat die Natur heute schon so weit kaputt gemacht, daß wir bei allen unseren Handlungen verflucht aufpassen müssen, damit nicht die ganzen natürlichen Kreisläufe zusammenklappen. Das war nicht immer so. Unsere Großväter z.B. konnten ruhig mal ein Lagerfeuer anzünden, ohne daß deswegen gleich die Luft knapp wurde. Die Natur hat solche Störungen damals schon selber wieder in Ordnung gebracht. Weil das aber heute nicht mehr läuft, muß die bescheuerte, irrationale und verschwenderische kapitalistische Produktionsweise schleunigst abgeschafft und durch eine sozialistische ersetzt werden.'

Soweit – so gut. Dennoch verblüfft die grob deplazierte Anwendung marxistischer Elementarbegriffe in Z.'s eigenen Formulierungen. Eine Reihe von Sätzen bekommt dadurch logisch überhaupt keinen Sinn, und man muß sich fragen, was der Gute damit wohl gemeint haben mag. So heißt es z.B. bei Z., *,,unter dem alleinigen Gesichtspunkt des Profits''* sei die *,,Produktivkraftentwicklung''* den Weg der *,,endgültigen Destruktivität''* gegangen, was ganz schön negativ ist. Vor allem wegen der Endgültigkeit. Marx sah die Dinge ja etwas anders. Er findet die profitorientierte Produktionsweise beschissen; Produktivkräfte hingegen (hauptsächlich Menschen!) sind eigentlich nichts Schlimmes, und Produktivkraftentwicklung ist sogar prima, weil sie den Kapitalismus sprengt.

An anderer Stelle meint Z., die Produktivkräfte seien *,,entfesselt''* und würden somit destruktiv wirken. Immer vorausgesetzt, daß wir die Begriffe so verwenden, wie ihr Erfinder sie eingeführt hat, müßte das bedeuten, daß die Arbeiter die berühmten Ketten abgestreift hätten, was einige Bonzen sicher ,,destruktiv'' finden würden, für den Sozialismus aber höchst konstruktiv und überhaupt dringend erforderlich wäre. Weiter: An diesem geschichtlichen Punkt (Destruktivität usw.) *,,fordern sie ihre gemeinschaftliche Kontrolle''*, mein Z. Strapazieren wir unser Gedächtnis, so erinnern wir uns an die ,,gemeinschaftliche Kontrolle'' der Produktionsmittel, von der Marx immer schwärmte. Produktionsmittel können aber nicht selber ihre ,,gemeinschaftliche Kontrolle'' fordern, damit wären sie total überfordert. Also bezieht sich dieser denkwürdige Satz von Z. wohl doch, wie es auch die Grammatik nahelegt, auf die ,,entfesselten Produktivkräfte''. Wie das denn? Offenbar sollen sie wieder gefesselt werden – nämlich durch ,,gemeinschaftliche Kontrolle''. Schade.

Alles zusammengenommen könnte diese unkonventionelle Verwendung marxistischer Begriffe durch Z. einen anderen Reim ergeben, als man zunächst annimmt. Man könnte mit einigem Recht auch den folgenden (Un-)Sinn in seinen Text hineininterpretieren: **'Im Kapitalismus spielen die Menschen (Produktivkräfte!) verrückt. Sie produzieren wie wild, sie konsumieren wie wild, und setzen auch noch entfesselt Nachwuchs in die Welt. Diesem destruktiven Treiben gegen Mutter Natur muß durch gemeinschaftliche Kontrolle ein Ende bereitet werden.'**

Z. gibt zuweilen gern zum besten, er persönlich habe Marx ,,weiterentwickelt''. Wenn dem so ist – die einschlägigen Schriftgelehrten mögen das bitte nachprüfen –, wäre Marx aber ganz schön gruhl. Diese Art ,,gemeinschaftlicher Kontrolle'' entspricht jedenfalls nicht unbedingt dem, was man sich unter sozialistischer Demokratie vorstellt.

Z. gibt zuweilen gern zum besten, er persönlich habe Marx ,,weiterentwickelt''. Wenn dem so ist – die einschlägigen Schriftgelehrten mögen das bitte nachprüfen –, wäre Marx aber ganz schön gruhl. Diese Art ,,gemeinschaftlicher Kontrolle'' ent-

Der geschichtliche Punkt, an dem wir heute angelangt sind, erfordert natürlich auch eine neue Definition von Klassenbewußtsein: Ohne *,,ein neues entwickeltes Naturbewußtsein''*, meint Z., könne eine um Befreiung kämpfende Klasse nicht zum historischen Subjekt werden. Klassenlage, soziale Fragen und dergleichen mehr sind *,,nicht mehr unabhängig zu denken von in sie jeweils einfließenden ökologischen Aspekten; ja, diese werden insofern beherrschend, als sie die Formen der Lösung sozialer Konflikte bestimmen. Konkret heißt das: Ökologisch gesehen ist z.B. der überwiegende Teil der Chemieproduktion nicht nur überflüssig, sondern schädlich und damit abzubauen, auch wenn zunächst in der Folge das soziale Konfliktpotential durch den Verlust der Arbeitsplätze verschärft wird''.*

Hier fährt einem(r) nun doch der Schreck in die Glieder. Weniger deshalb, weil wir in der Beurteilung der Produktion etwa bei Höchst gänzlich anderer Auffassung wären als Z. Aber durch diese Zeilen flackert doch ein Politikverständnis hindurch, das in der Linken für überwunden gehalten wird. Da befindet also ein Mitglied des ehrenwerten Bundeshauptausschusses der GRÜNEN mit ein paar Zeilen über zehntausende von Arbeitsplätzen und hunderttausend menschliche Schicksale (wenn nicht an diese Zahlen noch jeweils eine Null angehängt werden muß). Nicht einmal sein Bedauern würde diesen Menschen gelten, sondern nur dem Entstehen sozialer Konflikte als unvermeidliche Begleiterscheinung. Den Betroffenen, gar Widerstand Leistenden, ruft er zu: 'Ihr habt noch nicht das richtige Naturbewußtsein entwickelt. Solange das nicht der Fall ist,

Landesmitgliederversammlung der Grünen Hamburg

Streit um's Geld — Bürgerschaftswahl-Kontroverse aufgeschoben — Linksverschiebung bei den Gremienwahlen

Am 17. und 18. Januar tagte die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen. Etwa 170 Mitglieder und Interessierte verfolgten anfangs die Versammlung. Am Ende des ersten und am Beginn des zweiten Tages waren es noch etwa 75 Besucher. Erst beim Tagesordnungspunkt Gremienwahlen waren wieder ca. 120 Mitglieder anwesend. Diese Wahlen brachten eine deutliche Linksverschiebung: die drei neugewählten Hamburger Vertreter im Bundeshauptausschuß haben sich unmißverständlich gegen die Anti-„Z"-Kampagne der Rechten ausgesprochen; der bisherige dritte Hamburger BHA-Vertreter Heinz Böhmecke von der rechten GLU, trat gar nicht erst zur Wahl an. Auch bei den Vorstandswahlen haben sich die Gewichte klar zugunsten der vom KB abgespaltenen „Gruppe Z" verschoben. Vier Mitglieder des alten Landesvorstandes (u.a. aus der AUD) sind im neugewählten Vorstand nicht mehr vertreten.

Erfreuliche Beschlüsse wurden zu Brokdorf gefaßt: Neben der Unterstützung der geplanten internationalen Demonstration wurde die Beteiligung an Aktivitäten zum bevorstehenden Landesparteitag der Hamburger SPD vereinbart. Bei nur wenigen Gegenstimmen wurde außerdem die peinliche Distanzierungserklärung einiger schleswig-holsteinischer Vorstands-Grüner zur Brokdorf-Demonstration vom 21.12.80 scharf verurteilt.

Im Mittelpunkt des Interesses standen auf der Versammlung drei Fragen:
- „Programmatische Leitlinien" der Hamburger Grünen;
- die Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen 1982;
- der Streit um die Finanzen.

Der Streit ums Geld

Die Hamburger Grünen haben einen recht aufwendigen Wahlkampf geführt, der sie nach eigenen Angaben ca. 75.000 DM gekostet hat (davon allein 19.000 DM Personalkosten für mehrere freigestellte Funktionäre). Der größte Teil dieser Kosten wurde aus Krediten finanziert und sollte, so die Erwartung, aus der Wahlkampfkostenrückerstattung zurückgezahlt werden. Allerdings ging man bei dieser Rechnung noch von einem erheblich besseren Wahlergebnis aus. Unter dem Strich bleiben jetzt dem Landesverband noch über 20.000 DM Schulden.

Einen Teil davon hofft man durch den Mehrheitsbeschluß der Versammlung, den Hamburger Anteil der Wahlkampfkostenerstattung am bundesgrünen Ökofonds (10 % = 7.500 DM) begleichen zu können; es blieben dann aber immer noch 13.000 DM Schulden.

Vor diesem finanziellen Hintergrund war es vor allem die „Z-Gruppe", die erneut auf die Gelder aus der Kostenerstattung der Europawahlen 1979 zurückgreifen wollte: es geht um 47.000 DM. Die damaligen Gruppen des Europawahlkampfs (in der Mehrzahl rechte Grüne, die inzwischen größtenteils aus dem Hamburger Landesverband hinausgedrängt worden sind), denen dieses Geld zusteht, hatten beschlossen, es an Öko-Projekte zu spenden (Tagungsstätte Gorleben, Gorleben-Prozesse, „Aktionsgemeinschaft Nordseewatten", „Förderkreis Rettet die Elbe"). Vor allem die „Z-Gruppe" verlangte stattdessen die Übergabe des Geldes an den Landesverband. Im Juli 1980 beschloß der Hamburger Grünen-Vorstand mit 14 gegen eine Stimme einen „Kompromiß": Das Geld sollte als Wahlkampf-Kredit eingesetzt werden und nach dem Wahlkampf zurückgezahlt werden, um dann an die Öko-Projekte zu gehen. Auf der Landesversammlung wurde am 17.1.81 nun der Antrag gestellt, nur 5.000 DM zu spenden und die restlichen 42.000 DM je zur Hälfte dem Landesverband und den Hamburger Kreisverbänden zukommen zu lassen. Die rechten Grünen und einige BUS-Leute nutzten dieses in der Tat unschöne Vorhaben ihrerseits zu einer Abrechnung mit der „verfehlten" Politik der Hamburger Mehrheit und ihrer „finanziellen Mißwirtschaft". Sie forderte die Rückzahlung des Kredits als Spenden entsprechend dem Vorstandsbeschluß vom Juli 1980. Erst ein Kompromißvorschlag, der eine Entscheidung vertagte, rettete die Hamburger Grünen, speziell die „Z-Gruppe", zumindest vorläufig vor einem bundesweiten Skandal: Es soll mit den Öko-Projekten verhandelt und das Verhandlungsergebnis auf der nächsten Landesmitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt werden. Etwa 100 Anwesende stimmten nach mehrstündiger Debatte für diesen Antrag, über 50 stimmten für sofortige Auszahlung der Spenden. Die rechten Grünen verließen nach dieser Abstimmung zum größten Teil die Versammlung und kamen auch am zweiten Tag nicht wieder.

einem bundesweiten Skandal: Es soll mit den Öko-Projekten verhandelt und das Verhandlungsergebnis auf der nächsten Landesmitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt werden. Etwa 100 Anwesende stimmten nach mehrstündiger Debatte für diesen Antrag, über 50 stimmten für sofortige Auszahlung der Spenden. Die rechten Grünen verließen nach dieser Abstimmung zum größten Teil die Versammlung und kamen auch am zweiten Tag nicht wieder.

„Leitlinien 1981": Links vom Saarbrücker Programm

Von Jürgen Reents („Z") und Sabine H. eingebracht stand ein Antrag zur Debatte, der „*Leitlinien der Hamburger Grünen-Politik für 1981*" formuliert. Von den Antragstellern wurde er ausdrücklich auch als Antwort auf bundesweite Versuche, das Saarbrücker Programm der Bundes-Grünen zu den Akten zu legen und es zunehmend durch eine rechts „ökologische" Orientierung abzulösen, verstanden. Demgegenüber stand ein Antrag von 15 Mitgliedern (rechte Ökologen, BUS-Leute und zwei Landesvorstandsmitglieder aus der aufgelösten AUD), der das „*Primat von Ökologie und Frieden*" sowie die These, daß „*die Grünen keine linke und keine rechte Partei*" seien, enthielt. Dieser Antrag erhielt nur neun Stimmen (nach Auszug der Rechten und der meisten Antragsteller). Der „Leitlinien"-Antrag wurde mit 60 Stimmen angenommen, wobei es sich nicht um einen Beschluß, sondern um ein „Meinungsbild" handelte. Die Anträge sollen weiter diskutiert werden.

In den „Leitlinien" bekräftigten die Hamburger Grünen, „*daß sie sich nicht nur als ökologische Alternative, sondern gleichermaßen als umfassende demokratische und sozialemanzipatorische Alternative zu den etablierten Parteien verstehen*". Neben den ökologischen Aufgaben (Anti-AKW-Kampf, speziell Brokdorf, Kampf gegen Umweltverschmutzung) werden vier Schwerpunkte der Politik für 1981 betont:

– Der Kampf gegen die Kriegsgefahr und die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse, die nur zu Fall gebracht werden können durch den „*massiven Druck einer breiten und aktionsbereiten Friedensbewegung ..., die parteiübergreifend ist, aber in dem Bewußtsein handelt, daß Friedenssicherung für ein Land wie die BRD nur möglich ist, wenn die Gefolgschaft gegenüber der US-Politik aufgegeben wird*". Angestrebt wird „*eine Herauslösung der BRD aus der NATO und damit beispielhafte Schritte zur Neutralisierung Mitteleuropas*".

– Mit Hinweis auf das Münchener Attentat wird die Notwendigkeit eines antifaschistischen Charakters der Grünen betont. Die Hamburger Grünen wollen „*eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Gruppierungen suchen und insbesondere die Möglichkeiten der Mitwirkung an einem politisch breit strukturierten antifaschistischen Informationsdienst klären und in Angriff nehmen*".

– In Abgrenzung zu Nullwachstums-Forderungen werden gewerkschaftliche Forderungen nach Verbesserungen für die Lohnabhängigen unterstützt. Außerdem heißt es, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage „*die Grünen stärker auch in die Rolle eines politischen Anwalts der sozialen Interessen der Bevölkerungsmehrheit*

insbesondere die Möglichkeiten der Mitwirkung an einem politisch breit strukturierten antifaschistischen Informationsdienst klären und in Angriff nehmen".
– In Abgrenzung zu Nullwachstums-Forderungen werden gewerkschaftliche Forderungen nach Verbesserungen für die Lohnabhängigen unterstützt. Außerdem heißt es, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage „*die Grünen stärker auch in die Rolle eines politischen Anwalts der sozialen Interessen der Bevölkerungsmehrheit*

hineinwachsen" müßten.

– Zur Frauenpolitik wird gefordert, „*daß in der eigenen Partei wirkliche Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen in eigenen Angelegenheiten Raum greifen*" und „*daß der Frauenteil des Bundesprogramms in eigener Regie der weiblichen Mitglieder überarbeitet wird*"; insbesondere müsse die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 ins Bundesprogramm aufgenommen werden.

Bürgerschaftswahlen: Grüner Alleingang vertagt

Vom „Z"-Chef Willi K. Goltermann höchstpersönlich eingebracht, lag der Versammlung ein Antrag zur „*Einleitung von Vorbereitungen auf den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1982*" vor. Nachdem am ersten Tag insbesondere wegen der langen Finanzdiskussionen seine Behandlung entfiel, verzichteten die „Z"-Anhänger am zweiten Tag auf seine Behandlung, da im besten Falle eine Stunde Behandlungszeit zur Verfügung gestanden hätte. Damit sind allerdings die im Antrag enthaltenen Probleme nur verschoben. Der Antrag des „Z"-Chefs stellt eindeutig die Weichen für einen Alleingang der Grünen bei den Bürgerschaftswahlen 1982. Er fordert die Einrichtung von mindestens 18(!) Arbeitsgruppen der Grünen, deren „*festgeschriebenes Ziel die Erarbeitung eines kommunalpolitischen (Wahl-)Programms und dessen Fertigstellung und Veröffentlichung noch im Jahr 1981 sein*" soll. In diese Arbeitsgruppe sollen „*möglichst viele Nicht-Parteimitglieder*" miteinbezogen werden, sofern diese den grünen Wahlkampf „mittragen" wollen und bereit sind, sich vor den grünen bzw. „Z"-Karren spannen zu lassen. Neben der Programmarbeit sollen die AGs „*auch praktisch und öffentlich wirksam werden, öffentliche Stellungnahmen* ... **in Abstimmung mit dem Landesvorstand** *herausgeben, den Landesverband auf Fachkonferenzen vertreten, in ihren jeweiligen Themenbereichen zu lokalen und bundesweiten Aktionen mobilisieren*" und zudem „**aktive Sympathisanten- und Mitgliederwerbung für den Landesverband betreiben**".

Eindeutig ist die Absicht des Antrags, auch dort, wo er den Grünen eine bevorzugte Zusammenarbeit „*mit der Redaktion der ‚Bunten Zeitung'*" empfiehlt, einem von der „Z"-Gruppe geförderten Spalt-Produkt der BuLi-Minderheit, das seit Dezember 1980 erscheint.

Der Antrag endet mit dem Auftrag, noch vor dem Sommer 1981 einen „kommunalpolitischen Arbeitskongreß" der Hamburger Grünen abzuhalten.

Ebenso eindeutig sprachen sich die „Z"-Grünen vehement gegen die Behandlung eines Antrags aus, der formulierte, daß für die Bürgerschaftswahlen 1982 ein **gleichberechtigtes**

Gruppe" geförderten Spalt-Produkt der BuLi-Minderheit, das seit Dezember 1980 erscheint.

Der Antrag endet mit dem Auftrag, noch vor dem Sommer 1981 einen „kommunalpolitischen Arbeitskongreß" der Hamburger Grünen abzuhalten.

Ebenso eindeutig sprachen sich die „Z"-Grünen vehement gegen die Behandlung eines Antrags aus, der formulierte, daß für die Bürgerschaftswahlen 1982 ein **gleichberechtigtes**

Wahlbündnis anzustreben sei. Der Antrag des „Z"-Chefs läßt wenig Gutes für die Bürgerschaftswahlen 1982 hoffen: ausgehend von ihrer dominierenden Position im Landesverband der Grünen und in der abgespaltenen Buli-Minderheit will die „Gruppe Z" Gespräche über Möglichkeiten eines **gleichberechtigten Wahlbündnisses** gar nicht erst eröffnen, sondern zielt auf grüne **Alleinkandidatur**, die durch die Konstruktion einer „offenen Liste" (ausgewählte Nichtgrüne sollen für die Kandidaten-Liste geworben werden) kaschiert werden soll. Das ist eine Politik der Spaltung, die im provokatorischen Vorgehen der rechten Grünen in Frankfurt und anderen Orten Hessens und Niedersachsens ihre Parallelen hat.

Teilnehmer und Beobachter der grünen Landesversammlung

Frankfurter Grüne:
Keiner hat sie wirklich lieb

Fortsetzung von der vorherigen Seite

kann ich Euch als Klasse nicht ernst

Öko-Konflikte. Also eigentlich ein ideales Betätigungsfeld für die GRÜNEN. Oder etwa nicht? Geht es den

Frankfurter Grüne:
Keiner hat sie wirklich lieb

Fortsetzung von der vorherigen Seite

kann ich Euch als Klasse nicht ernst nehmen!'

Wer glaubt, Z. habe in seinen grundsätzlichen Vorstellungen für die Menschen nur Unerfreuliches anzubieten, irrt allerdings. Aus den Ökologiethesen der BUS, die er anführt, lassen sich immerhin auch sehr angenehme Seiten grüner Politik herausfiltern. Nach einigem Suchen fanden wir:

1. „*Wirklicher Reichtum*" liege „*in der allseitigen Entfaltung des Menschen in seinem Verhältnis zur Natur*". Dies könnte die in der chemischen Industrie Beschäftigten eventuell über den Verlust ihrer Arbeitsplätze hinwegtrösten. (Allerdings scheinen die grünen Politiker selbst bei der Ausschöpfung dieses „Reichtums" noch nicht sehr weit gekommen zu sein – der Kampf läßt ihnen wohl keine Zeit dazu.)
2. Der Mensch müsse sich „*innerhalb und außerhalb der Arbeit selbstverwirklichen*" können. Ob das wohl für alle gilt oder nur für die „Naturbewußten"?
3. Die „*ethische (?), emotionale und ästhetische Bedeutung der Natur für den Menschen*" müsse erhalten werden.

Trotz dieser wunderbaren Aussichten bleibt doch der fatale Eindruck hängen, daß es sich hierbei nicht um eine besonders menschenfreundliche Politik handelt.

Z. schließt sein Papier mit der definitiven Aussage, daß „*in dieser Frage kein Kompromiß mit Kräften aus dem K- und Trotzkistenlager möglich ist, ohne die konkrete Politik auf den falschen Pfad zu führen.*" Aus seiner Logik gesehen hat Z. vielleicht recht. Eine Politik, die eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit befürwortet und den Betroffenen Waldspaziergänge empfiehlt, um im Angesicht der Natur inneren Reichtum zu schöpfen, wäre auf einer Bündnisliste heftig umstritten gewesen. Aber wie gesagt: Derartige Aussagen waren in der Wahlplattform der Frankfurter GRÜNEN nicht enthalten, und sind auch dort möglicherweise (noch?) nicht mehrheitsfähig.

Vielleicht kommen wir auf diese Weise auch des Rätsels Lösung näher, weshalb in Frankfurt die Schwäche der GRÜNEN in einem so eklatanten Widerspruch zur Vielzahl der ökologischen Konflikte in dieser Stadt steht. Immerhin ist ja die Widerstandsbewegung gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens einer der herausragenden derzeitigen Öko-Konflikte. Also eigentlich ein ideales Betätigungsfeld für die GRÜNEN. Oder etwa nicht? Geht es den empörten Bürgern vielleicht nur um platten Umweltschutz und nicht um „Ökologie"?!! Dazu eine grüne Kostprobe: Wir K-Leninisten können uns ja unendlich daran hochziehen, daß die Arbeitervertretung von Opel Rüsselsheim g e g e n den Bau der Startbahn West Stellung bezogen hat: Eine sagenhafte Perspektive ... Bei den GRÜNEN: Keine Hektik, Desinteresse, Null Reaktion. Mit größtem Engagement wird hingegen die Frage diskutiert, ob nicht auch die Autoproduktion bei Opel ökologisch schädlich und das Werk demnach zu schließen wäre – eine Originaldiskussion im Rahmen der Auseinandersetzungen und die Kommunalwahlliste in Frankfurt. Nun sind die Opel-Arbeitsplätze ohnehin ganz aktuell gefährdet – auch ohne das Zutun der Ökologen. Man stelle sich nun vor, die Grüne Partei – in der Öffentlichkeit weitgehend als einzig relevante Alternative zur SPD angesehen – gäbe eine derartige Stellungnahme ab. Eine bessere Provokation zu Diensten der SPD könnte es kaum geben (zum Glück sind solche scharfsinnigen Erörterungen bislang auf den kleinen Kreis der Linken beschränkt geblieben).

Aber sie machen deutlich, welche Einstellung dafür verantwortlich ist, daß es die GRÜNEN in Frankfurt nur zu einem kümmerlichen Dasein gebracht haben: Missionarischer Eifer bei der Verkündung des richtigen Ökologieverständnisses, Desinteresse an der alltäglichen Situation der Menschen und im Grunde auch an den stattfindenden sozialen Bewegungen. Dies wird sich sicher noch verstärken, wenn erst die GRÜNEN den arbeitslosen Lehrern und Referendaren von den „Grenzen des Wachstums im Bildungswesen" erzählen und den Ausländern davon, daß Frankfurt als Ballungszentrum ohnehin „übervölkert" sei ...

Der Versuch der Ausweitung des Ökologiebegriffs zum „mitkonstituierenden" Faktor für „jeden Bereich menschlichen Lebens" ist nicht nur im Kern reaktionär. Er verbannt die GRÜNEN auch zielstrebig in eine absolut sektiererische Ecke, unabhängig davon, ob „attraktivere" Strömungen wie die Spontis zeitweilig mit diesen oder jenen Öko-Thesen liebäugeln. Dies hat die kurze, bisherige Lebensdauer der Grünen Partei in Frankfurt ergeben.

KB/Gruppe Frankfurt

Es geht dort ein Gespensterzug...

Eindrücke von Dönitz' Beerdigung

Ab Aumühle folgen wir dem Strom schwarzgekleideter und uniformierter Leute mit unserem klapprigen Uralt-Ford. Wir heimsen jede Menge giftiger Blicke und Anpöbeleien ein. Dabei hatten wir uns mit unserer Verkleidung solche Mühe gegeben (Bundeswehrparka, schwarze Motorradjacke, Stiefel), aber die großen Anti-AKW- und „Krieg-dem-Krieg"-Aufkleber am Auto bleiben selbst den senilen U-Boot-Veteranen, die am Straßenrand entlangzittern, nicht verborgen.

Endlich ein Bulle, der Ordnung in die Trauergemeinde bringt und uns endgültig nicht weiterfahren läßt. So reihen wir uns zu Fuß in diesen anachronistischen Zug ein. Die Kirche ist natürlich längst voll, vor der Kirche stehen ca. 2.000 Leute, in der Kirche selbst höchstens noch mal 500. Wie diese phantastische Zahl von 5.000 Teilnehmern, die überall gehandelt wird, zustande kommt, ist uns ein Rätsel.

Auf dem Platz guck' ich mich unauffällig um. Na, hab' ich mir doch gedacht, jede Menge sabbernder alter Leute, halbvermoderte Fossile des „Tausendjährigen Reichs", zwar die steifgebügelten Marinemützen auf den kahlrasierten, verbeulten Schädeln, sich selbst aber kaum noch auf den Beinen haltend. Wir feixen klammheimlich: „Guck mal den da, der schafft's nicht mehr bis zum Ende der Feier. Laß uns etwas zurücktreten, falls er nach hinten fällt." Wir fühlen uns sicher, denken laut drüber nach, wieviel tausend Jahre Gefängnis hier wohl zusammenstehn.

Als K. die ersten Fotos macht, wird es unruhig um uns, wir fangen an aufzufallen. Und plötzlich wird uns klar, wo wir hier eigentlich sind. Die 2.000 Faschisten um uns herum sind auf einmal nur noch halb so vergreist und plötzlich sind auch die Jungen da, die Schneidigen mit schwarzglänzenden Schaftstiefeln,

Parka oder schwarzen Jacke mit Ru-
schwarzglänzenden Schaftstiefeln,

Parka oder schwarzen Jacke mit Runenabzeichen, die da mit den Altfaschisten zusammenstehen und sich auf eine so widerliche Art und Weise mit ihnen verstehen, wenn's gegen die „verniggerte deutsche Jugend" geht. Wie konnten wir die bloß übersehen!? Unser Spott von vorhin ist wie weggeblasen, wir haben beide einen Kloß im Hals. Der Typ neben uns, über dessen auffallend braune Gesichtsfarbe (bestimmt Industrieller) ich mich eben noch gewundert hab', dreht sich zu uns um. Um den Hals trägt er das Bundesverdienstkreuz der BRD und darunter das Ritterkreuz der Nazi-Armee. Welch bezeichnendes Licht das auf die BRD wirft!

Die meisten Männer um uns herum tragen ihre NS-Orden, wenngleich auch ohne Hakenkreuz (aber das ändert nichts, verliehen wurden sie ihnen mit Hakenkreuz).

In uns macht sich eine Mischung aus Brechreiz und ohnmächtiger Wut breit. Wir hören kaum noch auf die Trauerreden, die von Pathos und Geschichtsverfälschung triefen. Dönitz, ein Mann, „der immer nur seine Pflicht tat" und „niemals gegen die Obrigkeit opponierte, wie es der heutige sogenannte Zeitgeist verlangt". Ein Mann, „der mit seiner unerschütterlichen Vaterlandsliebe ein Vorbild für jeden jungen Menschen heute ist" usw.

Als der Sarg unter den dumpfen Klängen einer Marine-Blechkapelle aus der Kirche getragen wird, salutieren die Mützenträger. Einer, der wegen des Andrangs nur bis auf 30 m an den Sarg herankommt, steht vor einem Baum (!) und legt die Hand an die Mütze, dabei stehen ihm die Tränen in den Augen und seine Mundwinkel zucken. Wie grotesk das alles ist!



Am Grab intoniert die Knatterkapelle „Ich hatt' einen Kameraden". Die meisten singen mit, es folgen die Kommandos „Helm ab" und „Senkt die Fahnen", dann wird gebetet. Wieder feindselige Blicke, wir haben nicht mitgesungen und beim Gebet die Hände in den Hosentaschen gelassen. Als die Meute dann „Deutschland, Deutschland über alles..." anstimmt, verdrücken wir uns langsam.

Kurz hinter dem Grab wird es noch einmal unangenehm, dort stehen in Fünferreihen angetreten ca. 20 Neonazis der Wiking-Jugend, drei Fahnenträger vorneweg. Jetzt hab' ich endgültig nur noch Schiß, bin froh, daß es bei einigen Anpöbeleien und Drohgebärden bleibt.

Auf dem Rückweg erkenn' ich den Nazi-Banditen Edgar Geiss und „Oberst" Hans-Ulrich Rudel, der von einer Menge mit Bravo-Rufen gefeiert wird und Autogramme gibt.

Vor der Kirche sind mittlerweile an die 50 Kränze aufgebaut, gewidmet dem „letzten Führer des Großdeutschen Reiches" von den Nationaldemokraten Österreichs, der Waffen-SS und der Deutschen Volksunion, von Gerhard Frey, der Familie Hess und einem CDU-Bundestagsabgeordneten, einen letzten Gruß dem „aufrechten Soldaten Großadmiral Dönitz" von der SS-Freiwilligen Sturmbrigade Nr. 7 Frankreich. „Feine Jungs, die französische SS, die haben noch Haltung, nicht wie dieses Sozi-Pack..." Kommentar dreier mit Ritterkreuzen behängter „Trauergäste".

Als ein Jung-Nazi auf uns zukommt und fragt, wie es uns gefallen hat, haben wir endgültig genug und gehen. Eins haben wir gemerkt, hier wurde nicht ein „alter Soldat" der nur „vom Schicksal in die politische Sphäre versetzt wurde" (Originalton Konteradmiral a.D. Wegener, Trauerredner) zu Grabe getragen. Hier gab sich am Dienstag die bundesdeutsche Faschistenszene ein Stelldichein, feierte in aller Friedhofsruhe einen der ihren als Märtyrer ab („11Jahre Kerkerhaft der Besatzerverbrecher") und pflegte Kontakte.

Ein weiteres Mal (Hess ist über 80!) sollten wir dieser Bande die Ruhe nicht gönnen.

Jö. + Ka., Sympigruppe Barmbek

Geteiltes Leid ist halbes Leid: Die Trauergäste

Es war schon eine brisante Mischung, was da alles zum Anachronistischen Zug am Grabe des im Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses zu langjähriger Haftstrafe verurteilten „letzten deutschen Reichskanzlers", „untadeligen Offiziers" und „soldatischen Preußen", Karl Dönitz zusammengekommen war:



Als Organisatoren:
- Deutscher Marinebund;
- Verband deutscher U-Boot-Fahrer,
- Marine-Offizier-Vereinigung,
- Der Musikzug des Marinebundes Bremerhaven.

Als Redner:
- Konteradmiral a.D. Edward Wegener,
- BGS-Oberpfarrer Karl Keil,
- Landsmannschaft Ostpreußen.

Mit Kränzen:
- Bund der Vertriebenen,
- Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG);
- Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS (HIAG),
- Ring der Soldatenverbände,
- Unabhängige Freundeskreise aller Waffengattungen;
- Drittes Panzercorps,
- SS-Freiwillige Sturmbrigade in Frankreich;
- Arbeitsgemeinschaft der Reservisten-, Soldaten- und Traditionsverbände in Bayern,
- „Notverwaltung des Deutschen Ostens,
- „ANS Gau Hamburg" (=Hansa-Bande);
- Deutsche Bürgerinitiative (Manfred Roeder);
- CDU-MdB Willy Peter Siek;
- Fürstin Bismark;
- Hugo Stinnes (Kapitalist);
- Walter Reder (in Italien einsitzender Kriegsverbrecher);
- Rudolf Heß (auch im Knast).

Als „Trauergäste" u.a.:
- CDU-MdB Olaf von Wrangel;
- CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein Uwe Barschel,
- Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Wust,
- Konteradmiral Wolfgang Benzino;
- Konteradmiral Hans Feindt,
- Wolf-Rüdiger Heß (Sohn von R. Heß);
- Nazi-Oberst Rudel;
- Edgar Geiss (Hansa-Bande);
- Wolfgang Woch (VSBD);
- Walter Kexel (VSBD);
- Hansa-Bande und Wiking Jugend.

Um zwei Reserveoffiziere der Bundeswehr, die demonstrativ trotz Verbot in Uniform erschienen waren, soll es Probleme wegen ihrer Bestrafung geben...

Aufsehen erregte auch eine Anzeige eines Dr. Henning Braun und Freunde, Wilhelmshaven, die für Dönitz ein ihm angeblich „protokollarisch zustehendes Begräbnis" forderten.

„Das Ganze hatte lange Zeit den Charakter eines Vereinstreffens" (FR, 7.1.81) – fürwahr!

Nazi-Roeder wieder ›auf der Flucht‹?

Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn – diese alte Geschichte scheint sich nun beim Neonazi und Ex-Anwalt Manfred Roeder zu bestätigen.

Dieser hatte sich im Februar 1978 durch Flucht einer anzutretenden Gefängnisstrafe von einem halben Jahr entzogen und war daraufhin – obwohl per internationalem Haftbefehl gesucht – ohne große Zurückhaltung durch die Weltgeschichte gegondelt, bis er sich ca. im März/April 1980 unter falschem Namen häuslich in Hannoversch-Münden niederließ.

Verhaftet wurde Roeder Anfang September '80 bei einer Fahndungsaktion nach den Bombenlegern der „Deutschen Aktionsgruppen", auf deren Konto neben mehreren Bomben auch eine verletzte Ausländerin in Lörrach sowie zwei von ihnen ermordete Vietnamesen in Hamburg gehen.

Roeders „ständige Begleiterin" hatte zusammen mit dem Arzt Heinz Collditz, dessen Tochter, dem Werkzeugmacher Hoernle u.a. diese Anschläge verübt, Roeder galt als Kopf der Bande.

Von eben diesem Manfred Roeder prangte auf dem Grab von Dönitz nicht nur ein Kranz:

Die „FR" meldete anläßlich dieses Kranzes, daß Roeder gar nicht im Gefängnis sei, sondern nach kurzer Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden und erneut „flüchtig" sei.



Zur Erinnerung: Gegen Roder liegt eine rechtsgültige Gefängnisstrafe vor, die er antreten muß; weitere Verfahren, die für mehrere Jahre Knast ausreichten, sind noch anhängig; auch im Fall der „Deutschen Aktionsgruppen" hat Roeder aller Wahrscheinlichkeit nach mit Verfahren zu rechnen (und sei es „nur" wegen Paßvergehen und Mitwisserschaft).

Das Urteil im Prozeß gegen Kurt Christmann oder ›Im Zweifel für den Angeklagten‹

Weil er in der Sowjetunion während des Krieges mindestens 60 Zivilpersonen auf grausamste Weise umbringen ließ, wurde der ehemalige Obersturmbannführer Kurt Christmann jetzt – fast 40 Jahre danach – zu zehn Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen mit insgesamt mindestens 60 Opfern verurteilt.

Das eine Mal sind mindestens 30 Leute auf seinen Befehl ums Leben gekommen: Die Opfer (darunter auch Kinder) wurden halbnackt in einen Gaswagen getrieben, in den Abgase geleitet wurden. Was dann geschah, „*war für die Betroffenen die Hölle*", erklärte Richter Krämer, der den Prozeß leitete. Christmann war dies völlig klar, er „*handelte aus fühlloser und unbarmherziger Gesinnung*" (Krämer).

Auch im zweiten Fall, bei dem wiederum etwa 30 Menschen in den Tod getrieben wurden (auch darunter Kinder), erkannte Richter Krämer „niedrige Beweggründe" Christmanns; bei diesem hätten während der Morde keineswegs Gewissenskonflikte vorgelegen. Krämers Beschreibung dieses Massenmordens: „*Die Gefangenen mußten sich bei null Grad ausziehen und warten, bis sie in Gruppen zu fünf Personen ans Ufer geführt und erschossen wurden. Sie stürzten das Steilufer hinunter, ohne daß feststand, ob sie schon tot waren. Das blutige Massaker war so grauenvoll, daß es selbst den ‚Hilfswilligen' schlecht wurde.*"

Christmann war vom Nazi-Staat vor seiner Versetzung in die Sowjetunion mit der uneingeschränkten Exekutivgewalt über die Zivilbevölkerung ausgestattet worden; ohne seine Zustimmung hätte es diese Morde nicht gegeben, sie fanden nur statt, weil er den Befehl dazu gab. Dem Gericht blieben jedoch Zweifel, Zweifel, „*ob Christmann selbst zum Mörder geworden ist...*' (Urteilsbegründung). „*Es steht zur Überzeugung des Gerichts fest, daß der Angeklagte mindestens eine solche Aktion* (Morde im Gaswagen) *geleitet hat, wahrscheinlich aber mehrere, weil im Grunde ohne ihn gar keine möglich war... Die Art der Durchführung macht die Tat zum Mord*" (Urteilsbegründung). Hinsichtlich der Kinder seien „niedrige Beweggründe" gegeben gewesen, auch sei die Tötung „grausam" gewesen. Aber die „Zweifel" blieben. Und da wir in einem Rechtsstaat leben, wurde nach dem Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten" verfahren und Christmann nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Beihilfe zum Mord verurteilt. So wird auch das Bild, das die deutschen und österreichischen Zeugen – ehemalige SS-Leute – bei ihrer Vernehmung darstellten (nach Krämers Einschätzung ein „Trauerspiel") noch gerechtfertigt: Es sei schließlich menschlich verständlich, daß sie mit ihren Verbrechen nichts zu tun gehabt haben wollen.

Und weil Christmann schon alt und krank sei und die Verbrechen schon so weit zurückliegen, bekam Christmann für beide Fälle, für die jeweils eine Einzelstrafe von acht Jahren angesetzt war, zusammengezogen nur zehn Jahre Haftstrafe. So ist dieser Prozeß ein weiteres Paradebeispiel für die Folgen der Verschleppung der Verfolgung von Nazi-Verbrechen. Ebenfalls als strafmindernd wurde Christmanns „straffreies Vorleben" angesehen: 1922 Eintritt in den „Jungsturm Adolf Hitler", 1923 Beteiligung am „Marsch auf die Feldherrnhalle", ab '33 Mitglied in der NSDAP, ab '38 Regierungsrat und SS-Sturmbannführer, 1942 befördert zum Obersturmbannführer und versetzt in die Sowjetunion.

Christmann war freilich auch dieses Urteil zuviel: „*Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich von einem deutschen Gericht im Namen des Volkes verurteilt werde, wo 95 Prozent dagegen sind.*" („SZ", 20./21.12.80)

IKAH Hamburg

Ein trauriges Jubiläum

Zum 500. Mal hat der Neonazi Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen Nationalzeitung" und des „Deutschen Anzeigers", Vorsitzender der „Deutschen Volksunion", des „Freiheitlichen Rates" und Initiator verschiedenster rechtsradikaler Vereine wie „Volksbewegung für Generalamnestie" oder „Initiative für Ausländerstopp" , ein Gericht gefunden, das ihm Recht gab.

Diesmal ging es um Freys Anhängerschaft. Da war behauptet worden, er habe „nur" 5.000 Anhänger, eine Verleumdung, die Frey nicht auf sich hat sitzen lassen. Er habe 10.000 Anhänger, ließ er versichern, und wer weniger behauptet – so das Gericht – hat mit einer Geldstrafe bis zu 500.000 DM zu rechnen, ersatzweise mit 6 Monaten Haft („die tat", 9.1.81). Immerhin, nun hat er's gerichtlich: Sein Verein ist größer als die NPD.

Noch ein Hinweis: Die große Zahl Frey'scher Prozesse geht nur zum kleinsten Teil auf Anzeigen von Antifaschisten zurück. Vielmehr ist Frey (wie auch andere Nazis) Meister in der Kunst, alle möglichen „Gegendarstellungen" zu verlangen, die per „einstweiliger Verfügung" ergehen und die doch einiges an Kosten für den Frey-Gegner mit sich bringen, wenn er keinen Widerspruch einlegt (in diesem Fall müssen Gerichtskosten und Freys Anwaltskosten bezahlt werden). Ein Widerspruch gegen diese einstweiligen Verfügungen kostet zwar im ungünstigsten Fall noch mehr Geld; im Fall, daß die Antifaschisten gewinnen, muß aber Frey alle Kosten bezahlen (auch die des eigenen Anwalts). In nunmehr 500 Fällen hat Frey bzw. haben seine Anwälte also schon kassiert – auch eine Methode, zu Geld zu kommen. Alle Antifaschisten, die in irgendeiner Form mit Verlangen der Nazis nach Gegendarstellungen bzw. einstweiligen Verfügungen konfrontiert sind, sollten sich also unbedingt s o f o r t juristischen Rat holen.

Die »Deutsche Tagespost« Kampfblatt des Papstes

„Gott beschütze die Bundesrepublik Deutschland", verkündete Pilger Johannes Paul II. bei seiner Ankunft in Köln, obwohl er es doch eigentlich besser wissen müßte. Im folgenden Artikel soll gezeigt werden, warum der Papst und seine deutschen Brüder von der Bischofskonferenz den „Schutz" der BRD nicht durch „Gott", sondern durch CDU/CSU und Bundeswehr am besten gesichert sehen.

Der Johann-Wilhelm Naumann Verlag

In der Bischofsstadt Würzburg befindet sich der **J.W. Naumann Verlag.** Ein kleiner Verlag, der jedoch für den Klerus von besonderer Bedeutung ist, denn er besitzt für die BRD das Exklusivrecht zur Übersetzung des „L' Osservatore Romano" – der offiziellen Zeitung des Vatikan.

Erstaunlich daran ist die Tatsache, daß der „Stellvertreter Gottes auf Erden" für seine Botschaften einen „weltlichen" Verlag bevorzugt. Noch bemerkenswerter sind allerdings die weiteren Aktivitäten dieses Verlages: Da sind z.B. die Publikationen des Würzburger **„Institut für Demokratieforschung"** (IfD). Leiter ist **Lothar Bossle,** bekannt als Strauß-Freund und Organisator zahlreicher reaktionärer Vereine. Das „IfD" veranstaltete mehrere Internationale Symposien, u.a. zu den Themen Faschismus und „Soziale Marktwirtschaft", bei denen Referenten wie **Mario Tedechi** (Gründungsmitglied der faschistischen MSI/

Referenten wie **Mario Tedechi** (Gründungsmitglied der faschistischen MSI/ DN) und **Maximiani Errazuriz** (Agent des chilenischen Geheimdienstes DINA) viel Beachtung fanden. Interessant auch das Bücherangebot, wo konservativen Autoren viel Raum gegeben wird. So dem Kapitalisten Kurt Herberts, dem Verfassungsschutzagenten Hendrik Bergh, oder für Günther Deschner (Er vertritt u.a. führend die These, daß die Neonazis vom sowjetischen Geheimdienst gesteuert würden).

Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit ist die Herausgabe der „Deutschen Tagespost", nach Aussage des Naumann-Verlages die "einzige katholische Tageszeitung für Deutschland".

Die „Deutsche Tagespost"

...berichtet über alle kleinen und großen Ereignisse des Klerus. Sie dokumentiert ausführlich Erklärungen und Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz und des ZK (heißt wirklich so) der Katholiken. Für innerkirchliche Diskussionen (wie z.B. der „Fall Küng",Die Unfehlbarkeit der Kirche) gibt es „Die Aussprache"-Seite. Herausgeber der „DT" ist Ferdinand Römer, Träger des bayrischen Verdienstordens, Verehrer von Strauß, Befürworter einer rechtsextremen „Vierten Partei" („DT", 7.10.80). Er ist seit der Gründung am 28.8.48 bei der „DT". 1954 wurde auf einer Veranstaltung der reaktionären „Abendländischen Akademie" beschlossen, den Sitz der Zeitung von Regensburg nach Würzburg zu verlegen.

Zu der Zeit wurde der Inhalt der Zeitung durch die enge Zusammenarbeit mit dem damaligen Familienminister Franz-Joseph Würmeling geprägt. Seine These – *„Es geht um die große Zahl derjenigen, die wider die natürliche Ordnung gewollt kinderarm bleiben, weil sie das Leben genießen und sich von Opfern freihalten wollen, und die hohen Werte der Familie nicht mehr sehen"* – hat für die „DT" heute noch die gleiche Gültigkeit. Der Kontakt zu konservativen Politikern ist ausgezeichnet, sodaß Artikel u.a. von Dregger, Filbinger, Habsburg, Kohl, Strauß, Stücklen gedruckt werden können. Hans Maier präsentiert durch seine Doppelfunktion als CSU-Kultusminister und Präsident des ZK der Katholiken diese klerikal-reaktionäre Allianz.

Im Wahlkampf erwies sich die „DT", deren Auflage bis auf 60.000 stieg, als 100 %iger Strauß-Helfer. Strauß weiß das zu schätzen:*„Hätte ich eine journalistische Tapferkeitsauszeichnung zu verleihen - die „DT" wäre unter den ersten Trägern".*

Die „DT" übernimmt nur wenige Meldungen von Presseagenturen, sodaß sich die Frage stellt: Wer sind nun diese tapferen Journalisten?

Da wären in erster Linie:

– **Henry HEIMSEN,** Auslandskorrespondent mit besten Kontakten zu Militärstrategen und rechten Untergrund-Kämpfern überall in der Welt. Ob Krieg oder Militärputsch, H. berichtet immer vom Ort des Geschehens.

– **Peter HORNUNG,** Militärspezialist der „DT", schreibt über Wehrpolitische Tagungen, Wehrübungen, NATO-Strategien; hat Kontakt zum Londoner „Institut für strategische Studien".

– **Hans Dieter SCHÖN,** Wirtschaftsexperte, Kontakt zum „Institut für Demokratieforschung".

Alle drei schreiben häufig bzw. regelmäßig im CSU-Organ „Bayernkurier".

Der politische Standort der „DT"

.wird außenpolitisch durch Propagierung aggressiver NATO-Strategien und Machtpolitik gegenüber Ländern der 3.Welt geprägt. Innenpolitisch wird für Verzichtsideologien geworben und eine Militarisierung der Gesellschaft befürwortet.

Die zentralen Aussagen der „DT" sollen an Hand von Zitaten gekennzeichnet werden:

Militarismus

„...ist von Preußens Gloria in der BRD so gut wie nichts zu finden. Woher soll eine Truppe die Moral nehmen, wenn das Volk insgesamt Sitte und Moral vor die Hunde gehen läßt?" (Römer, 11.11.80). *„Die Neutronenbombe bewirkt die gleichen Resultate mit einem Minimum an Aufwand und praktisch in wenigen Sekunden. Sie erspart ganze konventionelle Divisionen"* (Hornung,2.7.80).

Antikommunismus

„Was sollen 600 eingeschüchterte Bremer Polizisten gegen Tausende brutale Schläger und Steinewerfer ausrichten?" (MdB Glos, 14.5.80). *„Alarmierender Bericht – Moskau auf Jahre hinaus überlegen"* (Hornung, 23.9.80).

Agententheorien

„Rechtsradikale Kreise in der BRD haben Hoffmann und seine Wehrsportgruppe seit Jahren gemieden. Bei ihnen galt er seit Jahren als KGB-Agent, im Solde Moskaus stehend" (ein Insider, 3.10.80). *„Geplant und ausgeführt"* wurde die Kronzuckerentführung *„von einer Gruppe der RAF, mit Unterstützung der Roten Brigaden"* („Geheimdienstexperte des Innenministeriums",26.8.80).

Frauenfeindlichkeit

Die „DTP" steht selbstverständlich auch an vorderster Front der Abtreibungsgegner. In einer Zeit, in der Tugenden wie *„Treue, Keuschheit und Verzicht fast in Vergessenheit geraten"*, werden die Leser außerdem daran erinnert, *„daß Paul VI zu der Frage, auf welche Weise die Zahl der Kinder beschränkt werden dürfe, erklärt habe, daß die zeitweilige oder ständige Enthaltsamkeit das einzige sittlich erlaubte Mittel sei"* (KNA, 28.10.80).

Verzichtsideologie

„Wir müssen erkennen, daß die 'Grenzen des Wachstums der Verschwendung', die Grenzen der Anspruchsinflation, die Grenzen der auf Müßiggang gerichteten Arbeitszeitverkürzung, die Grenzen der Bildungsverschwendung, erreicht sind. Es kommt darauf an, Fehlentwicklungen in der Wirtschaft zu korrigieren, und dafür die erforderlichen Kapitalien durch sehr viel mehr Arbeit bereitzustellen. Der Jugend muß wieder das Bewußtsein vermittelt werden, daß das Leben ein Existenzkampf ist" (Schön, 19.10.80).

„Opferbereitschaft"...

Es gibt *„gewisse natürliche Tugenden, wie Mäßigung und Bescheidenheit, Loyalität gegen Vorgesetzte, äußere und innere Sauberkeit, Bereitschaft zu Opfer und Verzicht..."* (Berglar, 31.10.79).

...für wen ?

„Wie wenig bedeuten heute vielen Zeitgenossen Werte wie Volk und Vaterland" (Stücklen, 11.7.80).

Großmachtchauvinismus

Es entspricht *„der afrikanischen Mentalität, sich stets auf die Seite des Stärkeren zu schlagen"* (Pierk,7.3.80). *„Nach einigen hundert Metern Parademarsch verfiel Nkomos Bataillon in die Rhythmen ihrer Stammestänze"* (Heimsen, 11.4.80). *„Wie ein Derwisch führte Khomeini sich auf, und er verstand es virtuos, den Mob zu mobilisieren"* (Heimsen, 11.4.80).

... und Lob für Faschisten

„Oberst Türkesch bleibt der kleine, aber zukunftsweisende Koalitionspartner. Seine Partei hat das Programm einer Volkspartei, bei der unverkennbar die CSU Modell stand" (Heimsen, 19.10.79).

... Putschisten ...

„General L.Garcia Meza, Boliviens neuer starker Mann, Bewunderer von Napoleon und Rommel, ist ein Exponent der jüngeren Offiziersgeneration: Ein nüchterner Militärtechnologe, politisch engagiert, aber ohne persönlichen Machtwahn" (Hornung, 6.8.80).

6.8.80).

... „Freiheitskämpfer"

Die „DTP" unterhält u.a. Kontakte zu afghanischen Untergrundkämpfern und zur pro-imperialistischen UNITA in Angola.

Das Umfeld der „DTP"

Das oben skizzierte konservativ-klerikale Weltbild weist zahlreiche Berührungspunkte zu national-konservativen und rechtsradikalen Ideologien auf:

– z.B. zur rechtsradikalen Zeitung „student". Ehemalige **NHB**ler und „nationalrevolutionäre" Führungskader kommen in der „DTP" häufig zu Wort.

– Zum **„Ostpolitischen Deutschen Studentenverband" (ODS),** wo es Hoffmann-Freund **Heinzmann** (Chef einer rechtsradikalen Gruppe in Tübingen bis zum stellvertretenden Vorsitzenden gebracht hat.

Autoren aus diesem schwarzbraunen Umfeld sind bei der „DTP" erwünscht, so z.B.:

– **Bruno Bandulet,** war 69 Chefredakteur von „student", dann außenpolitischer Referent bei der CSU und stellvertretender Chefredakteur der „Quick". Bei der Gründung der rechtsradikalen „Deutschen Volksunion" des Dr.Frey im Januar 1971 in München soll B. „zugegen" gewesen sein („tat", 17.10.80). Später tauchte er beim „Hilfskomitee Südliches Afrika" auf.

– **Karl Friedrich Grau,** Autor der „Deutschen National-Zeitung", ehemaliges CDU-Mitglied, Kontaktmann zur NPD.

– **Friedrich Freiherr von der Heydte,** ehemaliger Nazi-Offizier, leitete 1944 die Ardennenoffensive, wo er von 1200 Soldaten als einziger überlebte. Autor der „Nationalzeitung", Referent bei Bossles „Institut für Demokratieforschung".

– **Gregor Manousakis,** war Assistent im „IFD" und Referent bei der **„Gesellschaft für freie Publizistik e.V.".**

– **Wolfgang Strauss,** Autor in zahlreichen konservativen Zeitschriften. Führender Ideologe der „Nationalrevolutionäre" und enger Mitarbeiter der neonazistischen Zeitschrift „Mut".

Ein Genosse aus Bayern.

Nazi-Waffenlager ausgehoben

Königslutter. In Königslutter bei Braunschweig wurde ein Waffenlager einer Nazi-Bande ausgehoben. Die Bande, die u.a.Verbindungen nach Frankreich unterhält und seit ca. Mai 1980 des öfteren nachts in den Wäldern Schieß- und Kampfübungen veranstaltet hatte, hatte mindestens 15 Gewehre, acht Pistolen, Sprengstoff, Kampfanzüge und anderes militärisches Gerät in ihrem Besitz. Zum Teil sollen die Sachen aus Einbrüchen bei der Bundeswehr stammen.

Gegen zehn Mitglieder (zwischen 17 und 31 Jahre alt) wird wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt. („Neue",3.1.81)

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG 2. Februar 1981 in HAMBURG

Ein KZ in Hamburg – nie gehört !



Das vergessene KZ Neuengamme

Diskussionsveranstaltung

am Montag, 2. Februar 81, 19.30, ESG, Grindelallee 9, Hamburg 13

Barbara Distel Leiterin der KZ Gedenkstätte Dachau

Beate Klarsfeld Antifaschistin aus Paris

Günter Schwarberg

Journalist, Autor der stern-Serie über den Kindermord am Bullenhuser Damm

Leitfragen für die Diskussion:

Ist Erinnerung an die NS-Zeit notwendig?
Warum wurde das KZ Neuengamme solange vergessen?
Wie muß die Dokumentationsstätte gestaltet werden, um Neuengamme zu einem Ort der Mahnung und Aufklärung werden zu lassen?

Eingeladen wurden: ein Vertreter des Senats und Vertreter der Hamburger Parteien.

Veranstalter und V.i.S.d.P.: Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme, F. Green c/o ESG, Grindelallee 9, HH 13

Bamberg: Staatsanwaltschaft fällt nicht aus dem Rahmen

Ganz in dem Rahmen, wie in der BRD Ermittlungsverfahren gegen Neonazis geführt werden, hat auch die Bamberger Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt. Die Ermittlungsverfahren wurden eingestellt!

Es ging auch nur um die Kleinigkeit, daß dem Bamberger DGB-Vorsitzenden aus der Nazi-Scene offiziell angekündigt wurde, ihn umzubringen. Und was sollen denn schon glaubhafte Informationen, daß die Hoffmann-Bande in Bamberg eifrig dabei ist, militante Kerne aufzubauen. Hierzu seien keine Erkenntnisse zu ermitteln gewesen, vielmehr gebe es gar keine diesbezüglichen Vorgänge. Vorfälle bei einer Lehrlingsschulung (?) im Oktober '79, bei der die Wände der Unterkunft mit Hakenkreuzen verziert wurden und *„Hitlerjugend Gaustadt grüßt"* seien *„unter Alkoholeinfluß in nachmitternächtlicher Stunde aus der Laune des Augenblicks"* (Originalton Staatsanwaltschaft nach „FT", 9.1.80) heraus entstanden. Die Lehrlinge seien jedoch nicht Angehörige einer Gruppe, geschweige denn einer gemeinsamen politischen Gesinnung.

Es gebe keinerlei Anzeichen irgendwelcher Art, daß sich Personengruppen oder Einzelpersonen Waffen beschafft hätten. Bei einem NPD-Nazi seien „stark korrodierte (=verrostete) Teile" eines MG 42 gefunden worden und eine „Attrappe" einer Pistole 08. Ein Vergehen nach dem Waffen- oder Kriegswaffengesetz liege nicht vor.

Bezüglich einer Nazi-Kneipe im Landkreis Bamberg, wo die Nazis gerne ihre braunen Lieder singen, wurde festgestellt, daß es keine Beweise (!) gebe, daß dort Lieder gesungen werden, die einen für nationalsozialistische Organisationen kennzeichnenden Symbolcharakter hätten. Insgesamt betrachtet können die Bamberger „Einzeltäter" jetzt in Ruhe ihre Vorbereitungen treffen, den Bamberger DGB-Chef abzuknallen, vielleicht werden sie etwas Unterstützung bei den „Einzeltätern" finden, die im Dezember '80 in Erlangen den jüdischen Verleger Shlomo Levin und seine Freundin kaltgemacht haben. Für eine anständige Staatsanwaltschaft gehört es sich natürlich auch, festzustellen, daß der Bamberger DGB-Vorsitzende derjenige sei, der die Ermittlungen sehr erschwert habe. Ansonsten – der Feind steht links...

Bamberg, 9.1.80; ein Genosse

17. Juni: NPD will juristische Revanche

Um ungestört ihr „Deutschlandtreffen 1980" durchzuziehen, setzte sich die NPD in die Provinz ab. In Philipsthal nahe der DDR-Grenze sollte der Nazi-Aufmarsch stattfinden.

Wie schon in vorigen Jahren, mußte auch hier die NPD unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren. Denn am 17. Juni verhinderten mehrere tausend Antifaschisten durch Straßensperren usw. die Anreise der Nazis.

Was der NPD am 17. Juni versagt blieb, nämlich ein politischer Erfolg, will sie jetzt im Gerichtssaal nachholen. Bereits am 4. Juli stellte sie bei der Staatsanwaltschaft Fulda Strafanzeige gegen Unbekannt. Am 21. Juli wurde diese Anzeige präzisiert. Gegen den, der die ‚Rock gegen Rechts'-Kundgebungen angemeldet hatte, wurde Anzeige wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz sowie Landfriedensbruch gestellt (RgR hatte in mehreren Gemeinden entlang der DDR-Grenze Kundgebungen angemeldet, um die Behörden zu einem Verbot des Deutschlandstreffen zu bewegen).

Gegen ‚Rock gegen Rechts' selbst hat die NPD Anzeige wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" gestellt. Es dürfte interessant sein, zu erfahren, ob die Staatsanwaltschaft Fulda dieser Anzeige nachgeht. Auch antifaschistische Berichterstattung soll kriminalisiert werden. Die Herausgeber einer Broschüre zu den Ereignissen um den 17. Juni sowie der presserechtlich Verantwortliche wurden von der NPD wegen angeblicher Verstöße gegen das Strafgesetz und das Pressegesetz angezeigt.

Darüber hinaus wird gegen weitere Antifaschisten ermittelt. Genaue Informationen dazu liegen bis jetzt nicht vor. Wer im Zusammenhang mit dem 17. Juni ein Ermittlungsverfahren laufen hat oder wer Betroffene kennt, soll sich bei ‚Rock gegen Rechts' Kassel melden. Die Adresse: J. Köhler, Kohlenstr. 40a, 3500 Kassel, Tel.: 0561/27486.

„Gerockt und Nazis abgeblockt!" So heißt ein Film zu den antifaschistischen Aktionen in Eschwege und Philipsthal. In Super 8 zeigt der Film 40 Minuten mit viel Musik alles, was gelaufen ist. Er kann bestellt werden bei: F. Thöner,
Wilhelmshöher Allee 260,
3500 Kassel,
Tel. 0561/ 31 17 04.

Und zu guter Letzt: Die erwähnte Broschüre zum 17. Juni mit Augenzeugenberichten, Fotos usw. ist auch noch erhältlich. Zu beziehen über: Rock gegen Rechts, c/o Klaus J. Höhle, AStA Uni Göttingen, Nikolausberger Weg 9, 3400 Göttingen.

KB/Kassel

Neonazis vor Gericht


Linnenbrügger Pauquot

Wiking-Jugend-„Gauführer" freigesprochen

Von der Anklage, Schriften faschistischen und zum Rassenhaß aufstachelnden Inhalts im Besitz gehabt zu haben, um sie Jugendlichen unter 18 Jahren zugänglich zu machen, wurde in Westberlin der ehemalige „Gauführer" der rechtsradikalen „Wiking-Jugend" freigesprochen.

Der Angeklagte war im Oktober 1979 Inhaber der Wohnung gewesen, die als Geschäftsstelle der „Wiking-Jugend" in Kreuzberg diente und in der 102 Fotokopien nationalsozialistischer Schriften gefunden worden waren. Während der Staatsanwalt aufgrund von Verordnungen der Alliierten immerhin eine Geldstrafe von DM 2.400,– gefordert hatte, folgte das Gericht weitgehend der Argumentation der Verteidigung. Diese hatte u.a. erklärt, die „normative Macht des Faktischen" – sprich: die schon lange laufende gegenteilige Rechtsprechung! – habe diese Bestimmungen längst außer Kraft gesetzt; außerdem seien in der Wohnung bis zu 80 Personen aus- und eingegangen und der Angeklagte – angeblich wegen internen Streitereien nicht mehr in der „Wiking-Jugend' – habe von den Nazi-Schriften nichts gewußt.

Das Gericht mochte außerdem nicht glauben, daß *„ein derart intelligenter Mensch wie der Angeklagte entgegen dem Verbot derartige Schriften aufbewahre"* („Neue", 7.1.81).

★

18 Monate Knast für drei NPD'ler

Drei Mitglieder der NPD hatten in der Nacht des 27.9.80 mit einem Molotow-Cocktail einen Brandanschlag auf einen Kotten in der Nähe Bielefelds verübt, in dem sie eine „linke Kommune" vermuteten (s. AK 186). Dafür wurden sie am 5.1.1981 zu jeweils 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Bei den dreien handelt es sich um **Manfred Linnenbrügger** (25, Bielefeld), **Josef Böhle** (25, erster Kreisvorsitzender der JN-Paderborn, stellvertr. Kreisvors. der NPD-Paderborn, berüchtigter Aktivist der Harting-Bande) und dessen Schwager **Helmut Pauquot** (26, Paderborn). Alle drei wurden nach ihrer Verhaftung aus der NPD ausgeschlossen. Bis zum wurden nach ihrer Verhaftung aus der NPD ausgeschlossen. Bis zum 15.12.80 saßen sie in Untersuchungshaft.

Die „Gründe" der NPD'ler für diesen Brandanschlag sind schon sehr interessant: Bei einer NPD-Kundgebung am 20.9.80 auf dem Bielefelder Alten Markt (Redner Lindner und Gerlach) hatte sich die NPD eine gehörige Abfuhr geholt. Gegen ca. 700 parolenschreiende und pfeifende Antifaschisten konnte sich die NPD – trotz Lautsprecherbatterie – akustisch nicht durchsetzen. Auch so manches frische Ei mußte hingenommen werden.

Aus der Überlegung, „dagegen etwas zu unternehmen" und „den Linken einen Denkzettel zu verpassen" (Böhle vor Gericht) sei schließlich das Attentat entstanden. Zunächst sollte es gegen einen linken Bielefelder Buchladen gehen, letztlich entschieden sie sich aber doch für das einsam gelegene Bauernhaus. Dessen Bewohner hatten sich in ihren Augen durch Rock-gegen-Rechts- und Anti-AKW-Aufkleber auf den Autos ausreichend als „Linke" qualifiziert. Böhle weiter: *„Steine und Flaschen wurden geworfen. Wir kamen häufig verletzt nach Hause. Wenn mann sich immer wieder schlagen lassen muß, dann kann das Nervenkostüm schon recht dünn werden."*

Richtig leid tun könnt' er einem, der Böhle, wenn man nicht genau wüßte, daß er lügt. Erstens hat er (leider) nie Schläge bezogen, allerdings öfter selbst ausgeteilt. Zweitens hat ihm und seinen Kameraden diese Arbeit bei besagter NPD-Kundgebung auch noch eine Hundertschaft Polizei abgenommen. Aber so genau ging's eh nicht zu, vor Gericht. Der gesamte politische Hintergrund dieses Attentats (die Umtriebe der Harting-Bande) wurde in der Verhandlung ausgeklammert. Ebensowenig hatte die Staatsanwaltschaft – wie ursprünglich angekündigt – wegen früherer Brandanschläge auf Wohngemeinschaften im Raum Paderborn ermittelt, obwohl die Mittäterschaft Böhles auch in diesen Fällen nahe lag.

Angesichts dieser Tatsachen (politisch motivierte Rache) und der Schwere des Attentats (der zunächst ermittelnde Oberstaatsanwalt Maaß: *„Hier hätten Menschenleben in Gefahr gebracht werden können"*, „Westfalenblatt", 30.9.80) sind die Strafen, zumindest im Fall Böhles, äußerst milde. Die Staatsanwaltschaft sah den gemeinschaftlichen Versuch der schweren Brandstiftung als erwiesen an und forderte für alle drei 2 1/2 Jahre Gefängnis ohne Bewährung. Die Verteidigung beantragte mildere Strafen mit Bewährung, Böhles Verteidiger lächerlicherweise sogar Freispruch. Das Gericht verurteilte alle drei schließlich zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Der Richter begründete das so: *„Die politischen Auseinandersetzungen eskalieren. Man hat die Neigung, politische Gegner einfach niederzuschreien. Das ist in einem demokratischen Staat keine Verhaltensweise. Das Schlimmste, was jedoch passieren könne, seien politische Gewaltakte"* („Neue Westfälische", 6.1.81). Das Strafmaß begründete er damit, daß keiner der drei vorbestraft war. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Böhle muß zudem mit seiner Entlassung als Postbeamter rechnen.

Antifaschistischer Arbeitskreis Bielefeld

★

Gericht entdeckt „Positive Ansätze" bei Hansa-Bande

Neumünster. Als vor zweieinhalb Jahren einige Neonazis der Hansa-Bande bei einer Saalschlacht mit Polizisten festgenommen wurden, dachte sicher so mancher Antifaschist: Na, d a f ü r werden sie aber vor Gericht ihr Fett weg kriegen. Falsch! Es stehe dem Gericht nicht zu, über politische Gesinnung der Angeklagten zu urteilen, sagte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer, aber diese müßten begreifen, daß sie ihre Ziele nicht mit Rechtsbrüchen durchsetzen dürften. fen, daß sie ihre Ziele nicht mit Rechtsbrüchen durchsetzen dürften. Nette Worte – angesichts der Tatsache, daß die Neonazis bei einer „Hitler-Gedenkfeier" hopsgenommen wurden, die eben ganz ihrer Gesinnung gemäß ablief. Zweieinhalb Jahre „Ermittlungsarbeit" der Staatsanwaltschaft und der Polizei, sollte man meinen, reichen aus, um die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruch, Widerstand und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ausreichend bei Gericht zu begründen. Doch Neonazi **Michael Satorski** bekam nur vier Wochen Jugendarrest, in denen zudem zwei Wochen aus einem anderen Verfahren bereits berücksichtigt sind. Er hatte mit einem Bierglas nach einem Polizisten geworfen und diesen an der Hand verletzt. Bei seiner Festnahme trug er ein Koppelschloß mit Hakenkreuz und einen Schlagstock bei sich, doch der Richter meinte, daß er inzwischen „positive Ansätze" zeige. **Stefan Martin Wagner**, wegen derselben Delikte angeklagt, bloß daß er von einem Bullen am Bierglaswerfen gehindert wurde, bekam drei Wochen Jugendarrest. Beiden Angeklagten, die aus **Rodgau/Hessen** stammen und mit den Hansa-Faschisten gemeinsam „gefeiert" hatten, attestierte das Gericht als mildernde Umstände, daß sie eine „unauffällige Vergangenheit" hätten. Dagegen ist der dritte Angeklagte, Hansa-Faschist **Tibor Schwarz**, schon gerichtsbekannt. Aber auch ihm konnte nichts „besonderes" nachgewiesen werden, außer verbotenem Uniformtragen. Die Staatsanwaltschaft beantragte gegen ihn ein Jahr und drei Monate ohne Bewährung, wobei ein Jahr aus einem frühren Verfahren enthalten gewesen wäre. Der Richter konnte bei Schwarz jedoch keine „schädlichen Neigungen" feststellen und hielt ihm sogar seine „inzwischen gefestigten Lebensumstände" zugute. Tibor Schwarz kam mit 200 DM Geldbuße davon. Die Angeklagten müssen sich mit 300 DM bzw. 600 DM an den Gerichtskosten beteiligen, die „restlichen" ca. 20.000 DM übernimmt der Steuerzahler!

Gegen die Faschisten **Lothar Wrobel, Budig** und noch einem anderen ist das Verfahren abgetrennt worden und soll in diesem Frühjahr beginnen. Mal sehen, welche „positiven Eigenschaften" das Gericht bei diesen Nazis entdecken wird...

IKAH Hamburg

★

Urteil gegen Nazis aufgehoben

Der Bundesgerichtshof hat das Urteil gegen 6 Nazis aufgehoben, die 1977 an der Münchner Universität einen Informationsstand überfallen und zertrümmert sowie mit Holzlatten auf Studenten eingeprügelt hatten.

1979 waren die 6, darunter 4 Söhne des Regensburger NPD-Vor- 1979 waren die 6, darunter 4 Söhne des Regensburger NPD-Vor- sitzenden Max Kerscher, verurteilt worden. Der BGH bestätigte zwar den Sachverhalt, verwies das Verfahren aber zurück, um erneut prüfen zu lassen, ob es sich – wie die Vorinstanz meinte – tatsächlich um einen „besonders schweren Fall von Landfriedensbruch und Körperverletzung" gehandelt habe. Falls nicht, so würde das Strafmaß gegen die Nazis erheblich gemildert werden. („Tat", 9.1. 81).

Kampf für Nazi-„Grundrechte"

Seltsame Nachrichten aus Frankreich

In der dortigen, aber auch in der internationalen Nazi-Szene nicht unbekannt, hat sich seit geraumer Zeit ein Universitäts-Historiker, Professor Robert Faurisson darauf spezialisiert, einen erneuten Vorstoß in Sachen „wissenschaftlicher" Beweisführung zu machen, daß die Nazis keinen Massenmord an Juden begangen, keine Vergasungs-KZs unterhalten hätten etc. Nazi-Gaskammern sind nach Faurisson ein „Mythos". Dafür wurde er inzwischen von seiner Lehrtätigkeit beurlaubt. Zur Zeit steht außerdem ein Prozeß wegen Beleidigung an, den neun Bürgerrechts-, Anti-Rassismus- und jüdische Organisationen gegen ihn angestrengt haben. Eine Verteidigungsschrift aus seiner Feder fand keinen der üblichen Verleger, der bereitgewesen wäre, sie herauszubringen. Merkwürdigkeit Nummer eins: Die Schrift erschien dennoch – im Verlag „Der alte Maulwurf", bislang als ausgesprochen links bekannt. Merkwürdigkeit zwei: Als Vorwort der Nazi-Verteidigungsschrift ist ein sechsseitiger Text von Noam Chomsky zu lesen, der damit *„einem Mann zu seinem Grundrecht verhelfen will, seine Ansichten ohne Verfolgung äußern zu können, was immer das auch für Ansichten sein mögen."*

Chomsky als Helfer für einen Nazi-Apologeten – das war allerdings nicht zu erwarten. Immerhin gehörte Chomsky zu den prominentesten Intellektuellen (er ist Linguistik-Professor), die eindeutig gegen den US-Krieg in Vietnam gekämpft haben; auch sonst hat sich Chomsky einen Namen als radikalliberaler, wenn nicht linker, Intellektueller gemacht.

Nachdem in „Le Monde" und „Liberation" Chomskys Eintreten für Faurisson angegriffen wurde, machte er zunächst einen leichten Rückzieher („OK, ihr habt micht überzeugt"), vertritt inzwischen aber wieder eine andere Position: Zum einen sei sein Statement lediglich seine „Meinung", also gar nicht recht als Vorwort gedacht gewesen, zum anderen sei er überhaupt nicht „interessiert an dem Streit über die Gaskammern". Stattdessen eröffnet Chomsky Streit an, wie er sagt, g a n z anderen Fronten: Was soll die Aufregung um den Nazi Faurisson und die Gaskammern, wo doch g a n z a n d e r e Fragen anstehen, nämlich ein zweites Vietnam – in Salvador. *„Ich bin in diese Debatte über einen Mann hineingezogen worden, der behauptet, es habe nie Gaskammern in Auschwitz gegeben, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo ein neuer historischer Revisionismus anfängt, der mit einem Völkermord in El Salvador enden kann."* Welche der Begründungen zur Auswahl soll man nun ernst nehmen?

Antifa-Kommission Hamburg

Ein Bericht von der Schnüffelfront

Als ich kürzlich umzog, bekam ich einen Geschmack davon, was es heißt, im Rahmen der Rasterfahndung überprüft zu werden. Ich veröffentliche dieses Erlebnis, weil ich davon ausgehe, daß auch andere Leute auf diese oder ähnliche Weise überprüft werden und ich die Erfahrung gemacht habe, daß es wichtig ist, auf z.B. einen Kripo-Besuch vorbereitet zu sein, um sich Verhaltensmöglichkeiten überlegen zu können.

Außerdem möchte ich öffentlich machen, welcher Praktiken die Polizei sich bedient und wie dadurch ein bestimmtes Image einer Person regelrecht aufgebaut wird (Vorurteilsproduktion).

Ich wohnte gerade einige Tage in meiner neuen Wohnung, als eines abends zwei sportlich gekleidete Männer (so Ende 30) vor meiner Haustür standen. Sie stellten sich als Beamte der Kripo vor und einer kramte auf mein Verlangen seinen Dienstausweis aus der Tasche. Sie betonten dann, daß es sich ja nur um eine Auskunft handeln würde und baten darum, hereinkommen zu dürfen. Da die beiden keine weiteren Andeutungen machten, um was es sich eigentlich handelt, ließ ich sie in die Wohnung (erst hinterher fiel mir ein, daß ich einfach jede Auskunft und ihnen auch den Zutritt zur Wohnung hätte verweigern können).

Naja, sie waren jedenfalls in der Wohnung drin und eröffneten mir, sie seien darüber informiert, daß ich meine alte Wohnung im Hamburger Abendblatt angeboten habe und ich solle ihnen doch den Namen des Nachmieters und den des Vermieters nennen.

Auf meine Frage, wozu sie diese Auskünfte bräuchten, antworteten die beiden, sie hätten gesicherte Erkenntnisse, daß sich Terroristen in Hamburg einmieten wollen und diese würden das erfahrungsgemäß immer über den öffentlichen Wohnungsmarkt tun. Aufgrund dessen würde die Kripo den gesamten Wohnungs-Anzeigenteil des Hamburger Abendblattes durchkämmen und die Nachmieter überprüfen.

Auf meine ungläubige Nachfrage, ob sie sich schon einmal den Umfang des Wohnungsmarktes in der Zeitung angesehen hätten, meinte der eine, die ganze Aktion sei zwar sehr aufwendig und mühsam, aber notwendig.

Als ich sie fragte, woher sie denn meine Adresse wüßten (in der Zeitung stand nur meine Telefonnummer), antworteten sie mit triumphierender Gelassenheit: von der Post.

Den Namen meines Nachmieters und des Vermieters nannte ich den Beamten natürlich nicht und so wollten die beiden gerade unverrichteter Dinge wieder abziehen, als es an meiner Haustür klingelte. Ich ging mit den Herren zur Tür und öffnete, während die beiden sich hinter der zweiten Eingangstür verschanzten. An der Tür war ein Freund von mir, dem ich sofort sagte, daß ich Besuch von zwei Herren hätte, die aber gerade im Begriff seien zu gehen, wobei ich die Tür, hinter der die beiden standen, aufstieß. Daraufhin verabschiedeten sie sich.

Dieses Ereignis hatte mich schon ziemlich verunsichert; was ich jedoch zwei Tage später erfuhr, jagte mir eine Gänsehaut über den Rücken: Zwei Tage später stand einer meiner Nachbarn aus der alten Wohngegend vor meiner Haustür und war sichtlich erstaunt, mich überhaupt anzutreffen. Er hatte nämlich angenommen, ich sei verschwunden – in den Untergrund gegangen, wie er sagte. Ich habe ihn wohl etwas verständnislos angeblickt. Er erklärte mir dann jedenfalls, daß zwei Herren von der Kripo bei ihm und mehreren anderen Nachbarn gewesen seien und nach mir gefragt hätten, da ich nicht auffindbar sei.

Erstaunlicherweise stellten wir dann fest, daß die Kripo diese Befragungen der Nachbarn durchführte, n a c h d e m sie einige Stunden vorher bei mir in der Wohnung gewesen war.

Zu schlechter letzt erfuhr ich dann von meinem Vormieter der neuen Wohnung, daß auch bei ihm die Kripo angerufen hatte, um sich nach den neuen Mietern zu erkundigen!

Ob ich mich wohl verdächtig gemacht habe, als ich mich in den nächsten Tagen auf der Straße öfter mal ängstlich umblickte?

Eine AK-Leserin

Rassisten proben die sanfte Tour

Frankfurt. Der Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) beschäftigt gewalttätige, rassistische Typen als Fahrkarten-Kontrolleure, denen er für jeden „erlegten" Schwarzfahrer ein „Kopfgeld" zahlt. Die Öffentlichkeit war auf diesen Tatbestand aufmerksam geworden, als vor einigen Wochen vier Kontrolleure einen „flüchtigen" Türken verfolgten, zu Boden warfen und auf ihn einschlugen. Nachher stellte sich heraus, daß der türkische Jugendliche im Besitz einer gültigen Monatskarte war, was vom FVV schamhaft verschwiegen worden war (siehe AK 191). Daß dieser Vorfall nur die logische Konsequenz aus einer tiefsitzenden faschistoiden Mentalität bei den Kontrolleuren war, geht aus einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" über „psychologische Lehrgänge" beim FVV hervor (Ausg. vom 27.12.80). *„Aus Sorge um das Ansehen der Kontrolleure"* übt ein Psychologie-Professor alle paar Wochen mit den ca. 80 „Fahrausweisprüfern" ein *„kundenorientiertes Verhalten"*. Der Herr heißt Beckmann und kommt von der „Gesellschaft für Management- und Marketing-Systeme" aus Bad Homburg. Seine Lehrmethode ist schnell beschrieben: Um keinen „Ärger mit dem Fahrgast" zu bekommen, sollten sich die Kontrolleure nicht gleich von jedem *„Randalierer"* oder *„Krakeler"* provozieren lassen. Herr Beckmann möchte die Kopfgeldjäger dazu befähigen, in Konfliktsituationen den *„asozialen Zustand"* (!) des *„renitenten"* Fahrgasts zu erkennen, um dann *„mit abgeklärter Gelassenheit"* reagieren zu können. Von Gewalt rät der Professor ab, da Gewaltanwendung nur Mitleid mit dem Opfer bei den anderen Fahrgästen erzeuge.

Die Kurse des Herrn Beckmann scheinen nach der Beschreibung der „FR" (die übrigens durchaus wohlwollend ist!) ein treffendes Beispiel für den alltäglichen Faschismus zu sein. Der Management-Ideologe verschwendet nicht einen einzigen Gedanken darauf, daß Fahrgäste eventuell als Menschen anzusehen wären, die bestimmte Rechte genießen, etwa das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Sondern er bestätigt die Kontrolleure in ihrer ohnehin vorhandenen Berufsmentalität, wonach Widerstand leistende Bürger als „Asoziale", „Randalierer" etc. anzusehen sind. Aus dieser treffsicheren „Analyse" heraus versucht er, ihnen ein Gefühl der Überlegenheit zu vermitteln. Gewaltanwendung ist demnach nur taktisch unklug und eigentlich auch unter der Würde dieser „überlegenen" Kontrolleure.

Das Ergebnis solcher Lernmethoden kann man sich an fünf Fingern abzählen: Warum sollte der Übermensch Kontrolleur den Untermenschen Fahrgast nicht ab und zu seine Überlegenheit mit handfesten Faustschlägen spüren lassen? Die „FR" zitiert einen der gelehrigen „Schüler": **„Wenn ich die Ausländer schon sehe mit ihren grünen Karten vom Sozialamt"**. Wie soll sich ein deutscher Mann da zurückhalten? Bei den Juden mit ihren gelben Sternen haben wir ja auch nicht lang gefackelt.

Da wagen es diese Leute auch noch, ihre knoblauchstinkenden Mäuler aufzumachen und rumzumeckern. *„Beim fünften solcher Typen explodiere ich"*, sagt Kontrolleur Erich und haut mit der Faust auf den Tisch. (Psychologe Beckmann widerspricht nicht — dafür ist er viel zu „behutsam"). Weiter: **„Am schlimmsten, meint Erich, seien die Türken, die stellten sich dumm, als verstünden sie nichts, die Schlitzohren"** („FR", 27.12.80). Die Runde nickt beifällig (nur einer soll sich „gemäßigter" verhalten haben). „Erich" hat ihnen so ganz aus dem Herzen gesprochen. Diese Leute sind mit ihrem jetzigen Beruf vielleicht noch nicht am Ende ihrer Karriere angelangt. Auf sie könnten dereinst einmal noch wichtigere Aufgaben warten...?

PS. Nach der erwähnten Verfolgungsjagd auf den türkischen Jugendlichen erklärte der FVV, einer der beteiligten vier Kontrolleure sei an allem schuld gewesen und entlassen worden. Alle anderen Kontrolleure dürften durch diesen Vorfall nicht in Mißkredit geraten.

KB/Gruppe Frankfurt

Zum Beispiel:



Izzetin Karanlik

Izzetin Karanlik, Deutschlands erster Tischlermeister mit türkischem Paß, bildet eine deutsche Diplom-Volkswirtin aus zur Facharbeiterin. Der Berliner Alltag ist eben exotischer als die Hammel- und Knoblauch-Geschichten der Zeitung.

Meister Karanlik hat in seiner Werkstatt in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte in Kreuzbergs Möckernstraße den deutschen Meisterbrief aufgehängt, unübersehbar für seine Schüler, meist Deutsche, aber auch ein Sudanese und ein Engländer sind darunter. Sie werden umgeschult oder fortgebildet und sie werden alle einen Job finden, da ist Karanlik sicher, wenn sie von der Innung geprüft sind.

Von Prüfungen versteht der 41jährige was. Er hat schon einige hinter sich. Meister war er schon in der Türkei, aber das zählt hier nicht. Also hat er nochmal gebüffelt. Deutsch und Mathematik, Pädagogik und Theorie. Sie haben ihn geprüft und wieder geprüft und er hat es geschafft.

Und natürlich hat er auch den Türkentraum geträumt: Geld sparen und dann einen eigenen Betrieb aufmachen in der Heimat. Deutsche Maschinen hat er mitgenommen und bald auch 20 Leute beschäftigt. Es lief gut, sagt er. Aber dann hat wieder einmal die Regierung gewechselt und alles anders gemacht. Karanlik mußte die Maschinen verschenken, kam „mit leeren Händen" wieder zurück, und seither hat er die Nase voll von der Türkei, hat voll gesetzt auf Hierbleiben, ein richtiger „Integrations-Türke".

Seine Söhne werden gehänselt, weil sie so schlecht türkisch sprechen, die Frau kocht meist deutsch, und nicht mal Zeitungen aus Istanbul will er noch lesen. Das liegt weit weg für ihn.

Dafür ist er in die SPD eingetreten, in Charlottenburg, hält den Genossen schon mal Referate, „auch wenn die mich nicht ernst nehmen". Und er versucht auch seine Landsleute zu überzeugen, daß sie nicht die Probleme in Anatolien lösen sollen, sondern jene um die Ecke.

Er hat den Türkischen-Sozialdemokraten-Verein mitaufgebaut, der für türkische und deutsche Kinder eine Begegnungsstätte eingerichtet hat, einmalig für Türkenvereine. Ohne Unterstützung, Selbermacher bis zum Spielzeug. Die Frauen machen da Dienst, unentgeltlich.

Auch beruflich will der einsneunzig lange Türke noch einiges erreichen. Sein Job als Angestellter ist gut bezahlt, da kann er nicht klagen, aber er will selbstständig werden, eine eigene Werkstatt aufmachen und ausbilden. Vor allem seine jungen Landsleute. Deren Talente sind noch ungenutzt, da ist er sicher.

Seit zwei Jahren versucht er mit Anträgen und Kalkulationen sich durch die Bürokratie zu wühlen. Die Finanzierung ist klar, die Gewerbeerlaubnis, auch deutsche Meister hat er gefunden für andere Handwerksbereiche. Aber der Senator für Arbeit, federführend für die Fortbildungs-Programme, gibt die Zusagen nicht. Vielleicht paßt so ein Türke mit Unternehmer-Drang nicht in die Subventions-Mentalität.

Karanlik sieht die einzige Chance für seine Landsleute im Selbertun. „Sie sind fleißig und intelligent genug. Wenn sie eine Chance bekommen, setzen sie sich auch durch", sagt er.

Karanliks Schüler halten ihn nicht für einen Türken, eher für einen Deutschen, der noch einen ausländischen Paß hat. Er paßt eben nicht in das Bild.

Aus: „Berliner Stimme", 5. Dezember 1980

So stellt sich die SPD in Westberlin die Ausländerintegration vor

Die Westberliner SPD verabschiedete auf ihrem Landesparteitag am 6.12.80 eine umfassende Entschließung zum Thema „Zusammenleben mit ausländischen Mitbürgern". Diesen Beschlüssen kommt besondere Bedeutung zu, weil Westberlin schon des öfteren eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung ausländerfeindlicher Maßnahmen spielte: In Westberlin wurden die ersten Zuzugssperren beschlossen, die ersten (pakistanischen) Asylanten postwendend wieder ins Flugzeug gesetzt.

Außerdem liegt damit zum ersten Mal schwarz auf weiß ein Konzept darüber vor, wie sich die SPD die „Integration ausländischer Mitbürger" vorstellt: *„ Damit verfügt die Berliner SPD als erste Parteigliederung über eine von der breiten Mitgliedschaft diskutierte und von ihr getragene detaillierte ausländerpolitische Konzeption. Anfragen aus anderen Bundesländern zeigen, daß sich die Berliner Entschließung als hilfreiche Diskussionsgrundlage auch für andere Ballungsgebiete erweisen könnte"* (FR, 23.12.).

„Die Integrationspolitik in Berlin hat drei Ansätze", heißt es in der Entschließung:

- *„Eine gezielte Förderung benachteiligter Stadtteile, davon sind alle Bewohner dieser Region begünstigt,*
- *gezielte Maßnahmen für deutsche und ausländische Bevölkerungsgruppen, um deren gesellschaftliche Situation zu verbessern,*
- *besondere Maßnahmen für ausländische Mitbürger, um bestehende Ungleichheiten gegenüber der deutschen Bevölkerung zu beseitigen".*

Wer allerdings nach *„gezielten Verbesserungsmaßnahmen"* in dem drei Zeitungsseiten starken Papier sucht, der sucht vergeblich. Stattdessen wird gesagt: *„Die notwendige Politik der Integration braucht die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte, die Hauptlast werden jedoch die Ausländer selbst tragen müssen".* (Womit dann auch das Finanzierungsproblem gelöst wäre).

Es werden gezielte Überlegungen angestellt, wie die Familienzusammenführung weiter eingeschränkt, die Zuzugssperre verschärft und wie am besten zwischen „integrationsfähigen" und „integrationsunfähigen" Ausländern unterschieden werden kann. Damit wären auch die tatsächlichen Neuheiten in diesem Konzept benannt. Eine klare Aussage traf dieser Parteitag auch noch einmal dazu, daß es nicht angehe, daß die ausländische Minderheit in dieser Stadt auch politische Rechte erhält, und sei es auch nur das kommunale Wahlrecht.

SPD beschließt „verschärfte Zuzugssperren"

Beginnen wir mit der „gezielten Förderung benachteiligter Stadtteile": *„Der extremen Ausländerkonzentration in Teilen Berlins muß begegnet werden, indem man bei ihren Ursachen ansetzt. Dabei ist zu prüfen, ob für Gebiete unterhalb der Bezirksgrenzen, die eine hohe Ausländerkonzentration aufweisen, das Mittel der Zuzugssperre ebenfalls eingesetzt werden kann".*

Grundsätzlich einig war man sich auf dem Parteitag darin, daß **„die Belastungsgrenze bei der Integration erreicht"** sei, weshalb man *„den vorzüglichen Anwerbestop nicht humanistisch unterlaufen"* solle. (Ebenda) Der Zuzugsstopp soll also auf jeden Fall erhalten bleiben.

SPD beschließt „Verbot der Zuheirat"

Beschlossen wurde in diesem Rahmen eine Neuheit, die wirklich noch nicht dagewesen ist: Ein *„Verbot der Zuheirat":*

„Aber auch der Zuzug im Rahmen der Familienzusammenführung muß auf ein die Integration nicht gefährdendes Maß zurückgeführt werden. Es muß geprüft werden, welche Maßnahmen geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere die nicht selten ohne den Willen der betroffenen Partner von den Eltern geschlossenen Ehen zwischen in Deutschland aufgewachsenen Türken und solchen aus der Türkei stellen die Integration auf Dauer vor unüberwindliche Hindernisse. Dadurch wird nicht nur die Zahl der Ausländer auf einen die Integration hemmenden prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöht, sondern es wird vor allem die weitergehende Integration der dritten und vierten Generation in Berlin geborener Kinder ausländischer Eltern nachdrücklich behindert, wenn ein Elternteil hinsichtlich seiner eigenen Integration am Nullpunkt steht".

Was hier so wortreich ausgeführt und so demagogisch als im Interesse ausländischer Jugendlicher liegend begründet wird, bedeutet schlicht: **Die SPD will hier lebenden Türken verbieten, in der Türkei lebende Landsleute zu heiraten!**

Dazu Stobbe (Regierender Bürger-

begründet wird, bedeutet schlicht: Die SPD will hier lebenden Türken verbieten, in der Türkei lebende Landsleute zu heiraten!

Dazu Stobbe (Regierender Bürger-

meister): *„Laßt mich ganz offen sagen, daß ich auch für harte Entscheidungen bin, wenn wir die Frage der Zuwanderung aus dem Bereich der Familie uns anschauen, ... in Bezug auf die sog. Zuheirat. Ob das Wort nun gut oder menschlich ist, oder nicht, laß ich beiseite, aber was gemeint ist, ist klar, und ich will mich hier vor diesem Landesparteitag dazu bekennen, daß ich, weil ich für eine Eingliederung und Integration bin, an dieser Stelle für klare Entscheidungen im Sinne eines Verbots und einer Untersagung bin, auch wenn der eine oder andere das nicht verstehen mag ..."* (B.S. 50, 12.12.80).

Weiter wurde die Gewährung des kommunalen Wahlrechts abgelehnt. Dazu wieder der „Regierende": *„Und die Gewährung eines kommunalen Wahlrechts könnte am Ende dazu führen, daß in den Bezirksverordnetenversammlungen durch die Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechtes und durch die Bildung von Parteien und Gruppierungen letzten Endes die deutschen Parteien verdrängt oder eingeengt werden. Die 5-Prozent-Klausel wird leicht übersprungen werden von Gruppierungen, die etwa so denken wie ‚Graue Wölfe' ".* (B.S. 50, 12. 12.80).

Über ein Verbot dieser „Gruppierung" wurde auf dem Landesparteitag freilich nicht diskutiert.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Konzeption immer wieder der Versuch, zu unterscheiden zwischen Ausländern, die „integrationsfähig" sind, und denen, die es nicht sind. Für jugendliche Ausländer, ab 18 Jahren, soll ein Einbürgerungsrecht geschaffen werden, für ein oder zwei Generationen evtl. eine doppelte Staatsbürgerschaft.

Für ausländische Mitbürger, die *„sich trotz Bemühungen als nicht integrierbar erweisen"*, wird allerdings erwogen, *„ob nicht in Deutschland erworbene Versorgungsansprüche früher als hier üblich dann ausgezahlt werden könnten, wenn der Berechtigte in sein Heimatland zurückkehrt".*

Zuletzt sollen noch zwei Fragen angeschnitten werden, über die sich dieser Parteitag Gedanken machte: Zum einen die Frage der Finanzierung dieses „Integrationskonzepts", zum anderen die Gewinnung von ausländischen Kollegen als „Parteimitglieder".

Zum ersten Punkt: Eigentlich ist es verwunderlich, daß diese Frage überhaupt gestellt wird, da kaum Maßnahmen und Forderungen beschlossen wurden, die nennenswerte Kosten verursachen könnten.

Trotzdem ist es lohnenswert, die Ausführungen dazu zu zitieren: *„Die sachlichen Voraussetzungen einer konstruktiven und erfolgversprechenden Integrationspolitik sind formuliert; sie werden in dem Maße finanziert werden können, wie es gelingt, vor allem diejenigen Bevölkerungskreise zur Unterstützung zu bewegen, denen Verzichte bei öffentlichen Leistungen zugemutet werden müssen"* , und *„Die zunehmende Verknappung der Finanzen wird künftig Leistungssteigerungen im öffentlichen Bereich nur noch zulassen, wenn an anderer Stelle Verzicht geleistet wird".*

Wenn auf dem Rücken der Westberliner Bevölkerung also „gespart" wird – zum Beispiel Kindertages-

zulassen, wenn an anderer Stelle Verzicht geleistet wird".

Wenn auf dem Rücken der Westberliner Bevölkerung also „gespart" wird – zum Beispiel Kindertages-

stätten hemmungslos überbelegt oder Lehrer nicht mehr eingestellt werden –, dann sind die Ausländer schuld, deren „Integration" diese enormen Kosten erfordert?

Zum zweiten Punkt: Die SPD beschloß, verstärkt ausländische Mitglieder zu werben, nicht ohne zu verkennen, daß es ihr s o wohl nicht in nennenswertem Umfang gelingt ... Aber wenigstens ein paar zum Vorzeigen hätte man doch gerne. Von diesen waren auch einige anwesend, hatten aber nichts zu melden, sondern waren tatsächlich ausschließlich als „Gastredner" zu diesem Parteitag eingeladen worden.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

ETKO – Terrorgruppe der »Grauen Wölfe« auch in der BRD aktiv

ETKO – Terrorgruppe der »Grauen Wölfe« auch in der BRD aktiv

Die sog. „Armee der versklavten Türken" (ETKO), eine Unterorganisation der faschistischen MHP, macht neuerdings auch in der BRD von sich reden. Ein hoher MHP-Funktionär bestätigte kürzlich, daß es eine 16 - 18 Personen starke ETKO-Gruppe in der BRD gibt, die schwerpunktmäßig im Raum Stuttgart und auf der schwäbischen Alb guerillamäßig ausgebildet wird und regelmäßig Schießübungen abhält. In der Türkei ist die ETKO bereits seit langem als Terrortruppe bekannt.

Unter Berufung auf den „Verfassungsschutz" berichtete die „Stuttgarter Zeitung" am 11.12. ausführlich über ein Gespräch, das mit einem hohen MHP-Koordinator im „Deutschen Museum" in München geführt wurde. Osman H. – der richtige Name des Faschisten wurde bezeichnenderweise nicht preisgegeben – soll dabei zu Beginn des Gesprächs betont haben, daß er kein „Verräter oder Überläufer", sondern mit den politischen Zielen der MHP „voll und ganz einverstanden" sei. Weiter der Bericht der „Stuttgarter Zeitung" im Wortlaut:

„Seine Kenntnisse von Interna der MHP lassen erkennen, daß Osman H. ‚echt' und keine Attrappe der türkischen Linken ist, vorgeschoben zu dem Zweck, die MHP zu diffamieren. Er legte einen Ausweis der MHP vor, ohne Namen, aber mit der Unterschrift von Alparslan Türkes.

‚Mit Gewaltanwendungsaktivitäten' will Osman H. nicht direkt befaßt sein, aber er bekommt sie auf Sitzungen der rechten Organisation immerhin mit. Zu dem Überfall auf den Fernseh-Journalisten Jürgen Roth in Ulm (Roth und zwei seiner Kollegen waren dort am 4. September von „Grauen Wölfen" überfallen worden; Anm. AK) *sagte er, die Türk-Förderation habe zur Zeit eine schwarze Liste mit Namen und Fotos von etwa zehn Personen, darunter vier Journalisten. Offensichtlich ist Osman H. nicht damit einverstanden, daß gegen diese Journalisten hart vorgegangen wird. Bei den anderen Personen auf der schwarzen Liste handle es sich dagegen ‚fast ausschließlich um Bastarde der ATIF und ATÖF, die täglich Gewalt gegen die Idealisten planen und durchführen'. Osman H.: ‚Mit denen habe ich auch kein Mitleid'.*

Die deutschen Fernseh-Journalisten hatten bei dem Überfall durch die Schläger der ‚Grauen Wölfe' noch Glück. Osman H. gibt zu, daß bereits die gefürchtete ETKO ... alarmiert gewesen sei. Die ETKO habe sich damals ‚irgendwo südlich von Stuttgart' aufgehalten und von ihrer Frankfurter Zentrale den Auftrag gehabt, die Journalisten ‚komareif zu schlagen', sei aber nicht mehr rechtzeitig nach Ulm gekommen.

...Bei der ETKO seien hauptsächlich Zivilisten, die aus der Türkei eingeschleust worden seien. Die Mitglieder dieser Terror-Stoßtruppe hätten keinen Kontakt zu den Vereinen der Türk-Förderation (MHP-Tarnorganisation im westeuropäischen Ausland; Anm. AK), *damit sie von der Polizei nicht gefaßt werden könnten.*

Auf die Frage, ob die ETKO-Mitglieder Asylanten seien, sagte Osman H., das komme nicht in Frage, ‚weil sie bei Preisgabe ihrer Identität höchstwahrscheinlich von den deutschen Behörden ausgeliefert' würden. Aber man könne in der Türkei Papiere für Familienangehörige beschaffen. Außerdem, so erklärt Osman H. weiter, sei ‚jeder bestechlich'. Er habe in einigen Städten Beamte ‚unter Vertrag', die der MHP ‚bei der einen oder anderen Gelegenheit keine Fragen stellen' ".

Die MHP streitet offiziell übrigens jede Verbindung zur ETKO ab. Wie glaubwürdig derartige Dementis allerdings sind, kann man beispielsweise daran ablesen, daß die „Grauen Wölfe" ebenso hartnäckig auch ableugnen, in der BRD eine Parteiorganisation zu unterhalten ...

AG Ausländer



Graue Wölfe in türkischem Ausbildungslager

Von »Grauen Wölfen« gefoltert – Entführter Türke sagt aus

„Für den in der Öffentlichkeit weithin erhobenen Vorwurf, die ‚Grauen Wölfe' terrorisierten ihre Gegner, gibt es nach wie vor keine Beweise". Das behauptet wider besseren Wissens auch der neueste Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Und zum wiederholten Male räumte kürzlich die FIDEF auf einer in Bonn abgehaltenen Pressekonferenz mit derartigen (Staats-) Schutzbehauptungen auf. Sie präsentierte einen 20jährigen türkischen Arbeiter, der am 19. Dezember in Ratingen bei Düsseldorf von „Grauen Wölfen" entführt und gefoltert wurde. Der Kollege berichtete, daß er auf offener Straße von drei bewaffneten türkischen Faschisten in einen Wagen gezerrt, gefoltert und verhört worden sei.

Er wurde etwa sieben Stunden in einer Garage festgehalten. *„Immer wieder hätten die Täter ihn in Gesicht und Leib geschlagen und seinen Kopf gegen die Wand gestoßen. Auf Fotos habe er türkische Landsleute identifizieren sollen. Ferner berichtete er, seine Entführer hätten ihm erklärt, daß die Leute auf den Fotos ‚erledigt' werden sollten. Er habe dazu Angaben über ihren Aufenthalt und ihre Personalien machen sollen"* („Tagesspiegel", 24.12.). Der türkische Kollege, der nicht politisch organisiert ist, wurde dann von seinen Entführern mit der Auflage freigelassen, er müsse „dicht halten", wenn er nicht wolle, daß ihm und seiner Familie „etwas passiert".

Derartige Entführungsaktionen der „Grauen Wölfe" hat es in der Vergangenheit schon öfter gegeben. Aus Angst vor weiteren Terrormaßnahmen haben die davon Betroffenen jedoch zumeist geschwiegen, so daß das tatsächliche Ausmaß dieser Praktiken immer noch weitgehend im Dunkeln liegt.

AG Ausländer

Zweisprachige Erziehung für ausländische Kinder GEW-Berlin geht neue Wege



Schwerpunkt einer Landesvertreterversammlung der GEW-Berlin am 15.10.80 war der Tagesordnungspunkt: *„Situation der ausländischen Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildungssituation.*

Ergebnis der Diskussion war ein Beschluß, mit dem sich die Delegierten ge gen die Einschränkung der Rechte ausländischer Kollegen durch die Ausländergesetze aussprachen, — eine Protesterklärung gegen die Beschneidung des Asylrechtes und eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung der schulischen Situation ausländischer Kinder, die sich von den bislang existierenden gewerkschaftlichen Forderungen positiv abheben:

So sind die Konzeptionen des DGB und der GEW-Bund in dieser Frage bis her fast ausschließlich darauf ausgerichtet, möglichst schnell die Eingliederung ausländischer Kinder in deutsche Klassen zu gewährleisten, um ihnen die Integration in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. Sie richten sich dabei gegen die Existenz von reinen „Nationalklassen", wie sie z.B. in Bayern bestehen (Siehe Artikel in AK 191).

Als entscheidende Voraussetzung für einen Integrationsprozeß wird in diesen Konzeptionen erachtet, daß die ausländischen Kinder möglichst schnell die d e u t s c h e Sprache erlernen. Außer acht gelassen wurde dabei die Überlegung, daß eine solche einseitige Ausbildung, fast ausschließlich in Deutsch, die auländischen Kinder um ihre Muttersprache betrügt. Die Folge davon ist zum einen, daß die Mehrheit der ausländischen Kinder letztens keine Sprache richtig beherrscht, — zu Analphabeten in zwei Sprachen wird. Zum anderen wird ihnen damit auch immer wieder klargemacht, daß ihre eigene Sprache minderwertig sei.

Zweisprachigkeit als Forderung

Die GEW-Berlin verabschiedete nun die Forderung nach grundsätzlich bilingualer (zweisprachiger) Ausbildung für ausländische Kinder.

An konkreten Schritten, um eine solche Zweisprachigkeit zu erreichen, wurden folgende Forderungen entwickelt:

— Alphabetisierung der ausländischen Kinder beim Schulantritt zunächst in der Sprache, die sie am besten beherrschen. Erst danach soll der Erwerb der zweiten Sprache als Schriftsprache einsetzen. Mit Aphabetisierung ist hier die vollständige Aneignung einer Sprache als Schriftsprache gemeint, — die Entwicklung von Begriffen usw., die als Grundlage für den weiteren Lernprozeß eines Kindes von entscheidender Bedeutung sind. Zugleich wird mit dieser Forderung, — Alphabetisierung zunächst in der Sprache, die das Kind am besten beherrscht —, angedeutet, daß Entscheidungsmöglichkeiten für ausländische Kinder und Eltern geschaffen werden müssen.

— Weiter soll ein reguläres Fach „Muttersprache und heimatliche Kultur" während der gesamten Schulzeit eingerichtet werden, türkisch als erste Fremdsprache soll ausländischen u n d deutschen Schülern zur Wahl, anstelle von Englisch angeboten werden.

— Für alle deutschen Schüler sollten Unterrichtsinhalte über Heimatländer und Kultur der ausländischen Kinder in die Unterrichtspläne aufgenommen werden.

Die GEW—Berlin will bei diesen Beschlüssen den Grundsatz der gemeinsamen Erziehung von deutschen und ausländischen Schülern gewahrt sehen und verlangt grundsätzliche Umstrukturierungen in allen Schulzweigen, die es ausländischen Schülern ermöglichen sollen, alle möglichen Schulabschlüsse zu erreichen (z.Z. besucht die große Mehrheit der Ausländerkinder in Westberlin die Hauptschule. Nur ca. 50% erreichen den Hauptabschluß).

Selbst wenn die Einzelforderungen insgesamt noch nicht überzeugend erkennen lassen, w i e die volle zweisprachige Erziehung ausländischer Kinder gewährleistet werden kann, (Es ist ja auch nicht die Sache der GEW, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, sondern die Aufgabe des Schulsenats) — so ist es doch ein entscheidender Fortschritt in der Diskussion über die Ausländerpolitik, diese Forderung erst einmal prinzipiell auf die Tagesordnung zu setzen.

In diese Beschlüsse ist eine teilweise sehr kontrovers geführte Diskussion innerhalb der GEW—Berlin eingeflossen, in deren Verlauf vor allem auch ausländische Kollegen das herrschende Konzept der Integration, wie es von der SPD vertreten wird (siehe Art. in diesem AK), in Frage stellten. Stichwort in dieser Debatte war dabei:

Dieses „Integrationsmodell" läuft auf eine Zwangsgermanisierung ausländischer Minderheiten hinaus.

Die Forderung nach grundsätzlich zweisprachiger Erziehung ist ein erstes Ergebnis dieser Diskussion.

Ein Schritt in die richtige Richtung und eine Diskussion, die von der Linken nachvollzogen werden sollte, wie wir meinen.

Eine KB-Genossin aus Westberlin

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Die „Arbeitsgemeinschaft ausländischer Sozialdemokraten in der SPD Kreuzberg" schickte dem Parteitag einen offenen Brief, der auch von türkischen und kurdischen Arbeitervereinen unterzeichnet wurde. Darin schreiben sie, daß sie den Antrag zum „Verbot der Zuheirat" *„mit großer Bestürzung zur Kenntnis nehmen"* und bitten, ihn nicht zu verabschieden. Zum Schluß schreiben sie: *„Genossen, wir bitten euch, euch darüber Gedanken zu machen, wie können wir ohne politische Rechte unsere Interessen durchsetzen und demokratische Vorstellungen umsetzen? Willi Brandt: Mehr Demokratie wagen!"* (Zitate: B.S., Nr. 49, 5.12.80).

Lassen wir zum Schluß noch die SPD-Zeitung in Westberlin für sich selbst sprechen. So also stellt sich die SPD einen „Integrationstürken" vor, – ein richtig guter deutscher Türke:

Eine Genossin aus West-Berlin

Alle nicht näher gekennzeichneten Zitate: Sonderbeilage zur „Berliner Stimme", Ausg. 51/1980. (Dokumentation der Beschlüsse).

Antifaschisten vor Gericht

Harburg

Hamburg-Harburg. Am 22.12.1980 fand in Harburg der 15. Verhandlungstag im Antifaschistenprozeß statt. Zwei Tage vor dem „Fest des Friedens" betrat Richter Winterstein den Gerichtssaal mit der Feststellung (das folgende in etwa sinngemäß), daß er zu Weihnachten mal ein privates Wort an die Angeklagten richten wolle. Er habe nach 15 Verhandlungstagen mehr als genug. Er sei jetzt zu Weihnachten bereit, evtl. eine Spende an Amnesty oder die Opfer des Anschlags von München zu machen, wenn die Angeklagten bereit seien, dies ebenso zu machen, und den Prozeß einzustellen. Die Angeklagten berieten in einer Prozeßunterbrechung über diesen „Deal". Sie schätzten das Angebot insgesamt als Erfolg ein und waren angesichts von 15 Verhandlungstagen bereit, es anzunehmen, wenn die Staatskasse sämtliche Kosten übernehmen würde.



So wurde es im Prozeß dann auch eingebracht. Der Richter meinte, daß dies nach dem Gesetz nicht möglich sei, wenigstens die Anwaltskosten müßten die Angeklagten tragen. Daraufhin ging der Prozeß weiter. Während dieser ganzen Sache sagte der Staatsanwalt kaum ein Wort. Danach ging es weiter mit dem Kronzeugen Hartwig, einem Verantwortlichen der Harburger Zivilbullen. Wie schon am letzten Verhandlungstag ginges wieder um die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen. Da er behauptete, die „Vorfälle" damals in Harburg genau gesehen zu haben, ist die Frage der Glaubwürdigkeit von Hartwig wichtig. Wie glaubwürdig er ist, zeigen einige Dinge. So ist er derjenige Bulle, der allen anderen Bullenzeugen die (beschränkte) Aussagegenehmigung erteilt 'hat, er hat allen Bullenzeugen Akteneinsicht gewährt, er hat sich selber eine beschränkte Aussagegenehmigung erteilt, hinter die er sich bei unangenehmen Fragen zurückzieht. Außerdem ist er schon zu 100 Mark Geldstrafe und Kosten verurteilt worden, weil ihm in diesem Prozeß eine Lüge nachgewiesen wurde. Wahrlich ein würdiger Kronzeuge. Die Verteidigung beantragte am Ende die Ablösung von Richter Winterstein, wegen seines Verhaltens gegenüber Hartwig.

Für das Gericht und die Staatsanwaltschaft wird die Lage immer schwieriger. Auf der einen Seite ist der Prozeß jetzt sehr lange gelaufen und ohne Verurteilung blamiert sich die Justiz bis auf die Knochen. Auf der anderen Seite wird die Anklage (u.a. Landfriedensbruch!!) immer unhaltbarer und es kommen immer mehr Schweinereien zutage, so daß eine Verurteilung vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu rechtfertigen ist. Machen wir der Justiz es noch schwieriger, einigermaßen „heil" aus der Sache herauszukommen. **Kommt möglichst alle zum nächsten Prozeßtag am 22.1.81 um 8.45 Uhr im Amtsgericht Harburg.**

IKAH

Grenzach-Wyhlen

Gegen insgesamt sechs Teilnehmer der Anti-NPD-Kundgebung vom Januar 1980 wurde wegen „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" vor dem Amtsgericht Lörrach Anklage erhoben. Zwei von ihnen wurden zudem zu „Rädelsführern" erklärt; sie hätten durch Megaphondurchsagen die Demonstranten „angeheizt" und zu Gewalttaten angestiftet.

Um was geht es? Damals hatte die NPD in Grenzach-Wyhlen (einer Arbeitersiedlung in der Nähe von Basel) einen Wahlkongreß mit anschließendem Fackelzug zur „Reichsgründungsfeier" angekündigt. Dagegen hatte sich ein alle fortschrittlichen Strömungen am Ort umfassendes Antifaschistisches Aktionskomitee gebildet (VVN, GIM, DKP, KBW, SPDler, Gewerkschafter). Im Anschluß an die Demonstration des DGB zogen die über 2.000 Teilnehmer der Demo nahezu geschlossen vor das Versammlungslokal der NPD, um den Fackelzug zu verhindern. Die Nazis, die mit brennenden Fackeln in einer Hofausfahrt Aufstellung bezogen hatten, kamen aus ihrem Loch nicht heraus. Ein VW-Bus, der durch die Menge fahren wollte, wurde mit vereinten Kräften zurückgeschoben, wobei die Luft in dessen Reifen merklich dünner wurde. Die Polizei konnte mangels aufgefahrener Masse nicht für die Nazis in die Bresche springen, und so mußte schließlich der Nazi-Aufmarsch vom Landratsamt kurzfristig verboten werden.

Die Nazis, reichlich frustriert, erstatteten Anzeige. Die Staatsanwaltschaft reagierte promt, und es scheint so, daß hier ein „saftiges" Urteil gesprochen werden soll. Die Zeugenliste umfaßt 17 Personen, darunter einige NPD-Landesprominenz. Selbstverständlich nicht Gegenstand des Verfahrens sollen die Ausfälle der Nazis sein, die z.B. mit brennenden Fackeln auf Antifaschisten einschlugen.

Das Antifa-Komitee, das sich über den Sommer aufgelöst hatte, hat sich nun mit über 40 Leuten und in alter politischer Breite wieder getroffen, um gegen die Anklagen vorzugehen. Es wurde beschlossen, sich nicht in Gewalttätige und Friedliche, in „Unter- und Oberanheizer" spalten zu lassen. Um zu dokumentieren, daß alle Demonstranten dasselbe getan haben, nämlich mit gemeinsamen Kräften eine NPD-Provokation verhindert, die nach dem Willen der Behörden hätte stattfinden sollen, wurde eine Selbstbezichtigungskampagne eingeleitet.

Unterschriftenlisten und Spenden (!) bei/an:
Antifaschistisches Aktionskomitee Lörrach
c/o Hans Knobloch
Schützenweg 8
7853 Steinen

Ein Genosse aus Freiburg

Marburg

Am 28.1.1981 soll es soweit sein: zwei DKP-Stadtverordnete (die DKP ist im Marburger Stadtparlament mit sechs Abgeordneten vertreten) und ein Student sollen abgeurteilt werden für ein gar frevelhaftes Verbrechen: ihr antifaschistisches Engagement soll als Landfriedensbruch kriminalisiert werden. Was war geschehen?

Für Anfang März 1979 kündigen die „Jungen Nationaldemokraten Hessen" eine Kundgebung in Marburg an. Zur angekündigten Zeit am angekündigten Ort sind einige Antifaschisten erschienen, die Faschisten lassen sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht blicken.

Am 7. April 1979 ist es dann aber soweit: die Neo-Nazis wollen eine Kundgebung am Hauptbahnhof abhalten. Spontan formiert sich in der Innenstadt ein Demonstrationszug von ca. 200 Antifaschisten, um die Nazi-Kundgebung zu verhindern. Beim Hauptbahnhof angekommen, sehen sie sich – zum wiederholten Mal in der bundesdeutschen Wirklichkeit – einem massiven Polizeiaufgebot gegenüber, das die Nazi-Kundgebung schützt. Dennoch wird der Nazi-Aufmarsch massiv gestört und ein ungestörter Ablauf der Kundgebung verhindert. Ihr Auftreten bei der Anti-Nazi-Demo brachte den drei dann die Anklage wegen Landfriedensbruch ein.

Auch im Mai letzten Jahres waren übrigens die Neo-Nazis wieder in Marburg. Das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" hatte zu einer Gegenkundgebung an dem Ort und zu der Zeit aufgerufen, zu der die Neo-Nazis ihren Aufmarsch angekündigt hatten. Der DGB rief zu einer Gegenveranstaltung auf dem Marburger Marktplatz auf.

Der Marburger OB hatte die Faschisten-Kundgebung zwar verboten, das Verwaltungsgericht hatte sie jedoch wieder einmal mehr bestätigt. Wieder tauchten die Nazis am Bahnhof auf. Nachdem bereits einige hundert Antifaschisten dabei waren, den Nazis den Vormittag zu versauen, machten sich auch die Teilnehmer der DGB-Veranstaltung in einer Spontan-Demo auf den Weg zum Bahnhof. Mit insgesamt ca. 2.000 Antifaschisten wurde dann der Nazi-Veranstaltung, die auch diesmal wieder von den Bullen geschützt wurde, der Garaus gemacht. Im Zusammenhang mit dieser antifaschistischen Aktion wird wiederum die Staatsmacht aktiv: ein Ermittlungsverfahren gegen die DGB-Kreisvorsitzende Dinnebier wird eingeleitet. Aber da merkte die Staatsanwaltschaft doch, daß sie sich (noch) etwas weit vorgewagt hatte. Das Ermittlungsverfahren wurde kurze Zeit später eingestellt. Dennoch zeigt dies, daß die Anklagen gegen die drei DKPler keineswegs einigen „Extremisten" gelten, sondern antifaschistisches Engagement insgesamt kriminalisiert werden soll, auch wenn die Justiz dabei im Augenblick noch Zurückhaltung übt bei „demokratischen" Antifaschisten.

Im August 1980 wurden von Nazis zwei Brandanschläge auf das DKP-Parteibüro in Marburg unternommen – die Kripo tappt wie immer bei derartigen Gelegenheiten im Dunkel.

Für Mitte September wurde dann das erste Mal ein Haupttermin für die Verhandlung anberaumt, zwei Tage vorher jedoch auf Januar 1981 verschoben. Offizielle Begründung: Ein Zeuge sei krank. Vielleicht hatte die Staatsanwaltschaft auch nur noch nicht genug „Belastungsmaterial" zusammengetragen, um die mehr als windige Anklage zu stützen.

Wir werden jedenfalls den anstehenden Prozeß verfolgen und weiter im AK darüber berichten.

KB/Gruppe Marburg

Nazi-Angriffe auf »Antifaschistische Informationen«!

Der Trägerkreis der „Antifaschischischen Informationen" (Antifa-Gruppen aus neun Städten und verschiedene Einzelpersonen) veröffentlichte in der Nr. 2 seiner „Zeitschrift für die antifaschistische Praxis" einen sehr ausführlichen Artikel über das Zusammenwirken von CDU und Neonazis am Beispiel Hannoversch-Münden. U.a. wurde der Göttinger Nazi-Journalist Hans Michael Fiedler vorgestellt als Zugehörige *„zu jenem Flügel innerhalb der neonazistischen Rechten, ... dessen Linie sich vor allem im offen propagierten 'Kampf um die Straße', dem provokativen, militanten Auftreten sowie in der unverhüllten NS-Propaganda wiederfindet."* Außerdem wird dargestellt, daß er u.a. am 30.10.1978 einen Überfall von Nazis auf einen antifaschistischen Filmabend geleitet habe.

Gegen diese letzte Behauptung verfaßte Fiedler eine Gegendarstellung, deren Abdruck in der nächsten Nummer des „Antifa-Infos" er per Einstweiliger Verfügung anordnen ließ. Außerdem wandte er sich gegen die Wiederholung der erstgenannten Behauptung und dagegen, weiterhin zusammen mit dem ihm umgebenden Nazi-Sumpf „Fiedler-Bande" genannt zu werden. Die Kosten des Verfahrens, das zur Einstweiligen Verfügung führte, wird das „Antifa-Info" zu tragen haben. Im selben Artikel des „Antifa-Infos" wird Gerald Haertel vorgestellt als Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen der JN und im Bundesvorstand des neonazistischen „Unabhängigen Schülerbundes" USB. Haertel gehört zum Umfeld der militant-faschistischen „Harting-Bande", die Überfälle auf Antifaschisten und Demokraten einübt und ausführt. Auch Haertel ließ per Einstweiliger Verfügung den Abdruck einer Gegendarstellung erzwingen, in der er bestreitet, in den genannten Gremien zu sein. Die Kosten für dieses Verfahren soll ebenfalls das „Antifa-Info" tragen. Es hat, um zumindest die Kosten dieses Verfahrens nicht tragen zu müssen, Widerspruch gegen die EV eingelegt, der noch nicht entschieden ist. In der folgenden Nummer des „Antifa-Infos" werden die beiden Gegendarstellungen zusammen mit einer Antwort des „Antifa-Infos" abgedruckt sein. Zum Inhalt dieser Antwort sei nur soviel verraten, daß das „Antifa-Info" sich nicht einschüchtern läßt und den wesentlichen Kern der angegriffenen Behauptungen beweist und auch wiederholt. Wer sich über den inhaltlichen Sachverhalt der ganzen Geschichte näher informieren will, dem (und natürlich auch allen anderen) sei die nächste Nummer wärmstens empfohlen.

IKAH

Stolzenberg-Affäre:

Kein Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig!

Am 2.2. soll der Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig beginnen. Der Vater des am 6.9.79 bei einem Explosionsunglück auf dem Stolzenberg-Gelände getöteten elfjährigen Oliver Ludwig soll sich wegen fahrlässiger Tötung – seines eigenen Sohnes! – vor Gericht verantworten. Das ist eine ‚Bewältigung' der Stolzenberg-Affäre, die so recht zur Eröffnung des SPD-Parteitags am selben Tage paßt: alle an der Affäre beteiligten Verantwortlichen kamen bisher ungeschoren davon und sollen wohl auch in Zukunft unbehelligt bleiben: Behördenvertreter und Politiker, die jahrelang von Stolzenbergs Geschäften und vom Zustand des Geländes wußten und nichts unternahmen. Gegen keinen der zuständigen Beamten ist bisher ein Verfahren eröffnet worden. Der Prokurist der Firma Stolzenberg, Martin Leuschner, ist inzwischen „verhandlungsunfähig". Von der ganzen aufgeregten Suche der Klose-Regierung nach den Schuldigen blieb jetzt ausgerechnet die Anklage gegen den Vater des toten Opfers.

Karl-Heinz Ludwig soll sich vor Gericht verantworten wegen angeblicher Verletzung der Aufsichtspflicht, im einzelnen: wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und wegen fahrlässiger Körperverletzung. Sein Sohn Oliver hatte zusammen mit seinem Bruder und einem Freund im Keller seines Elternhauses in Hamburg-Lurup mit Chemikalien rumhantiert, die sich die Kinder vom nahegelegenen Stolzenberggelände besorgt hatten. Dabei kam es zu einer Explosion, bei der Oliver getötet, sein Bruder schwer verletzt und dem Freund die Hand abgerissen worden ist.

nach § 60 (wenn der Angeklagte durch erlittenen Schaden bereits „bestraft" ist) die Möglichkeit hätte, das Verfahren wenigstens jetzt einzustellen, soll offenbar in die Vollen gegangen werden. Oberstaatsanwalt Günther Wittke: „*Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft liegen die Voraussetzungen des § 60 nach den gegenwärtigen Ermittlungen nicht vor, weil durch die Tat nicht nur die Familie Ludwig betroffen worden ist, sondern auch ein Nachbarskind, dem durch die Explosion die Hand abgerissen worden ist. Durch diese Explosion sind auch die Hausbewohner alle sehr erheblich gefährdet worden, denn es hätte zu einer folgenschweren Explosion mit noch weitergehenden Folgen kommen können. Und letztlich konnte auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Beschuldigte nicht nur seine Aufsichtspflicht verletzt hat, sondern daß er durch aktives Tun überhaupt die Voraussetzung mit dazu geschaffen hat, daß es zu dieser Explosion kommen konnte*" (Freitagsmagazin 21.11.80)

Nach all dem ist die Anklage nicht nur ein Paradebeispiel von Klassenjustiz, sondern zugleich zutiefst unmoralisch. Nicht Karl-Heinz Ludwig gehört auf die Anklagebank, sondern die verantwortlichen Behördenvertreter und Stolzenbergangestellten.

Das Gericht hat sich mit entsprechender Vorterminierung bereits freie Bahn geschaffen: die Verhandlung soll am 2.2., 9.00 Uhr, Raum 389 im Hamburger Strafjustizgebäude (Sievekingsplatz) eröffnet werden. Weitere geplante Termine: 4.2./5.2. und dann jeweils Montag, Dienstag, Donnerstag in den folgenden Wochen.

Kommt zahlreich zum Prozeßbeginn! Fordert die Einstellung dieses Prozesses!

Kommt zahlreich zum Prozeßbeginn und macht klar: Kein Prozeß gegen Karl-Heinz Ludwig!

IKAH

Bremen: Prozeß wegen Unterstützung einer »kriminellen Vereinigung«

Weil er Ulrike Meinhof vor 9 Jahren in seine Wohnung ließ, wurde jetzt, am 12.12.1980 ein 39 jähriger Bremer wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und „Beihilfe zur Urkundenfälschung" zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Er muß 4200 DM zahlen, wenn er sich in den nächsten zwei Jahren etwas zuschulden kommen läßt.

Mal abgesehen davon, daß er unabhängig von dieser Bewährungsstrafe eine „Buße" von 2400 DM für einen „gemeinnützigen Zweck" auf jeden Fall zahlen muß, ist das Urteil so „milde" wie es der Öffentlichkeit verkauft werden soll, nun wirklich nicht.

Was heißt es denn, sich zwei Jahre nichts zuschulden kommen zu lassen, Eigentumsdelikte sind in diesem Zusammenhang sicher nicht gemeint, vermutlich doch eher Beteiligung an Demonstrationen oder sonstige politische Betätigung?

Und zweitens sollten wir uns einmal näher ansehen, was dieser Mann „verbrochen" hat:

Da stand im Mai 1971 eine gute Bekannte, Ulrike Meinhof, vor seiner Tür. Er ließ sie rein, obwohl/weil er wußte, daß sie wegen der Baader-Befreiung gesucht wurde, weil er ihr helfen wollte. Vor Gericht sagte er dazu: „*Die totale Gnadenlosigkeit der Menschenjagd habe ihn empört*" (lt. Weser Kurier, 4.12.80). Er hatte Widersprüche zu den Aktionen, die die RAF vorhatte oder machte; ihn verband aber mit Ulrike die gleiche kritische Einstellung zur BRD-Regierung, „*die nichts gegen den Vietnam-Krieg unternahm, während Protestdemonstrationen zusammengeprügelt wurden*" (lt. BN 12.11.80).

Er half der verfolgten Ulrike, verbrachte mit ihr ein paar Tage im Wochenendhaus seiner Mutter, das er Ulrike dann für einige Zeit überließ. Hier trafen sich dann angeblich Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Holger Meins mit Ulrike, um einen Bankraub, der am 9. August 1971 in Hannover stattfand, vorzubereiten.

Eine Beteiligung oder auch nur die Mitwisserschaft konnte dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, obwohl die Anklage auf Beihilfe zum Bankraub mit Waffen, Diebstahl von Kennzeichen lautet, und der Vorwurf bestand, der Angeklagte habe die Kraftfahrzeuge der „Baader-Meinhof-Bande" umgerüstet.

Und wieder fällt ein „Kronzeuge"

Hier kann man wohl vom Glück des Angeklagten reden, denn der Hauptbelastungszeuge, auf den sich diese Anklage stützt, ist niemand anders als der wohlbekannte, skandalumwitterte „Kronzeuge" Gerhard Müller. Müller war der letzte Begleiter Ulrikes, wurde mit ihr gemeinsam festgenommen und „packte dann aus". Er trat bereits in verschiedenen Prozessen als „Kronzeuge" auf, indem er Angeklagte schwer belastete.

Daß seine belastenden Aussagen in diesem Prozeß nicht verwertet wurden, lag daran, daß dem Antrag des Verteidigers, Heinrich Hannover, Müller als Zeugen vor Gericht zu laden, von der Hamburger Innenbehörde nicht stattgegeben wurde. Müller gelte als besonders gefährdet, und man habe dem „Exterroristen" eine neue Identität gegeben. Der Vorschlag, eine „kommissarische Vernehmung" stattfinden zu lassen, unter Ausschluß des Angeklagten und seines Verteidigers, wurden von diesen abgelehnt. Das Bremer Gericht wertete die „Aussagen" Müllers daraufhin gar nicht.

Damit fielen die „schwereren" Anklagepunkte, es blieben lediglich die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und die — nicht bewiesene — Überredung einer früheren Arbeitskollegin, ihren Personalausweis rauszurücken, der später gefälscht bei der Festnahme Margit Schillers gefunden wurde.

Abgesehen vielleicht von der Personalausweis-Geschichte, die das Gericht als erwiesen ansah, aber nicht beweisen konnte, eine ganz normale „Tat"!?

Noch dazu galten Ulrike Meinhof, Andreas Baader und die anderen 1971 noch nicht als „terroristische Vereinigung".

Stammheim: Prozeß gegen Christine und Harald Biehal

Am 10.2.81 beginnt im „Mehrzweckgebäude" Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Christine und Harald Biehal. Den Vorsitz am 2. Staatsschutzsenat des OLG übernimmt in der Nachfolge von Foth und Berroth als Vorsitzende Nr. 3 – Schlüter, schon bekannt aus dem Fantasia-Prozeß.

Die Anklage lautet: Mitgliedschaft in der RAF.

Harald und Christine sind bereits 13 bzw. 15 Monate inhaftiert gewesen. Als Vorwand für die justizielle Absegnung dieser Internierungen dienen sogenannte Ermittlungsergebnisse der Staatsschutzorgane.

Christine soll im August/September 78 drei bis vier Mal Telefongespräche von Anrufern entgegengenommen haben, die laut Ermittler zur „terroristischen Szene" gehören. Identität dieser Anrufer und Inhalt der Gespräche seien nicht bekannt.

Harald soll am 1.9.78 – ca. 500 Meter entfernt vom Haus des Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden Overbeck (!), von einem Zeugen gesehen worden sein. Dieser Zeuge hatte sich 10 Tage danach bei der Polizei gemeldet und behauptet, erhabe den X nach Fotos auf Fahndungsplakaten als die Person erkannt, an der er damals im Morgengrauen vorbeigelaufen sei. Weitere 10 Tage später (nach der Festnahme Christine's) sind ihm erneut Fotos – speziell von Harald – vorgelegt worden, worauf er prompt seine Aussage ändert und meint, Harald zu erkennen. Die 8 Wochen darauf inszenierte Gegenüberstellung führte zum vorprogrammierten Ergebnis: Der Staatsschutz konnte endlich für einen in den Datenspeichern abrufbereiten Verdächtigen „das Delikt" vorzeigen. Auf diese Art führten BKA und sonstige Staatsschutzorgane auch die anderen Zeugen (vor)-bereitungen durch.

Weshalb aber diese Bemühungen? Christine und Harald hatten sich seit einigen Jahren gegen Folter und Vernichtungshaft an politischen Gefangenen in der BRD engagiert. Hierzu 2 Beispiele, die auch in der Anklage besonders hervorgehoben sind:

– Während des bisher längsten Hungerstreiks gegen Isolationsfolter, gegen Vernichtungshaft besetzten sie mit über 30 Genossen am 30.10.74 die deutsche Zentrale von amnesty international. Ai sollte die verantwortlichen Justizminister, Richter, Staats- und Bundesanwälte öffentlich auffordern, die Forderung der Hungerstreikenden nach Aufhebung der Sonderbehandlung, der Vernichtungshaft zu erfüllen. Am 9.11.74 starb Holger Meins.

(Erst im Frühjahr 1980 wies ai in einem Memorandum auf die zerstörerischen Haftbedingungen an politischen Gefangenen in der BRD hin).

– 1977/78 arbeiteten die beiden an einer Dokumentation zu den Haftbedingungen. Beschlüsse, ärztliche Gutachten usw. zu diesem Komplex sollten dem III. Russel-Tribunal vorgelegt werden, sind jedoch als „Beweismaterial" beschlagnahmt worden. Diese Unterlagen – z.B. Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen (ein UNO-Dokument) oder das Gutachten von Prof. Rasch (in welchem u.a. die Zusammenlegung von mindestens 15-20 Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen gefordert wird, um die auch von ihm festgestellten Auswirkungen der Isolationshaft zu reduzieren) wurden bis heute nicht freigegeben – mit dem Vermerk: es handle sich hierbei um Unterlagen aus dem „terroristischen Bereich".

(Das Russell-Tribunal hat später gegen die Isolationshaft Stellung genommen).

Termine: jeden Dienstag und Donnerstag 9 Uhr vormittag / 14 Uhr nachmittags.

sprâche von Anrufern entgegengenommen haben, die laut Ermittler zur „terroristischen Szene" gehören. Identität dieser Anrufer und Inhalt der Gespräche seien nicht bekannt.

Harald soll am 1.9.78 – ca. 500 Meter entfernt vom Haus des Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden Overbeck (!), von einem Zeugen gesehen worden sein. Dieser Zeuge hatte sich 10 Tage danach bei der Polizei gemeldet und behauptet, erhabe den X nach Fotos auf Fahndungsplakaten als die Person erkannt, an der er damals im Morgengrauen vorbeigelaufen sei. Weitere 10 Tage später

genen in der BRD engagiert. Hierzu 2 Beispiele, die auch in der Anklage besonders hervorgehoben sind:

– Während des bisher längsten Hungerstreiks gegen Isolationsfolter, gegen Vernichtungshaft besetzten sie mit über 30 Genossen am 30.10.74 die deutsche Zentrale von amnesty international. Ai sollte die verantwortlichen Justizminister, Richter, Staats- und Bundesanwälte öffentlich auffordern, die Forderung der Hungerstreikenden nach Aufhebung der Sonderbehandlung, der Vernichtungshaft zu erfüllen. Am 9.11.74 starb Holger Meins.

auch von ihm festgestellten Auswirkungen der Isolationshaft zu reduzieren) wurden bis heute nicht freigegeben – mit dem Vermerk: es handle sich hierbei um Unterlagen aus dem „terroristischen Bereich".

(Das Russell-Tribunal hat später gegen die Isolationshaft Stellung genommen).

Termine: jeden Dienstag und Donnerstag 9 Uhr vormittag / 14 Uhr nachmittags.

Strauß beleidigt

Am 6. Februar beginnt in Bremen ein Prozeß gegen drei junge Bremer wegen eines Anti-Strauß-Plakats, durch das Strauß sich beleidigt fühlt. Es geht dabei um eine Fotomontage, die Strauß als stiernackigen Schlachter mit einem Beil in der Hand zeigt, während

Strauß beleidigt

Am 6. Februar beginnt in Bremen ein Prozeß gegen drei junge Bremer wegen eines Anti-Strauß-Plakats, durch das Strauß sich beleidigt fühlt. Es geht dabei um eine Fotomontage, die Strauß als stiernackigen Schlachter mit einem Beil in der Hand zeigt, während



im Hintergrund Demonstranten mit Polizeigewalt abgeführt werden. Dies Plakat wurde im Sommer 79 verklebt.

Ursprünglich war ein zweites Plakat mit angezeigt worden, daß Strauß bei seinem Chilebesuch mit Pinochet unter dem Denkmal „Unsern Ahnen" — mit den einmontierten Köpfen von Hitler, Mussolini und Franco zeigt. Dies Plakat ließ das Gericht als einen „zulässigen Beitrag im öffentlichen politischen Meinungskampf" durchgehen. Das Landgericht hatte jedoch die Einstellung des Verfahrens insgesamt abgelehnt, da das Schlachterplakat eine „Schmähung des Betroffenen" darstelle. Denn damit würde die Vorstellung ausgelöst, „daß der Abgebildete jemand sei, der als künftiger Kanzler gegen (demonstrierende) politische Gegner nicht mit den Mitteln des Rechtsstaats vorgehen, sie vielmehr nach faschistischem Vorbild exekutieren würde". Nach Meinung des Gerichts will das Plakat Strauß in seiner Persönlichkeit treffen mit der Unterstellung: „Dieser Mann redet nicht nur wie ein Nazi, er wird auch so handeln".

Ganz abgesehen davon, daß natürlich die Warnung vor Strauß, als jemand, der unter Umständen nicht nur redet, sondern auch entsprechend handeln könnte, voll berechtigt erscheint, ist dies natürlich eine sehr weitgehende Interpretation. Man kann das Plakat ebenso als eine sinnbildliche Darstellung ansehen, daß unter einem Kanzler Strauß das Demonstrationsrecht „geschlachtet" werden könnte. Bei der Frage der Interpretation besteht die Gefahr, daß das Gericht auf ein Gesinnungsurteil hinsteuert.

Daß das Gericht bei der verbleibenden Beleidigungsklage auf eine zügige harte Urteilssprechung abzielt, läßt sich vermuten, angesichts des durch bisherige politische Prozesse in Bremen als hart berüchtigten Richters Radtke und des Engagements der politischen Polizei, die als Zeuge auftreten soll.

Angesichts der zu erwartenden Kosten und eventueller Geldstrafen brauchen die Betroffenen dringend finanzielle Unterstützung.

Spendenkonto: H. Husenbeth
Sparkasse in Bremen
Kto.-Nr. 1164 2931



Die Kunst ist frei Wer glaubt denn noch sowas

Daß ein hoffnungsloser Illusionist sein muß, wer an solche demokratischen Binsenweisheiten wie „Freiheit der Kunst" glaubt, belegen ziemlich eindeutig die folgenden Vorfälle:

Im April 1980 veranstaltete der „Freundeskreis Würgegriff", eine Gruppe verschiedener Künstler und des AStA der Kunsthochschule in Hamburg, an dieser Hochschule einen großen Workshop. Thema: wie, mit welchen Mitteln, in welche Richtung etc. kann die Kunst für einen gelungenen Abgang des Kanzlerkandidaten Strauß genutzt werden.

Die dabei zusammengestellte Ausstellung über ein 10jähriges Engagement der unterschiedlichsten Künstler gegen Strauß sowie Aktionen und Diskussionen wurden in einem Buch dokumentiert „*Wenn Strau.. den Thron besteigt, wandere ich aus...*" Bereits vor der Bundestagswahl wurde das Buch beschlagnahmt, der AStA und die Hochschuldruckerei ein erstes Mal durchwühlt. Doch dabei blieb es nicht. War doch immerhin bei der ganzen Geschichte eine studentische Interessenvertretung beteiligt, und die haben ja, wenn's um Politik geht, die Klappe zu halten. Hochschul-Sport, überfüllte Seminare, kulturelle Berieselung der Studenten – ja; aktuelle politische Statements, womöglich noch gegen exponierte Bastarde des Systems – wo kämen wir da hin?

Also: gesetzlich verboten!

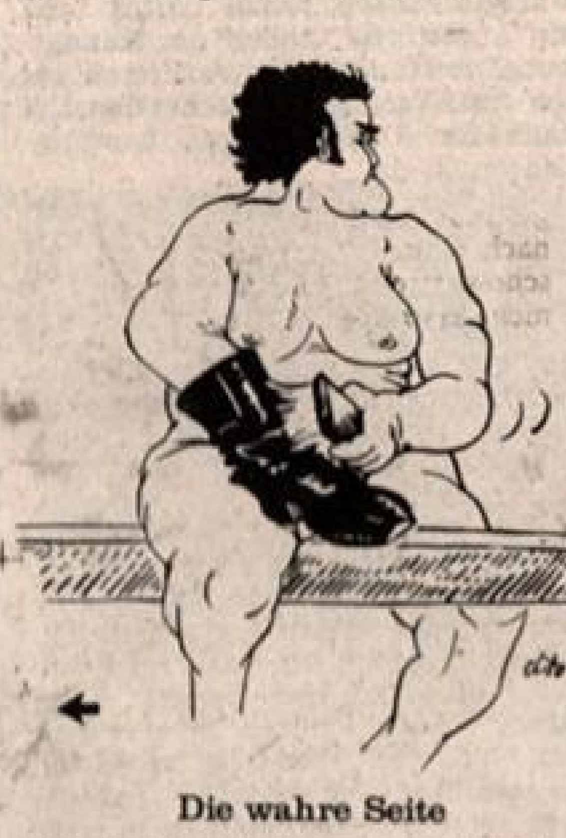
Deshalb folgten weitere Schritte der staatlichen Gralshüter: erneute Durchsuchung des AStA, einer Druckerei, von privaten Räumen zweier AStA-Mitglieder, die die Finanzgeschäfte des AStA regeln. „*Verdacht der Untreue durch Verwendung von AStA-Geldern bei der Herstellung der beschlagnahmten Druckschrift*", so lautet der neue zur Beleidigung hinzukommende Vorwurf. Den gesetzlichen Auftrag des AStA zur kulturellen Vertretung der Studentenschaft haben die staatsanwaltschaftlichen Saubermänner wohl überlesen.

Es scheint das erklärte Ziel zu sein, einen AStA, der es immer noch wagt, politisch Position gegen dieses System zu beziehen, einzuschüchtern, zu kriminalisieren, der Zensur-Schere in den Köpfen zu verankern. Auf daß angepaßter lauwarmer Einheitsbrei zustande komme...

Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit gegen die Jagd auf studentische Vertretungen, die sich nicht beugen lassen, ist jetzt geboten. Freie politische Betätigung muß möglich sein.

Nicht:
DIE KUNST IST FREI – BIS SIE POLITISCH WIRD!
Sondern:
DIE KUNST IST FREI – DAMIT SIE POLITISCH WIRD!





Die wahre Seite

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider den Papst ...

Strafanzeige gegen Osnabrücker AStA

Eduard Pestel, niedersächsischer Wissenschaftsminister (CDU), fühlte den Papst beleidigt und erstattete Strafanzeige gegen den AStA der Universität Osnabrück. Der AStA hatte in der Novemberausgabe seiner Zeitung „Trabbel" zwei satirische Seiten zum Papstbesuch aus der „Titanic" nachgedruckt.

Unmittelbar nach Erscheinen der Zeitung hatte der RCDS seiner „Empörung" über diese Veröffentlichung Luft gemacht. Kultusminister Pestel erstattete Anzeige, die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen „*Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten und Beschimpfung von Religionsgemeinschaften*". Darüberhinaus seien die entsprechenden Seiten „*der Pornographie verdächtig*". Die „pornographische" Zeichnung: ein Button mit der Aufschrift „*Rumficken — nein danke!*"

Diese „Delikte" gaben Anlaß genug, am 2. Januar dieses Jahres die Räume des Studentenausschusses zu durchsuchen sowie die Privatwohnungen von sechs AStA-Referenten. Bei einem der Referenten, der gerade in Urlaub war, wurde die Tür aufgebrochen und ohne Zeugen durchsucht; andere wurden erkennungsdienstlich behandelt. Selbst bei den Eltern der Betroffenen, z.B. im Emsland und in Bochum, wurde nach „Beweismaterial" gesucht. Angeblich sind diese Untersuchungen notwendig gewesen, um den presserechtlich Verantwortlichen der AStA-Zeitung zu ermiteln. Auf die Idee, einfach mal beim AStA nachzufragen, wollte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht kommen. Das Interesse der Filzer in den AStA-Büros richtete sich nicht ausschließlich auf Unterlagen, die die fragliche „Trabbel"-Ausgabe betreffen, beschlagnahmt wurden ebenfalls Flugblätter, Broschüren und ein Buch über Schutzmaßnahmen gegen polizeiliche Kampfmittel.

Als die Durchsuchungsbeschlüsse in Osnabrück bereits ausgestellt waren, war von Ermittlungen gegen die „Titanic" nichts bekannt — dies wurde selbstverständlich inzwischen nachgeholt. Daß Pestel umgehend die Ermittlungen gegen den AStA führen ließ, deutet daraufhin, daß es ihm nicht zuletzt um einen erneuten Angriff auf das politische Mandat der Verfaßten Studentschaft geht.

Demokratische Gruppen, einschließlich Jungsozialisten und der „Gewerkschaftlichen Listen" des Lehrkörpers haben sich mit dem Basisgruppen-AStA solidarisch erklärt. Der Präsident der Hochschule konnte zwar nicht unhin, die „*unangemessenen Maßnahmen*" gegen den AStA zu kritisieren, legt allerdings den größten Wert auf die Feststellung, daß diese

nicht unhin, die „*unangemessenen Maßnahmen*" gegen den AStA zu kritisieren, legt allerdings den größten Wert auf die Feststellung, daß diese

„*Diskriminierung der Gläubigen*" innerhalb der Hochschule „*scharf verurteilt*" werde.

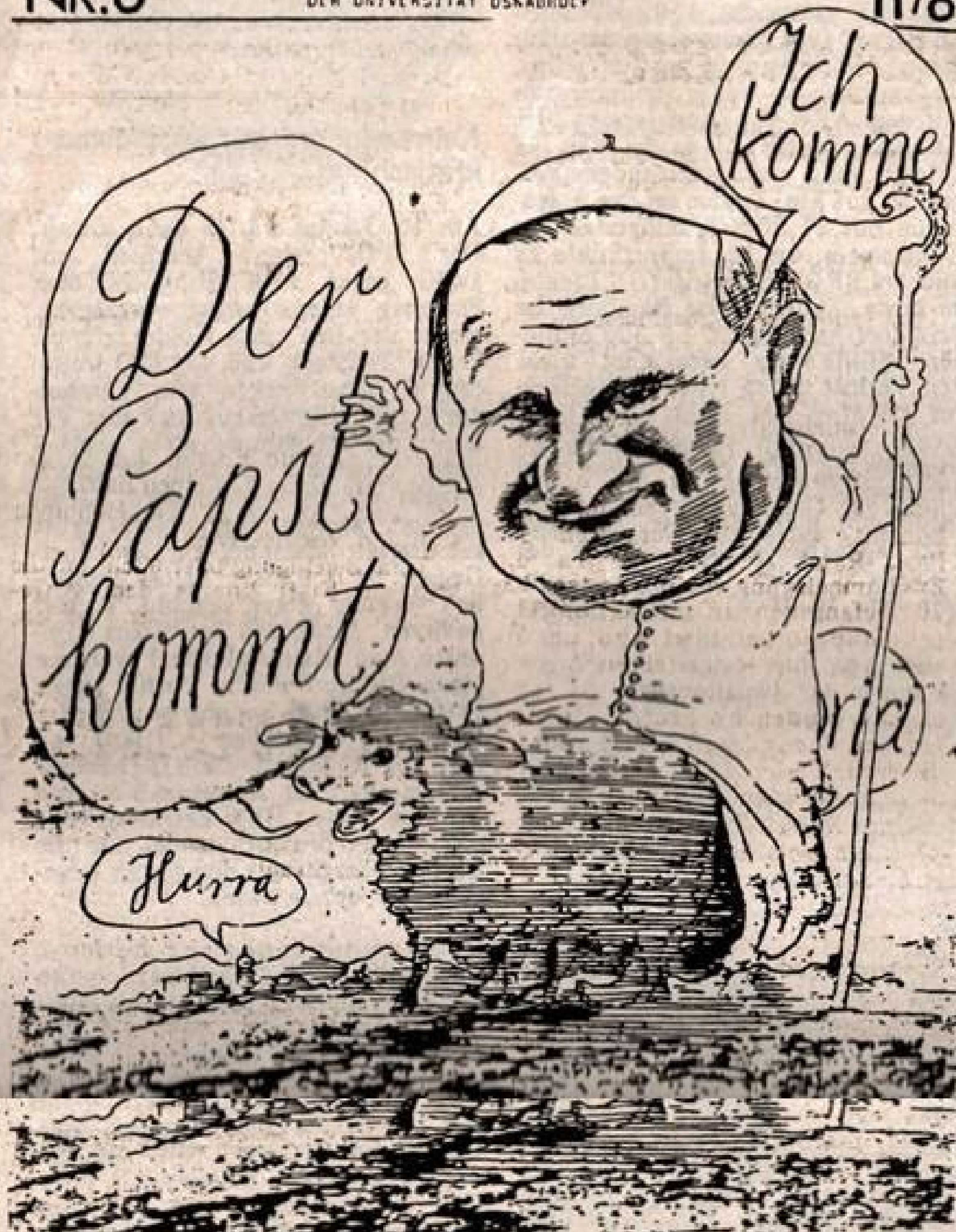
Düsseldorf. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Jungdemokraten und sein Stellvertreter wurden am 9. Januar wegen „*Religionsbeschimpfung*" zu 300 und 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Auf einer Demonstration im Herbst 1979 hatten Essener Frauen dem Kardinal Höffner, der Abtreibung mit den Nazi-Massenmorden von Auschwitz verglichen hatte, eine entsprechende Antwort erteilt: „*Maria, hättest du abgetrieben, der Papst wäre uns erspart geblieben*". Die Jungdemokraten hatten diese Losung für ihre Zeitung übernommen. Eine organisierte Anzeigenkampagne war die Folge. Über 100 Anzeigen aus kirchlichen und CDU-Kreisen, zumeist im gleichen Wortlaut, gingen gesammelt bei der Staatsanwaltschaft ein.

Die beiden verantwortlichen Jungdemokraten verteidigten die Parole im Prozeß: Wer wie Hunderttausende von Frauen von der katholischen Kirche als „Mörderinnen" bezeichnet werde, müsse sich wünschen dürfen, daß es diese Kirche nicht gäbe. Die Geldstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

SSB/Hamburg





Hexenjagd geht weiter

Wie wir schon in AK 187 berichteten, ist, gleichzeitig mit der Verbeamtung von acht vom Berufsverbot bedrohten Hamburger Lehrern, im Oktober letzten Jahres der Vorschlag zur Verbeamtung von Hans-Peter de Lorent vom zuständigen Schulsenator Grolle zurückgezogen worden. Hans-Peter de Lorent ist seit Jahren nur als Angestellter im Schuldienst beschäftigt, weil ihm seine frühere Tätigkeit als Referendarsprecher und seine Mitgliedschaft in der DKP zum Vorwurf gemacht werden. Auf Grund der Veröffentlichung seines Berufsverboteromans „Die Hexenjagd", in dem de Lorent die Berufsverbieter in der Hamburger Behörde und ihre Opfer darstellt, wurde ihm nun erneut die schon geplante Verbeamtung versagt. Ja, nach der neuesten Entwicklung kann man nur noch von einer verschärften Hexenjagd auf ihn sprechen, die die Darstellung in seinem Buch in schlimmster Form fortsetzt.

Nach Erscheinen seines Romans wurde de Lorent zu einer Anhörung in die Behörde zitiert. Nach dieser Anhörung gingen die Angriffe von Seiten der Behörde jedoch erst richtig los.



1. Der Vorschlag zur Verbeamtung wurde zurückgezogen, da die Veröffentlichung als dienstliche Verfehlung gewertet wurde, die im Wiederholungsfalle zu einer fristlosen Kündigung führen solle.
2. Hans-Peter de Lorent wurde ohne Einbeziehung des Personalrates an eine andere Schule strafversetzt und erhielt Hausverbot für seine alte Schule. Dies alles, obwohl er Klassenlehrer einer 9. Abschlußklasse war, die in 5 Monaten entlassen wird. Nach einem vom Verwaltungsgericht in erster Instanz bestätigten Einspruch kam de Lorent zunächst wieder an seine alte Schule zurück. Ihm wurde allerdings vom Schulleiter verwehrt, seinen bisherigen Unterricht fortzuführen. Stattdessen wurde er im Förderunterricht für Ausländerkinder eingesetzt. Damit gab sich die Schulbehörde jedoch nicht herigen Unterricht fortzuführen. Stattdessen wurde er im Förderunterricht für Ausländerkinder eingesetzt. Damit gab sich die Schulbehörde jedoch nicht zufrieden. Beim Oberverwaltungsgericht legte sie Beschwerde ein. „*Ohne eine mündliche Verhandlung und ohne de Lorent, seinem Anwalt oder dem Personalrat die Möglichkeit zu einer Stellungnahme zu geben, entschied ein einzelner Richter, der Verwaltungsrichter Dr. Wandtke: Die Entscheidung der ersten Instanz, zu der fünf Richter nach dreistündiger Beratung gekommen waren, wird aufgehoben*" („Mopo", 12.12.80). Hans-Peter de Lorent wurde daraufhin wieder versetzt.
3. Grolle selbst und einige Beamte, die sich in de Lorents Roman wiederzuerkennen meinen, stellten Strafanzeige wegen Verunglimpfung.
4. Wegen des Erscheinens der 2. Auflage seines Buches ist de Lorent zu einer erneuten Anhörung zitiert worden. Es ist zu befürchten, daß ihm die 2. Auflage seines Buches als Wiederholungsfall ausgelegt wird, was nach der Ankündigung Grolles eine fristlose Entlassung zur Folge hätte.
5. Das alte Verwaltungsgerichtsverfahren, in dem um die ursprünglichen Zweifel an Hans-Peter de Lorents Verfassungstreue auf Grund seiner DKP-Mitgliedschaft und seiner Tätigkeit a la Referendarsprecher verhandelt wird, ist von der Behörde reaktiviert worden. Der erste Termin findet am 4.2.81 statt.

Wie die Auflistung der zur Zeit laufenden Verfahren gegen den Kollegen de Lorent zeigt, zieht der „liberale" Schulsenator Grolle hier alle Register, um einen unbequemen Lehrer in die Schranken zu weisen oder sogar ganz abzuschießen. Daß Hans-Peter de Lorent unbequem für die Behörde ist, wird jeder Leser der „Hamburger Lehrerzeitung" feststellen, deren stellvertretender Schriftleiter de Lorent ist. In der „HLZ" hat de Lorent schon so manchem Oberschulrat ohne Scham die Hose runtergezogen. In der SPD-Gewerkschaftsspitze der Hamburger GEW tut man sich zur Zeit schwer, den eng vertrauten Parteigenossen und obersten Schutzherrn, den ja so liberalen Grolle, in der gebotenen Schärfe zu kritisieren. Die Herren lamentieren, man könne Grolle z.Z. nicht auch noch von links angreifen, wo er schon arg am Wackeln sei auf Grund der heftigen Angriffe von rechts. Die Berufsverbotekommisseion der GEW wird jetzt allerdings noch vor dem ersten Prozeßtermin vor dem Verwaltungsgericht eine große Berufsverbote- Berufsverbotekommisseion der GEW wird jetzt allerdings noch vor dem ersten Prozeßtermin vor dem Verwaltungsgericht eine große Berufsverbote- veranstaltung in der Hamburger Fabrik veranstalten, zu der Leute wie Engelmann, Prof. Klug, Ingeborg Drewitz, Wallraff, Axel Eggebrecht, Wader und Biermann und andere eingeladen wurden, um zusammen mit den GEW-Mitgliedern ihre gemeinsame Solidarität gegen die Berufsverbote zu demonstrieren.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach 12 Wochen Bundeswehrhaft
Kriegsdienstverweigerer jetzt vor Gericht

Insgesamt 12 Wochen lang saß der 21-jährige Ralf Houben aus Viersen/Niederrhein in der Feldwebel-Lilienthal-Kaserne in Delmenhorst-Adelheide im Bau. Er hatte die Kriegsdienstverweigerung mit der Rolle begründet, die die BRD und ihre Armee für die Gefahr eines neuen Weltkrieges spielen. Nach Ansicht der Prüfungsausschüsse sind diese Gründe für eine Anerkennung als KDV nicht relevant, da sie angeblich sein Gewissen nicht berühren. Mit dieser Begründung wurde Ralf eingezogen. Er „*verweigerte vom ersten Tag an die Befehle, Uniform zu empfangen und anzuziehen, am Dienst teilzunehmen und zum Friseur zu gehen*" (aus der Anklageschrift), wofür er insgesamt 12 Wochen im Bundeswehrknast verbrachte.

Ein breit verteiltes Flugblatt und ein Artikel in der „taz" bewirkten, daß viele Leute bei Ralfs Vorgesetztem, Hauptmann Mertens und dem Wehrbeauftragten des Bundestages protestierten. 25o Menschen, darunter viele Soldaten, unterschrieben in kurzer Zeit eine Solidaritätserklärung. Ralf selber erhielt haufenweise Post. Auch viele Soldaten in der Lilienthal-Kaserne drückten Ralf ihre Solidarität aus.

Am 8.1. wurde Ralf ein einstweiliges Dienstverbot erteilt, womit er nun vorerst auf freiem Fuß ist. Die Begründung: „*Durch die von Ihnen mehrfach begangenen schwerwiegenden Dienstvergehen und Wehrstraftaten werden die Disziplin der Truppe und der Dienstbetrieb so erheblich beeinträchtigt, daß ihre Anwesenheit im Dienst nicht mehr verantwortet werden kann.*" Nunmehr erwartet Ralf am 2o.1. um 12 Uhr ein Prozeß vor dem Delmenhorster Amtsgericht wegen „Gehorsamsverweigerung". Es gilt, die Verhandlung so breit wie möglich öffentlich zu machen.

KB/Gruppe Delmenhorst

Prozesse gegen Marburger Studenten

Am 13.1.81 fand der erste von drei geplanten Prozessen gegen Marburger Studenten statt. Wie der AK berichtete, hatte Uni-Präsident Kröll im November 1979 eine Berufsverbote-Veranstaltung des Marburger AStA verboten. Daraufhin hatte der AStA zu einem „Go-in" zu Kröll aufgerufen. Die 200 hieran beteiligten Kommilitonen fanden das Verwaltungsgebäude allerdings verschlossen vor und konnten erst hineingelangen, nachdem Uni-Bedienstete einige andere Leute rauslassen wollten.

Der jetzt vor Gericht stehende Kommilitone (übrigens jetzt Ortsvorsitzender des MSB) befand sich gerade im Verwaltungsgebäude, als Uni-Bedienstete das Gebäude verriegeln und verrammeln wollten. Sein Versuch, über diese merkwürdige Maßnahme mit den Leuten zu reden, brachte ihm eine Anklage wegen Nötigung ein. Da sich während des Prozesses die Zeugen der Anklage ständig in Widersprüche verwickelten, machte der Staatsanwalt schließlich den Vorschlag, das Verfahren nach § 153 a StPO (geringe Schuld) einzustellen und dem Angeklagten eine Geldbuße von 150,– DM aufzuerlegen – nicht ohne gleichzeitig Berufung für den Fall des Freispruchs oder zu geringer Bestrafung anzukündigen. Wohl aus der Erwägung heraus, daß diese „halbe Verurteilung" keine Vorstrafe ist, willigten der Angeklagte und sein Verteidiger ein. Dieser erste Prozeß war ganz offenichtlich ein Testballon der Marburger Justiz für die folgenden Prozesse. Im Februar steht der nächste Kommilitone vor dem Kadi, weil er für ein Flugblatt presserechtlich verantwortlich zeichnete, in dem zu dem genannten „Go-in" aufgerufen wurde. „Aufruf zu Straftaten" ist dies nach Ansicht der Staatsanwaltschaft.

Der größte Brocken steht allerdings noch bevor: Fünf weitere Kommilitonen haben Anklagen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, versuchtem Raub etc.

KB/Gruppe Marburg

Hamburg:
Wieder 10 »Altfälle« in der Diskussion

Entgegen von der SPD verbreiteten Gerüchten gibt es in Hamburg immer noch zahlreiche Berufsverbotefälle. Abgesehen von den jüngsten, neu eingeleiteten Maßnahmen gegen Hans Peter de Lorent (vgl. extra Artikel), beschäftigt sich die Behörde momentan mit 10 Kolleginnen und Kollegen, genannt „Altfälle". Diese wurden nach ihrem Referendariat, das z.T. schon mehr als 7 Jahre zurückliegt, gar nicht erst eingestellt und sollen nun, zwischen dem 12. und 20. Januar 81, erneut „angehört" werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben kaum eine andere Wahl, als auf dieses entwürdigende „Angebot" einzugehen, wenn sie mit der Behörde über ihre Einstellung überhaupt wieder ins Gespräch kommen wollen. Die GEW Hamburg hat zur Unterstützung der Betroffenen eine Presseerklärung herausgegeben und wird diese zu den Anhörungsterminen vor der Behörde verteilen.

Daß es der Behörde — trotz ihrer „Gesprächsbereitschaft" — keinesfalls um die tatsächliche Abschaffung der Berufsverbote geht, sondern höchstens um Imagepflege, zeigt sich an ihrem Vorgehen gegen den seit 2 Jahren suspendierten Kollegen Jürgen Dege, dem die Behörde f r i s t l o s kündigen will. Sie stützt sich dabei auf das Beamtengesetz, wonach ein Beamter auf Probe fristlos entlassen werden kann, wenn ihm Vorwürfe gemacht werden, die bei einem Lebenszeitbeamten ein Disziplinarverfahren begründen. Der Personalrat muß hierzu nur angehört werden, er hat kein Mitbestimmungsrecht. Die fristlose Entlassung wurde angekündigt, obwohl in dem 67 Seiten starken Untersuchungsbericht der Behörde die ursprünglichen Vorwürfe gegen Jürgen Dege in den wesentlichen Punkten nicht aufrechterhalten werden (vgl. frühere Artikel zu diesem Fall). Jürgen Dege hat bei dem Verwaltungsgericht Widerspruch eingelegt. Gleichzeitig bemüht sich der Personalrat um Umwandlung der fristlosen in eine fristgerechte Kündigung, bei der der Personalrat dann Mitspracherecht hätte.

Berufsverbote-Kommission

Na also: Hamburger SPD doch für Brokdorf

„Für den Hamburger Senat ist der Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf vorerst kein energiepolitisches Thema mehr – jedenfalls nicht in den achtziger Jahren. Der Bau eines Kohlekraftwerkes in der Hansestadt hat demgegenüber absolute Priorität. Dies ist der Kern einer aufsehenerregenden Erklärung, die Bürgermeister Hans-Ulrich Klose gestern nachmittag in Übereinstimmung mit der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft abgegeben hat". Dies sei ein *„offenkundig sorgfältig geplantes Absetzmanöver des Senats vom Projekt Brokdorf"* kommentierte die Presse.



Dies ist keineswegs eine Meldung einiger Träumer, sondern ein Zitat aus Springers „Welt" vom 3.7.80. Ja, noch am 8.10. hieß es dazu über den jetzigen Brokdorf-Einpeitscher in der SPD, Wirtschaftssenator Steinert nach seiner Rede im Überseeklub: *„Das ist das endgültige ‚Aus' für Brokdorf"* („Welt", vom 8.10.); Steinert hatte dort statt eines störanfälligen AKWs den Bau von Kohlekraftwerken gefordert.

Schaut man sich vergangene Meldungen an, so wundert man sich, wieso die HEW nicht längst aus ihrem 50%-Brokdorf-Anteil ausgestiegen ist: denn immerhin haben vergangene SPD-Parteitage immer wieder ihre Ablehnung des AKW-Brokdorf bekundet, ebenso die Hamburger FDP und immerhin besitzt Hamburg 70% Anteile bei der HEW, ebenso waren die FDP und die SPD bei der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein

immerhin besitzt Hamburg 70% Anteile bei der HEW, ebenso waren die FDP und die SPD bei der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein

geschlossen gegen Brokdorf angetreten. Alles wofür sich heute Klose die Schelte einhandelt, ist, daß er persönlich noch nicht im „bewährten" Börner-Stil, bzw. Steiner-Stil umgeschwenkt ist. Wir erleben derzeit einen breiten Schwenk für Brokdorf. Ausgehend von Pro-Brokdorf-Beschlüssen auf dem FDP-Parteitag in Schleswig-Holstein (geplant für den 24.1. in Holm) und dem SPD-Parteitag in Hamburg, der am 2.2. im Gewerkschaftshaus um 18 Uhr beginnt, dürfte nicht nur der Weiterbau für Brokdorf flott gemacht werden, sondern ein erheblicher Rechtsruck in der Parteienlandschaft in Norddeutschland folgen. Schon jetzt werden Rücktrittsforderungen für Klose laut, bzw. wird von einem Bündnis von CDU und FDP in Schleswig-Holstein geredet.

Vor der Bundestagswahl

Schon damals war klar, daß die Anti-Brokdorf-Töne sehr viel mit Wahlkosmetik zu tun hatten, denn ein *„Vierteljahr vor der Bundestagswahl soll die SPD vor allem die jungen Wähler mit ihrem hohen Anteil an Kernkraftgegnern, aber darüber hinaus generell für die betont linken Wählerschichten attraktiver gemacht werden" („Welt", 4.7.80).* Die SPD störten damals wenig die Argumente, wie sie auch heute wieder so vehement für ein Umschwenken der SPD vorgetragen werden. Es war bekannt, daß Brokdorf laut CDU und Betreibern auf jeden Fall weiterbetrieben würde und Hamburg bei einem Ausstieg aus einem rechtsgültigen Vertrag teuer zur Kasse gebeten werden sollte, daß Schleswig-Holstein und Niedersachsen für alternative Kohlekraftwerke keine Plätze zur Verfügung stellen würden, daß im Hamburger Raum dabei mit Schwierigkeiten zu rechnen ist, und daß angeblich ab 1986 der black out bei der Stromversorgung drohe. Allerdings vermied die SPD-Spitze jede wirkliche Festlegung gegen Brokdorf. Selbst Ausschußsitzungen blieben die SPD'ler fern, um nicht auf entsprechende CDU-Anfragen antworten zu müssen. Nach den Bundestagswahlen und nachdem das Gericht grünes Licht für die zweite Teilerrichtungsgenehmigung von Brokdorf erteilt hatte, ging es zügig in Richtung einer neuen Brokdorf-Entscheidung. Schon im Mai 80 hatte die Stoltenberg-Regierung angekündigt, daß es bis Ende des Jahres zu einer Entscheidung über Brokdorf kommen würde, wobei sie das Votum aus Bonn und Hamburg abwarten werde, und wobei die *„Bundesregierung die größte Rolle für die schleswig-holsteinische Entscheidung spielt"* (lt. „Norddeutsche Rundschau", 15.5.80).

Hatte die NWK anfangs als Ersatz für die HEW mit der dänischen ELSAM verhandelt, die aber nicht einsteigen durfte, da – so die dänische Landesregierung – erst nach einer Volksabstimmung in Dänemark eine Atombeteiligung beschlossen werden könne, sprang nun die Preussenelektra ein. *„Es fügte sich gut, daß der Aufsichtsratsvorsitzende der NWK, von Bennigsen, zugleich auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Mutter der NWK, der Preußischen Elektrizitätswerke Hannover (PREAG) ist, die wiederum der VEBA gehört, einem Konzern in Kleinaktionärs- bzw. zu 43% Bundesbesitz: Vorstandsvorsitzender Rudolf von Bennigsen. Er gewann die PREAG dafür,*



der bedrängten Tochter NWK für den Fall des Ausstiegs der HEW aus Brokdorf zur Seite zu stehen, um so das

der bedrängten Tochter NWK für den Fall des Ausstiegs der HEW aus Brokdorf zur Seite zu stehen, um so das

Projekt Brokdorf auf alle Fälle voranzutreiben". So die Darstellung von Klaus Matthiesen, Oppositionsführer der schleswig-holsteinischen SPD, die nach ihrer Zustimmung zu Brunsbüttel und Krümmel bei Brokdorf den Ausstieg aus der Kernkraft beginnen will und bis jetzt standhaft dabei blieb, im Falle ihrer Regierungsübernahme keine weitere Teilerrichtungsgenehmigungen für Brokdorf zu erteilen (aus „Vorwärts", 1/81). Kurz vor diesem Coup der Preußenelektra hatte die Schmidt-Regierung Stoltenberg schriftlich bestätigt (am 1.12.80), *„daß auch der Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf mit der energiepolitischen Zielsetzung des Energieprogramms der Bundesregierung in Einklang steht"* (s.o.). Die Unterstützung durch die PREAG war auch nur mit tatkräftiger Hilfe von Staatssekretären in den Vorstandsetagen möglich gewesen. Matthiesen kündigte an, daß eine *„Koalition der doppelten Moral in der Energiepolitik"* nach ihrem Willen jedenfalls *„scheitern"* werde; eine *„Arbeitsteilung"* der Sozialdemokraten werde *„am Beispiel Brokdorf nicht funktionieren. Der Preis ist die Glaubwürdigkeit der Partei SPD. Ich bin nicht bereit, diesen Preis zu zahlen"* („Vorwärts", ebenda). Doch parallel dazu brach in der Hamburger SPD diese Doppelmoral wie eine Epedemie aus. Am 3.12. ließ der Hamburger Senat verlauten, daß er seine Entscheidung auf den 10.1. vertagt habe und endgültig auf dem SPD-Parteitag in Hamburg Anfang Februar entschieden würde (lt. Meldung der „Welt", vom 3.12.80). Entscheidend war dabei, daß Wirtschaftssenator Steinert, der noch Mitte Oktober für zwei 300 Megawatt-Kohlekraftwerke statt Brokdorf plädiert hatte, inzwischen umgeschwenkt war (s. „Welt", vom 3.12.). Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Westphal erklärte, ein Ausstieg der HEW werde die *„Verweigerung anderer Standorte für Kraftwerksneubauten Hamburgs in Schleswig-Holstein zur Folge haben... Der Plan des Senats, das HEW-Kraftwerk in Wedel zu modernisieren und auszubauen, werde Schleswig-Holstein zwar auch nach dem Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf nicht verhindern, doch bedürfe dieses Projekt der landesbehördlichen Genehmigungen"* (Welt", 19.12.80). Ähnlich erklärte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ihre Ablehnung mit dem Hinweis: *„Die Hamburger müssen endlich mal klar sagen, was sie wollen, dann kann man über manches reden"* („Hamburger Abendblatt", 8.12.). Auf dieser Grundlage wurde dann in der SPD die große Debatte eingeleitet. Die Argumente wollen wir hier vorstellen, weil dabei auch weitere Planungen deutlich werden:

Das Stromloch und der billige Atomstrom

Grundlage der Diskussion ist die Behauptung der HEW, daß ab 1986/87 die Kapazität der HEW nicht mehr ausreiche. 1986 stünden der HEW 4028 MW zur Verfügung, wovon die Atomkraftwerke 50% liefern sollen (mit der Stade, Brunsbüttel und Krümmel-Beteiligung der HEW, wobei Krümmel ab 1983 laufen soll). Die HEW rechnet jährlich mit einem Verbrauchszuwachs von 75 MW (=2,5%), d.h. 1986 würden maximal 2885 MW gebraucht, 1109 MW seien „Reserve" (vor allem wegen des ständigen AKW-Ausfalls erforderlich). Rechne man so weiter, komme man mit dem AKW Brokdorf (ergibt 70% Atomstromanteil) bis in die 90er bei entsprechend weiter steigendem Verbrauch gut hin. Zudem sei der Atomstrom mit 11 Pfennig billiger als der Kohlestrom, der bei Importkohle 13 und bei BRD-Kohle sogar 18 Pfennige koste. Zudem koste Hamburg der Brokdorf-Ausstieg 80 bis 300 Millionen, Stoltenberg bezeichnet sogar den Verlust durch eine Verzögerung auf 1,3 Mrd. DM. Doch diese Argumente sind von vorne bis hinten wurmstichig, wie man es von den Atombetreibern gewohnt ist. Zwar wird nicht mehr das alte „Naturgesetz" angepriesen, wonach sich der Strombedarf alle 10 Jahre verdoppeln soll (jährlich + 7%), aber es



bleibt beim alten Prinzip – nur etwas nach unten korrigiert. Tatsache ist, daß im letzten Jahr der Stromverbrauch gesunken ist! Erstaunlich ist auch, daß Hamburg trotz des höchsten Atomstromanteils in der BRD gleichzeitig die höchsten Strompreise hat (durchschnittlich 21 Pf). Das wundert dann weniger, wenn man umgekehrt die HEW jammern hört, Brunsbüttel müsse in Betrieb bleiben, weil sie der Ausfall 600.000 DM pro Tag koste, was allein 6 Pf pro Kilowattstunde für diesen AKW-Luxus ausmacht. Längst eingestanden ist auch, daß Brokdorf auf keinen Fall „rechtzeitig" zur Verhinderung des prophezeiten ‚black out' 1987 fertig wäre.

Trotzdem sind in Hamburgs SPD – im Gegensatz zur schleswig-holsteinischen SPD und großen Teilen der Hamburger FDP – diese Phantasiezahlen Grundlage der Diskussion.

Brokdorf-„Gegner" wie Klose argumentieren denn auch vor allem neben dem überwiegend hohen Atomstromanteil, der ständig auch noch ausfällt, damit, daß eine Entscheidung für Brokdorf ihnen die Tour für die geplanten Kohlekraftwerke in Hamburg erst einmal gründlich vermasseln würde. Neben der Erneuerung des Kraftwerkes in Wedel, (das 1990 als schrottreif gilt) sollen die Kraftwerke Hafen, Moorburg 1 und 2 ausgesteuert werden, die auf vergleichsweise umweltfreundlicher Gas- und Ölfeuerung beruhen, was aber in Zukunft abgeschafft werden soll (Abhängigkeit vom Öl). Auch das Kraftwerk Tiefstack soll ersetzt werden. Gedacht wird an neue Kohlekraftwerke in Wedel (600 MW), in Tiefstack (400 MW) und drei 200 MW-Kraftwerke, eins am Haferweg in Altona, eins in der Feuerbergstaße in Ohlsdorf und ein drittes in Wandsbek (in der Jenfelder Straße auf dem Grundstück der „Marmorfabrik"). Gegen diese Kohlekraftpläne des Senats hatte sich Anfang Dezember der Landesvorstand der SPD quergelegt. Er rechnet mit erheblichen Protesten, da Kohlekraftwerke klotzig wie ein „zehnstöckiges Hochhaus" und umweltbelastend seien (Norddeutsche Rundschau, 6.12.), denn immerhin kommen rund 10% der eingesetzten Kohle als Asche wieder heraus (z. Zt. 210.000 Tonnen Asche pro Jahr) und das Schwefeldioxyd trägt zu gefährlicher Luftverpestung bei. Entweder baut man niedrige Schornsteine, womit diese Stadtteile besonders verpestet werden, oder höhere, womit ganze schon verschmutzte Teile Hamburgs in selbst gesetzwidriger Weise vergiftet würden. Fünf Jahre würde man brauchen, um durch gezielte Maßnahmen auf die gesetzlichen Mindestwerte kommen zu können (Angaben dazu s. „MoPo", 8.1., 27.11. „HA" 3., 5. und 11.12., „Welt", 8.12., „Norddeutsche Rundschau" 8.12., „Stern", 8.1.81).

Kehrtwendung auf sozialdemokratisch

Am 10. Januar war es dann soweit. Der SPD-Vorstand beschloß mit zwölf gegen zwei Stimmen, dem Parteitag einen Antrag vorzulegen, worin der Bau eines Kohlekraftwerkes in Tiefstack und von drei weiteren Heizkraftwerken (für Fernheizung und Stromerzeugung) aber vor allem die Ablehnung eines „einseitigen Ausstiegs" aus dem Brokdorf-Projekt festgeschrieben wird. Klose, der bei seinem Nein blieb, erlitt seine erste Schlappe. Die Brokdorf-Gegner im Vorstand hatten vergeblich versucht, einen Beschluß zu torpedieren. Staak und der eigens angereiste Apel (Kriegsminister) drückten einen Beschluß durch. Vorher waren neben einzelnen Senatoren und dem Fraktionsvorsitzenden Hartmann auch die IG Metall, die Afa (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer) und natürlich die HEW-Betriebsgruppe offen vorgeprescht, wobei für die letzteren gerade die dümmsten Argumente gut genug waren.

natürlich die HEW-Betriebsgruppe offen vorgeprescht, wobei für die letzteren gerade die dümmsten Argumente gut genug waren.

Umgekehrt hatten sich die Jusos, die am 2.2. eine Demonstration von der Moorweide zum Parteitag angemeldet haben, die DruPa und die GEW gegen einen Weiterbau in Brokdorf ausgesprochen. Am 20.1. soll der Beschluß des Bezirkes Altona folgen.



Sogleich begann die Springer-Presse mit dem Versuch der Demontage Kloses. Die „Welt" (12.1.81) sprach von einer *„tiefen Zäsur in der Karriere des Ersten Bürgermeisters"*; das „Abendblatt" ließ Klose im Interview über seine Pläne träumen, wenn er nicht mehr im Amt sei; die „Bild" forderte offen Kloses Rücktritt und stellte den „bekehrten" Ex-FDP-Senator Biallas vor, der just auf Urlaub aus Tansania Klose bei einer Niederlage auf dem Parteitag zum Rücktritt riet. Die erneute Hamburger FDP-Stellungnahme gegen Brokdorf führte er auf *„Furcht vor Unpopularität bei Teilen ihrer Anhänger"* zurück (in „Bild" vom 14.1.).

FDP-Schleswig-Holstein in CDU-Arme?

Noch weiter ist die Lage in Schleswig-Holstein gediehen. Kurz nach der Hamburger SPD empfahl der FDP-Landesvorstand – wie erwartet – dem Parteitag, daß sich die FDP dem Weiterbau in Brokdorf *„nicht mehr widersetzen"* solle. Allerdings ging die Abstimmung bei 10 für und 7 Gegenstimmen denkbar knapp aus. Damit ist ein Schwenk zur CDU hin vorprogrammiert. Im „Vorwärts" (1/81) hatte Mathiesen bereits von *„einer koalitionspolitischen Neuorientierung"* der FDP gesprochen. Die Kieler Jusos erklärten klipp und klar: *„Die FDP muß wissen, daß die SPD bei eventuellen Koalitionsverhandlungen einem Bau des AKWs in Brokdorf niemals zustimmen wird"* (nach „Welt", 3.1.80). Umgekehrt stellte Ministerpräsident Stoltenberg fest, daß die FDP zwar gespalten sei, aber aus seiner Sicht *„keine prinzipiellen Hindernisse für eine Koalition mit der FDP"* vorhanden seien (ebenda). Nach dem Landesvorstandsbeschluß wurde diese Debatte noch hitziger: Mathiesen verdächtigte den parlamentarischen Geschäftsführer der FDP im Landtag, Schumacher, daß *„es ihm ... möglicherweise darum gehe, die Freien Demokraten näher an die CDU heranzuführen"*. Neitzel von der FDP-Fraktion meinte daraufhin, ‚Mathiesen sei' *„drauf und dran, dieses gute Verhältnis (wie es bisher zwischen SPD und FDP bestanden habe) zu zerreden"*, die FDP werde ihre Koalitionsaussage erst 1982 treffen („Flensburger Tageblatt", 13.1.81).

Solange über den Weiterbau Brokdorf nicht zu entscheiden war, konnte in SPD und FDP vergleichsweise offen Protest gegen diese Atompolitik geäußert werden, die sich dann in mehr oder weniger verwaschenen Parteiresolutionen niederschlugen. Nun muß mit dem geplanten Weiterbau ein Rechtsschwenk in der Hamburger SPD und verstärkter Druck auf Schleswig-Holsteins SPD organisiert werden. Gleichzeitig entwickeln Teile der FDP ihre „Zuneigung" zur CDU, die früher oder später in einem offenen Schwenk zur CDU enden könnte, wobei ja schon bundesweit die Diskussion und Spekulation über eine CDU-FDP-Koalition im Gange ist. Umgekehrt trägt diese Entwicklung dazu bei, daß die bürgerlichen Parteien erst recht eine neue Radikalisierung des Widerstands zu Brok-

ist. Umgekehrt trägt diese Entwicklung dazu bei, daß die bürgerlichen Parteien erst recht eine neue Radikalisierung des Widerstands zu Brok-

dorf befürchten. In seinem Katalog gegen den Brokdorf-Weiterbau meinte Klose, daß es andernfalls *„mit Sicherheit große Demonstrationen geben"* werde. *„Die politischen Gruppierungen Grüne und Bunte werden neuen Aufwind bekommen"* („MoPo", 8.1.81). Der parlamentarische Pressedienst der SPD (PPD) ging da noch einen Schritt weiter: *„Die militanten Kernkraftgegner werden Zulauf erhalten und es ist derzeit nicht auszuschließen, daß im Zusammenhang mit dem von dem BBU sogenannten Symbol des Widerstandes gegen die Kernkraft noch das Thema Gewalt gegen den weiteren Ausbau wieder in die Diskussion kommen könnte"* (zitiert nach „taz", 12.12.80).

Und in der Tat war der Auftakt in Brokdorf dementsprechend (s. Berichterstattung im letzten Arbeiterkampf).

Ein nächster Schwerpunkt dürften die Aktionen zum Hamburger SPD-Parteitag werden (s. nebenstehenden Bericht).

AKW-Nein-Kommission



Der Schwindel um Biblis C

Die Spitzenpolitiker der hessischen Landesregierung, Karry (FDP) und Börner (SPD) sind drauf und dran, als Persönlichkeiten in die Geschichte einzugehen, nämlich als kaum zu übertreffende Lügner. Ein neues Projekt Biblis C bietet neuen Stoff dafür. Biblis C war während der Landtagswahlen noch öffentlich abgelehnt worden. Am 11.9.80 erklärte Karry – nebenbei auch Chef der Genehmigungsbehörde von Atomanlagen – der Öffentlichkeit die Sensation, daß der im April 1975 eingereichte Antrag für den dritten Block in Biblis (1.300 MW) zurückgezogen worden sei. Doch dies war nur der Auftakt zum beschleunigten Genehmigungsverfahren, die Betreiberin RWE und Karry kündigten gleichzeitig einen neuen Antrag an.

Karry sagte, „*eine entsprechende Vereinbarung sei im Einvernehmen mit der RWE getroffen worden. Ziel der Neueinreichung des Antrages sei es, alle technischen oder der Sicherheit dienenden Verbesserungen, die im Laufe des zurückliegenden Genehmigungsverfahrens erarbeitet worden seien, im neuen Antrag geschlossen vorzulegen und der Öffentlichkeit das ganze Ausmaß der Veränderung deutlich zu machen. Dadurch würden auch neue Einsprüche möglich, die sehr wohl auch zu neuen Verzögerungen beim Bau des Block C führen könnten. Dies müsse aber im Sinne einer sachlichen öffentlichen Diskussion und vor allem im Sinne der größtmöglichen Sicherheit in Kauf genommen werden*" („Darmstädter Tageblatt", 11.9.80). Das hört sich auf den ersten Blick beinahe nach wachsender Sorge um bessere Sicherheit eines AKWs an. Doch einige Sätze später konnte man lesen, daß „*neuerliche Gutachten nicht erforderlich seien*", da sich an den geologischen und meteorologischen Erkenntnissen nichts geändert und Auflagen „*zu wesentlichen Verbesserungen im Bereich der Sicherheit geführt*" hätten. Da kann man gar nicht falsch liegen, wenn man vermutet, daß bei solchen „Verbesserungen" überhaupt nicht an ein neues Genehmigungsverfahren gedacht ist. Im Gegenteil, Dr. Rudolf Gluck, Chef des deutschen Atomforums, erklärte zu den neu anstehenden Genehmigungsverfahren, „*daß Sicherheit nicht das wirkliche Problem der Kernenergie sei*". Das Problem sei vielmehr „*die Straffung der Genehmigungsverfahren, damit als Ergebnis die Baukosten für AKWs*

„*daß Sicherheit nicht das wirkliche Problem der Kernenergie sei*". Das Problem sei vielmehr „*die Straffung der Genehmigungsverfahren, damit als Ergebnis die Baukosten für AKWs*

wieder planbar und berechenbar werden" (in „Wochenzeitung für Technik und Wirtschaft" vom 5.12.80).

Wie weit diese Pläne schon gediehen sind, macht ein Einblick in den Gang der Dinge deutlich: Am 29.11. kündigte Gluck in der „FR" an, „*daß seine Organisation Helmut Schmidt in Kürze Vorschläge zu einer Beschleunigung des Verfahrens vorlegen werde*". Dabei begrüßte er, „*daß Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung angekündigt hat, eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren zu prüfen, eine Prüfung allein genüge jedoch nicht, ... vor allem die Zahl der Genehmigungsschritte müsse drastisch reduziert werden*".

Statt einer Vielzahl von Teilerrichtungsgenehmigungen durch die Behörden soll es „als Nahziel" höchstens noch drei geben. Allerdings bestehe „*hinreichende Investitionssicherheit*" nur dann, wenn das Ganze „*durch einen einzigen Bescheid geregelt werden kann*".

In diesem Sinne soll bei im Bau befindlichen Anlagen oder bei Änderungen des AKWs ein öffentliches Genehmigungsverfahren nicht mehr stattfinden. Schließlich sollen zur Ausschaltung kommender Einsprüche Landesentwicklungspläne zum Gesetz erhoben werden. „*So ließen sich notfalls auch entgegenstehende kommunale Planungen überwinden. Die Gemeinden seien heute ohnehin durch die Anforderungen der Standortbestimmungen vielfach überfordert*" (nach „Welt" vom 8.1.81). Mit diesem Programm soll der „*Investitionsstau von 30 Mrd. DM ... schnell abgebaut werden*", d.h. schnell sollen 10 - 15 AKWs genehmigt werden.

Bereits am 12.1. hieß es dann: „*Die Bundesregierung prüft derzeit in Gesprächen mit den Bundesländern, wie das Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke gestrafft werden kann. Die zuständigen Bundesressorts wollen sich Ende dieses Monats über die Frage verständigen*". Es sei an „*einen gemeinsamen Rahmen für den Ausbau der Kernenergie gedacht*". Zur Unterstützung behauptete die CDU, daß die „*Kernenergiepolitik jetzt völlig in der Sackgasse sei... Die Verzögerungen würden zur Zeit nicht von den Verwaltungsgerichten verursacht, sondern auch von unschlüssigen Politikern. Hinhaltendes Verhalten der Politik färbe auf die Genehmigungsbehörden ab*" (alle Angaben aus „FAZ", 12.1.81). Gemeint ist wohl mit letzterem, daß die Parteipolitiker ja selbst in diesen Genehmigungsbehörden sitzen. Kein Wunder, daß inzwischen die KWU der Öffentlichkeit die „*sichere Baulinie 80*" anpreist, wonach dann in Zukunft nur noch die Anzahl und die Standorte staatlich festgelegt werden müßten. Aller „Plunder" (schein-)demokratischer Genehmigungsprozesse soll verschwinden.



Schluß mit dem Baustopp geplant

Hintergrund dieses Treibens ist die Tatsache, daß seit 1977 lange Zeit keine AKW-Genehmigungen mehr erteilt worden sind. Es handelt sich dabei um Biblis C und D, beantragt am 18.4.75,
Vahnum 1 und 2 (am Niederrhein) vom 29.11.74,
Neckarwestheim II vom 23.6.75,
Hamm (Westfalen) vom 2.7.75,
Ohu II vom 21.11.77,
Borken vom 11.9.74 und
Lingen (Emsland), 17.8.78.

Im Juni 1977 war als letzte die erste Teilerrichtungsgenehmigung von Philippsburg II erteilt worden. Bei diesem Baustopp spielten verschiedene Faktoren eine Rolle:

Im Juni 1977 war als letzte die erste Teilerrichtungsgenehmigung von Philippsburg II erteilt worden. Bei diesem Baustopp spielten verschiedene Faktoren eine Rolle:

Auf das gigantische Atomprogramm, das im 1. und 2. Energieprogramm der Bundesregierung vorgelegt worden war, folgte 1976 eine bisher einmalige Protestbewegung in der BRD, die immerhin an allen Schauplätzen der Auseinandersetzung einen gerichtlichen Baustopp zur Folge hatte (Der Weiterbau in Brokdorf wurde gerichtlich erst kürzlich wieder freigegeben, Wyhl soll in diesem Jahr neu verhandelt werden). Dies war auch ein wesentliche Faktor, der zum Genehmigungsstopp neuer Anlagen führte.

Der Unfall in Harrisburg legte die bisherige „Sicherheitsphilosophie" der Betreiber zu den Akten, wonach eine kosmische Katastrophe wahrscheinlicher als ein AKW-Unfall sei. Stattdessen wurde auf breiter Ebene bekannt, daß AKWs derartige Brucheinrichtungen sind, daß alle Jahre wieder mit neuen Überraschungen zu rechnen ist und Generalüberholungen ständig fällig werden.

Zum dritten mußten die Atomgesetze ständig umfrisiert werden, weil sie auf der Aussage der Atombetreiber, eine Entsorgung sei leicht zu gewährleisten, beruhten. Dies entpuppte sich jedoch auch für eine bereitere Öffentlichkeit als Lüge. Forderte anfangs das Atomgesetz für jede Genehmigung eines AKW eine „sichere Entsorgung" einschließlich WAA und Endlager, so muß inzwischen nur noch die Absicht der Bereitstellung eines Abstellplatzes für Atommüll vorgewiesen werden.

Denn ab 1981 soll jährlich mindestens ein AKW genehmigt werden; das erfordert natürlich ein gründliches Aufräumen. Noch im Sommer 1980 entschied das Bundesverwaltungsgericht, daß während des Baus an einem AKW keine konzeptentscheidenden Änderungen vorgenommen werden dürfen. Derartige Änderungen hätten über ein Genehmigungsverfahren unter Einbeziehung von Einspruchsmöglichkeiten der Bevölkerung zu laufen. Hintergrund war die Tatsache, daß Mülheim-Kärlich im wesentlichen baugleich mit dem Unglückreaktor von Harrisburg ist. Auch in den übrigen AKWs gelten inzwischen ganze Anlagenteile als überholt, bzw. das Kontrollsystem wird völlig neu gestaltet.

Auch der Typ der Siedewasserreaktoren (Brunsbüttel, Krümmel) gilt inzwischen mehr oder weniger als schrottreif.

So verwundert es kaum, daß Karry und die KWU einvernehmlich den alten Antrag für Biblis C als „überholt" ansehen. Doch mit der alten Arroganz wird jetzt behauptet, die neue „Baulinie 80" sei perfekt.

Biblis C nur ein „Ersatzreaktor"

Zwei Monate nach Karrys Verlautbarung über einen neuen Antrag für Biblis C nach der „Baulinie 80" erklärte der Generalbevollmächtigte der RWE in Essen, Eitz: „*Ein dritter Reaktorblock in Biblis kann nicht lediglich als Ersatz für den Block A gelten.*" Denn er gehe davon aus, daß dieser Reaktortyp „*mindestens 30 Jahre betrieben werden könnte, ausgelegt seien sie sogar für eine Betriebsdauer von 40 Jahren*" („FR", 29.11.80). Die hessische Genehmigungs- und Kontrollbehörde wollte gleichzeitig mit einer Betriebsdauer von 25 Jahren rechnen. Mit diesem Ergebnis könne dann „*die Wirtschaft zufrieden sein... Die Stillegung komme nur dann in Betracht, wenn die Nachrüstung eines AKWs auf den neuen Stand von Wissenschaft und Technik notwendig, aber aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich sei. Das Atomgesetz sehe für alle Fälle behördlich angeordneter Stillegung, die der Betreiber nicht zu verantworten habe, ausdrücklich eine Entschädigung durch das jeweilige Land oder den Bund vor*" („FR", s.o.).

Nach dieser Logik soll der Reaktor Biblis C jetzt als Nachfolger von Biblis A verkauft werden, mit dem man dann noch die staatliche Stillegungsprämie im Verschrottungsfalle sparen könne: „*Der älteste Reaktorblock in Hessen, Biblis A, ist dann, wenn man die Zeiträume realistisch betrachtet, in den 90er Jahren ziemlich veraltet. Möglicherweise könnte er früher abgeschaltet werden als bisher geplant.*" In diesem Sinne hatte Börner Anfang November im Landtag erklärt, er würde eine Genehmigung für Block C begrüßen, da er Block A ersetzen könne („FR", 1.12.80). Also nicht Börners Atomwahn, sondern die SPD-Devise von so wenig Atomstrom wie möglich soll hier Pate stehen.

Atomwahn, sondern die SPD-Devise von so wenig Atomstrom wie möglich soll hier Pate stehen.

Lauthals kündigte der Juso-Unterbezirksvorsitzende Hessen-Süd, Schmidt, „*große Widerstände in der Parteibasis*" an. Man denke schon „*für Süd-Hessen an eine konzertierte Umweltaktion mit BUND, DGB, Jungdemokraten und Grünen ... ein weiterer Block könne zur zweiten Startbahn West für Börner werden*". Sie rechneten damit, daß sie „*beim Sonderparteitag des Kreises Bergstraße die Nase vorn haben werden*" („Darmstädter Tageblatt" vom 27.11.80). Doch im Taumel dieses sicheren Sieges wurden die Jusos einmal mehr von Börner, der vor Landtagswahlen erklärt hatte, „*an Biblis C sei nicht zu denken*", an der Nase herumgeführt. Auf dem Parteitag wurde lediglich beschlossen, daß „*eine endgültige Betriebsgenehmigung nur bei entsprechender Entsorgung der Blöcke A und B erteilt wird*". Das sollte immerhin selbstverständlich sein, da dies das Atomgesetz verlangt. Weiter wurde beschlossen, „*daß die Errichtung von Block C in Biblis zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in überschaubarer Zukunft nicht notwendig ist*". Damit hat Börner sein proklamiertes Ziel, die bislang „*ablehnende Haltung der Bergsträßer Sozialdemokraten dem Kurs des hessischen Ministerpräsidenten Börner näherzubringen*" erreicht („FR", 1.12.80).

Der CDU ist das alles noch zu lasch, selbst Karrys „*immer wieder zur Schau gestellter Optimismus*" ist der CDU zufolge „*in der letzten Zeit merklich abgekühlt*" („FR", 8.10.). Immerhin hatte es Karry gerade geschafft, die Lagerhalle für „leicht und schwach radioaktiven Müll" unter Umgehung des Atomgesetzes ohne vorgeschriebenes öffentliches Genehmigungsverfahren letzte Woche in Betrieb gehen zu lassen. Dort können 1.000 Atommüllfässer eingelagert werden.

Es ist an der Zeit, daß die hessischen BIs auch für Biblis den Widerstand verstärkt organisieren. Die AGU Darmstadt lädt am 23.1.81, um 19.30 Uhr in das Jugendzentrum Lampertheim zu einem Treffen dazu ein.

KB/Gruppe Darmstadt und AKW-Nein-Kommission

Wieder Unfall in La Hague

In der Nacht zum Dienstag, 6.1.81, brach in einem unterirdischen Lager für verbrauchte Kernbrennstoffe in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague ein Feuer aus, das trotz der stets betonten Sicherheit in Atomanlagen erst am Morgen entdeckt wurde. Die für die WAA La Hague verantwortliche Firma COGEMA benötigte einen weiteren Tag, um den „kleinen" Unfall zu löschen. Es mangelte nämlich an geeignetem Löschmaterial, das erst aus dem 200 km entfernten Le Havre mit einem Lastzug angefahren werden mußte („FR", 8.1.81). Da man sich vonseiten der Betreiber bereits bei der Entdeckung des Feuers darüber im Klaren war, daß „*die radioaktive Belastung der Atmosphäre ... auf keinen Fall über das zulässige Maß ansteigen*" könne und deshalb auch keine Gefahr für die Bevölkerung bestünde, entschied man sich dafür, die Bevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen und unterrichtete die Öffentlichkeit folglich erst am Dienstagabend von dem Unfall („FR", 8.1.).

Die Mitteilungen der französischen Gewerkschaft CFDT und französischer Umweltschützer zum Unfallhergang und seinen Folgen lassen die wie üblich verharmlosenden Meldungen der WAA-Betreiber in einem ganz anderen Licht erscheinen. Danach brach das Feuer in einem unterirdischen Tank aus, in dem Brennstabhüllen nach der Wiederaufarbeitung zwischengelagert wurden. Es handelt sich dabei um hochaktive Abfälle, die unter Wasser gelagert werden. Aufgrund einer Undichtigkeit der Tanks und des Ausfließens von Wasser kamen die hauptsächlich aus Magnesium bestehenden Hüllen mit Luft in Berührung. Das Magnesium reagierte heftig mit der Luft und entzündete sich. Die dabei entstandenen hohen Temperaturen haben mit Sicherheit zu erheblichen Zerstörungen innerhalb des Tanks, also auch der Brennelementhüllen, geführt. Die Wahrscheinlichkeit,daß radioaktive Stoffe, wie Strontium und Caesium dabei an die Umwelt abgegeben wurden, kann als sehr hoch angesehen werden („taz", 12.1.). Während die Direktion der WAA davon sprach, daß nur innerhalb des Silos eine radioaktive Verseuchung festgestellt werden konnte, und in die Atmosphäre nur sehr geringe und zulässige Strahlenmengen entwichen seien („FR", 8.1.), berichtete die CFDT, daß noch in 15 km Entfernung von der Brandstelle eine erhöhte Radioaktivität festgestellt werden konnte („SZ", 13.1.). Am 13.1. gab dann auch die Direktion zu, daß radioaktives Caesium entwichen sei, und ein Maler und 19 Feuerwehrleute radioaktiv bestrahlt wurden. Das „Anti-Nukleare Koordinationskomitee" Frankreichs berichtet am selben Tag jedoch von 400 radioaktiv verseuchten Personen, von denen 19 schwer betroffen seien („SZ", 13.1.).

Aufgrund der Tatsache, daß Magnesiumbrände mit Wasser nicht gelöscht werden können, sich im Gegenteil sogar durch Bildung von Wasserstoff bei Zugabe von Wasser noch verstärken können, mußte mit Stickstoff gelöscht werden. Da dieser aber in La Hague nicht vorrätig war, mußte es erst aus Le Havre rangeschafft werden. Die Brennelementhüllen wurden dann mit flüssigem Stickstoff überschwemmt. Erst dadurch konnte der Brand gelöscht werden („taz", 13.1. und „FR", 8.1.).

Auf einer Demonstration von rund 2000 Beschäftigten der WAA La Hague am 8.1., zu der alle Gewerkschaften aufgerufen hatten, wurden besserer Schutz für die Beschäftigten und für die Bevölkerung und wirksamere Sofortmaßnahmen bei derartigen Unfällen gefordert. Das französische „Anti-Nukleare Koordinationskomitee" rief zudem zu einem landesweiten Aktionstag auf („SZ", 13.1.). Darüber hinaus wurde der Betreiberfirma COGEMA von der Gewerkschaft CFDT eine „zügellose Geschäftspolitik" („SZ", 13.1.) vorgeworfen. Die CFDT forderte die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission und den Rücktritt der Direktion.

Es wurden nach dem Unfall nicht die gefährdeten Arbeiter evakuiert, es wurden keine Kontrolluntersuchungen durchgeführt, es wurde so lange wie möglich geschwiegen und ständig verharmlost. Dieses Verhalten kennen wir zur Genüge von den bundesdeutschen AKW-Betreibern. Darüber hinaus kann ein solcher Unfall in der Zukunft auch in der BRD passieren, denn eine Zwischenlagerung von Brennelementhüllen unter Wasser wird auch von der Bundesregierung und den hiesigen AKW-Betreibern offiziell angestrebt („taz", 12.1.).

Anti-AKW-Kommission



Nach menschlichem Ermessen Strahlenrisiko minimal — Zeichnung: Peter Leger

Rechtsbeugung?

Der BBU-Vorstandsvorsitzende und drei weitere Umweltschützer haben Würzburger Richter wegen Rechtsbeugung angeklagt, für die eine Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis verhängt werden könnte. Durch „*Sachverhaltsverfälschung*" und „*falsche Anwendung von Rechtsnormen*" hätten die Richter eine Entscheidung herbeigeführt, mit der „*eindeutig rechtswidrige Praktiken von Polizisten gebilligt wurden*".

In der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1977 umstellten auf der Autobahn Würzburg-Fulda 50 Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag einen Omnibus auf dem Weg nach Brokdorf. Nach einer Personenkontrolle fanden die Bullen bei der Durchsuchung zwei Gasmasken, vier Helme, Transparente, eine Kombizange und 40 cm Kabel. Diese Funde reichten den Richtern aus, um den Bullen zuzugestehen, daß es sich „*möglicherweise doch um potentielle gewalttätige Demonstranten handeln könnte*", so daß die „*Unterbindung der Weiterfahrt*", um „*die zeitgerechte Anreise*" in Brokdorf „*unmöglich zu machen*" eine „*angemessene, zweckmäßige und geeignete, notwendige polizeiliche Maßnahme*", gewesen sei. Daß es dabei nicht um Rechts- sondern Willkürmaßstäbe geht, habe die Richter sehr deutlich erklärt. Sie sprachen von der „**Abwehr einer bevorstehenden Anscheinsgefahr**".

Die Richer hatten das Stattfinden einer „*rechtswidrigen Ingewahrsamsmaßnahme*" bestritten, denn „*allenfalls sei der Bus festgehalten worden, nicht aber die Insassen*" (Zitate nach Spiegel 12.1.81). Die Richter irritierte bei dieser abenteuerlichen „Logik" nicht einmal die Tatsache, daß die Businsassen nur mit bewaffneter Polizeibegleitung vom Bus zur Toilette marschieren durften. Inge Ammon erklärte zur Begründung der Anzeige, daß man so „*praktisch jede Kundgebung verhindern*" könne.

Die Politiker, allen voran der damalige Innenminister Maihofer , hatten erklärt, daß sich mit diesen Polizeipraktiken in Brokdorf „*der Rechtsstaat bewährt*" habe. Angeblich sei damit die „Schlacht von Brokdorf" verhindert worden.

AKW-Nein-Kommission

Startbahngegner nehmen doch am Hearing teil

Die Vorbereitungen zu der vom Hessischen Landtag Anfang Februar veranstalteten „Anhörung zum Ausbau des Flughafens Frankfurt" haben in den letzten zwei Wochen eine überraschende Wendung genommen. Nachdem sich ein Sinneswandel bereits vorher abzeichnete, faßte das Plenum der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein Main am 15.1. mit großer Mehrheit den folgenden Beschluß: *„Die BI ist bereit, die ihr vom BBU angebotene Redezeit während der Anhörung zu nutzen. Die BI gibt im Rahmen ihrer Redezeit ihre Einschätzung der Anhörung zu Protokoll und wertet aus ihrer Sicht die Politik der hessischen Landesregierung in Sachen Startbahn West. Die BI erstellt einen Fragenkatalog an die geladenen Experten. Werden diese Fragen nicht zugelassen, verläßt die BI die Anhörung."*

Schon vorher hatten die Kommunale Arbeitsgemeinschaft der gegen die Startbahn West klagenden Gemeinden und Vertreter der hessischen Naturschutzverbände erkennen lassen, daß sie an dem Hearing teilnehmen wollen. Ausschlaggebend für den Beschluß der BI, die die Konzeption der Landtags-Veranstaltung von Anfang an scharf kritisiert hat, war das Bemühen, eine Spaltung der Startbahngegner an dieser Frage zu vermeiden und das voraussichtlich starke öffentliche Interesse an dem Hearing zu nutzen, um die eigenen Argumente vorbringen zu können.

Trotz dieser wichtigen Überlegungen stellt sich allerdings die Frage, ob diese Taktik nicht erhebliche negative Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen haben könnte. Betrachtet man die Themenstellung wie auch die geplante organisatorische Durchführung des Hearings, kommt man eindeutig zu dem Schluß, daß es sich um eine zutiefst undemokratische und zudem noch rechtlich völlig irrelevante Veranstaltung handelt. Nicht einmal ein Beschluß des Landtags im Anschluß an das Hearing ist vorgesehen, geschweige denn, daß die Landesregierung und die Flughafen AG bereit wären, ihre Haltung von den Ergebnissen der Anhörung abhängig zu machen. Andererseits werden die Startbahnbefürworter insbesondere jetzt, wo selbst die BI ihre Teilnahme beschlossen hat, keine Gelegenheit auslassen, um zu betonen, daß man alle Möglichkeiten ausgeschöpft, alle Fragen wiederholt, geprüft und die Bedenken der betroffenen Bevölkerung ernst genommen habe..., um schließlich doch wieder zu dem bereits feststehenden Ergebnis gekommen zu sein: Der Ausbau des Flughafens sei unumgänglich notwendig.

Es ist nicht zu übersehen, daß insbesondere Vertreter der SPD Südhessen den Startbahngegnern dazu rieten, trotz aller Bedenken an dem Hearing teilzunehmen.

Das seit Ende letzten Jahres hektische Gerangel um das Hearing ist jetzt in die letzte und entscheidende Phase getreten:

Nachdem am 7.1.81 der „Bericht aus der Sicht der Bürgerinitiativen" von Alexander Schubart (siehe nebenstehenden Artikel) in den hessischen Medien starke Beachtung fand, nahmen am gleichen Tag auch die Bürgermeister der vom Startbahnbau betroffenen Städte und Gemeinden kritisch zum Hearing Stellung.

Die „Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafenerweiterung" (ein Zusammenschluß von 9 der gegen die Startbahn gerichteten, zumeist SPD-regierten Städte und Gemeinden aus dem Kreis Groß-Gerau), erklärte in einem Brief, daß sie sich nicht an dem Hearing beteiligen würden, falls nicht bis zum 19.1.81 auf ihre Kritik eingegangen werde.

Im einzelnen forderten sie:

– zusätzliche Einladungen an Städte und Gemeinden aus den Landkreisen Offenbach, Darmstadt und Main-Taunus sowie an die Stadt Kelsterbach;

– zusätzliche Einladungen an die Personalvertretungen und Betriebsräte der Bundesanstalt für Flugsicherung und der Lufthansa sowie an die Vereinigung Cockpit, die in der Vergangenheit kritisch Stellung bezogen hatten,

– zusätzliche Einladungen an die 5 anerkannten hessischen Naturschutzverbände, den hessischen Umweltbeirat, Botaniker, Forsthydrologen, Landschaftsplaner und medizinische Gutachter, sowie an einen Experten mit Erfahrungen in der Luftverkehrsplanung;

– zusätzliche Einladungen an den Fluglärmbeauftragten des hessischen Wirtschaftsministers und an die „Kommission zur Abwehr des Fluglärms für den Frankfurter Flughafen";

– schließlich müsse auch eine Einladung an die örtliche BI erfolgen.

Neben der Kritik an der Einladungspraxis forderten die Gemeinden, *„daß alle Gutachten und Stellungnahmen, die vor und nach dem Planfeststellungsbeschluß für die Startbahn West entstanden, den Teilnehmern ausgehändigt werden"* (alle Angaben aus „FR", 8.1.81). Zum Schluß heißt es: Eine Teilnahme an der Anhörung *„verbietet sich für uns, wenn sie in Form eines Untersuchungsausschusses durchgeführt wird."* Deshalb bestünden die Gemeinden darauf, daß *„die Kommunen zu jeder Zeit und zu allen Themenbereichen Rede- und Fragerecht erhalten"* („FR", 8.1.81).

Am 9.1.81 reagierte der sogenannte „Anhörungsvorstand" des Landtages erstmals auf die Kritik. In großaufgemachten Berichten der hessischen Medien versuchte er, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es ein *„Einlenken auf die Forderungen der Startbahngegner"* („FR"-Schlagzeile vom 10.1.81).

Tatsächlich wurden aber lediglich kosmetische Veränderungen an der Durchführung des Hearings vorgenommen, und zusätzlich 3 Gemeinden (Offenbach, Neu-Isenburg, Kelsterbach) sowie 3 weitere Gutachter eingeladen (beileibe nicht alles Gegner der Flughafenerweiterung). Die Anhörungsdauer wurde um 2 Stunden pro Tag verlängert, und eine Dokumentation aller Gutachten soll erstellt werden. Die wesentlichen Forderungen der BI und der Gemeinden wurden gar nicht erst erwähnt. Die Medien spielten aber bereits bei diesem ersten Täuschungsmanöver mit und stellten den Anhörungsvorstand als sehr kompromißbereit dar. Dies läßt für die Berichterstattung über das Hearing selbst nichts Gutes erwarten. Aber auch Bürgermeister Brehl (SPD) von Mörfelden-Walldorf – Unterzeichner des Briefs der Gemeinden – bezeichnete dies als *„Schritt in die richtige Richtung"*.

Bei einer Rede am 11.1. rückte Brehl dann auch von einer wesentlichen Forderung wieder ab. Hieß es noch in dem Brief der Gemeinden, ohne Rede- und Fragerecht verbiete sich eine Teilnahme am Hearing, so erklärte er, daß nun eben die Landtagsabgeordneten kritische Fragen stellen sollten. Damit gab Brehl jedoch etwas vom „Eingemachten" preis. Da die hessischen Landtagsabgeordneten zu 95 % (!) für die Flughafenerweiterung gestimmt haben, fällt es äußerst schwer, daran zu glauben, daß ausgerechnet sie die Fürsprecher der Startbahn mit gezielten Fragen in Verlegenheit bringen werden.

Die Haltung der Naturschutzverbände und des BBU

Die Haltung der Naturschutzverbände und des BBU

Die 5 hessischen Naturschutzverbände (Bund Umwelt und Naturschutz, Deutscher Bund für Vogelschutz, Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz, Landesjagdverband, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald) hatten zwar bei einer Besprechung mit Börner am 25.11.80 eine Einladung zum Hearing zugesichert bekommen, aber dennoch nicht erhalten. Der Anhörungsvorstand argumentierte, daß die Verbände schließlich Mitglied des eingeladenen „Naturschutzzentrums" seien. Dieser Verband darf allerdings höchstens zwei Vertreter zum Hearing entsenden.

Ebenso verhält es sich mit der Einladung der BI. Auch hier brachte der Anhörungsvorstand sinnigerweise vor, die BI sei ja als Untergliederung des BBU berücksichtigt. Dieser hatte eine Einladung erhalten, aber mit dem Hinweis auf die Nichtberücksichtigung der BI erklärt, daß er sie nicht annehmen werde. Später bot der BBU der BI schriftlich an, seinen Platz einzunehmen, worauf diese schließlich einging.

Eine Entscheidung der Naturschutzverbände steht noch aus. Der BUND hatte sich mit der BI solidarisch erklärt und wollte sein Verhalten von ihren Entscheidungen abhängig machen. Nachdem sich die BI mittlerweile zu einer Teilnahme entschlossen hat, werden die Verbände mit Sicherheit nicht zum Boykott aufrufen.

SPD, FDP, CDU – das Hearing und die Kommunalwahlen

Das Hearing hat insbesondere für die SPD große Bedeutung. Vor allem im Kreis Groß-Gerau, in der unmittelbaren Nähe der Startbahn, aber auch in weiteren Gebieten Hessens, gestalten sich die Kommunalwahlen am 22. März als „heikel". In vielen Städten und Gemeinden haben sich grüne oder alternative Listen konstituiert, die der SPD eine Menge Stimmen abnehmen könnten. Besonders das Wahlverhalten der Bevölkerung des Kreises Groß-Gerau wird einen wesentlichen Einfluß auf den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung haben. Verlieren SPD und FDP nur wenig Stimmen, so würde dies von der Landesregierung als Votum für ihre Politik interpretiert werden.



Eine Schlappe jedoch – wie beispielsweise 1978 das Abschneiden der GLU in Gorleben -- würde den Bau der Startbahn West erschweren.

Die SPD versucht deshalb seit

weise 1978 das Abschneiden der GLU in Gorleben -- würde den Bau der Startbahn West erschweren. Die SPD versucht deshalb seit

ihrem südhessischen Parteitag vom November 1980, ihre Verantwortung für den Bau der Startbahn zu vertuschen. Mit dem Hearing will sie – zumindest bis zum Wahltermin – den Eindruck erwecken, als sei ihre Entscheidung noch offen. So hofft sie, doch noch glimpflich über die Kommunalwahlen zu kommen. Insbesondere die Tatsache, daß die Grünen in Hessen schwach sind (aber nichtsdestotrotz ein Zusammengehen mit Linken rigide ablehnen), erlaubt es der SPD, Regierung und Opposition gleichzeitig zu spielen. Während also Börner und die anderen Regierungsmitglieder der SPD keinen Millimeter von ihrer Position abrücken, bietet sich die SPD Südhessen als Plattform an, die die „Bedenken der Bürger" bei den Herrschenden vorbringt. So absurd es ist – für die relativ kurze Zeit bis zu den Kommunalwahlen ist dieses Spielchen „machbar". Einige Kostproben dieser Supertaktik:

Der voraussichtliche Vorsitzende des Hearings, der SPD-Abgeordnete Erwin Lang, versichert, *„daß er für eine objektive und gründliche Diskussion und Meinungsbildung sorgen werde. Man solle dem geplanten Hearing nicht von vornherein negativ gegenüberstehen"* (FR, 12.12.80).

Er machte gleichzeitig den Versuch, die Verantwortung für den Ablauf des Hearings der FDP und der CDU in die Schuhe zu schieben, und behauptete, die SPD hätte sich angeblich für eine Diskussion zwischen Gegnern und Befürwortern der Startbahn eingesetzt. Tatsächlich hat es lediglich eine Kontroverse darüber gegeben, ob Börner noch **vor** den Kommunalwahlen eine Regierungserklärung zum Flughafenausbau und dem weiteren Verfahren der Landesregierung abgeben soll (was die SPD

Kommunalwahlen eine Regierungserklärung zum Flughafenausbau und dem weiteren Verfahren der Landesregierung abgeben soll (was die SPD

natürlich nicht möchte). Obwohl auch hier die Medien versuchen, die Sache so darzustellen, als ob Börner wirklich noch vor den Wahlen diese unpopuläre (weil die Startbahn befürwortende) Erklärung abgeben werde, heißt es im Beschluß des Landtages vom 12.12.80 nur: *„Der Landtag ersucht die Landesregierung, nach Abschluß der Anhörung durch eine Regierungserklärung im März 1981 dem Landtag mitzuteilen, wie sie in Sachen 'Startbahn 18 West' weiter zu verfahren beabsichtigt."*

Daß Börner und die SPD sich daran halten werden, muß bezweifelt werden. Dieser Beschluß läßt im übrigen noch 9 Tage im März **nach** den Wahlen offen! Der ehemalige hessische Umweltminister und Startbahn-Befürworter, Görlach, hat am 13.1.81 erklärt, *„die Landtagsanhörung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens kann zum Wendepunkt in der bisher ablehnenden Haltung der südhessischen SPD werden, wenn von den Fachleuten die unbedingte Notwendigkeit des Baus der Startbahn West nachgewiesen wird"* (FR, 14.1.81). Für ihn sei das Hearing *„keine Alibi-Veranstaltung"* (FNP, 15.1.81). Halten wir zunächst einmal fest: Daß das Hearing umgekehrt zum „Wendepunkt" in der Politik der Landesregierung werden könnte, zieht er gar nicht erst in Betracht. Görlach will 1. den Eindruck erwecken, als ob die südhessische SPD gegen **den** Bau der Startbahn sei, und 2. daß das Hearing überhaupt eine „Wende" her-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Hearing zur 3. Startbahn: Egal, wie es ausgeht – FAG kann bauen

Interview mit Hessens Wirtschaftsminister Karry

BILD: Von der Anhörung vor dem Landtag (2.–5. Februar) über die geplante Startbahn West erhoffen sich Ausbaugegner eine Änderung der Positionen.

Karry: Das Hearing kann ausgehen wie es will oder zu Ergebnis-

Änderung der Positionen.

Karry: Das Hearing kann ausgehen wie es will oder zu Ergebnis

sen führen, wie immer sie auch aussehen mögen – für die Landesregierung wird es keine Konsequenzen geben.

BILD: Wenn aber das Hearing das Gegenteil Ihrer Erwartungen bringen soll, denken Sie oder die Landesregierung dann an Rücktritt?

Karry: Ein klares Nein. Hier hat ja das Gericht in letzter Instanz die Entscheidung getroffen, daß der Planfeststellungsbeschluß rechtsgültig und damit die Tätigkeit der Landesregierung insoweit abgeschlossen ist.

BILD: Warum dann ein Hearing?

Karry: Der Landtag hat eine Initiative ergriffen, sich selbst und auch die Öffentlichkeit informieren zu lassen. Das ist eine Sache, die man nur begrüßen kann.

itiative ergriffen, sich selbst und auch die Öffentlichkeit informieren zu lassen. Das ist eine Sache, die man nur begrüßen kann.

BILD: Rechnen Sie, auch nach positivem Ausgang der Landtagsanhörung, mit weiterer Kritik?

Karry: Ich glaube, wenn das Hearing abgeschlossen ist, daß dann auch die letzten Zweifel in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch der politisch Verantwortlichen beseitigt sind.

BILD: Und wann ist Baubeginn?

Karry: Man geht davon aus, daß im Herbst gerodet wird. Aber das ist eine Sache, die von der FAG und nicht von der Landesregierung entschieden werden muß.

„BILD" vom 12. Jan. 1981

Nochmal: Was ist mit dem ausgelaufenen Kerosin??

Mitte Dezember waren auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen Schäden am Leitungssystem für die Versorgung mit Flugzeugtreibstoff festgestellt worden. Ein Druckabfall ließ eindeutig darauf schließen, daß – wie schon früher einmal – Kerosin ausgelaufen sein mußte. In diesem Fall soll der Treibstoff allerdings im Bereich unter der nördlichen Start- bzw. Landebahn ausgelaufen sein, was bedeuten würde, daß die Piste aufgerissen und das betroffene Erdreich abgetragen werden müßte, also eine einschneidende Beeinträchtigung des Luftverkehrs auf dem Airport. Offensichtlich ist dies der Grund, weshalb die zuständigen Behörden zwar eine Untersuchung zusicherten, jedoch nun schon seit vier Wochen nichts mehr darüber verlauten lassen. Soll eine Grundwassergefährdung und möglicherweise sogar Trinkwasservergiftung in nahegelegenen Brunnen in Kauf genommen werden, nur um die Geschäfte der FAG nicht zu beeinträchtigen? Oder will man unter allen Umständen vermeiden, angesichts der laufenden Auseinandersetzungen um die Flughafenerweiterung einen weiteren Öko-Konflikt aufbrechen zu lassen? Das Schweigen über dieser Angelegenheit ist mehr als seltsam!

Fortsetzung von der vorherigen Seite

beiführen könnte! Nachweislich ist aber die südhessische SPD gar nicht gegen d e n Bau der SW, sondern nur gegen einen „*u n n ö t i g e n*" Bau. 3. hat die Meinung der südhessischen SPD sowieso nicht viel zu sagen, denn Börner betont immer wieder, daß Parteitagsbeschlüsse für ihn nicht bindend seien. Und 4.wird es nachweislich keine „Wende" beim Hearing geben, denn Börner war wieder mal bescheuert genug, dem Flörsheimer Bürgermeister im trauten Zwiegespräch zum Verkauf des Gemeindewaldes zu raten, da die Startbahn – „*komme, was wolle*" – gebaut werde (wovon die BI erfuhr, die es in einem Offenen Brief zur Sprache brachte).

Gegenüber dem Taktieren der SPD legt die FDP überaus großen Wert auf „Straightheit". In einem Interview der „BILD"-Zeitung (12.1.81) fegt Karry auch die letzten Illusionen beiseite, es könne sich bei dem Hearing um mehr als reines Theater handeln. Die Startbahn werde gebaut, alles sei nun Sache der FAG, Landesregierung und Parlament hätten ohnehin nichts mehr damit zu tun. Das Interview wurde nicht dementiert...

Wenn dem so ist, wird man von den Startbahngegnern freilich kaum verlangen können, ein wie immer geartetes Ergebnis der Landtagsanhörung ihrerseits anzuerkennen. Damit aber hätte das Hearing seinen eigentlichen Sinn schon verfehlt, noch bevor es angefangen hat: die Bürger von der Straße herunterzuholen, um den Konflikt durch ein scheinbar neutrales „Expertengremium" entscheiden zu lassen. Wir sollten von den Erfahrungen des Gorleben-Hearings lernen. Was Albrechts Konzeption schließlich nachhaltig durcheinander brachte, war die Tatsache, daß sich die WAA-Gegner nicht davon abhalten ließen, den Experten ihre eigene Meinung vorzuführen. Daraus entstand damals der Treck nach Hannover, der Albrecht dann zu der Feststellung brachte, die WAA sei in Niedersachsen „nicht durchsetzbar".

Es ist höchste Zeit, überall im Rhein-Main-Gebiet über außerparlamentarische Aktionen zu diskutieren, um die Veranstaltung im Landtag im Sinne eines wirklichen „Bürgerdialogs" zu ergänzen.

KB/ Gruppe Frankfurt



Alexander Schubart

Das Landtagshearing zur Startbahn West
Ein Bericht aus der Sicht der Bürgerinitiativen

Im Februar 1981 wird ein Hearing des Hessischen Landtages zur Startbahn West stattfinden. Dieses Hearing wird von starken Besorgnissen der zahlreichen Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung zwischen Frankfurt und Darmstadt, zwischen Offenbach und Wiesbaden begleitet, die jetzt zu wirkungsvollen Strukturen der Zusammenarbeit (BI–Plenum, Delegierten–Konferenz, Delegiertenrat) gefunden haben. Die Bürgerinitiativen befürchten nämlich, daß dieses Hearing mehr der Selbstrechtfertigung der Startbahnbefürworter angesichts der Kommunalwahlen im März 1981 als der unvoreingenommenen Prüfung aller relevanten Fakten zu dienen bestimmt ist.

Aus zahlreichen öffentlichen Erklärungen von Mitgliedern des Hessischen Landtages und der Landesregierung der jüngsten Zeit ist leider nicht die Bereitschaft zu entnehmen, auf Grund neuer Erkenntnisse durch das Hearing die Entscheidung über den Bau der Startbahn West zu revidieren.

auf Grund neuer Erkenntnisse durch das Hearing die Entscheidung über den Bau der Startbahn West zu revidieren.

Vor allem leiten sich die Besorgnisse der Bürgerinitiativen aus der Vorbereitung und der Formulierung der Aufgabenstellung für das Hearing durch den Hessischen Landtag her. In einem Brief unter dem Datum des 18. Dezember 1980 und dem Betreff: „Anhörung zum Ausbau des Flughafens Frankfurt" hat der Hessische Landtag insgesamt 33 Adressaten zur Teilnahme an dieser Anhörung, die vom 2. bis 5. Februar 1981 stattfinden soll, eingeladen. Die Teilnehmerliste dieses Einladungsschreibens weist 11 Gebietskörperschaften, 18 Verbände und Firmen und nur 4 Einzelgutachter (Ted Hooten, Prof. Dr. Heimerl, Prof. Dr. Lahmann und Dr. Matschat) auf. Auf der Ebene der Gebietskörperschaften kann man noch von einem etwaigen Gleichgewicht von Startbahnbefürwortern und Startbahngegnern sprechen, wenn man Gewicht und Anzahl der geladenen Repräsentanten der Körperschaften unter dem Strich miteinander vergleicht. Hingegen ist die Teilnehmerliste im Block der 18 Verbände und Firmen von einer ins Auge springenden Schlagseite zugunsten der Interessen für die Flughafenerweiterung geprägt. Von diesen 18 Verbänden und Firmen stehen 14 eindeutig für die Wucht dieser ökonomischen Interessen, davon alleine 9 als unmittelbare Interessenvertreter des Flugverkehrs: Aus diesem Interessenbereich wurde wirklich niemand ausgelassen, angefangen von der Industrie– und Handelskammer und den allgemeinen Wirtschaftverbänden bis zum allerletzten Verband oder Firma, der/die irgendetwas mit dem Flugverkehr zu tun hat. Diesen 14 Verbänden und Firmen folgen zwei Verbände bzw. Einrichtungen, die man im besten Fall als gerade noch neutral bezeichnen kann, nämlich die Deutsche Bundesbahn und der Deutsche Wetterdienst in Offenbach (dieser hatte aber immerhin in einem fachlich sehr umstrittenen Gutachten von 1967 zur Startbahn West gesagt: „Eine Veränderung der Niederschlagsverhältnisse und des Wasserhaushaltes durch den Waldeinschlag ist nicht zu erwarten.")

Nach diesen 16 Verbänden und Firmen stehen auf der Einladungsliste des hessischen Landtages nur 2 (in Worten: zwei) Verbände, die für ökologische Fragen stehen und eine kritische Haltung zur Startbahn West einnehmen, nämlich das Naturschutzzentrum Hessen (ein loser Zusammenhang der anerkannten Naturschutzverbände mit Wander– und Anglersportvereinen) sowie der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Nicht geladen hingegen sind die einzelnen fünf anerkannten Naturschutzverbände (die sich keinesfalls durch das Naturschutzzentrum ausreichend vertreten sehen) und nicht geladen ist vor allem der Zusammenschluß der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main. Auffallend ist schließlich, daß nur 4 Ein-

lem der Zusammenschluß der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main. Auffallend ist schließlich, daß nur 4 Ein-

zelgutachter geladen wurden, davon kein einziger für das Gebiet Naturschutz, Landschaftpflege und Landschaftsökologie. Insgesamt kann man zu dieser Einladungspraxis durch den Hessischen Landtag nur sagen, daß er es nicht einmal mehr für notwendig erachtet, auch nur den Anschein von Ausgewogenheit zu wahren.

Im gleichen Maße, wie an der Einladungspraxis, stoßen sich die Bürgerinitiativen an der Formulierung der Aufgabenstellung für das Landtagshearing. Ursprünglich hatte die SPD Landtagsfraktion 5 Fragen für das Hearing formuliert, die sich ganz überwiegend auf die ökonomischen Aspekte bezogen. Diese Fragen sind im Beschluß des Hessischen Landtages vom 12.12.1980 über das Hearing nicht aufgenommen worden. Dort heißt es vielmehr ohne Benennung von konkreten Fragestellungen nur lapidar: „Die Anhörung soll die Tatsachen deutlich machen, die nach neuestem Erkenntnisstand im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens zu berücksichtigen sind." Im Einladungsschreiben vom 18.12.1980 wird es jedoch wieder etwas konkreter: „Wegen ihres komplexen Charakters ist beabsichtigt, die Anhörung in folgende Schwerpunktbereiche aufzugliedern:

1. Verkehrswirtschaftliche Fragen (Kapazität, Luftverkehrsentwicklung usw.)
2. Technische Fragen (Sicherheit, Instrumentierungen, Ausbau, Startbahnlänge usw.)
3. Ökologische Fragen (Wasser, Luft, Lärm, Klima usw.)
4. Wirtschaftspolitische Fragen (Wachstum, Arbeitsplätze, Ausstrahlung auf Hessen und die Bundesrepublik usw.)

Die Formulierung dieser Themenstellung weist also wiederum – wie schon im vorangegangenen 10jährigen Planfeststellungs– und Gerichtsverfahren – eine eindeutige Schlagseite zugunsten der ökonomisch–technischen und zu Lasten der ökologischen Fragen aus, was sich bereits überdeutlich aus dem geladenen Teilnehmerkreis für das Hearing ergibt. Genau das ist für die Bürgerinitiativen und für die Naturschutzverbände unannehmbar: **Denn aus ihrer Sicht ist die entscheidende Frage nicht die, ob die Startbahn West unter ökonomischen Gesichtspunkten notwendig, sondern ob ihr Bau unter den vielfältigen ökologischen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Umweltbelastungen in dieser Region überhaupt vertretbar ist.**

Plenum und Delegiertenkonferenz der Bürgerinitiativen haben am 15. und 22.12.80 zum Landtagshearing zahlreiche Gegenforderungen aufgestellt; sie lauten:

1. *Vertreter der BI sind an der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung des Landtags–Hearings in allen Phasen gleichberechtigt zu beteiligen.*
2. *Die Anhörung soll vor dem Hessischen Landtag und nicht in seinen Ausschüssen erfolgen.*

zu beteiligen.
2. Die Anhörung soll vor dem Hessischen Landtag und nicht in seinen

3. *Bis zum Ende der Anhörung sind alle weiteren Maßnahmen der FAG zu stoppen, also weitere Waldkäufe, Baumaßnahmen an der Okrifteler Straße, Räumung des Widerstandsdorfes.*
4. *Die Landesregierung hat eine verbindliche Erklärung abzugeben, daß bis zum Ende der Anhörung noch keine Festlegung für den Bau der Startbahn West getroffen ist.*
5. *Die geplante Anhörung hat vor einer größtmöglichen Öffentlichkeit von betroffenen Bürgern und von Presse, Rundfunk und Fernsehen zu erfolgen, wobei als Tagungsort die Hoechster Jahrhunderthalle oder die Rhein–Main–Halle in Wiesbaden in Frage kommen.*
6. *Der hessische Landtag soll unmittelbar nach Beendigung des Hearings seine Entscheidung zum Bau der Startbahn West bekanntgeben.*
7. *Sollten diese 6 Bedingungen nicht erfüllt werden, so halten wir das Hearing für eine Schauveranstaltung mit bereits feststehendem Ergebnis und lehnen dieses „Hearing" ab.*

Die von den Bürgerinitiativen unter Benennung von Experten formulierten Fragen für das Hearing lauten:

1. **Umweltverträglichkeit der Startbahn West:**
Welche Gefahren bestehen durch den Bau der Startbahn West für Lärmbelästigung, Klima, Wasser, Vegetation, menschliches und tierisches Leben und Naherholung und wie ist insgesamt die ökologische Verträglichkeit der Startbahn West unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Umweltbelastungen in der Rhein–Main Region zu beurteilen?
2. **Gerichtsverfahren zur Startbahn West**
Ist die Behauptung der Startbahnbefürworter und Startbahnbetreiber zutreffend, daß in dem neunjährigen Gerichtsverfahren zur Startbahn West auch alle Fragen der Umweltverträglichkeit der Startbahn West gründlich, ausgiebig und erschöpfend behandelt worden seien? Bejahendenfalls: Mit welchem Ergebnis? Verneinendenfalls: Mußten oder konnten die Gerichte diese Fragen prüfen?
3. **Hessisches Naturschutzgesetzt und Startbahn West:**
Wie ist nach dem Inkrafttreten des Hessischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege zum 1. Januar 1981 die rechtliche Zulässigkeit der Startbahn West zu beurteilen?
4. **Arbeitsplätze und Startbahn West:**
Welche Beweise gibt es für die Behauptungen der Startbahnbefürworter
– das Unterlassen des Baus der Startbahn West werde vorhandene Arbeitsplätze auf dem Frankfurter Verkehrsflughafen gefährden?
– der Bau der Startbahn West werde zusätzliche Arbeitsplätze auf dem Frankfurter Verkehrsflughafen schaffen? Bejahendenfalls: wie hoch ist die n a c h w e i s b a r e Anzahl der zusätzlichen Arbeits-

schaffen? Bejahendenfalls: wie hoch ist die n a c h w e i s b a r e Anzahl der zusätzlichen Arbeits-

plätze?
5. **Ökonomische Fragen u. Startbahn West:**
Welche weiteren ökonomischen Fragen (Verkehrsbedürfnis, Verkehrsprognosen, Kapazität des Flughafens Ffm) sind gegenüber den ökologischen Fragen abzuwägen?

Im Vordergrund der Hearingsfragen der Bürgerinitiativen stehen die mannigfachen ökologischen Fragen, die mit dem Bau der Startbahn West zusammenhängen. Es ist in der Tat erstaunlich, wie wenig diese Fragen seit dem Planfeststellungsbeschluß vom 23. März 1971 zum Ausbau des Frankfurter Flughafens und den anschließenden Gerichtsverfahren durch sechs Instanzen eine Rolle gespielt haben. Wie besessen wurden die Fragen nach Verkehrsbedürfnissen, Luftverkehrsprognosen, Flughafenkapazitäten mit und ohne Startbahn West und nach der allgemeinen Bedeutung der Startbahn West für die Wirtschaft in der Rhein-Main-Region hin und her gewälzt, ohne daß es auch hier verläßliche Ergebnisse gäbe. Die eigentlich entscheidenden Fragen, nämlich die, was die Startbahn West für die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität der Menschen in diesem Raum – aber auch für die Tier- und Pflanzenwelt – bedeutet, also all die Fragen nach den Auswirkungen auf Lärmbelästigung, auf Klima, auf Wasser, Zoologie und Vegetation, auf die Naherholung, schließlich auch die Fragen nach Landschaftsqualität und Naturzerstörung, wurden bestenfalls oberflächlich, zum Teil überhaupt nicht gestellt und beantwortet. So blieben z.B. auch die „schwersten Bedenken" unberücksichtigt, die der Landschaftsplaner Prof. Reinhard Grebe schon 1974 im „Vorkonzept zum Landschaftsplan Frankfurt am Main" erhoben hatte (und auch heute noch ausdrücklich aufrechterhält) und die er unter anderem wie folgt begründete: „*Schwere Beeinträchtigung bis Vernichtung des einzigartig wertvollen Feuchtgebietes Mönchbruch (siehe 3.9.), und zugleich des bisher noch geschlossenen Schutzwaldgürtels zwischen den Siedlungsschwerpunkten Walldorf–Mörfelden und dem besonders stark belasteten Untermaintal. Grundsätzlich muß sich in einem Raum, in dem weiteres ‚Wachstum' über kurz oder lang an sich selbst ersticken wird, auch der Luftverkehr in die landschaftlichen und humanökologischen Prioritäten eingliedern*".

In der Tat ist die Frage nach dem weiteren „Wachstum", das über kurz oder lang an sich selbst ersticken wird, eine sehr dringliche Frage an die Startbahnbefürworter. Exakt lautet diese Frage, ob nicht dieses Rhein–Main Ballungszentrum unter ökologisch vertretbaren Kriterien längst die Grenze von Wachstum und Verdichtung mit industriell–technologischen Großanlagen erreicht – wenn nicht schon überschritten – hat und ob nicht mit der Startbahn West endlich der Punkt erreicht ist, der

wenn nicht schon überschritten – hat und ob nicht mit der Startbahn West endlich der Punkt erreicht ist, der

Expansionsmaschinerie aus Stein, Stahl und Beton ein entschiedenes „Nein" entgegenzusetzen.

Solche Fragen wurden in dem zehnjährigen Gerichtverfahren über die Erweiterung des Frankfurter Flughafens, in dem es ja nicht nur um die Startbahn West, sondern auch um die nicht weniger flächenaufwendige Westverschiebung der beiden parallelen Start– und Landebahnen ging, nicht gestellt. Nicht oder nur unzureichend wurden die zahlreichen ökologischen Einzelfragen gestellt und beantwortet, beispielsweise die Frage, in welcher Tiefe der Bau der Startbahn eine Grundwasserabsenkung notwendig machen wird und ob nicht wegen der ohnehin sehr oberflächennahen Grundwasserverhältnisse in diesem Gebiet die Grundwasserabsenkung zu einer Versteppung der Mönchbruchwiesen führen wird. Nicht beantwortet wurde ferner die Frage, was der Bau der Startbahn West für die Naherholungsbedürfnisse von hunderttausenden von Menschen in dieser Region bedeuten würde.

Von allen ökologischen Fragen wurde nur eine einzige wirklich ausführlich, wenn auch ganz und gar unbefriedigend behandelt, nämlich die Frage nach der Lärmbelästigung. Es ist mit Denkgesetzen schwer in Einklang zu bringen, daß die Gerichte auf der einen Seite das Planungsziel letztlich als richtig anerkannten, mit der Startbahn West werde unter Instrumentalflugbedingungen eine Erhöhung der stündlichen Flugbewegungen von 40 auf 70 erreicht (das ist immerhin eine Kapazitätssteigerung der Flugbewegungen um 75%), auf der anderen Seite aber auch folgende Feststellung aus dem Planfeststellungsbeschluß unbeanstandet liessen: „*Ingesamt gesehen ergibt der Ausbau des Flughafens eine Verbesserung der Lärmsituation.*"

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Von allen ökonomischen Fragen, die die Befürworter der Startbahn West immer wieder zur Begründung ihrer Notwendigkeit vorbringen, ist letztlich nur eine einzige von wirklichem Gewicht, nämlich die Frage nach der Auswirkung des Baus oder Nichtbaus der Startbahn auf die Arbeitsplätze auf und rund um den Frankfurter Flughafen. Diese Frage wollen daher auch die Bürgerinitiativen sehr wohl im Rahmen des Hearings thematisieren, aber nicht durch eine Wiederholung von Glaubensbekenntnissen. Durch die Formulierung ihrer Frage 4 weisen die BI's darauf hin, daß den Startbahnbefürwortern die Beweislast für die angeblich positive Auswirkung des Startbahnbaus auf die Arbeitsplatzsituation obliegt und daß endlich die erforderlichen Beweise erbracht und nicht unbewiesene Behauptungen ständig wiederholt werden. Vor allem werden die BI's die Startbahnbefürworter und Startbahnbetreiber sehr deutlich danach fragen, wer eigentlich die Garantie dafür übernimmt, daß nicht die zusätzliche Kapazität auf dem Flughafen nicht auch einen zusätzlichen Druck zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen schafft.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es innerhalb der BI–Bewegung darüber, ob – abgesehen von der Arbeitsplatzfrage – noch weitere ökonomische Fragen **aus der Sicht der BI's** auf dem Hearing thematisiert werden sollten. Die einen (und dazu zählt der Verfasser) verneinten dies mit der Begründung, keine wie immer ermittelten wirklichen oder scheinbaren ökonomische Bedürfnisse könnten eine Rechtfertigung für die Zerstörung des Lebensraumes von Menschen, Tieren und Pflanzen sein, sodaß die ganze „Ökonomiekiste" letztlich nichts Entscheidendes für die Beurteilung der Startbahn West hergebe. Andere meinten, daß es taktisch unklug sei, die Widersprüche der Startbahnbefürworter, einschließlich aus dem Lufthansabereich, bei ihrer ökonomischen Argumentation unberücksichtigt zu lassen; vielmehr gelte es, diese Widersprüche bei der Begründung der vermeintlichen Notwendigkeit der Startbahn West aufzudecken. Die Frage 5 der Bürgerinitiativen ist Ausdruck eines Kompromisses zwischen der einen und der anderen Ansicht.

Die Bürgerinitiativen sind sich sehr wohl bewußt, daß sie – ganz anders als die Startbahnbefürworter – ihre Position gegenüber dem Landtagshearing nicht durchsetzen können. Denn praktisch ist das Landtagshear-
Position gegenüber dem Landtagshearing nicht durchsetzen können. Denn praktisch ist das Landtagshear-
ing eine Veranstaltung der Startbahnbefürworter. Umso wichtiger ist es – aus der Sicht der Bürgerinitiativen – daß BI's, anerkannte Naturschutzverbände, Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden–Walldorf und die Gemeinschaft der gegen die Startbahn West klagenden Gemeinden ihre Haltung gegenüber dem Landtagshearing vereinheitlichen. Zwischen Vertretern der Bürgerinitiativen und den anerkannten Naturschutzverbänden ist jetzt eine solche gemeinsame Haltung verabredet worden. Es bleibt zu hoffen, daß gleiches auch mit den anderen Gruppierungen gelingt.

Die Bürgerinitiativen gegen die Flughafenerweiterung sind Ausdruck der Entschlossenheit von hunderttausenden von Menschen rund um den Frankfurter Flughafen, ihren Lebensraum gegen eine naturzerstörende Expansionsmaschinerie zu verteidigen. Südlich von Frankfurt gibt es diese breite und geschlossene Widerstansfront schon seit Jahr und Tag. In Frankfurt selbst hat es länger gedauert, bis sich Widerstand gegen die Startbahn West artikulierte, obgleich jedermann den Flughafen mit dem Namen dieser Stadt verbindet und obgleich es hier im Rhein–Main Ballungsgebiet um ein und denselben Lebensraum für alle Menschen geht, der von Naturzerstörung bedroht ist. Erfreulicherweise hat sich in jüngster Zeit auch in Frankfurt a.M. selbst der Widerstand gegen die Startbahn West verbreitert. So arbeitet schon seit Monaten eine auf das gesamte Stadtgebiet bezogene Bürgerinitiative gegen die Startbahn West, die sich jeden Donnerstag um 19 Uhr im Bürgertreff Westend, Ulmenstraße 20 trifft. Wichtig ist aber, daß sich der Wiederstand auch in allen Frankfurter Stadtteilen breit macht. So gibt es schon Initiativen, die ausschließlich oder auch zur Startbahn West arbeiten, in Fechenheim, Bornheim, Niederrad, Westend und Bokkenheim. Jetzt soll auch für den Nordwesten Frankfurts, für die Stadtteile Niederursel, Nordweststadt, Heddernheim und Praunheim eine Bürgerinitiative gegründet werden; dies soll am 13. Januar 1981 um 19.30 Uhr im Bürgerhaus Nordweststadt, Klubraum 3 stattfinden.

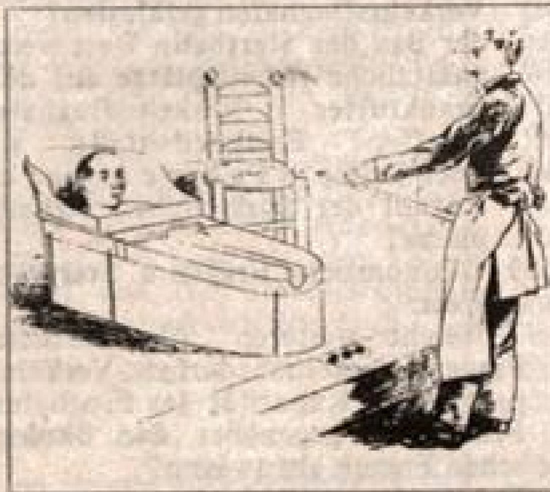
Alsterdorfer Anstalten:
Behinderte mißhandelt – 12 Monate Haft

Hamburg. Die ehemalige Stationsleiterin des „weiblichen Wachsaals" ist am 8.1.81 vom Amtsgericht Hamburg zu 12 Monaten Haft (auf Bewährung) verurteilt worden. Sie war für schuldig befunden worden, in neun Fällen Behinderte mißhandelt zu haben. So hat sie einmal eine Frau – die nicht Mittag essen wollte – mit Senf zwangsernährt; mehrmals im Winter Behinderte (nur mit dem Nachthemd bekleidet!) auf den Balkon gesperrt; behinderte Frauen mit einem Feudel geschlagen, sie stundenlang an Toiletten und Heizungen festgeschnallt oder eingesperrt.

In seiner Urteilsbegründung sprach der Richter von *„Trauer und Traurigkeit"*, wie in der BRD mit geistig Behinderten teilweise umgegangen werde. Es wäre ein Zufall, daß es in dem Prozeß gerade d i e s e Krankenschwester getroffen habe, *„Eigentlich müßte unsere gesamte Gesellschaft auf der Anklagebank sitzen."* Das ist allerdings ein gewaltiger Irrtum: Nicht die „gesamte Gesellschaft", sondern einige ihrer ehrenwerten Mitglieder könnten ruhig mal gesiebte Luft atmen: Die Rede ist von der Alsterdorfer Anstaltsleitung, als Hauptverantwortliche der gesamten Mißstände in diesem Behindertenghetto!

DAS „LIEBESWERK" ALSTERDORF

Schon seit längerem regen sich die Kritiker in Norddeutschlands größter Behinderteinrichtung (dem Diakonischen Werk angehörend). In einer Broschüre (September'78) prangerte der „Kollegenkreis Alsterdorf" schlechte räumliche Verhältnisse in den meisten (oftmals im letzten Jahrhundert entstandenen) Gebäuden an. Heute ist es noch so, daß der allergrößte Teil der Behinderten kein Einzelzimmer hat, kaum Platz, wo er persönliche Gegenstände (wenn überhaupt vorhanden) unterbringen kann.
Einzelzimmer hat, kaum Platz, wo er persönliche Gegenstände (wenn überhaupt vorhanden) unterbringen kann.



Die Behinderten haben so gut wie keine Möglichkeit, ihre sexuellen Bedürfnisse auszuleben. Im Gegenteil: Es gibt immer noch Pfleger, die sich über onanierende Behinderte lustig machen. Ferner kritisiert wurde die oftmals hohe Verabreichung von Psychopharmaka, die meistens der „Ruhigstellung" dienen. Und Ruhe muß sein, bei den schlechten räumlichen Verhältnissen und dem knappen Personalstand. So ist es, wenn *„den Armen das Evangelium gepredigt"* wird, wie es auf der Anstaltskirche steht. Eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit stempelt(e) die geistig Behinderten noch zusätzlich als Almosenempfänger ab: Da war vom „Liebeswerk Alsterdorf" die Rede oder vom glücklichsten Stadtteil Norddeutschlands... Diese – nur grob gekennzeichneten – Zustände in der Anstalt sind der Hintergrund des dreitägigen Prozesses.

AUF DIE ANKLAGEBANK GEHÖRT DIE ANSTALTSLEITUNG

Kurz zur Vorgeschichte: 1977 beschwerten sich bei der Anstaltsleitung einige Kollegen über die Machenschaften ihrer Stationsleiterin, Schwester Rosemarie N. Einige der heute verhandelten Vorwürfe waren bereits damals Gegenstand der Beschwerde. **Die Anstaltsleitung ging auf die Vorwürfe nicht ein, geschweige, daß sie den Willen zeigte, die räumlichen sowie personellen Mißstände zu verändern. Sie ermahnte Schwester Rosemarie – und versetzte einen der Beschwerdeführer!** Den Kollegen des Wachsaals platzte 1979 – als die Mißhandlungen kein Ende nahmen – der Kragen, und sie schrieben im Mai der Anstaltsleitung einen fünfseitigen Brief über die Zustände auf der Station, in dem sie auch mit Öffentlichkeit drohten, falls Schwester R. noch weiter auf der Station arbeite. Die Drohung mit der Öffentlichkeit war dann wohl ausschlaggebend für die Versetzung (nicht Kündigung!) von Schwester R. Erst als einige Tage später die „Zeit" eine aufsehenerregende (weil kritische) Reportage über das Alsterdorfer Ghetto brachte, Anstaltsleiter Pastor Schmidt die dort vorgebrachten Fakten nicht dementierte sondern bestätigen mußte (daraufhin die „Hamburger Morgenpost" über den „Wachsaal" berichtete) – da kündigte Schwester Rosemarie. Ihrem Chef jedoch, der am Anfang der öffentlichen Auseinandersetzungen über die kritischen Journalisten noch *„herzhaft lachen"* wollte, ist hoffentlich im Laufe der Zeit sein sonniger Humor vergangen.



RIEN NE VAS PLUS (NICHTS GEHT MEHR)

Das Presseecho während des Prozesses war gewaltig: *„Wer nicht pariete, bekam Prügel"*, schrieb die „Hamburger Morgenpost" und schloß sich dem – von den meisten Zeugen und Prozeßbeobachtern – laut gedachten Wunsch „Anstaltsleitung auf die Anklagebank" an. Unter der Überschrift *„War Rosemarie N. allein verantwortlich?"* meldete sich einen Tag nach der Urteilsverkündung der „Kollegenkreis Alsterdorf" mit einem Flugblatt zu Wort: *„Klar ist in diesem Prozeß zum Ausdruck gekommen, daß die Zustände auf dieser Schwerstbehindertenabteilung Ursache des ganzen sind. Und an diesen Bedingungen sind Behörden und Anstaltsleitung gleichermaßen Schuld. Die Behörden sind an einer grund-*
Bedingungen sind Behörden und Anstaltsleitung gleichermaßen Schuld. Die Behörden sind an einer grund-
legenden Veränderung (= Auflösung!) der Anstalt nicht interessiert. Das Alsterdorfer Massenquartier ist halt billiger. Und an gutem Willen fehlt es der Anstaltsleitung und Senat gleichermaßen. Denn warum hat sich auf Station 36 (Wachsaal) damals schon nichts geändert, warum gibt es heute noch ,Wachsäle' anstatt genügend therapeutische Wohngemeinschaften und andere kleine Gruppen? Eine weitere Ursache für den Skandal liegt in der Hierarchie der Anstalt, die Zusammenarbeit verhindert und Kritiker einschüchtert (siehe auch die Repression gegen kritische Kollegen in der Vergangenheit)". Das Flugblatt endet mit der Aufforderung, das Psychiatrie-Patienten, Behinderte und andere Betroffene müssen *„s e l b s t " dafür sorgen, daß Mißstände und Skandale in BRD-Anstalten an die Öffentlichkeit kommen."*

Rosemarie N. ist verurteilt worden und die Anstaltsleitung in der Öffentlichkeit auch. Ihre Taten rechtfertigte nur ihr Verteidiger, offenbar auch ein Fanatiker von Ordnung und Sauberkeit: *„Man versucht ja auch bei der Erziehung von jungen Tieren (!) sie mit der Schnauze in den Schmutz zu stupsen"*. Doch das Thema Alsterdorf wird mit diesem Prozeß nicht beendet sein. Die Leitung plant auf dem Anstaltsgelände Hochhäuser (für Schwerbehinderte – ein glatter Wahnsinn), die die letzten Grünanlagen wahrscheinlich vernichten werden – ein zubetoniertes Ghetto. „Kollegenkreis" und andere Kritiker fordern deswegen kleinere Wohneinheiten – außerhalb der Anstalt (siehe Flugblatt). Dies wird jedoch nur gegen den Widerstand der Anstaltsleitung und ihres Vorturners möglich sein, der da sagt: *„Hier (in der Anstalt – Anm.AK) haben sie die für sie so entscheidende wichtige Möglichkeit, jederzeit das Gotteshaus aufzusuchen und in Gemeinschaft mit anderen Behinderten und Nichtbehinderten Gott zu loben und sein Wort und Sakrament zu emfpangen. Wo gibt es denn eine bessere Integration?"*

Das Geschäft der Pfaffen ist der Friedhof!

Behindertenkommission

Ich habe sie alle sehr liebgewonnen

Wachsaal-Tagebuch einer Pflegehelferin*

23. 11. 78, Pflegeanstalt Alsterdorf in Hamburg:

Nach zwei freien Tagen werde ich von den Mädels sehr herzlich begrüßt. Als mich Lisa in ihrer zärtlichen Art heftig in die Zange nimmt, erscheint Schwester R. und weist Lisa scharf zurecht, ihr Schmusen zu unterlassen.

Heidi tobt und schlägt mit dem Kopf immer wieder an die Wand. Sie war die Nacht über sehr unruhig, morgens erschöpft und wollte im Bett bleiben, wurde aber, um den Stationsablauf zu wahren, hochgenommen. Kurze Zeit später kommt Schwester R. auf die tobende Helga zu, schnappt sie und sperrt sie auf den Balkon. Das Mittagessen wird erst um 11.20 Uhr verteilt, statt um 11 Uhr, alle haben Hunger. Einige fangen vor dem Beten an, andere reden. Schwester R. verhängt für die beiden Delikte eine Kollektivstrafe: Der Nachtisch wird nicht verteilt. Viele Mädchen verstehen die Strafe nicht und fangen an zu weinen. Irmgard brabbelt ganz leise und lieb vor sich hin. R. fordert sie streng auf, still zu sein. Uschi hat ihre Strumpfhose zerrissen. Schwester R. taucht aus ihrer Schreibarbeit auf und schlägt Uschi die Strumpfhose um die Ohren und nimmt ihre geliebte Tasche weg. Uschi wird im Bett festgemacht, als sie verzweifelt nach ihrer Tasche schreit. Ich werde angebrüllt, weil ich zwei Lagen Moltex statt einer ins Bett von H. gepackt habe: „Ungelerntes Volk, das alles besser wissen will." Ich gehe erst mal aufs Klo und heule.

24. 1. 78

Plüschi tobt. Sie vermißt wahrscheinlich ihre Therapeutin, die sie gestern versetzt hat.

28. 11. 78

Abends geht die Schwester schimpfend über die Station. Der „Eßstil" unserer Mädels gefiel ihr nicht. Sie würde kotzen, wenn sie mit ihnen an einem Tisch essen müßte.

29. 11. 78

Ich bin auf Abteilung 44 versetzt worden. Die letzten Tage im Wachsaal setze ich mich mit den Kindern in den Tagesraum und hole die Liederbücher aus der staubigen Versenkung. R. hat angeordnet, daß Weihnachtslieder erst zwei Tage vor Weihnachten gesungen werden dürfen. Wir singen trotzdem Nikolaus- und Tannenbaumlieder. Dabei wachen sogar einige Stillere auf und Sigrid, die sonst immer und überall ihr destruktives „Scheiße" anbringt, singt begeistert mit.

30. 11. 78

Mein letzter Tag auf Station. Uschi, die nicht fixiert ist, weil R. nicht da ist, kommt in den Dienstraum und fragt nach „Lalade", setzt sich dann auf meinen Schoß und will schmusen. Christiana zerreißt ihre Bettwäsche; sie hat sie vollgemacht; Lisa reißt an allen Haaren; Konka sucht ständig nach etwas Eßbarem. Ich bin sehr traurig, daß ich gehen muß, denn ich habe sie alle sehr, sehr liebgewonnen.

---

* Anke Hoffmann, die seit dem 1. Oktober 1978 als Pflegehelfer mit sechsmonatiger Probezeit in Alsterdorf arbeitete, wurde zum 28. 2. von der Anstaltsleitung mit der Begründung gekündigt, den Kolleginnen gefiele ihre Arbeitsmoral nicht.

Interview mit Günter Zint

Günter Zint, in Hamburg lebender Pressefotograf, dem die demokratische Öffentlichkeit viele Fotos zu verdanken hat, die brutale Übergriffe der Staatsmacht ans Licht der Öffentlichkeit zerren und gezerrt haben, ist stellvertretend für viele andere eben von dieser Staatsmacht vor die Klassenjustiz geholt worden, um ihm seine Arbeit weiterhin unmöglich zu machen. Der Prozeß fand am 5. und 12. Januar 1981 in Frankfurt statt.
Wir fragten Günter, dem auch der AK viele seiner Fotos zu verdanken hat, nach dem Hintergrund dieses Prozesses, seinem Verlauf und nach den Folgen.

Günter: Mitte vorigen Jahres kriegte ich die Anzeige des BGS-Offiziers Panske, Leiter eines „Dokumentation- und Beweissicherungstrupps", und weiterer fünf Beamte. Im Fall Panske hat man dann Klage erhoben.

Panske hat damals in Gorleben wochenlang den Trupp kommandiert, der dort in der Gegend herumgefilmt und fotografiert hat. An dem Tag, als das nun beanstandete Foto entstand, hat er mich sehr ausgiebig fotografiert. Meinen zufällig ebenfalls anwesenden, dort im Landkreis wohnenden Anwalt Römmig hat er geradezu erkennungsdienstlich behandelt. Er hat ihn aus ca. 1 Meter Entfernung in Großaufnahme fotografiert. Daraufhin habe ich ihn zur Rede gestellt. Nachdem er darauf garnicht reagierte und stur mit seiner „Arbeit" weitermachte, habe ich gesagt: „Was Sie können, kann ich auch." Ich habe dann meinerseits angefangen, ihn zu fotografieren. Obwohl er sehen mußte, daß ich Pressefotograf bin (Ausweis an der Jacke), hat er meine Arbeit stillschweigend erduldet und auch keinerlei Anstalten gemacht, meinen Film zu beschlagnahmen, was normalerweise in solchen Situationen passiert.

Ich habe dann diese Fotos veröffentlicht, weil sie ja in einem zeitgeschichtlichen Moment entstanden sind. Es handelt sich immerhin um die Deckung der Rodungsarbeiten der Bohrstelle 1003 in Gorleben durch BGS-Truppen.

AK: Sind noch weitere Verfahren in dieser Sache eingeleitet worden?

Günter: Ebenfalls wird gegen Panorama und gegen Lutz Reineke, den

in dieser Sache eingeleitet worden?
Günter: Ebenfalls wird gegen Panorama und gegen Lutz Reineke, den

Herausgeber der Merk-Hefte ermittelt. Reineke hat in einer Ausgabe über den Prozeß berichtet und dabei das Foto des Herrn Panske veröffentlicht. Panorama hatte mich zum Fall interviewt; dabei hielt ich das „Atomstaat"-Buch in der Hand. Die Seite mit dem Panske war aufgeschlagen. Der 2001-Verlag muß wegen der Herausgabe des „Atomstaat"-Buches ebenfalls mit einem Verfahren rechnen.

Bestellte Anzeigen? Kein Thema für einen deutschen Staatsanwalt! ...

Am ersten Verhandlungstag (5.1.) beim Frankfurter Amtsgericht war der gute Herr Panske gar nicht geladen, obwohl wir seine Ladung beantragt hatten. Dafür durfte ich dann ja auch gleich zweimal von Hamburg aus anreisen, weil das Gericht wohl doch gemerkt hat, daß es ohne den Herrn nicht auskommt. Denn er hat in seiner Aussage Unwahrheiten drin, und darüberhinaus hat er die Aussage nicht selbst formuliert. Die fünf Anzeigen, die aus den Reihen des BGS vorlagen, waren wortgleich bis auf die Kommafehler. Wir wollten ihn vor Gericht vernehmen, wer die Anzeige formuliert und erstattet hat.

Jetzt beim zweiten Termin hat er völlig bereitwillig ausgesagt, daß er das mit dem Polizeirat Redemski formuliert hat. Die Kollegen hätten mein Buch „Der Atomstaat" auf den Tisch gelegt bekommen mit der Bitte, es durchzublättern, ob sie sich dort wiederfänden und eventuell Anzeige erstatten wollten.

Die haben dann in meinem Buch nach sich selbst gefahndet und Anzeige erstattet, quasi auf dienstliche Anweisung hin. Der Staatsanwalt sprang dann gleich bei und erklärte, daß es für diesen Fall keine Rolle spiele, wie diese Anzeigen zustande gekommen seien: Was angezeigt wird, wird verfolgt.

Überhaupt, dieser Staatsanwalt... Der sprang immer auf, wenn er was sagte und fragte mich, ob ich denn die „ausdrückliche Einwilligung" des Herrn Panske zum Fotografieren gehabt hätte, und ob ich ihm Geld dafür gezahlt hätte, dafür, daß ich ihn fotografiert habe. Ich hab ihm geantwortet, daß ich Pressefotograf und kein Werbefotograf sei, und nicht gewohnt bin, Modelle zu bezahlen. Die Zuhörer im Saal haben derart gelacht, daß der Richter wiederholt um Ruhe bat.

Dieser Staatsanwalt forderte dann auch eine Geldstrafe in Höhe von DM 900 und – das ist der Hammer: die Einziehung sämtlicher Geräte, die zur Herstellung der Fotos dienen. Schon in der Anzeige durch den BGS wird gefordert, daß „sämtliche Geräte und Maschinen zur Herstellung des Buches vernichtet" werden sollen. Der Richter hat sich auf das „Unkenntlichmachen des Filmnegativs" beschränkt.

Ein Urteil mit winzigem Strafmaß, aber bösen Folgen

Eine juristische Würdigung des Urteils kann ich nicht leisten; ich bin kein Jurist. Aber ich kann meinen Eindruck schildern: Der Richter hat versucht, mich so glimpflich davonkommen zu lassen, wie möglich. Nun ist er aber (soweit mir bekannt ist) Richter auf Probe und muß – wenn er was Anständiges werden will – entsprechende Urteile fällen. Er hat eine Verwarnung ausgesprochen. Er hat mich zu 300 DM auf zwei Jahre Bewährung verurteilt, also völlig irre ...

Letztendlich schloß er sich doch der Auffassung des Staatsanwalts an, daß es sich hier nicht um die Dokumentierung eines zeitgeschichtlichen Ereignisses, sondern um die Verletzung des „Kunsturhebergesetzes" handelt. Danach darf niemand gegen seinen Willen fotografiert und abgebildet werden.

handelt. Danach darf niemand gegen seinen Willen fotografiert und abgebildet werden.

In der Urteilsbegründung ging der Richter so weit, daß er einräumte, die Polizei möge sich strafrechtlich nicht korrekt verhalten haben. Doch gäbe das mir nicht das Recht auf Rechtsbruch. Schon im Verlauf der Verhandlung hat er alle unsere Beweisanträge, die die Unrechtmäßigkeit des Dauereinsatzes des BGS in Gorleben beinhalteten, abgeschmettert, indem er alles als wahr unterstellt hat! Er hat auch als wahr unterstellt, daß der Polizeimeister Panske mich andauernd fotografiert hat.

Im Urteil heißt es, daß das Fotografieren an sich noch nicht strafbar sei, aber das Veröffentlichen. Aber ich weiß ja, wie das in der Praxis dann aussieht: Wenn man da jetzt ankommt mit der Kamera und fotografiert, dann wissen die natürlich auch, daß die Bilder nicht zu unserem Vergnügen in irgendwelchen Privatarchiven verschimmeln werden, sondern daß dies Pressefotos für die Öffentlichkeit sind.

Die Polizeibeamten kommen dann gleich auf uns zu und sagen: „Sie haben gerade ein Portrait-Foto von mir gemacht!" Mit der Begründung haben sie uns in letzter Zeit schon häufiger die Filme weggenommen. Die Polizei hat insofern natürlich auf dieses Urteil gewartet. Schon vorher hat ein Staatsanwalt in einer anderen Sache mir gegenüber erklärt, daß man mir meine „Rechtsbrüche" am 5. Januar schon bescheinigen werde.

Aufgrund von Gesprächen zwischen unserer Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen und Polizeiführung haben wir in Hamburg doch weitere Übergriffe im großen Maßstab verhindern können. Allerdings gab's auch den anderen Effekt: Die Beamten bekommen eine Ausbildung über Verhalten zur Presse. Die ist sehr kurz, und was die dann davon behalten, führt dann zu solchen Vorstellungen, wie bei der Hausbesetzung in der Hospitalstraße in Hamburg. Ein Beamter drohte uns die Beschlagnahmung der Kameras, wenn wir nicht augenblicklich das Fotografieren einstellten. Begründung: „Dies ist kein zeitgeschichtliches Ereignis, dies ist eine Hausbesetzung." Der junge Mann wurde dann, nachdem wir lauthals dagegen protestierten, von einem Ranghöheren zurückgepfiffen.

In diese Richtung geht das, wenn die Beamten unzureichend ausgebildet werden, obwohl diese Ausbildung, so die Absichtserklärung der Polizei, der Arbeit der Presse entgegenkommen soll.

Einen ähnlichen Effekt erzielt die „Ausbildung" über den Kunsturheber-Paragrafen. Seitdem häufen sich die Fälle, wo die Beamten angeflitzt kommen und behaupten: „Sie haben gerade ein Portrait-Foto gemacht. Film 'raus." Mit diesem Vehikel können die uns auf Dauer das Arbeiten unmöglich machen. Deswegen haben wir auch auf ein klärendes Urteil in Frankfurt gehofft. Umso mehr war ich von den Socken über diese Urteil, das vom Strafmaß völlig lächerlich ist. Wir werden natürlich weiter prozessieren. Das Urteil darf nicht so stehenbleiben. Ich kann mir jetzt schon denken, daß die Beamten das nächste Mal in ihrer vereinfachenden Weise mit dem Urteil unterm Arm 'rumlaufen und unsere Arbeit noch mehr zu behindern suchen.

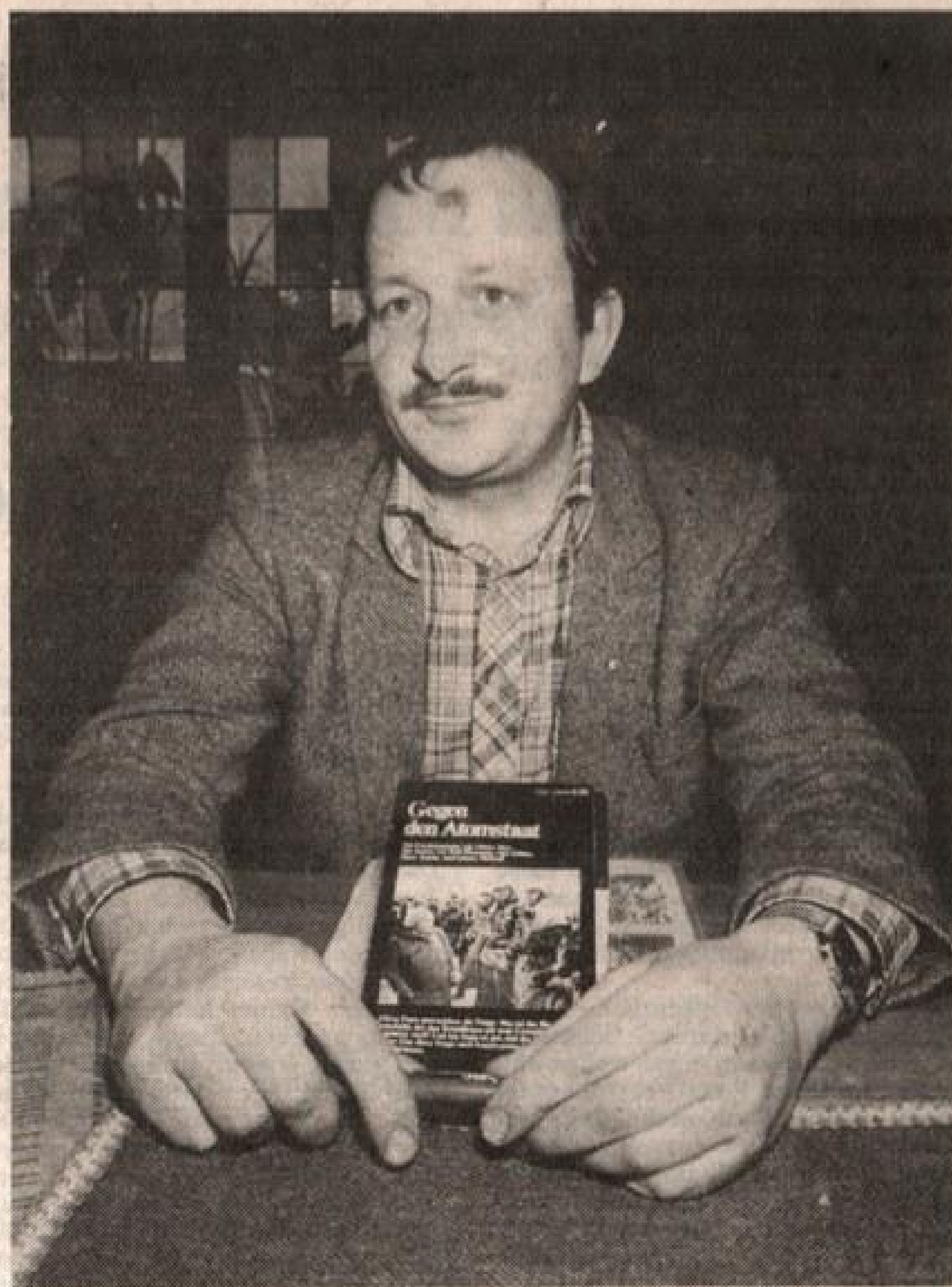
„Ich steh' hier nicht allein, und die erfahrene Solidarität hilft mir."

Aufgrund der Übergriffe der Hamburger Polizei gegen Pressefotografen im Zusammenhang mit den Iran-Demonstrationen im Dezember 1979 hat sich die Interessengemeinschaft Hamburger Pressefotografen gebildet, die auch heute noch gut arbeitet. Jetzt zum Prozeß war etwa ein Dutzend Kollegen mit in Frankfurt, haben sich hinter mich auf die Bänke gesetzt und demonstriert: Hier sitzt nicht der Zint alleine, hier sitzen wir alle. Insgesamt waren so etwa 50 Journalisten da, ein wohltuend starkes Echo bei den Kollegen der Presse. Die haben wohl begriffen, daß es hier im Kern um ihre eigene tagtägliche Arbeit geht.

In Westberlin hat sich jetzt auch eine Interessengemeinschaft der Pressefotografen gebildet, mit denen arbeiten wir zusammen. Aus dem ganzen Bundesgebiet schreiben uns Pressefotografen und berichten von Übergriffen. Wir haben jetzt angefangen, ein Archiv aufzubauen, um das alles mal dokumentieren zu können.

Diverse Szenenblätter und linke Zeitungen haben aus Solidarität das Foto des Herrn Panske nachgedruckt. Mittlerweile über 30 Zeitungen, gegen die jetzt wohl auch ermittelt werden muß. Dagegen werden sich dann alle Zeitungen wehren und viele Anwälte bemühen, wobei dann zu hoffen ist, daß wir irgendwo dann doch das Urteil revidieren können.

Dieses Urteil darf so nicht stehenbleiben gerade auch im Hinblick auf die Auseinandersetzungen, die dieses Jahr in Brokdorf und Gorleben zu erwarten sind. Das darf doch nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit passieren.



Günter Zint mit dem inkriminierten Buch



NÜRNBERGER

Säuberung bei den NÜRNBERGER Nachrichten

Antifaschistischer Redakteur fristlos gekündigt!

Die „Nürnberger Nachrichten" sind mit einer Auflage von ca. 350.000 und 15 weiteren Lokalblättern die größte und meinungs-„mächtigste" Zeitung im mittelfränkischen/nordbayerischen Raum. Bis vor ca. zwei Jahren bekannt durch gewerkschaftsfreundliche und antifaschistische Berichterstattung, aber im Grunde ein SPD-Blatt. Der Begründer und Herausgeber der „NN", Dr. Joseph E. Drexel hat im wesentlichen die Zeitung geprägt. Er war selbst in der Nazi-Zeit im KZ und trat bis zu seinem Tod (1976) unermüdlich für antifaschistische, demokratische Berichterstattung ein. Heute noch wird jährlich der „Dr. Drexel-Preis" für „engagierten Journalismus und mutige Anwaltschaft für gesellschaftliche Minderheiten" verliehen. Letztes Jahr wurde damit Peggy Parnass belohnt.

Aber ab 1976 ging es schrittweise bergab. Bis zu einer fristlosen Kündigung eines Redakteurs, der gegen die NPD und brutales Vorgehen der Polizei gegen Antifaschisten eingetreten war. Aber der Reihe nach:

Der Redakteur Klaus Sch. berichtet sehr kritisch über eine Versammlung der Betriebsgruppe der Polizei in der SPD, in der harte Vorwürfe gegen den Führungsstil des Nürnberger Polizeipräsidenten Krauss vorgebracht werden (mit Billigung seines Ressortleiters – des Lokalchefs). Weiterhin versuchte er ein Interview zu diesem Thema mit dem Polizeipräsidenten zu bekommen. Vorher wird ein Fragenkatalog von 14 Fragen an den Präsidenten geschickt. Der Polizeipräsident ist empört, wendet sich mit dem Fragenkatalog an die Chefredaktion mit dem Hinweis, daß diese Fragen eine „Frechheit" und „Zumutung" für einen Polizeipräsidenten seien. Der Chefredakteur nimmt dies zum Anlaß, eine Rüge auszusprechen und im Wiederholungsfall die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zu überprüfen; außerdem sprach der Chefredakteur ebenfalls von einer „Zumutung" und von „unjournalistischer Arbeit".

2. Akt. In Nürnberg findet eine NPD-Kundgebung zum Wahlkampf trotz breiter Proteste vieler Organisationen statt. Die Polizei geht gegen die protestierenden Antifaschisten mit aller Brutalität vor – obwohl nur gepfiffen und gerufen wird. Vier Demonstranten werden ohne Grund festgenommen und brutal zusammengeschlagen. Die „NN" berichtet am nächsten Tag mit Foto und Artikel sehr realistisch über das Vorgehen der Polizei und gebraucht Worte wie „hart und mitunter brutal" bzw. „menschenunwürdig". Gegen die Festgenommenen werden Anzeigen gestellt wegen Körperverletzung, Beleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung – die NPD bleibt ungeschoren.

Dagegen werden wiederum einige Protestbriefe mit Unterschriftenlisten formuliert. U.a. unterschreibt der Redakteur Klaus Sch, einen Brief an den Polizeipräsidenten, initiiert von einem Stadtteilzentrum. Diese Unterschrift nimmt die Verlagsleitung zum Anlaß, ihren unbequemen Redakteur „in die Wildnis" (einer 50 km von Nürnberg gelegenen Außenredaktion) strafzuversetzen. Vor lauter Panik und Wohlverhalten dem Polizeipräsidenten gegenüber, der die Anzeigen gegen die vier Festgenommenen gestellt hatte, vergißt sie sogar hierüber den Betriebsrat zu informieren. Dieser stimmt einstimmig gegen die Strafversetzung. Die Sache soll vors Arbeitsgericht (Schlichtungsausschuß).

Die Begründung des Verlages spricht für sich: Sch.'s journalistische Objektivität sei in Frage gestellt, er könne der Polizei nicht mehr unvoreingenommen gegenübertreten. Eine noch breitere Protestwelle Nürnberger Organisationen war die Folge – zwei SPD-Ortsvereine, GEW, drei Kultur- und Freizeitstätten, zwei linke Listen der Fachhochschule, Kreisjugendring, DFU und ein Pfarrer. Die „Deutsche Journalisten Union in der IG Druck" bereitete eine Veranstaltung vor. Ein SPD-Landtagsabgeordneter setzte sich persönlich beim Herausgeber für den Redakteur ein. Aber vergebens.

Nicht die Zurücknahme der Strafversetzung war die Folge, sondern die fristlose und vorsichtshalber auch gleichzeitig die fristgerechte Kündigung waren die Folge bzw. die Steigerung des Ganzen.

Damit hat die „Nürnberger Nachrichten" eine Entwicklung deutlich gemacht, die seit dem Tod des Begründers 1976 eher schleichend eingeleitet war. Aber hier wird nicht nur die journalistische Meinungsfreiheit verboten (Berufsverbot), sondern auch die Arbeit der gewerkschaftlich organisierten Redakteure soll angegriffen werden. Klaus Sch. ist Vorsitzender der „dju" in der IG Druck Nürnberg-Fürth-Erlangen, die sich besonders gegen die Einführung der Elektronik im Zeitungswesen stark gemacht hat. Insofern versucht die „NN" zwei Fliegen gleichzeitig zu erwischen.

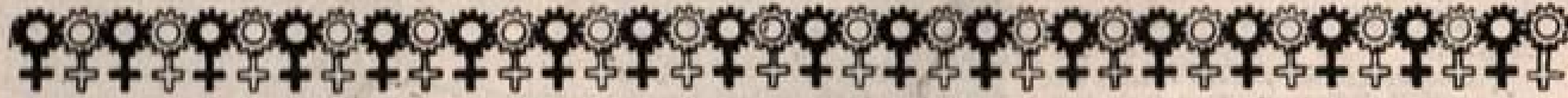
Aber die Öffentlichkeit soll trotz Totschweigen durch die „NN" informiert werden (Dutzende von Protestbriefen und Leserbriefen wurden bisher nicht mit einem Buchstaben in der Zeitung erwähnt!). Am 4.2. findet eine Veranstaltung der „dju" statt, und vorher soll eine Demonstration durch die Nürnberger Innenstadt die Vorgänge öffentlich machen. Eine weitere Demonstration ist für den Beginn des Kündigungsschutzprozesses vorgesehen. Beides wird durch einen gebildeten „Arbeitskreis Pressefreiheit" vorbereitet, der im Moment d e n Zulauf hat. Auf der letzten Sitzung waren ca. 150 Personen anwesend – das gesamte liberale und linke Spektrum aus Nürnberg.

Trotzdem soll Klaus Sch., der immerhin 14 Jahre bei der „NN" war, höchstwahrscheinlich seine Tätigkeit nicht wieder aufnehmen können – das Vertrauensverhältnis, so meinen die Verleger – dürfte doch zu sehr gestört sein. Ihr Verhältnis zur Demokratie und fortschrittlichen Kräften in Nürnberg kann dabei „ruhig" zu Bruch gehen.

SOLIDARITÄT MIT KLAUS SCH.! – Wir werden dich und deine Artikel vermissen.

KB / Gruppe Nürnberg

Interview mit 5 Hamburger Frauen in Männerberufen



»Schluß mit der Verarschung!«

Wir haben mit fünf Frauen aus dem Hamburger Modellversuch „Mädchen in Männerberufen" dieses Interview durchgeführt. Zu Anfang stellen sie sich als A, B, C, D und E vor, anschließend haben wir die Antworten immer zusammengefaßt (A).

AK: Das Arbeitsamt hat vor ca. einem Jahr eine Werbekampagne für den Modellversuch „Mädchen in Männerberufen" durchgeführt. Ihr seid insgesamt 45 Frauen, die sich gemeldet haben, wolltet ihr alle auch schon früher einen Männerberuf erlernen?

A: Ich wollte eigentlich keinen „Männerberuf" erlernen. Schon mit 16 bekam ich ein Kind und mußte meine Mittlere Reife abbrechen. Ich hatte keine Berufsausbildung, und deswegen war ich gezwungen dazu, aber Lust hatte ich am Anfang nicht so große. Mittlerweile habe ich mich da ein bißchen 'reingearbeitet, und es bringt mir Spaß, mit den Frauen zusammenzuarbeiten.

B: Ich habe auch keine Berufsausbildung, bin alleinstehend mit zwei Kindern und bin in den Modellversuch gegangen, weil ich wieder arbeiten muß, um über die Runden zu kommen.

C: Ich wollte als Mädchen schon einmal Automechanikerin lernen, wurde aber stets mit der Begründung abgelehnt, sie hätten keine Damentoiletten. Dann habe ich eine Ausbildung als Friseuse angefangen und mußte diese wieder abbrechen, weil ich Ekzeme bekam. Mit 20 heiratete ich und bekam ein Kind. Als mein Sohn zwei Jahre alt war, trennte ich mich von meinem Mann und lebte ein Jahr lang von der Sozialhilfe. Ich muß allerdings sagen, daß es bescheuert ist, vom Sozialamt leben zu müssen für jede Frau, weil man um jeden Pfennig betteln muß. Eigentlich habe ich nur unter dem Druck des Sozial- und Jugendamtes die Ausbildung im Mo-
nur unter dem Druck des Sozial- und Jugendamtes die Ausbildung im Mo-
dellversuch angefangen. Die haben gesagt: „Sie können nicht immer zu Hause hocken." Inzwischen macht mir die Ausbildung Spaß, und ich möchte sie gerne beenden.

D: Ich wollte eigentlich eine KFZ-Lehre machen; das ist aber in Hamburg so gut wie unmöglich.

E: Ja, das war bei mir auch so, ich bin zwei Jahre herumgelaufen und habe hunderte von Bewerbungen für Maschinenschlosser, KFZ usw. geschrieben. Immer hieß es, die berühmte Damentoilette fehle.

AK: Am Anfang hat euch das Arbeitsamt finanzielle und organisatorische Garantie für eure Ausbildung versprochen. In einem Flugblatt schreibt ihr „Viel versprochen und viel gebrochen" – welche Erfahrungen habt ihr gemacht?

A: Der größte Teil der Frauen hat 6 bis 8 Wochen auf das erste Unterhaltsgeld warten müssen. Viele andere Frauen wußten nicht – obwohl sie schon mit der Ausbildung angefangen hatten – ob ihnen überhaupt Unterhaltsgeld bewilligt wird. Ich habe z.B. erst in der 7. Woche mein erstes Geld bekommen und mußte laufend zum Sozialamt laufen. Das war ziemlich schwierig mit meinen beiden Kindern, der Miete usw. Ich bekomme auch von meinem ehemaligen Mann kein Geld.

AK: Wieviel Unterhaltsgeld bekommt ihr denn?

A: Ich bekomme mit zwei Kindern 152,– DM in der Woche. Die Berechnung des Arbeitsamtes für das Unterhaltsgeld ist etwas seltsam. Die drei oder vier Frauen bei uns, die vorher gearbeitet haben, bekommen jetzt Unterhaltsgeld auf der Grundlage ihres vorherigen Einkommens (etwas weniger als 80 %). Eine Frau hat für den ganzen Monat mit Kind nur 627 DM bekommen; eine andere, die vorher gearbeitet hat, ohne Kind 1.050 DM. Insgesamt hat das Arbeitsamt völlig willkürliche Maßstäbe angewendet. Zwei Drittel der Frauen sind einfach als ungelernte Packerinnen oder Arbeiterinnen eingestuft worden.

AK: Aber die meisten von euch haben doch Kinder, das muß das Arbeitsamt doch für den Unterhalt einkalkulieren.

A: Ich war vorher Reinmachefrau und habe 4 1/2 Stunden gearbeitet. Das haben sie einfach nur auf 8 Stunden aufgestockt. Wir haben sehr schnell gemerkt, daß wir nach der finanziellen Regelung des Arbeitsamtes nicht leben können. Auch die Frauen, die keine Kinder haben, können davon nicht leben. Einige von uns wollten gleich wieder aufhören mit der Ausbildung. Aber dann haben wir gesagt, so bekommen die Behörden doch wieder Recht in ihrer Annahme, daß Frauen gleich den Kopf in den Sand stecken. Wir haben viele Flugblätter gemacht und für unsere Ausbildung eigentlich gar keine Zeit mehr gehabt. Von Anfang an mußten wir uns wehren, es fing schon damit an, daß wir Stühle und Tische von Kindern für die erste Schulklasse benutzen sollten.

AK: Ihr habt viel über eure Lage diskutiert: welche Forderungen stellt ihr, damit ihr die Ausbildung durchsteht?

A: Vor allem wollen wir mehr Geld, 1200 DM als Existenzgrundlage und 100 DM für jedes Kind. Vor allem verlangen wir, daß alle Zahlungen durch eine Stelle erledigt werden. Außerdem soll die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch das Arbeitsamt gezahlt werden, so daß wir nicht jedesmal, wenn wir krank sind, kein Geld mehr vom Arbeitsamt erhalten und bei der Krankenkasse unser Unterhaltsgeld einreichen müssen. Dadurch haben wir Verzögerungen von 6 bis 8 Wochen. Ich habe z. B. mein Krankengeld vom Oktober noch nicht erhalten – und jetzt ist
mein Krankengeld vom Oktober noch nicht erhalten – und jetzt ist
Januar. Nach einer Krankheit müssen wir immer wieder einen neuen Antrag beim Arbeitsamt stellen. Das gibt wieder Verzögerungen, so daß viele Frauen von uns manchmal zwei Monate lang kein Geld bekommen haben. Dann rennt man und holt sich einen Abschlag, und das verzögert noch einmal die regelmäßige Weiterzahlung. Es gibt keine Frau bei uns, die regelmäßig ihr Geld bekommen hat. Wenn wir uns beschweren, kriegen wir noch zu hören: „Sie haben doch einen Abschlag bekommen."

AK: Ihr habt fast alle Kinder. Wie schafft ihr es, Ausbildung, Haushalt und Kinder miteinander zu vereinbaren? Ist das Arbeitsamt euch bei der Unterbringung der Kinder behilflich? Was macht ihr, wenn die Kinder krank sind, und wie kommt ihr dann mit der Ausbildung klar?

A: Meine Kinder waren im Sommer öfter krank. Ich wußte so manchen Tag nicht, wohin mit ihnen und mußte zu Hause bleiben. Wenn mein Bekannter sie nicht genommen hätte, hätte ich vier Wochen in der Ausbildung fehlen müssen. Aber es ist ja nicht so, daß das Arbeitsamt Kindern nicht zugesteht, auch mal krank zu werden. Sie dürfen krank werden – 5 Tage im Jahr. Eigentlich werden wir bei mehr als 20 % Fehlzeiten nicht mehr zur Prüfung zugelassen. Ich habe jetzt schon 40 %, weil die Kinder und ich selbst auch mal krank waren. Das geht fast allen Frauen so.

AK: Das Arbeitsamt hat euch doch versprochen, behilflich zu sein, wenn die Kinder krank sind?

A: Ja. Die Hilfe sieht so aus, daß mir das Sozialamt angeboten hat, meine Kinder in ein Vollheim zu geben, damit ich meine Ausbildung in Ruhe durchführen kann. Das habe ich natürlich nicht akzeptiert. Das einzige, was uns das Arbeitsamt anbietet, ist der Omadienst. Das ist eine Organisation in Wandsbek, die schickt eine Oma, wenn das Kind krank ist. Dafür müssen wir die Taxe bezahlen und freie Kost. Ob dann jeden Tag die gleiche Oma kommt, ist noch fraglich. Das wollen wir unseren Kindern jedenfalls nicht zumuten. Die vom Arbeitsamt haben uns noch kein Stück dabei geholfen. Im Gegenteil, immer wieder müssen wir uns anhören, daß wir die Ausbildung nicht schaffen werden, wenn wir fehlen. Die Leute können sich nicht vorstellen, daß sich auch die Kinder auf eine ganz neue Situation einstellen müssen; die Mama ist auf einmal nicht mehr den ganzen Tag für sie da. Allein dies setzt die Kinder unter einen seelischen Druck. Wenn Kinder seelischem Druck ausgesetzt sind, werden sie auch viel schneller krank. Es sind praktisch drei Schwierigkeiten, die durch die Unterstützung der Kinder auftreten: die Fehlzeiten, die Drohungen, kein Geld weiterzubezahlen und der Psychostreß in der Ausbildung, wir hängen immer mit den Werkstücken zurück.

AK: Welche Forderungen habt ihr dazu entwickelt, und wie stellt ihr euch überhaupt eine Ausbildung für Mütter vor?

A: Wir wollen, daß unsere Kinder von vertrauten Betreuungspersonen beaufsichtigt werden, wenn sie krank sind. Das soll gefälligst das Arbeitsamt bezahlen! Wir verlangen, die Ausbildung generell erst um 9 Uhr zu beginnen. Denn die Zeit, die Kinder zu wecken, anzuziehen, zu versorgen und in den Kindergarten zu bringen, begreifen wir auch als Teil der Arbeitszeit. Wenn wir selbst so gestreßt sind, merken das auch die Kinder und haben keinen Appetit. Eine Woche haben wir einfach alle um 9 Uhr angefangen zu arbeiten. Das war toll, in dieser Woche waren fast alle da, wir waren sogar noch eine Viertelstunde eher da und konnten Kaffee trinken. Aber da sind die von den Behörden sofort auf die Barrikaden gegangen. Plötzlich hatten sie alle Zeit und waren da. Das sei unzumutbar, haben sie gesagt und wollten uns alle rausschmeißen.





AK: Wieviele Frauen seid ihr überhaupt noch im Modellversuch?

A: Wir sind nur noch 26 von anfangs 38. Das ist alles unheimlich schwer: die Schulden, der Druck in der Ausbildung und die Kinder haben Streßkrankheiten. Das haben viele Frauen nicht durchgehalten.

AK: Die Behörden haben euch doch mehr Geld versprochen. Der Senat hat dem angeblich schon zugestimmt. Es sollte nur noch in der Bürgerschaft zur Abstimmung kommen. Wie sieht es damit jetzt aus?

A: Wir haben massenhaft Briefe an die Behörden und sogar an Herrn Klose geschrieben, mehrere Aktionen durchgeführt und viele haben gedroht, die Ausbildung abzubrechen. Da haben sie uns versprochen, bis spätestens Weihnachten 80 % eines Facharbeiterlohns für alle Frauen zu zahlen, das wären etwa 1.150 DM. Das haben alle schon groß gefeiert, die Presse und der Rundfunk, nur wir haben nichts davon gemerkt. Erstens haben wir das Geld nicht bekommen, und zweitens entspricht dies nicht unseren Forderungen.

AK: Und die Bürgerschaft hat euch einfach „vergessen" bei ihrer letzten Sitzung. Was war danach für eine Stimmung bei euch?

A: Wir haben am Anfang nicht gesehen, daß sie uns nur hinhalten wollten. Das war eine astreine Verarschung. Es kann sein – wie Herr Apel das so schön sagt – daß das Geld noch genehmigt wird, aber er möchte sich da nicht festlegen. Jetzt ist die Sache an den Haushaltsausschuß gegangen. Ich habe keine Hoffnung mehr auf das Geld. Als wir erfahren haben, daß wir das Geld immer noch nicht kriegen, haben wir alle geheult. Irgendwie sind wir alle ausgeflippt. Wir haben die Behördentypen beschimpft. Manche von uns brauchten 20 Minuten, um überhaupt reagieren zu können. Einige haben sich erstmal auf's Klos verkrochen. Das ist wirklich so, als wenn jemand einen Kuchen hinstellt und 'ne Stunde erzählt: der Kuchen ist für dich, um 12 Uhr kannst du ihn essen, und dann willst du um 12 das Messer ansetzen, und der sagt: nix da, meine Liebe, erst in 5 Monaten. Dann ist der Kuchen doch vertrocknet. Wenn die Leute von der Behörde dagewesen wären, dann hätten wir nicht mehr gewußt, was wir machen ... Die Verarschung läuft seit dem letzten Sommer. Jede Woche hat irgendeine Frau einen Zusammenbruch gehabt, weil sie mit zwei Mieten im Rückstand war oder sonst was. Wir mußten uns nachts gegenseitig besuchen, um irgendwie durchzuhalten. Und die Typen von der Behörde erzählen uns stundenlang, welche Behörde wofür zuständig ist. Mir ist das wirklich egal, wer welchen Titel hat. Das ist doch nicht unser Problem.

AK: Was habt ihr dann gemacht?

A: Wir haben ein Flugblatt geschrieben, sind mit unseren Kindern in die Behörde gezogen und haben das Zimmer des zuständigen Typen besetzt. Wir wollten nicht eher wieder gehen, bis wir unser Geld hatten. Auf einmal hatten die von der Behörde, die uns noch im November das Geld sicher versprochen hatten, uns nie etwas versprochen. Stattdessen haben sie mir z.B. angeboten, wegen meiner Schulden eine Bescheinigung zu schreiben, daß ich nicht genug Geld habe. Diese Bescheinigung sollte ich „Quelle" geben. Mein Kind hat den Behördentypen immer angefaßt und gesagt: „Ich hab' Durst, ich hab' Durst." Da kam der aus lauter Verlegenheit mit zehn Keksen an. Die Leute von der Behörde haben sich durch unser Flugblatt unheimlich auf den Schlips getreten gefühlt. Wir haben uns Reime ausgedacht: „Schluß mit der Verarschung!" – „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, bleibt das Geld da, wo es ist" (Hahn heißt einer von der Behörde, Anm. AK) – „Hahn, Meier, Behr - gebt die Kohle her! Behr, Meier, Hahn - ihr scheißt uns nicht mehr an! Hahn, Behr, Meier, sonst schmeißen wir mit Eiern". Die Leute von der Behörde meinten, wir würden die einzigen Leute, die uns geholfen hätten, lächerlich machen. Wir könnten nicht mehr erwarten, daß uns überhaupt noch jemand hilft. Nach vier Stunden haben wir unsere Aktion abgebrochen, weil die Kinder und wir selbst auch nicht mehr konnten. Die bei der Behörde haben uns doch nur beruhigt.

AK: Habt ihr Unterstützung von der Gewerkschaft bekommen?

A: Wir haben versucht, Unterstützung zu bekommen. Einmal waren wir alle zu fertig, daß wir mit Druck eine Woche für uns durchgesetzt haben, um mal zu besprechen, wie wir weitermachen können. Da haben wir auch die Gewerkschaft eingeladen, aber es ist niemand gekommen.

AK: Wo habt ihr eurer Meinung nach kleine Erfolge errungen?

A: Wir haben es immerhin geschafft, daß einige Frauen, die ganz wenig Geld bekamen zu Anfang, jetzt mehr bekommen, und daß wir immer zusammengehalten haben.

AK: In einem Flugblatt beschreibt ihr den Ausbildungsstreß und daß ihr in einer ständigen Prüfungssituation steht. Welche Forderungen habt ihr zur Veränderung eurer Ausbildung?

A: Es gibt einen ständigen Bruch zwischen Theorie und Praxis. In der Schule machen wir ganz andere Sachen, als wir gerade in der Werkstatt machen. Du lernst immer andere Sachen in der Theorie als in der Praxis, das geht nicht Hand in Hand. Außerdem wird jedes Stück in der Werkstatt zensiert. Wenn du ein Stück nicht hast, kriegst du auch 'ne schlechte Zensur. Wir wollen eine Ausbildung ohne Streß! Wir wollen die Zeit haben, unsere Schwierigkeiten besprechen zu können in der Ausbildung, aber auch für „private" Sachen.

AK: Hat das Arbeitsamt euch einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung versprochen?

A: Ja, mir haben sie gesagt, sie würden mich vermitteln. Aber bei unseren Erfahrungen glaube ich erstmal nichts mehr.

AK: Ihr seid ja in einem sogenannten „Modellversuch", wo getestet werden soll, ob Frauen in Männerberufen arbeiten können. Wie äußert sich dieser Test für euch?

A: Das bekommen wir ständig zu spüren. Egal, was wir gerade machen, immer wird uns gesagt: im Betrieb können Sie auch nicht zu spät kommen, im Betrieb dürfen Sie auch nicht reden, da dürfen Sie auch nicht krank werden. Am ersten Tag saß da so'n Typ und sagte, er möchte gern ein Tonband aufstellen, er sei die wissenschaftliche Begleitmusik. Wir haben wenigstens erreicht, daß er uns seine Berichte vorlesen muß. Diese Tests dienen doch nur dazu, die Frauen an die Scheißsituation anzupassen und nicht umgekehrt, die Situation an die Frauen anzupassen. Man erwartet, daß die Frauen geduldig, wie sie es seit eh und je getan haben, ihre Kinder morgens um 6 Uhr in den Kindergarten bringen und abends wieder abholen. Man erwartet von uns Frauen, daß wir diese Doppel-, nein, Dreifach-Belastung – Beruf, Mutter und Haushalt – alles perfekt unter einen Hut kriegen und vor allem: die Berufstätigkeit darf nicht darunter leiden. Das ist doch ein Witz! Bei uns versuchen sie, die Frauen auf die Rennbahn zu schicken. Wir strampeln uns ab und die interessieren sich überhaupt nicht dafür, daß hunderttausende von Frauen daran kaputtgehen.

AK: Die meisten von euch waren vor der Ausbildung kaum aktiv; jetzt verteilt ihr Flugblätter und macht Veranstaltungen. Wie fühlt ihr euch dabei?

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

A: Ich habe früher nie etwas gemacht. Das hat sich alles entwickelt mit den beschissenen Bedingungen. Ich brauchte keinen, der mich anstachelte. Ich glaube, uns allen ist es so ergangen. Wir haben uns von Anfang an alle gut verstanden. Die Frauen haben sich besonders für mich eingesetzt, und ich hatte erstmals das Gefühl, hier erhalte ich Unterstützung und kann Vertrauen haben. Ohne die anderen Frauen hätte ich bestimmt schon alles hingeschmissen. Früher habe ich nie Flugblätter genommen, weil ich dachte, wenn ich da reinsehe in die Politik, wird mir tierisch schlecht. Ich habe nie Flugblätter gelesen, sondern gleich angefangen, welche zu verteilen. Für mich war es auch etwas völlig Neues, auf eine Demonstration mitzugehen. Am letzten 1. Mai habe ich zum erstenmal in meinem Leben demonstriert. Auch meine Kinder waren total begeistert. Das war stark! Wir haben uns auch privat gegenseitig geholfen. Bei meiner Scheidung haben alle mit ein anderes Schloß in die Tür eingebaut zum Beispiel, damit mein Ex-Mann nicht mehr in die Wohnung konnte. Das ist ein wichtiger Erfolg für uns.

AK: Wie sieht es für euch Frauen aus, die ihr schon früher in anderen Zusammenhängen aktiv wart?

A: Ich habe unheimlich viel gelernt, überhaupt erstmal einfach so zu reden. Einmal, als wir zu dem Behördentypen gegangen sind, da hab ich mich so verhalten, wie ich es gelernt habe, mit Behördenleuten umzugehen. Aber die anderen Frauen haben dem gleich einen vor den Koffer gegeben. Da hab ich richtig gemerkt, was für Scheiße ich doch im Kopf habe. Darüberhinaus finde ich gut, daß bei uns jede einbezogen ist und alle Frauen Neues dazulernen, z.B. beim Flugblätterschreiben. Und was ich noch nie so erlebt habe in einer politischen Gruppe, das ist die unheimlich große Ehrlichkeit, die unter uns herrscht, auch wenn wir uns gegenseitig kritisieren.

AK: Ihr habt euch „privat" viel geholfen, in der Ausbildung und der Kinderbetreuung. Jetzt habt ihr angefangen, darüber zu diskutieren, daß das „Private" nicht euer Problem allein ist. Welche Forderungen habt ihr dazu entwickelt?

A: Die Behörden sollen gefälligst für die Betreuung unserer Kinder sorgen. Sie wollen ja auch, daß wir arbeiten. Der Staat sagt immer, wir sollen mehr Kinder in die Welt setzen, er jammert 'rum, daß die Deutschen aussterben. Da habe ich auch gedacht: wenn die schon so eine Werbung machen, dann sollen sie auch dafür sorgen, daß unsere Kinder betreut werden, wenn sie krank sind. Wenn Frauen Probleme haben, da kümmert sich doch der Staat nicht drum. Die können sich sogar das Leben nehmen, ohne daß was passiert. Es muß endlich Schluß sein, daß jede mit ihren eigenen Problemen herumhängt. Aber das hängt auch mit dieser Gesellschaft zusammen.

Wir haben immer als Gruppe versucht, all diese Probleme durch gegenseitige Hilfe selbst aufzufangen. Ohne unseren Zusammenhalt wäre die ganze Maßnahme sowieso schon in den ersten Wochen geplatzt. Wir haben uns nach Feierabend getroffen, Nachhilfe gemacht und gegenseitig auf die Kinder aufgepaßt, Wohnungen gesucht usw. Damit haben wir aber erstmal den Druck nur unter uns verteilt und dam Staat seine Aufgaben abgenommen. Als wir gemerkt haben, daß der Druck für uns alle zu groß wurde, haben wir eine Woche durchgesetzt, wo wir nur über unsere Situation gesprochen haben und diese Forderungen ausgearbeitet haben. Wir fordern das Recht ‚über unsere „privaten" Probleme auch in der Arbeitszeit sprechen zu können, weil wir diese Sachen nicht als private Probleme ansehen: Kindererziehung, das ständige schlechte Gewissen, Kinder oder Haushalt zu vernachlässigen, Einsamkeit, weil wir abends wegen der Kinder nicht weggehen können, Angst im Bus, auf der Straße und in der Werkstatt, von Männern blöd angemacht zu werden. Das sind ja auch gesellschaftliche Probleme.

AK: Ihr habt euch zusammengetan, als eine Frau von euch vergewaltigt worden ist, um gegen ihren Vergewaltiger Maßnahmen zu ergreifen. Könnt ihr uns berichten, was passiert ist?

A: Die Frau ist von einem Typen vergewaltigt worden, den wir kennen. Er wird in der gleichen Werkstatt ausgebildet. Wir haben uns während der Ferien alle an einem Abend getroffen und waren ganz geschafft und empört. Dann haben wir uns überlegt, dem Vergewaltiger einen Denkzettel zu verpassen und wollten verhindern, daß er in die Werkstatt kommt. Die Meister haben verlangt, daß die Frau wie vor Gericht beweist, daß sie vergewaltigt worden ist. Das haben wir natürlich nicht zugelassen und erneut mit ca. 40 Frauen versucht, ihn daran zu hindern, in die Werkstatt zu gehen. Diesmal hatte er sich Begleitschutz mitgebracht, ist mit dem Auto einfach durchgefahren, und hätte uns fast noch verletzt. Ein Schlägertyp hat dann noch eine Frau geschlagen. Die Innung hat uns fast alle schriftlich verwarnt. Wir wollen einen gemeinsamen Brief schreiben und die Verwarnung zurückweisen. Nicht wir haben den Vergewaltiger angegriffen, sondern er uns. Die Innung wirft uns vor, Eier gegen die Innung geworfen zu haben, was nicht einmal stimmt. Und wenn es so wäre, stünde es in keinem Verhältnis zur Vergewaltigung einer Frau. Wir haben eine Unterschriftensammlung gemacht und über 300 Unterschriften in kurzer Zeit zusammenbekommen. Wir werden uns weiter wehren, weil wir im Recht sind!

AK: Ich danke euch für dieses Interview, es hat sehr viel Spaß gemacht, euch kennenzulernen.

♀ **Kommission Betrieb und Gewerkschaft** ♀

Streik wegen unverschämter Äußerung zur Frauenarbeit

Im Dezember begannen in Kiel Lohnrahmentarifverhandlungen, in denen es um die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 geht. Die Kapitalisten lehnten die Erfüllung dieser Forderung erwartungsgemäß aus Kostengründen ab. Darüberhinaus brachte der Herr Detlefsen vom Arbeitgeberverband als „Argument": „*Die Frauen mögen die stupiden und monotonen Arbeiten und seien zu qualifizierten gar nicht fähig, sie würden doch nur mitarbeiten und tatsächlich viel lieber hinter dem Kochtopf stehen.*"

Einen Tag nach den Verhandlungen wurde diese unverschämte Äußerung in der Firma Hagenuk bekannt. Bei Hagenuk arbeiten Beschäftigte, von denen 400 Frauen in Lohngruppe 2 eingruppiert sind. Etwa 800 Kolleginnen und Kollegen hatten die Forderung nach Abschaffung der Gruppe 2 unterschrieben.

Der Betriebsratsvorsitzende Schmollmann hatte an den Lohnrahmentarifverhandlungen teilgenommen und erzählte im Betrieb von der Detlefsenschen Äußerung. Einige wollten daraufhin zum Geschäftsleiter Nötzel, der auf Arbeitgeberseite an den Verhandlungen beteiligt war, und ihn fragen, ob er die

seite an den Verhandlungen beteiligt war, und ihn fragen, ob er die

Einschätzung seines Verbandskollegen teilt.

Die Frauen waren alle empört über die Bemerkung, und aus den meisten Frauenabteilungen gingen die Frauen geschlossen um 9.45 Uhr in die Kantine (die Männer übrigens kaum). Als etwa 200 Kolleginnen versammelt waren, sollte der Geschäftsführer geholt werden. Zunächst kam der Betriebsrat mit der Mitteilung zurück, daß Nötzel keine Zeit habe und alle zurück an den Arbeitsplatz gehen sollen. Die Kolleginnen waren damit aber gar nicht einverstanden und drückten ihr Mißfallen mit Buhrufen und Pfiffen aus. Darauf zog der Betriebsrat noch einmal zur Geschäftsleitung, Nötzel weigerte sich aber nach wie vor zu kommen, gab aber bekannt, daß er um 14.00 Uhr zum Gespräch bereit wäre.

Frau ließ sich nicht einschüchtern und alle blieben sitzen. Daraufhin kam der Personalchef Heider. Er bezeichnete die Aktion als illegal und drohte den „Rädelsführern" mit Entlassung. Die Kolleginnen buhten ihn aus und stellten in einigen Beiträgen fest, daß dies kein Streik sei, sondern sie nur ihr Recht in Anspruch nehmen wollten, mit dem Geschäftsführer zu sprechen.

Nach einigem Hin und Her mit dem Personalchef, der betonte, daß die Geschäftsleitung die Konfrontation nicht wolle und doch Herr Nötzel um 14.00 Uhr kommen würde bröckelte die Aktion um 11.15 Uhr ab.

Um 14.00 Uhr schilderte dann Nötzel vor 300 Kolleginnen die Verhandlungen aus seiner Sicht, erwähnte aber mit keinem Wort die beleidigenden Äußerungen seines Arbeitgeberfreundes Detlefsen. Direkt darauf angesprochen, meinte er, er habe gar nicht alles mitbekommen und mehr als er gesagt habe, wisse er nicht. Betriebsratsvorsitzender Schmollmann wiederholte noch einmal die Äußerung von Detlefsen, aber Nötzel konnte sich nicht erinnern und meinte nur, daß er es ja nicht gesagt hätte. In weiteren Diskussionsbeiträgen wurde noch zur Notwendigkeit der Abschaffung der Lohngruppe 2 debattiert und dann die Versammlung beschlossen.

Rädelsführer wurden nicht entlassen, aber den streikenden Frauen wurden die 1 1/2 Stunden vom Vormittag vom Lohn abgezogen.

Seit Jahren hatte es bei Hagenuk keine Aktionen und Proteste gegeben und die beteiligten Frauen sind daher recht stolz auf ihre Aktion.

Bericht einer Kieler KB-Genossin

1981: Der DGB für »kontrollierte« 8. März-Aktionen

In diesem Jahr „erlaubt" der DGB den Gewerkschaftsfrauen, zu Veranstaltungen zum 8. März aufzurufen. Mit Datum vom 2.12. gibt der Bundesvorstand bekannt, daß „*eigenständige gewerkschaftliche Veranstaltungen ohne die Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen ... auf Beschluß der DGB-Kreisvorstände und im Einvernehmen mit den DGB-Landesbezirken*" durchgeführt werden können. Es ist aber unbedingt „*darauf zu achten, daß interessierte politische Gruppierungen die DGB-eigenen Veranstaltungen nicht mißbrauchen können*".

Zur Erinnerung: Im letzten Jahr faßte der DGB-Bundesvorstand folgenden Beschluß: „... *Der DGB-Bundesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 19.1.1980 mit dieser Frage befaßt und beschlossen, daß sich der DGB auch in diesem Falle* (gemeint ist der „Wunsch" einiger DGB-Kreise, am 8. März eigene Veranstaltungen zu machen oder sich bei anderen Verbänden zu beteiligen, Anm. AK) *nicht an Aktionen anderer Veranstalter beteiligen wird. Er wird auch keine eigenen Veranstaltungen zur Erinnerung an diesen bemerkenswerten Beschluß des II. Internationalen Frauenkongresses der Sozialistinnen im Jahre 1910 durchführen, der zu einem parteipolitischen Gedenktag führte, an dem sich der DGB aufgrund seines Prinzips der Einheitsgewerkschaft nicht beteiligen kann.*"

Was passierte? Es hagelte Proteste von allen Seiten. Gewerkschaftsfrauen, die bereits an der Vorbereitung von Aktionsbündnissen oder eigenen Veranstaltungen arbeiteten, wie die IGM-Frauen, die GEW-Frauen in Hamburg, HBV-Frauen in Westberlin (vgl. AK 172, S. 17), protestierten gegen den Beschluß und setzten ihre Aktivitäten fort.

In vielen Städten der BRD beteiligten sich Gewerkschafterinnen an Infotischen, Veranstaltungen und trugen Transparente auf Demos. Darauf gab es keine Reaktion von Seiten des DGB (soweit uns bekannt ist). Der Beschluß des DGB-Bundesvorstands wurde auf breiter Front nicht beachtet. Das darf nach der Logik der DGB-Führer in diesem Jahr nicht wieder passieren. Da es ihnen nicht gelungen ist, Aktivitäten zu diesem „parteipolitischen Gedenktag" überhaupt zu verhindern, versuchen sie jetzt, sie in geordnete DGB-Bahnen zu lenken und damit die Gewerkschaftsfrauen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zum Stand der Vorbereitung in Hamburg

Seit Anfang Dezember treffen sich in Hamburg regelmäßig Frauen aus mehreren Gewerkschaften (überwiegend aus den Frauenausschüssen der IGM, Drupa, IG-Textil und GEW), um den 8. März vorzubereiten. Waren zu Beginn Ansätze da, sofort Kontakte zur Frauenbewegung außerhalb der Gewerkschaften aufzunehmen, um gemeinsame Akt vitäten zu planen, wird inzwischen nur noch über eigene Veranstaltungen diskutiert. Beantragt haben die Frauen über den Kreisfrauenausschuß, daß der DGB in Hamburg eine Demo durchführt und ein Fest genehmigt. Dazu liegt ein Entwurf für ein Aufrufflugblatt vor, der insbesondere zu den Bereichen § 218 und „Frauen zum Bund ..." über die derzeitige Beschlußlage im DGB hinausgeht. So fordern die Frauen „*Ersatzlose Streichung des § 218*", „*Austritt der BRD aus der NATO*". Sie wenden sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und gegen die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse.

Trotz schlechter Erfahrungen, besonders im letzten Jahr (immerhin waren da sämtliche Veranstaltungen verboten), verlassen sich die Frauen darauf, daß die Demo und das Fest genehmigt werden.

Obwohl der Entwurf für das Aufrufflugblatt wesentliche Forderungen enthält, die der DGB offiziell nicht vertritt, ist das in der Diskussion nicht problematisiert worden, d.h. es wurde nicht über alternative Schritte beraten. Es ist abzusehen, daß der Entwurf abgelehnt bzw. entscheidend verändert wird.

Spätestens dann stehen die Frauen vor der Frage, ob sie sich dem Diktat des DGB beugen wollen. Das würde eine ungeheure Einschränkung für die inhaltliche Ausgestaltung des 8. März bedeuten. Bis jetzt hat es von diesem Vorbereitungskreis noch keinen Protest gegen den Beschluß des Bundesvorstandes gegeben. Er wird vielmehr als Grundlage der 8.März-Planung akzeptiert. Entsprechend gibt es keine Kontakte zu anderen Aktionsbündnissen. Damit ist dem DGB-Vorstand schon die Spaltung gelungen.

Denn die Gewerkschaftsvorbereitungsgruppe arbeitet und plant vollkommen isoliert von anderen Initiativen zum 8. März, von denen es derzeit zwei gibt. Die DFI-Frauen haben bereits mehrere Treffen gemacht, zu denen sie auch andere Frauengruppen eingeladen haben (allerdings ein ziemlich reduziertes Spektrum. Die KB-Frauen wurden z.B. nicht eingeladen, ebenso kaum autonome Frauengruppen). Auch die Initiative „Frauen zum Bund – Wir sagen nein" hat zur Koordination von 8. März-Veranstaltungen eingeladen.

Die Gewerkschaftsfrauen wissen von diesen Initiativen, bemühen sich aber nicht um eine Zusammenarbeit.

Letzte Meldung:
Am 13.1. hat das zuständige Gremium des DGB-Nordmark getagt. Ergebnis: Der Antrag des Kreisfrauenausschusses auf Durchführung einer Demo und Veranstaltung konnte leider nicht behandelt werden, da der Kostenvoranschlag zu hoch ausgefallen war. Also wurde die Entscheidung auf Februar vertagt.

Eine Genossin aus Hamburg



Aktionswoche

1. - 8. März 1981

Liebe Frauen,
vielleicht habt ihr schon von der Aktionswoche gehört – FRAUEN GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS / FRAUEN GEGEN ATOMKRAFT UND UMWELTZERSTÖRUNG (siehe beigelegter Aufruf).

In Hamburg haben sich Frauen aus verschiedenen Gruppen und Hintergründen zusammengetan, um die Hamburger Woche zu organisieren. Vertreten waren bis jetzt: Graswurzelrevolution, War Resisters' International, Nicaragua-Komitee, Frauen für Frieden, GEW, private Menschen, KB, Bunte Liste, Aktionseinheit Eimsbüttel, Volksfront, DGB, DKP, DFI, Fraueninitiative „Frauen in die Bundeswehr, wir sagen nein", Volkshochschule.

Interessiert haben sich auch Frauen vom SB, Feministische Theologie, Süd-Afrika Boykott und die Hamburger Initiative „Ärzte gegen Atomenergie".

Bislang haben wir hauptsächlich inhaltlich gearbeitet und folgende Schwerpunkte festgelegt:

- MILITARISIERUNG DER FRAU – Rekrutierung in die Bundeswehr und für die zivile Verteidigung durch § 12a GG (mit einer Verweigerungsaktion). Arbeitsplatz usw.
- FRAUEN GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS – Diskussion über die verschiedenen historischen und gegenwärtigen Gründe, die Frauen zu antimilitaristischer und pazifistischer Arbeit bewegt haben und bewegen.
- ZIVILE VERTEIDIGUNG im Zusammenhang mit Atomkrieg – Schwesternhelferinnen, Gesundheitssicherstellungsgesetz, Film WAR GAMES, Bunker, psychologische Vorbereitung der Bevölkerung usw.
- FRIEDEN IN DER SCHULE – Von offizieller Seite (Apel) wird Unterricht über „Friedenssicherung in Europa" gefordert. „...., wie man jungen Bürgern die Erkenntnis vermitteln könne, daß Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst ist" (aus „SDZ", 6./7. Dez.).
  Außerdem werden Mädchen immer mehr zur Bundeswehr gelockt über Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder durch Tagesbesuche in Kasernen. Es gibt auch Bundeswehr-Fanclubs usw.
  Was machen Lehrer dagegen? Wie kann ein solches Thema in der Schule eingebracht werden? (Eventuell eine Veranstaltung speziell für Lehrer und Schüler?)
- NATO – Nachrüstung, Mittelstreckenraketen, Widerstand, politische Hintergründe usw.
- 3. WELT – Die Gruppe Süd-Afrika wäre eventuell bereit, etwas zu der Woche beizutragen.

Um den Ablauf der Aktionswoche und Aktionsformen zu strukturieren und festzulegen, haben wir ein Arbeitswochenende geplant: Samstag, 24.1. – 14 Uhr bis 20 Uhr – und Sonntag, 25.1. – 10 Uhr bis 14 Uhr – in der Werkstatt III, Nernstweg 32, 2 Hamburg 50, 1. Stock, S-Bahn Altona.

Dieses Wochenende gilt auch als R e g i o n a l t r e f f e n und Frauen aus der Umgebung sind herzlich eingeladen (Unterkunft und Verpflegung möglichst s e l b s t organisieren).

Zur Aktionswoche selbst müssen wir z. B. überlegen, wie und wann sie genau anfängt; was für Veranstaltungen in der Woche stattfinden und wo? Zu welchem Themen? Was am Wochenende 7./8. März läuft: Eine Demo wird am 7. März sicherlich stattfinden.
(Anmerkung: Der Aufruf zur Aktionswoche ist abgedruckt im AK 191, S. 15).

Frauenforum in Tübingen

Da es in Tübingen verschiedene Frauengruppen gibt, die zu verschiedenen Themen gute Arbeit leisten, untereinander aber bislang wenig Kontakt hatten, initiierte die Frauengruppe der Alternativen Liste ein Frauenforum, das auf Anhieb auf sehr großes Interesse stieß. Bereits beim ersten Mal erschienen ca. 50 Frauen aus 11 Gruppen sowie etliche nicht organisierte Frauen.

Es wurde diskutiert, daß das Frauenforum dem inhaltlichen Austausch und der Information zwischen den Gruppen dienen soll, Aktivitäten einzelner Gruppen unterstützen und evtl. gemeinsame Aktionen angehen kann, – kurz: einen neuen Rahmen und eine breite Basis für uns Tübinger Frauen schaffen soll.

Nachdem sich auf dem ersten Treffen die Gruppen vorgestellt hatten und die Erwartungen ans Frauenforum diskutiert wurden, kam beim zweiten Treffen das Verhältnis zum Tübinger Frauenzentrum zur Sprache. Obwohl dieses Thema von FZ-Frauen gewünscht worden war, waren leider keine Frauen vom Zentrum anwesend. So konnten wir nur aus unserer Sicht feststellen, daß das FZ in den letzten Jahren leider eine nur geringe Rolle spielte bei den verschiedenen Frauenaktivitäten und eigentlich nicht die Anlaufstelle und inhaltliche Koordination ist, die es unserer Meinung nach sein sollte. Aufgrund negativer Erfahrungen – zum Teil auch aufgrund von Vorurteilen – hatten sich etliche Frauengruppen außerhalb des FZ's

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

sammengetan. Die Diskussion ergab jedoch, daß wir ein Frauenzentrum als Ausdruck der autonomen Frauenbewegung sehr wichtig finden. Im FZ sollten unterschiedliche Strömungen der Frauenbewegung Platz haben und eine solidarische Auseinandersetzung möglich sein. Da wir uns als Teil der autonomen Frauenbewegung verstehen, streben wir eine Beteiligung am FZ an und wollen dazu in eine Diskussion mit den FZ-Frauen treten.

Auf dem letzten Treffen wurde außerdem über den neuesten Stand bzgl. des Frauenhauses diskutiert und ein Aufruf „Waffen für El Salvador" mehrheitlich verabschiedet. Die Diskussionen fanden in einem sehr solidarischen und lockeren Rahmen statt. Schwerpunktthema für das nächste Mal soll die Diskussion um den § 218 anläßlich des bundesweiten Aktionstages am 25.2. sein.

Das Frauenforum soll alle 4 Wochen stattfinden und auch für nicht organisierte Frauen offen sein.

Eine Tübinger Genossin

»Wir brauchen keine Bedenkzeit« Abtreibungsgesetz in den Niederlanden

Am 18.12.80 wurde der Gesetzesvorschlag für ein neues Abtreibungsgesetz in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments verabschiedet. Der Gesetzesvorschlag von den Ministern Ginjaar (CDA – ähnlich CDU) und de Ruiter (VVD – rechtsliberale Partei) bekam mit 76 zu 74 Stimmen nur eine sehr knappe Mehrheit. Sollte der Gesetzesvorschlag auch in der Ersten Kammer im Frühjahr eine Mehrheit bekommen, bedeutet das für die niederländischen wie für alle westeuropäischen Frauen einen Angriff auf ihr Selbstbestimmungsrecht. Es gab zwar bisher schon ein Gesetz gegen die Abtreibung, aber das existiert nur auf dem Papier. Die Frauenbewegung hat sich die praktische Legalität erkämpft.

Frau brauchte sich bisher lediglich anzumelden und den Eingriff zu bezahlen. Die Abtreibung ist praktisch legal, weshalb die niederländischen Kliniken besonders für deutsche Frauen sehr attraktiv sind. Ist doch die legale Abtreibung dort nicht wesentlich teurer als hier eine illegale beim Pfuscher.

Nach dem neuen Gesetzentwurf sollen sich die Frauen einer „Beratung" aussetzen. Nicht mehr die Frauen alleine entscheiden, ob sie abtreiben oder nicht, jetzt kann auch der Arzt entscheiden, ob er die Abtreibung durchführt. Frau kann ihn also nicht mehr wie bisher wegen unterlassener Hilfeleistung anzeigen.

Nach dieser „Beratung" muß frau fünf Tage Bedenkzeit einlegen, erst dann kann die Abtreibung durchgeführt werden.

Für die Frauen aus dem Ausland bedeutet das konkret, daß die Kosten immens erhöht werden. Fünf Tage Hotel (und wer kriegt schon so einfach Urlaub) oder Abreise und erneute Anreise.

Zum Tage der Verabschiedung des Gesetzesvorschlages in der Zweiten Kammer organisierte „Wij Vrouwen Eisen" („Wir Frauen Fordern", eine Frauenorganisation) erneut eine Demonstration in Amsterdam, zu der mehrere tausend Menschen kamen.

„Wir haben keine fünf Tage Bedenkzeit gebraucht, um hier zu demonstrieren", konstatierte Myra ter Meulen von „Wij Vrouwen Eisen" auf der Abschlußkundgebung. „Wir werden dafür sorgen, daß keine Klinik geschlossen wird, daß die ausländischen Frauen nicht auf der Straße liegengelassen werden und daß jeder Frau geholfen wird, wenn sie das will. Das Selbstbestimmungsrecht, das wir in der Praxis durchgesetzt haben, lassen wir uns nicht mehr nehmen", sagte Ite van Dijk („Wij Vrouwen Eisen").

Die Frauen von „Wij Vrouwen Eisen" forderten alle Frauen auf, die Erste Kammer mit Briefen zu bombardieren und die Parlamentarier aufzufordern, den Gesetzesentwurf nicht durchgehen zu lassen.

„Und wenn dieses Gesetz doch durchkommt, dann rufen wir jeden auf, das Gesetz zu boykottieren. Boykottiert die fünf Tage Bedenkzeit!" (Ite van Dijk).

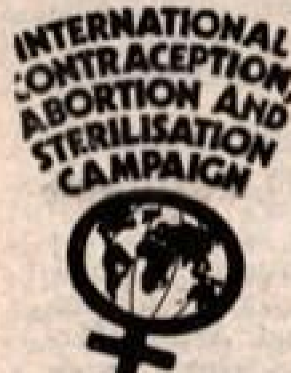
Solidaritätserklärungen mit den Frauen kamen aus dem ganzen Land, so vom Kongreß der FNV (Gewerkschaft) des öffentlichen Dienstes, von den Nachtschichtarbeiterinnen der PTT (Postverwaltung) und von dem Vorsitzenden der PvdA (Sozialdemokraten), Max van den Berg.

Aus London kam ein Telegramm von den Frauen der National Abortion Campaign.

Grußadressen an: WIJ VROUWEN EISEN
Postbus 1147/Leiden
Niederlande

Alle Informationen aus „de Waarheid" vom 22.12.80

M., Niederlande-Kommission



ICASC: Internationales Treffen von Aktivistinnen gegen die Abtreibungsgesetze am 24./25. Januar in Amsterdam

Auf dem Koordinationstreffen der ICASC (International Contraception, Abortion and Sterilisation Gampaign =Internationale Kampagne zu Verhütung, Abtreibung und Sterilisation) sollen folgende Themen behandelt werden:

a. Berichte aus den verschiedenen Ländern;
b. Informationen der Koordinationsgruppe;
c. ICASC-Finanzen;
d. die Zeitung und ihre Zukunft;
e. das Vorgehen gegen die Vereinheitlichung der europäischen Gesetzgebung zu Geburtenkontrolle und Abtreibung;
f. der internationale Aktionstag am 16. Mai 1981;
g. die „alten" Arbeitsgruppen zu Abtreibungsgegnern, Drogen und Arbeiterbewegung werden eine kurze Sitzung benötigen, um die Veröffentlichung der geplanten Information zu besprechen;
h. zwei Vorschläge für Arbeitsgruppen:
   – das internationale Treffen von Abtreibungsgegnern in Den Haag im Februar 1981;
   – die Haltung der ICASC zum Gebrauch von „Depo Provera";
i. die neue Broschüre.

Das Treffen finden statt im Vrouwenhuis (Frauenhaus), Nieuwe Hegengracht 95, Amsterdam; Tel.: (020) 252066, und zwar am Sonnabend, den 24.1., von 10.30 bis 17.00 Uhr und am Sonntag, den 25.1., von 9.30 bis 16.00 Uhr. Am Sonnabend soll im Anschluß an das Treffen ein Gespräch mit Journalistinnen stattfinden.

Die ICASC ist eine Organisation zur Koordination der Aktivitäten gegen die Abtreibungsgesetzgebung in den verschiedenen Ländern; sie existiert seit 1978 und hat seitdem jeweils im Abstand von 2-3 Monaten in verschiedenen europäischen Städten Treffen durchgeführt. Auf dem letzten Treffen im Oktober in Dublin waren repräsentiert: Australien, Belgien, Großbritannien, Niederlande, Republik Irland, Italien, Nordirland, Westdeutschland. Es gab Berichte von der Gruppe „Right to Choose" (Das Recht zu wählen), die sich Anfang 1980 in Dublin gebildet hat, von der Verschärfung des Familienplanungsgesetzes in der Republik Irland, über die Aktivitäten der Gruppe gegen die Verhütungsspritze „Depo Provera" in London, über geplante Verschärfungen in den Niederlanden u.v.a.m. Seit März 79 konzentriert sich die Arbeit der ICASC auf Solidaritätsaktionen gegen besonders reaktionäre Gesetze oder geplante Verschärfungen in einzelnen Ländern. Von der Zeitung, „ICASC Information", sind bisher zwei Ausgaben erschienen, in englisch, französisch und spanisch. (Informationen aus einem Rundbrief der ICASC vom 10.12.80)



Duogynon-Ermittlungsverfahren eingestellt

Daß die Großen in unserem Land noch allemal laufengelassen werden, hat sich erneut bestätigt: Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ein seit zwei Jahren laufendes Ermittlungsverfahren gegen den Pharmakonzern Schering wegen Duogynon eingestellt. Duogynon steht schon seit langem in Verdacht, während der Schwangerschaft bei den ungeborenen Kindern schwere Mißbildungen hervorzurufen.

Zur Begründung hat sich die Staatsanwaltschaft etwas besonders Zynisches einfallen lassen: Nach juristischer Auffassung betrifft der Vorwurf der Körperverletzung ein Kind erst n a c h der Geburt, da es erst dann ein vollwertiger Mensch sei. Mißbildungen, die durch die Einnahme eines Medikamentes vor der Geburt hervorgerufen werden, seien daher nicht als Körperverletzungen anzusehen. Wer erinnert sich nicht sofort daran, daß zur Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch der „Schutz des ungeborenen Lebens" als Argument noch allemal gut genug war?! Darüberhinaus sei hier nur an den Contergan-Skandal erinnert, wo schließlich den betroffenen Kindern Entschädigungen gezahlt werden mußten. Der Anwalt der Interessengemeinschaft Duogynongeschädigter Kinder meint dazu: *„Mit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens zerreißt die Staatsanwaltschaft das Contergan-Urteil"* („Abend",13.1.) und legte sofort Beschwerde ein.

Auch von dem Verdacht des Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz ist Schering durch die Einstellung des Verfahrens befreit worden. Der Hersteller ist nach dem Arzneimittelgesetz verpflichtet, ein Medikament aus dem Handel zu ziehen, wenn ein begründeter Verdacht auf Schädigung durch das Medikament vesteht.

Zwei Genossinnen aus Westberlin

Sulproston/Nalador mit Einschränkungen zugelassen

Vom Bundesgesundheitsamt (BGA) wurde jetzt das Prostaglandinepräparat Nalador (alias Sulproston) für den Handel zugelassen. Diese Entscheidung war leider trotz massiver Proteste einiger Frauen zu erwarten gewesen.

Zur Erinnerung: Sulproston ist in den letzten Jahren allein in der BRD und Westberlin bei Abtreibungen an 7.000 Frauen – z.T. ohne ihr Wissen – erprobt worden. Das Präparat löst stundenlange wehenartige Krämpfe aus und hat zahlreiche Nebenwirkungen. In allen Fällen muß

Zulassung mit Einschränkungen

Vor ein paar Tagen war dann die Zulassung offiziell. Nalador gibt es jetzt in zwei Formen und mit Einschränkungen betreffs der Anwendungsform im Handel. Zunächst einmal darf es nur in Fachkliniken, nicht jedoch, wie von Schering vorgesehen, auch in der Praxis angewandt werden. Praktiken wie z.B. die eines Dr. Wiechell in Lübeck, der das Präparat seinen Patientinnen spritzte und sie dann nach Hause schickte, sind damit

bare Gebrauch von Nalador zu befürchten. Jede Frau muß jetzt damit rechnen, in den „Genuß" dieses Mittels zu kommen, wenn sie zur Abtreibung in eine Klinik geht. Aufklärungspflicht besteht jetzt auch nicht mehr, die Ablehnung ist noch schwerer. Der Menschenversuch geht im großen Maßstab und völlig legal weiter. Und das alles mit einem Medikament, das – zumindest für die ersten drei Monate – völlig ü b e r f l ü s s i g ist, mit dem die Ärzte nur bequem ihr handwerkliches Unvermögen verdecken können, das außerdem

Pro Familia Westberlin

16. Mai 1981;
g. die „alten" Arbeitsgruppen zu Abtreibungsgegnern, Drogen und Arbeiterbewegung werden eine kurze Sitzung benötigen, um die Veröffentlichung der geplanten Information zu besprechen;
h. zwei Vorschläge für Arbeitsgruppen:
– das internationale Treffen von Abtreibungsgegnern in Den Haag im Februar 1981;
– die Haltung der ICASC zum Gebrauch von „Depo Provera";
i. die neue Broschüre.
Das Treffen finden statt im Vrouwenhuis (Frauenhaus), Nieuwe Hegengracht 95, Amsterdam; Tel.:
fang 1980 in Dublin gebildet hat, von der Verschärfung des Familienplanungsgesetzes in der Republik Irland, über die Aktivitäten der Gruppe gegen die Verhütungsspritze „Depo Provera" in London, über geplante Verschärfungen in den Niederlanden u.v.a.m. Seit März 79 konzentriert sich die Arbeit der ICASC auf Solidaritätsaktionen gegen besonders reaktionäre Gesetze oder geplante Verschärfungen in einzelnen Ländern. Von der Zeitung, „ICASC Information", sind bisher zwei Ausgaben erschienen, in englisch, französisch und spanisch. (Informationen aus einem Rundbrief der ICASC vom 10.12.80)

Pro Familia Westberlin protestiert gegen Mittelkürzung

„Kurz vor Weihnachten erhielten die drei Beratungsstellen von Pro Familia Berlin eine schöne Senatsbescherung: Nach mehrfacher fester und schriftlicher Zusage, den Pro Familia-Haushalt 1981 mit 513.000 Mark mitzutragen, wurde diese schon bewilligte Summe Mitte Dezember von der zuständigen Senatsstelle um ein Drittel gekürzt" (aus einem Offenen Brief der Pro Familia an den Senator für Gesundheit und Umweltschutz). Die Pro Familia Berlin hatte bei einem Gesamthaushalt von 688.000 DM für 1981 einen Zuschuß von 578.000 DM beim Senat beantragt. Den Rest wollten sie großzügigerweise aus eigenen Spenden decken. Die bisher zugesagten 513.000 Mark bedeuten bereits eine Kürzung der beantragten Summe, nun soll also kräftig weitergekürzt werden.

Auch von anderer Seite werden der Pro Familia Steine in den Weg gelegt. Bisher hatten dort drei Ärztinnen die Ermächtigung, einige ärztliche Leistungen über Krankenschein abzurechnen. Diese Ermächtigung wurde ihnen im April 1980 von der Kassenärztlichen Vereinigung entzogen. Die Begründung dafür: „Mangelnder Bedarf".

Pro Familia hatte dagegen Widerspruch eingelegt, über den noch im Januar vor der Schlichtungsstelle oder einem Sozialgericht entschieden wird. In einer Beratungsstelle können bereits ab Januar 81 ärztliche Leistungen nicht mehr über Krankenschein abgerechnet werden, für die anderen Stellen hat der Widerspruch bis zur Entscheidung aufschiebende Wirkung.

„Die sowieso schon mangelhafte Versorgung der Bevölkerung im Bereich Familienplanung und Sexualberatung ist damit nicht mehr gewährleistet. Von mangelndem Bedarf kann gar keine Rede sein. Allein bei Pro Familia Berlin wurden 1980 über 10.000 Beratungen durchgeführt", heißt es dazu weiter im Offenen Brief. Lediglich 25 % der Beratungen entfielen dabei auf Beratungen zum Schwangerschaftsabbruch. Wie dringend die Pro Familia die finanzielle Unterstützung durch den Senat benötigt, mag auch folgendes zeigen: *„Unsere Arbeit findet unter erschwerten Bedingungen statt. Wegen des großen Zuspruchs kommt es zu kaum mehr zumutbaren Wartezeiten für unsere Klientinnen und Klienten. Wir selbst machen ständig unbezahlte Überstunden. Nur durch die sogenannte ehrenamtliche – sprich unbezahlte Arbeit vieler Frauen konnten die Beratunsstellen in der Vergangenheit überhaupt arbeitsfähig bleiben"* (Offener Brief).

Einige Beispiele mögen die überaus sinnvolle Arbeit der Pro Familia Berlin aufzeigen. Die Beratungsstellen versuchen gerade auf die Probleme der ausländischen Frauen einzugehen. Besonders türkische Frauen nehmen bisher häufig das Beratungsangebot wahr. Deshalb sollte in diesem Jahr erstmals eine Gruppenberatung für türkische Frauen eingerichtet werden. Für Jugendliche wurde ein neues Beratungskonzept erarbeitet. Es wurde mit Schulklassen und Jugendgruppen gearbeitet und Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer und Erzieher angeboten.

- **Ausreichende Finanzierung der Pro Familia-Arbeit durch den Senat**
- **Kassenzulassung für unsere Ärztinnen und Ärzte!**

Zwei Genossinnen aus Westberlin

Sulproston/Nalador mit Einschränkungen zugelassen

Vom Bundesgesundheitsamt (BGA) wurde jetzt das Prostaglandinepräparat Nalador (alias Sulproston) für den Handel zugelassen. Diese Entscheidung war leider trotz massiver Proteste einiger Frauen zu erwarten gewesen.

Zur Erinnerung: Sulproston ist in den letzten Jahren allein in der BRD und Westberlin bei Abtreibungen an 7.000 Frauen – z.T. ohne ihr Wissen – erprobt worden. Das Präparat löst stundenlange wehenartige Krämpfe aus und hat zahlreiche Nebenwirkungen. In allen Fällen muß hinterher noch eine Ausschabung oder Absaugung unter Vollnarkose gemacht werden. In den USA sind an einem ähnlichen Präparat 8 Frauen gestorben. 1979 entschloß sich die erste Frau, Anklage gegen die behandelnden Ärzte zu stellen. In der Folge schlossen sich weitere Frauen an und das ganze Ausmaß dieser Versuchsreihe auf Kosten hilfesuchender Frauen wurde allmählich öffentlich. Anfang 1980 stellte Schering den Antrag auf Zulassung seines Präparates. Aufgrund der Proteste zahlreicher Frauen entschied das BGA, im September eine öffentliche Anhörung zu machen, die zu einer reinen Werbeshow für Prostaglandine wurde. Am Ende der Veranstaltung kündigte das BGA an, in Kürze seine Entscheidung zu treffen.

Kleines Go-In beim BGA

Nachdem wiederholte Anfragen beim BGA in den nächsten Wochen keinen Aufschluß darüber brachten, wer denn nun für die Zulassung zuständig wäre und wie weit es damit sei, entschlossen sich einige Frauen zu einem persönlichen Besuch. Ihnen wurde zwar versichert, daß Nalador noch nicht zugelassen sei, aber wer den Fall bearbeitet, war noch immer nicht zu erfahren. Das dürfe er nicht sagen, meinte der Leiter des Arzneimittelinstituts, denn dann könne der Betreffende ja beeinflußt werden. Auf die Frage, ob denn Schering auch nicht wissen dürfe, wer die Entscheidung treffe, hieß es dann aber: Doch, natürlich, die wissen das ...

Kurz darauf stellte sich außerdem heraus, daß der Herr im BGA offenbar schlechter informiert war, als der Verfasser eines Artikels der „Medical Tribune", in dem schon zur gleichen Zeit von der Zulassung die Rede war – unter Berufung auf Informationen aus dem BGA.

Zulassung mit Einschränkungen

Vor ein paar Tagen war dann die Zulassung offiziell. Nalador gibt es jetzt in zwei Formen und mit Einschränkungen betreffs der Anwendungsform im Handel. Zunächst einmal darf es nur in Fachkliniken, nicht jedoch, wie von Schering vorgesehen, auch in der Praxis angewandt werden. Praktiken wie z.B. die eines Dr. Wiechell in Lübeck, der das Präparat seinen Patientinnen spritzte und sie dann nach Hause schickte, sind damit nicht mehr erlaubt. Nalador 500 darf nur ab dem 2. Schwangerschaftsdrittel angewandt werden und wird weiterhin in die Venen oder in den Muskel gespritzt, d.h. es wirkt auf den gesamten Kreislauf, was zu den bekannten schmerzhaften Nebenwirkungen führt.

Nalador 100 jedoch darf auch im ersten Schwangerschaftsdrittel, also bei den meisten Abtreibungen, angewandt werden. Allerdings darf es nur örtlich gegeben werden, d.h. in den Muttermund oder die Gebärmutter.

Teilerfolg oder Absegnung der gängigen Praxis?

„Teilerfolg für die Frauen – Schlappe für Schering", so überschreibt die TAZ vom 8.1.81 ihren Bericht über die Zulassung. Grund zum Jubeln gibt es jedoch nicht. Sicherlich: Schering hatte sich mehr erhofft, die unbegrenzte Forschung über weitere Anwendungsgebiete ist damit eingeschränkt. Ziel war eine über den Kreislauf wirkende Substanz gewesen. Ohne Frauenprotest, ohne öffentlichen Druck wäre die Zulassung womöglich noch „großzügiger" ausgefallen. Die Tatsache, daß Nalador bei den meisten Abtreibungen nur lokal gegeben werden darf, ist als Zugeständnis gedacht, da die Berichte über entsetzliche Nebenwirkungen unseres Wissens vor allem von Frauen stammen, denen das Mittel in den Kreislauf gespritzt wurde.

Das ändert aber nichts daran, daß Nalador jetzt ungehindert allen Ärzten zur Verfügung steht. Angesichts der mangelnden Ausbildung der Ärzte in der Absaugmethode, angesichts ihres Vertrauens auf chemische Präparate und nicht zuletzt angesichts der in diesem Berufsstand weit verbreiteten Frauenverachtung ist der nun nicht mehr kontrollierbare Gebrauch von Nalador zu befürchten. Jede Frau muß jetzt damit rechnen, in den „Genuß" dieses Mittels zu kommen, wenn sie zur Abtreibung in eine Klinik geht. Aufklärungspflicht besteht jetzt auch nicht mehr, die Ablehnung ist noch schwerer. Der Menschenversuch geht im großen Maßstab und völlig legal weiter. Und das alles mit einem Medikament, das – zumindest für die ersten drei Monate – völlig ü b e r f l ü s s i g ist, mit dem die Ärzte nur bequem ihr handwerkliches Unvermögen verdecken können, das außerdem auf seine gefährlichen Nebenwirkungen und eventuelle Langzeitwirkungen noch längst nicht ausreichend untersucht ist.

Dennoch hat bereits diese Entscheidung des BGA in entsprechenden Kreisen die helle Aufregung verursacht (wie überhaupt der Frauenprotest auf dem Hearing im September auch nirgends mehr Aufsehen erregt hat als in der Ärzte- und Pharmapresse). In dem bereits erwähnten Artikel in der „Medical Tribune" heißt es, *„eine massive Weiblichkeit als fleischgewordener Protest"* habe das BGA dazu gedrängt. Das wäre keine wissenschaftliche Entscheidung, sondern eine von aufgewiegelten Laien beeinflußte. *„Schöne Zeiten, denen die Arzneimitteltherapie in der BRD da entgegengeht"*, erregt sich der Verfasser.

Skandalöse Entscheidung in Braunschweig

Sang- und klanglos ist zur gleichen Zeit der erste Prostaglandine-Prozeß über die Bühne gegangen, oder besser gesagt: nicht über die Bühne gegangen. Das Verfahren gegen die beklagten Ärzte ist nämlich wegen „mangelndem öffentlichen Interesse" eingestellt worden!

Die Ärzte hatten zugegeben, die betroffene Frau nicht aufgeklärt zu haben, wie es das Arzneimittelgesetz vorschreibt, gelobten dann Besserung und kamen mit Bußgeldern in Höhe von 10.000 DM und 5.000 DM davon. So billig ist das also, wenn mann die Pharmaindustrie im Rücken hat.

Nebenbei kam bei diesem Verfahren raus, daß allein in Braunschweig ca. 500 Frauen ähnlich wie die Klägerin, nämlich ohne Aufklärung, behandelt worden sind!

Eine Genossin aus Westberlin

Bericht vom 4. Müttertreffen

Müttertreffen? Weit gefehlt! Nach Hannover gereist waren eine Genossin aus Braunschweig, eine aus Göttingen, zwei aus Hannover und ich aus Lüneburg. Angekommen, erfuhren wir, daß die Hamburgerinnen um 10.30 Uhr des gleichen Tages in Hannover angerufen hatten, um ihre Teilnahme abzusagen! Um 10.30 Uhr waren jedoch alle anderen schon lange unterwegs. Von einem auf dem Mütterauge völlig blinden Ignoranten ist so ein Verhalten vielleicht zu erwarten! Aber daß die Hamburger Mütter – die die Mehrheit der Mütter-VV ausmachen – andere zu einem Treffen fahren lassen, ohne vorher abzusagen, ist erschreckend unsolidarisch.

Völlig unverständlich ist das Verhalten speziell mir gegenüber: Ich reise jedesmal mit meinem Kind (jetzt fünf Monate alt) und seiner Ersatzmutter an, weil ich noch stille. Eine Reise im Zug bedeutet für uns:

1. 70,- DM Fahrgeld!
2. Den totalen Nerv, mit Bastian und Karre 'ne Wohnung zu finden, wo R. ihn wickeln und mit ihm spielen kann. Ferner muß sie Bastian zum Stillen zu mir zum Müttertreffen bringen und wieder zurück.
3. Für Bastian bedeutet das einen nicht gerade ausgeglichenen Tag und für R. (Ersatzmutter) auch nicht.

Darüberhinaus wurde auf dem letzten Müttertreffen u.a. meine Situation als völlig überlastet diskutiert (zu meiner politischen und beruflichen Belastung kommt hinzu, daß Bastian seit ca. sieben Wochen mehrmals – bis an die sieben Male! – nachts gestillt werden muß). Obwohl also einige Hamburger Mütter ganz genau wissen, wie problematisch eine Teilnahme für mich, meinen Sohn und die Genossin ist, lassen sie uns anreisen, anstatt uns vorher anzurufen! Für uns bedeutete das außerdem, bis um 16.15 Uhr in Hannover die Zeit zu überbrücken, weil vorher kein Zug fuhr.

An diesem unglaublich üblen Verhalten der Hamburgerinnen wird deutlich, daß die Bedeutung von politischer Arbeit für Mütter überhaupt noch nicht klar ist, leider auch nicht bei Müttern! Für Nicht-Eltern wäre es einfach nur nervig gewesen, umsonst nach Hannover gefahren zu sein – für Mütter bedeutet das, kostbare



Kraft verschleudert zu haben, und es bedeutet vor allem Resignation: Da rafft man sich schon mal auf und wird in die Pfanne gehauen. Da fragt mutter sich doch, ob es angesichts solch einer vergeblichen Kraftanstrengung sich überhaupt lohnt, Mütterarbeit zu machen. Mit solchen Verhaltensweisen werden aktive Mütter zurückgeschmissen und Mütter, die sich noch nicht aufraffen konnten, abgehalten! (Viele Mütter kommen nicht zur VV).

Nun – die anwesenden Mütter beschlossen dann, die angesetzte Diskussion zum Thema Müttter und politische Arbeit zu verschieben.

Im Rahmen unserer Proteste über die Ignoranz der Hamburger Mütter wurde auch noch mal deutlich, welche Anstrengung die Teilnahme an den Mütter-VV's bedeutet: So berichtet eine Braunschweiger Lehrergenossin, daß für sie Freizeit nicht bedeuten würde zu machen, worauf s i e Bock hat, sondern Freizeit die Zeit ohne Kind ist, in der sie Unterricht vorbereiten muß, Termine wahrnimmt etc. Gerade an ihrem freien Sonntag umsonst nach Hannover zu fahren, bedeutet schon einen ganz schönen Nerv. Resignierend auch die Tatsache, daß Ul. aus Göttingen jetzt schon zweimal umsonst aufs Müttertreffen gefahren ist! Da die Woche über das Kind dran ist, ist auch für sie jedes Wochenende kostbar.

Wir wollen jedoch an den Müttertreffen festhalten, weil sie uns bisher allen was gebracht haben. Jedoch haben wir beschlossen, uns nur noch achtwöchentlich zu treffen und dann vielzählig und effektiv. Außerdem wollen wir es örtlich variieren: Reihum soll jede „Stadt" ein Treffpunkt sein.

Das nächste Müttertreffen findet am 15. Februar 1981 in Lüneburg statt. Thema des nächsten Treffens bleibt „Mütter und politische Arbeit". Die nächsten Treffen finden dann in Braunschweig, Göttingen und Hannover statt. Bitte gebt in Hannover rechtzeitig Bescheid, wenn ihr nicht kommt!

Eine Müttergenossin aus Lüneburg

Svende Merian:
Unsere Fehler sind verzeihlicher als die Mittel, die wir anwenden, um sie zu vertuschen (Mao)

Ich leiste hiermit Selbstkritik in 8 Punkten für meine bürgerlichen Entgleisungen und meine frechen, ungeheuren und widerlichen Behauptungen in meinem extrem lesbenfeindlichen Machwerk in AK 191, S. 39, das die 'Z' nicht besser gekonnt hätte. Ich gebe hiermit öffentlich zu, daß ich nicht belegen kann, daß 90 % aller Frauen heterosexuelle Beziehungen haben, da ich nicht über Listen verfüge, wer mit wem ..., und wie lange noch.

Im Oktober letzten Jahres erhielt der Buntbuch-Verlag eine Aufforderung, unsere erste Werbeanzeige für den „Märchenprinzen" „unverzüglich" zu ändern, da sie eine „offene Diskriminierung" der Lesben beinhalte, weil ich schreibe, daß ich nicht lesbisch bin. – Am 18.10.1980 habe ich die Lesben-Gruppe in einem Offenen Brief um eine Begründung dieses Vorwurfs gebeten. Dieser Brief wurde auch im AK 188, S. 22, abgedruckt.

Ich warte nach wie vor auf eine Argumentation, weshalb es diskriminierend sein soll, wenn ich die Tatsache nenne, daß ich nicht lesbisch bin. Ich hatte der Lesbengruppe angeboten, sie sollten selber einen Änderungsvorschlag machen. Seit dem 18.10. warte ich auf eine Antwort. Die Lesbengruppe, die erst „unverzügliche" Änderung gefordert hat (ohne Begründung, wie gesagt), hat auf meine Bitte nach Auseinandersetzung bis jetzt nicht reagiert.

Im AK 190, S. 29, schreibt eine Hil. eine Kritik zum „Märchenprinzen", in der sie meinem Buch „*das Attribut feministisch abspricht*" und befindet, daß ich hinter die Erkenntnisse der Frauenbewegung zurückfalle.

Als „Belege" reißt sie Zitate meines Buches sinnentstellend aus dem Zusammenhang und stellt diese als Gesamttendenz und Hauptaussage des „Märchenprinzen" hin. Sie scheut nicht davor zurück, am Anfang ihres Artikels ein Zitat von mir zu f ä l s c h e n ! Dieses habe ich in meiner Antwort (AK 191, S. 39) nachgewiesen.

Das alles ignoriert die Coming-Out-Gruppe geflissentlich und antwortet in AK 192, S. 22, mit einem Artikel nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung.

Aber nun zu den einzelnen Punkten dieses schlechten Verteidigungs-Artikels.

Wenn ich schreibe, daß Millionen von Frauen nicht lesbisch sind und es mit Männern zu tun haben wollen, und Hil. mir darauf in rüdem Tonfall entgegenholzt: „*Schon mal was von Zwangsheterosexualität gehört?*" ..., dann heißt das eindeutig, daß sie mir unterstellt, ich hätte darüber nicht nachgedacht. – Sie kann das zwar nicht beweisen, wie sollte sie auch? Sie kennt mich ja nicht, sondern nur meine Einstellung zu den Themen, die ich im „Märchenprinzen" behandelt habe. Dazu gehört Lesbianismus nicht.

Daraus schließt Hil. gradlinig, daß ich mir noch keine Gedanken über meine Heterosexualität gemacht habe, und flugs bin ich in der Schublade. Ohne daß es Hil. nun wirklich interessiert hätte, was ich zu dem Thema meine. Dieses undifferenzierte Schubladenprinzip ist sektiererisch und menschenverachtend! Dann schreibt Ihr (AK 192), daß sich nur Menschen, die schon Homo- und Heterosexualität gelebt haben, bewußt für Heterosexualität entscheiden könnten. Diese These finde ich interessant, aber falsch. Die Diskussion darum möchte ich aber nicht mit Euch im Zweikampf ausführen, sondern fände es schön, wenn sich auch andere daran beteiligen würden.

Ihr schreibt, daß im Ak nie gestanden hätte, daß Lesben emanzipierter seien als Frauen, die noch mit Männern schlafen. – Was bedeutet denn die Parole: „Feminismus ist die Theorie, Lesbianismus die Praxis" (AK 191, S. 40) Das heißt doch, daß Lesben feministischer sind als andere Frauen.

Und dann macht Ihr etwas ganz Geschicktes: Ihr führt die Erfolge der AGL als Beweis dafür an, daß mein Sektierervorwurf falsch sei.

Ich finde es toll, wenn Eure Lesbenarbeit Frauen das Coming Out erleichtert. Ich freue mich für Eure politischen Erfolge. Ich habe in meinen Artikeln mehrfach betont, daß ich die grundsätzlichen Forderungen der Lesbenbewegung unterstütze. – Ich habe Euch nicht Sektierertum i n der Lesbenbewegung vorgeworfen, sondern Sektiertum gegenüber der restlichen Frauenbewegung. Deshalb sagt Euer Argument, daß die AGL sich vergrößert hat, überhaupt n i c h t s aus, was meine Kritik anbelangt. Daß Ihr Artikel schreibt, die Lesben zum Coming Out ermutigen, ist hervorragend, heißt jedoch nicht, daß selbige Artikel auch Nicht-Lesben zur Auseinandersetzung mit Euch ermutigen. Da schmeißt Ihr zwei Sachen in einen Topf.

Ihr fühlt Euch durch mich an die Polemik erinnert: „Autonome Frauenpolitik lenkt vom Hauptfeind ab ... " (Euer Punkt 4). Da habt Ihr mich nun aber vollends in der falschen Schublade. Ich habe bereits 1975/76 erbitterte Leserbriefe gegen die damalige KB-Frauenpolitik geschrieben, in denen ich seitenlang argumentiert habe, warum autonome Frauengruppen gleichwertige politische Partner und die Frauen darin ernstzunehmende Menschen sind, die man nicht immer als „die bürgerlichen Feministinnen" über einen Kamm scheren kann. Ich habe damals für Selbsterfahrungsgruppen als einen wichtigen Teil der Frauenbewegung Partei ergriffen, als im KB „Nabelschau" noch als unpolitisch galt. Ich habe in jeder Diskussion Partei ergriffen für Bücher wie „Der kleine Unterschied", als dieses im AK als „politisch schädlich" eingestuft wurde (s. „Märchenprinz", S. 86). Ich habe „Häutungen" als politisch wichtiges Buch verteidigt, als im AK ein übelster Verriß über Verena Stefan erschien. Ich habe einen seitenlangen Artikel über „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" geschrieben, als dieses im AK als zu feministisch und zu wenig gegen den Kapitalismus klassifiziert wurde. Ich habe diese femi-freundlichen Positionen vertreten, lange bevor dies im KB „in" wurde. Als ich auf einer SSB-Frauenschulung vertreten habe, daß ich von a l l e n Frauen lernen kann, nicht nur von Kommunistinnen, wurde ich tribunalartig von einer Leitungsgenossin aufgefordert, meine Position zu rechtfertigen. Nur eine Genossin hat gemerkt, daß ich mit den Tränen kämpfte.



Ich habe die KB-Politik gegenüber „den Feministinnen" kritisiert, lange bevor die AG Frauen ihren Kurswechsel machte. Nur sind meine Artikel leider nie im AK erschienen. Warum wohl nicht? – Weil ich mit viel Schweiß, Blut und Tränen gegen eben die Position gekämpft habe, die Ihr mir unterschieben wollt.

Wie ich darauf komme, Daß Ihr vom Hauptfeind ablenkt? – Zur Buchmesse 1980 gab es 86.000 Neuerscheinungen auf dem Literaturmarkt. 86.000! – Hil. setzt sich nun hin und widmet ihre kostbare Zeit, die sie auch für effektive Lesbenarbeit nutzen könnte, dafür, ausgerechnet den „Märchenprinzen" als unfeministisch und als unreflektiertes Machwerk zu analysieren.

Mir fehlen für solches Sektierertum wirklich die Worte. Das ist ein Fehler, den wir in der Linken oft gemacht haben: auf d i e Menschen am schärfsten zu schießen, die uns eigentlich am nächsten stehen. – Oder seht Ihr nicht, daß ganz viele Frauenprobleme mich und Euch gemeinsam betreffen?

Wir haben unsere Kraft oft genug dain verschleudert, uns unter Linken unsolidarisch zu streiten. Diese Kraft sollten wir lieber in unseren gemeinsamen Kampf investieren. Unter Linken sollten wir uns inhaltlich und solidarisch „streiten". Dazu gehört z. B., auf Briefe zu reagieren, die um Auseinandersetzung bitten. Dazu gehört nicht, sinnverdrehend zu zitieren, dazu gehört erst recht nicht, Zitate zu fälschen.

Das beste Beispiel für Sektiertum ist der Artikel von Hil. Ihr habt es auch nicht gewagt, offen für diesen Artikel Partei zu ergreifen. Was bedeutet das? Seid Ihr auch der Ansicht, daß Hil. Unfug geschrieben hat? – Dann solltet Ihr das auch mal zugeben. Und Hil. auch. („Unsere Fehler sind verzeihlicher ...")

Ich lese den AK seit fünf Jahren. Ich habe es in diesen fünf Jahren noch nicht einmal erlebt, daß in einer Debatte mit einer derartigen Selbstverständlichkeit über Zitatfälschungen und bewußte Sinnverdrehungen hinweggeschwiegen wurde wie bei Eurem Artikel.

Und nun zu HeTerror und Zwangs- ... . Ihr habt bei beiden Worten überhaupt nicht verstanden, worum es mir geht. In der Linken herrscht heute leider eine weitgehende Entmenschlichung der Sprache, ein ziemlich unreflektierter Gebrauch von sehr inhaltsschwangeren Vokabeln. Meine „boshafte Unterstellung" und „widerliche Behauptung", daß das Wort „zwangs-" jemanden als krankhaft abstempelt, könnt Ihr in jedem Psychiatrie-Lexikon nachschlagen. Und das ist genau meine Kritik an Euch: Daß Ihr einen derartig bedeutungsschwangeren Begriff so unkritisch und unreflektiert benutzt.

Genauso ist es bei HeTerror (Euer Punkt 7).

1. Ich habe nicht behauptet, daß das Wort „heterroristisch" von Euch stammt. Da „widerlegt" Ihr etwas, was keiner gesagt hat. Dieses Wort habe i c h „erfunden", und Euch ist die kleine Feinheit entgangen, daß ich es als satirische Überspitzung Eures Wortgebrauchs gemeint habe.
2. Ich habe den Nazi-Terror, der Menschenleben vernichtet hat, deshalb erwähnt, weil ich fordere, daß wir über den Sinn eines Wortes nachdenken, bevor wir uns gegenseitig damit beschimpfen. Deshalb habe ich mich als „HeTerroristin" bezeichnet, um Euch die Inhaltsschwere dieses Begriffes vor Augen zu führen. Weshalb das marxistischer Denkweise widerspricht, verstehe ich nicht. Was das mit bürgerlicher rechts=links-Strickerei zu tun hat, ist mir unbegreiflich.

Nach meinem Artikel, den Ihr „widerlich" etc. findet, habe ich von mehreren Genossinnen und Genossen positive Reaktionen gehört. Sie fanden meinen Artikel „scharf, aber richtig". Ich bin also scheinbar nicht das einzige „extrem lesbenfeindliche" Element im KB-Umfeld. Deshalb fände ich es gut, wenn sich auch andere an dieser Diskussion beteiligen würden.

Zu Eurem Punkt 4, zum Thema „Tonfall", empfehle ich Euch nochmal Hil.'s Artikel.

Zu Eurem Punkt 6a): Ich habe nicht von Euch verlangt, daß Ihr auf der Lesbenseite Hetero-Probleme behandelt. Nur: Warum wird ausgerechnet der „Märchenprinz" als unfeministisch runtergemacht, wenn sich darin ganz viele Hetero-Frauen mit ihren Problemen wiederfinden? Sollen wir Hetero-Frauen lieber den Mund halten? Sollen wir keine Bücher schreiben, weil Lesben feministischere Bücher schreiben können? Oder wie ist Hil.'s Kritik gemeint?

Mit dieser Haltung ignoriert Ihr die Probleme der Hetero-Frauen, und das muß nun wirklich als sektiererisch bezeichnet werden. Oder distanziert Ihr Euch von Hil.'s Artikel? Leistet Hil. Selbstkritik?

Ich hoffe, daß in diesem Artikel klar geworden ist, daß ich nicht gegen Euch bin, weil Ihr Lesben seid, sondern daß ich gegen die unfaire und unsolidarische Art bin, wie Ihr mich bisher behandelt habt. Es ist nicht lesbenfeindlich, wenn ich Fehler von Euch kritisiere. Oder dürft Ihr Zitate fälschen, weil Ihr Lesben seid? Dürft Ihr Forderungen stellen, ohne argumentieren zu müssen, nur weil Ihr Lesben seid? – Im Frauenstatut des KB habe ich darüber nichts gefunden.

Es gibt einen Unterschied zwischen scharfer, i n h a l t l i c h e r Polemik und Beleidigungen unter der Gürtellinie. Es bringt uns keinen Schritt weiter, wenn Ihr meine Artikel als „widerlich", „bürgerlich", als „Pöbelei" und „Entgleisung" und mich als „frech" beschimpft und Euch inhaltlich um wesentliche Punkte herumdrückt.

Ich habe versucht, inhaltsleere Schläge unter die Gürtellinie zu vermeiden. Mein Artikel ist nicht freundlich, aber er ist nicht beleidigend wie Eurer. Sicher hätte ich auch etwas versöhnlicher schreiben können. Aber ich glaube, daß ich nach dem, was bisher vorgefallen ist, auch das Recht habe, eine ganz subjektive Wut auf Euch im Bauch zu haben.

Viele der hier angeschnittenen Themen beschäftigen sicher nicht nur mich und die Lesben. Ich würde gerne Meinungen anderer AK-Leser/innen dazu lesen.

Die AG Lesben bitte ich, auf die noch offenen Fragen einzugehen (das betrifft auch meinen Offenen Brief im AK 188).

Ich bin gespannt auf Eure Selbstkritik!

Svende Merian

Betr.: Artikel zu Svende Merian und dem »Märchenprinzen«

Uns liegen derzeit zahlreiche Artikel zu dem Buch von Svende Merian vor sowie weitere, die sich mit der im AK bisher geführten Auseinandersetzung um dieses Thema befassen.

Aufgrund der angespannten Platzsituation auf den Frauenseiten sehen wir uns derzeit nicht in der Lage, alle Artikel abzudrucken. Damit keine der Artikel-Schreiberinnen benachteiligt wird, lehnen wir es auch ab, nur einige der vorliegenden Manuskripte abzudrucken.

Damit die Artikel trotzdem ggf. unseren Leser/innen vorliegen können, haben wir vor, alle bisher nicht veröffentlichten Beiträge als Kopien auf Bestellung gegen eine Unkostenpauschale von DM 4,– (in Briefmarken) zuzusenden.

Die Bestellungen sind an die Satz- und Verlagskooperative Hamburg, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, zu richten.

Die Frauenredaktion

Aus alten Fehlern lernen!

Zur Geschichte der KB-Frauenpolitik

Hartnäckig hält sich ein Gerücht: es habe Schwenks gegeben in der KB-Frauenpolitik – mal hin, mal weg von der autonomen Frauenbewegung; dies sei ein Grund, warum wir uns 76/77 in die Sackgasse manövriert hatten. Auf dem Vorkongreß noch als „subjektive Konstruktion" abgetan, wurde diese These kurz darauf – bei der 1. KB-Frauen-VV – wieder zur Diskussion gestellt: gewisse Schwenks habe es möglicherweise gegeben, meinte auch eine Genossin der AGF – doch keine inhaltlichen, sondern nur in unserer Bündnispolitik.

Nach wie vor ungeklärt ist also die Frage, ob darüberhinaus z.B. die scharfe Auseinandersetzung mit Alice Schwarzer und dem „Kleinen Unterschied" zum Erliegen unserer Frauenpolitik beigetragen habe (vgl. Rechenschaftsbericht der AGF zum 1. Kongreß). Und dieser Konflikt taucht immer wieder auf, z.B. wenn in dem Bericht der diesjährigen Sommeruni von angeblich schlechten Erfahrungen (u.a. mit KB-Frauen) die Rede ist. Oder anhand jener lila „Schulungsbroschüre": Können diese Hefte überhaupt weiter vertrieben werden, gehörten sie nicht besser in den Giftschrank? Denn was soll frau hieran „schulen" – kommunistische Frauenpolitik oder antifeministische Kinderkrankheiten? (Wo wir uns im folgenden auf Artikel aus dieser Broschüre beziehen, kennzeichnen wir die mit *). Höchste Zeit, die öffentliche Diskussion über diese Fragen wiederaufzunehmen!

Die Anfänge ...

Schon Jahre vor Gründung des KB hatten die SDS-Genossinnen einschlägige Erfahrungen mit ihren „sozialistischen Eminenzen" gemacht — und die entsprechenden Konsequenzen daraus gezogen. Wir „entdeckten" diese Frage erst Jahre später: *„Richtig begonnen haben wir mit der Frauenarbeit erst, als durch die Bewegung gegen den § 218 Tatsachen geschaffen waren"* (zit. aus dem Rechenschaftsbericht der AGF zum 1. KB-Kongreß). So wurden 1975 die (zentrale) „Arbeitsgruppe Frauen" sowie weitere KB-Frauenkommissionen gegründet und mit der regelmäßigen Agitation und Propaganda angefangen. Nicht Betroffenheit vom § 218 oder anderen Erscheinungen dieser (u.a.) patriarcha-

Frauen" sowie weitere KB-Frauenkommissionen gegründet und mit der regelmäßigen Agitation und Propaganda angefangen. Nicht Betroffenheit vom § 218 oder anderen Erscheinungen dieser (u.a.) patriarcha-

lischen Gesellschaft, keine Konflikte mit unseren „kommunistischen Eminenzen" waren entscheidend; der Tenor jener Gründungserklärung der AGF liegt eindeutig auf dem gemeinsamen Klassenkampf. Kurzum: Wir knüpften an der Tradition von Claras „Frauenagitationsausschüssen" an (polemisch auch „Frauenklippschulen" genannt) und ließen die Ansätze jener SDS-Weiberräte „rechts" liegen. Die praktische Arbeit konzentrierte sich zunächst auf die 218-Bewegung, wo wir recht solidarisch mit anderen (autonomen) Frauengruppen zusammenarbeiteten. So versuchten wir — trotz BVG-Urteil und massiver staatlicher Repression —, die Kampagne gegen das Abtreibungsverbot aufrechtzuerhalten und durch gewisse Elemente von „Selbsthilfe" zu erweitern ... den (vorläufigen) Niedergang der Massenbewegung konnten wir jedoch nicht verhindern. Wie weiter in der Frauenarbeit? Angeregt durch das (autonome!) Tribunal „Gewalt gegen Frauen" (März 76 in Brüssel) erschienen jetzt im AK Artikel auch zu anderen Aspekten (patriarchralischer) Frauendiskriminierung, vom „Tatort Ehebett" (AK 79) bis zu Berichten über die ersten Frauenhausinitiativen. Doch das Stichwort „Männergewalt" blieb der Propaganda vorbehalten — weitere Ansätze für konkrete Frauenpolitik beschränkten sich auf die Klassenfront, insbesondere die Bereiche Betrieb und Gewerkschaft bzw. Internationalismus. So waren wir zwar um Aktionsvorschläge nie verlegen und durch die Umsetzung derselben auch ziemlich in Atem gehalten; eine konkrete Perspektive für unsere Emanzipation als Frauen oder gar für die Frauenbewegung konnten wir allerdings nicht vorweisen. So ist es kein Wunder, daß — trotz vehementer Abgrenzung von der „resignierenden und frustrierten Frauenbewegung" — auch in Teilen der KB-(Frauen-)Basis eine Reflexionsphase einsetzte, Selbsterfahrung betrieben und feministische Theorien diskutiert wurden. Nicht die Ergebnisse der ersten Diskussionen über Sexualität und Verhütung fanden Eingang in unsere Presse („sowas" war damals noch weit entfernt davon, „AK-fähig" zu sein); stattdessen gab es im Spätsommer/Herbst '76 eine Serie von Grundsatz- oder besser: Ausrichtungsartikeln wider die feministischen Fehlströmungen, angefangen mit dem „kleinen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung" in AK 87.

Ausrichtungskampagne I – Abrechnung mit Alice Schwarzer und Verena Stephan

Aufhänger des Artikels ist der große Einfluß, den Alice Schwarzers Buch damals ausübte, weit über die Frauenbewegung hinaus; so wird einleitend festgestellt, daß es selbst *„von einem Großteil unserer Genossinnen und Sympathisantinnen gelesen wurde"*. Es folgt eine — in vielen Punkten korrekte — Auseinandersetzung mit Alicens theoretischer Abhandlung — worüber der Ansatzpunkt allerdings völlig in Vergessenheit gerät und „nebenbei" auch recht Ungereimtes abfällt: So werden alle richtigen Aussagen wider die Zwangsheterosexualität bzw. die absolute Vorrangigkeit des Schwanzfickens vom Tisch gewischt (hierfür muß ein einziger Satz von Alice herhalten: *„Liebe ist eben nur unter Gleichen möglich"*) und stattdessen für eine *„partnerschaftliche (!) Sexualität* (das Wort kennen wir doch) *mit unseren* (Hervorhebung d.A.) *Männern"* plädiert. *„Mit der größten Selbstverständlichkeit wird den Leserinnen die eigene Männerfixiertheit als Maßstab vorgesetzt"* (Leserinnenprotest, AK 91, Beilage). Darüber hinaus bagatellisiert und privatisiert der Artikel allerdings auch die Probleme heterosexueller Frauen: *„...wir Frauen (müssen) unseren Männern und Freunden einfach zeigen, wie unser Körper funktioniert"*... Kein Wort über die patriarchalische Ideologie, derzufolge sich Frauensexualität nach den Bedürfnissen von Bevölkerungsstatistiken oder männlichem Lustgewinn auszurichten hat! Doch diese Ignoranz ist insofern logisch, als der Artikel auf etwas anderes abzielt: Frau möge bitte nicht länger über ihre Sexualität diskutieren, sondern (wenn sie das Thema gar nicht lassen kann) allenfalls über die Funktion von Sexualunterdrückung im Kapitalismus — über Warenbeziehung, Vermarktung und „Dreckzulage" ... und darüber den Klassenkampf nicht vergessen!

Nach dem gleichen Muster folgt — einige AKs später — der Verriß von Verena Stephans „Häutungen". Ob wir anzweifeln wollen, daß dieses pseudo-poetische Machwerk *„einen Weg in die Sackgasse"* weise? Keineswegs! Nur wird leider auch hier übers Ziel hinausgeschossen, z.B. bei der Begründung, warum dieses Buch selbst in Teilen der Linken (inclusive des KB!) so eingeschlagen hat: Dies sei ein Zeichen von *„menschlicher Verelendung"* und *„Sumpf"*; in den die Linke leicht geraten könne, ... denn *„wem nützt es denn mehr als dem Kapitalisten, wenn die Menschen nur mit dem Hin und Her ums Bumsen beschäftigt sind?"* Kaum fangen Genoss/inn/en an, nach vielen Jahren wieder (oder überhaupt zum ersten Mal) über Sexualität bzw. ihre Betroffenheit von (u.a. sexuellem) Chauvinismus zu diskutieren, warnt die AG Frauen vor dem *„Rauschgift des Rückzugs ins Private, der maßlosen Selbstbeschäftigung mit dem eigenen Ich"*. Da können diese markigen Worte doch nur eines bewirken: die angefangene Reflexion im Keim ersticken!

Ausrichtungskampagne II Abrechnung mit der „Selbsthilfe"

Wirklich peinlich ist die „Auseinandersetzung" mit Selbsthilfe anhand des Buches „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" (AK 87 und 90). Motiviert durch die herrschende Frauenfeindlichkeit von Gynäkologen und Krankenhausbetrieben wird hier die entsprechende historische Entwicklung nachgezeichnet. Der systematische Ausschluß von Frauen aus der Heilkunde soll rückgängig gemacht werden mittels eine „Patientinnenbewegung", die in *„Selbsthilfe- und Selbstlernprojekten, unter Anleitung von Gesundheitsforsorgerinnen"* konkrete Alternativen entwirft und *„Angriffe auf die öffentlichen Institutionen des Gesundheitsdienstes vornimmt"*...

Kommentar des AK: *„Wie klar wird hier die kleinbürgerliche Beschränktheit der Feministinnen"* — schließlich sei solch ein Konzept unterm Kapitalismus nur für wenige Frauen realisierbar. Weiterhin sei *„diese Strategie nichts anderes als die Aufforderung zum Arrangement mit dem bürgerlichen Staat"*, da die *„ganze Aufmerksamkeit und Energie der Frauen dadurch verbraucht"* (!) werde, daß sie sich mit sich selbst beschäftigen statt *„für die grundsätzliche Änderung der Gesundheitsversorgung"* zu kämpfen. Selbsthilfe als typisch (klein)bürgerlich-borniertes Konzept — das ist schon starker Tobak, doch es kommt noch schlimmer: Ihre Propagandistinnen seien direkt reaktionär, da frau zu den Methoden des Mittelalters zurück wolle. *„Unser jetziges Ziel sollte niemals die Öffnung des exklusiven Medizinberufs für Frauen sein, sondern die Öffnung der medizinischen Wissenschaft für alle Frauen"* — so der Originalton, welcher in AK 90 (nach drei kritischen Leserinnenbriefen) immer noch mühelos uminterpretiert wird in eine grundsätzliche Ablehnung der medizinischen Wissenschaft...

Kann es Zufall sein, daß sich die ML-Klamotte „Forderungen an den Staat statt Keimform" gleichzeitig (nämlich in AK 88) in die bis dahin korrekte Einschätzung der Frauenhaus-Projekte einschlich, zwischenzeitlich also auch diesen Initiativen vorgeworfen wurde, dem Staat seine Arbeit abzunehmen?

Die Kampagne trägt Früchte

Die aufkeimende Frauenhausbewegung wurde schnell rehabilitiert (AK 90), nicht so medizinische Selbsthilfe oder Sexualitätsdiskussionen. Zum „Kräuter-Artikel" kamen drei Stellungnahmen, der „Kleine Unterschied..." löste die bis dahin breiteste Leserbriefdebatte überhaupt aus. Nur Konsequenzen hatte sie nicht: In der einleitenden Erklärung zur AK-Beilage (Nr. 91) beschränkt sich die „Selbstkritik" der AG Frauen auf die fehlenden Quellen bei ihren Schwarzer-Zitaten; bestätigt wird nebenbei nochmal der grundsätzlich private Charakter (homo-)sexueller Beziehungen. Daß weder hierauf noch bzgl. jener „Ausrutscher" bei der Rezension von „Häutungen" irgendeine (öffentliche) Reaktion kam, kann nur eines bedeuten: Durch die harten Auseinandersetzungen, die es um die fraglichen Artikel seit August in der Organisation gegeben hatte, war die entsprechende Ausrichtung etwa im Dezember „erfolgreich" abgeschlossen.

Unumstritten ist, daß es ab Herbst 76 einen deutlichen Abschwung in unserer Frauenpolitik gab. Wir können uns allerdings nicht der Version des „Rechenschaftsberichts" anschließen, derzufolge wir zuallererst Opfer waren, unsere Arbeit im wesentlichen von außen torpediert wurde ... und mit dieser Meinung stehen wir allerdings nicht völlig allein: *„Die Grundursache der Entwicklung eines Dinges liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb desselben; sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit ... Diese ... ist die Grundursache der Entwicklung (aller Dinge), während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dinges mit anderen Dingen sekundäre Ursachen darstellen"* (Mao, Über den Widerspruch, 1. Kap.).

Konkret: Der Druck von außen — seitens der Genossen sowie gewisser antikommunistischer Strömungen in der Frauenbewegung — konnte nur deshalb so greifen, weil wir selbst keine wirkliche Vorstellung von Frauenpolitik hatten.

Die wichtigsten Impulse für unsere (über reine Agitation hinausgehende) Politik hatten wir bis dahin aus der autonomen Frauenbewegung erhalten; jene Ausrichtungskampagne hatte zur Folge, daß wir uns zunehmend von solchen Einflüssen distanzierten. Und wovon sonst hätten wir lernen können? Die „Klassiker/inn/en" geben hierfür bekanntlich wenig her — und unsere eigenen Erfahrungen? Das Stichwort „Betroffenheit" war für uns zu nahe verwandt mit den verfemten Begriffen „Innerlichkeit" und „Nabelschau", es roch zu stark nach „Entpolitisierung".

So setzte sich allmählich die Auffassung durch, daß frau am besten zu Themen arbeiten solle, die möglichst wenig mit dem „Bauchnabel" zu tun haben: Wir machten damals vermutlich mehr Frauen-Agitation gegen AKWs (dazumal noch eine hoffnungsvolle junge Bewegung) oder gegen Repression (im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal) als zu irgendeinem frauen spezifischen Thema. Warum dann überhaupt noch „Frauen gegen ...", wo wir doch sowieso schon immer den Anspruch stellten, daß auch Männer sich um Frauenagitation kümmern sollen? So ist es völlig verständlich, daß immer mehr Genossinnen der Frauenpolitik den Rücken kehrten, und die wenigen „Unverbesserlichen" keinen großen Elan zeigten.

Walpurgisnacht-Boykott 77 – Der letzte Schritt ins ML-Abseits

Die zunehmende Distanzierung von der autonomen Frauenbewegung fand ihren Höhepunkt und Abschluß in der Debatte um die Walpurgisnacht 77. Wir begründeten unsere Ablehnung jener ersten und bisher größten Anti-Vergewaltiger-Aktion (in AK 103) mit der zeitlichen und politischen Konkurrenz zum 1. Mai: die ausschließliche Thematisierung eines Nebenwiderspruchs — d.h.: von Vergewaltigung — solle *„von den Tageskämpfen der Frauen ablenken"* und diene insgesamt der Strategie der Initiatorinnen, *„die Frauenbewegung zu entpolitisieren"* und damit Strömungen à la „Schwarze Botin" den Weg zu bahnen. *„Zugleich gehen wir davon aus, daß das Anliegen __ gegen Vergewaltigungen __ grundsätzlich ein gerechtes ist..."* Gemeinsame Aktionen für solch eine „gerechte Sache" von der politischen Zuordnung derselben als „Nebenwiderspruch" sowie expliziten Bekenntnissen für den 1. Mai und gegen jene „Initiatorinnen" abhängig zu machen, ist natürlich Sektierertum reinsten Wassers: Genausogut müßten wir zum Total-Boykott der „Grünen" aufrufen — ist diese Partei von den Gruhls & Co doch ganz öffensichtlich als Konkurrenz zur buntalternativen Wahlbewegung ins Leben gerufen worden mit dem Ziel „zwing grün (Ökologismus) rein und (Marxismus) rot raus" ...

Doch können wir die Ereignisse jener Walpurgisnacht im Nachhinein noch angemessen beurteilen? Liegt unser Unverständnis für den Boykott nicht wesentlich an der (inzwischen undenkbaren) „antikommunistischen Hysterie" der damaligen Frauenbewegung? So wurde z.B. auf der 1. KB-Frauen-VV argumentiert; deshalb sei hier ein örtliches Gegenbeispiel dokumentiert (alle Fakten beruhen übrigens auf Original-Berichten unserer Genossinnen aus dem Frühjahr 77).

Am Beispiel Aachen

Kurz nach einer erfolgreichen Kirchenbesetzung — diese 218-Aktion

Am Beispiel Aachen

Kurz nach einer erfolgreichen Kirchenbesetzung — diese 218-Aktion

ging übrigens auf die Initiative der KB-Frauen zurück —, stürzten die Zentrumsfrauen sich in die Vorbereitungen für die Walpurgisnacht: Geplant war Stadtagitation sowie ein Tribunal (mit entsprechender Broschüre), wo sehr phantasievoll über verschiedene Formen der Gewalt gegen Frauen berichtet werden sollte, über Mode-Terror und Sexismus im Büro ebenso wie über die „erste" und die „zweite" Vergewaltigung (auf der Polizei). In einem entsprechenden Flugblatt wurde auch begründet, warum diese Veranstaltung sowie der anschließende Fakkelzug nur für Frauen sei. *„Natürlich sind nicht alle Männer gleichermaßen gewalttätig... Wir brauchen die Solidarität der Männer, aber eine bestimmte, die sich nach unserern Bedürfnissen richtet"* — denn nur Frauen sind von dieser Form von Gewalt direkt betroffen. Darüber hinaus konnte die Sozialistinnen-Gruppe (ohne größere Mühe) durchsetzen, daß frau sich ebenfalls an den örtlichen 1. Mai-Aktivitäten beteiligt (die beschränkten sich damals auf eine KJA-Veranstaltung am 29.4.) — kein Wunder, denn die „Radikalfemis" waren zahlenmäßig nicht stärker und inhaltlich den Linken deutlich unterlegen. Doch dies alles hinderte unsere Genossinnen leider nicht, die „richtige Linie", die den Zentrumsfrauen aufgrund jenes AK-Artikels bekannt war, auch hier zu verteidigen ... nach den Aktionen ging dann das entsprechende Debakel los. Daß jenes Tribunal mit 500 Frauen eine Riesenerfolg geworden war, beeindruckte die KBlerinnen ebensowenig wie die selbstkritische Auswertung bezüglich der Demonstration (frau hatte u.a. vergessen, sich dafür Flugblätter aufzubewahren): Standfest verteidigten die Genossinnen den Boykott-Aufruf, Zeile für Zeile, mit dem „Erfolg", daß wir Schlagzeilen in der Sponti-Presse machten: Kritisiert wurde hauptsächlich unser Politikverständnis sowie die Lesbenfeindlichkeit jenes berüchtigten Artikels; trotz allem sprach sich die überwältigende Mehrheit der Zentrumsfrauen gegen die vorgeschlagene Überschrift *„KB: mit dem FZ gegen das*

Fortsetzung auf der nächsten Seite

♀ Erklärung zu diesem Artikel ♀

Der hier vorliegende Artikel berührt Grundaussagen zu unserer Frauenarbeit, die hauptsächlich durch die AG Frauen Hamburg in verschiedenen AK-Artikeln zwischen 1975 und 1978 vorgelegt wurden und die in einer Schulungsbroschüre (der „lila Broschüre") zur Frauenarbeit im Jahr 1979 nachgedruckt wurden. Mit dem hier vorliegenden Artikel sollen vor allem diese Artikel der AG Frauen und damit auch große Teile unserer Frauenarbeit insgesamt von Grund auf revidiert werden.

Die Autorinnen stellen dabei Behauptungen auf, die in dieser Form für jemanden, der nicht selbst damals an dieser Politik

insgesamt von Grund auf revidiert werden.

Die Autorinnen stellen dabei Behauptungen auf, die in dieser Form für jemanden, der nicht selbst damals an dieser Politik

beteiligt war, kaum nachprüfbar, geschweige denn nachvollziehbar sind. Die wesentlichen Aussagen und Einschätzungen des Artikels werden weder anhand von Fakten oder Zitaten noch anhand von selbst erlebter Frauenpolitik getroffen (Ausnahme: der Bericht über die Walpurgisnacht in Aachen, der jedoch einer unzulässigen Verallgemeinerung dient).

Dieses Herangehen halten wir nicht für geeignet, um damit im AK die Diskussion zu beginnen. An dem Artikel zeigt sich, daß wir es heute mit 2 Fraktionen in unserer Frauenpolitik zu tun haben. Deshalb sind wir auch der Meinung, daß die Diskussion um die hierin vertretenen Inhalte schnell und umfassend in der Organisation – und hier vorrangig in den Frauenstrukturen – geführt werden muß. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, diesen Artikel, (der zudem nur ca. 1/3 angekündigten Gesamtumfangs

ganisation – und hier vorrangig in den Frauenstrukturen – geführt werden muß. Wir hatten deshalb vorgeschlagen, diesen Artikel, (der zudem nur ca. 1/3 angekündigten Gesamtumfangs

darstellt) zuerst einmal in einem Rundbrief innerhalb des KB zu veröffentlichen. Dieser Antrag sollte der nächsten Sitzung der Frauenleitung Mitte Januar zur Beschlußfassung vorliegen.

Inzwischen fordert die NRW-Frauen-VV den Abdruck des Artikels im AK. Das KB-Statut sieht für solche Streitfälle folgende Regelung vor:

„Delegierten- und Vollversammlungen von Orten, Bezirken, Bereichen, Regionen, deren Anleitungsgremien bzw. Kommission oder mindestens drei Zellen eines Organisationsteils können verlangen, daß ihre Position im Arbeiterkampf bzw. Unser Weg veröffentlicht wird".

Gemäß diesem Passus sind wir verpflichtet, den Artikel abzudrucken. Wir erklären jedoch noch einmal, daß wir die Veröffentlichung im AK zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Bedingungen nach wie vor für falsch halten.

noch einmal, daß wir die Veröffentlichung im AK zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Bedingungen nach wie vor für falsch halten.

Eine Auseinandersetzung mit dem Artikel wird für die nächste Ausgabe des AK vorbereitet.

11 Genossinnen der Frauenleitung und die AG Frauen Hamburg (darunter auch die für die Frauenseiten verantwortlichen Genossinnen).

Frauen ♀

Fortsetzung von der vorherigen Seite

FZ" aus... Mit dem Rücken zur Wand startete die Ortsgruppe dann noch eine letzte Offensive: unter dem Motto „KB gegen Frauen?!" krönte sie den Konfrontationskurs mit einer Veranstaltung, wo es endgültig gelang, a l l e Frauen gegen den KB aufzubringen; nur aus dem FZ ausschließen wollte frau uns trotzdem nicht ... (ob wir im umgekehrten Fall so viel Geduld hätten?).

Sowas könne nie KB-Politik gewesen sein? Leider doch: während des gesamten Clinches und insbesondere für die Veranstaltung wurde jeder einzelne Schritt mit diversen anleitenden Genoss/inn/en abgesprochen; und die Tatsache, daß sich hier ein FZ öffentlich vom KB distanziert hat, wurde in der Organisation allgemein als besonders drastisches Symptom von Antikommunismus gehandelt. Ein derart „hysterisches" Verhalten unsererseits — nur aufgrund von „bündnispolitischer Unerfahrenheit"? Nein, es ging darüber hinaus auch um i n h a l t l i c h e Differenzen!

Kampf dem Geschlechterkampf

So wurde z.B. in Bremen nach der Walpurgisnacht unsere Ablehnung folgendermaßen erklärt: „*Unsere Kritik an der Walpurgisnacht ist die Abkehr von den Männern, keine Auseinandersetzung mit den Männern zu führen, stattdessen Abkehr von den Männern. Die Konsequenz hatten wir allerdings noch nicht so klar gesehen und diskutiert: den planmäßigen Aufbau einer „Lesbengesellschaft*". Wie in Bremen (und überhaupt fast überall) fehlten auch in Göttingen die erwarteten „Schwanz-ab-Parolen"; , stattdessen machten die Frauen beim 1. Mai-Fest mit Stelltafeln auch auf die 2. und 3. Vergewaltigung durch Polizei und Justiz aufmerksam. Nichtsdestotrotz bestätigte die örtliche AGF: „*Wir haben an der Demo nicht teilgenommen, weil hier ein Großteil der Frauenbewegung versucht hat, sich ein neues Feindbild aufzubauen, den Mann schlechthin... Nicht gegen die kapitalistische Gesellschaft als Ursache aller Repression gegen Frauen [!] richtet sich der Kampf, sondern in erster Linie gegen den Mann. Dieser Politik können wir nicht länger so liberal gegenüber stehen und versuchen, uns mit ihr zu arrangieren und Kompromisse zu schließen — vielmehr müssen wir uns dieser Politik entgegenstellen, auch auf die Gefahr hin, aus FZn usw. rausgeschmissen zu werden und unseren Kredit bei diesen Teilen der Frauenbewegung zu verlieren. Kompromisse an der Frage, gegen wen sich unser Kampf richtet — gegen den Mann o d e r gegen das Kapital — sind eben keine nebensächlichen Fragen...*"

Kampf dem Kampf gegen den Mann — auch das war KB-Politik! Allerdings haben die Genossinnen ihre „Erkenntnisse" nicht ganz zu Ende gedacht, sonst hätten sie folgern müssen: Schluß mit dem Versöhnlertum der AG Frauen Hamburg, die Aktionen gegen Vergewaltigung (zumindest prinzipiell und verbal) als „gerecht" bezeichnet ... w e r vergewaltigt denn, „das Kapital" oder ganz konkrete, faßbare M ä n n e r?

Wie stark diese Strömung im einzelnen war, läßt sich auf Grundlage der (sehr unvollständigen) Berichte nicht mehr rekonstruieren; festzuhalten bleibt allerdings, daß k e i n e s der oben angeführten Beispiele aus den späteren „Z-Hochburgen" stammt. Die Gleichsetzung von Feminismus und Antikommunismus findet sich übrigens teilweise auch in Artikeln der zentralen AGF, z.B. in „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung", wo die bloße Feststellung „*daß das Patriarchat nicht vor den Arbeitern und ihrer Partei halt macht*" in besagte Schublade wandert (Zitat von Renate Bookhagen, aufgespießt in Schwarzers „Kleinem Unterschied"; ähnlich pikante Stellen gibts auch in „Antikommunismus — auf Adenauers Spuren", AK 107).

Im gleichen Zeitraum schrieb die AGF jedoch auch andere Sachen, etwa die „feministischen" Abrechnungen mit dem eindimensionalen Politik-Verständnis von „konkret" („Schwach auf der Brust", AK 103) oder der DKPlerin Florence Herve (AK 104).

Doch Theorie hin oder her — unsere Frauenpolitik wurde im Frühsommer 77 faktisch begraben: wir hatten wirklich ein t a k t i s c h e s Verhältnis — nicht nur zur „autonomen Frauenbewegung", sondern zur Frauenfrage insgesamt: sie schien uns beliebig austauschbar gegen jedes andere „politische Arbeitsfeld". Wenn wir heute daran erinnert werden (wie etwa bei der diesjährigen Sommeruni/Abschlußplenum), sollten wir endlich aufhören, uns in die Pose der diskriminierten K-Gruppe zu begeben: Solange wir nicht bereit sind, derartige Fehler selbstkritisch einzugestehen, bleibt auch unsere heutige veränderte Politik tendenziell unglaubwürdig!

Die Wende kam mit dem „Deutschen Herbst" ...

Als der größte Teil der Linken nur noch an Distanzierung und Überwintern dachte, tat sich Erstaunliches an der Frauenfront; „*Frauen gegen Repression — da kommt was in Gang*" meldete der AK. Doch lag das große Erstaunen nicht z.T. auch in unserer (bis dahin) verdrehten Optik? Jedenfalls waren die Frauen, die damals Solidaritätserklärungen für Irmgard Möller verfaßten, überwiegend identisch mit den „bösen Femis" der Walpurgisnacht: so stammte der erste Brief vom „Frauen- und Lesbenzentrum Bochum", die wesentlich an jenem Münchner Kongreß zur Vorbereitung der Vergewaltigungs-Demos beteiligt gewesen waren; ähnliches berichteten unsere Genossinnen für Göttingen und Aachen, und auch die Frauenzentren in Westberlin, Hamburg und Frankfurt galten als durchaus radikal in Sachen Feminismus... Viel erstaunlicher finden wir, was sich gleichzeitig unter den KB-Frauen oder besser: in und durch die zentrale AGF in der Organisation tat: frau entdeckte die „Knittels" im „Pflasterstrand" und anderswo ... mit lila Fahnen, internen Rundbriefen und verschärften Diskussionen wurde dem Neo-Chauvinismus der Kampf angesagt. Und diese neue Tendenz setzte sich in der Diskussion um die Frauen-Kongresse des Frühjahrs 78 fort: Obwohl die Kölner Variante ganz offensichtlich in „*politischer und zeitlicher Konkurrenz*" zum Frankfurter Anti-Repressions-Treffen (und im weiteren Sinne auch zum Russell-Tribunal) initiiert worden war, knüpfte die AGF nicht an der „bewährten" Boykott-Politik nach Walpurgisnacht-Muster an. Statt die „Wegorientierung vom Kapitalismus" zu bemängeln, wurde es im Gegenteil begrüßt, daß in Köln auch die p a t r i a r c h a l i s c h e Form der Gewalt gegen Frauen als Politikum behandelt werden sollte.

Ebenfalls neu war das Plädoyer für „nur-Frauen"-Feste zum 8.3. (bis dahin hatten wir ein sehr eigenwilliges Verständnis von „Frauenfesten"), und — gleichzeitig mit der Berichterstattung über Köln — erschien der erste Artikel „Gewalt gegen Frauen — a u c h i m KB" ... Endlich hatten wir begriffen, was „doppelte Unterdrückung" alles umfaßt — oder, um es mit einer verfemten Feministin zu sagen: „*daß das Patriarchat nicht vor den Arbeitern und ihrer Partei halt macht*", und nicht mal vor unserer exklusiven Organisation!

Die Feminisierung setzt sich durch

Deutlichster Ausdruck dieses Umbruchs in unserer Frauenpolitik waren die berühmt-berüchtigten Diskussionspapiere aus Nürnberg bzw. Münster; daß sich in der Auseinandersetzung um dieselben die allermeisten Genoss/inn/en von den „radikalfeministischen" Positionen aus NRW abgrenzten, ist angesichts unserer früheren Frauenpolitik nur logisch. Die n e u e (f e m i n i s t i s c h e!) Linie konnte erst im Laufe des Jahres in Kleinarbeit einigermaßen verankert werden; hier sei nur an die Kampagne um den „Sackgassen-Artikel" (AK 137) erinnert. Im Mai 79 machten wir unsere erste Frauen-Vollversammlung, die Stimmung war sehr optimistisch — bis sich dann im August die ZL-Fraktion bildete und zum Frontal-Angriff gegen die sich gerade entfaltenden „Grauzonen" aufrief. Zum Glück erst jetzt: 15 Monate früher — während der Kontroverse Nürnberg/Münster — hätten derartige Positionen eine tot-sichere Mehrheit gehabt: Die „Z" macht (bzgl. der Frauenfrage) im Grunde nichts anderes, als an der alten ML-Traditionslinie anzuknüpfen, die bei uns Anfang 78 abgerissen ist.

Vergleicht frau unsere h e u t i g e Politik mit den Diskussionen anno 76/77, so ist der Unterschied überdeutlich:
1) „Keimform"-Ansätze und Selbsthilfe-Maßnahmen sind so selbstverständlich, daß wir auf Beispiele wohl verzichten können.
2) Statt der Warnung, sich nicht „zuviel" mit Sexualität (oder gar Lesbianismus) auseinanderzusetzen, finden sich im AK Artikel wie „Bettgeflüster" (176) oder „Ein Gespenst geht um im KB — die Lesbianisierung" (AK 186) ...
3) Anhand des Films „Schrei aus der Stille" setzten wir uns sehr ausführlich mit unserer B e t r o f f e n h e i t durch Vergewaltigung auseinander; dabei wurden auch die schlimmsten „radikalfeministischen" Parolen wie „Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger" d i s k u s s i o n s -würdig — im AK! Unsere zunehmende Sensibilisierung bzgl. Chauvinismus zeigt sich auch an dem Männerfragebogen zu Sexualität oder der beginnenden Diskussion über psychische Gewalt...
4) Immer häufiger zählen w i r heute zu denjenigen, die sich für „nur-Frauen"-Veranstaltungen oder — Termine einsetzen — sei es bei der Sexualitätsdiskussion auf dem Gesundheitstag oder innerhalb der Organisation...

Unser Frauenstatut — nur eine Formalität?

Alle oben angeführten Beispiele sind relativ neuen Ursprungs: nach den Nervereien mit den Z(M)Lern hat eben gerade dieser grauzonen-trächtige Bereich unserer Politik einen deutlichen Aufschwung erlebt.
1) Es ist kein Zufall, daß wir gleichzeitig auch über neue Strukturen für unsere Politik diskutiert — und im vergangenen Sommer unser Frauenstatut verabschiedet haben. In welcher anderen Organisation könnte frau derart weitgehende Rechte und Pflichten bzgl. der Frauenfrage auch nur zur Diskussion stellen?
2) „Privates" öffentlich zu machen, soll nicht nur toleriert werden, vielmehr wird ausdrücklich festgestellt: „*Die Politisierung des Privaten ist zu fördern*" (Frauenstatut II 7,8); konkrete Ansätze hierzu sind z.B. die Sonderrechte für Lesben (Frauenstatut II.4, IIIb.4) sowie die (noch zu formulierenden) Abschnitte zur Unterstützung von Müttern und Teilung der Hausarbeit (Frauenstatut Ib.6, 7).
3) Von Disziplinarmaßnahmen gegen gewalttätige „Genossen" ist die Rede seit dem Vorkongreß; die Diskussion über eine evtl. Erweiterung des Abschnitts IIIc. um (gewisse Formen) psychischer Gewalt begann jedoch erst mit entsprechenden Veröffentlichungen im AK. Und daß die verschärfte Regelung bzgl. Vergewaltigern — obwohl erst kurz vor jener Frauen-VV eingebracht — sofort „vereinheitlicht" war, ist sicherlich nur als Konsequenz aus dem „Schrei aus der Stille" verständlich...
4) Unsere Autonomie im Allgemeinen oder das (bedingungslose!) Recht auf Frauen- bzw. Lesbenzellen — das wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen ... und die diesbezüglichen Diskussionen verliefen noch bis kurz vorher s e h r kontrovers. Kein Wunder, denn hiermit wird ein zentrales Dogma unserer „alten" Frauenpolitik verabschiedet:

„Frauen gemeinsam sind stark" — diesen Slogan der autonomen Frauenbewegung gebrauchten wir in den vergangenen Jahren gern und viel; die „linientreue" Ergänzung „Frauen und Männer gemeinsam sind stärker" war schon vor ca. vier Jahren aus dem Verkehr gezogen worden: Ihretwegen kam es 76 zum Ausschluß unserer Genossinnen aus einem Frauenzentrum, was als typisches Beispiel für Sektierertum in die KB-Geschichte eingegangen ist (vgl. den Rechenschaftsberichten).

Sektierertum? Das heißt im Grunde doch nichts anderes als: die Parole ist an sich völlig korrekt, nur im Bündnisbereich (sprich: Frauenzentrum) fehl am Platz, denn die anderen sind „noch nicht so weit". Intern blieb es bei der völlig e i n s e i t i g e n Betonung der Vorteile des g e m e i n s a m e n Kampfes — die allermeisten Genossinnen waren lange Zeit eher verwundert bis bestürzt darüber, daß es überhaupt im KB „so komische Femis" geben sollte, die Frauenzellen oder gar Autonomie forderten. Es war uns im Grunde egal, ob Männer oder Frauen die Frauenpolitik anleiteten, unsere AK-Seiten redigierten oder wie der Geschlechtsproporz im Leitenden Gremium aussah. Unterschiedliche Betroffenheit einerseits — patriarchale Privilegien andererseits: in alternativen Listen o.ä. fingen wir selbst damit an — doch unter Kommunist/inn/en durfte das einfach keine Rolle spielen ... ganz schön idealistisch! Insofern bedeutet unsere Autonomie, angefangen mit der Verabschiedung des Statuts selbst (und dort verankert in Ib.2, II.3, IIIa.1, IIIb.1 und insbesondere IIIb.7) sowie das b e d i n g u n g s l o s e Recht, Frauen (oder Lesben-)zellen zu bilden, einen q u a l i t a t i v e n Fortschritt in unserer Politik!

Wenn frau sich an diesem Punkt noch einmal die Tradition der proletatischen Frauenbewegung vergegenwärtigt — „Politische Sonderorganisationen der Frauen sind nicht gestattet" (Beschluß des Nürnberger Parteitags der Sozialdemokraten 1908) — wird deutlich: die „*umfassende Aufarbeitung (und ggf. Kritik) der Geschichte und der Theorie der Frauenbewegung und der theoretischen Grundlagen der Klassiker[innen]*" wird nicht nur per Präambel gefordert — das Statut selbst ist ein Stück Marxismus-Feminismus!

Wider die Friedliche Koexistenz zweier Linien!

Diese gegensätzlichen Konzeptionen von „kommunistischer Frauenpolitik" spiegeln sich wider in den zwei Broschüren: der aktuellen Zusammenfassung von Statut und praktischen Beispielen — „Hurra, wir sind jetzt autonom" einerseits — und den berühmt-berüchtigten Nachdrucken von 76/77 andererseits. Die Widersprüche zwischen beiden sind so fundamental, daß wir mit dem kommentarlosen Weitervertrieb jenes „Schulungsheftes" unsere heutige Politik u n g l a u b w ü r d i g machen. Deshalb fordern wir hiermit: jene alte Broschüre darf nur noch mit entsprechendem Kommentar und unter Beilage dieses Artikels (bzw. der hoffentlich folgenden Auseinandersetzung) weiterverkauft werden!

Zwei Genossinnen der Frauenleitung

Leserbrief zu »Mann als solcher — oder Ein Leben als RoMANNze?«

Das find ich ganz toll, daß dieser Artikel im AK 191 erschienen ist. Auch mir ist aufgefallen, daß Männer sich an der Debatte über (Hetero-)Beziehungen bisher nicht beteiligt haben, und ich hoffe, daß dein Artikel noch mehr Männer aus der Reserve lockt.

Auch ich begrüße schon länger die Forderungen der Frauen, weil sie — wie du schreibst — „*auf eine menschlichere Gesellschaft zielen*". Etwas ähnliches habe ich bei der Diskussion über das KB-Frauenstatut auch geäußert: Ich fände die Forderungen der Frauen gut, weil sie auf einen menschlicheren KB zielten. Ich wurde von einer Frau gefragt, welchen Beitrag ich denn für eine menschlichere Organisation leisten wolle. Da war ich erstmal sprachlos, bis heute. Ja, auch wir uns frauenfreundlich gebenden „Softies" können nicht erwarten, daß die Frauen für uns die Menschlichkeit miterkämpfen. Da müssen wir Männer schon selbst einen Beitrag leisten. Aber wie? Den Widerspruch, den du beschreibst, in dem mann lebt, der vielleicht schon etwas begriffen hat, kenne ich auch. Einerseits eben einen freundlichen Eindruck auf Frauen machen wollen. Und das ist ja auch nicht alles nur Mache und Anschmiererei. Der Macker, der auf die Interessen der Frauen scheißt, bin ich nicht mehr. Aber dann immer die Brüche, wo halt auch aus mir der Macker hervorbricht. Besonders im Bett kann ich den Chauvi nicht verbergen. Dort will ich zeigen, wie toll ich bin, daß ich ihr einen Orgasmus machen kann, und bin dann letztlich ziemlich unzärtlich, weil ich (meist) auch nur eine sensiblere Variante von Potenzverhalten drauf hab.

Und dann das „Schönheitsideal" von Frauen, das ich im Kopf hab. Die Frau muß toll aussehen und „emanzipiert" sein, damit andere Männer mich um sie beneiden. Einer früheren Freundin hab ich oft im Bett (in einer Situation, in der ich sie schwach erlebt habe, die ich sonst immer als so stark empfand) gesagt, daß ich sie nicht liebe, weil sie nicht meinem Schönheitsideal entspricht.

Daß mein Schönheitsideal Schrott in meinem Kopf ist, vom Äußerlichen geprägt durch die Bilder nackter Frauen in „konkret" und „das da", weiß ich eigentlich schon seit fast zehn Jahren. Auch daß ich mir dadurch eine tiefere Beziehung verbaue. Und irgendwo wollte ich mein Frauenideal auch überwinden, aber andererseits wollte ich auch immer noch die tollste aller Frauen haben, um die mich alle beneiden. Ich hoffe, daß sich mein Schönheitsideal ändern wird, indem ich Schrott in meinem Kopf auch wirklich als Schrott akzeptiere und vor allem auch darüber reden kann. Weil ich weiß, daß bei einer intensiveren Beziehung mit einer Frau bei mir der Macker zum Vorschein kommt, hab ich eine ziemliche Scheu vor intimen Beziehungen entwickelt. Dadurch kann ich zwar meinem frauenfreundlichen Image äußerlich erstmal besser gerecht werden. Aber letztlich will ich damit auch nur den Schein wahren. Und durch Rückzug verändere ich mich auch nicht.

Meine Beziehung zu Männern ist von Konkurrenz geprägt. Am deutlichsten auf Feten beim Buhlen mehrerer Männer um die Gunst einer Frau, wo ich mich, meist aus Angst zu unterliegen, schnell zurückziehe. Aber auch in anderen Bereichen Konkurrenz. Kann der andere Mann besser mit Werkzeug umgehen, besser öffentlich reden, besser Auto fahren als ich? Meine neueste Variante in der Konkurrenz mit einem anderen Mann: Wer von uns beiden ist der frauenfreundlichere? Obwohl ich es einerseits ablehne, von Männern unterdrückt zu werden und Beziehungen meist schnell abbreche, wenn ich mich unterdrückt fühle, orientiere ich mich andererseits doch sehr an „starken" Männern und schaue zu ihnen auf. (Ich will auch durch tolle Reden eine Versammlung mitreißen können, keine Angst vor geistiger und körperlicher Auseinandersetzung haben, Motorrad fahren, Starfighter fliegen können; letzteres natürlich nur auf seiten der Befreiungsfront!)

Auch bei Frauen orientiere ich mich an „starken", emanzipierten Frauen, möchte bemuttert werden. Untergebuttert möchte ich allerdings auch nicht werden. Der Gedanke, daß Frauen ohne mich leben könnten, erschreckt auch mich zutiefst. Ich könnte nicht so einfach sagen, daß ich dann halt etwas mit Männern anfange. Meine einzige schwule Beziehung als Erwachsener liegt nun auch schon über zehn Jahre zurück. Neben Ängsten auf meiner Seite, was die Umwelt von mir denkt, war die Beziehung dadurch geprägt, daß ich meinem Freund immer unter die Nase rieb, daß ich eigentlich lieber mit einer Frau zusammen wär.

So ist das also mit mir. Und wie löst mann das auf? Die Fragen, die am Schluß deines Artikels stehen, scheinen mir in die richtige Richtung zu deuten. Wir Männer sollten versuchen zu lernen, unsere „weiblichen" Aspekte (Emotionalität, Spontaneität, Weinen können) nicht mehr als Schwäche aufzufassen, sondern als Stärke zu begreifen, die aus uns menschlichere Männer machen kann. Wir sollten es lernen, unsere Konkurrenz und Berührungsängste abzubauen. Ich möchte mich gern mit Männern über Männerrolle und Männlichkeitswahn auseinandersetzen (das wäre ziemlich neu für mich; bisher habe ich mich fast ausschließlich mit Frauen über mich auseinandergesetzt). Und ich möchte etwas über Männergruppen erfahren. Ich war noch in keiner.

ed.

Ergänzende Literatur - bzw. Schallplatten-Liste zum RoMANNzen-Artikel in AK 191

Wir, die Unterzeichnenden, begrüßen den Mut, mit dem der Verfasser des o.g. Artikels die „Männerfrage" angepackt hat. Die Literaturangaben bedürfen jedoch unserer Meinung nach einer gewissen Ergänzung. Daß auch unsere Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben können, versteht sich bereits aus dem begrenzten Umfang des „Arbeiterkampf". Wir haben deshalb die uns am wichtigsten erscheinenden Werke herausgesucht und stellen sie hiermit dem Publikum vor:

Literatur

„Der Charme ist vorbei" — Aufbruch zu einer neuen Männlichkeit. Erregende Beispiele hinreichend bekannter Einzelheiten männlicher Phantasien. Vorhautverlag, Amsterdam.

„Wir mach ich's ihnen recht?" theoretischer Leitfaden für irritierte Männer. Besonders beachtenswert folgende Kapitel: „Alles zugeben"; „Ich bin doch auch wer"; „Da steh ich zu".

„Komm in meine Arme" — ein positiver Beitrag der Frauenbewegung. Erschienen im Rehabilitationsverlag, Paris/Köln/Havanna.

„Woran erkennt man einen Frauenfreund?" 218 programmierte Fragen zum Ankreuzen. Erschienen im Selbstbefriedigungsverlag, Altona.

„Mein Körper, meine Seele" — Reiseführer für Männer. Vom Zentralmassiv über den Monte Chauvi bis zur Stiefelspitze. Hrsg. Käptn Kuck und seine Mannen.

„Wie fessele ich einen Mann?" — Sachbuch für Genossinnen. Stricke verschiedener Größe in einer entsprechenden Schmuckkassette sind im Preis inbegriffen.

Musik, klassisch

„Keiner liebt dich, wieso ich" — Quartett der Unterzeichnenden, aufgenommen im AK-Studio.

„Ach, ich hab sie ja nur in Gedanken gefickt" — Entschuldigungs-Arie aus der Oper „Ein Männlein steht im Walde".

„Es muß was Wunderbares sein, von dir geliebt zu werden" — Kanon, gesungen vom Junggesellinnenchor des KB/Hamburg.

„Laß mich dein Badewasser schlürfen" — ebenda.

„Marmor, Stein und Eisen bricht, aber wir noch lange nicht" — ebenda.

Musik, modern

„Wer hat mein Glied mir zerstört, Ma" — Johnnie Oh und seine Softiker.

„Let it be" (dtsch: Laß das nach) — Ein Beitrag von Radio NDR (Nach der Revolution) zur Entstehung von Männergruppen.

„I can't get no more erections" — the rolling backs revival band.

Wir möchten noch hinweisen auf unser Poster (3x3 mm): „Two years ago I could't even spell ‚womanfriend' an now i am one" (vor zwei Jahren konnte ich ‚Frauenfreund' noch nicht einmal buchstabieren und nun bin ich einer), das über die AK-Redaktion zum Preis von zweieinhalb Enthüllungen (auch in Briefmarken) zu erhalten ist. Indiskretion wird zugesichert.

R.E.I.S.

Come Out Bericht

Der Anstoß war ein anderer Come Out-Artikel, mit etwas Empirie und vielen Zitaten: „Das ist ja ganz nett, aber warum schreibst du nicht einfach über deine eigene Entwicklung?" fragten mich daraufhin etliche Genossinnen ... Ja, warum eigentlich nicht? „Damit kann sich doch niemand identifizieren", meinte ich zunächst, – „dreimal das Lesbisch-Sein „neuentdeckt", was kann denn das schon bringen ...", bis ich darauf kam, dieses „Kriterium" zu hinterfragen: was ist denn ein „normales" Coming-Out? Ein „normaler" Weg, die gesellschaftliche Normalität zu durchbrechen?

Zwischen APO ...

Aufgewachsen in bildungsbeflissenen-spießiger Athmosphäre – zwischen traditionsschwangerem Mädchengymnasium und kirchlicher Jungschar, ebenfalls säuberlich nach Geschlechtern getrennt – war es für mich schon eine kleine Revolution, als ich mich mit 15 einem kritischen Diskussionszirkel bündischer Herkunft anschloß: Endlich raus aus dem Ghetto der „höheren Töchter", endlich auch mit Männern zusammen! Dort wurde viel debattiert, meist über recht abgehobene Texte zur „Kritik der etablierten Sexualmoral". Doch blieb die Auseinandersetzung dabei natürlich nicht stehen: Als ich es nach Monaten schließlich geschafft hatte, den mir eingeimpften Jungfräulichkeitskult abzulegen, war ich ungeheuer stolz darauf. Abgesehen von kleineren Krisen – das Beziehungskarussel drehte sich unerbittlich – fühlte ich mich in diesen Jahren sehr wohl, als vollintegrierte Frau und „selbstverständlich" Hetero! Daß ich beim Onanieren häufig an meine Lieblingslehrerin dachte oder ein gruppendynamisches Experiment in einen sehr erregenden Kuß mit einer Frau „ausartete" – nichts konnte mich darin verunsichern: Aller kritischen Theorie zum Trotz hatten wir ein fast ehrfürch-

nichts konnte mich darin verunsichern: Aller kritischen Theorie zum Trotz hatten wir ein fast ehrfürch-

tiges Verhältnis zu gesellschaftlichen Tatbeständen, und dazu zählte auch die Zwangsheterosexualität. Wir hielten es schlicht für unmöglich, gegen solch einen Zwang ankämpfen zu wollen, wichtig war nur das Bewußtsein, daß unsere „natürliche Bisexualität" unterdrückt wird.

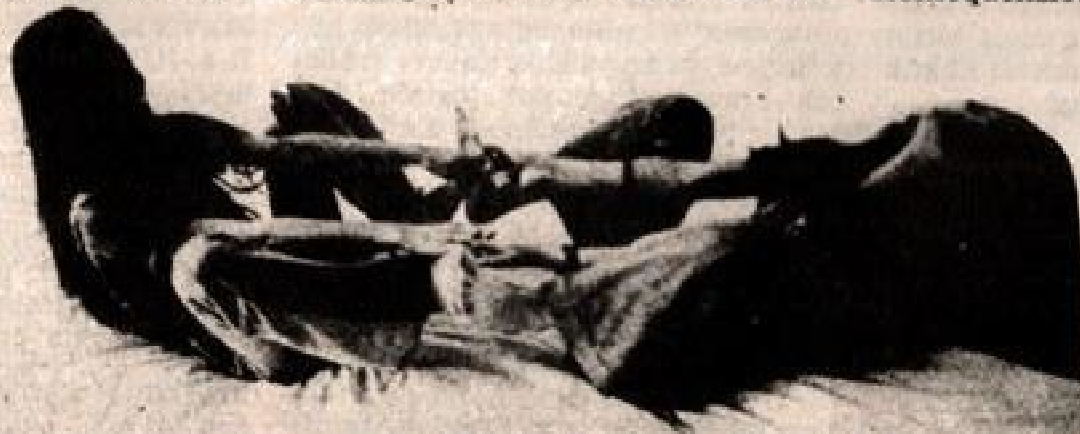
Dann der nächste Umbruch: Mit knapp 19 – der Abi-Streß lag gerade hinter mir – wollte ich von „zu Hause" raus und bekam gleichzeitig zunehmende Distanz zu jenem Diskussionszirkel: Wozu all das kritische Bewußtsein, wenn man/frau damit nichts zu tun versuchte? Die einzigen Aktivisten (SALZ-Sympathisant/inn/en) waren schon vor Jahren rausgeekelt worden. Zusätzlich verunsichert wurde ich durch ein Soziogramm, demzufolge k e i n Mann mich als Diskussionspartnerin wirklich ernst nahm, dagegen a l l e mit mir schlafen wollten ...

In diese Zeit fiel auch ein Wochenend-„Seminar", wo ich eigentlich meine Beziehungen zu zwei Männern hatte klären wollen: Was zog mich an Y. so an – vielleicht nur, daß er „unkomplizierter" war als X., der mit über 50 (Großvater!) aus Betrieb und Gewerkschaft rausgeflogen war und mir – nach neuen Perspektiven suchend – eine Mutter-Rolle zuschob? Völlig überfordert flüchtete ich am ersten Abend zu Z. ins Bett. Als ich dann hörte, daß X. überstürzt abgefahren sei, fühlte ich mich schuldig; doch hinterher konnte ich nicht – seiner Frau wegen. Wenn jetzt womöglich auch A., die Freundin von Z., ausflippen würde – meinetwegen? Obwohl ich sie kaum kannte, wollte ich versuchen, ihr mein „Interesse" an Z. zu erklären. Sie verstand mich – wider Erwarten – sehr gut, steckte sie doch selbst in einer ganz ähnlichen Situation (wodurch sie sogleich in meinem Ansehen stieg). Vielleicht lag es also nicht – oder zumindest: nicht ausschließlich – an uns Frauen, wenn wir uns ständig in solch beschissene Beziehungs- und Eifersuchts-Erfahrungen verstrickten? Dieser Gedanke war mir neu – ich fühlte A. gegenüber erstmals sowas wie „Frauensolidarität". Als wir uns daraufhin in den Arm nahmen und – ganz vorsichtig – küßten und streichelten, bedeutete mir das plötzlich sehr viel. So verbrachten wir auch den Sonnabend bei ihr „zu Hause"; als ich ihr das zweite Zimmer in meiner neuen Wohnung anbot, sagte sie sofort zu. Später kam auch noch Z. Zunächst etwas verwirrt, gewann er doch bald seine alte Sicherheit zurück – schließlich hatte man einen progressiven Anspruch. Und überhaupt, warum sollten wir nicht eine Dreier-Beziehung führen? Genau diesen Abend lang klappte es: Mein „Interesse" an Z. war lediglich Legitimation ... und was lag mir eigentlich an den anderen Männern?

X. wich mir aus – das machte mich zwar traurig, aber eine konkrete Perspektive konnte ich für diese Beziehung auch nicht mehr angeben. Und mit Y. hatte ich zwar nochmal gebumst, war insgesamt jedoch sehr enttäuscht: alles, was ich ihm von jenem Wochenende erzählt hatte, meine Ängste, meine Schuldgefühle und das Erlebnis mit A., fand er immer nur „interessant" – wahrscheinlich war i c h auch nur „interessant".

... und Frauenbewegung

In diesen Wochen steigerte jede Enttäuschung mit oder durch Männer meine Erwartungen an die Wohngemeinschaft mit A.: Gemeinsam wollten wir uns über unsere Rolle als Frau klar werden, dazu viel lesen und diskutieren ... und: Konsequenzen ziehen! Daß sich vor ihrem Einzug nicht mehr viel zwischen uns abspielte, unsere Gespräche kurz und oberflächlich blieben, konnte ich mir immer gut erklären: A. hatte eben viel Streß mit Schule, Job und andauerndem Clinch mit den Eltern, gerade deswegen wollte sie ja dort ausziehen. Dann endlich war es soweit: Wenn wir uns zusammensetzten, um über Jutta Menschick oder Simone



Wenn wir uns zusammensetzten, um über Jutta Menschick oder Simone

de Beauvoir zu diskutieren – bei Kerzenlicht und mit Joan Baez im Hintergrund – kamen wir immer weiter weg von den abstrakten Theorien, sprachen über unsere eigenen Erfahrungen, wie Männer uns emotional und sexuell ausgebeutet und die Konkurrenz unter uns geschürt hatten. Bei diesen Gesprächen fühlte ich mich A. ungeheuer nahe. Beide hatten wir uns immer wieder von Männern rumschubsen lassen, waren von ihrer Anerkennung abhängig gewesen, und das wollten wir jetzt ändern. Wir? Warum konnte A. nach solch einem Gespräch zu Wimperntusche und Kajal greifen, um noch den „besseren Teil" irgendeiner Fete mitzubekommen? Oder mittendrin einfach abschalten, wenn Z. mal wieder vorbeizukommen beliebte, mich gar ein ganzes Wochenende „vergessen", wenn e r so viel Zeit hatte?

Diese Widersprüche empfand ich als sehr schmerzlich – warum, wußte ich selbst nicht: Von Z. wollte ich nichts mehr – und von A.? Mehr Zeit mit ihr zusammen verbringen, mit ihr zusammen Neues entdecken. Mir fehlte die Zärtlichkeit, die es nur an jenem ersten Abend zwischen uns gegeben hatte. Sexuelle Bedürfnisse? Solche Phantasien kamen schon mal vor, doch ein konkretes Verlangen war mir nicht bewußt. Woher auch: Mit Männern zu schlafen hatte mir (fast) immer Spaß gemacht, womit meine Heterosexualität hinreichend erwiesen wäre. Daß ich im Moment keine Männerbeziehungen hatte, konnte nur Zufall sein, denn l e s b i s c h? Nein, d a s war ich auf keinen Fall!

Lesben waren für mich etwas völlig anderes, irgendwelche Sex-Monster, vor denen man/frau andere warnen mußte und die bestimmt auch von sich von kleinauf gewußt haben, daß sie „so" sind ...

Trotz all dieser Distanzierungen wurde der Widerspruch zwischen meinen Erwartungen an A. und dem, was sich real zwischen uns abspielte, immer quälender für mich – doch wenn ich versuchte, mit meinen alten Freund/inn/en darüber zu reden, fragten die mich immer nur nach „verdrängten Bedürfnissen" gegenüber Z ...

Ich bin lesbisch

Dann hörte ich im Radio von der ersten Frauen-Fete in Hamburg. „Politisch" war ich zwar dagegen – schließlich sind auch Männer von Kapitalismus und Rollenzwängen betroffen, doch ich ging trotzdem hin. Meine anfängliche Abwehr schlug bald um in Euphorie; und als es plötzlich zuende war, hatte ich das dringende Bedürfnis, mit irgendwelchen „dieser" Frauen noch etwas zusammenzubleiben, mit ihnen zu reden. Ich kannte zwar keine von ihnen und ebensowenig die Kneipen, über die sie diskutierten, doch das war mir jetzt egal. Naja, etwas irritiert geguckt habe ich wohl doch, als ich mich dann – inmitten von rotem Plüsch, goldgeränderten Spiegeln und unzähligen weiblichen Aktfotos – in einem fast männerfreien Etablissement wiederfand (selbst die vermeintliche Ausnahme entpuppte sich – bei näherem Hinsehen – als „kesser Vater"). Ob ich etwa n i c h t lesbisch sei, wurde ich gefragt, worauf ich – sehr ehrlich – antwortete, daß ich überhaupt nichts mehr wisse. Doch die Mehrzahl „dieser" Frauen wirkte eigentlich erstaunlich normal, und so fing ich vorsichtig an, von mir zu erzählen. Spät in der Nacht fragte mich dann eine, ob sie bei mir schlafen könne, da sie nicht aus Hamburg sei: Sofort lief bei mir der alte Film ab – ich sah, wie dies lesbische Monster (das ich im Grunde recht sympathisch fand) lüstern und enthemmt über mich herfallen und mich vergewaltigen würde ... Gleichzeitig stand ich neben mir, analysierte meine Vorurteile und machte mir klar, daß ich – wäre sie irgendein Typ – damit überhaupt keine Schwierigkeiten hätte. So fuhren wir zu mir und redeten noch fast die ganze Nacht; daß außerdem über-

zu mir und redeten noch fast die ganze Nacht; daß außerdem über-

haupt nichts „passierte", erleichterte und enttäuschte mich zugleich. Am nächsten Morgen beobachtete sie kurz, was sich zwischen A. und mir abspielte. Meine Abhängigkeit durchschauend, bemerkte sie nur knapp: es sei wohl alles klar, ich müsse einfach akzeptieren, daß ich lesbisch sei ...

Doch so schnell ging das nicht! Um mir noch ein Hintertürchen offen zu halten, beharrte ich darauf, daß die Sexualität das entscheidende Kriterium sein müsse: „Erfahrungen" hatte ich bisher nur mit Männern gemacht (und schlecht waren die nicht gewesen!); so könnte es doch sein, daß ich mit Frauen im Bett überhaupt nichts anfangen könnte ...

Wo frau Lesben trifft, wußte ich ja schon; also ging ich jetzt Abend für Abend in den „Sub" – immer unter dem Vorwand, noch spazierengehen zu wollen. Ein beschissenes Gefühl! Das Versteckspiel, der anonyme Sex-Markt – all das stand in krassem Gegensatz zu meinen „eigentlichen" Ansprüchen ... nur sah ich eben keine andere Möglichkeit, endlich Klarheit zu bekommen. Einmal „klappte" es dann: eine Frau sprach mich an, und wir fuhren zu ihr. Sub, Urlaub, Wetter – die Konversation war zu mühselig, so daß wir stattdessen mittels Kerzenlicht und Likör uns näherzukommen versuchten. Es ging eben um ein rein sexuelles Experiment – daß wir es trotzdem schafften, uns gegenseitig etwas zu erregen (nie wäre ich mit einem Mann unter solchen Umständen ins Bett gegangen), akzeptierte ich als positiven Beweis für mein Lesbisch-Sein. Im Grunde fühlte ich mich sogar erleichtert, denn jetzt wußte ich wenigstens, was ich wollte.

Doch – ob A. sich darauf einlassen würde? Wäre es nicht viel wahrscheinlicher, daß ich sie ganz verlieren würde, wenn sie „es" erführe? Aber was hatte ich denn überhaupt noch von A.? Wenn ich z.B. die Verhütungsberatung im Frauenzentrum nur noch mitmachte, um einmal die Woche mit ihr (und ohne Z.) zusammensein zu können?

So nahm ich irgendwann – Wochen später – meinen ganzen Mut zusammen und „gestand" ihr mein Lesbisch-Sein. Ihre Reaktion war schlimmer als befürchtet: nicht ungläubig, ängstlich oder verunsichert – sondern völlig cool. Warum ich das erzählte, das sei ihr schon lange klar gewesen ... meine konsequente Haltung sei sicherlich bewundernswert, doch sei sie selbst nicht bereit, ihre Hetero-Privilegien meinetwegen aufzugeben. War das die „Frauensolidarität", von der ich so viel erhofft hatte? Sie hatte zugesehen, wie ich mich gequält hatte, meine Abhängigkeit von ihr bewußt ausgenutzt! Ich versuchte, sie dafür zu hassen, wollte sie anbrüllen und aus meiner Wohnung rausschmeißen. Doch irgendwie schaffte ich es nicht, war ich schon zu schwach und resigniert; so mied ich selbst die Wohnung, um ihr nicht begegnen zu müssen.

Wie sollte es jetzt weitergehen, wie könnte ich mit meinem Lesbisch-Sein leben? Die Lesbengruppe im Frauenzentrum schien sich aufgelöst zu haben, andere Kontakte in die „Szene" hatte ich nicht, und in den Sub wollte ich nie wieder.

„Nicht die Homosexuelle ist pervers, sondern die Gesellschaft, in der sie lebt", das hatte ich mir in den letzten Wochen immer wieder klargemacht. und jetzt erschien mir der Widerspruch unauflösbar: Ich sah mich vor der Alternative, im Sub lesbisch zu „leben" – oder s t a t t d e s s e n gegen die ganze gesellschaftliche Scheiße zu kämpfen ... und entschied mich für letzteres.

... doch erst müssen wir die Revolution machen!

„Nicht die Pickel" wollte ich „ausquetschen, sondern die Krankheit bekämpfen" – doch wie? Konsequenzlose Theorie-Debatten hatte ich schon zur Genüge geführt, jetzt mußte ich was t u n! Fach-

hatte ich schon zur Genüge geführt, jetzt mußte ich was t u n! Fach-

schaftsarbeit hielt ich für ein geeignetes Experimentierfeld; gleichzeitig könnte ich mir dabei den SSB mal aus der Nähe ansehen (das schien mir die am ehesten akzeptable Organisation zu sein). Die handwerkliche Seite des Politik-Machens erlernte ich schnell, und die allgemeine Anerkennung tat mir gut. Doch wo blieben die mir wesentlichen Inhalte, die Diskussionen über unsere Strategie – und den Sozialismus? Schließlich träumte ich nicht von alternativen Studiengängen, mein Engagement in der Kleinarbeit war nur Mittel zum Zweck, zur Befreiung der Gesellschaft und der Sexualität. Doch offensichtlich verstanden die Genossen das nicht, selbst, als ich direkt nach dem AK-Lesezirkel fragte, wiegelten sie ab. So leierte ich schließlich eine Freundschaft an mit einem der Cracks: Er war mir nicht unsympathisch und behauptete sogar, mein Lesbisch-Sein verstehen zu können (früher, im Internat, habe er auch mal ...), vielleicht wollte er nicht einmal mit mir bumsen? Nein, so billig ließ er mich nicht an seinem Wissen teilhaben; ein vorsichtiger Widerstandsversuch bescherte mir zweitägige Vorhaltungen: Ich würde seine Männlichkeit unterdrücken. Nun gut, damit hatte ich rechnen müssen, auch die ersten (Direkt-)Informationen über den KB hatte ich mir im Bett erkauft. Doch Männer konnten höchstens meinen Körper beherrschen, A. dagegen drang immer noch in meine Phantasien; es dauerte lange, bis ich sie endgültig verbannt hatte.

Frauen konnten mir gefährlich nahe kommen und Macht über mich ausüben. Deshalb war ich froh, an der Uni kaum etwas mit ihnen zu tun zu haben. Und gegenüber den wenigen Fachschaftsaktivistinnen blockte ich völlig ab. Erst durch den SSB wurde ich wieder mit dem Anspruch nach „Frauensolidarität" konfrontiert, jetzt allerdings durch einige Genossinnen, die wesentlich ernsthafter damit umzugehen schienen als A. das getan hatte. Meine Reaktion war widersprüchlich, doch fing ich langsam an, die Barrieren abzubauen. Ich bekam wieder Lust, von bestimmten Frauen mehr als ihre politische Meinung kennenzulernen, und so kam es zwischen B. und mir – nach halbjähriger Zusammenarbeit – zu einem ersten längeren Gespräch. Dabei stellten wir auch fest, wie stark das Bild, das wir bisher voneinander gehabt hatten, von bestimmten Männern beeinflußt worden war, die uns offensichtlich gegeneinander ausgespielt hatten. Als wir anschließend zusammen auf eine Fachbereichsfete gingen, tanzten wir miteinander, immer enger: Seit Monaten fühlte ich zum erstenmal sowas wie Wärme und Geborgenheit. Gleichzeitig versuchte ich mir klarzumachen, daß es ja nur um eine Demonstration ginge,... schließlich hatte B. eine feste Hetero-Beziehung. Dann küßte sie mich – und wunderte sich, warum ich keine Berührungsängste hätte.

Als ich ihr erzählte, daß ich „eigentlich" lesbisch sei, sagte sie, daß sie gern mit mir schlafen würde...

„Alle Frauen sind lesbisch!"

In den folgenden Tagen fühlte ich mich stark und glücklich: Vielleicht war es auch jetzt und hier schon möglich, lesbisch zu l e b e n u n d politisch zu arbeiten? Oft lagen B. und ich stundenlang zusammen im Bett, streichelten und küßten uns... und lasen dann wieder weiter in unseren neuen „Entdeckungen". Alice Schwarzer oder Texte aus der Lesbenbewegung. Unsere öffentlichen „Auftritte" wurden jetzt zunehmend provozierender, und als z. B. mein „Freund" uns warnte, wir sollten's mal nicht übertreiben („die Studenten" könnten das nicht verstehen, und wir dürften unsere Wiederwahl in den FSR nicht gefährden), machte es uns nur noch mehr Spaß. Klar, daß wir uns – sobald wir über einige Ecken davon erfahren hatten – auch an der Gründung der ersten KB-„Schwulen"-gruppe beteiligten. Doch irgendwann kam dann der Punkt, wo sich unser „Selbstbewußtsein" verselbständigte, es uns daran hinderte, Probleme und Widersprüche in und durch unsere Beziehung offenzulegen. Fühlten wir uns bei unseren „Kiss-Ins" immer so toll und stark? Im Grunde hatten wir doch gar nicht die Möglichkeit, außerhalb des Schlafzimmers zueinander zärtlich zu sein, o h n e dadurch als Volksattraktion zu erscheinen. Und waren uns wirklich a l l e Leute so egal, die negativ auf unsere Beziehung reagierten?

nen. Und waren uns wirklich a l l e Leute so egal, die negativ auf unsere Beziehung reagierten?

Warum bezeichnete B. sich jetzt auch als Lesbe, war es womöglich auch nur um der Provokation willen?

Jedenfalls verflachte unsere Beziehung nach einigen Wochen, und plötzlich zog B. sich völlig von mir zurück: sie schob Widersprüche zum KB vor, klammerte sich demonstrativ an ihren Freund und ließ mich überhaupt nicht mehr an sich rankommen. Mit einem Mann könnte ich nicht konkurrieren, das hatte ich schon durch A. gelernt – so bemühte ich mich jetzt um Distanz zu B., die mir zunehmend als unselbständiges Weibchen erschien. Was hatte sie so zurückgeworfen? Natürlich ihre Heterosexualität!

Dies war für mich der letzte Beweis, daß die „Radikalfeministinnen" doch recht hätten – „Feminismus ist die Theorie und Lesbisch-Sein die Praxis"! Mit dieser Erkenntnis versuchte ich, den Schmerz zeitweilig beiseite zu schieben. Ein weiteres Ventil: Aggressionen gegen meinen Ex-„Freund", der mich zum Psychiater schicken wollte – nicht etwa, damit der mir irgendwie hilft – nein, mir sollte nur aus fachkundigem Munde bestätigt werden, was für eine kaputte Type ich sei.

Doch was bestimmte Leute als „kaputt" bezeichneten, fanden andere exotisch oder attraktiv. So stolperte ich in die nächste Beziehung mit einer Hetero-Genossin, in welcher sich alle Fehler aus meiner letzten Affäre in noch krasserer Form wiederholten. Als sie nach wenigen Wochen wieder auseinanderging, war ich verzweifelt: Was ich jetzt zweimal durchlebt hatte, schien mir endlos wiederholbar. Wie lange würde ich das noch durchhalten?

Nur ein p o l i t i s c h e r Irrtum?

Da begann jene Auseinandersetzung um den „Kleinen Unterschied" – die AGF polemisierte gegen das Schwarzer-Buch. Nach einem überhitzten Anfang – auf Austrittsdrohungen folgten mißglückte „Ausrichtungsdiskussionen" – kam es schließlich zu einer i n h a l t l i c h e n Auseinandersetzung. In stundenlangen Diskussionen, wo ich viel von mir und meinen Erfahrungen berichtete (ohne Rücksicht auf die eher „pikierte" Reaktion der meisten Genoss/inn/en), wurde mir allmählich klar, wie ich m i r s e l b s t mit jenen radikal-lesbischen Theorien am meisten geschadet hatte. Mit dem Kopf konnte ich das alles gut begreifen, doch in meinem Bauch blieb eine ungeheure Leere zurück: Immer

waren es Heterofrauen gewesen, die mich angezogen hatten – und jetzt sollte ich akzeptieren, daß diese Frauen eben „so" sind und „so" bleiben würden?

Nur eines war klar: Ich mußte Abstand gewinnen von den Ereignissen der vergangenen Monate! Endlich löste ich die gemeinsame Wohnung mit A. auf, zog bei meiner letzten Freundin aus – und mit einem Mann zusammen: Ich machte einen dicken Schlußstrich unter a l l e „Frauensachen". Das so entstandene Vakuum füllte ich mit Arbeit – Studium und Politik, randvoll. Doch das reichte noch nicht. Ich mußte weg von all den Leuten, die meine Entwicklung nicht verstanden, Gerüchte ausstreuten und immer wieder dumme Fragen stellten; außerdem war ich sicher, woanders auch politisch mehr bringen zu können. So ging ich in die „Provinz", wo ich in Arbeit fast erstickte – ich brauchte das. Und niemand hier kam auf die Idee, meine „Normalität" in Frage zu stellen – mußte ich sie mir selbst beweisen? Jedenfalls dauerte es nicht lange, bis ich wieder eine Hetero-Beziehung anfing, mit einem „neuen" Genossen. War ich wirklich mal „anders" gewesen, lesbisch? Höchstwahrscheinlich hatte ich nur einen politischen Fehler gemacht – eine verrückte Theorie konsequent umzusetzen versucht. Die heile linke Welt war wiederhergestellt, zumindest für 1 1/2 Jahre, dann fing ich nämlich an, mich (wieder) im Frauenzentrum zu engagieren.

Ich bin wirklich lesbisch!

Die Konfrontation mit meiner „Vergangenheit" kam zwangsläufig: Etwa die Hälfte der Aktivistinnen waren Lesben, das konnte nicht mal ich „übersehen". Ihre Anwesenheit verwirrte mich, ständig auf Suche nach „Anstößigem" beobachtete ich sie zunächst überkritisch, strich meine eigene Heterosexualität heraus. Doch lange waren diese Distanzierungsmechanismen nicht aufrechtzuerhalten – zu viel Verdrängtes kam jetzt hoch. Beim Kölner Frauen-Tribunal schlich ich um die „AG-Lesben" herum; eine Genossin hatte mich vorher dezent darauf hingewiesen, daß diese Gruppe sicherlich nur für Betroffene gedacht sei... War ich eine Verräter-Lesbe?

In den folgenden Wochen wurde ich zunehmend arbeitsunfähig : Ich wühlte in meiner Vergangenheit, schrieb Briefe, die ich nie abgesandt habe. Auf Terminen saß ich meist teilnahmslos in der Ecke, mich und meine Reaktionen beobachtend. Ich konzentrierte mich auf Frauen und fing wieder an, sie als erotisch wahrzunehmen (oder provozierte ich das nur?), bekam Angst und machte mich völlig zu – ein Teufelskreis. Und manchmal fing ich plötzlich an zu heulen, weil ich einfach keinen Ausweg sah. Erklärungsversuche gab ich bald auf, da mich sowieso niemand mehr verstand, meine Schwäche schon zur Genüge ausgenutzt wurde.

So kam ich kein Stück voran – und irgendwann beschloß ich deshalb, mein Lesbisch-Sein einfach als gegeben hinzunehmen. Konsequenzen zog ich (vorerst) keine, denn ich kannte nur Hetero-Frauen (oder bildete mir das zumindest ein), mit denen ich weder Beziehungen haben wollte noch Lesbenpolitik machen konnte. Beides änderte sich erst, als ich meine Vorurteile „d e r Lesbenbewegung" gegenüber abbaute und plötzlich feststellte, daß die auch bis in den KB hineinreicht...

UL (Lesbengruppe des KB)

Schauprozeß für öffentliche Moral

London, 12.1. – Am vergangenen Montag begann im Londoner ‚Old Bailey' der Schauprozeß gegen fünf Vorstandsmitglieder der englischen Pädophilenorganisation PIE (Paedophile Information Exchange). Das Verfahren wird voraussichtlich zwei Monate dauern.

Vorgeworfen wird ihnen Verschwörung mit dem Ziel, die öffentliche Moral zu untergraben. Der Tatvorwurf stützt sich darauf, daß sie die Mitgliederliste den einzelnen Mitgliedern zugänglich gemacht haben, damit diese untereinander in Kontakt treten konnten. PIE ist eine Selbsthilfeorganisation Pädophiler, die auch auf Legalisierung von Beziehungen zwischen sog. Erwachsenen und Minderjährigen hingearbeitet hat.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die politischen Hintergründe und die historische Anwendung der zugrunde liegenden Strafbestimmung („Conspiracy to corrupt Public Morals"). Die britische Rechtssprechung beruht – anders als in der BRD – sehr wesentlich auf Gewohnheitsrecht und Präzedenzfällen, die z.T. mehrere Jahrhunderte alt sind.– Im Jahre 1663 pinkelte ein Dichter am Hofe Charles XI. in angetrunkenem Zustand vom Dach einer Wirtschaft herunter, zog sich anschliessend nackend aus und „predigte den Leuten Blasphemie". Vor Gericht bemerkte der Richter, daß es dagegen kein Gesetz gab und verurteilte ihn wegen „Untergrabung der guten Sitten".

Erst 1960 wurde das Element der „Verschwörung" zu obigem Zwecke hinzugefügt. Tatsächlich kann nach der jetzigen englischen Rechtslage niemand wirklich die öffentliche Moral untergraben, man kann sich jedoch zu diesem Zwecke „verschwören".. – was dem PIE-Vorstand vorgeworfen wird. Weitere Einzelheiten waren vor Prozeßbeginn nicht zu erfahren, da das Weitergeben von Informationen aus der Vorermittlung nach britischem Recht strafbar ist.

Die „Verschwörungs"-Rechtssprechung wurde in neuerer Zeit verstärkt im Zusammenhang mit sozialen Krisen und Kämpfen eingesetzt, so 1972 gegen die „Angry Brigade", die Attentate gegen Sachen mit Symbolcharakter – ähnlich dem Frankfurter Kaufhausbrand der RAF-Leute – verübte. Bis 1977 unterlag diese Rechtssprechung keinerlei gesellschaftlicher Kontrolle (unbegrenzte Höchststrafen etc.). Erst 1977 verabschiedete das Parlament den „Criminal Law Act", mit überwiegender Billigung der Gewerkschaftsbewegung, mit dem die offensichtlichsten Ungerechtigkeiten der bisherigen „Verschwörungs"-Rechtssprechung abgemildert und Höchststrafen eingeführt wurden. Allerdings wurden nicht alle Straftatbestände hinfällig, bei denen nicht das eigentliche „Verbrechen" strafbar war, sondern nur die „Verschwörung" zu diesem Zwecke. Hierzu gehört auch das gegen die PIE-Leute angewandte Gesetz.

Nachdem die spektakulären „Angry Brigade"-Prozesse „erfolgreich" durchgezogen worden waren, wurden dieselben „Anti-Terror"-Gesetze, die auch linke Gewerkschafter ursprünglich befürwortet hatten oder die sie wenigstens nicht bekämpft hatten, gegen sie selbst angewandt.

Als weiteres Beispiel für das allgemeine Roll Back steht die Weigerung der konservativen Thatcher-Regierung, im vergangenen Jahr den Schiedsspruch der Europäischen Menschenrechtskommission zu verwirklichen, daß auch in Nordirland Homosexualität unter Erwachsenen straffrei werden müsse.

Das nötige Klima für den Prozeß haben die „News of the World" (ähnlich BILD) sowie die Kampagnen von Mary Whitehouse zur Verschärfung der „Jugendschutzbestimmungen" geschaffen. Letztere tut die gleiche Arbeit wie Anita Bryant in den USA („Töte einen Schwulen für Jesus!").

Aus der Einsicht „Wehret den Anfängen!" rief die weltweite Schwulen- und Lesbendachorganisation IGA (International Gay Association) auf ihrer letzten Delegiertenkonferenz per Resolution zur solidarischen Unterstützung der PIE-Kampagne auf, der sich die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V. anschließt. In England hat sich ein linkes Unterstützer-Komitee gebildet („Campaign Against Public Morals"), das zu massenhaften Spenden aufruft, da die Kampagne 8-10 000 DM kosten wird.

Solidaritätsadressen und Spenden an

CAPM
BM 1151
London WC1V 6XX

Hierzu ist von der CAPM auch eine 60-seitige Dokumentation herausgegeben worden, die gegen Scheck direkt oder für 6,- DM zu beziehen ist über

„Prinz Eisenherz"
Bülowstr. 17
1000 Berlin 30

(Quelle: CAPM Publication)
Olaf Stüben

Betr.: Lesbenstich

Liebe Sub-, Traditions- und Bewegungslesben, kesse Väter, lesbische Mütter und alle, die sich angesprochen fühlen ...

So stand es auf der ersten Seite der Null-Nr. des Lesbenstich. Es war geschafft, endlich lag im April 1980 die auf verschiedenen NRW-Lesben-Regionaltreffen diskutierte, von vielen lang ersehnte „Zeitung der Lesbenbewegung" in unseren Händen.

Immer wieder war die Idee aufgetaucht, eine Zeitung von und für uns zu machen, die wiederspiegelt, was uns Lesben „bewegt", – worüber wir uns Kopf- und Bauchschmerzen machen, wo wir stecken – uns verstecken, wohin wir wollen, wenn wir könnten ..., – ob wir können, wenn wir wollen ... (Infoträger, Diskussionsplattform).

Bislang mußten wir uns mit „Emma" und „Courage" zufrieden geben, die sich als „Organe" der autonomen Frauenbewegung verstehen, wo wir als Lesben jedoch nur zum „Thema" neben all den anderen werden, wo sich die „kontinuierliche Auseinandersetzung" mit uns im Wesentlichen auf das Abdrucken von Kleinanzeigen beschränkt. Lesbenspezifische Zeitungen, wie UKZ und Lesbenpresse, beide aus Berlin, konnten für viele von uns unseren Anspruch, überregional und umfassend ein aktuelles Spiegelbild der Lesbenbewegung wiederzugeben, nicht erfüllen.

Die Null-Nr. des Lesbenstich (im traditionellen lila) beschrieb, wie das Zeitungsprojekt entstand, welches Konzept verfolgt wird, wie es mit Redaktion und Finanzierung aussieht und was uns im Laufe des Jahres noch „erwartet". Die Redaktionslesben, damals 6 Frauen aus verschiedenen Städten der BRD, lernte frau ausführlich oder kurz und bündig, mit oder ohne politischen Hintergrund, Alter, Motivation zur Redaktionsarbeit etc. durch die einzelnen Selbstdarstellungen kennen. Der Gesamteindruck war mindestens so bunt wie der der vor mir liegenden Titelseiten der letzten 5 Lesbenstiche. Schwerpunktthema der ersten Ausgabe, mit einer Auflage von 2.500 Exemplaren, war die damals bevorstehende Wahl. Fragen wie die, was wir als Lesben von den Parteien halten können, ob es ein „kleineres Übel" gibt, oder ob uns nicht allein beim Gedanken an solche Wahlen an sich schon übel werden könnte ..., ob der „Lilastich" bei den Grünen mit der nächsten Wäsche wieder verschwunden ist ..., wurden angeschnitten.

Unter dem periodisch festgeschriebenen Motto „Kampf dem He-terror" gab's was über Pädophile, Provinzlesben, Lesben/Schwule-Beratungsstelle usw. Der kulturelle Teil bestand aus Gedichten, zwei Filmbesprechungen und 'nem kessen Silbenrätsel. Die neuesten (und älteren) Nachrichten aus der Lesbenbewegung füllten die letzten Seiten.

Viele Artikel waren entweder Nachdrucke aus der Alternativ- und sonstiger Presse, die übrigen in der Hauptsache nur von den 6 Redaktionsfrauen verfaßt, das Layout war einfach schlecht. Diesen Eindruck teilten nicht nur enttäuschte Leserinnen, sondern auch die Redaktionslesben selber. Aber es war ja klar, die erste Ausgabe war eben die Null-Nr., und die allgemeine Resonanz, die sich in den abgedruckten Briefen und bei etlichen Gesprächen zeigte, war eine Mischung aus Kritik und Ermutigung zum Weiter- und Bessermachen. Und die Lesbenstiche werden besser! Die nächsten vier Nummern, die jeweils zweimonatlich erschienen, hatten als Schwerpunkte: Beziehungen, Sexualität, Dogmatismus und Zusammenarbeit mit Männern. Da fühlte sich jede auf ihre Art betroffen, angemacht, berührt, und immer standen fremde Namen unter den z. T. sehr offenen ernsthaften Artikeln.

Daß die Redaktionslesben, mittlerweile 9 Frauen, trotz geringer Mittel und Möglichkeiten, ihre gemachten Erfahrungen beim Layouten positiv umsetzten, war nicht zu übersehen. Die nächsten Nummern werden sich mit Lesben und Beruf, Lesben und ihren Müttern beschäftigen. Sie werden bestimmt in euren Frauenbuchläden, linken Buchläden etc. ausliegen.

Es liegt an uns, ob der Lesbenstich mal das wird, was wir uns unter „einer Zeitung der Lesbenbewegung" vorstellen. ... Alle Chancen hat „er" jedenfalls!

len.
Die Null-Nr. des Lesbenstich (im traditionellen lila) beschrieb, wie das
wegung füllten die letzten Seiten.
Viele Artikel waren entweder Nachdrucke aus der Alternativ- und
„einer Zeitung der Lesbenbewegung" vorstellen. ... Alle Chancen hat „er" jedenfalls!
nal Law Act", mit überwiegender Olaf Stüben

»Soviel Ignoranz und Dummheit hatte nicht einmal die Z zu bieten...«

stellt Genossin P. in Erwiderung meines Leserbriefes zu „Kommst Du heute noch mit in den Sub" fest, in dem ich mich für „schärfere Konturen" ausgesprochen hatte (AK 191, S. 41). Nach Gesprächen mit anderen Genoss(inn)en möchte ich mich für den rüden T o n f a l l dieses Leserbriefes ausdrücklich e n t s c h u l d i g e n ! In nachhinein sehe ich in bestimmten Formulierungen einfach das Minimum an solidarischer Auseinandersetzung, wie es in einer Organisation herrschen sollte, nicht gewährleistet. Daß dies einer ertragreichen Diskussion nicht dienlich ist, hat sich leider auch in P.'s Erwiderung gezeigt, in der sie (was ich ihr nicht verüble) mit ähnlich schweren Geschützen zurückgeschossen hat.

Es war ja gerade das Ziel meines Briefes, auf bestimmte Phänomene der E n t s o l i d a r i s i e r u n g im ursprünglichen Artikel aufmerksam zu machen, wo von P. für meine Begriffe eine ziemliche Anpisserei der KB-Genossinnen, *„die heute Nacht wieder zu ihren Typen ins Bett krabbeln"*, betrieben worden ist, und demgegenüber betont wurde, wie „stolz" frau deswegen auch noch ist.

Der Fehler meines Leserbriefes war dann auch, daß er ebenfalls Merkmale der Entsolidarisierung aufwies, indem er grob unsachlich war und gleich den großen Knüppel der „schärferen Konturen" schwang. Das tut mir leid.

In der S a c h e möchte ich meine Kritik aber aufrechterhalten. Ich finde es richtig, wenn die lesbischen Genossinnen gegen Ignoranz oder repressive Toleranz in der Organisation polemisieren. Dies hat jedoch für meinen Geschmack seine Grenzen dort, wo die Genoss/inn/en der eigenen Organisation als „Heterrorist(inn)en" beschimpft werden und wenig später von den „Sub-Lesben" geschwärmt wird. Einheit und Einigkeit der Organisation sind keine Dinge, die wir im internen Meinungskampf einfach aufs Spiel setzen sollten. Das war gerade eine schlechte Tradition der Z-Gruppe.

Auf der anderen Seite wird aber auch ein immer provokativeres Auftreten der lesbischen Genossinnen von der „schweigenden Mehrheit" des KB auch geradezu herausgefordert, die sich faul im Sessel zurücklehnt und in der Diskussion um die Vorstöße der Lesbengruppe bisher null Reaktion gezeigt hat. In dem Sinne hat P. auch – mit obiger Einschränkung – recht, wenn sie meint: *„Es ist aber notwendig zu provozieren, damit sich überhaupt jemand damit auseinandersetzt!"* Diese Reaktionslosigkeit kennzeichnete Mao z. B. so: *„Die eigene Meinung auch dann so wenig wie möglich vorzubringen, selbst wenn man genau weiß, daß etwas nicht in Ordnung ist, schlau nur um die eigene Haut besorgt sein und nur darauf zu achten, selbst keine Fehler zu begehen: das ist eine dritte Erscheinungsform (des Liberalismus)"*.

Jü./KB-Gruppe Freiburg

Offener Brief an Willy Brandt

Am 1.11.80 sandte die AHA (allgemeine homosexuelle arbeitsgemeinschaft e.V.) folgenden Offenen Brief „an den Vorsitzenden der SPD":

„Geehrter Herr Brandt!
Mit großem Befremden und Unmut mußten wir durch die Presse (dpa) erfahren, daß bei den Koalitionsverhandlungen keine Einigung über die Abschaffung des § 175 erzielt wurde.

Dies steht im Widerspruch zu Ihrem Versprechen in der Hamburger Markthalle vom 20. Sept. 1980, sich unter anderem aktiv für die Abschaffung des § 175 einzusetzen.

Da seit Jahrzehnten führende Mitglieder der SPD, wie Bebel, Radbruch und Heinemann, für die Abschaffung des § 175 plädiert haben und der SPD-Bundestagsfraktion ein Antrag des Berliner SPD-Landesparteitags vom 5.10.79 gleichen Inhalts vorliegt – alles ohne Ergebnis – wird die Glaubwürdigkeit Ihrer Partei stark in Frage gestellt.

Wir fordern Sie daher auf, als Mitglied der Verhandlungskommission Ihren Einfluß geltend zu machen, um Ihr Versprechen einzulösen".

Auch dieser Brief blieb bekanntlich ohne Ergebnis...

Sunday People
An inquiry that will shock every mum and dad
THE VILEST MEN IN BRITAIN
DOUGLAS SLADE CHRIS SKEAPING IAN MELVILLE
They want sex with children made legal
PLEASE TURN TO CENTRE PAGES

Ein Untersuchung, die alle Muttis und Vatis schocken wird: Die widerlichsten Männer in Britannien

Sind so klein die Hände

trotzdem: arbeiten, arbeiten, arbeiten!



Bei einem Spaziergang in der Umgebung Bremens beobachteten wir zwei Kinder, die mit einem Traktor ein großes Feld umpflügten. Wir kamen mit ihnen ins Gespräch, und sie erzählten uns begeistert, daß sie jedes Wochenende, der Jüngere von ihnen sogar täglich, arbeiten würden. Sie luden uns stolz zu einer Fahrt auf dem Traktor ein. Der Fahrer des Traktors war erst zehn Jahre alt, ging in die Grundschule und war noch so klein, daß er die Pedale des Traktors nur mit den Füßen erreichen konnte, wenn er etwas von seinem Sitz herunterrutschte. Er erzählte, daß sie je nach Saison bis zu acht Stunden täglich arbeiten würden, und alle Arbeiten, die auf einem Bauernhof anfallen, wie z.B. Vieh füttern, Futter mähen, Kartoffeln und Rüben ernten, übernehmen würden.

Für uns stellt sich daraufhin die Frage, wie wir mit dem Problem der Kinderarbeit umgehen sollten. Einerseits merkten wir, wie stolz und begeistert die Kinder von ihrer Arbeit berichteten, andererseits ist für uns klar, daß die Kinder vom Bauern als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden und die Arbeit über ihre körperlichen Kräfte geht. Zudem stellt das Traktorfahren ohne Führerschein für die Kinder und auch für andere eine ziemlich große Gefahr dar. Außerdem hielten wir uns noch mal die zeitliche Belastung vor Augen: Die Kinder sitzen morgens vier bis sechs Stunden in der Schule und arbeiten anschließend noch bis zu acht Stunden in der Landwirtschaft. Sie haben also einen 12 - 14—Stunden-Tag und sind folglich total erschöpft, wenn sie nach Hause kommen.

Wir vermuten, daß es sich hierbei wohl nicht um einen Einzelfall, sondern um ein allgemeineres Problem handelt. Um genauere Informationen zu erhalten, entwickelten wir einen Fragebogen und baten befreundete Lehrer, diesen in ihren Klassen ausfüllen zu lassen. Der Fragebogen wurde von insgesamt 112 Schülern aus einer 6. Orientierungsstufenklasse, zwei 7. und einer 8. Hauptschulklasse ausgefüllt. Bei der Auswertung der Fragebögen ergab sich:

Von 112 Schülern arbeiten 33 %, davon
— 50 % auf dem Bauernhof,

zu erhalten, entwickelten wir einen Fragebogen und baten befreundete Lehrer, diesen in ihren Klassen ausfüllen zu lassen. Der Fragebogen wurde von insgesamt 112 Schülern aus einer 6. Orientierungsstufenklasse, zwei 7. und einer 8. Hauptschulklasse ausgefüllt. Bei der Auswertung der Fragebögen ergab sich:

Von 112 Schülern arbeiten 33 %, davon
— 50 % auf dem Bauernhof,

— 10 % auf dem Bau,
— 37 % tragen Zeitungen und Werbeblätter aus und die restlichen
— 3 % arbeiten im Frisiersalon, an der Tankstelle, in der Werkstatt und auf dem Jahrmarkt.

Die meisten von ihnen werden total ausgebeutet: Sie bekommen zwischen 1 - 2 DM pro Stunde oder überhaupt nichts. Der hohe Anteil der Kinder, die in der Landwirtschaft arbeiten, läßt sich dadurch erklären, daß die Schulen, in denen die Befragung durchgeführt wurde, in ländlichen Einzugsgebieten liegen.

Erschreckend ist auch der zeitliche Umfang der Kinderarbeit:

Täglich, das heißt an Werktagen, an Wochenenden und in den Ferien, arbeiten 29 % der arbeitenden Schüler, das sind 10 % aller befragten Schüler!

Durchschnittlich arbeiten die Schüler vier Tage pro Woche. In der Schulzeit arbeiten sie durchschnittlich 2,8 Stunden, in den Ferien und an schulfreien Tagen durchschnittlich 6,3 Stunden.

Unsere Vermutung, daß es bei der schweren und technisierten Arbeit in der Landwirtschaft häufig zu Verletzungen kommen kann, hat sich nach der Auswertung bestätigt: 15 % der arbeitenden Kinder gaben an, sich bei ihrer Arbeit schon mal verletzt zu haben. Ein Junge hatte sich im Alter von acht (!) Jahren das Bein an einem Traktor aufgerissen, ein anderer brach sich seinen Arm beim Ankuppeln eines Anhängers. Weitere Verletzungen: Quetschungen, Verbrennungen, Hautabschürfungen.

Auf ein besonders extremes Beispiel von Kinderarbeit wollen wir hier näher eingehen: Ein zwölfjähriger Junge schrieb, daß er dreimal im Jahr auf dem Jahrmarkt arbeitet. Er baut dort die Karussells auf und ab und hilft während des Jahrmarkts bei den Auto-Scootern. An Schultagen arbeitet er dort täglich neun Stunden (von 14 bis 23 Uhr), an schulfreien Tagen bis zu 17 Stunden pro Tag. Dieser Junge schrieb, daß er nach so einem Arbeitstag oft einen ganzen Tag durchschläft, um sich von den Strapazen zu erholen.

Nach dem Lesen des Buches „Kinderarbeit in der BRD" war uns klar, daß die Kinder auf dem Traktor keine Einzelfälle sind. Trotzdem waren wir über das Ausmaß und den Umfang der Kinderarbeit in den vier Schulklassen überrascht. Im Zusammenhang mit unserer Fragebogenaktion erschienen uns die sog. „Schullisten" als eine (effektive) Möglichkeit, Kinderarbeit überhaupt aufzuspüren. Von 1951 bis 1964 waren die Schulen verpflichtet, bei der Ermittlung von Kinderarbeit mitzuwirken, indem sie ein- bis zweimal jährlich die Schüler befragten und Verzeichnisse der beschäftigten Schüler den Aufsichtsbehörden einreichen mußten. H. und E. v.d. Haar schreiben in ihrem Buch: *„Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Gewerbeaufsichtsämter mit den Schulen wird in den sechziger Jahren durch Erlaß seitens der Kultusministerien beendet, so daß nun die Anzahl der offiziell registrierten Fälle verbotener Kinderarbeit drastisch sinkt. ... Den gänzlichen Fortfall der Schullisten bedauern die Gewerbeaufsichtsämter immer wieder: 'Der Fortfall der listenmäßigen Erfassung der Kinderarbeit durch die Schulen macht es der Gewerbeaufsicht praktisch unmöglich, unzulässige Kinderbeschäftigung festzustellen und die hiernach notwendigen Maßnahmen zu treffen'."* (S. 60).

Wir schlagen deshalb vor, soweit möglich Befragungen der Schüler vorzunehmen, in denen nach Umfang, Art der Tätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitgeber etc. gefragt wird. Weiterhin sollten sich fortschrittliche Lehrerkollegen dafür einsetzen, daß die GEW bzw. deren Untergliederungen
— Fragebogenaktionen koordiniert,
— Fragebögen einheitlich ausarbeitet und auswertet,
— und die Ergebnisse veröffentlicht.

Zugleich müßte gemeinsam mit den Schülern die Problematik der Kinderarbeit aufgearbeitet werden. Dazu werden wir uns demnächst mit der Unterrichtseinheit, die im Buch „Kinderarbeit in der BRD" abgedruckt ist, auseinandersetzen.

Kinderkommission Bremen

Elke Stark-von der Haar
Heinrich von der Haar

KINDERARBEIT



in der

BUNDESREPUBLIK

und im Deutschen Reich
Eine Bestandsaufnahme über Ausmaß und Folgen der Beschäftigung von Kindern und über den gesetzlichen Kinderarbeitsschutz
Mit zahlreichen Dokumenten und einer Unterrichtseinheit

Verlag Die Arbeitswelt

Kinderarbeit: Pressereaktionen

Im AK 186 haben wir ein Interview mit H. v.d. Haar, einem der Autoren des Buches „Kinderarbeit in der BRD", abgedruckt. Hier wollen wir uns mit den Reaktionen der Presse auf dieses Buch, das eine umfassende Bestandsaufnahme der Kinderarbeit in der BRD
begründet sie einerseits mit den „'generellen Ausnahmen' und 'Sonderregelungen' im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976, in denen sogar teilweise früher (1960) ausgesprochene Verbote zurückgenommen werden", und andererseits mit der mangelhaften
Arbeiterkinder vorzeitig in das Erwerbsleben einbezogen. Da gerade diese Kinder ohnehin von den wachsenden schulischen Anforderungen verstärkt belastet werden, bedeutet Kinderarbeit für sie immer auch eine erhebliche Verschlechterung der Bil-
überhaupt welche gezogen werden, konkretisiert bzw. werden Überlegungen angestellt, wie man die eigenen Forderungen auch durchsetzen kann.
Es wird zwar übereinstimmend festgestellt, daß maximal 5% der Kinderarbeitsfälle bekannt werden und daß die Gewerbeaufsichtsämter nicht in der

Kinderarbeit: Pressereaktionen

Im AK 186 haben wir ein Interview mit H. v.d. Haar, einem der Autoren des Buches „Kinderarbeit in der BRD", abgedruckt. Hier wollen wir uns mit den Reaktionen der Presse auf dieses Buch, das eine umfassende Bestandsaufnahme der Kinderarbeit in der BRD liefert, beschäftigen.

„In diesem Buch werden wir mit Tatsachen konfrontiert, die das Gerede vom 'Sozialstaat' Bundesrepublik zum puren Zynismus verkommen lassen", so begann die Besprechung im Frauenfunk des „Sender Freies Berlin" (23.7.80).

„Mehr als 300.000 Kinder arbeiten bei uns für Lohn, der Kinderarbeitsschutz ist weitgehend unwirksam." Nachdem das Ausmaß der Kinderarbeit in den einzelnen Wirtschaftsbereichen kurz dargestellt wurde, endet der Bericht mit dem erfreulichen Hinweis: *„Die Autoren planen eine grundlegende Dokumentation zur Kinderarbeit in den achtziger Jahren. Sie bitten um Unterstützung bei diesem Vorhaben. Ich denke, wir sollten sie ihnen gewähren."*

Unter den Überschriften „Kinderarbeit: Am Fließband und im Akkord" und „Von der Hoffnung auf eine Lehrstelle" erschien im „Berliner Tagesspiegel" (12.8.80) und in der „FR" (20.9.) der gleiche Artikel. Die Autorin R. Mreschar vom „Deutschen Forschungsdienst" setzt sich vor allem mit der Belastung der Kinder durch die Lohnarbeit auseinander: *„Jedes der 300.000 Kinder (arbeitet) im Durchschnitt täglich zwei bis drei Stunden, ... (sie haben) damit schon einen 8-Stunden-Tag wie Erwachsene. Denn meistens haben sie schon vier bis fünf Stunden Schule hinter sich und müssen noch zudem Hausaufgaben erledigen."* Dazu kommt, daß *„lohnabhängige Kinderarbeit überwiegend monoton und stumpfsinnig (ist), so daß die Kinder nicht nur in ihrer körperlichen, sondern auch in ihrer sozialen und geistigen Entwicklung erheblich gestört werden."* Schließlich weist sie auf die sehr große Verletzungsgefahr hin: *„Über 5.000 Kinder verunglücken in der Landwirtschaft pro Jahr, 50 davon tödlich."* Die „weitgehende Unwirksamkeit des Kinderarbeitsschutzes" begründet sie einerseits mit den *„'generellen Ausnahmen' und 'Sonderregelungen' im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976, in denen sogar teilweise früher (1960) ausgesprochene Verbote zurückgenommen werden"*, und andererseits mit der mangelhaften Registrierung von Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz; das führt sie zurück auf:
— Überlastung der Gewerbeaufsichtsbeamten,
— vorzeitige Ankündigung von Betriebskontrollen,
— Einstellung der sog. Schullisten: *„Die Schulen (hatten) durch Umfragen unter den Schülern Verzeichnisse der gewerblich beschäftigten Kinder für die Gewerbeaufsichtsämter anzufertigen."*
— zu geringfügige Ahndung von Verstößen.

Die Zeitschrift „Ausblick" der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung vom Dez. 1980 erschien mit dem Titelthema „Kinderarbeit". Unter der Überschrift „Junge Kulis" steht: *„In einer Zeit wirtschaftlicher Krisen hat die Arbeitskraft von Kindern und Jugendlichen Konjunktur. Die Unkenntnis der Behörden, die mangelhafte Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter leisten dieser besonders widerwärtigen Form der Ausbeutung Vorschub."* *„In der BRD, einem der reichsten Länder der Welt, arbeiten noch immer mehr als 300.000 Kinder gegen Lohn. ... Ohne Rücksicht auf die körperliche und seelische Belastung der Kinder machen die Unternehmer Sondergewinne, weil sie meistens keinen Lohn zahlen, keine Steuern, keine Sozialversicherung. ... Man spart auf Kosten der Kinder. ... Bei der zuständigen Stelle im Bonner Arbeitsministerium nimmt man das Problem jedoch einstweilen nicht zur Kenntnis. Auf die entsprechende Frage eines Redakteurs der 'Welt': 'Kinderarbeit gibt es bei uns nicht, denn sie ist verboten'"*.

In der „Deutschen Volkszeitung" („DVZ") vom 3.7.80 erschien (als Vorankündigung für das Buch von E. und H. v.d. Haar) ein sehr ausführlicher Artikel, in dem die These aufgestellt wird: *„In erster Linie werden Arbeiterkinder vorzeitig in das Erwerbsleben einbezogen. Da gerade diese Kinder ohnehin von den wachsenden schulischen Anforderungen verstärkt belastet werden, bedeutet Kinderarbeit für sie immer auch eine erhebliche Verschlechterung der Bildungschancen. So kommt es zu dem Teufelskreis, daß Kinder, deren Lebensbedingungen besonders beeinträchtigt sind, die materiell, sozial und bildungsmäßig besonders benachteiligt sind, auch am ehesten zur Kinderarbeit herangezogen werden."* Anschließend werden die „neuen Varianten" der Kinderarbeit dargestellt:
— Probearbeit: Haupt- und Sonderschüler werden neben der Schule zu Probearbeiten „eingeladen". Als „Lohn" bekommen sie die Hoffnung auf eine Lehrstelle.
— „Ausländerkinder als Ausbeutungsobjekte";
— „Kinderprostitution".

Zum Schluß fordert die „DVZ":
— *„das vollständige Verbot der Kindererwerbstätigkeit. ... Das Mindestalter für die Lohnarbeit muß auf 16 Jahre festgesetzt werden";*
— *„wirksamere Kontrollen";*
— *„Gewerkschaften müssen sich aktiv für die Rechte der Kinder einsetzen"!*

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt auch die „Neue" vom 17.7.80 in einem relativ kurzen Artikel, in dem sie sich schwerpunktmäßig damit auseinandersetzt, daß *„die Schuldigen ohne Strafe bleiben"*:
— *„Es (muß) sich ein Kläger finden. Eltern sind meist mit der Kinderarbeit aufgrund ihrer finanziellen Lage gezwungenermaßen einverstanden. Normalerweise führt das Gewerbeaufsichtsamt die Klagen".*
— *„Dem Unternehmer (muß) der Vorsatz der Kinderarbeit nachgewiesen werden."*
— *„Die meisten Unternehmer kommen schlimmstenfalls mit wenigen Hundertmarkscheinen davon."*

Kritik an den Artikeln

In keinem der erwähnten Artikel werden die Schlußfolgerungen, soweit überhaupt welche gezogen werden, konkretisiert bzw. werden Überlegungen angestellt, wie man die eigenen Forderungen auch durchsetzen kann.

Es wird zwar übereinstimmend festgestellt, daß maximal 5% der Kinderarbeitsfälle bekannt werden und daß die Gewerbeaufsichtsämter nicht in der Lage bzw. willens sind, wirksame Kontrollen durchzuführen.

Aber in keinem Artikel wird darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe der Kinderfreunde sein müßte, eigene Recherchen anzustellen, um den zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit auf die Sprünge zu helfen (siehe Enthüllungsarbeit über faschistische Gruppen und Persönlichkeiten im Antifa-Bereich!). In diesem Zusammenhang sollte man von einer HBV-Zeitung zum Beispiel zumindest erwarten, daß sie ihre Mitglieder dazu aufruft, nach den 30000 arbeitenden Kindern im HBV-Bereich zu ‚suchen', diese Fälle aufzudecken, öffentlich zu machen und die Gewerbeaufsicht einzuschalten.

Die „DVZ" läßt ihren Artikel mit einem Zitat des DGB-Jugendausschusses enden, in dem angekündigt wird: *„Im Rahmen der Durchsetzung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen wird verstärkt auf das Problem der Kinderarbeit hingewiesen werden".* Aufgabe der Kinderfreunde kann es aber nicht nur sein, immer wieder auf das Problem Kinderarbeit hinzuweisen, sondern auch den Schutz der Kinder zu organisieren.

Vorbild könnten hier vielleicht die Kinderschutzkommissionen sein, die auf Initiative der sozialdemokratischen Frauen zu Beginn dieses Jahrhunderts entstanden sind.

Sie setzten sich aus Vertretern der damaligen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zusammen und hatten die Aufgabe, *„den vollen gesetzlichen Schutz für die Kinder wirksam zu machen, aufklärend unter den Eltern zu wirken und gegen die kapitalistische Kinderausbeutung überhaupt anzukämpfen"* (Geschichte der Erziehung, S.455).

Die Kinder von Lüneburg

Wie eine Kleinstadt auf einen Skandal reagiert

Zur Zeit der Nazi-Diktatur in Deutschland wurden Menschen in für die „Volksgemeinschaft" Nützliche und „nicht Lebenswerte" aussortiert. „Unwerte" wurden zur „Erhaltung der Volksgesundheit" getötet.

Im Kinderhospital „Kühnausche Gründung" in Lüneburg ist in der Behindertenpflege immer noch ein Schatten dieser Praxis zu spüren. Keine Tötung, es gibt ja ein Grundgesetz. Hier werden behinderte Kinder in Käfigen aus weißem Stahlrohr, 1,50 Meter lang, 80 cm breit, 1,30 Meter hoch, „gehalten". Zum Füttern und Bettenmachen herausgeholt aus dem Gefängnis, werden sie an Stühlen festgeschnallt, an den Händen und an den Beinen. Die Räder der Stühle sind blockiert, damit die Kleinen nicht fortruckeln. So angeschnallt läßt sich nicht einmal mehr nach Spielzeug angeln. Für Liebe und Zuwendung bleibt dem Personal nach Erledigung der äußerlichen Versorgung keine Zeit mehr. Dies alles geschieht mit göttlichem Segen: Das Heim ist dem Diakonischen Werk in Hannover angeschlossen.

Über Jahre konnte diese Praxis unbemerkt von der Öffentlichkeit, aber mit Wissen und Zustimmung der Behörden betrieben werden. Vertreter des Landessozialamtes besichtigten das Hospital zweimal jährlich nach Voranmeldung. Der Sachbearbeiter in der Abteilung Heimaufsicht im Landessozialamt Hildesheim, Erwin Gerlach, meint sogar: *„Die Käfige sind medizinisch die beste Lösung und auch die menschenwürdigste Art der Unterbringung. Man muß doch sehen, daß die Kinder mit der Zeit aufsässig werden und sich nicht mehr wie Babys im Arm hin- und herwiegen lassen. Es beflügelt mich bei meiner Arbeit, zu sehen, daß die Kinder zu unserer großen Zufriedenheit versorgt werden."*

Im November letzten Jahres wurde das lange Schweigen durchbrochen. Ehemalige Krankenschwestern der „Kühnauschen Gründung" und Mitarbeiter des Behinderten-Vereins „Lebenshilfe" schlossen sich in Lüneburg zum Arbeitskreis „Hilfe für das behinderte Kind" zusammen und wandten sich an den „stern", um öffentlich zu machen, was im Hospital geschieht.

In der Ausgabe vom 27.11.80 erschien dort der erschütternde Artikel „Die Kinder von Lüneburg".



Ein Mädchen im verschlossenen Gitterbett

1. Akt: Die Lokalpresse meldet sich zu Wort.

Noch ehe die Wellen der Empörung vor Ort zu hoch schlagen würden,

1. Akt: Die Lokalpresse meldet sich zu Wort.

Noch ehe die Wellen der Empörung vor Ort zu hoch schlagen würden,

reagierte die örtliche Tagespresse, die „Landeszeitung". Schon am folgenden Tag erschien ein großaufgemachter Artikel über die Seiten 1, 3 und 6. Redakteure der „Landeszeitung" (LZ) hätten die Situation begutachtet und könnten beruhigt feststellen, der „stern"-Artikel sei bei weitem überzogen. Mit optischen Tricks werde dort der Leser durch Großaufnahmen der Käfige manipuliert, werde Betroffenheit und Empörung künstlich erzeugt. Laut LZ sei vielmehr festzustellen:

- Dieser „Betrieb hat einen familiären Charakter" (LZ, 28.11.);
- Personalnot gebe es nicht; so seien „die Planstellen mit sechs Krankenschwestern und elf Kinderpflegerinnen ausreichend besetzt" (LZ, 28.11.). Zu betreuen sind 58 behinderte Kinder;
- Des weiteren: „In der Barckhausenstraße (Anm.: Sitz des Hospitals) gibt es durchaus auch spielende und lachende Kinder" und „In der Barckhausstraße wird alles getan, was möglich ist" (beides LZ, 28.11.).

Als rührende Seite kommt dann die Mutter eines der behinderten Kinder, die dort selbst arbeitet, zu Wort: „Das ist mein Junge." ... „Glauben Sie, daß ich meinem Jungen keine Liebe und Zuneigung entgegenbringe?" Und nochmal wird auf die Tränendrüsen gedrückt, verbunden mit einer geradezu unverschämten, zynischen Arroganz gegen die behinderten Kinder: „Menschenkinder gibt es da, die auf Liebe und Zuwendung kein 'Danke' stammeln können" (beides ebenfalls LZ, 28.11.).

Auch für die Käfige und Gurte gibt es eine Rechtfertigung. Sie sind „Leider zeitweise zum eigenen Schutz" notwendig. So Dr. Ulrich Becker, Chef der Kinderklinik am städt. Krankenhaus und ärztlicher Betreuer des Kinderhospitals, in der LZ. Der im Unterschied zu Dr. Bekker fachlich qualifizierte Sonderpädagoge Herr Prof. Karl-Josef Kluge von der Universität Köln stellte dagegen im „stern" fest, daß selbstzerstörerisches Handeln der Kinder erst als eine Reaktion auf diese Umwelt zu begreifen ist, „als typische Reak-

pädagoge Herr Prof. Karl-Josef Kluge von der Universität Köln stellte dagegen im „stern" fest, daß selbstzerstörerisches Handeln der Kinder erst als eine Reaktion auf diese Umwelt zu begreifen ist, „als typische Reak-

tion von Menschen, die eingepfercht sind und deren Bedürfnis nach Zuwendung nicht befriedigt wird" („stern" Nr. 49/80).

Am nächsten Tag wurde nochmal nachgeschlagen. Unter dem Motto „Ich bin der Peter" erschien ein Artikel, in dem die Geschichte eines der behinderten Kinder geschildert wird. Mit allen Tricks bürgerlicher Demagogie wird hier unter der Aktion „Der gute Nachbar" dem kleinen Mann das schlechte Gewissen eingebläut, die Schuld liege nicht bei den Verantwortlichen, sondern bei ihm. „Therapeuthische und heilpädagogische Möglichkeiten haben ihre Grenzen" (LZ, 29.11.). Wir alle hätten hier zu helfen. Der „gute Nachbar" und die LZ fragen: „Wer trägt bei, diesen Kindern auf der Schattenseite des Lebens etwas Mitmenschlichkeit zu schenken? Jeder Fall liegt anders. Für einige kann ein Spaziergang ein ungeheures Erlebnis sein" ... „Lüneburgs 'Gute Nachbarn' können über ihre Spenden für Menschen in Not eine Menge tun" (LZ, 29.11.).



Kinderhospital „Kühnausche Gründung" in Lüneburg.

Ohne Zweifel sind derartige ehrenamtlichen Dienste gut und helfen, aber sie können nicht eine qualifizierte Betreuung ersetzen. So wie hier demagogisch eingesetzt, soll diese Aktion lediglich von den katastrophalen Zuständen im Kinderhospital ablenken. Wie auch in einem Leserbrief in der LZ am 18.12. zum Ausdruck kommt, genügt es nicht, die Kinder zu versorgen, sondern sie müssen „auch in ihrer Entwicklung gefördert werden. Diese Arbeit können Kinderpflegerinnen und -Schwestern ohne Therapeuten und Heilpädagogen alleine nicht leisten".

2.Akt: Die Verantwortlichen melden sich zu Wort:

Noch vor Bekanntwerden des Skandals vertrat die Verwaltungsleiterin des Kinderhospitals, Frau Elli Stannik-Schmidt, die Auffassung: da viele Kinder „ein sehr, sehr tiefes Niveau haben, reicht eine weniger qualifizierte Betreuerin". („stern",

dals vertrat die Verwaltungsleiterin des Kinderhospitals, Frau Elli Stannik-Schmidt, die Auffassung: da viele Kinder „ein sehr, sehr tiefes Niveau haben, reicht eine weniger qualifizierte Betreuerin". („stern",

Nr. 49).

Nach dem „stern"-Artikel, der die skandalösen Zustände im Kinderhospital aufdeckte, mußte jedoch zugegeben werden, daß ein „personeller Engpaß besteht" (LZ, 4.12.). So erklärte die 1.Vorsitzende der MAV des Kinderhospitals, Inge Kieseleit, am 4.12. in der LZ: „Hier müßten mindestens noch vier zusätzliche Planstellen geschaffen werden". Allerdings wird nach diesem Eingeständnis sofort wieder eingewendet: „Ob diese Stellen dann auch besetzt würden, ist noch dahin gestellt", denn es sei ja so schwierig, Personal zu finden. Es wolle ja keiner mehr richtig arbeiten! Schon Frau Elli Stannik-Schmidt klagte im „stern" über „die Arbeitsmoral der Frauen, die lieber Arbeitslosenunterstützung beziehen, als sich um behinderte Kinder zu kümmern" („stern", Nr. 49).

Und das Diakonische Werk?

In seiner Zeitschrift „Helfende Hände" werden die Vorwürfe des „stern" empört zurückgewiesen. Der „stern" arbeite mit „falschen Angaben, bewußten Weglassungen und falschen Bezügen", habe damit „gegen die journalistische Sorgfaltspflicht verstoßen" (LZ, 4.12.).

Auch vom Diakonischen Werk wird zwar zugegeben, daß die „Besetzung angesichts des Behindertengrades der Kinder und der Belastung der Mitarbeiter dichter sein sollte, aber sie werde von den Kostenträgern begrenzt" (LZ, 4.12.).

3.Akt: Ein Faschist meldet sich zu Wort.

„Es gibt hier 'ne Menge Frauen, die alleine leben müssen und mehrere Kinder haben, die oft stundenlang alleine sind". ... *„Diese Kinder sind gesund, sie dürfen nicht unter die Räder kommen, denn sie sollen später arbeiten, Sozialabgaben zahlen, damit davon wieder Renten gezahlt werden können. So hart es sich anhört – leider, leider. Aber es ist wichtiger, für gefährdete gesunde Kinder zu sorgen als dafür, daß ein geistig behindertes Kind nach langer psychologischer teurer Behandlung einen Ball von einem Reifen unterscheiden kann. Wir müssen doch Sinn und Zweck berücksichtigen"* (LZ, 9.12.).

Derart faschistisches Gedankengut kann in der LZ unkommentiert abgedruckt werden. Nicht verwunderlich, diesem Gedanken wurde in der Berichterstattung der Weg geebnet. Hier wird nur etwas offener ausgesprochen, was durch alle Artikel hindurchschimmerte: Auch in einem der reichsten und verschwenderischsten Länder der Erde muß aussortiert werden. Behinderte Kinder sind nicht ausbeutbar, liefern keinen Nutzen für die „Volksgemeinschaft". Und dafür staatliche Unterstützung? Prioritäten müssen gesetzt werden. Sparen. Ehrenamtliche Versorgung genügt da doch auch.

4.Akt: Die SPD meldet sich zu Wort.

Endlich, am 12.Dezember, sieht sich auch die SPD genötigt, Stellung zu beziehen. Der sozialpolitische Sprecher in der SPD-Landtagsfraktion, der Fachmann aus Hannover, muß erst einmal grundsätzlich festhalten, um was es sich bei diesem Skandal im Kinderhospital eigentlich handelt. Nämlich um *„den allerschwierigsten Zielkonflikt* (Anm.: in der Sozialpolitik), *nämlich den Grundsätzen des sozialen Rechtsstaates, der Nächstenliebe und der Menschlichkeit ebenso voll zu entsprechen, wie der Forderung nach wirtschaftlicher Verwendung öffentlicher Mittel"* (LZ,12.12.). Ja, da steht der Sozialdemokrat nun in einem tiefen Gewissenskonflikt. Abwägen heißt es jetzt. Was wiegt hier mehr, die Menschenwürde oder die „Sparpolitik"? Er windet sich, der Sozialdemokrat, und hat anzubieten: *„.... muß das Landessozialamt die geforderte Stellenvermehrung unterstützen, aber noch wichtiger erscheint mir ein großes Echo Lüneburger Bürger auf die Bitte des Vorstandes der Kühnauschen Gründung zu ehrenamtlicher Mitarbeit".* Einen Tusch bitte, der 'Zielkonflikt' ist gelöst. Da die Stellenvermehrung nun schon einmal gefordert wurde, muß man sie wohl doch unterstützen, aber das nur nebenbei. Ehrenamtliche Mitarbeit heißt die Priorität, und vielleicht finden sich ja jetzt, nachdem die SPD sich so in die Bresche warf, auch ein paar ehrenamtliche Therapeuten und Heilpädagogen sowie eine Anzahl von Krankenschwestern und Kinderpflegerinnen, die mal kräftig mit anpacken.

warf, auch ein paar ehrenamtliche Therapeuten und Heilpädagogen sowie eine Anzahl von Krankenschwestern und Kinderpflegerinnen, die mal kräftig mit anpacken.

Das Nachwort:

Es ist erschreckend, wie schwach die Empörung bei einem derartigen Skandal in einer Kleinstadt Wellen zieht, die von einer Lokalpresse wie die „Landeszeitung" in den Schlaf gesungen wird, und wo, wer nicht schlafen will, von ihr eines aufs Maul bekommt. Wenn in der LZ reihenweise empörte Briefe darüber erscheinen, daß der „stern" diesen Skandal überhaupt aufdeckte, ist es doch ermutigend, die Zuschriften im „stern" vom 23.Dezember zu lesen. In einer Zuschrift aus Oldenberg heißt es dort z.B.: *„Schlagartig wurde wieder einmal klar, was sich unsere materiell reiche, aber barbarische Gesellschaft alles leisten kann: Sie darf geistig behinderte Kinder behandeln, als wären es keine Menschen. Sie darf die psychiatrischen Erfolge Italiens, Hollands und anderer Länder schlicht ignorieren".*

Auch „Terre des Hommes" meldet sich dort zu Wort: *„Wir haben an die Stadtverwaltung Lüneburg appelliert, daß schnellstens etwas für die Kinder geschieht und sie nicht nur mit der obligaten Tafel Schokolade als Trostpflaster abgespeist werden".* Vielleicht wissen die Leserbriefschreiber von "Terre des Hommes" nicht, wie treffend ihr Brief war. In der LZ vom 2.12. war zu lesen: *„Unkomplizierter helfen da Lüneburgs 'gute Nachbarn'. Eine ältere Dame erkundigte sich nach der Patienten- und Betreuerzahl in der Barckhausenstraße. Einige Stunden später lieferte sie 58 Tafeln Schokolade und einige Pralinenkartons ab – fein eingepackt in Weihnachtspapier – aber ohne ihren Namen zu nennen".*

Eine Hoffnung bleibt. Der Arbeitskreis „Hilfe für das behinderte Kind" arbeitet weiter. Nach all den liebevollen Tafeln Schokolade und den Hilfen anderer „guter Nachbarn" meint er weiterhin, g r u n d s ä t z l i c h etwas ändern zu müssen.

KB/Gruppe Lüneburg

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Tarifverhandlungen 1981: Es geht um viel Weniger!

2,5% mehr Lohn boten die Kapitalisten der Metallindustrie in den ersten Verhandlungen den Unterhändlern der IG Metall, die ihrerseits eine Forderung von 8% unterbreiteten. Nach drei Stunden wurden die Verhandlungen ergebnislos und ohne einen neuen Termin abgebrochen. Die Kapitalisten haben mit ihrem Vorgehen unmißverständlich deutlich gemacht, daß ihnen eine nachhaltige Senkung des Reallohns ernst ist. Die Gewerkschaften reagieren pflaumenweich, von Streik wollen sie noch nicht reden, bis Februar habe man noch Zeit für Verhandlungen und hoffe auf die Einsicht der Unternehmer. Immerhin gab es in Lübecker Metallbetrieben erste Warnstreiks der Kolleg/inn/en.

Der nachfolgende Artikel beleuchtet die Problematik des Reallohnabbaus in dieser Tarifrunde und die Schwierigkeiten der Gewerkschaften, auf die kompromißlose Haltung der Kapitalisten mit ihrem herkömmlichen tarifpolitischen Konzept sozialer Partnerschaft eine Antwort zu finden.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Die Krise verschärft sich

1,12 Millionen Arbeitslose, die höchste Steigerung im vergleichbaren Zeitraum seit 1974 – das war die Bilanz, die die Bundesanstalt für Arbeit am 7. Januar für den Monat Dezember präsentierte. Mit 4,8 % hat die Arbeitslosenquote einen neuen Höchststand erreicht.

5,5% Preissteigerungen im Jahresdurchschnitt 1980 (1979: 3,9 %) – die höchste Teuerungsrate seit 1975 – präsentierte das Statistische Bundesamt im Jahresanfang. Das gleiche Bundesamt errechnete einen Anstieg des Wirtschaftswachstums von nur 1,8 % (1979: 4,5 %), statt der noch kürzlich erhofften 2,5 %.

Im Bundeswirtschaftsministerium wird derweil am Jahreswirtschaftsbericht gebastelt, der am Monatsende vorgelegt werden soll. Lambsdorffs Experten müssen dabei Korrekturen an den Daten der Wirtschaftsforschungsinstitute und der „Fünf Weisen" vom Herbst 1980 vornehmen:

- das Wirtschaftswachstum wird danach mit Minus 1% im Jahre 1981 erwartet (vor drei Monaten: 0 - 0,5 % Steigerung);
- die Arbeitslosenzahl werde im Jahresdurchschnitt 1,2 Millionen betragen (vorher: 1,1 Millionen)
- die Preise werden bei 4,5 % erwartet (statt vorher: 3,5 - 4 %) – das DWI (Wirtschaftsinstitut des DGB) rechnet sogar mit 5 % Preissteigerung.

Die Krise wird also innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten noch schärfer eingeschätzt als in früheren Prognosen. Dabei muß erwartet werden, daß die wirklichen Entwicklungen 1981 noch schlechter ausfallen werden. Vor diesem Hintergrund bedeutet ein Lohnangebot von 2,5 % brutto einen Reallohnabbau von mindestens 3 %!

werden. Vor diesem Hintergrund bedeutet ein Lohnangebot von 2,5 % brutto einen Reallohnabbau von mindestens 3 %!

Vor diesem Hintergrund erscheint aber auch der ÖTV-Vorsitzende Klunker als der „Große Zampano", wenn er erklärt: *„Der Lohnzuwachs müsse einen Ausgleich für die Inflationsrate und darüberhinaus eine Beteiligung am Produktivitätszuwachs bringen"* („FAZ", 16.1.80). Wie die Gewerkschaft ÖTV allerdings einen dann notwendigen Tarifabschluß von mindestens 7,5% brutto (bei unterstellter Preissteigerung von 5%) schaffen will, wenn sie überhaupt nur 7 % fordern will (Empfehlung des ÖTV-Vorstands an die Basis), das bleibt das Geheimnis dieses schwergewichtigen Zaubermeisters. Man darf auf dieses Kunststück gespannt sein.

Der Beginn der Tarifauseinandersetzungen

Die „gesamtwirtschaftlich vertretbaren" Vorstellungen der Kapitalisten bewegen sich zwischen drei- bis sechsmonatigem Lohnstopp (Kieler Weltwirtschaftsinstitut) bis zu Lohnerhöhungen unterhalb der berechneten Produktivitätssteigerung von 2,5 %.

Aus Bonn griff „der Graf" als erster diesen Ball auf mit seiner provokatorischen Forderung nach dreimonatigem Lohnstopp für den Öffentlichen Dienst. Damit konnte er sich (noch) nicht durchsetzen; nicht wegen prinzipieller Einwände, versteht sich. Die Regierungsmehrheit empfand hingegen Form und Zeitpunkt dieses Vorschlags als nicht so günstig. Möglicherweise hat Lambsdorffs Koalitionskollege und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau mehr Erfolg mit seinem Vorschlag nach dreimonatiger Verlängerung der Laufzeit der nächsten Tarifverträge im Öffentlichen Dienst (ein Lohnstopp also erst fürs nächste Jahr). Mit diesem Krisengezeter und Maßhalteforderungen soll die Bevölkerung schon im Vorwege der Tarifverhandlungen eingeschüchtert und auf einen massiven Lohnraub eingestimmt werden.

Die Situation in der Metallindustrie

Die jetzt angelaufenen Tarifrunden in der Metallindustrie lassen erkennen, daß es schon nicht mehr um die Frage, ob überhaupt, sondern nur noch um die H ö h e eines Reallohnabbaus geht. Dabei folgen die Kapitalisten mit ihrem Konzept der „produktivitätsorientierten" Tarifpolitik in etwa der von den Wirtschaftsinstituten erarbeiteten Linie. Wenn auch nicht alles so heiß gegessen wie es gekocht wird, so deutet die Kapitalistenseite doch einen im Vorjahresvergleich wesentlich härteren Kurs an.

Der tarifpolitischen Empfehlung des IGM-Vorstands folgend, werden in den Tarifbezirken zwischen 7,5 und — für die Mehrheit — 8 Prozent gefordert. Welches Einigungsergebnis die IGM-Führung schließlich für „machbar" hält, soll am Beispiel der beiden größten Tarifbezirke nachvollzogen werden:

- IGM-Steinkühler fordert für die in der baden-württembergischen Metallindustrie Beschäftigten 8 %, mindestens aber 107 DM für alle. Da in der Regel der Abschluß zwischen „Höchstangebot" und „Mindestforderung" liegt, sind an dieser Stelle die 107 DM zu betrachten. Dieser Betrag würde lediglich für die u n t e r s t e Lohngruppe (d.h. für ca. 5 % der Beschäftigten) einer Lohnerhöhung von 8 % entsprechen. Für alle übrigen Lohngruppen bedeutet dieser Linearbetrag von 107 DM umgerechnet durchschnittlich ganze 5 %.

werden:
• IGM-Steinkühler fordert für die in der baden-württembergischen Metallindustrie Beschäftigten 8 %, minde-

- Kurt Herb hat für die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen 8 % ohne Sockel- und Mindestbetrag gefordert. Außerdem soll nach einer Übergangszeit die Lohngruppe II wegfallen. Da in dieser Lohngruppe nur 5 % beschäftigt sind, die zudem überwiegend weit über Tarif bezahlt werden, entstünden den Kapitalisten mit der Erfüllung dieser Forderung nach Aussagen der IGM *„keine zusätzlichen Kosten"* („Handelsblatt", 20.12.80). Gesamtmetall hält die NRW-Forderung für eine *„interessante Variante"*, da eine Strukturforderung nur zum Schein aufgestellt wurde. Von einer reinen Prozentforderung versprechen sich die Kapitalisten, diese leichter nach unten drücken zu können.

Überhaupt ist in diesen Verhandlungen die „soziale Komponente" (Anhebung oder Wegfall der unteren Lohngruppe/n) ein gewichtiges Argument der IGM-Führung gegenüber der Basis. Es steht zu befürchten, daß die Mitglieder — hierdurch unter Druck gesetzt — eher einen insgesamt niedrigeren Abschluß annehmen sollen.

Nach den Vorstellungen der IGM-Führer wird man sich also irgendwo zwischen 3 und 5 % treffen. **Durch diese Forderungen werden eventuelle Kampfmaßnahmen de facto auf ein Niveau heruntergedrückt, wo es nur noch darum gehen soll, möglichst dicht an die 5 %-Marke heranzukommen.** Da die Inflationsmarke '81 kaum unter der des Vorjahres (offiziell 5,5 Prozent) anzusiedeln ist, ist kaum zu belegen, daß die IGM-Führung schon bei ihrer Forderungsaufstellung ernsthaft an einen Inflationsausgleich „gedacht" hat.

Einige Anmerkungen

Trotz demobilisierender Wirkung der bisherigen Forderungen (und die anderen Industriebereiche werden kaum darüber hinausgehen) ist davon auszugehen, daß der Unmut über den Abbau des Lebensstandards in den Betrieben wächst. Die DGB-Führung hat sich abermals den „wirtschaftlichen Gegebenheiten" angepaßt. Wieweit die Bereitschaft an der Basis dazu besteht, wird sich an ihrer Gegenwehr bemessen lassen. Aufgrund des bereits eng abgesteckten Rahmens werden materielle Sprünge kaum zu erwarten sein. Umso mehr sollte neben der Unterstützung der materiellen Forderungen in den Betrieben der Unmut genutzt werden zur Aufstellung von Forderungen nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie. Demokratie bei der Lohnforderungsfindung von „unten" nach „oben", Demokratie bei der Wahl und Besetzung der Tarifkommissionen, Transparenz während der Verhandlungen usw.

Im Vorfeld der Verhandlungen sind von der IGM-Führung einige Überlegungen zur Diskussion gestellt worden, die möglicherweise Aufschluß geben über den tarifpolitischen Kurs der kommenden Jahre. Zwar wurde nach Bekanntgabe des Konzepts der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik" dieses als *„Konfrontations- und Katastrophenkurs"* der Arbeitgeber bezeichnet. Gemeint war allerdings lediglich der „ultimative Charakter" dieses Angebots. Grundsätzlich widersprochen wurde diesem Konzept nicht. Der tarifpolitische Experte des IGM-Vorstands, Janßen, bot sogar an, über diese Variante mit den Kapitalisten zu reden, *„falls Gesamtmetall tarifvertraglich verbindliche Zusagen über die Regulierung von Preisen und Beschäftigten machen können"* („Handelsblatt", 16.12.80). Da die Kapitalisten nachdrücklich jede Form von Garantien ablehnten, hat die IGM-Führung

tigten machen können" („Handelsblatt", 16.12.80). Da die Kapitalisten nachdrücklich jede Form von Garantien ablehnten, hat die IGM-Führung

erst einmal die Hände von diesem „heißen Eisen" gelassen. Nachdem die Regionalforderungen bereits aufgestellt waren, überraschte Loderer mit einer neuen Variante. Man könne sich auf einen Betrag einigen (bei 5 %), falls die Unternehmer „einen vernünftigen Weg" des Preisausgleichs garantieren. Der Gedanke einer Nachbesserungsklausel ist in der Tarifgeschichte nicht unbekannt. In b e i d e n Fällen wären die Kolleg/inn/en die Angeschissenen: Sie müßten die Preissteigerungen ein Jahr lang aus eigener Tasche tragen und sich dann auf den Nachschlag verlassen. Garantien dafür gibt es im Kapitalismus nie...

Eine Relevanz auf die Tarifpolitik dieses Jahres hat diese Diskussion nicht. **Ein Sinn und Zweck dieser Debatte k a n n allerdings gesehen werden, wenn hiermit ein Signal für die z u k ü n f t i g e n Verhandlungen gesetzt wurde.**

Die DGB-Führung hat ihre Forderungen nicht aus der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung hergeleitet, sondern daraus, was „gesamtwirtschaftlich" vertretbar ist. Vor diesem Hintergrund ist die oben erwähnte Diskussion umso genauer zu verfolgen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitslos ins neue Jahr

Betriebsbesetzung abgebrochen

Am 2.12.80 meldete die Firma Pongs Gummitechnik in Aachen Konkurs an — zu Deutsch: Sie war pleite. Weil bisher niemand die Firma übernehmen wollte, das Land und die Stadt nicht eingriffen, wird die Firma schließen. 800 Beschäftigten (von 1.300, zur Hälfte Frauen und 500 Ausländer) wurde zum 31.12. gekündigt. Selbst nach Meinung des Arbeitsamts werden sie so bald keine neue Arbeit finden (nach „AVZ", 19.12.80).



Kurz vor Weihnachten kamen die Kündigungen

Mit Absicht in die Pleite?

Schon 1977 stand Pongs Gummitechnik einmal vor der Pleite. Die Eigentümer hätten damals den Betrieb ausbluten lassen, schrieb die Stadtzeitung „Klenkes", Januar 1981. Auch diesmal war es nicht anders: Die „Aachener Volks-Zeitung", ein rechtes Blatt, schrieb am 4.12.80: *„Die einen werfen der Geschäftsleitung eine 'falsche Finanzpolitik vor', die anderen sprechen von Verantwortlichen auf der Kapitalseite und wiederum andere halten dennoch der Geschäftsleitung zugute, eine günstige Marktposition gehalten zu haben."* Wenn es den Kapitalisten darauf ankam, den Betrieb auszubluten, passen alle diese Meinungen zusammen.

Einer der Geschäftsführer dazu: *„Mitte des Jahres sei die Geschäftsführung von den Gesellschaftern der Firma Pongs beauftragt worden, nach Aktivitäten außerhalb der Automobilbranche zu suchen. Das gleiche Ziel habe man mit der Gründung der Firma Pongs Vertrieb GmbH verfolgt"*

Aktivitäten außerhalb der Automobilbranche zu suchen. Das gleiche Ziel habe man mit der Gründung der Firma Pongs Vertrieb GmbH verfolgt"

(„AVZ", 6.12.80).

Gleichzeitig mit dem Konkurs von Pongs Gummitechnik meldeten die Geschäftsführer eine neue Firma an: Die „PHE Pharma Elastomere GmbH". Sie hat ihre Produktion in einer Halle von Pongs Gummitechnik aufgenommen („AVZ", 6.12.80). Arbeitsplätze für entlassene Pongs-Arbeiter/innen habe diese Firma aber nicht. Alles in allem schienen die Kapitalisten wohl der Meinung des Konkursverwalters zu sein: *„Pongs ist wohl zu personalintensiv"* („AVZ", 12.12.80). Es sieht so aus, als sei die Pleite eine Art Entlassung. Die Maschinen und das Werksgelände sind Eigentum der Banken Delbrück und der Deutschen Bank (Delbrück ist Miteigentümer von Pongs) als Sicherheiten für frühere Kredite.

Zum bitteren Ende den Betrieb besetzt

Monatelang wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen von Pongs belogen und ruhig gehalten. Schließlich hieß es immer wieder, Pongs werde verkauft und es gäbe Käufer. Auch der Betriebsratsvorsitzende machte da mit. Auch noch nach dem Konkurs (so berichtet die „AVZ" am 18.11. von der Betriebsversammlung). Im Dezember mußten sich die Pongs-Beschäftigten ihre Löhne für Dezember und den 13. Monatslohn erkämpfen. Sie streikten und machten eine Demonstration. Sie wollten damit gegen die Stillegung demonstrieren und verhindern, daß Maschinen zum Verkauf demontiert werden. Eine Woche lang war der Betrieb besetzt. Dann konnte sie der Konkursverwalter zum Abbruch der Besetzung zwingen: *„Entweder ist in 30 Minuten das Werkstor frei oder ich zahle keine Löhne mehr und schließe den Betrieb auf der Stelle."* Am selben Morgen wanderten die Formen für Gummidichtungen zur Konkurrenz von Pongs.

Was bleibt für die Arbeiter?

Ohne die Formen für Gummidichtun-

Was bleibt für die Arbeiter?

Ohne die Formen für Gummidichtungen kann bei Pongs nicht weiter gearbeitet werden. Aber noch ist nicht alles vorbei: Die Kündigungen für 800 Leute wurden vom Betriebsrat abgelehnt und auch das Landesarbeitsamt lehnte den Antrag auf Massenentlassung ab. Auch an Löhnen steht noch einiges aus, es wurden Teillöhne gezahlt. Aber bei 200.000 DM Konkursmasse bleibt dafür und für einen Sozialplan wenig über. Die Kapitalisten haben ihre Schäfchen schon ins Trockene gebracht (Informationen aus „Klenkes", Januar 81).

Uwe, Aachen



Eine Woche lang wurde der Betrieb besetzt

Bundesarbeitsgericht erweitert Recht auf Aussperrung

Die gegen die Beschäftigten und die Gewerkschaften gerichtete Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts feiert neue Triumphe. Bereits im Juni 1980 hatte das Kasseler Bundesarbeitsgericht die Rechtmäßigkeit von Aussperrung festgestellt. Der einzige Strohhalm, der den Gewerkschaften damals noch blieb, war die Hoffnung, daß lediglich die „Abwehraussperrung" erlaubt sei, die das Ausmaß von Streiks nicht übertreffen dürfe: *„Ist der Streik auf weniger als 25 % der Arbeitnehmer des Tarifgebiets beschränkt, so erscheint eine Abwehraussperrung nicht unverhältnismäßig, wenn sie ihrerseits nicht mehr als 25 % der Arbeitnehmer des Tarifgebiets umfaßt"* (zit. nach AK 179, S. 35).

Diese letzte Einschränkung vor der totalen Unternehmerwillkür haben die Kasseler Arbeitsrichter mit ihrer jetzt getroffenen Entscheidung zur „kalten Aussperrung" faktisch aufgehoben. Nach dem am 22.12.80 verkündeten Urteil dürfen Kapitalisten, die sich durch Aussperrungen in anderen Branchen oder Bezirken betroffen fühlen (wenn beispielsweise Energie oder Vormaterial fehlen, erforderliche Informationen ausbleiben oder der Absatz stockt), zeitweilige Betriebsstillegungen oder Kurzarbeit anordnen, ohne daß der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht hat.

Die Entscheidung, ob in einem Betrieb eine durch Streiks oder Aussperrungen bedingte Störung vorliegt, **trifft dabei allein der Kapitalist. Sieht ein Betriebsrat dies anders, so bleibt ihm nur der Rechtsweg, wobei der Betriebsrat nachweisen müßte, daß keine Beeinträchtigung des Unternehmens durch die Aussperrung in anderen Bereichen vorliegt, was praktisch kaum möglich ist.**

Das Urteil erlaubt es den Kapitalisten, bei Streiks Aussperrungen in beliebigem Umfang vorzunehmen, ohne dafür überhaupt den imageschädlichen Ausdruck „Aussperrung" verwenden zu müssen.

Mit dem Urteil legalisierte das Gericht ausdrücklich das Vorgehen der Kapitalisten, die im Metallarbeiterstreik 1978 in Nordwürttemberg/Nordbaden nicht nur in großem Umfang zu Aussperrungen gegriffen hatten, sondern auch noch für ca. 100.000 Arbeiter Kurzarbeit verfügt hatten, um die Streikbereitschaft zu erschüttern. Der zweite Fall, der mit diesem Urteil im Sinne der Kapitalisten erledigt wurde, betraf Auseinandersetzungen während des Stahlstreiks im Winter 78/79.

Damals hatte Hoesch 490 Arbeiter des Werks „Union" in Dortmund nach Hause geschickt, da angeblich kein Walzmaterial mehr vorrätig gewesen sei. Die Lohnzahlung wurde eingestellt und das Arbeitsamt wollte ebenfalls nicht zahlen, so daß die IG Metall einspringen mußte. In beiden Fällen hatten die Betriebsräte gegen diese Entscheidungen geklagt. Ihre gerichtliche Niederlage ist auch ein Schlag ins Gesicht für die Taktik der IG-Metall, die Aussperrung über Klagen vor den Arbeitsgerichten vom Tisch zu bekommen. Die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung gewinnt jetzt noch an Aktualität.

Bemerkenswert für unsere „unabhängige" Gerichtsbarkeit ist noch, daß die Urteilsverkündung ursprünglich für den 30.9.80 (also wenige Tage vor der Bundestagswahl) angesetzt war. Das Gericht zog es dann aber vor, den Kapitalisten die „kalte Aussperrung" zu Weihnachten zu bescheren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Meinungen und Nachrichten zur Betriebsrätewahl '81

Bald ist es wieder soweit: In der Zeit vom 1. März bis zum 31. Mai werden in den westdeutschen Betrieben wieder Betriebsräte gewählt. Uns liegen hierzu einige Meldungen vor, die allerdings keinen repräsentativen Überblick über die zur Zeit laufenden Vorbereitungen zur Betriebsratswahl ergeben. Trotzdem möchten wir mit der Berichterstattung über die Betriebsrätewahl '81 beginnen und unsere Leser/innen auffordern mit Berichten aus ihren Bereichen das Bild zu vervollständigen.

IG Metall Vorstand: Lehren aus der letzten Wahl?

Anläßlich der BR-Wahl '81 hat der Vorstand der IGM (Abt. Vertrauensleute) eine „Arbeitshilfe für (den) VK" (Vertrauenskörper) herausgegeben. In der Einleitung der Arbeitshilfe heißt es, „*daß es* (bei der letzten Wahl, Anm. AK) *in einigen nicht unwesentlichen Betrieben zu ernsten Schwierigkeiten gekommen ist, die zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung geführt haben.*" Als Gründe für die Schwierigkeiten werden u.a. genannt:

„– *Uneinigkeit über das Nominierungsverfahren;*
– *Unterrepräsentation von Angestellten, Frauen, Ausländern;*
– *unterschiedliche politische Auffassung;*
– *übersteigerte Selbsteinschätzung;*

Dies führte häufig zu Schwierigkeiten bis zur Spaltung des Vertrauenskörpers und zur Erstellung mehrerer oder alternativer Listen mit allen negativen Folgen für die Arbeitnehmer und die Mitglieder der IG Metall". Wer jedoch glaubt, daß der IGM Vorstand aus dieser Erfahrung den Schluß zieht, daß man die Diskussion und Durchführung der BR-Wahl stand aus dieser Erfahrung den Schluß zieht, daß man die Diskussion und Durchführung der BR-Wahl mehr in die Hände der Gewerkschaftskollegen legen sollte, sieht sich getäuscht. So heißt es zu einem der Hauptknackpunkte bei jeder BR-Wahl, nämlich der Kandidatenaufstellung: „*Die Vertrauensleute schlagen die Kandidaten aus den jeweiligen Bereichen vor und diskutieren diese Vorschläge mit den Mitgliedern.*" Die gängige Praxis sieht so aus, daß die in vielen Betrieben jeweils herrschende Betriebsratsclique ihre Kandidatenliste v o r der entscheidenden VK-Sitzung ausbrütet und diese Liste, auf der sie selbst die besten Plätze belegt, dann in der VK-Sitzung durchdrückt. Sicherlich wäre es gegenüber der Praxis schon ein Fortschritt, wenn die Vertrauensleute und nicht die alteingesessenen Betriebsräte die Kandidatenliste erstellen. Allerdings muß man/frau sich auch bei diesem Verfahren fragen: Wo bleiben denn da die Mitglieder, die keine gewerkschaftlichen Funktionen bekleiden? Diese sollen bei der Aufstellung der Liste offensichtlich weiterhin ungefragt bleiben. Schleierhaft bleibt bei diesem Vorgehen, wie so die Schwierigkeiten, die man bei der letzten Wahl mit den Oppositionellen hatte, ausgeräumt werden sollen. Auf einer denkwürdigen IGM-Funktionärskonferenz, die im Herbst '78 in Westberlin stattfand, hatte Professor Bodo Zeuner die letzten BR-Wahlen in den Westberliner Betrieben und die Erfolge oppositioneller Listen ausgewertet und war dabei zu wesentlich kritischeren Ergebnissen gekommen. Seine Einschätzungen wurden von der IGM-Führung damals im wesentlichen akzeptiert. In einem Bericht im „Gewerkschafter" 7/79 heißt es über die Konferenz u.a.: „*Von seiten der Verwaltungsstelle sollte außerdem die Eigenständigkeit der Vertrauenskörper gegenüber den Betriebsräten gestärkt werden. Schon deshalb, weil nur aus dem VK innergewerkschaftliche Erneuerungstendenzen gegenüber zu selbstherrlich gewordenen Betriebsräten hervorgehen können.*" Als Ursache dafür, daß die Oppositionslisten einen Großteil der Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern bekommen haben, werden im „Gewerkschafter" die „*Mängel in der innerbetrieblich-gewerkschaftlichen Willensbildung von unten nach oben, krasser gesagt: Die weitgehende Funktionslosigkeit der Mitglieder über die Beitragszahlung hinaus*", gesehen.

Sicher ist es möglich, daß in diesem oder jenem Betrieb die Taktik der Betriebsratsfürsten und der Verwaltungsstelle inzwischen verfeinert wurde.

An dem alten undemokratischen Prinzip: Aufstellung der Kandidatenliste „von oben", wurde jedoch nicht gerüttelt.

Persönlichkeitswahl nur Taktik der Linken?

Im neuesten „Gewerkschafter" (1/81) zieht der vor einem Jahr vom DGB Bundesvorstand geschaßte Bundesjugendsekretär Heinz Hawreliuk gegen die Forderung vieler Belegschaften und aktiver Gewerkschafter nach Persönlichkeitswahl zu Felde. Hawreliuk, der offensichtlich aus seinem Rausschmiß keine Lehren gezogen hat, meint, daß es der IGM nicht zuzumuten sei, „*z.B. mit Kandidaten gegnerischer Organisationen, konkurrierender Gewerkschaften und vereinzelter der K-Gruppen auf einen Wahlvorschlag zu gehen.*" Rechtlich wäre dies nämlich die einzige Möglichkeit für eine größtmögliche Einflußnahme der Belegschaften auf die Zusammensetzung des Betriebsrates. Bei der Listenwahl fallen die entscheidenden Würfel bekanntlich oft schon vor der Wahl durch die Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen. Hawreliuk schreibt dann der Wahl durch die Festlegung der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen. Hawreliuk schreibt dann weiter, daß das „*Angebot der Personenwahl (gegenüber der IGM) lediglich zur Taktik der Wahlauseinandersetzung gegen die IG Metall bei der Betriebsratswahl gehört.*"

Die Kandidaten der IGM – so schreibt er – „*treten ein für Personenwahlen, aber nicht um den Preis, die IGM als gewerkschaftliche Kraft ... bei der BR-Wahl zu demontieren bzw. verschwinden zu lassen. Darauf zielt oft das Angebot der Personenwahl ab.*"

So kann nur einer reden, der es als Schwächung der IGM empfindet, wenn die alteingesessenen BR-Fürsten um ihren Sessel bangen müssen, weil sie bei einer gemeinsamen Liste viel leichter aus dem BR rausfallen können. Und die praktischen Erfahrungen zeigen bei jeder BR-Wahl erneut, daß die rechten Sozialdemokraten oft heilfroh sind, wenn der rechte CMV (Christlicher Metallarbeiter Verband) eine eigene Liste einreicht und damit die Personenwahl verhindert wird.

CDU fordert „angemessene Berücksichtigung"

Auf einer Vorbereitungskonferenz zu den Betriebsratswahlen in Castrop-Rauxel hat der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Blüm „*eine angemessene Berücksichtigung*" bei der Aufstellung der Kandidatenlisten gefordert. Blüm drohte: „*Wo unsere ausgestreckte Hand zurückgewiesen wird, gibt's Krach. Dann probieren wir es alleine.*" Keine Gewerkschaft solle in diesem Fall die CDU-Gewerkschafter „Spalter" nennen (nach „FAZ", 12.1.81). Daß Blüm so bestimmt auftritt, ist vor dem Hintergrund der seit längerer Zeit laufenden Hetzkampagne gegen die angebliche „Kommunistische Unterwanderung" des DGB zu sehen. In den berüchtigten „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion", ausgearbeitet vom CSU-Generalsekretär Stoiber (vom 17.4. 79), war bekanntlich die Rede davon, daß der DGB sich durch die Verfilzung mit der SPD immer mehr zu einer „sozialistischen Richtungsgewerkschaft" entwickelt. Seit der Veröffentlichung dieses auf die Spaltung der DGB-Gewerkschaften abzielenden Papiers hat sich der reaktionäre Druck auf die Gewerkschaften verstärkt. In den Rohmaterialien sind seitens der CDU/CSU Überlegungen angestellt worden, wie man die Hegemonie der SPD im DGB brechen kann. U.a. ist eine Fraktionierung der CDU-Mitglieder im DGB sowie die aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes vorgeschlagen worden. Dieser Christliche Gewerkschaftsbund (CGB, im Metallbereich CMV) hat in vielen Betrieben u.a. die Funktion, bei den Betriebsratswahlen eine demokratische Persönlichkeitswahl zu verhindern. So schreibt der CMV-Sekretär Werner Paulsen in der „Deutschen Gewerkschaftszeitung": „*Überall dort, wo die IG Metall mit sich selber große Schwierigkeiten hat, ist sie an unsere Kollegen herangetreten und hat für die Persönlichkeitswahl geworben. Das ist besonders in fünf großen nordrhein-westfälischen Betrieben der Fall. Wenn wir als CMV dort eine eigene Liste einreichen, kommt es zur totalen Aufsplitterung der IG-Metall-Mitglieder, weil die sich untereinander spinnefeind sind.*" Der ganze Artikel in der „Deutschen Gewerkschaftszeitung" trägt die Überschrift: „*Warnen vor sogenannter Persönlichkeitswahl*". Man sieht also, diese rechten Einpeitscher sind zwar zahlenmäßig noch nicht so stark organisiert, dafür aber politisch gefährlich.

Die Opposition

Die Opposition

„Revier": Alles tun, um die Politik der IGM zu verändern

Die linke, im Ruhrgebiet erscheinende Zeitung „Revier" rechnet in einem Artikel („Opposition gegen die Gewerkschaft") in der Januarnummer ihrer Zeitschrift ziemlich scharf mit den oppositionellen Listen ab. Sie schreibt: Auf das „*vorhandene Protest- und Unmutspotential eine oppositionelle Kandidatur bei den BR-Wahlen zu beziehen, kann sich zwar sicherlich des Wahlerfolgs erfreuen, stellt aber eine Fehlorientierung dar. Denn die objektiven Ursachen der Unzufriedenheit sind durch eine Oppositionelle Liste und vielleicht bessere Interessenvertreter im BR nicht zu beseitigen. Wenn oppositionelle Listen diese Illusion ausstreuen, dann sind sie sogar schädlich. Und wo sie gar die Perspektive in eine prinzipiell von der IGM getrennte und selbstständige Organisierung legen, müssen sie von sozialistischen Gewerkschaftern auch bekämpft werden. ... Worum es geht, ist dies: mitzuwirken an der notwendigen Veränderung der betrieblichen und überbetrieblichen Politik der IGM.*" Im weiteren wird dann ausgeführt, daß die oppositionelle Kandidatur in der Regel den Gewerkschaftsausschluß nach sich zieht und damit auch oft die Abtrennung von der gewerkschaftlichen Diskussion im Betrieb zur Folge hat. Als besseren Weg schlagen sie deshalb vor: „*Eher sollte es der Normalfall sein, über eine kontinuierliche Vertrauensleutearbeit die Veränderung anzugehen. Daß dies gelingen kann, zeigt uns das Beispiel Opel-Rüsselsheim. Durch die Arbeit im gewerkschaftlichen Funktionärskörper läßt sich dann die Verankerung in der Belegschaft herstellen ...*" („Revier" 1/81).

Leider gehen die Revier-Leute gar nicht auf die Bedingungen ein, die dazu geführt haben, daß linke Gewerkschafter oft einfach dazu gezwungen waren, auf oppositionellen Listen zu kandidieren. Gleichzeitig wird behauptet, Hauptangelpunkt linker Betriebsarbeit sei die Arbeit an der Veränderung der IGM-Politik. Demzufolge müßte man/frau sich dann auch im VK „verankern". Hinter diesen Einschätzungen steckt doch ein gehöriges Maß an Blauäugigkeit. Denn was wäre, wenn sich die linken Gewerkschafter keine alternativen Zusammenhänge außerhalb des Gewerkschaftsapparates aufgebaut hätten (wie z.B. Kollegengruppen, überbetriebliche Linkentreffen oder z.B. „AK Leben" oder „Gewerkschafter gegen Strauß"). Haben diese Strukturen und der darin entwickelte Zusammenhalt auf einer bestimmten politischen Grundlage nicht mit dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsführung sich ab und an mit uns politisch auseinandersetzen muß? Die von der „Revier" als einzige positiv erwähnte Gruppe ist die „Plakat"-Gruppe bei Daimler-Benz, die unserer Meinung nach doch gerade durch die jahrelange oppositionelle Arbeit ein angesehener Faktor in der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung geworden ist.

Plakat-Gruppe für Persönlichkeitswahl

Die Plakat Gruppe, welche seit acht Jahren im Betriebsrat bei Daimler-Benz Untertürkheim sitzt und dort bei der Wahl über ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte, hat auch zur BR-Wahl '81 einen Antrag auf Persönlichkeitswahl gestellt. In der Zeitung „Plakat" (Dez. '80) heißt es dazu: „*Die Betriebsräte der Gruppe Hoss-Mühleisen haben alle anderen aufgefordert, auf Sonderlisten zu verzichten und eine gemeinsame Belegschaftsliste zu machen, weil nur dadurch die Personenwahl möglich wird.*" Dazu fand ein Gespräch mit den Listenführern der IG Metall und den Christlichen statt. Beide Listenführer wollten sich noch nicht festlegen, sondern sich erst mit ihrer Organisation absprechen. Der „christliche" Listenführer Springer gab jedoch der Listenwahl den Vorzug ...

Vorwahlen in den Branchen beim Bremer Vulkan!

Am erfolgreichsten waren wohl die Kollegen auf der Bremer Vulkan-Werft. Auch hier gibt es einen traditionell starken linken Block innerhalb der IG Metall. In ihrer Kollegenzeitung „Echolot" vom 17.12.80 berichten die Kollegen/innen, daß sie Vorwahlen in den Branchen durchsetzen konnten. Diese Vorwahlen brachten recht erstaunliche Ergebnisse. „**Fünf bisherige Betriebsräte (haben) in ihren Branchen nicht die notwendige Platzierung bekommen ... um am 19.12.80 in der Vertrauensleuteversammlung an der Plazierungswahl teilzunehmen.**" Aus dem Kreis der in den Vorwahlen ermittelten Kollegen /innen sollen nun durch den VK die Kandidaten gewählt werden. Einige Vertrauensleute brachten den Antrag ein, „*daß auch im VK geheime Wahlen durchgeführt werden sollen und daß die organisierten Kolleginnen und Kollegen, die von den Branchen als Kandidaten gewählt werden, aber keine Vertrauensleute sind, an der Kandidatenaufstellungswahl im VK teilnehmen können.*" Mit diesem Vorgehen sind die Vulkanesen sicherlich Vorbild für viele andere aktive Gewerkschafter/innen.

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Bamberg: Ein Pleitenskandal

Bamberg: Ein Pleitenskandal

Am 13. August '80 schloß die Firma Manurba-Plastik ihre Pforten. 240 Beschäftigte, davon 150 Heimarbeiter/innen saßen von einem zum anderen Tag auf der Straße. Manurba war ein Unternehmen, das allen möglichen Plastikkrams herstellte — vom Spielzeugbagger über Werbegeschenke bis zu Teilen für die Automobilindustrie — und im Besitz eines Mannes namens Manfred Urban.

Urban hatte jahrelang Profite aus dem Unternehmen gezogen und sich u.a. eine Villa in Bamberg gebaut und ein Ferienhaus auf Mallorca. Dringend notwendige Investitionen wurden nicht gemacht. Die Löhne gehörten zu den niedrigsten in Bamberg und die Arbeitshetze war groß. Am krassesten war das „natürlich" bei der Heimarbeit. So gab es z.B. 1978 für das Bemalen von 1.000 Matrosenköpfen mit zwei Augen 2 DM, für die Montage von 1.000 Schaufelbaggern 19 DM. Nachdem Urban im Mai und Juni 1980 schon keine Löhne mehr zahlen konnte, verscheuerte er am 22.7.80 den Laden an ein reiches Ehepaar aus Dortmund. Die Löhne wurden bis Juni '80 bezahlt.

Am 8. August traten die Dortmunder Financiers von ihrer Inhaberschaft zurück. Bis auf den heutigen Tag haben die ehemaligen Manurba-Arbeiter keinen Pfennig für ihre Arbeit im Juli und August '80 gesehen, ihre Arbeitspapiere haben sie noch nicht von Urban zurückerhalten. Insgesamt ein Schaden von über 300.000 DM.

Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit im „strukturschwachen" Oberfranken haben die meisten von ihnen keinen neuen Arbeitsplatz gefunden. Der Skandal aber ist, daß bis heute das Konkursverfahren nicht eröffnet worden ist. Damit ist den Kolleg/inn/en von Manurba jegliche Möglichkeit genommen, sich aus der Konkursmasse schadlos zu halten, als auch insbesondere die Sicherungen des Konkursausfallgesetzes nicht zum Tragen kommen. Konkret heißt das, sie bekommen keinen Pfennig Konkursausfallgeld. Das Konkursgericht lehnt die Eröffnung des Verfahrens ab, weil ausreichende Mittel fehlen, über die der Konkursverwalter, der für seine Tätigkeit aus diesen Mitteln zu entlohnen ist, frei verfügen könnte. Eine Abweisung des Verfahrens mangels Masse sei auch nicht möglich, weil nicht feststeht, ob noch ausreichendes Aktivvermögen vorhanden ist oder nicht. Derweil soll, nach den Aussagen des ehemaligen Verkaufsleiters von Manurba, Urban „flott aus seinen Lagerbeständen verkaufen". Da bleibt einem die Spucke weg...

(Quellen: „FränkischerTag",25.10.80, 24.12.80; „Dä Goblmoo", Okt. 80, Dez. 80).

Ein Genosse aus Bamberg, 4.1.80

Albers zur DAG übergetreten

Jede Scham verloren hat der ehemalige Oldenburger HBV-Sekretär Horst Albers. Er ist mittlerweile in die Gewerkschaft DAG eingetreten, um dort „z u n ä c h s t" – wie der Albers-Hausschreiber bei der „Nordwest-Zeitung" (hs) zu berichten weiß – ehrenamtlich tätig zu sein. Aus der Oldenburger „Albers-Mafia" ist außerdem Wolfgang Dreyer hauptamtlicher DAG-Sekretär geworden, der ehemalige HBV-Bezirksvorsitzende Könisser und der Betriebsratsvorsitzende der Oldenburgischen Landesbank, Ernst Ehlert, sind aus der HBV ausgetreten; ob sie schon DAG-Mitglieder sind, ist nicht bekannt.

Albers und seine Anhänger hatten Mitte letzten Jahres mit Unterstützung der rechten Presse, Löwenthals und rechter SPD-Kreise eine Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung" der DGB-Gewerkschaft HBV initiiert und unter anderem für den Gewerkschaftstag der HBV einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen DKP-Mitglieder durchgesetzt. Die HBV hatte daraufhin in einer Blitzaktion Albers abgesetzt und gekündigt, u.a. wurde die Zusammenarbeit seiner „Mafia" mit der DAG behauptet. Diese wurde im dann angestrengten Arbeitsgerichtsprozeß aufgedeckt. So hatte Albers mit der DAG bereits einen Vorvertrag unterzeichnet. Der Arbeitsgerichtsprozeß platzte, Albers gab auf und hat nun, nachdem er jegliche Basis für seine Hetze in der HBV verloren hat, konsequent das Lager gewechselt.

Bis heute gibt es keine öffentliche Äußerung des DGB-Vorsitzenden Vetter zu der offenkundigen Wühlarbeit rechter Kreise in Oldenburg, nachdem dieser sich noch vor einem halben Jahr genötigt gesehen hatte, in einem vertraulichen Rundschreiben seine Besorgnis über die Oldenburger Vorfälle zu äußern und Albers für „loyal" zu erklären. Auf Vetters Entschuldigung wird mit Ungeduld gewartet.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



DEZ. 80

plakat

Betriebsratswahl

»Sozialisierung der Schlüsselindustrien?«



Hoesch-Dortmund und die Debatte in der Linken, 2. Teil

Die Ankündigung des niederländisch-deutschen Stahlkonzerns Estel-Hoesch , ein ursprünglich geplantes Stahlwerk in Dortmund angesichts de der gegenwärtigen Absatzkrise auf dem internationalen Stahlmarkt nicht zu bauen, hatte in der Dortmunder Bevölkerung zu großer Unruhe geführt. Wie kaum eine andere Stadt ist Dortmund auf Gedeih und Verderb von Hoesch abhängig. Es galt, ca. 10.000 Arbeitsplätze bei Hoesch und vermutlich weitere 20.000 in den Zuliefer- und Abnehmerbetrieben zu sichern. Die erste Demonstration von etwa 1.500 Hoesch-Kollegen stand unter der Losung „Stahlwerk jetzt!“, und dieses Motto wurde auch in den Namen einer sogleich gegründeten Bürgerinitiative aufgenommen. Für diese Forderung wurden 100.000 Unterschriften gesammelt, sie prangte auf Plakaten, in öffentlichen Gebäuden und an den Schaufenstern der Einzelhandelsgeschäfte, deren Besitzer mit der anstehenden Massenarbeitslosigkeit um die Kaufkraft ihrer Kunden fürchten.

In welch fataler Lage sich die Hoesch-Kollegen und damit die Bürger der Stadt inzwischen befinden, kommt wohl am sinnfälligsten darin zum Ausdruck, daß der „Vorkämpfer für den Erhalt der Stahlbasis Dortmund“, der SPD-Oberbürgermeister Samtlebe, der sich zunächst lauthals an die Spitze der Stahlarbeiter gesetzt hatte, die ursprüngliche Forderung in geradezu atemberaubender Weise pervertiert hat: sein Motto heißt mittlerweile nicht mehr „Stahlwerk jetzt“, sondern „Atomkraft jetzt“. Schon auf der Großkundgebung am 28. November, zu der schon nicht mehr die erwarteten 100.000, sondern lediglich ca. 30.000 kundgebung am 28. November, zu der schon nicht mehr die erwarteten 100.000, sondern lediglich ca. 30.000 Teilnehmer erschienen waren, hatten Samtlebe und der aus der Hauptstadt Düsseldorf angereiste Landes-Chef Rau (SPD) die Stahlarbeiter-Forderung nicht mehr in den Mund genommen.

Die Diskussion weiterführen

Im ARBEITERKAMPF 190 haben wir den ersten Teil der „Sozialisierungs“diskussion am Beispiel Hoesch mit verschiedenen Beiträgen veröffentlicht. In diesem AK folgt nun der zweite Teil. Wir halten die Diskussion für wichtig und noch lange nicht für erschöpft und würden uns über weitere Stellungnahmen freuen.

Inzwischen schält sich die Marschroute der Hoesch-Konzerngewaltigen immer deutlicher heraus. Das geplante Stahlwerk soll auf keinen Fall gebaut werden, die alten Siemens-Martin-Öfen werden ersatzlos gestrichen. Die Produktionsstätten in Dortmund werden weiter radikal verkleinert und durchrationalisiert, wobei die beiden kleineren Werke Union und Phoenix zur Stillegung anstehen, Union möglicherweise schon 1981. Lediglich die Westfalen-Hütte soll – bei einem Abbau von 10000 Arbeitsplätzen! – erhalten, aber völlig umgekrempelt werden. Möglicherweise 1985 soll hier doch noch ein neues Stahlwerk gebaut werden. Hoesch erwartet hierfür aber 1,5 Mrd. Mark aus der Staatskasse. Die geplanten Entlassungen sind bis dahin längst über die Bühne. Als selbstverständlich geht Hoesch dabei natürlich von den Vorleistungen aus, die die Landesregierung und die Stadtväter selbst in die Debatte gebracht hatten: ein völlig auf Hoesch zugeschnittenes Straßen- und Wasserwege-Netz, sowie „kostengünstigen Atomstrom“. Und es besteht eigentlich kaum ein Zweifel, daß die Politiker nach der Hoesch-Pfeife auch tanzen werden. Nur – die Arbeitsplätze sind damit offiziell abgeschrieben.

Den Politikern und ihren Partei-„genossen“ in der IGM-Führung obliegt es, den zur Durchsetzung dieses „Konzepts der wirtschaftlichen Vernunft“ nötigen sozialen Frieden zu gewährleisten. Und dazu paßte die Losung „Stahlwerk jetzt!“ überhaupt nicht, denn sie ist für Hoesch eine Kampflosung. Sie ist nur durchzusetzen g e g e n die betriebswirtschaftliche Logik der Estel-Kapitalisten, entspricht aber der Logik der Hoesch-Arbeiter unter den herrschenden Bedingungen, da ihre Existenz nur dann leidlich gesichert ist, wenn sie ihre Arbeitskraft an Hoesch verkaufen können.

Doch nicht nur der Hoesch-Konzern will von der Forderung „Stahlwerk jetzt!“ nichts wissen. Auch in linken und Alternativ-Kreisen ist die Forderung der Stahlarbeiter höchst umstritten. Den einen ist die Forderung nicht weitgehend genug, und die Tatsache, daß im Falle ihrer Erfüllung die Hoesch-Kapitalisten auch weiterhin aus der Arbeit der Stahlwerker ihren Profit ziehen würden, bereitet diesen Kommentatoren erhebliche Bauchschmerzen. Andere Gruppierungen/Einzelpersonen argumentieren von einem völlig anderen Ansatzpunkt her, bei dem nicht die gegenwärtigen konkreten Existenz-Probleme der Hoesch-Arbeiter im Mittelpunkt stehen, sondern etwa (übergeordnete) ökologische Gesichtspunkte oder die prinzipielle Verweigerung von Lohnarbeit im Kapitalismus. Fast allen diesen Konzepten ist eines gemeinsam: sie sind nicht in realen Kämpfen, sondern am Schreibtisch entstanden. Kaum je wird die Frage der Durchsetzbarkeit diskutiert, schon gar nicht vor dem Hintergrund einer Einschätzung des realen Standes der westdeutschen Arbeiterbewegung und der speziellen Situation bei Hoesch.

Lediglich die Stellungnahmen der RGO und der „Revier“ („Zeitung für das Ruhrgebiet“) heben sich hier deutlich ab. Insbesondere „Revier“ setzt sich unserer Meinung nach sehr treffend mit einer Reihe der gegenwärtig vorgebrachten Ansichten auseinander. Wir haben deshalb an den Schluß dieser Übersicht einige Auszüge aus der Nr. 1/81 dieser Zeitung gesetzt. Wir wollen zwar nicht verhehlen, daß wir nicht in allen Punkten mit „Revier“ übereinstimmen, etwa in der u.E. überstrapazierten Rolle des „*gewerkschaftlichen Kampfes bei der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, letztlich der Verwirklichung einer humanen Gesellschaft*“, doch könnte eine Polemik um diesen Punkt gegenwärtig kaum mehr als akademischen Nährwert haben, denn „*es fehlt der linken Bewegung sozusagen das Milieu: eine radikalisierte Arbeiterbewegung, die nach politischen Alternativen sucht*“ („Revier“).

Die Haltung der DKP

Die Haltung der DKP

Der DKP gebührt das Verdienst, zur Verbreitung der Forderung „Stahlwerk jetzt!“ einiges beigetragen zu haben, nicht zuletzt durch ihr Engagement in der gleichnamigen Bürgerinitiative. Sie hält diese Forderung auch bislang 'ohne wenn und aber' aufrecht. Darüberhinaus sympathisiert die DKP deutlich mit Enteignungsforderungen, wobei natürlich der Hinweis auf den Grundgesetz-Artikel nicht fehlen darf, in dem der Schmarrn von der Sozialbindung des Eigentums steht. Vielleicht aus Angst vor der eigenen Courage läßt die DKP in ihren Veröffentlichungen die Enteignungsforderungen gern von Dritten erheben, nach dem Motto: Wir fragten hierzu Vertrauensmann X oder IGM-Sekretär Y... Daß dabei auch einige der aktivsten Abwiegler in den Reihen der IGM durch radikale Sprüche an ihrem Image polieren können, hat bei Kennern der DKP natürlich keine Überraschung ausgelöst.

KABD: Gegen „Stahlwerk jetzt!“

Nichts von der „Stahlwerk jetzt!“ -Forderung hält der KABD: „...*ist das letztlich ein Anhängen an den Rockzipfel von Estel*“ (Rote Fahne, 29.11.80). Unter der Überschrift „'Stahlwerk jetzt' – kein Rettungsanker!“ heißt es: „*Seit Jahren vernichten Investitionen unsere Arbeitsplätze. Und jetzt sollen die Kollegen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen für Investitionen kämpfen? Jede Belegschaft eines Konzern gegen die Belegschaft anderer Konzerne?*“ Obwohl jeweils gut die Hälfte der wöchentlich erscheinenden „Roten Fahne“ des KABD mit Betriebsberichten und -kommentaren gefüllt ist, sucht der Leser vergeblich nach tiefergehenden oder differenzierteren Analysen dieses Problems – es bleibt so platt. Geheiligte Einfalt! Ebenso platt ist das angebotene Patentrezept zur Lösung aller Arbeitsplatz-Probleme, das der KABD bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten – nicht nur für Hoesch – anzubieten hat: 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, denn „*nur diese Forderung schafft die Einheit der Arbeiter*“, „... *setzt sich auch in der europäischen Stahlindustrie immer mehr durch*“, „... *geht uns Lehrlinge genauso an wie den alten Gesellen oder ungelernten Arbeiter.*“ Statt eigener Kommentierung verweisen wir auf die entsprechenden Passagen zur 35-Stunden-Forderung von „Revier“, siehe unten.

Wenn auch nicht so platt, aber doch mit ähnlicher Tendenz argumentiert die GIM, wenn sie an der „Stahlwerk jetzt!“–Forderung bemäkelt: „*Diese isolierte Forderung ersetzt keine Kampfperspektive*“ (Flugblatt für die Kundgebung am 28.11.). Die GIM übersieht, daß für diese „isolierte Forderung“ immerhin 100.000 Dortmunder ihre Unterschrift gegeben haben. Weiterhin übersieht die GIM, daß die konzernhörigen SPD-Politiker bei den ersten Anzeichen von Resignation in der Belegschaft nichts eiligeres zu tun hatten, als diese Forderung fallen zu lassen – warum wohl?

Doch die GIM denkt lieber in den großen Zusammenhängen. Stahlarbeiterkämpfe in England, in Frankreich. Die Kollegen dort „...*haben harte Schläge einstecken müssen, eben weil der Kampf eines Betriebes, eines Ortes oder selbst einer Region um Sofortlosungen nicht ausgereicht hat*“. Und so schlägt die GIM vor: „*Die Gewerkschaften sind noch stark in der europäischen Stahlindustrie. Um den abgesprochenen Angriff des europäischen Stahlkartells entgegenzutreten, müssen sie ihre Kräfte zusammenfassen*“ (a.a.O.). Schön und gut! Nur: wer sollte unsere IG Metall zu solchen Schritten veranlassen, wenn sich die Hoesch-Arbeiter schon ihre „isolierte Stahlwerk jetzt – Forderung“ aus der Hand nehmen lassen? Weiter GIM: „*Im Mittelpunkt jeder kämpferischen Antwort bei Hoesch muß deshalb die Forderung nach dem Erhalt aller Arbeitsplätze stehen. Das ist nur möglich bei Verkürzung der Wochen- und Schichtarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich.*“ Wir verweisen hier wiederum auf die entsprechende Passage bei „Revier“.

Die GIM hat aber noch zwei Knüller in der Hinterhand. Der erste: „*Investitionsentscheidungen, die Milliardensubventionen und Steuererleichterungen müssen unter direkte Kontrolle der Belegschaften und der Gewerkschaften gestellt werden. Jetzt, wann sonst, muß mit gewerkschaftlichen Zielsetzungen ernst gemacht werden. Deshalb: Hoesch muß enteignet werden.*“ Warum dann nicht gleich Sozialismus,hier und jetzt,fragt man sich. Wir hätten ja überhaupt nichts dagegen einzuwenden, wenn die Hoesch-Arbeiter derartige Forderungen erheben würden, nicht mal in der „isolierten Form“, wie sie die GIM formuliert (isoliert, weil gründliche Lösungen nun mal die Abschaffung des Kapitalismus erfordern). Wer aber an den Forderungen, die die Arbeiter tatsächlich stellen und auch tragen, herummäkelt anstatt sie zu unterstützen und zur Entfaltung von Kämpfen beizutragen, um dann am grünen Tisch den „großen Wurf“ auszuhecken, bringt sich selbst um die Möglichkeit, unsere Sache voranzubringen.

Der zweite Knüller: Die Hoesch-Arbeiter sollten sich ein Faustpfand verschaffen, um ihre Ziele durchzusetzen. „*Dieses Faustpfand heißt Betriebsbesetzung*“. Zweifellos ein „objektiv richtiger“ Vorschlag. Nur, wie steht es um die „subjektiven Bedingungen“, wenn die Kollegen resigniert ihre „Stahlwerk jetzt!“-Forderung fallen lassen?

Die Grünen

Es läßt sich denken, daß die Grünen durch eine Forderung wie die der Hoesch-Arbeiter in arge Bedrängnis geraten, und wir meinen das keinesfalls hämisch. Ausgehend von ihren ökologischen Grundpositionen lehnen sie großtechnische Anlagen ab. So hieß es denn auch in ihrem Flugblatt zur Großkundgebung:„*Die Forderung nach dem Bau eines neuen Stahlwerks jetzt kann von den Grünen nicht unterstützt werden.*“

In ihrer Argumentation stellen die Grünen allerdings nicht etwa Fragen des Umweltschutzes, etwa Luftverschmutzung oder ähnliches in den Mittelpunkt, sondern sie beziehen sich in erster Linie auf die „*enorme Abhängigkeit vom Stahlsektor und seiner Krisenanfälligkeit*“, die „*industrielle Monostruktur*“ speziell Dortmunds. Ihre Vorschläge zielen denn auch auf eine geänderte Strukturpolitik: „*Die Alternative: Eine ökologische Politik für Dortmund und die 35-Stunden-Woche (...) Wohnen, Freizeit und Verkehr müssen in ein neues, menschliches Verhältnis gebracht werden. Dazu gehören die Ansiedelung und Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, die Schaffung von umweltfrundlichen und energiesparenden Arbeitsplätzen (Bau von dezentralen Kraftwerken, Fernwärmesystemen und Wärmedämmeinrichtungen). Dazu gehört auch eine alternative Verkehrsplanung...*“ .Zu finanzieren sei das ganze aus den von Land und Bund für Hoesch bereitgehaltenen Krediten, die diesen neuen Branchen zur Verfügung gestellt werden sollten, „unter Kontrolle durch die Dortmunder über die wichtigen Investitionsentscheidungen der Zukunft“. Zu den jetzt konkret anstehenden Arbeitsplatz-Problemen ist ihnen allerdings auch nur die 35-Stunden-Woche eingefallen.

Weitere Aussagen der Grünen werden bei Revier zitiert (s.u.). In ähnliche Richtung argumentiert ein Referent der „1. Sozialistischen Konferenz Dortmund“ den die „taz“ vom 9.12. zu Wort kommen läßt. Nachdem er sich zunächst nach Kräften bemüht, nachzuweisen, daß auch das neue Stahlwerk die Arbeitsplätze nicht sicher machen würde, entwickelt er „*einige wichtige Ansatzpunkte einer alternativen politischen Lösung*“. Dazu gehört zunächst die „*Entflechtung*“ des Estel-Hoesch-Konzerns. Zur Aufhebung der Monostruktur sollen die für das Stahlwerk vorgesehen Gelder, um die Abhängigkeit vom Stahl nicht noch weiter zu verstärken, „sinnvoller“ angelegt werden. Bei Hoesch soll der „*Diversifikationsbereich*“ ausgedehnt werden, etwa durch Bereiche wie Umwelttechnik, Abwärmenutzung etc. Den Arbeitern wird derweil der Kampf für Arbeitszeitverkürzung als „*das beste Mittel für den Erhalt der Arbeitsplätze*“ empfohlen. Das ist buchstäblich das einzige Mal, wo die Arbeiter als Handelnde in diesem Referat vorkommen.

So zubetoniert scheint die Welt ja noch nicht zu sein, daß es nicht noch immer genügend Spielwiesen gäbe...

Noch'n Freak

Den zynischsten Beitrag fanden wir in der alternativen Dortmunder Stadtzeitung „klüngelkerl“. Es muß allerdings zur Ehrenrettung dieser Zeitung gesagt werden , daß der zitierte Beitrag nur einer von mehreren war, und die übrigen eine solidarische Haltung zu den Hoesch-Kollegen einnahmen. Der Autor spürte der Frage nach, ob und welche Warenproduktion eigentlich sinnvoll sei, wobei er natürlich darauf kam, daß die Warenproduktion eigentlich nur der Profiterzeugung der Kapitalisten dient. Dagegen setzt er frisch-fröhlich: „*Gegenüber einem Arbeitsplatz, der ausschließlich zum Zweck der Profitvermehrung existiert, (...) ist Arbeitslosigkeit etwas Sinnvolles. Es bedeutet, daß der Kreislauf zwischen unsinniger Produktion, schwachsinnigem Konsum und lohnenden Profiten unterbrochen wird. (...) Diese Arbeitslosigkeit ist antikapitalistisch, weil sie gegen die innere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus gerichtet ist.*“

Es mag ja ganz witzig sein, solche Überlegungen an einem lauen Sommer-Sonntagabend nach einem gemütlichen Pfeifchen durchzuspielen, in einer Hoesch-Sondernummer einer Zeitung ist sowas allerdings doch recht starker Tobak.

RGO

Die „RGO“ ist im Betriebsrat des Hoesch-Werks Union mit zwei Kollegen vertreten. Sie setzen sich dort völlig eindeutig für „Stahlwerk jetzt“ ein, und die „RGO“-Publikationen nennen weitere flankierende Forderungen: betriebliche Maßnahmen gegen Belegschaftsabbau; Kündigung des Tarifvertrags über die Arbeitszeit, für die 35-Stunden-Woche; Senkung des Rentenalters für Stahlarbeiter auf 55 Jahre. Einen interessanten Beitrag zur Frage der Verstaatlichung fanden wir in der RGO-Zeitung vom Januar 55 Jahre. Einen interessanten Beitrag zur Frage der Verstaatlichung fanden wir in der RGO-Zeitung vom Januar '81, aus dem wir im folgenden zitieren:

„*Im Zusammenhang mit dem Kampf für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze kann die Forderung nach Verstaatlichung der betreffenden Betriebe zweifellos richtig und nützlich sein. Sie eröffnet uns im politischen Raum neue taktische Möglichkeiten, wo unser taktischer Spielraum im Rahmen des im engeren Sinne gewerkschaftlichen Kampfes gegen die jeweiligen Konzernbosse unter Umständen schon sehr eng geworden ist.*

Mehr Hoffnungen sollten an die Forderung nach Verstaatlichung aber auch nicht geknüpft werden. Wenn gewisse fortschrittliche Kräfte Verstaatlichung als Sozialisierung bezeichnen und in Verstaatlichung einen Schritt weg vom Kapitalismus und hin zum Sozialismus sehen, kann ich dazu nur sagen: Träume sind Schäume. Durch Verstaatlichung werden im Kapitalismus Ausbeutung und Arbeitshetze nicht geringer, die Arbeitsbedingungen werden nicht besser und die Löhne nicht höher. Die Kolleginnen und Kollegen von Bahn und Post können ein Lied davon singen. Verstaatlichungen im Kapitalismus stellen auch keine l a n g f r i s t i g e Sicherung der Arbeitsplätze dar. Als im Ruhrbergbau die Ruhrkohle AG mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung gegründet wurde, war das mitnichten das Ende des Arbeitsplatzabbaus im Ruhrbergbau, sondern das Zechensterben wurde damit erst richtig eingeläutet.

Verstaatlichung – das ist sicher eine richtige und sinnvolle Forderung, um eine unmittelbar drohende Stillegung bzw. eine massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in einem Betrieb durch Druck auf die verantwortlichen Politiker möglicherweise noch abzuwenden, aber eine neue Heilslehre kann und darf daraus nicht gemacht werden.“

Im folgenden nun unkommentiert Auszüge aus dem schon erwähnten Artikel der Revier Nr. 1/81.

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Über den Fluß der Dinge

Über den Fluß der Dinge

To-tsi beobachtete vor dem großen Umsturz, daß die Schmiedeherren verloren waren, als sie die Ausbeutung der Schmiede nicht mehr fortsetzen konnten. Die Schmiede, welche oftmals sich geweigert hatten zu arbeiten, um bessere Entlohnung zu erzwingen, drängten nun, wo die Werkstätten aus Mangel an Eisen und weil die Schmiedeherren fürchteten, von der Regierung kein Geld mehr für ihre Kriegswagen zu bekommen, stillgelegt wurden, auf die Fortführung der Ausbeutung. Leben hieß für sie ausgebeutet werden, nun fürchteten sie für ihr Leben. Sie empörten sich gegen die Schmiedeherren und verjagten sie sozusagen, weil sie sich weigerten, weiter auszubeuten.

B. Brecht, Me-ti / Buch der Wendungen

Nachstehend einige u.E. für die Diskussion wichtige Auszüge aus einem Artikel der linken Zeitung REVIER vom Januar 1981.

Stahlwerk jetzt! Eine richtige Forderung?

1.

Sichert denn das neue Stahlwerk wirklich unsere Arbeitsplätze? Ist es daher nicht falsch und irreleitend "Stahlwerk jetzt!" zu fordern?

Klar ist: Auch ein neues Oxygenstahlwerk in der geforderten Größenordnung schafft keine Arbeitsplatzsicherheit.
4200 Arbeitsplätze sind ja eh schon weg und in den nächsten Jahrzehnten mit einem Stahlwerk zu leben, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen eigentlich 400 km weiter westlich an der holländischen Küste stehen müßte, ist sicherlich auch kein Zuckerschlecken. Schließlich finanziert der Staat das Stahlwerk zum großen Teil, und da tut es ESTEL auch nicht weh, das Ding in ein paar Jahren einfach stillzulegen. Hat ja nichts gekostet! ...

Die Hoesch-Kollegen werden sich also daran gewöhnen müssen in den folgenden Jahren noch des öfteren um ihre Arbeitsplätze kämpfen zu müssen. Aber ist deswegen die Forderung nach dem Stahlwerk falsch? Ist sie allein deswegen falsch, weil sie nicht alle Arbeiterplätze-dauerhaft sichert?

Wer das behauptet, der legt m.E. seine Maßstäbe an die Forderungen der Dortmunder Kollegen an, statt mal ernst zu nehmen, was die Dortmunder Kollegen wollen, nämlich 10.000 bzw. 30.000 Arbeitsplätze erhalten. Was soll daran falsch sein?



aus „Heisses Eisen" — ganz so einfach ist die Sache allerdings nicht

Natürlich kann man kritisieren, daß es einfach zugelassen wurde, daß 4.200 Arbeitsplätze über den Jordan gingen. Natürlich kann man einwenden, daß mit dem Bau des Stahlwerks die Arbeitsplätze auch weiterhin gefährdet sind. Aber wenn die Forderung "Stahlwerk jetzt!" tatsächlich **durchgesetzt** würde, dann wären diese Arbeitsplätze erst mal da. Wenn nicht, dann nicht. So einfach sieht das aus.

Der Einwand, daß ein neues Stahlwerk die Arbeitsplätze nicht sichert, kann also kein Grund sein, **gegen** die Forderung "Stahlwerk jetzt!" zu sein. Allerdings Anlaß dazu, den beschränkten Charakter dieser Forderung deutlich zu machen.

2.

Ist es denn unbedingt nötig, ein Stahlwerk zu bauen, um die Arbeitsplätze zu erhalten?

Natürlich kann man sich tausend Sachen überlegen, um Arbeitsplätze zu erhalten. 35-Stunden-Woche, Frühverrentung, Strukturpolitik u.a. Aber:

1. Mal unterstellt, es ließen sich tatsächlich globale beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die 35-Stunden-Woche durchsetzen. Und weiterhin unterstellt, sie hätten den gewünschten Erfolg, nämlich den Abbau der Arbeitslosigkeit. Dann hieße das trotzdem für die Hoesch-Kollegen und für die Kollegen in den Zulieferbetrieben, daß sie in **Dortmund und Umgebung** keinen neuen Arbeitsplatz finden würden. Das bißchen mehr zu verteilende Arbeit macht den Kohl da nämlich nicht fett. Die Kollegen müßten also in andere Regionen auswandern, was für die meisten wohl keine sehr erfreuliche Perspektive wäre.
2. Die **Durchsetzung** von Arbeitszeitverkürzung geht nicht von heute auf morgen. Wie schwer es ist, die 35-Stunden-Woche auch nur ansatzweise durchzusetzen, haben wir im Stahlstreik gesehen. Um Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, bedürfte es schon einer enormen Kampfkraft. (zumal dabei auf die Gewerkschaftsführung – um es einmal vorsichtig auszudrücken – nicht unbedingt Verlaß ist). Solange können die Hoesch-Kollegen aber nicht mehr warten.
3. Auch strukturpolitisch läßt sich wenig machen. Zumindest kurzfristig. Das Unternehmen, daß in der jetzigen Situation mal locker 10.000 Arbeitskräfte in Dortmund einstellt, müßte erst noch gefunden werden.

Fazit: Es gibt für die Hoesch-Kollegen keine **realistische** Alternative zur Forderung "Stahlwerk jetzt!" bzw. zum Erhalt der Stahlbasis Dortmund. Alles andere ist politisches Wunschdenken, und damit ist den Kollegen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, nicht geholfen.

Natürlich heißt dies nicht, daß nicht **auch** strukturpolitische Gedanken vonnöten sind, daß nicht **auch** überlegt werden muß, ob es noch sinnvoll ist, neue Stahlwerke, und dann noch im Ruhrgebiet, zu bauen. Aber dann muß man den Kollegen auch **garantieren** können, daß sie einen gleichwertigen neuen Arbeitsplatz bekommen. Alles andere kann man vergessen.

3.

"Grüne" Einwände

Ein negatives Beispiel dafür sind etwa die "Grünen", die den Hoesch-Kollegen auf der Kundgebung folgende Sprüche auf ihrem Flugblatt servierten: *"Die Forderung nach dem Bau eines neuen Stahlwerks jetzt kann von den Grünen nicht unterstützt werden. Denn Solidarität mit den Stahlwerkern bezüglich der Sicherung der Arbeitsplätze muß umfassender verstanden werden."* Und weiter: *"Die Grünen unterstützen die Hoesch-Arbeiter in ihrem Kampf für die Sicherung der Arbeitsplätze. Für uns heißt Solidarität mit den Betroffenen jedoch, nach alternativen Arbeitsplätzen zu suchen* (ei, wo seid ihr denn? d.V.) *und sich nicht auf die Forderung 'ein Stahlwerk muß gebaut werden' festnageln zu lassen."*

Die Hoesch-Kollegen lassen sich also "festnageln" auf ihre Forderung, und daß, obwohl die Grünen schwer am suchen sind, um alternative Arbeitsplätze zu finden. (Vielleicht können die Hoesch-Kollegen dann ja demnächst mitsuchen, weil die ja dann so viel Zeit haben, wenn sie arbeitslos sind.)

Wer meint, das sei alles zu polemisch und zynisch gegenüber den berechtigten Sorgen der Grünen, der sollte sich vielleicht auch mal umgekehrt fragen, ob es nicht zynisch ist, wenn man einerseits sich mit den Hoesch-Kollegen solidarisiert, andererseits die Forderung der Heosch-Kollegen ablehnt und als "Alternative der Grünen" den Spruch abläßt: *"In dieser Situation treten wir für eine langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen ein."* Das hätte Ministerpäsident Rau nicht besser sagen können. Und das wird auch nicht dadurch besser, daß einem als einziger konkreter Vorschlag die 35-Stunden-Woche einfällt.

Um eins klarzustellen: Es geht hier gar nicht darum, das **Anliegen** der Grünen zu kritisieren. Das Ruhrgebiet ist trotz aller gegenteiliger Meldungen die dreckigste Region der Bundesrepublik. Dreckig und gesundheitsgefährdend. Wer hier Lungenkrebs kriegt, der hat das nicht unbedingt vom Rauchen. Stahlwerke tragen dazu nicht unerheblich bei. Für die Bevölkerung der Region, aber vor allem für diejenigen, die in diesen Dreckschleudern arbeiten müssen, ist die Gesundheit durch Ruß, Staub, Gase, Hitze u.a. enorm gefährdet. Es ist, wenn man es mal von dem Standpunkt aus sieht, tatsächlich hirnrissig, gerade hier ein neues Stahlwerk zu bauen.

Aber die Leute in Dortmund haben im Augenblick ein anderes Problem. Ihre **Umwelt** ist seit Jahr und Tag verdreckt. Jetzt geht es um ihre **Arbeitsplätze**. Die sind zwar dreckig, laut, gesundheitsgefährdend, verursachen Streß und sind gefährlich; aber sie garantieren immerhin, daß man von dem Lohn, den man dafür erhält, einigermaßen über die Runden kommt. Die Alternative lautet dazu im Augenblick 68% bzw. nach einem Jahr 58% des bisherigen Lohns als Arbeitslosenunterstützung. Wer sich ausmalen kann, was es für eine Familie heißt, mit nur noch gut der Hälfte des bisherigen Einkommens auszukommen (und schon der reichte ja meist an allen Ecken und Enden nicht aus), der kann sich wohl auch vorstellen, daß die Dortmunder Kollegen im Augenblick andere Sorgen haben als die Grünen. ...

Denn es mag zwar hirnrissig sein, in Dortmund ein Stahlwerk zu bauen, aber eben nur deswegen, weil wir in einer hirnrissigen Gesellschaft leben, wo Industrieansiedlungsplanung nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern nach den Gewinnchancen der Unternehmer gemacht wird.

"In einer sozialistischen Gesellschaft wäre es genauso Unfug, in Dortmund Stahl zu kochen, wenn man das woanders billiger kann." So hieß es in einem Kommentar der linken "tageszeitung" (taz). Mag ja sein, aber in einer sozialistischen Gesellschaft – jedenfalls so wie ich sie mir vorstelle – würde man auch rechtzeitig überlegen, wie die Kollegen gleichwertige Arbeitsplätze in Dortmund kriegen können. Dann würden sich die Dortmunder Kollegen wohl kaum dagegen wehren, daß die Stahlbasis verlagert wird. Denn die Hoesch-Arbeiter fordern ja nicht "Stahlwerk jetzt!", weil ihnen das Stahlkochen so großes Vergnügen bereitet oder weil sie so scharf auf die tollen Gifte, Stäube und Gase wären, die dabei entstehen, sondern weil sie keine andere Möglichkeit haben, um ihre Existenz zu sichern. Im Sozialismus mag es ja **insgesamt und für alle** "Unfug" sein in Dortmund Stahl zu produzieren. Den haben wir aber nicht. Bei uns ist es im Augenblick nur für eine kleine Minderheit "Unfug". Nämlich für die Unternehmer von Hoesch! ...

Und noch was: Wer meint, es sei inkonsequent einerseits gegen Atomkraftwerke und damit auch gegen Arbeitsplätze in Atomkraftwerken zu sein, andererseits "Stahlwerk jetzt!" zu fordern, der sollte sich mal überlegen, weshalb die Ökologen und auch die Grünen zwar richtigerweise fordern "Abschalten aller AKWs", aber nicht Demontage aller Stahlwerke. Offensichtlich doch deswegen, weil auch sie zwischen einem AKW und einem Stahlwerk einen großen Unterschied sehen.

4.

Aber ist die Forderung "Stahlwerk jetzt!" nicht ein Hindernis dabei, daß sich andere Belegschaften mit den Hoesch-Kollegen solidarisieren? Brauchen wir nicht eine vereinheitlichende Forderung?

Genau die brauchen wir! Aber dadurch wird die Forderung "Stahlwerk jetzt!" doch nicht falsch. Klar, die Forderung "Stahlwerk jetzt!" wird bei Krupp, Thyssen oder Mannesmann nicht gerade sehr publikumswirksam sein. Manch ein Kollege wird sagen "Ein Glück, daß es uns nicht erwischt hat, wir haben ja noch unser Stahlwerk" ...

Es wäre also auch und gerade vom Standpunkt der Notwendigkeit von Solidarität aus anderen Stahlbetrieben sehr wünschenswert, wenn es eine vereinheitlichende Forderung gäbe für einen gemeinsamen Kampf aller Stahlarbeiter. Das muß aber nicht unbedingt auf eine "gemeinsame Losung" oder sowas hinauslaufen. Wenn etwa überall im Ruhrgebiet gegen Arbeitsplatzabbau, Reduzierung der Produktion usw. vorgegangen würde, dann ließe sich die Forderung "Stahlwerk jetzt!" darin einordnen. ...

Man kann sich tausend "vereinheitlichende" Forderungen überlegen. Arbeitszeitverkürzung, Investitionskontrolle, demokratische Planung, Sozialisierung, Verstaatlichung usw. usf. Alles schön und gut, aber dafür braucht man auch Leute, die dafür eintreten, die z.B. eingesehen haben, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln der eigentliche Grund des Übels ist. Diese Erkenntnis muß auch immer und überall verbreitet werden. Aber realistischerweise muß doch wohl gesagt werden, daß die übergroße Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung und auch der bundesdeutschen Arbeiterklasse gerade diesen Zusammenhang nicht sieht, und daß sich diese Erkenntnis auch nicht von heute auf morgen durchsetzt.

Die Dortmunder Kollegen brauchen aber eine Lösung ihrer Probleme jetzt!

5.

Aber ist es nicht müßig, das zu fordern, was die Kollegen eh schon fordern? Wäre es nicht sinnvoller, den Kollegen die nächsten Schritte zu zeigen. Einen Schritt vor der Bewegung zu sein?

Wenn man die Forderung "Stahlwerk jetzt!" konsequent vertritt, dann **ist** man einen Schritt vor der Bewegung! Das konsequente Vertreten dieser Forderung schließt nämlich ein, daß man sich nicht etwa durch ein Ministahlwerk abspeisen läßt. Und es schließt ein, daß man nicht auf die Verhandlungskunst der Politiker vertraut, sondern auf die eigene Kraft. Genau hier muß konsequente Gewerkschaftsarbeit ansetzen, und genau hier ist sie auch immer einen Schritt "der Bewegung" voraus. Den Kollegen immer und immer zu sagen, daß **nur** durch ein großes Oxygenstahlwerk ihre Arbeitsplätze gerettet werden können, das steht an, ... Wehren sich die Kollegen in massiverer Form als bisher gegen diese "Lösung", dann besteht die Hoffnung, daß die Kollegen zumindest einen Teilsieg erringen. (**Teilsieg** deshalb, weil ja auch bei einem neuen Oxygenstahlwerk Arbeitsplätze vernichtet werden).

Das wäre übrigens nicht nur im Sinne der unmittelbaren Interessen der Hoesch-Kollegen ein Fortschritt. Auch für die "weiterreichende Perspektive". Es wäre ein wichtiger Schritt, wenn die Kollegen merken, daß durch konsequenten gewerkschaftlichen Kampf **Erfolge** erzielt werden können. Solche Erfolge braucht die deutsche Gewerkschaftsbewegung, gerade nach der Niederlage im Stahlstreik und nach dem zum Teil erfolgreichen "roll back" der Unternehmer.

Aus Niederlagen lernt man so schnell nichts. Eher wird Resignation die Folge sein. Die Sache von vornherein für verloren zu erklären, die Niederlage einzukalkulieren oder sich gleichgültig zu der Forderung der Dortmunder Kollegen zu verhalten, weil einem das eine oder andere an dieser Forderung nicht paßt und **stattdessen** mit Patentrezepten hausieren zu gehen, das ist nicht nur strategisch dumm. Das ist auch zynisch gegenüber den Kollegen, um deren Existenz es geht!

6.

Warum fordern wir nicht einfach "Keiner darf entlassen werden!"? Warum zerbrechen wir uns den Kopf des Unternehmers?

Man kann natürlich kritisieren, daß die Hoesch-Arbeiter sagen "Stahlwerk jetzt!" statt einfach zu sagen: Das ist doch nicht das Problem der Arbeiter **wie** es zu bewerkstelligen ist, daß wir beschäftigt werden. Wenn wir die Unternehmer zwingen, uns weiter zu beschäftigten, dann werden die sich schon was überlegen, ...

Die Frage ist doch eigentlich nicht die: "Darf man sich den Kopf des Kapitals zerbrechen?" Natürlich könnte man nichts dagegen sagen, wenn die Hoesch-Kollegen einfach fordern würden "Keine Entlassungen" und z.B. sagen würden "Wenn ihr jemand entlasst, dann streiken wir alle!" Wunderschön – aber dazu ist eine mobilisierte und gewerkschaftlich geschulte Belegschaft notwendig. Sowas gibt's in der BRD nicht. **Wir sind hier nicht in Polen.**

Die Hoesch-Kollegen **haben** sich den Kopf des Unternehmers zerbrochen. Und da zählt allein die Frage: Was ist dabei rausgekommen? Und da heißt die Antwort: Nicht etwas betrieblichschaftlich Vernünftiges, sondern etwas Vernünftiges für sie: die Sicherung ihrer Arbeitsplätze.

7.

Wie sieht's nun mit den anderen Forderungen aus? Was ist mit der 35-Stunden-Woche?

Im Stahlstreik ist oft gesagt worden: "Wenn wir die 35-Stunden-Woche durchsetzen, dann können wir die Arbeitslosigkeit beseitigen." Das stimmt und stimmt nicht.

1. Für den Unternehmer ergeben sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um die Arbeitszeitverkürzung, die sich bei ihm in der ihn allein interessierenden Form niederschlägt – nämlich als zusätzliche Kosten – zu kompensieren. Verstärkte Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit und wenn's ihm zu teuer wird, eventuell auch Neuinvestition im Ausland. Bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gäbe es also einen Rattenschwanz von gewerkschaftspolitischen Problemen, wie Schutz gegen Rationalisierung, wie geht man gegen Intensivierung vor, wie zwingt man die Unternehmer zum Reinvestieren? ...

Die 35-Stunden-Woche ist also nicht das Ei des Kolumbus. Höchstens die Eierschale. Und so sollte dies unter den Kollegen und in der Gewerkschaft auch diskutiert werden ...

Namibia — »Sklavin« Südafrikas

Namibia ist (vorübergehend) wieder in die Schlagzeilen der Weltpresse gerückt. Wir wollen aber nicht nur die diplomatische und politische Ebene des Konflikts kennzeichnen, sondern auch die weitgehende Deformation der Wirtschaft des Landes und die Funktionalisierung für südafrikanische und imperialistische Kapitalinteressen deutlich machen. Befreiung, das bedeutet nicht nur Überwindung des Rassismus und Etablierung demokratischer Freiheiten. Es geht hier um eine tiefgreifende soziale Revolution, die Namibia aus dem perfektionierten kolonialen Abhängigkeitsverhältnis speziell zu Südafrika herauslöst und das a l l e gesellschaftlichen Strukturen des Landes prägt: als Absatzgebiet minderwertiger Fertigprodukte und von Nahrungsmittelexporten aus Südafrika, als Rohstofflieferant für Multis und Südafrika und als Fleischexporteur für das Agrobusiness, als extrem billiges Reservoir schwarzer Arbeitskräfte zu Lasten der Selbstversorgung und Warenproduktion der „schwarzen" Landwirtschaft. Die Befreiung Namibias wird langfristig weitreichende Auswirkungen gerade auch auf die wirtschaftliche Situation des illegitimen „Mutterlandes" Südafrika haben.

Namibia ist mit einer Fläche von ungefähr 823.145 Quadratkilometern ungefähr dreieinhalb mal so groß wie die Bundesrepublik. Die Bevölkerungsgröße beträgt dagegen nur eine Million Einwohner, davon sind ungefähr 100.000 Weiße (10 %). Die Weißen teilen sich auf in 65.000 Buren, 25.000 Deutsche und circa 10.000 Engländer. Von den verschiedenen schwarzen Bevölkerungsgruppen haben die Ovambos mit 400.000, die Damaras mit 75.000 und die Hereros mit ungefähr 56.000 den größten Anteil.

Die Subsistenzwirtschaft der Afrikaner

Obwohl die Afrikaner 90 % der Gesamtbevölkerung stellen, besitzen sie nur 39 % der Landesfläche, die aus zehn „Homelands" (Reservate) bestehen, in welche sie zwangsweise umgesiedelt wurden.

Große Teile dieser Reservate sind für die landwirtschaftliche Nutzung — sei es für die Viehhaltung oder für den Anbau pflanzlicher Produkte — unbrauchbar, da keine ausreichende Wasserversorgung gegeben ist. So ist z.B. das Ovamboland, das größte „Homeland", zu 50 % ohne Wasser.

Die Produktivität ist aufgrund der mangelnden Wasserversorgung, der schlechten Qualität der Böden und der teilweisen Übersiedlung sehr gering. Die Subsistenzwirtschaft der afrikanischen Bevölkerung erwirtschaftet dementsprechend nur einen 3 - 8 %igen Anteil am Bruttosozialprodukt Namibias, obwohl hier mit 87.000 Menschen der größte Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung vorhanden ist (lt. ISSA, Namibia, 1977, S. 129).

Darüber hinaus befinden sich in den „Homelands" der Afrikaner kaum Bodenschätze, keine nennenswerte Industrie und nur in geringem Maße Kleinproduktionsstätten. Die Folge ist, daß die Afrikaner am Rande des Existenzminimums leben und gezwungen sind, sich in Form der Wan-

Folge ist, daß die Afrikaner am Rande des Existenzminimums leben und gezwungen sind, sich in Form der Wan-

derarbeit als Lohnarbeiter in der kapitalistischen Produktion der „weißen" Gebiete zu verkaufen. So waren z.B. 1972 von den etwa 80.000 männlichen Arbeitskräften der Ovambos mehr als die Hälfte (43.000) gezwungen, sich als Kontraktarbeiter anzubieten („Südliches Afrika", 1978, S. 111). Als Kontraktarbeiter müssen sie widerspruchslos die Bedingungen der weißen Kapitalisten annehmen, da sie sonst in ihre „Homelands" zurückgeschickt werden, wo sie keine Lebensgrundlage besitzen.

Die Politik der „Homelands" beabsichtigt neben der Zersplitterung der Afrikaner in tribalistische Stämme und der Verhinderung eines afrikanischen Nationalbewußtseins, besonders diesen ständigen Zufluß billiger Arbeitskräfte in den weißen Sektor. Da die Versorgung der Afrikaner zu einem Gutteil im „traditionellem Sektor" von der Großfamilie übernommen wird, brauchen die Löhne nur den „verbleibenden Rest" der Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu dekken. Billiger geht's nicht!

Der weiße landwirtschaftliche Sektor

Die weißen Rassisten besitzen 47 % der Landesfläche zur landwirtschaftlichen Nutzung. In diesem Gebiet befinden sich alle wichtigen Bodenschätze, die für die Rinder- und Schafzucht geeigneten Regionen und das Küstengebiet (lt. „Südliches Afrika", S. 110). Es gibt ungefähr 5.100 Farmen, die zu 60 % in Besitz von Südafrikanern und zu 40 % in Besitz von Deutschen sind und ungefähr eine durchschnittliche Größe von 10.000 bis 13.000 ha haben (im Süden).

Berücksichtigt man die tatsächlich nutzbare Fläche, besitzen die Weißen 65mal soviel agrarisch-nutzbares Land wie die Afrikaner in den „Homelands" (lt. „ISSA", Namibia, S. 129). Die kommerzielle Agrarproduktion beruht in erster Linie auf der Rinderzucht und der Karakulzucht (Persianer). Die Rinderzucht macht 60 % der Agrarproduktion aus, wobei ein Drittel nach Südafrika exportiert wird. Obwohl Namibia einer der größten Fleischproduzenten Afrikas ist, ist die Fleischversorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet. Die Karakulzucht besitzt einen 34prozentigen Anteil an der Agrarproduktion. Namibia ist der größte Karakulexporteur der Welt. Anhand der Aufteilung der erwirtschafteten Werte aus der Karakulzucht eines Jahres wird besonders deutlich, wie kraß die Afrikaner ausgebeutet werden und die Gewinne unter den weißen Rassisten und den ausländischen Imperialisten aufgeteilt werden (lt. „ISSA", S. 128). So verdienen:

Weiße Farmer
15 Mio R (1 R = 2,50 DM)
RSA-Regierung
9 Mio R (Steuern)
Londoner Auktionshäuser
0,75 Mio R (Kommissionen)
20.000 afrikanische Kontraktarbeiter
0,72 Mio R (Löhne)

Während die weißen Farmer sich ausschließlich auf die Produktion gewinnbringender Exportprodukte konzentrieren, vernachlässigen sie bewußt den Anbau pflanzlicher Produkte, die für eine ausreichende Ernährung der afrikanischen Bevölkerung dringend notwendig, aber aufgrund der mangelhaften Kaufkraft nicht profitträchtig wären. Der Ackerbau steuert nur 0,6 % zur Agrarproduktion bei. Die Folge ist, daß Namibia Lebensmittel importieren muß.

Dadurch entstand eine große Agrarimport-Abhängigkeit von Süd Afrika. Die jährliche Maislieferung aus Süd Afrika beläuft sich auf 27000 t, die Weizenmehllieferung auf 9000 t; außerdem besteht eine Abhängigkeit bei Viehfutter, Frischgemüse und Butter (lt. „ISSA", S. 127).

Wie in vielen anderen Ländern der „Dritten Welt" verhindern auch in Namibia einseitige Bodenbesitzverhältnisse und reine profitbringende Exportproduktion eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung.

Die SWAPO schreibt hierzu in ih-

Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung.

Die SWAPO schreibt hierzu in ih-

rem Programm: *„Namibia wurde mit Absicht auf die Rolle eines abhängigen Marktes, eines Abladeplatzes für die landwirtschaftliche Industrie Süd Afrikas reduziert. Eine Nation, die für die Ernährung ihrer Bevölkerung auf andere Länder angewiesen ist, kann nichts anderes sein, als eine von dem Land oder den Ländern, die ihre Ernährung sicherstellen, abhängige Geisel. Eine genaue Analyse der Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft Namibias zeigt, daß die nördlichen Zentralgebiete Namibias mehr als genug produzieren könnten, um die gesamte Bevölkerung zu ernähren..."* Die Exportlandwirtschaft dient ausschließlich der landbesitzenden weißen Elite und den Interessen des multinationalen Agrarhandels, besonders dem südafrikanischen.

Bergbau

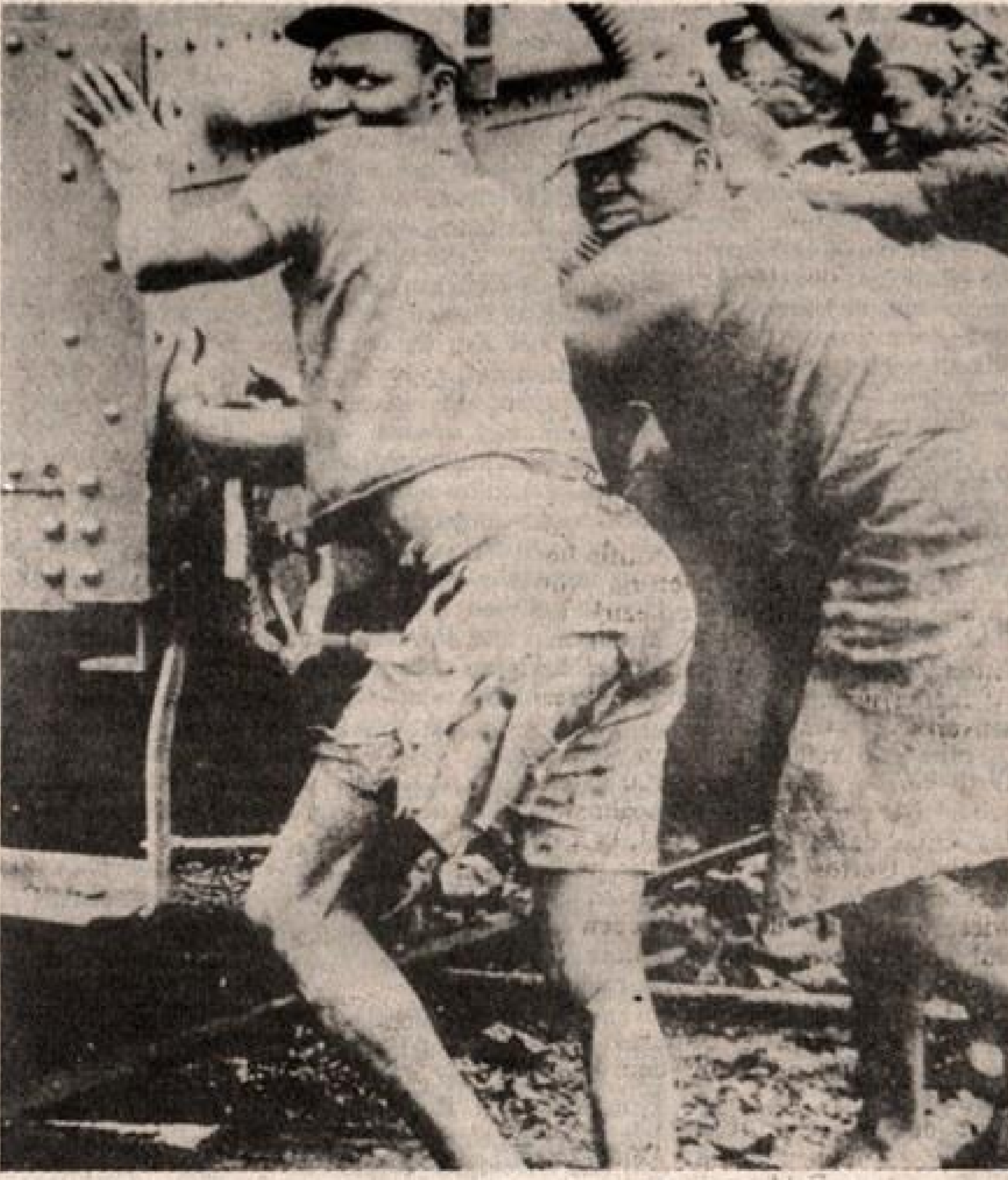
Der Wert der Minenproduktion liefert 40 % des gesamten Bruttosozialprodukts, 50 % der öffentlichen Einnahmen und 60 % der Exporte Namibias. Der Anteil aller Beschäftigten in diesem Bereich beträgt dabei nur ungefähr 6 % der Gesamtbeschäftigten (10.000).

Namibia ist reich an Mineralien. 1970 verfügte Namibia über folgende Anteile an der Mineralproduktion Afrikas (lt. „ISSA", S. 131): 25 % der Cadmium-Produktion, 2,2 % der Kupferproduktion, 28,3 % der Bleiproduktion, 4,7 % der Zinnproduktion und 13,7 % der Zinkproduktion. Am bedeutendsten ist die Ausbeutung von Ku er, Diamanten und die in den letzten . .hren stark ausgebaute Uranförderung. Die Diamantenausbeute von Oranjemund und die Kupfermine von Tsumeb erwirtschafteten bis zu 90 % der gesamten aus dem Bergbau stammenden Wertschöpfung.

Alle bedeutenden Firmen befinden sich in ausländischen Händen, vor allem in südafrikanischen, amerikanischen, britischen und deutschen. Die SWAPO nennt besonders folgende deutsche Firmen: Urangesellschaft, Metallgesellschaft, A.Hempel Minning, Otavi-Minen und Eisenbahngesellschaft, Tiefbohr, Lurgi, Thorer und Hollander, Commerzbank, Deutsche Bank und Dresdner Bank.

Die Otavi Minen AG (Frankfurt) produziert verschiedene strategische Mineralien in Namibia, so Lithium, Germanium, Rutil und Vermikulit. Die Metallgesellschaft (Frankfurt) besitzt Lithium-, Kupfer- und Zinkminen in der Nähe von Karibib. Die Deutsche Tiefbohr AG (Bentheim) ist über ihre Tochtergesellschaft Tiefbohr Ltd. an der Ölsuche in der Etoscha-Pfanne beteiligt. Die Alfred Hempel KG (Düsseldorf) hält über die Futura Ltd. zahlreiche Beteiligungen an Gesellschaften, die Tantalit und andere seltene Mineralien in Namibia abbauen, und besitzt außerdem eine Uran-Lagerstätte in der Nähe von Rössing („AIB", Nr. 11 - 12, 80).

Das größte Unternehmen des westdeutschen Imperialismus ist die Beteiligung der Frankfurter Urangesellschaft an der Rössing Uran-Mine bei



Swakopmund, die größte Uranmine der Welt. Die Urangesellschaft, die zu

Swakopmund, die größte Uranmine der Welt. Die Urangesellschaft, die zu

66 % den bundeskontrollierten Firmen VEBA und STEAG gehört, besitzt etwa ein Viertel an der Rössing-Firma, neben der britischen Firma Rio Tinto Zinc, südafrikanischen und japanischen Firmen („Die Neue", 7.80). *„Rössing versorgt praktisch alle Länder der westlichen Welt, die Atomkraftwerke haben, mit Uran"* (Fin. Times 23.3.78). Die Rössing-Mine hat somit eine große strategisch-ökonomische Bedeutung für alle imperialistischen Staaten. Bereits diese Tatsachen erklären, warum die „Kontaktgruppe" eine politische „Lösung" des Namibia-Konfliktes im Sinne der Verzögerungstaktik Südafrikas unterstützt, denn je länger eine Lösung herausgeschoben werden kann, desto ungestörter können sie Namibia ökonomisch ausbeuten.

In der BRD haben sich weder die Regierung, die Regierungsstellen, die staatseigenen Firmen wie die Urangesellschaft etc. dazu geäußert, ob sie Uran aus Namibia beziehen oder nicht und um welche Menge es sich handelt (lt. „ISA", 8.80).

Verständlich, denn der Abbau des Urans und jeglicher Rohstoffimporte aus Namibia ist verboten und von Beschlagnahme bedroht, solange Namibia noch unrechtmäßig von Süd Afrika besetzt gehalten wird, so jedenfalls nach dem „Dekret Nr. 1" des Namibia Rates der UN, das 1974 erlassen wurde, von der Bundesregierung aber nicht als rechtsverbindlich anerkannt

de, von der Bundesregierung aber nicht als rechtsverbindlich anerkannt

wird („Die Neue", 7.80). Obwohl es kaum Restriktionen gegenüber Investitionen ausländischer Kapitaleigner gibt, dominiert in allen Bergbauunternehmen das südafrikanische Kapital.

Die verarbeitende Industrie

Die Industrieproduktion, die im wesentlichen auf Niederlassungen südafrikanischer Firmen basiert, ist wenig entwickelt und zu rund 70 % auf die Lebensmittelverarbeitung ausgerichtet. Hiervon sind wiederum 70 % auf Fischkonserven bezogen, der Rest auf die Verarbeitung und Konservierung von Fleisch. Die Produktion von Konservendosen macht 10 % der Industrieproduktion aus. Die restlichen 20 % verteilen sich auf verschiedene Sektoren, vor allem auf Bier, Möbel und Kleidung („NZZ", 26.11.80).

Durch die unterentwickelten Strukturen der verarbeitenden Industrie Namibias ist die Abhängigkeit von Fertigwaren-Importen aus Süd Afrika sehr stark und erreicht in manchen Bereichen 100 %. Namibia importiert fast alle verarbeiteten Nahrungsmittelgüter sowie Halbfertigwaren und dauerhafte Konsumgüter aus Süd Afrika („ISSA", S. 134).

Namibias Ökonomie befindet sich in totaler Abhängigkeit von Süd Afrika. Der größte Teil der Exporte geht nach oder durch Süd Afrika, eine Situation, die von Süd Afrika dazu benutzt wird, um entsprechende Lieferungen unter Weltmarktpreisen zu erhalten. Andererseits kann Süd Afrika durch diese Tatsache auch eigene zum Teil qualitativ minderwertige Fertigwaren über Weltmarktpreisniveau in Namibia absetzen („ISA", 6.78).

Süd Afrika ist bemüht zu verhindern, daß Namibia einen freien Zugang zum Weltmarkt und eine freie Verfügung über Investitionen oder erzielte Gewinne bekommt.

Das internationale Kapital profitiert ebenfalls durch die Abhängigkeit Namibias von Süd Afrika, weil Süd Afrika ihnen ein „angenehmes" Investitionsklima gewährleistet. Geringe oder keine Besteuerung (die Uranminen etwa arbeiten steuerfrei, lt. „SZ", 25.7.80), keine Gewinntransfereinschränkung, politische Unterdrückung der Afrikaner etc.

Gerade aber dieses angenehme „Investitionsklima" wird in der letzten Zeit immer stärker durch militärische Aktionen der SWAPO bedroht. Potentielle Investoren werden abgeschreckt, die Hotelbetten an der Nordgrenze zu Angola sind nur noch zu einem Drittel ausgenutzt und mit Energie muß gespart werden, da die SWAPO das Kraftwerk am Ruacana-Staudamm im Norden Namibias in der Hand hat („SZ", 25.7.80).

Als Folge dieser Wirtschaftssabotage der SWAPO stagniert die Wirtschaft, das Heer der Arbeitslosen vergrößert sich und verstärkt gleichzeitig die Gruppe der SWAPO-Unterstützer („FAZ", 22.10.80).

Die Durchsetzung der Forderung der SWAPO und der UNO nach Ab-

Die Durchsetzung der Forderung der SWAPO und der UNO nach Ab-

bruch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Süd Afrika, könnte Süd Afrika zusätzlich empfindlich treffen (wenn das Embargo eingehalten werden würde, was nicht gerade wahrscheinlich ist) und den Prozeß der Befreiung Namibias beschleunigen. Auch nach der Befreiung wird sicherlich die wirtschaftliche Abhängigkeit von Süd Afrika noch lange anhalten.

Afrika-Kommission

6. Großoffensive gegen Eritrea

In einer Presseerklärung vom 4.12.80, die uns jetzt erreichte, nimmt die EPLF zur gegenwärtigen 6. Offensive des äthiopischen Regimes DERG Stellung. In zweijährigem Kampf konnte die EPLF bislang nur aus den Städten vertrieben werden, die z.T. freiwillig geräumt wurden. Die 5. Offensive des DERG vor einem Jahr konnte sogar in einen Sieg verwandelt werden; die flüchtenden äthiopischen Soldaten wurden mit sowjetischer Marine aus der Kampfzone gebracht! Die derzeit anrollende 6. Offensive versucht, das Debakel auszubügeln und die EPLF in ihrem Stammgebiet im Norden Eritreas entscheidend zu schwächen. Dabei werden auch die in Afghanistan „bewährten" sowjetischen Kampfhubschrauber zur Guerillabekämpfung eingesetzt, von der Kriegsführung mit Napalm und chemischen Waffen ganz zu schweigen. Kommentar eines „FR"-Korrespondenten: *„Im Norden Eritreas nimmt der Krieg allmählich Züge des Völkermords an"* (22.9.80). Militärisch geht es um die letzte von der EPLF gehaltene Stadt Nakfa; denn wer Nakfa hält, der kontrolliert auch das strategisch wichtige 150 km weite Hinterland bis zur sudanischen Grenze. Von dort kommt der Nachschub.

Politisch hat sich im Eritrea-Konflikt einiges verändert: Seit August 1980 ist die ELF zum offenen militärischen Angriff auf die EPLF übergegangen, Neuauflage des „eritreischen Bürgerkriegs" von vor 1977. Hintergrund: die ELF ist soweit geschwächt, daß sie nunmehr ihr Heil in Geheimverhandlungen mit Äthiopien (im August in Beirut) und der Sowjetunion

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

sucht und als Eintrittskarte die militärische Aggression gegen die EPLF vorlegt. Militärisch spielt die ELF heute in Eritrea keine Rolle mehr, größere Teile haben den Verrat mit einem Überlaufen zur EPLF quittiert. Politisch allerdings besteht durchaus die Möglichkeit, daß die ELF vermittels einer Autonomie-Lösung (unter Verzicht auf Unabhängigkeit) ins Geschäft kommt und als willfähriger „eritreischer Partner" gegen die EPLF ausgespielt wird. Die EPLF hat auf dieses Manöver mit einem eigenen Acht-Punkte-Plan reagiert, der im wesentlichen eine Volksabstimmung unter UNO-Aufsicht in Eritrea zum Inhalt hat und dem Volk die Entscheidung einräumt zwischen Unabhängigkeit, Autonomie und Föderation (Zustand unter Haile Selassie). Antwort des äthiopischen Militärregimes: die 6. Offensive.

Nicht gerade vereinfacht wird die prekäre Situation der EPLF durch die rapide „Verbesserung" der Beziehungen zwischen Äthiopien und dem Sudan. Der Empfang Numeiris in Addis Abeba im November 1980 fiel besonders herzlich aus und Numeiri revanchierte sich mit der Feststellung, daß der Ogaden-Konflikt im Grenzgebiet zu Somalia im Sinne der OAU zu lösen sei. Mit anderen Worten: Da im Sommer die OAU erklärt hat, daß Äthiopiens Verweigerung einer Unabhängigkeit im Einklang mit den Prinzipien der OAU stehe, befindet sich die Westsomalische Befreiungsfront „völkerrechtlich" im Unrecht. Was Numeiri in der Eritrea-Frage anbot, wurde nach seiner Rückkehr nach Khartum deutlich. Er veröffentlichte dort ein gemeinsames Kommunique der beiden Staatschefs: *„Beide Staaten stimmten überein, an ihrer gemeinsamen Grenze für Frieden und Sicherheit zu sorgen"* („The Weekly Review", Nairobi, 28.11.80). Es ist schwer zu beurteilen, ob die sudanesische Seite den eritreischen Nachschub völlig unterbinden kann, denn die Grenze verläuft in sehr unwegsamem Gelände. Eine Verschlechterung der Nachschubbedingungen kann jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Hier nun die Presseerklärung der EPLF:

„Das äthiopische Regime hat erneut seinen Aggressionskrieg eskaliert und seine sechste Offensive unternommen. Am 1. Dezember 1980 haben äthiopische Okkupationskräfte eine großangelegte Offensive zu Land, Luft und Wasser gegen Nacfa und die nordöstliche Sahel-Front gestartet. Am Dienstag sind feindliche Truppen bei Marsa Teklay und anderen Punkten am Roten Meer gelandet. Andere Abteilungen griffen über Bergwege Afabet an, um den Ring zu durchbrechen, der die äthiopischen Truppen

Abteilungen griffen über Bergwege Afabet an, um den Ring zu durchbrechen, der die äthiopischen Truppen

seit Januar 1980 einkreist. Truppenkonzentrationen fanden ebenfalls in den westlichen eritreischen Städten von Agordat und Tessenei statt.

Über 20.000 Soldaten, schwer ausgerüstet mit 30 bis 50 Panzern und unterstützt durch massives Bombardement durch Artillerie und Flugzeuge sind in den andauernden schweren Kämpfen eingesetzt. Die feindlichen Truppen haben schwere Verluste erlitten, obwohl genaue Details zur Stunde nicht gegeben werden können (die Erfolge werden zwischenzeitlich von der internationalen Presse bestätigt, Anm. Afrika-Kommission).

Diese Offensive wurde angesichts der Bereitschaft der EPLF zugunsten einer friedlichen Lösung durchgeführt. Es sei erinnert, daß die EPLF am 22. November 1980 einen Vorschlag unterbreitete, der ein Referendum für Eritrea unter internationaler Kontrolle vorsieht, um die Wünsche des eritreischen Volkes eindeutig festzustellen und eine demokratische Lösung in Übereinstimmung mit dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu finden.

Der Zeitpunkt der Offensive, als die eritreische Revolution einen ernsthaften Aufruf für eine friedliche Lösung veröffentlicht hat, zeigt nachdrücklich die Absicht des DERG, die eritreische Revolution mit Gewalt zu zerschlagen. Es sei ebenfalls daran erinnert, daß der DERG im Juni 1978 öffentlich seine Absicht erklärte, die eritreische Frage militärisch zu lösen – 24 Stunden, nachdem die eritreische Revolution ihre Bereitschaft bekundet hatte, ohne Vorbedingungen mit dem äthiopischen Regime zu verhandeln.

Die Eritreische Volksbefreiungsfront ruft alle friedliebenden und demokratischen Kräfte auf, die neue Offensive des DERG und seine Zurückweisung einer friedlichen Lösung zu verurteilen. Die EPLF beharrt auf ihrem Ziel, den Kampf weiterzuführen bis zur nationalen Unabhängigkeit und Befreiung.

EPLF"

Afrika-Kommission

3 Tage in Fort Victoria, Zimbabwe

Im Büro der ZANU/PF in Salisbury erfahren wir von einer Kundgebung der Partei in Gutu, einer kleinen Stadt in der Fort Victoria-Provinz, etwa 300 km südlich der Hauptstadt. Wir erhalten von der ZANU/PF ein Empfehlungsschreiben, daß wir alle erdenkliche Hilfe bekommen sollen.

Wir werden sehr herzlich von den ZANU-Offiziellen in Fort Victoria empfangen. Wir sind überrascht, mit welcher Selbstverständlichkeit wir im Hause des Parlamentsvertreters und Parteivorsitzenden der Provinz, Mavhaire, aufgenommen werden. Während noch im Wohnzimmer des einfachen Hauses die neugewählten afrikanischen Stadträte eine Nachbesprechung zu einer Ratssitzung abhalten, schlagen wir im Zimmer der Schwester des Vorsitzenden unser Lager auf. Im Laufe des nächsten Tages kommen noch fünf andere junge europäische Besucher, die auch ohne größere Umstände mit afrikanischer Gastfreundschaft untergebracht werden. Wir fühlen uns fast wie in einer Wohngemeinschaft. Wir diskutieren mit Mavhaire, wer wann einkauft und Essen vorbereitet. Abends sitzen wir zusammen und debattieren über die Frauenbewegung in Europa und den Brautpreis hier.

„Seht euch alles an, stellt viele Fragen, geht und trefft die Menschen hier", fordert uns Mavhaire auf. Stolz auf die Arbeit der Partei, will er uns an allen Aktivitäten der nächsten Tage teilhaben lassen.

Am nächsten Morgen fahren wir zu einer Parteiversammlung in einem Wahlkreis des Gutu-Bezirks. Es sollen die ZANU/PF-Kandidaten für die bevorstehende Kommunalwahl nominiert werden. Patrick, politischer Kommissar von Fort Victoria, und Gunpoint vom Gutu-Unterbezirk der ZANU/PF werden die Nominierung leiten. Zum ersten Mal können die Afrikaner/innen ihre eigene Interessenvertretung wählen.

Im Wahlkreis, einer von 25 im Gutu-Bezirk, leben ca. 500 Menschen. Der ganze Bezirk ist sogenanntes Tribal Trust Land (TTL), karges, überbevölkertes Land, das die weiße Siedlerregierung den Afrikanern zuwies, damit sie dort ihr Leben als Subsistenzbauern fristen sollten. In einem Gebiet von etwa 70 mal 70 km leben 200.000 Menschen.

Die Unterschiede zwischen dem weißen Farmland und dem TTL springen uns während der Fahrt sehr deutlich ins Auge. Wir sehen zunächst noch reiches Weideland, großangelegte Felder. Ein weißer Farmer – in seinen Händen wiegt er einen Stock – treibt seine afrikanischen Arbeiter zum Aussäen an: Bil-

mer – in seinen Händen wiegt er einen Stock – treibt seine afrikanischen Arbeiter zum Aussäen an: Bil-

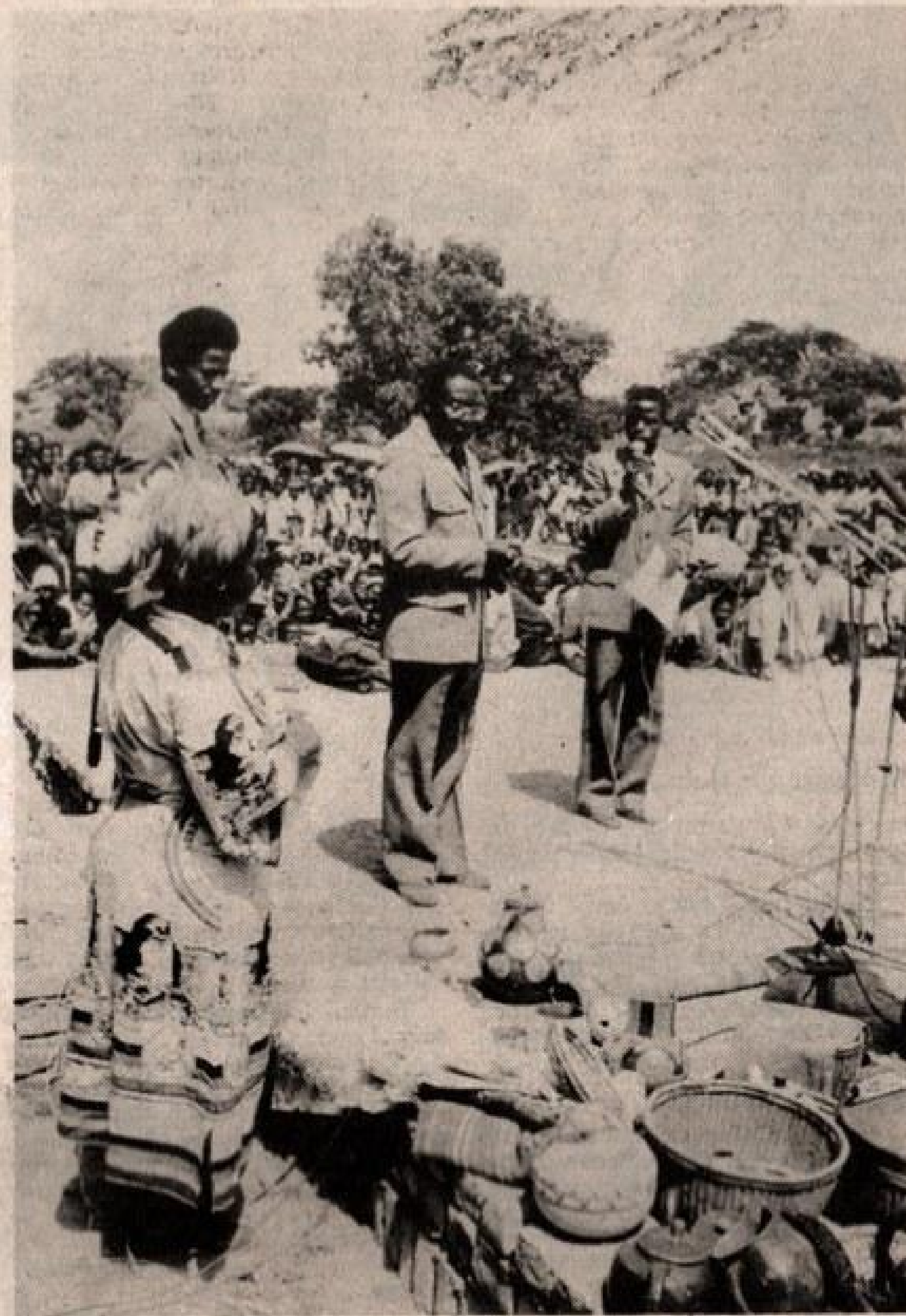
der des Kolonialismus, die heute noch nicht alle verschwunden sind. Menschliche Arbeitskraft war bis zur Unabhängigkeit billiger als Maschinen oder Pferde. Später erzählt uns eine Lehrerin von den früheren Arbeitsbedingungen der Farmarbeiter/innen: Sie mußten oft mehr als 12 Stunden arbeiten für einen Lohn von 3 bis 6 Dollar (ca. 9 bis 18 Mark) im Monat. Sie konnten etwas Vieh halten und bekamen ein kleines Stück Land, das sie für den eigenen Bedarf bebauten, bebauen mußten, um zu überleben. Sie waren aber nicht davor geschützt, kurz vor der Ernte rausgeschmissen zu werden und damit ihre Ernte zu verlieren. Sie durften Vieh nicht von einer Farm, auf der sie arbeiteten, zur nächsten mitnehmen. Unter Umständen rechnete ihnen der Farmer vor, welche Ausgaben er durch Impfungen und Futter für ihr Vieh hatte, so daß als Kaufpreis fast nichts übrigblieb. Die Kinder auf der Farm hatten oft keine Möglichkeit, zur Schule zu gehen. Sie wurden dann von den Eltern zu Verwandten in die TTLs zur Schule geschickt. Aber wenn sie in den Ferien auf die Farm zu Besuch kamen, warb sie der Farmer je nach Bedarf für einen kümmerlichen Lohn ab.

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war, den Mindestlohn für Farmarbeiter auf 30 Dollar (ca. 90 Mark) im Monat heraufzusetzen. Außerdem hat die Regierung hier im Umkreis des Gutu-Bezirks dreißig ehemals weiße Farmen aufgekauft, die Familien aus den TTLs zur individuellen Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden. Auf einer anderen staatlichen Farm sind 200 Flüchtlinge angesiedelt worden, die dort modellhaft eine kooperative Farm aufbauen.

Bis kurz vor Gutu ist die Straße noch geteert. Patrick zeigt auf die Polizeistation, in deren Keller das alte Regime Folterkammern eingerichtet hatte. Dahinter beginnt der afrikanische Stadtteil (Township) von Gutu. Von hier führen uns sandige und staubige Straßen ins TTL. Patrick zeigt auf das unfruchtbare Land und sagt: *„Seht ihr die Steine dort, sie dachten, daß wir davon leben sollen."*

Afrikanische Bauern kommen uns auf einem Ochsengespann entgegen. Wir sehen traditionelle afrikanische Dörfer mit strohbedeckten Lehmhäusern. Hier gibt es keine Elektrizität und auch kein fließendes Wasser. Diese Bilder sind unglaublich, wenn frau/man den Reichtum der Weißen in den Städten und auf den Farmen sieht.

Als wir einen Krankenwagen überholen, erzählt Patrick, daß diese früher nicht ins TTL fuhren. Die Siedler



Kundgebung in Gutu mit Mugabe

Kundgebung in Gutu mit Mugabe

betrachteten dies als zu hohe Ausgaben, um das Leben eines Afrikaners oder einer Afrikanerin zu retten. Es gab nur drei kleine Hospitäler für das ganze Gebiet. Die Schulen im TTL wurden zum größten Teil von Missionen getragen. Auch dafür sollten keine staatlichen Gelder „verschwendet" werden. Die neue Regierung macht große Anstrengungen, um sowohl das Erziehungs- als auch das Gesundheitswesen und die Wohnbedingungen der Afrikaner/innen zu verbessern. Wen wundert es, daß das TTL eine Hochburg der ZANU/PF ist.

Die Menschen im TTL haben während des Befreiungskrieges die ZANU/PF und die ZANLA-Guerillas tatkräftig unterstützt. Sie haben Essen für die Soldat/inn/en gekocht, Kleidersammlungen gemacht, als Nachrichtenübermittler gearbeitet. Sie unterbrachen die Telefonverbindung der Siedler – wir sehen noch heute entlang der Straße umgelegte Telefonmasten. Sie halfen Barrikaden bauen, um das Eindringen der rhodesischen Truppen ins TTL zu behindern – die Straßen sind erst vor kurzem geräumt und wieder befahrbar gemacht worden. Die Lehrer und Lehrerinnen im TTL hatten eine besondere Bedeutung bei der Unterstützung der Guerillas. Sie waren einige der wenigen, die ein Einkommen hatten. Von diesem Geld gaben sie regelmäßig an die Befreiungsorganisation ab. Deswegen wurden sie von den rhodesischen Truppen herausgegriffen und eingeschüchtert.

Wir erreichen die Schule, wo sich die Leute unter einem großen Baum zur Wahl versammelt haben. Frauen mit Kindern, junge Mädchen, alte Frauen sitzen auf dem Boden auf einer Seite, die Männer auf der anderen. Die Versammlung wird mit „Pemberi na ZANU" (Vorwärts mit ZANU) und anderen Parolen eröffnet. Eine Frau steht auf und stimmt einen afrikanischen Gesang an. Andere Frauen und Männer, alte und junge, tanzen dazu – Politik in einer festlich-fröhlichen Stimmung. In einer Ansprache erklären die Genossen, welche Aufgaben die Kandidaten haben werden. Von den vier nominierten Kandidaten (leider alles Männer) werden in einer offenen Wahl zwei gewählt. Endgültig soll in der Zentrale der ZANU/PF in Salisbury einer von beiden entsprechend seines Lebenslaufes und seiner bisherigen Arbeit in der Partei ausgesucht werden. Ihm ist die Wahl zum Kreisrat sicher, denn die ZANU/PF hat hier keine Opposition.

Die Leute strahlen für uns ungeheuren Optimismus aus. Wieviel Hoffnung ist für sie mit dieser ersten Kommunalwahl in ihrem Leben verbunden. Patrick meint zu unserem Eindruck: Ja, seine Leute haben große Hoffnung und großes Vertrauen. Die Leute sind bereit, für den Aufbau hart zu arbeiten und sie wissen, daß große Veränderungen Zeit brauchen.

Die Kinder, die die Wahl miterleben, können die Bedeutung der Unabhängigkeit ihres Landes sehr gut einschätzen. Sie verabschieden uns mit einem Lied aus dem Befreiungskampf. Wir haben das Gefühl, das sind ganz andere Kinder, dies ist eine ganz andere Kindheit als unsere.

Am folgenden Tag werden wir von ZANU-Genossen abgeholt und fahren zu einem Treffen, das auf Veranlassung des Ministers für Kommunalpolitik und Häuserbau, Zwobgo, zustandegekommen ist. Der Minister ist aus Salisbury gekommen, um einen Konflikt zwischen vier Chiefs und ihren Familien zu lösen.

Das Problem hat seine Wurzeln im Ende des letzten Jahrhunderts, als Missionare der Dutch Reform Church aus Südafrika hierherzogen, die sogenannte Morgester-Missions-Farm gründeten und sich des Landes der Afrikaner bemächtigten. Nach der Unabhängigkeit Zimbabwes hat sich die Mission bereiterklärt, das Land an die ursprünglichen Besitzer zurückzugeben. Bevor aber geklärt wurde, welchen Familien wieviel Land gehört hatte, haben drei Chiefs mit ihren Leuten das zugesagte Land und Teile der Missionsfarm besetzt, dort ihre Häuser aufgebaut und angefangen, Felder zu bestellen.

Es gilt also, einen Streit zwischen den vier Chiefs zu schlichten. Der vierte Chief, der sich zurückgehalten hatte, den Gesetzesstandpunkt vertrat und auf eine Regelung gewartet hatte, verlangt jetzt auf der Versammlung, daß die anderen das Land räumen, die Häuser niedergerissen und die Felder zerstört werden. Der Minister läßt sich Wandkarten des umstrittenen Gebiets zeigen und hört sich geduldig die Darstellungen der verschiedenen Chiefs und der Missionare an. Er selbst kommt aus dieser Provinz und genießt das Vertrauen der Afrikaner/innen. Er wirkt als Schiedsrichter zwischen den verschiedenen Interessen der Chiefs und als Vertreter des übergeordneten Interesses, Lebensmittel zu erhalten. *„Ich kann nicht zulassen, daß Felder zerstört werden"*, erklärt er und entscheidet, daß die Besetzer bis zur Ernte bleiben dürfen. Bis dahin sollen in einer zweiten Versammlung auf Grund alter Dokumente die ge-

Ernte bleiben dürfen. Bis dahin sollen in einer zweiten Versammlung auf Grund alter Dokumente die ge-

nauen Besitzverhältnisse geklärt werden. *„Wir werden natürlich in die Bücher sehen, aber wir werden auch nach sozialen Gesichtspunkten verteilen."*

Während der Versammlung fällt uns auf, wie die traditionellen afrikanischen Frauen und die neue Generation von Frauen aufeinandertreffen. Die Gesprächspartner des Ministers sind die Chiefs, umringt von den männlichen Mitgliedern der Clans. Die Frauen kommen tanzend und singend zur Begrüßung des Ministers. Während der Diskussion sitzen sie vor der Tür und warten. Die einzige Afrikanerin, die an der Versammlung teilnimmt, erklärt uns, daß sie sich sicher ist, daß sich die afrikanischen Männer darüber gewundert haben, was sie dort wohl sucht. Sie gehört zum Stab des Ministers, ihre Aufgabe ist es, Ausbildungsprogramme für die ländliche Bevölkerung, insbesondere für die Frauen, zu entwickeln. Die Frauen in der ZANU müssen hart gegen die traditionelle Rolle der Frauen arbeiten, und dies braucht viel Zeit, erklärt sie uns.

Am Nachmittag des gleichen Tages fahren wir zu einem staatlichen Ausbildungs- und Trainingszentrum. In einem dreimonatigen Kurs wurde dort der erste Durchgang von „local government promotors" ausgebildet. Dies ist ein neuer Beruf, den die ZANU ins Leben gerufen hat. Die „local government promotors" sind Verbindungsglied zwischen der Regierung und der Bevölkerung. Ihre Aufgabe ist es, der afrikanischen Bevölkerung die neugewonnenen Möglichkeiten ihrer Interessensvertretung in der Kommunalpolitik verständlich zu machen. Z.B. sollen sie den Leuten helfen, ihre Anbaumethoden zu verbessern oder Kooperativen aufzubauen. Sie sollen informieren, wie sie Elektrizität und Wasser für ihre Dörfer beantragen können u.a.m.

Bewußt werden ehemalige Befreiungskämpfer/innen für diese Ausbildung ausgewählt. Es sind 37 Männer und 9 Frauen. Sie haben das erfor-



Kundgebung in Gutu. Sketch: Jugendliche mit Gewehren. Frauen im Dorf mit Schüsseln.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

3 Tage in Fort Victoria, Zimbabwe

Fortsetzung von der vorherigen Seite

derliche politische Bewußtsein und die jahrelange Erfahrung, im Krieg mit den Menschen in den TTLs zusammen gelebt und gekämpft zu haben. Der Minister hob in seiner Ansprache hervor: „*Ihr habt eure Qualifikation erworben, bevor ihr hierherkamt, die einzige Universität, die es zu besuchen lohnte, war der Krieg. ... Sich hinzusetzen und mit den Leuten zu reden und mit ihnen Probleme zu lösen, ist entscheidend. ... Wir wollen keine Programme, die auf dem Papier stehen, durchsetzen, sondern wir wollen wissen, was die wirklichen Bedürfnisse der Leute sind.*"

Eine große Verantwortung besteht für die ZANU darin, ihre ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfer wieder ins zivile Leben zu integrieren und sinnvoll am politischen Geschehen zu beteiligen. Wenn sie tausende von jungen Kämpferinnen und Kämpfern jetzt nach Hause zurückschikken (abgesehen davon, daß viele kein zu Hause mehr haben), würde die Partei ein großes politisches Potential verlieren. Anders als hier, wo die Kämpfer und Kämpferinnen nach kurzer Vorbereitungszeit für die Politik der Regierung eingesetzt werden können, sahen wir ein weiteres Projekt der ZANU in der Nähe von Salisbury. Dort bekommen ganz junge Kämpferinnen, die vor dem Krieg gar nicht oder nur kurz die Schule besuchen konnten, eine Schul- und Berufsausbildung.

Am nächsten Tag strömen tausende von Menschen aus dem TTL zu der Kundgebung in Gutu. Viele sind gekommen, um zum ersten Mal Mugabe reden zu hören. Eingerahmt von traditionellen Tänzen, Revolutionsgesängen und Sketchen über den Befreiungskrieg, werden die örtlichen Parteifunktionäre und die Minister vorgestellt.

Mugabe warnt in seiner Rede all die Feinde der Regierung und deutet an, daß sich die Regierung härtere Maßnahmen vorbehält. Es werde erwogen, Sicherheitskräfte zum Zivilschutz einzusetzen, die Unruhestifter ausfindig machen und den Behörden melden sollten. Er schlägt einen recht scharfen Ton an.

Die ZANU/PF, die als Gewinner aus der Wahl im Frühjahr hervorgegangen ist, hat im Sinne einer Politik der Versöhnung und der Einheit der Nation sowohl der ZAPU(PF), mit der sie ein Bündnis während des Befreiungskampfes eingegangen war,



Kundgebung in Gutu

wie auch der Partei der Weißen die Zusammenarbeit in der Regierung angeboten.

Mugabe sagt, daß er davon ausgegangen sei, daß die, die „*von anderen Parteien mit in die Regierung aufgenommen worden sind, der legal gewählten Regierung loyal gegenüber sein*" würden und „*die Bescheidenheit haben, zu akzeptieren, daß sie verloren haben.*"

Die Regierung scheint mehr Probleme mit den früheren Bundesgenossen als mit den Weißen zu haben. Hintergrund für Mugabes Warnungen sind verschiedene Ausschreitungen der vergangenen Zeit. Anfang November bekämpften sich ZANLA (militärischer Arm der ZANU/PF) – und ZIPRA (militärischer Arm der ZAPU) – Streitkräfte in einem Township von Bulawayo mit scharfen Geschossen. Ca. 50 Menschen, die meisten von ihnen Zivilisten, sind ums Leben gekommen, andere sind verletzt worden.

In dem Township sind in getrennten Lagern ungefähr dreitausend ZANLA- und ZIPRA-Exguerillas untergebracht. Angeblich haben sich ZIPRA-Soldaten durch scharfe Reden während einer ZANU-Kundgebung provoziert gefühlt und daraufhin das Lager der ZANLA angegriffen.

Neben diesen heftigen Auseinandersetzungen gab es verschiedene kleinere Zwischenfälle, bei denen ZANLA- und ZIPRA-Soldaten aufeinanderstießen. Uns fällt es schwer, die genauen Ursachen dieser Kämpfe zu benennen. Stammesrivalitäten mögen eine Rolle spielen: Die ZANU bezieht ihre Anhängerschaft aus dem größten zimbabwischen Stamm der Shona, während sich die ZAPU vorwiegend aus Ndebele zusammensetzt.

Einige ZANU-Mitglieder, mit denen wir gesprochen haben, erklären die Probleme damit, daß die ZAPU um die Macht zu kämpfen versuche. Auf die Frage, welche politischen Unterschiede zwischen ZANU und ZAPU zur jetzigen Phase existieren, haben wir keine befriedigende Antwort bekommen können. Zur Zeit gibt es noch keine Veröffentlichungen der beiden Parteien über ihre weitere Politik.

Ein weiterer Aspekt in der Analyse ist die psychologische Komponente. Minister Zwobgo erläuterte in einer Rede, daß die „*Ereignisse in einigen Städten, wo die Leute Granaten in Beerdigungen oder Bierhallen werfen, um Tod und Zerstörung zu sehen*" als Folgen des jahrelangen Kriegszustandes zu betrachten sind. Immer wieder und in allen Ländern würden Menschen auf die Belastungen des Krieges mit einer Kriegspsychose reagieren. In den USA nannte man es das Vietnamsyndrom, wenn heimkehrende GIs in Menschenmengen hineinfeuerten. „*Der Unterschied ist nur: in den USA wird es als psychologisches Problem, hier als Instabilität der Regierung gesehen.*" Frustration und unkontrollierte Emotionen mögen bei einzelnen Soldaten eine Rolle spielen, zumal ihre provisorische Unterbringung in überfüllten Lagern und das Harren auf eine neue Lebensperspektive, sei es die Übernahme in die National-Armee oder Hilfe bei der Wiedereingliederung ins zivile Leben, sicherlich eine große Belastung sind. Die Regierung hatte nach den Unruhen in Bulawayo für Verbesserungen in den Lagern gesorgt.

Die Kundgebung in Gutu endet unvorhergesehen: Nachdem die Ehrengäste die Tribüne gerade verlassen, Mugabe – wie wir später erfahren – gerade seinen Wagen bestiegen hat, fallen Schüsse. Die Kugeln fegen in nur geringem Abstand über die Menschen hinweg, die sich in sicherlich gewohnter Weise schützend auf den Boden werfen. Wir sind erschrocken und haben Angst. Im Hintergrund laufen Soldaten mit Gewehren im Anschlag auf das Gebüsch zu. Es fallen erneut Schüsse, wir gehen noch einmal in Deckung. Wir müssen unweigerlich an Bulawayo denken. Die Leute strömen auseinander. Es wird nicht mehr weiter geschossen. Wir atmen auf.

Die Umstände der Schießerei sprechen nicht dafür, daß ein Attentat auf Mugabe verübt werden sollte. Nachforschungen ergeben, daß die Schüsse von zwei ehemaligen ZIPRA-Kämpfern, die jetzt in die Nationalarmee integriert worden sind, abgefeuert wurden. Angeblich sei ein Wortwechsel zwischen ZANLA-Soldaten und ihnen vorangegangen. Die beiden ZIPRA-Männer sind im Feuergefecht erschossen worden. Drei Menschen aus der Menge sind verletzt.

Nach all diesen Ereignissen verlassen wir mit klopfendem Herzen Gutu.

Claudia und Mahiye

Farm der Befreiungskämpferinnen

Um einen Einblick in Aktivitäten von Frauen im neuen Zimbabwe zu bekommen, wenden wir uns an die Abteilung für Frauenfragen in der Zentrale der ZANU/PF in Salisbury.

Hier arbeiten drei von der Partei angestellte Frauen. Andere, z.B. Mrs. Mugabe und Mrs. Takawira, eine Senatorin, kommen in ihrer freien Zeit. Diese beiden Frauen haben viele Jahre politische Erfahrung im Kampf für Frauenrechte. Junge, frühere Guerilla-Kämpferinnen arbeiten hier als Sekretärinnen, während sie gleichzeitig abends ihre Ausbildung im „secretarial college" vervollständigen.

Aufgabe des Frauenbereichs ist es, den Aufbau von Frauenkomitees und Frauenaktivitäten im ganzen Land zu unterstützen. Als wir ins Büro kommen, treffen wir eine Delegation von Frauen aus einem der Tribal Trust Lands (den Afrikanern von den Weißen zugewiesenes, wenig ergiebiges Land), die sich beraten lassen wollen. Außerdem werden vom Frauenbereich Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Frauen organisiert. Eines ihrer Projekte ist ein Ausbildungszentrum (Womens' Educational Trainings Center) für junge Befreiungskämpferinnen. Die ZANU hat dafür eine von Weißen verlassene Farm, etwa 40 km von Salisbury entfernt, gekauft.

Wir fahren mit Anna Madzima, einer etwa 40-jährigen Zimbabwerin, die das Projekt betreut, und einer dänischen Lehrerin nach Ruwa. Die Einfahrt zur Farm ist prächtig, eine gepflegte Allee. Das Farmhaus ist weiß getüncht. So haben also die weißen Farmer gelebt. „Dieses Land war früher ein Paradies", erinnern wir uns an den Ausspruch eines weißen Farmers, dem wir beim Trampen begegnet sind. Wir gehen durch das Wohnhaus, wir erahnen noch die Annehmlichkeiten des Farmerlebens: großer Kamin im Wohnzimmer, geräumige Veranda, dahinter im Garten leuchtet der türkisfarbene Anstrich des swimming-pools. Auf engstem Raum treffen hier die ehemalige Welt der Weißen und das jetzige Leben der Afrikanerinnen aufeinander.

Wir gehen zu den Wirtschaftsgebäuden. Wo vorher afrikanische Arbeiter/innen Tabak sortierten, sind jetzt Schlafräume für die Mädchen eingerichtet. Blanker Steinfußboden; halbhohe Betonmauern grenzen die Nischen für die schmalen Feldbetten ab. Vierundsechzig Mädchen wohnen im Augenblick hier. Eine weitere Halle ist gerade eine Baustelle. Es sollen später bis zu 500 Mädchen und Frauen hier leben können.

Die Mädchen sind zwischen 14 und 20 Jahren. Fast alle von ihnen waren Soldatinnen, einige sind sogar Befehlshaberinnen in den ZANLA-Streitkräften (= militärischer Arm der ZANU/PF) gewesen. Ein Teil der Mädchen ist tagsüber in Salisbury. Sie gehen zu einem Schneiderei-Kurses. Andere besuchen eine Hauswirtschaftsschule. Sie kommen nur abends zum Schlafen zurück. Eine andere Gruppe hat hier vormittags Unterricht in Schreiben und Lesen. Einige von ihnen sind Analphabetinnen. Sie waren Befehlshaberinnen im Befreiungskrieg, aber sie hatten keine Gelegenheit, die Schule zu besuchen. Mrs. Mugabe hatte in einem Brief den Oberbefehlshaber der ZANLA aufgefordert, ihr die Mädchen zu nennen, die noch nicht einmal ihren Namen schreiben konnten, um sie hier aufzunehmen. Diese Mädchen werden weiterhin von der ZANLA bezahlt und werden auch noch bei Bedarf für militärische Missionen eingesetzt. Die Mädchen, die vorher schon die Schule besucht hatten, bekommen jetzt weiterführenden Unterricht. Eine Gruppe von fortgeschrittenen Mädchen geht zu einer technischen Schule in einer anderen Stadt. Wenn sie zurückkommen, sollen sie ihr Wissen an die anderen weitergeben. Nachmittags gehen die Mädchen aufs Feld. Mit Stolz zeigen sie uns bei einem Rundgang die Bananenstauden, die sie angepflanzt haben. Außerdem bauen sie Mais und Bohnen an. Langfristiges Ziel ist, daß die Farm sich selber mit Lebensmitteln versorgen kann. Zur Zeit fehlt es dafür noch an Land. Die Frauen hoffen, später das Land einer anliegenden Farm kaufen zu können. Außerdem soll eine Kinderkrippe entstehen, denn eine große Anzahl der Mädchen, die kommen werden, sind schwanger oder haben schon Kinder. 141 Schwangere und 228 Mütter leben zur Zeit noch auf einer anderen Farm der ZANU. Auf dieser Farm sind 7000 Flüchtlinge und Guerillas zusammengedrängt und warten auf eine neue Lebensperspektive.

In Zukunft sollen in Ruwa Erzieherinnen eingestellt werden, die die Kinder versorgen, so daß die Mütter tagsüber lernen und arbeiten können. „*Wir haben auch vor, Berater von Familienplanungszentren einzuladen. Bisher wollten die Mädchen von Verhütung nichts wissen. Sie wollten Kinder für den Befreiungskampf gebären,*" sagt Anna. „*Der Krieg ist ja nun vorbei, andere Sachen sind wichtig geworden.*"

Grundlegendes Lernziel für die Mädchen, die jahrelang im Busch unter schwierigen Bedingungen gelebt und gekämpft haben, ist es, ihnen zu helfen, sich im zivilen Leben zurechtzufinden (dazu gehört Hygiene, sich um ihre Kleidung zu kümmern, ihre Kinder versorgen zu können, erklärt uns Anna) und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, einen Beruf zu erlernen, mit dem sie sich ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Von Ruwa aus sollen den Mädchen Berufsausbildungsplätze vermittelt werden; z.B. haben zehn von ihnen gerade ein Stipendium im Ausland bekommen.

Den Frauen, die sich im Kampf mit der Waffe von der traditionellen Frauenrolle emanzipiert und Selbstbewußtsein erworben haben, soll die Möglichkeit gegeben werden, ihr Leben weiterhin selbst zu bestimmen. Ihre Waffe liegt jetzt in ihrer Ausbildung.

Es fehlt noch an Lehrkräften. Zur Zeit sind zwei Däninnen vom „Development Aid from People to People", einem Entwicklungshilfeprogramm der Tvind-Schulen hier beschäftigt. Sie können nur in Englisch unterrichten. Sie geben Unterricht im Nähen und in Landwirtschaft. Eine zimbabwische Lehrerin lehrt die Mädchen Schreiben und Lesen in Shona und Mathematik. Es fehlt außerdem noch an allen Ecken und Enden an Material, z.B. lernen die Mädchen meistens auf Papier zu nähen, und eine Rolle Garn muß unter ihnen aufgeteilt werden. Im ganzen Land werden neue Schulen und mehr Lehrer/innen gebraucht. Dies läßt sich daran ermessen, daß allein die Zahl der afrikanischen Grundschüler/innen seit der Unabhängigkeit von 800.000 auf 1,3 Millionen angehoben worden ist.

Wir treffen eine Gruppe von Mädchen in ihren Schlafräumen. Einige tanzen zu Kasettenrecordermusik. Jede von ihnen schüttelt unsere Hand. Während Anna in Shona übersetzt, wer wir sind und woher wir kommen sitzen die Mädchen zusammengedrängt auf ihren Betten, eine in Kampfuniform. Bleistifte stecken in ihren Haaren. Sie sehen uns ernsthaft, aber interessiert an. Wir fragen, ob wir Fotos machen können. Ja, wenn wir ihnen Abzüge schicken. Während wir Fotos machen, werden die Mädchen ganz ausgelassen. Sie posieren für die Kamera, einige möchten sehr gern einzeln fotografiert werden.

Wir gehen mit ihnen zusammen über das Gelände, schauen uns ihre Klassenräume und ihre Beete an. Einige Mädchen, die in der Schule englisch gelernt haben, nutzen die Gelegenheit, mit uns zu reden. Wie bei vielen anderen Gelegenheiten spricht uns ein Mädchen an, ob sie unsere Adresse haben kann. Sie möchte uns gern schreiben. Wir fragen sie, wie lange sie gekämpft hat. Als sie zehn Jahre alt war, ging sie zu den ZANLA-Truppen, jetzt ist sie 15, erklärt sie. Anna erzählt, daß viele Mädchen von zu Hause weggingen, ohne daß die Eltern davon wußten. Oft hätten die Eltern es nicht erlaubt aus Angst um die Kinder. Außerdem wollten die Kinder ihre Eltern nicht in Gefahr bringen. Andere wurden als kleine Kinder bei Überfällen durch die rhodesischen Truppen von ihren Eltern getrennt. Sie rannten „immer nach Osten", bis sie auf die Guerillas trafen.

Wir fragen, ob es schwierig für die Mädchen ist, sich vom militärischen Kampf auf die Anforderungen der Schule umzustellen. Nein, alle seien sehr begierig zu lernen. Anna erklärt, ihre Strategie sei, in den Kursen die früheren Guerillas mit anderen Mädchen zusammenzubringen, damit sie voneinander lernen können. Schon während des Krieges haben die Kämpferinnen mit den Frauen und Mädchen in den Dörfern zusammengearbeitet. Die Kämpferinnen haben deswegen nicht das Gefühl der Überlegenheit, denn sie waren darauf angewiesen, daß die anderen für sie Kleider sammelten, kochten und wuschen und ihnen als Nachrichtenüberbringerinnen halfen. Jetzt können die „zivilen" Mädchen sie beim Lernen unterstützen, während die Kämpferinnen ihre politischen Einsichten und ihre Erfahrungen im kollektiven Leben weitergeben.

Anna erzählt uns noch mehr von der Bedeutung, die die Frauen im Befreiungskampf hatten. „*Die Frauen konnten eine Menge tun, weil die Regierung unsere Aktivitäten nicht so leicht aufdecken konnte. Wir gaben vor, wir wären eine Kirchengruppe, oder wir würden uns zum Kochen und Backen treffen.*" Z.B. 1975 organisierten die Frauen ein großes „Kirchentreffen" in Umtali, einer Stadt in der Nähe der mozambiquanischen Grenze. Die Busse, die während der Nacht nach Umtali fuhren, waren von der rhodesischen Regierung genehmigt worden. In diesen Bussen versteckten sie Mugabe und Tekere und ermöglichten ihnen damit die Flucht über die Grenze. „*Wenn Soldaten kamen, begannen wir zu beten und zu singen.*" Allerdings wurden trotzdem viele der Frauen mehrmals verhaftet.

Die Herzlichkeit der Frauen in Ruwa und die Einladung, wir sollten doch wiederkommen, haben uns sehr beeindruckt. Wir sind sehr dankbar, daß sie uns soviel Zeit gewidmet haben... wo es doch soviel zu tun gibt für alle, die ein neues Zimbabwe aufbauen wollen.

Claudia und Mahiye

Gemeinsamer Kampf in Mittelamerika
Die Linke in Guatemala



Mittelamerika ist nicht nur durch die Existenz des befreiten Nicaragua und die unaufhaltsamen Kämpfe in El Salvador Krisenherd für den Imperialismus. Auch in einigen Nachbarländern nehmen die Kämpfe weiter zu. Guatemala steht dabei nicht nur als Aufmarschgebiet für die imperialistischen Söldner im Blickpunkt, sondern ebenso, weil die Kampfkraft der Bevölkerung beständig wächst und die Bedeutung der linken Organisationen zunimmt.
Die Informationsstelle Guatemala München schickte einen Solidaritätsaufruf zum Januar 1981 als internationalem Solidaritätsmonat für Guatemala (siehe Auszüge darauf im Kasten in diesem AK).
Wir versuchen hier, einen Überblick über die linken und revolutionären Organisationen in Guatemala zu geben, um die – vom Imperialismus beklagte – Instabilität der Region deutlich zu machen.

Anfang letzten Jahres beging die Militärdiktatur von Guatemala das Massaker in der spanischen Botschaft, dem 38 Menschen zum Opfer fielen. Seitdem hat sich die Repression noch weiter verschärft. Täglich fordert der von der faschistischen Militärregierung organisierte Terror gegen das Volk 20 bis 30 Opfer. Dieses Menschen sind Linke, Demokraten, Christen, Priester, Gewerkschafter und Journalisten. In Guatemala kann jedes kritische Wort den Tod bedeuten. Ausgeführt werden diese Morde entweder direkt vom Militär oder von einer der zahlreichen polizeilichen Organisationen oder aber von einer der vier eng mit den staatlichen Organen verflochtenen faschistischen Mörderbanden. Entweder werden ganze Dörfer oder Regionen abgeriegelt, dann meist vom Militär, um ungestört Massaker an der Bevölkerung begehen zu können, oder es werden Einzelpersonen entführt und umgebracht. Politische Gefangene werden nicht gemacht. Seit dem gewaltsamen Sturz der populistischen Regierung Arbenz im Jahre 1954 wurden 70000 Menschen ermordet. Heute verschärft sich die Situation in Guatemala täglich. Einmal sitzt den Herrschenden der Schreck über die siegreiche sandinistische Revolution in Nicaragua tief in den Knochen, vor allem aber deren enorm positive Auswirkungen auf die gesamte fortschrittliche und demokratische Bewegung in Guatemala selbst.

Trotz größter Schwierigkeiten...

Guatemala hat rund 7 Millionen Ein-
mala täglich. Einmal sitzt den Herrschenden der Schreck über die siegreiche sandinistische Revolution in Nicaragua tief in den Knochen, vor allem aber deren enorm positive Auswirkungen auf die gesamte fortschrittliche und demokratische Bewegung in Guatemala selbst.

Trotz größter Schwierigkeiten...

Guatemala hat rund 7 Millionen Einwohner. Davon sind 60 % Indianer, die 22 eigene Sprachen sprechen. 65 % der Bevölkerung sind Kleinbauern,und 70 % sind Analphabeten. Auf dem Land liegt der Analphabetismus bei 90 %. Die Linke steht hier vor einer riesigen Bildungsaufgabe. Lehrmittel in indianischen Sprachen müssen erst geschaffen werden. Druckschriften müssen wegen des hohen Analphabetismus illustriert werden. Die totale Repression verlangt eine vollständige Konspiration und Dezentralisation bei der Erstellung von Informationsmaterial. Weiterhin erfordert die Arbeit ein Höchstmaß an Mobilität. Wohn- und Versammlungsorte müssen ständig verlegt werden, ganze Druckmaschinen müssen heimlich umhertransportiert werden. Die revolutionären Organisationen in Guatemala sind gezwungen, Aufgaben zu übernehmen, die weit über das hinausgehen, was man normalerweise unter politischer und gewerkschaftlicher Arbeit versteht (Informationen nach ,,Lateinamerika Nachrichten'' Nr. 84).

...der Widerstand wird stärker und stärker

Eines der wichtigsten Zentren sowohl der Repression wie auch des Widerstandes ist die Zone der Fraja Transversal del Norte, der nördliche Seitenstreifen. Das Gebiet ist mit Militärstützpunkten übersät. Die Militärs, die nicht nur die Macht sichern wollen, verlangen ihren Anteil an den Pfründen. Da die Region an der Pazifikküste traditionell den Großplantagenbesitzern gehört, wichen die Militärs auf dieses Gebiet aus. Die hier lebenden Indianer werden kurzerhand vertrieben bzw. ermordet. Besonders interessant wurde dieses Gebiet auch durch die Funde von Nickel und Erdöl. Da in diesem Bereich immer noch Arbeitskräftemangel herrscht, wird der alljährliche Strom von Landarbeitern, deren eigenes Land zu klein ist, um die Familien zu ernähren und die sich deswegen zur Erntezeit auf den Plantagen der Pazifikküste verdingen müssen, zum Teil gewaltsam hierhin umgeleitet. Die gemeinsame Repression hat die verschiedenen Sprachgruppen der Indianer zusammengeführt. In einem Teil dieser Zone, in Quiche, führt die Bevölkerung den Krieg gegen das Militär. Diese Region ist das Hauptoperationsgebiet der größten Guerillaorganisation des Landes, des EGP (Ejercito Guerillero de los Pobres/Guerillaamee der Armen).

Ein weiterer wichtiger Schauplatz des Befreiungskampfes ist das Plantagengebiet an der Pazifikküste. Nur ein ganz geringer Teil der Plantagenarbeiter wohnen und arbeiten ständig dort. Der überwiegende Teil besteht aus Saisonarbeitern, die nur aus den indianischen Hochländern hierher kommen, weil ihre winzigen Ländereien sie nicht ernähren. Das ist aber gleichzeitig die Vorausseztung, daß den Plantagenbesitzern billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dies verhindert auch jeden Gedanken an eine Landreform. Würde dieses Prinzip durchbrochen, so würden den Plantagenbesitzern diese billigen Arbeitskräfte entzogen werden. Kein Indio würde mehr sein Gebiet verlassen. Bisher haben sich die Plantagenbesitzer immer erfolgreich durchgesetzt. In letzter Zeit gelang es der im indianischen Hochland verwurzelten Bauerngewerkschaft CUC (Comité de Unidad Campesina/ Komitee für die Einheit der Bauern), in der gesamten Küstenregion Organisationsstrukturen aufzubauen. Im Februar letzten Jahres streikten 70000 Arbeiter vierzehn Tage lang für die Vervierfachung des Mindestlohnes. Ein Streik dieses Ausmaßes war noch nie dagewesen. Vor Überfällen der Terrororganisationen, der Polizei und des Militärs schützten sich die Arbeiter mit der Drohung, sofort die Ernte zu verbrennen. Diese Drohungen wurden teilweise wahr gemacht. Der Streik erzwang eine Verdreifachung des Minimallohnes.

Das dritte wichtige Zentrum des Kampfes sind die Städte, insbesondere die Hauptstadt Guatemala-Stadt. Hier wurde besonders der Kampf der Coca-Cola-Arbeiter um eine gewerkschaftliche Organisation bekannt (siehe AK 172). Aber auch die Bewohner der Elendsviertel wehren sich seit langem mit harter Militanz gegen eine Erhöhung der Fahrpreise der 10 privaten Busgesellschaften. Mehrmals legten

Das dritte wichtige Zentrum des Kampfes sind die Städte, insbesondere die Hauptstadt Guatemala-Stadt. Hier wurde besonders der Kampf der Coca-Cola-Arbeiter um eine gewerkschaftliche Organisation bekannt (siehe AK 172). Aber auch die Bewohner der Elendsviertel wehren sich seit langem mit harter Militanz gegen eine Erhöhung der Fahrpreise der 10 privaten Busgesellschaften. Mehrmals legten

Demonstrationen die Hauptstadt lahm.

Als letztes wäre noch der Kampfschauplatz des Vulkanhochlandes zu nennen. Hier wird auf fruchtbaren, aber leider erosionsgefährdeten Böden Ackerbau betrieben. Die traditionell angebauten Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen werden immer mehr verdrängt durch profitträchtigere Produkte, die sich die indianische Bevölkerung nicht leisten kann. Daneben führt die vermehrte Technisierung der Landwirtschaft zu Entlassungen. Die Bauern reagierten unter Führung der CUC mit Demonstrationen und Kirchenbesetzungen (Informationen nach ,,Lateinamerika Nachrichten'' Nr. 84).

Der Widerstand organisiert sich!

Bereits 1976 wurde der gewerkschaftliche Dachverband CNUS (Comite Nacional de Unidad Sindical/Nationales Komitee der gewerkschaftlichen Einheit) gegründet. Ihm gehören auch der CUC und die Gewerkschaft der Coca-Cola-Arbeiter an. CNUS ist heute die führende und umfassende Gewerkschaftsorganisation (ebenda).

Der Prozeß der massiven allseitigen Repression und der wachsende Widerstand veranlaßten den Gewerkschaftsbund CNUS, die Initiative zur Gründung einer breiten Front gegen die Repression zu ergreifen. Im Februar 1979 wurde die FDCR (Frente Democratico Contra la Repression/Demokratische Front gegen die Repression) gegründet. Der überwiegende Teil der legalen Organisation des Volkes ist in ihr zusammengeschlossen: der CNUS, die Studentenvereinigung, die Organisation der Elendsviertel, Gruppen engagierter Christen und die beiden sozialdemokratischen Parteien des Landes. Nicht in der FDCR organisiert sind die vier Guerilla-Gruppen. Es ist anzunehmen, daß diese Nichtmitgliedschaft etwas mit einem Legalitätsanspruch der breit gefächerten FDCR-Mitglieder zu tun hat, die durch eine Zusammenarbeit nicht von vornherein jegliche legale Arbeit aufgeben wollen, was aber ein Zusammenschluß mit der Guerilla bedeuten würde. Die Guerillagruppen, zumindest die EGP begrüssen die FDCR und äußern sich solidarisch über sie.

Am 19.Mai 1980 veröffentlichte die FDCR ein Manifest, in dem es heißt: ,,*eine neue Regierung muß revolutionär sein: Erstens, weil sie die völlige Entmachtung einer Klasse voraussetzt, deren Interessen ganz offensichtlich denen der Mehrheit widersprechen. Zweitens, weil diese Entmachtung nur das Ergebnis eines revolutionären Kampfes sein kann, da alle legalen Wege versperrt sind.*'' Weiter heißt es in der Erklärung: Die FDCR arbeite für:

,,*- die Bildung einer umfassenden patriotischen Befreiungsfront, an der alle revolutionären und demokratischen Volkskräfte teilhaben,*
— die Vereinigung aller Bemühungen, Fähigkeiten und geistigen Kapazitäten, die zur Ausarbeitung des Programms der revolutionären Regierung nötig sind.''

Außerdem: Aufklärung der Weltöffentlichkeit über die Repression, konkrete Unterstützung und Solidarität mit den Familien, die Opfer der staatlichen Unterdrückung wurden und Kampf um die Abschaffung der Gesetze, auf die sich die Verantwortlichen für die Repression stützen. Dazu sollen Komitees juristische Vorschläge ausarbeiten. Die Gründungserklärung der FDCR wurde von mehr als 300 Organisationen und Gruppen unterzeichnet. Allen Mitgliedsorganisationen ist in der Plattform der ,,*Respekt vor ihrer Integrität und organisatorischen Unabhängigkeit*'' garantiert, ebenso wie ein ,,*umfassendes Mitspräche- und Teilnahmerecht der Basis jeder Organisation, aus der sich die Front zusammensetzt*'' (aus: Erklärung der Demokratischen Front gegen die Repression).

Die Guerilla-Organisationen Guatemalas:

1. PGT (Partido Guatemalteco de Trabajo/ Guatemaltekische Partei der Arbeit; heute die revisionistische Partei Guatemalas)

Die PGT entstand 1949 während der Periode der populistischen Regierung Arevalo/Arbenz. 1951 wurde sie offiziell legalisiert. Die PGT organisierte Anfang der 60er Jahre eine Guerilla,

Guatemalas:

1. PGT (Partido Guatemalteco de Trabajo/ Guatemaltekische Partei der Arbeit; heute die revisionistische Partei Guatemalas)

Die PGT entstand 1949 während der Periode der populistischen Regierung Arevalo/Arbenz. 1951 wurde sie offiziell legalisiert. Die PGT organisierte Anfang der 60er Jahre eine Guerilla,

die Bewegung des 20. Oktober. Diese schloß sich nach zwei Jahren mit zwei weiteren Guerilla-Gruppen zur FAR zusammen. Während der 60er Jahre kam es zu schweren Konflikten zwischen der PGT und der FAR. Einmal, weil die PGT die Hoffnung auf eine demokratische Öffnung, d.h. für sie vor allem Legalisierung, nicht aufgeben wollte und immer wieder versuchte, sich mit den Herrschenden zu arrangieren, zum anderen, weil die PTG mehrfach versucht hat, die Guerillabewegung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dies führte 1967 zur Trennung der PGT von der FAR.

Der 4. Parteikongreß der PGT 1969 stellte fest, daß eine gesellschaftliche Veränderung in Guatemala nur möglich ist durch einen bewaffneten Kampf gegen die Militärdiktatur und durch die Vereinigung aller oppositionellen Kräfte. Dieser Fortschritt wurde jedoch bald durch die Kugeln der Militärs wieder zunichte gemacht. 1972 wurde das gesamte Zentralkomitee der PGT, das vor allem diese neue Politik durchgesetzt hatte, ermordet. Danach spaltete sich die Partei in die ,,Camarilla'', den Teil, der den bürgerlich demokratischen Weg zum ,,Sozialismus'' anstrebt und den ,,Nucleo de direccion'', der den bewaffneten Kampf mitträgt (und unter dem Namen PGT firmiert).

2. FAR (Fuerzas armadas Rebeldes/ Bewaffnete aufständische Kräfte)

Die FAR wurden 1962 durch einen Zusammenschluß von drei Organisationen gegründet. Diese Organisationen sind: Die Bewegung des 20. Oktober (s.o.) — die Revolutionäre Bewegung des 13. November, MR 13. Sie wurde von den Offizieren gegründet, die am 13. November 1960 versucht hatten, die Regierung Idigoras Fuentes zu stürzen. Und schließlich die Bewegung des 12. April. Sie ging von den Universitäten aus und wurde vor allem von Studenten und Intellektuellen getragen.

Zunächst operierten die FAR in den Departmentos Izabal und Zapaca. Hier wurden Angriffe auf Polizeistationen und Niederlassungen ausländischer Firmen, vor allem gegen die United Fruit Company, geführt. Seit 1971 arbeiten die FAR in der Arbeiterbewegung.

3. ORPA (Organizacion del Pueblo en Armas/ Organisation des bewaffneten Volkes)

Die ORPA trat nach 8-jähriger Vorbereitungszeit 1979 zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. In der Vorbereitungszeit wurden vor allem Bildungsaufgaben wahrgenommen, z.B. ein Geschichts- und ein Geographiebuch entwickelt. Die ORPA erhebt für sich keinen Avantgarde-Anspruch im revolutionären Prozeß. Die ORPA versteht den Befreiungskampf in Guatemala als einen langandauernden Volkskrieg, an dessen Ende nicht nur ein freies Guatemala, sondern ein revolutionäres, vereintes Mittelamerika stehen soll.

Die ORPA richtet sich besonders gegen den Rassismus, der die ausgebeutete Klasse spaltet und die Diktatur und das System festigt. Die ORPA operiert hauptsächlich im Vulkanhochland und im Plantagengebiet an der Pazifikküste.

,,*Die Vorgehensweise der ORPA wiederholt sich mehr oder weniger bei jeder ihrer Aktionen: Sie besetzen militärisch einen Ort, entwaffnen alle möglichen lokolen Autoritätspersonen, man lädt die Bevölkerung ein, sich auf einem öffentlichen Platz zu versammeln, man verliest eine revolu-*

operiert hauptsächlich im Vulkanhochland und im Plantagengebiet an der Pazifikküste.

,,Die Vorgehensweise der ORPA wiederholt sich mehr oder weniger bei jeder ihrer Aktionen: Sie besetzen militärisch einen Ort, entwaffnen alle möglichen lokolen Autoritätspersonen, man lädt die Bevölkerung ein, sich auf einem öffentlichen Platz zu versammeln, man verliest eine revolu-

tionäre Botschaft, in der man zur Teilnahme am Volkskrieg aufruft, sie malen Parolen an die Wand, man stellt informative Plakate sowie Transparente auf mit dem Namen und den Symbolen der Organisation, man diskutiert und verteilt Informationsmaterial an die Bevölkerung'' (aus ,,Guatemala Nachrichten'' 3/80).

4. EGP (Ejercito Guerillero de los Pobres/ Guerillaarmee der Armen)

Die EGP ist die bekannteste und größte Guerillaorganisation Guatemalas. 1972 wurde sie aus Kreisen der FAR und der PGT gegründet,und 1975 trat sie zuerst mit militärischen Aktionen an die Öffentlichkeit. Die EGP operiert in der Quicheregion und im nördlichen Seitenstreifen. Die Mitgliedschaft der EGP setzt sich aus allen Bevölkerungsteilen zusammen. Dabei stellen die Indianer einen besonders großen Teil der Mitglieder, auch der Führungsmitglieder. Die EGP wurde durch sehr spektakuläre Aktionen bekannt. So entführte sie durch 16 bewaffnete Kämpfer am 7. Oktober 1979 den 27-jährigen Jorge Raul Garcia, Sohn eines Plantagenbesitzers und Neffe des Präsidenten General Romeo Lucas Garcia. Mit der Entführung setzte die EGP die Forderung nach Veröffentlichung von Erklärungen in 8 lateinamerikanischen Zeitungen, in der ,,New York Times'', in der ,,Washington Post'' und in der ,,Chronicle'' durch.

Ein Mitglied der EGP saß vier Jahre lang im guatemaltekischen Innenministerium und brachte Beweise für die Unterstützung Guatemalas durch Israel, USA, Argentinien, Chile und Honduras ans Tageslicht, ehe er über Panama nach Kuba floh (,,SZ'', 10.9.80).

Für die EGP ist der einzige Weg zur Befreiung der des langandauernden Volkskrieges auf Grundlage der Organisierung der Massen. Bei dem Wort Massen denkt die EGP auch besonders an die Indianer. In ihrer Erklärung heißt es: ,,*In Guatemala gehört eine Mehrheit der Bevölkerung — 60% — zu 22 ethnischen Minderheitsgruppen. Zusammen bilden diese Gruppen die Mehrheit der Guatemalteken, die Mehrheit, die einen berechtigten Anspruch auf ihr Land hat*'' (EGP, 25.1.79). Zu ihrem Verhältnis zu den anderen guatemaltekischen Organisationen sagt die EGP: ,,*Die Gremien — und Volksorganisationen haben sich in unserem Land in den letzten 5 Jahren auf allen Gebieten verstärkt. Das findet seinen Ausdruck ohne Zweifel am stärksten im Comite Nacional de Unidad Sindical und in der Frente Democratico contra la Repression*'' (Erklärung EPG Okt. 79).

Im Juni letzten Jahres war es dann soweit: Alle vier Guerilla-Organisationen — FAR, PGT, ORPA und EGP — kündigten in Costa Rica ihre Vereinigung an. Mit einer Plattform und Programmatik wird in diesem Jahr gerechnet.

(Informationen, wenn nicht anders angegeben nach: ,,Guatemala-Nachrichten'' 3/80, ,,Lateinamerikanachrichten'' Nr. 84, ,,El Parcial'' Nr. 2/Nov. 80).

Lateinamerika-Kommission

Internationaler Guatemala-Solidaritätsmonat

Internationaler Guatemala-Solidaritätsmonat Januar 1981

,,*Die drohende Intervention der USA in El Salvador gefährdet genauso die weitere Entwicklung des revolutionären Nicaragua wie auch den immer massiver werdenden Befreiungskampf in Guatemala. Die Befreiungsversuche der Völker Mittelamerikas für soziale Gerechtigkeit, für Basisdemokratie und für ein menschliches Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung sollen mit allen Mitteln verhindert werden. Unsere Aufgabe ist es zu versuchen, dies zu verhindern und uns solidarisch mit den Menschen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala auf eine Seite zu stellen.*

Um auch hier in der Bundesrepublik mehr Interesse und Unterstützung für den Befreiungskampf des Guatemaltekischen Volkes zu erhalten, veranstalten wir im Januar 1981 einen internationalen Guatemala-Solidaritätsmonat, der zur gleichen Zeit in mehr als 10 europäischen Ländern stattfindet. In dieser Zeit werden die Guatemala-Solidaritätskomitees verstärkt durch Publikationen, Flugblätter, Plakate und Informationsveranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Wir möchten Sie bitten, die Guatemala-Solidaritätskomitees in ihren Bemühungen zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Befreiung des Volkes von Guatemala zu leisten''.

Dies ist ein Ausschnitt aus einem Aufruf, den die Informationsstelle Guatemala München zur Solidarität mit Guatemala verschickt hat. Spenden auf das Postscheckkonto 208159-802 München Koordination der Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Guatemala in der BRD und Westberlin.

Ein Jahr Karmal-Regierung — Ein Jahr sowjetische Intervention

Vor gut einem Jahr, im Dezember 1979, wurde in Afghanistan die Amin-Regierung durch die heutige Karmal-Regierung gestürzt. Gleichzeitig intervenierte die Sowjetunion mit einem *„begrenztem militärischen Kontingent"* zugunsten der Karmal-Gruppe.

Im folgenden Jahr geschah viel in und mit Afghanistan. Die imperialistischen Staaten, allen voran der US-Imperialismus, integrierten die sogenannte Afghanistan-Frage in jeder nur erdenklichen Weise in ihre Kriegsvorbereitungen. Afghanistan wurde zum Symbol des neuen ‚Kalten Krieges'. In allen imperialistischen und proimperialistischen Staaten mußte Afghanistan als Rückendeckung für Aufrüstung und als vermeintlicher Beleg für eine sowjetische Vorwärtsstrategie herhalten. Währenddessen leitete die Karmal-Führung in Afghanistan die von ihr so benannte *„2. Etappe der April-Revolution"* ein: unter dem Schutz und später der Beteiligung der sowjetischen Truppen sollte dem Land Stabilität und Frieden gesichert werden, sollte der bewaffnete Widerstand niedergeschlagen und die von Taraki 1978 begonnene Reformpolitik fortgeführt werden. Die Bedingungen hierfür waren von Beginn an ungünstig. Die afghanische Führung hatte nicht nur die innere und ausländische Konterrevolution zum Feind. Ähnlich wie in Kampuchea mußte diese Arbeit unter internationaler Isolation geführt werden.

Unter diesen Bedingungen hat die Karmal-Führung mehr erreicht, als ihr zu Jahresanfang 1980 irgendjemand zutraute: die militärische Lage konnte stabilisiert werden, der in- und ausländische Widerstand wurde augenscheinlich stark zurückgedrängt.

Ab Spätherbst 1980 – seit Karmal's Moskau-Besuch – gilt die Phase des Überlebenskampfes gegen den bewaffneten Widerstand offiziell als abgeschlossen. Nach dem Moskau-Besuch rückte vor allem die Frage des nationalen Aufbaus (Wirtschaft etc.) in den Mittelpunkt.

Bevor wir auf diesen ‚neuen' Kurs der afghanischen Führung eingehen, kurz ein Rückblick auf den bisherigen Verlauf der April-Revolution bis zum Dezember 1979 sowie die Entwicklung im Laufe des Jahres 1980 (bis zum Moskau-Besuch Karmal's).

Die April-Revolution bis 1980

Im April 1978 wurde das Terrorregime des Abu Dhoud durch das afghanische Militär gestürzt. Vorausgegangen waren Massenunruhen in Kabul anläßlich starker staatlicher Repressionen gegen die linke Opposition (1).

Die afghanischen Militärs ermöglichten die Bildung einer Regierung der PDPA (Volksdemokratische Partei Afghanistans), ein Zusammenschluß der ehemaligen Parcham- und Chalk-Partei (die allerdings beide ihre eigenständigen Parteistrukturen behielten). Die Regierungsämter wurden weitgehend zwischen den beiden PDPA-Flügeln Parcham und Chalk aufgeteilt. Ministerpräsident von Taraki, Amin und Karmal waren damals beide Regierungsmitglieder.

Taraki verkündete ein für Afghanistan grundlegendes Reformprogramm. Kernstücke des sogenannten „30 Punkte-Programm" waren: *„Durchführung einer demokratischen Landreform, Maßnahmen für die Planung im Innen- und Außenhandel, Abschaffung feudalherrschaftlicher Strukturen und die Stärkung des staatlichen Wirtschaftssektors unter Beibehaltung der kleinen und mittleren Unternehmen. Weitere Schritte sollen die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Korruption, Bürokratie sowie Alkohol- und Drogenmißbrauch sein"* (2). Außenpolitisch orientierte die Taraki-Regierung auf eine unabhängige, blockfreie Politik, es wurde versucht, zu allen Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen zu entwickeln. Dies scheiterte teilweise an der Haltung der betreffenden Staaten (zu nennen ist vor allem die VR China). (3)

Die April-Revolution entriß Afghanistan dem drohenden vollständigen Zugriff des Imperialismus. Abu Dhoud war kurz vor seinem Sturz dabei, großangelegte wirtschaftliche und politische Kooperationsprogramme mit dem damaligen iranischen Schah-Regime zu entwickeln. In vielen Bereichen übte zu diesem Zeitpunkt bereits das Schah-Regime über seinen Geheimdienst SAVAK direkte Gewalt in Afghanistan aus. (4) Die von Taraki anvisierte Reformpolitik geriet sehr schnell ‚unter Feuer'. Außenpolitisch wurde Afghanistan als *„unter kommunistischem Banner"*, als *„neuer Satelit Moskaus"* (5) angegriffen. Im Laufe der ersten Monate stellten fast alle westlichen Staaten ihre Wirtschaftshilfe ein.

Schnell regte sich in den Provinzen massiver Widerstand gegen die Durchführung des Reformprogramms. Gefolgsleute der Feudalherren und des moslemischen Klerus begannen den gewaltsamen Widerstand gegen diese Politik. Im Herbst/Winter 1978/79 entwickelte sich dieser Widerstand zum planvollen Terror gegen diejenigen, die die Reformpolitik durchführen wollten. Aus dieser Zeit sind die Berichte über zielstrebige Ermordung der PDPA-Anhänger, der progressiven Lehrer und Regierungsbeamten bekannt. Dieser ‚Widerstand' nahm im weiteren Verlauf des Jahres 1979 in einzelnen Provinzen den Charakter breiter konterrevolutionärer „Säuberungsaktionen" an. Wir erinnern hier an die Mordaktionen in Herat und anderen Städten 1979. Damals wurden anhand von Adressenlisten PDPA-Angehörige und sowjetische Berater systematisch ermordet.



Dieser Widerstand schuf sich Rückzugsgebiete im afghanisch-pakistanischen und iranischen Grenzgebiet, nutzte die Flüchtlingslager als Rekrutierungsbasis. Spätestens ab Mitte 1979 (wahrscheinlich aber schon früher) wurde der Kampf direkt aus den Flüchtlingslagern in Pakistan organisiert, von denen viele durch pakistanische Militärs und CIA zu Trainingszentren und Stützpunkten ausgebaut wurden. Bereits im Herbst 1979 nannten unabhängige Journalisten 12-20 solcher Lager (6).

Gleichzeitig mit dem durch CIA und pakistanisches Militär geförderten Anwachsen der militärischen Zusammenstöße traten starke Widersprüche im PDPA-Bündnis auf. In den ersten Auseinandersetzungen, z.T. noch 1978, verloren die wichtigsten Parcham-Vertreter in der Regierung ihre Posten, unter ihnen auch Karmal (7). Bis zum Sommer 1979 bestand der höhere Regierungsapparat fast ausschließlich aus Chalk-Anhängern, so daß ihr Führer Amin, schließlich den Putsch direkt gegen Taraki organisierte; Taraki selbst wurde ermordet (8).

Die folgende Amin-Regierung führte offenbar eine gründliche „Säuberung" des Staats- und Armeeapparates von Parcham-Anhängern durch. Tausende Parcham-Anhänger wurden inhaftiert, einige hingerichtet.

In der Zwischenzeit waren die wesentlichen Reformvorhaben (Landreform, Alphabetisierung) infolge des sich entwickelnden Krieges im Innern zusammengebrochen. Der Widerstand nahm immer stärker den Charakter einer regelrechten Intervention von Söldnertruppen aus dem benachbarten Pakistan und aus Iran an. Im Spätherbst 1979 wurde davon berichtet, daß mehrere tausend Söldner ‚marschbereit' an der pakistanischen Grenze in den ‚Flüchtlingslagern' warteten.

Die durch die Amin'schen Säuberungen geschwächte Armee war nicht mehr in der Lage, die Bedrohung abzuwenden. (Von der Säuberung war in der Armee vor allem der Offizierskader etc. betroffen.) In dieser Situation wurde Ende Dezember 1979 Amin gestürzt, zeitgleich marschierten unter etwas widersprüchlichen und ‚merkwürdigen' Umständen sowjetische Truppen in Afghanistan ein.

Die Politik der Karmalregierung 1980

Aus der Situation Ende 79 entwickelten sich zwangsläufig die Aufgaben der unter dem sowjetischen Schutz arbeitenden Karmalregierung im Hinblick auf eine Stabilisierung der Lage. Vorrangige Aufgabe war es, den Armee- und Staatsapparat zu reorganisieren und den in- und ausländischen konterrevolutionären Widerstand niederzuschlagen. Gleichfalls sollte versucht werden, die Machtbasis der afghanischen Führung durch taktische (?) Zugeständnisse zu verbreitern, bzw. so Konfrontationen abzubauen.

Zu Beginn des Jahres, kurz nach Karmal's Machtantritt, wurden in diesem Sinne zahlreiche Reformvorhaben auf Eis gelegt. Das *„Prinzip des Privateigentums"* und *„Beachtung der besonderen Bedingungen Afghanistans"* wurde entwickelt. Unter diesem Prinzip wurden bereits verstaatlichte Wirtschaftsbereiche wieder *„entstaatlicht"* (9), bereits verteiltes Land zurückgegeben, bzw. den geflüchteten ehemaligen Landbesitzern angeboten (10). Generell hieß es: *„Die neue demokratische Regierung von Afghanistan hat resolut der Gesetzlosigkeit und Willkür* (im Rahmen der Landreform, Anm. AK) *ein Ende bereitet"* (11). Hierzu zählte laut Landwirtschaftsminister Monand u.a. die Enteignung *„von 740.000 ha Land ohne Entschädigung"* (12). Es sei überdies durch die Landverteilung *„zuviel Vertrauen verloren gegangen"* (13).

Ausdrücklich wurde wieder das Recht auf *„Besitztum an zusätzlichem Land"* erklärt, auch *„Verkauf und Handel von Land wurde garantiert"* (14).

In ähnlicher Weise wurde wieder der *„Respekt vor der heiligen Religion"* erklärt (15). Zahlreiche moslemische Würdenträger, die im bisherigen Verlauf der Aprilrevolution unter Beschuß geraten waren, wurden rehabilitiert. Der Islam wurde *„zu zentralen Grundsätzen der neu auszuarbeitenden Verfassung"* erhoben. Auch auf anderen Gebieten wurden Maßnahmen oder politische Orientierungen zurückgenommen, weil sie nicht *„die besonderen Bedingungen Afghanistans respektieren"*. Die bereits erfolgten Schritte bei der Befreiung der Frauen (vor allem das Recht, eigenständig an den Alphabetisierungskursen teilzunehmen) wurden in diesem Sinne zurückgenommen, weil *„in einigen Regionen die Bevölkerung unzufrieden darüber war"* (17). Gleichzeitig mit dem Versuch, durch Rücknahme verschiedener Reformvorhaben, durch Zugeständnisse an die bürgerlichen und klerikalen Kräfte, die Lage zu entkrampfen, wurde versucht, den Regierungsapparat durch Integrierung eben dieser Kräfte zu verbreitern. *„Erstmals sitzen Nicht-Parteimitglieder im Kabinett, die sich durch Fachwissen und Erfahrung qualifizieren"* (18).

Diese Linie wurde im Verlauf des Frühjahrs 1980 weiter ausgebaut. Im März wurde erklärt: *„Das Land und alle beweglichen und nichtbeweglichen Eigentümer von Personen, die s e i t der großen Aprilrevolution konfisziert wurden... werden an die Besitzer oder ihre Bevollmächtigten zurückgegeben"* (19, Hervorhebung von uns). Es wurde a l l e n Betroffenen von Verstaatlichungen Entschädigungen zugesagt. Die Banken *„wurden verpflichtet, Maßnahmen zur Rückzahlung der Aktienpreise solcher Gesellschaften oder Personen einzuleiten"* (20). Dem moslemischen Klerus wurden Ende März wieder politische Beratungsrechte zugestanden. Bei der Regierung wurde ein *„aus 13 Personen bestehender Religionsrat gebildet"* (21).

Auf dem Hintergrund einer solchen Politik wurde die Reorganisierung der Armee und des Staatsapparates durchgeführt. Eine starke Rekrutierungskampagne für die Armee begann, später wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt. Über verschiedene Armeegesetze wurde die Reorganisierung der Armee flankiert (die Gesetze stellen vor allem Dienstverweigerung, Disziplinvergehen u.ä. Dinge unter Strafe) (22).

Über den Parteiapparat wurde die Bildung von Freiwilligen-Milizen ins Leben gerufen, die den Kampf der regulären Armee in den Wohngebieten, Dörfern etc. unterstützen sollten. Nach offiziellen Angaben rekrutieren sich die Milizen hauptsächlich über den demokratischen afghanischen Jugendverband (23).

Die Reorganisation von Armee- und Staatsapparat, wie auch der direkte militärische Kampf gegen den Widerstand, geschah mit massivem, vor allem personellem Beistand der Sowjetunion. Ende November 1980 gab Karmal bekannt, daß *„die UdSSR auf unseren Wunsch Experten und Ratgeber in nahezu alle Bereiche der Regierungsmaschinerie.. entsandt hat"* (24). Die Beteiligung sowjetischer Truppen an den militärischen Geschehnissen war bereits zuvor erklärt worden.

Der so entwickelte Kurs zur Stabilisierung Afghanistans war erfolgreich: Der afghanischen Führung gelang es, große Teile der inneren Opposition durch die gemachten Zugeständnisse zu neutralisieren. Außer den Aprilunruhen in Kabul sind tatsächlich keine nennenswerten nachweisbaren Aktionen o.ä. aus diesem Bereich bekannt. Und auch die Aprilunruhen in Kabul (Ladenstreiks) wurden bekanntlich recht schnell bewältigt.

Militärisch gelang es der afghanischen Armee und den sowjetischen Truppen offensichtlich bis Herbst 1980, den aus Pakistan und teilweise Iran operierenden Widerstand zurückzudrängen. Indizien hierfür sind die offiziellen Berichte, die seit Herbst 1980 zumeist Zusammenstöße in der Art von „Säuberungsaktionen" berichten. Gleichzeitig beschränken sich die Berichte der „Widerstandsgruppen' auf die Anklage gegen die Sowjetunion wegen militärischer Aktionen. Von den zur Jahresmitte mehrfach angekündigten Großoffensiven gegen Kabul ist inzwischen keine Rede mehr.

Die afghanische Parteiführung spricht heute davon, daß mit dem *„Aufbau von Regierungsorganisationen in den Distrikten, Subdistrikten die befreit wurden, begonnen wird"* (25). *„Beispielsweise können wir die Situation im Osten und Südosten positiv betrachten. Die erfolgreiche Durchführung der Schritte zur Eliminierung der Konterrevolutionäre hat es für das Hauptquartier möglich gemacht, ... mit dem Aufbau von Polizeieinheiten, Gruppen von Parteiaktivisten, Propagandagruppen in den ländlichen Gebieten zu beginnen..."* (25).

Regierungsorganisationen, Versorgungsstellen etc. sollen jetzt in allen Distrikten eingerichtet werden (26).

Allgemein heißt es zur militärischen Lage: *„Frieden und Normalität besteht wieder in den Regionen, in denen die Diener des Imperialismus vorher engagiert waren"* (27).

Bevor wir auf den neuen politisch-wirtschaftlichen Kurs nach dem Karmal-Besuch in Moskau eingehen, noch eine kurze Darstellung der wirtschaftlichen Lage.

Die wirtschaftliche Lage

Die Wirtschaftliche Situation hat sich 1980 katastrophal verschlechtert. Für die Landwirtschaft wurde im April 1980 noch ein Wachstum von 12% vorausgesagt (29); bereits Mitte Mai wurde diese Prognose auf 4,4% reduziert (30). Inzwischen deuten Zahlen aus dem Herbst 1980 bestenfalls auf einen Gleichstand, wahrscheinlich aber auf einen Rückgang hin: die jetzt anvisierte Weizenproduktion liegt mit 3 Mio. Tonnen in etwa auf dem Niveau der Vorjahre (2,9 Mio. Tonnen) (28). Die gesamte landwirtschaftliche Produktion stellt mit 4,6 Mio. Tonnen sogar einen Rückgang gegenüber den Jahren 1970 bis 1975 dar (die Gesamtproduktion lag hier immer über 4,6 Mio. Tonnen; als Spitzenwerte werden 5,2 bis 6,3 Mio. Tonnen angegeben) (31).

Überdies scheinen die offiziellen Zahlen ‚geschönt' zu sein. Obwohl Afghanistan mit den offiziell geschätzten Erträgen immer Selbstversorger war, mußte es 1980 10% der Weizenernte, das sind 290.000 Tonnen, aus der Sowjetunion einführen, (32).

Offensichtlich haben der Krieg und möglicherweise auch die Parcham/Chalk-Auseinandersetzungen (offiziell werden die wirtschaftlichen Rückgänge mit dem Kireg und der Amin-Zeit begründet) die landwirtschaftliche Produktion erheblich verschlechtert und unter das Niveau der Selbstversorgung gedrückt. **Insgesamt hat sich das afghanische Nationaleinkommen 1980 um 1 Mrd. Afghani auf 6 Mrd. Afghani reduziert (gegenüber 1979). Dies, obwohl der Anteil des Erlöses aus den afghanischen Gasexporten in die SU von 15 % (1979) auf 35 % Anteil am Nationaleinkommen gestiegen ist. O h n e die Erdgasexporte müßte sich das Nationaleinkommen um ca. ein Drittel reduziert haben (33).**

In engem Zusammenhang steht der Zustand der 1978 begonnenen Reformprojekte. Die L a n d r e f o r m steht heute formal auf dem gleichen Stand wie Mitte 1979, es gibt ungefähr 1.000 bis 1.100 Kooperativen (34). Als stärkstes Problem stellt sich nach den offiziellen Aussagen der Mangel an Saatgut und technischer Ausstattung für die Kooperativen und Einzelbauern, die Land erhalten haben. Nach offiziellen Angaben kann viel Land aus Mangel an diesen Dingen nicht bebaut werden.

Die A l p h a b e t i s i e r u n g steht auf demselben Stand wie Mitte 1979, ca. 1 Mio. Menschen haben die Kurse besucht (35).

Der neue politisch-wirtschaftliche Kurs

„Das größte politische Ereignis ist für uns auf der internationalen Bühne ... der Besuch unserer hohen Partei- und Regierungsdelegation in Moskau und der erfolgreiche Abschluß der Gespräche dort" (36).

Dem Moskaubesuch und dessen Ergebnissen wird große Bedeutung beigemessen, wie aus obigem Zitat von Karmal deutlich wird. Im Partei- und Staatsapparat finden seit diesem Besuch regelrechte Ausrichtungskampagnen statt.

Die Gespräche bzw. Ergebnisse der Moskauer Verhandlungen tragen der stabilisierten militärischen Lage Rechnung. Im Zentrum der kommenden Aufgaben steht neben der weiteren Niederschlagung der Konterrevolution vor allem der wirtschaftliche Aufbau, die Bildung einer „Nationalen Vaterländischen Front" und die Säuberung von Partei- und Staatsapparat.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Wiederaufrichtung der Wirtschaft

Die Wiederaufrichtung der Wirtschaft wird als wesentlichste Aufgabe angesehen. „*Im Verständnis, daß in der gegenwärtigen Phase der Revolution die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung von großer Bedeutung ist, wird das Plenum aufgerufen, das Politbüro, die Regierung, die Parteikomitees und Parteiorganisationen anzuweisen, sich auf die Stärkung der afghanischen Wirtschaft, einschließlich der Durchführung grundlegender sozialer Umschichtungen und Steigerung des Lebensstandards, zu konzentrieren*" (37).

Ausdrücklich wird hierbei auf die Frage der Landreform/Landwirtschaft hingewiesen: „*Sie sollten besondere Bedeutung der Lösung der Landfrage, der Beseitigung der feudalen und vor-feudalen Beziehungen und der Entwicklung der Kooperativenbewegung in den Dörfern widmen. Sie sollen den Lebensstandard und Wohlstand der Bauern heben.Es muß die Nahrungs- und Rohstoffversorgung der Bevölkerung und Industrie gesichert werden*" (38).

Die wesentlichen Sofortmaßnahmen sind der Ausbau der bestehenden Kooperativen, die Versorgung der Bauern insgesamt mit Saatgut, Dünger, technischem Gerät. Es sollen vorerst keine neuen Kooperativen aufgebaut werden. Das Ziel ist, kurzfristig die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln (39). Über die bestehenden Kooperativen soll versucht werden, moderne landwirtschaftliche Produktionsmethoden einzuführen (40).

Mit zahlreichen größeren und kleineren Projekten soll die Rohstofferschließung in Afghanistan vorangetrieben werden. Konzentriert wird sich hier auf die Erdgas- und Erdölausbeute, Ausbau der Kohle- und Erzminen sowie die Entwicklung von Aufbereitungsindustrien für Erdöl und Erze (41). Gleichfalls soll die gesamte Infrastruktur (vor allem die durch den Krieg zerstörten Straßen etc.) weiter ausgebaut werden (42).

Der brachliegenden privaten Wirtschaft sollen „*in Kürze gute und friedliche Investitionsbedingungen geschaffen werden*" (43). Investitionen von privater Seite sollen finanziell und durch Kooperation der Regierungsstellen unterstützt werden (43). Zur kooperativen Zusammenarbeit zwischen privater und staatlicher Wirtschaft wurde ein spezielles Gremium, die „*Wirtschafts-Konsultationskommission*", geschaffen. In ihr sitzen Vertreter der privaten Wirtschaft und der Regierung zusammen (44).

Ebenfalls kurzfristig sollen der Lebensstandard und die Nahrungsmit-

(44).

Ebenfalls kurzfristig sollen der Le-

bensstandard und die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung angehoben werden. Für den gesamten Sektor der Staatsbediensteten und Arbeiter wurden bereits Gehalts- und Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt (45). Zur Versorgung der Bevölkerung werden sofort Verbraucher-Kooperativen aufgebaut (46).

Ermöglicht wird dieses ehrgeizige Wirtschaftsprogramm durch neue und große finanzielle und materielle Spritzen seitens der Sowjetunion.

Hierzu heißt es allgemein: „*Die UdSSR hat zusätzliche Hilfe zur Reaktivierung der zerstörten Wirtschaft zugesagt*" (47). „*In allen diesen Bereichen und bei der Lösung aller dieser Fragen* (der gesamten Wirtschaftsfrage, Anm. d. Red.) *muß effektive und optimale Nutzung der Unterstützung von der UdSSR und anderer brüderlicher Länder gemacht werden*" (48).

Ausdrücklich wird genannt, daß die gesamte Rohstofferschließung mit sowjetischer Hilfe durchgeführt wird, daß bestehende Energielücken kurzfristig von der SU durch kostenlose Stromlieferungen gedeckt werden. Die Kooperativen werden vor allem mit materieller Ausrüstung durch die SU gestützt, ebenso werden die Verbraucher-Kooperativen von der SU aufgebaut (49). Auch die Steigerung der Löhne und Gehälter wird durch zusätzliche, hierfür vorgesehene sowjetische Gelder ermöglicht (50).

In einem Bericht der „TASS" über die ersten Ergebnisse der Moskauer Gespräche werden Zahlen für die kommende wirtschaftliche Hilfe genannt: Als nicht rückzahlbare Hilfe wird Afghanistan danach bis 1984 80 Mio. Rubel erhalten. 380 Mio. Rubel wurden der afghanischen Regierung zur Finanzierung von kurzfristigen Entwicklungsprojekten zur Verfügung gestellt. 200 Mio. Rubel werden als Kredit für die Entwicklung des Kupferabbaus gewährt. Weitere ca. 200 Mio. Rubel gehen in verschiedene kleinere Projekte.

Ca. 12.000 Tonnen Saatgut werden von der SU geliefert. Bewässerungsanlagen, Kraftwerke für die landwirtschaftliche Energieversorgung werden von der SU gebaut. „*Ein wesentlicher Trend ist es, die maschinelle und technische Basis der afghanischen Landwirtschaft aufzubauen*" (51).

Verschiedene Ausbildungsprogramme für afghanische Arbeiter und Bauern werden in den nächsten fünf Jahren in der SU durchgeführt.

Daneben leistet die SU beträchtliche materielle Hilfe, Bereitstellung von Fahrzeugen, landwirtschaftlichen Maschinen usw.

Alles in allem kommen aktuelle finanzielle Hilfsleistungen in Höhe von ca. 1 Mrd. Rubel (ca. 3,5 Mrd. DM) zusammen, hinzu wäre die materielle technische Hilfe, die personelle Unterstützung durch sowjetische Experten und die sonstige, zumeist RGW-Hilfe zu rechnen (alles 52).

Die „Nationale Vaterländische Front"

Politisch flankiert wird der aktuelle Kurs mit einem neuen Versuch des Aufbaus einer „Nationalen Vaterländischen Front". Bis zum Karmal-Besuch in Moskau gelang es der afghanischen Führung nicht, ein solches Bündnis zustandezubringen.

Auf der 4. Plenartagung des ZK der PDPA nach dem Karmal-Besuch wurde die Idee erneut vorgetragen: „*Um alle nationalen und patriotischen Kräfte des Landes...zu vereinigen, hält das Plenum es für notwendig, daß der Vorschlag des Politbüros betreffs der Formierung einer vaterländischen Front in der nahen Zukunft unterstützt und verwirklicht werden sollte*" (53).

Es hat den Anschein, daß es der afghanischen Führung auf dem Hintergrund der Gesprächsergebnisse aus Moskau tatsächlich gelungen ist, in dieser Frage einen Durchbruch zu erzielen.

Es gelang, die „Wirtschafts-Konsultationskommission" (ECC) zu etablieren. In ihr sitzen Vertreter der privaten Wirtschaft, der Handelskammern, Industrievereinigungen und private Kapitalisten mit Vertretern der Regierung zur Planung der Wirtschaft zusammen. Es ist dies das erste Mal seit Ende 1979, daß ein solcher Versuch gelang (54).

Ebenfalls gelang es der afghanischen Führung, mit zahlreichen Nationalitäten und Stämmen formelle Übereinkünfte zu erzielen. Am 19. 12. berichtet Radio Kabul von einer Übereinkunft mit der Nangarhar Ulema (einem nationalen und religiösen Führungsgremium der Stämme aus dieser Provinz) (55). Am 17.12. sprachen sich die Afridi- und Shinwoni-Stämme für Karmal aus. Dergleichen die Mahmond-Stämme, die Nuristen-Nationalitäten und die Safi-Stämme (56). Die Übereinkünfte

gleichen die Mahmond-Stämme, die Nuristen-Nationalitäten und die Safi-Stämme (56). Die Übereinkünfte

drücken in Form von Resolutionen die formelle Anerkennung der Karmalregierung aus, die Bereitschaft zur Verteidigung der Gebiete gegen konterrevolutionäre Kräfte und die Anerkennung der stets ausdrücklich als „vorrübergehend" formulierten Anwesenheit der sowjetischen Truppen. (57).

Solche Übereinkünfte bestanden bisher nicht, im Gegenteil waren bisher die Gebiete einiger Stämme, z.B. der Nuristen, eher Hochburgen des Widerstandes.

Konsolidierung der Lage

Neben den beiden zentralen Aufgaben (wirtschaftliche Entwicklung und Vaterländische Front) bleibt der weitere Kampf gegen die Konterrevolution bestehen - allerding in anderer Weise als bisher. Wir hatten bereits erwähnt, daß die afghanische Führung von einer vollständigen Befreiung des Landes ausgeht und Maßnahmen zur Konsolidierung der Macht in den ehemals vom Widerstand heimgesuchten Gebieten einleitet. Gleichzeitig wird darangegangen, im ganzen Land die politische Verwaltungsstruktur auf lokaler Ebene neu zu entwickeln.

Im einzelnen sehen die Maßnahmen vor:

- „*Aufbau von Regierungsorganisationen in den Distrikten und Subdistrikten, die befreit wurden*" (58),
- Aufbau von Parteigruppen und -kommitees in diesen Gebieten,
- Aufbau von Polizeistationen und -einheiten,
- Propagandagruppen sollen in die ländlichen Regionen, vor allem in die o.a. gesandt werden (59),
- Miliz- und Freiwilligeneinheiten werden zur Absicherung und zum Aufbau von zerstörten Schulen etc. in die Gebiete geschickt (60).

Generell sollen unterhalb der zentralen Regierung lokale und regionale Regierungsorgane entwickelt werden. Anvisiert wird offensichtlich eine gewählte lokale und regionale Struktur: „*Die Entwicklung und Durchführung des Gesetzes über lokale Regierungsorgane sowie die Durchführung der ersten demokratischen Wahlen gibt den Vertretern aller Schichten der Gesellschaft...die Gelegenheit, Interesse für die Regierungarbeit zu entwickeln*" (61).

„Säuberung von Partei- und Staatsapparat

Die Kritik an Partei- und Staatsapparat richtet sich gegen Ineffizienz, Verweigerung und Korruption:

„*Nichtsdestotrotz weist das ZK der PDPA darauf hin, daß eine große Zahl von Parteikomitees, Organen der Staatsautorität, Ministerien, Abteilungen und öffentlichen Organisationen die großen und wichtigen Aufgaben unseres Landes untergraben... Die meisten Institutionen setzen zuwenig Arbeit ein, produzieren weniger Waren als erwartet und möglich wären. Sie haben versäumt, die Ziele im Kohleabbau und bei der Bereitstellung anderer Energieträger durchzuführen...* (es folgen weitere Versäumnisse in wirtschaftlichen Fragen, Anm. AK) *...Die hauptsächlichen Gründe für die gegenwärtigen Bedingungen sind:*
- *Unzureichende Aktivitäten im Kampf gegen die Konterrevolutionären Banditen von fast allen Partei-komitees, der Armee, Sicherheitsdiensten und Polizeiorganen,*
- *Mißtrauen zwischen Kandidaten und Mitgliedern der Partei.*
- *Mangel an Bereitschaft und konkreter Instruktion von den höheren Funktionären gegenüber den unteren Mitgliedern...*" (62).

An anderer Stelle heißt es: „*Es sollte klar gesagt werden, daß eine große Zahl von Genossen nach wie vor nicht so effektiv und erfolgreich arbeiten, wie sie sollten und wie die Situation dies erfordert*" (63). Vorgeworfen wird vor allem höheren Funktionären eine mangelnde Zusammenarbeit mit den sowjetischen Beratern: „*Die UdSSR hat auf unseren Wunsch Experten und Ratgeber in fast alle Bereiche der Regierungsmaschinerie, der Ministerien und Verwaltungen geschickt...Wir sollten lernen von den technischen Experten unserer sowjetischen Genossen, wir sollten Organisation, Arbeitsmethoden usw. lernen. Dennoch haben einige unserer Funktionäre keine Augen für diese Möglichkeiten ... Einige legen alle Bürden und Verantwortungen für die praktische Arbeit auf die Schultern der sowjetischen Ratgeber*" (64).

Hohen und höchsten Funktionären wird „*Amtsmißbrauch*", „*Fraktionismus*", „*Unterdrückung und Bedrohung außerhalb ihrer Aufgabenbereiche*" vorgeworfen (65).

Besonders in Fragen der Mobilisierungskampagnen [illegible]

benbereiche" vorgeworfen (65).

Besonders in Fragen der Mobili-

sierungskampagnen wird hohen Funktionären Korruption vorgeworfen (66).

Auf dem Hintergrund dieser umfassenden Anklagen gegen einen Großteil der Partei wird offenbar eine weitgehende „Säuberung" und Reorganisierung der Partei eingeleitet.

Mitte November wurde die Partei-Kontroll- und Untersuchungskommission zur Überprüfung des Parteiapparates aufgerufen (67). Ende November wurde eine 13 Punkte umfassende Resolution veröffentlicht, die die Verfolgung von Korruption, Amtsanmaßung, Machtmißbrauch usw. im Staatsapparat zum Ziel hat (68).

Gleichzeitig wird die Partei aufgefordert, eine breite Rekrutierungskampagne zu entwickeln - bei gleichzeitiger stärkerer Kontrolle:

„*Sie* (die Parteikomitees) *sollen alle wirklichen Patrioten rekrutieren, d.h. diejenigen, deren Wissen und Erfahrung zum Nutzen der Revolution genutzt werden kann. Es ist notwendig, die Parteidisziplin zu stärken und die Rolle der Partei-Kontroll- und Untersuchungskommission in dieser Frage hervorzuheben. Gründliche Untersuchungen sollten gegenüber den Kandidaten und Mitgliedern durchgeführt werden, die nicht die Notwendigkeiten der PDPA-Charter erfüllen ...Keine Unterschiede dürfen hier in Position und Funktion gemacht werden*" (69).

Die Anklagen lassen vermuten, daß es um eine Ausrichtung des Parteiapparates auf die jetzt notwendigen Aufgaben des nationalen Aufbaus geht.

Alles zusammengenommen ergibt sich das Bild eines relativ stabilisierten Afghanistans. Der ‚neue' Kurs seit dem Moskauer Karmal-Besuch orientiert auf eine Art ‚Nachkriegsentwicklung', vor allen auf die schnelle Behebung der wirtschaftlichen Schäden und einem zügigen wirtschaftlichen Ausbau. Aufbau der lokalen und regionalen Verwaltungsorgane, Orientierung auf baldige lokale Wahlen deuten ebenfalls auf eine langfristige Zuversicht der afghanischen Führung hin.

Daß die jetzige Entwicklung Afghanistan in eine noch stärkere Abhängigkeit von der Sowjetunion treibt, liegt in der Natur der Sache. Bereits vor der Aprilrevolution im April 1978 waren für Afghanistan, eines der ärmsten Länder der Welt, Milliarden-Spritzen notwendig. Der Schah hatte seinerzeit alleine 2 Mrd. Dollar angeboten. Diese Summen werden für die Entwicklung Afghanistans gebraucht und sie kommen derzeit aus der SU - andere Staaten (außerhalb des RGW), die Afghanistan nennenswerte Hilfe geben, gibt es nicht.

Die Entwicklung zeigt einmal mehr, wie wenig Spielraum Länder wie Afghanistan zwischen den Machtblöcken haben. Eine andere Wahl als die zwischen Anlehnung an die SU oder den Imperialismus hatte Afghanistan seit 1978 wohl gar nicht. Gleichfalls muß für die Entwicklung im Laufe 1980 und jetzt festgestellt werden, daß sie ohne die sowjetische Unterstützung (einschließlich der Truppen) kaum möglich gewesen wäre. Bei aller Kritik und allem Unbehagen über die sowjetische Intervention ist es eine Tatsache, daß Afghanistan ohne diese Intervention heute möglicherweise wieder im Griff des Imperialismus wäre.

Was die weitere Entwicklung Afghanistans angeht, bleibt vor allem abzuwarten, ob und vor allem w i e die Reformierung der afghanischen Gesellschaft erneut eingeleitet wird.



Sowjetische Panzertruppen in Kabul

Eine Art Nachsatz

Eine Art Nachsatz

Die Entwicklung in Afghanistan liest sich so wahrscheinlich etwas überraschend. Sie ergibt keinerlei Übereinstimmung mit den Aussagen und Einschätzungen der bürgerlichen Presse, die z.T. immer noch den kurz bevorstehenden Zusammenbruch der Karmal-Regierung weissagt.

Ursache hierfür ist die v ö l l i g e Irrealität dieser Berichterstattung. Diese Presse stützt sich auf Aussagen von Flüchtlingen in Pakistan, auf ungenannte Diplomaten und vor allem auf selbstfabrizierte ‚gesicherte' Nachrichten. Die amerikanische antiimperialistische Zeitschrift „Counter Spy" hat kürzlich die Methode dieser Nachrichtenfabrikation anschaulich enthüllt. Beispielsweise wurde nachgewiesen, daß von Flüchtlingen aufgeschnappte Berichte über Unruhen in Kabul (wo diese Flüchtlinge seit Wochen nicht gewesen sind) von „BBC", „Deutscher Welle" oder anderen Sendern nach Afghanistan gesendet werden. Dies widerum wird von ‚Journalisten' aufgenommen und als Tatsache berichtet. Die Journalisten haben „recherchiert", sie haben zwei unabhängige Quellen (Flüchtlinge und „BBC", „Deutsche Welle", „AFP" o.ä.). „Counter Spy" weist zahlreiche völlig irreale Titelgeschichten der „Washington Post" nach. Berichte über ausgedehnte Kämpfe, die niemals stattgefunden haben (70). Ein aktuelles Beispiel macht die Methode deutlich:

Am 27.12. berichtet die „Deutsche Welle" : „*Der Vizepremier Afghanistans, Abdorrashid ist aus seinem Land geflüchtet, wie die pakistanische Presse berichtet*" (71). 2 Tage später berichtete die „Stimme Amerikas", daß der geflüchtete Vizepremier auf einer Pressekonferenz in Pakistan zu verschiedenen Reportern gesprochen hätte und jetzt irgendwo in Südpakistan lebe (72). Diese Meldung wurde von zahlreichen Presseagenturen übernommen. Der Haken an der Geschichte: Am 30. Dezember gab eben dieser angeblich geflüchtete Vizepremier in Kabul ein öffentliches Interview über die Fabrikation seiner Fluchtgeschichte (73). An der quer durch die Welt gelaufenen Story fehlte selbst das berühmte Körnchen Wahrheit.

Diese Art Nachrichtenpolitik hat bisher das imperialistische Engagement in Afghanistan flankiert. Solange die Imperialisten Afghanistan als Instrument in ihrer Kriegsstrategie brauchen, solange Afghanistan für jede Aufrüstung herhalten muß - solange kann den Presseberichten über Afghanistan nicht das geringste Vertrauen entgegengebracht werden.

Asien-Australien-Kommission

Quellen:
1) SZ, 30.4.78
2) DVZ, 25.5.78
3) SZ, 17.5.78
4) Counter Spy, US-Intervention in Afghanistan, Mitte 1980
5) NZZ, 5.5.78
6) s. Anm. 4
7) NZZ, 28.8.78
8) SZ, 18.9.79
9) Die Zeit, 8.2.80
10) Kabul Home Service (KHS), 2.2.80/SWB, 6.2.80
11) Tat, 25.1.80
12) PAP, 2.2.80/SWB, 12.2.80
13) Tat, 25.1.80
14) KHS, 25.1.80/SWB, 6.2.80
15) Die Zeit, 8.1.80
16) KHS, 25.1.80/SWB, 28.1.80
17) Radio Moskau, 25.1.80/SWB, 28.1.80
18) Die Zeit, 8.2.80
19) KHS, 16.3.80/SWB, 19.3.80
20) KHS, 24.3.80/SWB, 1.4.80
21) Die Neue, 20.3.80
22) KHS, 26.9.80/SWB, 1.10.80
20) KHS, 24.3.80/SWB, 1.4.80
21) Die Neue, 20.3.80
22) KHS, 26.9.80/SWB, 1.10.80
23) KHS, 23.10.80/SWB, 29.10.80
24) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
25) s. Anm. 24
26) s. Anm. 24
27) KHS, 28.10.80/SWB, 31.10.80
28) Tass, 1.4.80/SWB, 3.4.80
29) KHS, 13.5.80/SWB, 17.5.80
30) s. Anm. 28
31) Handbuch der 3. Welt, S. 17
32) KHS, 23.9.80/SWB, 27.9.80
33) KHS, 29.3.80/SWB, 2.4.80
34) Moskau Home Service, 29.3.80/ SWB, 3.4.80
35) Moskau World Service, 13.8.80/ SWB, 16.8.80
36) KHS, 27.12.80/SWB, 3.1.81
37) KHS, 15.11.80/SWB, 20.11.80
38) s. Anm. 37
39) s. Anm. 37
40) KHS, 11.12.80/SWB, 15.12.80
41) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
42) Tass, 23.10.80/SWB, 5.11.80
43) KHS, 9.12.80/SWB, 13.12.80
44) KHS, 9.12.80/SWB, 13.12.80
45) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
46) s. Anm. 39
47) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
48) KHS, 15.11.80/SWB, 20.11.80
49) s. Anm. 37
50) s. Anm. 37
51) Tass, 23.10.80/SWB, 5.11.80
52) s. Anm. 51
53) KHS, 15.11.80/SWB, 20.11.80
54) KHS, 9.12.80/SWB, 13.12.80
55) KHS, 9.12.80/SWB, 13.13.80
56) KHS 17.12.80/SWB, 20.12.80
57) s. Anm. 56
58) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
59) s. Anm. 58
60) KHS, 29.10.80/SWB, 1.11.80
61) s. Anm. 60
62) KHS, 15.11.80/SWB, 20.11.80
63) KHS, 14.11.80/SWB, 19.11.80
64) s. Anm. 63
65) s. Anm. 63
66) KHS, 5.12.80/SWB, 10.12.80
67) s. Anm. 63
68) KHS, 25.11.80/SWB, 28.11.80
69) KHS, 15.11.80/SWB, 20.11.80
70) Counter Spy, 11/80
71) Deutsche Welle, 27.12.80/SWB, 1.1.81
72) Voice of America, 30.12.80/ SWB, 1.1.81
73) KHS, 30.12.80/SWB, 1.1.81



Oreste Scalzone, detenuto dal 7 aprile 1979, è in gravissime condizioni di salute. Ha perso 14 chili di peso, il sovrintendente di Rebibbia chiede che sia immediatamente trasferito in clinica. Ma l'unico provvedimento sensato è quello di rimettere il detenuto in libertà. Ieri una manifestazione a Milano (a pag. 5)

immaginaria autentica di Lotta Continua al generale Dalla Chiesa. Mentre oggi comincia il grande show a Montecitorio con l'accusa pubblica a Cossiga, riveliamo quello che il generale pensa veramente del terrorismo italiano (a pag. 2-3)



BOLIVIA, I MINATORI CONTRO GLI AEREI

Anche La Paz ha il suo stadio dell'orrore, come sette anni fa Santiago. Continua la battaglia intorno alle miniere mentre il paese è paralizzato dallo sciopero generale
(dal nostro corrispondente, a pag. 4)

Domani Lotta Continua non sarà in edicola a causa dello sciopero dei poligrafici del Lazio e della Campania per le vertenze dei quotidiani «Il Messaggero» e «Roma» e per la vertenza sulla riforma dell'Editoria

lotta continua

...muß aufgeben

Daß die italienische Tageszeitung ,,Lotta Continua'' in schweren finanziellen Schwierigkeiten steckt, war lange bekannt. Und trotzdem macht die Kurzmeldung

,,Lotta continua stellt für unbestimmte Zeit ihr Erscheinen ein''

betroffen. Ab heute, Mittwoch den 14. Januar, wird sie an den italienischen Kiosken fehlen mit ihrem unverwechselbar rotem Zeitungskopf mal oben, mal seitlich, mal unten plaziert, die wichtigsten politischen Schlagzeilen der Titelseite einrahmend. ,,Lotta continua'', gegründet 1969 als Organ der gleichnamigen früher spontaneistischen Gruppe, hervorgegangen aus der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre, den Kampf in die Betriebe hineintragend, allem voran bei FIAT. Für mich war es ,,das rote Blatt'' Westeuropas, Ausdruck zugespitzter Klassenkämpfe, von denen wir hier träumten, ausdrucksstark vorgetragen von italienischen Genossen auf unseren Veranstaltungen zur faschistischen Gefahr in Italien oder zum 8. Mai, Tag der Befreiung vom Faschismus. Und insgeheim bewunderte ich die Genossen, die, gleich wenn die ,,Lotta'' im Buchladen ankam, sie kauften und manchmal fließend, manchmal schwerfällig, übersetzen konnten — Nachrichten aus einer ,,besseren Welt''. Als sich die Organisation ,,Lotta continua'' 1976 auf ihrem Kongreß in Rimini auflöste, registrierte ich das mit der Überraschung und Ungläubigkeit eines Genossen, der sich nicht kontinuierlich mit der politischen Situation Italiens beschäftigt hatte — und das Weitererscheinen ihrer Zeitung ,,Lotta continua'' nahm ich dafür, daß doch noch nicht alles ,,aus'' sein konnte. Es hat sich anders entwickelt: Die Zeitung wurde zwar von ehemaligen LC-Mitarbeitern gemacht, entwickelte sich aber zu einem linken Organ, das mit früheren Ansprüchen völlig brach. Weder vertrat LC weiterhin die Ansicht, daß eine Organisation der Linken zu schaffen sei, noch versuchte sie Antworten auf die Fragen der Linken zu geben. LC verstand sich im Gegenteil als eine Zeitung, ,,die alles in Frage (stellen wollte), was bisher Sicherheit für die Linke bedeutet hat'', wie uns Ruth Reimershofer, langjährige Mitarbeiterin, in einem Interview anläßlich eines Kultur-Solidaritätsfestivals für ,,Lotta continua'' im Februar vergangenen Jahres in Westberlin sagte (AK 171, S. 55). Die Zeitung schwamm ,,gegen den Strom'', war gegen ,,Verfestigungen'', hielt die derzeitigen politischen Organisationen in Italien für ,,degeneriert''. Sehr engagiert hat sie gegen die Gewalt der ,,Roten Brigaden'' und anderer bewaffneter Gruppen Stellung bezogen. ,,Nein zum Staat und Nein zu den Roten Brigaden'' war ihr Bekenntnis; wir empfanden diese Gleichsetzung oftmals als moralisierend. Zu schnell war der Stab gebrochen über Genossen, die der Staatsapparat angeklagt oder eingeknastet hat. Wir wollen aber auch feststellen, daß ,,Lotta continua'' es sich nicht hat verbieten lassen, Papiere und Texte bewaffneter Gruppen zu veröffentlichen, zuletzt die Kommuniques der ,,Roten Brigaden'' in Sachen Entführung des Richters d'Urso.

Als ,,Lotta continua'' im Februar letzten Jahres in Westberlin das Solidaritätsfestival veranstaltete, das übrigens so vielfältig und umfassend italienische alternative Kultur darstellte, daß die Einnahmen durch den Kartenverkauf gerade die Anfahrtskosten deckten, war die Lage bereits ernst. Lediglich durch ein tägliches Spendenaufkommen von 1.500 DM konnte die Zeitung noch am Leben gehalten werden. Sie druckte zuletzt noch 55.000 Exemplare und verkaufte davon knapp die Hälfte. In einem Land wie Italien, wo es noch Pressevielfalt gibt (wobei die Einstellung der ,,Lotta'' Ausdruck eines auch dort einsetzenden Konzentrationsprozesses ist) und das über keine Abonnenten-Tradition verfügt, muß jede Zeitung jeden Tag neu ihre Leser erobern. Ohne finanzstarken Verleger im Hintergrund, ohne Zugang zu wichtigen Anzeigenringen (von denen sogar ,,il manifesto'', die andere linke Tageszeitung, zehrt), ohne politische Organisation oder staatliche Subvention im Rücken mußte ,,Lotta continua'' die Verdreifachung der Papierpreise, um nur einen wichtigen inflationsgeschädigten Ausgabeposten zu nennen, extrem zu spüren bekommen. In Italien kann Papier nur über ein staatliches Monopol bezogen werden. Über eine lange Zeit hatte die Regierung die Zeitungen dafür mitsubventioniert, daß nur diese eine Einkaufsmöglichkeit bestand und andererseits der Verkaufspreis mit zuletzt 400 Lire höchstens festgeschrieben war. Schon vor mehr als anderthalb Jahren hat die Regierung das alte Pressegesetz aufgehoben — damit entfielen auch die für ,,LC'' lebenswichtigen Subventionen. Ein neues Gesetz ist erst ,,in Arbeit''. So wurde das Überleben von ,,LC'' ein Wettlauf mit der Zeit, am Ende eine scharfe Selbstausbeutung der ,,Blattmacher''. So manches Mal mußten die Redakteure für den Versand ihre eigenen Portemonnaies angreifen, damit die Zeitung überhaupt rausgehen konnte, erzählte mir Ruth in Westberlin. Schon drei Monate hatten sie damals keinen Lohn gesehen.

Nicht zuletzt aber ist die Einstellung von ,,Lotta continua'' auch Ausdruck der Krise der Linken. Wenn wir auch mit ,,Lotta'' nicht immer einer Meinung waren, ihr ,,vorläufiger'' Tod, der sicher nicht leicht rückgängig gemacht werden kann, macht uns betroffen. Nie hat sich diese Zeitung in den Dienst des Staates und der Reaktion gestellt. Beim ersten Lesen der Kurzmeldung überkam mich ein bißchen linker Weltschmerz. Jetzt denke ich, daß auch hier in der Bundesrepublik linke Publikationsorgane einen schweren Existenzkampf führen, um deren Erhaltung wir uns bemühen müssen. Dazu gehören der ,,Arbeiterkampf'', aber auch linke Tageszeitungen, auch wenn sie nicht immer meiner Meinung sind. Der Tod von ,,Lotta continua'', so meine ich, nützt nur der Reaktion, die ihn letztlich durch ihre Politik auch herbeigeführt hat.

Re., Italienkommission

Big-Flame-Kongreß

Am 6./7.12.80 fand in Leeds eine nationale Konferenz der englischen Organisation Big Flame statt. Big Flame und der KB sind seit längerem freundschaftlich miteinander verbunden (Zusammenarbeit im Rahmen der ,,Europa-Koordinierung'' revolutionärer Organisationen).
Es gab zwei Tage Diskussionen und Entscheidungen über:
- **die Aufgabe der revolutionären Linken in England angesichts der Tory-Offensive,**
- **die Verbindung von Sozialismus und Feminismus und die Rolle der Frauen innerhalb von Big Flame,**
- **die Solidarität mit dem irischen Befreiungskampf,**
- **die Frage der Gefahr eines dritten Weltkrieges, den Aufbau einer Bewegung gegen Kriegsgefahr und Atomkraftwerke.**

Unter den anwesenden Mitgliedern und Sympathisanten von Big Flame gab es eine deutliche männliche Überzahl; Kinder waren auch mitgebracht worden.
Zur Diskussion der einzelnen Fragen wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, während im Plenum über Resolutionen abgestimmt wurde.
Zur Debatte standen eine Reihe von Fragen, die bereits seit Wochen innerhalb der Organisation diskutiert wurden, und über die auf dem Kongreß Entscheidungen getroffen werden sollten.

Worker's plans

Dabei handelt es sich um Projekte von Arbeiterselbstverwaltung wie zum Beispiel ,,Lucas Aerospace'', die während der letzten Monate innerhalb der englischen Linken, aber auch Teilen der Gewerkschaften und der Labour-Party heiß diskutiert wurden. Umstritten ist die Einschätzung und Herangehensweise an solche Projekte: Sind sie ein fortschrittlicher Ansatz im Sinne von Emanzipation der Arbeiterklasse, oder besteht eher die Gefahr, z.B. durch die Einmischung von Labour, damit reformistische Illusionen zu verankern? Welche Bedeutung haben solche Projekte für den Klassenkampf, sind die Erfahrungen z.B. von ,,Lucas'' zu verallgemeinern?

Schließlich wurde dazu folgender Beschluß gefaßt: Big Flame wird ,,worker's plans'' unterstützen, wenn *,,die gesamte Belegschaft eines Betriebes einbezogen ist, wenn es reale Möglichkeiten gibt, die Entscheidungen bzw. Kompetenzen in die Hand der Arbeiter zu legen, wenn dadurch die Beteiligten lernen, die Irrationalität kapitalistischer Produktion zu durchschauen und ihre eigene Kreativität zu entwickeln, wenn dadurch Entlassungen verhindert und Verbindungen zwischen den Arbeitern der Fabrik und der 'community' hergestellt werden''.*

Andererseits wird im gleichen Beschluß jeder Vorschlag abgelehnt, der sich zwar als ,,worker's plan'' verkauft, aber von der Belegschaft nicht selber erarbeitet und durchgesetzt worden ist. Schließlich wird festgestellt, daß ,,worker's plan'' nicht als generelle betriebliche Kampfstrategie ausgegeben werden könne.

Neue Technologien und Arbeitslosigkeit

In dieser weiteren Resolution wird auf die Bedeutung neuer Technologien eingegangen, die zu radikalen Veränderungen der Arbeitsbedingungen führen (wie etwa: Verlust von Arbeitsplätzen, Dequalifizierung großer Teile der Arbeiterklasse, Verstärkung der innerbetrieblichen Kontrolle durch schärfere Hierarchie u.a.). Insbesondere geht es um die Rolle der Mikroprozessoren.

Während diese Aspekte der Einführung neuer Technologien schärfstens zu bekämpfen sind, wird gleichzeitig auf die Nicht-Neutralität von Technologie hingewiesen. Damit ist gemeint, daß neue Technologien ,,an sich'' nichts Schlechtes zu sein brauchen.

Big Flame fordert die Einfrierung neuer Technologien, solange nicht garantiert wird, daß keine Entlassungen vorgenommen werden bzw. die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Belegschaften nicht überprüft worden sind.

Schließlich unterstützt Big Flame ,,Ansätze in den Gewerkschaften, Pläne für alternative Produktionen'' auszuarbeiten nach dem Modell von ,,Lucas Aerospace''. *,,Alle Arbeiter müssen sich, wenn 'ihr' Betrieb geschlossen wird, darauf einstellen, die Produktion zu übernehmen, den Staat zu einer Nationalisierung zu zwingen bzw. Kooperativen zu unterstützen.''*

Weitere Tagesordnungspunkte waren der Beschluß über eine zentrale Kampagne gegen die rassistische Politik der Thatcher-Regierung sowie die Bekräftigung der Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse, insbesondere aufgrund der sowjetischen Drohungen. ,,Osteuropa-Solidaritätsarbeit'' soll demzufolge ein Schwerpunkt der zukünftigen Big Flame-Aktivitäten werden. In einer Resolution wird die Haltung von Big Flame zur UdSSR und zur VR China festgehalten:

,,1. Die Produktionsweise der Comecon-Länder (RGW) und Chinas ist staatskolletivistisch. Das bedeutet: weder kapitalistisch noch sozialistisch, noch befindet sie sich im Übergang von der einen zur anderen.
2. Staatskollektivistische Regimes können in begrenztem Sinne fortschrittlich sein, insofern sie Armut, Analphabetentum, Unterernährung etc. bekämpfen. Nicht aber in dem Sinne, daß die Arbeitenden wirklich selber über ihr eigenes Leben bestimmen. In diesen Ländern existiert weder proletarische Demokratie noch die Arbeitermacht.
3. Beziehungen zwischen staatskollektivistischen Ländern können Ausbeutung und Unterdrückung beinhalten. In diesem Fall ist der Hauptfeind für die fortschrittlichen Kräfte eines solchen (ausgebeuteten) Landes die herrschende Klasse des anderen (ausbeutenden) Landes.
4. Die Außenpolitik der SU wird hauptsächlich von ihrem eigenen Interesse bestimmt. Das hat zur Folge, daß die Sowjetunion einerseits die MPLA in Angola, aber andererseits Angriffe gegen Befreiungsbewegungen wie die EPLF in Eritrea unterstützt.

Internationale Solidarität

An diesem Punkt entwickelte sich eine lebhafte Kontroverse. Es ging um die Position von Big Flame zu nationalen Befreiungsbewegungen: uneingeschränkte Solidarität mit denselben (Kritik höchstens innerhalb der antiimperialistischen Bewegung, sprich nicht-öffentlich) oder Solidarität ohne Bedingungen einerseits, aber andererseits (ggf. öffentliche) Kritik falscher Positionen innerhalb der Befreiungsbewegungen, wie zum Beispiel in der Frauen- oder Schwulenfrage.

Vor allem die Mitglieder der Irland-Kommission sprachen sich für die erste Herangehensweise aus. Es sei eine große Schwächung für die Sache des irischen Volkes, daß sich Teile der englischen Linken und der Frauenbewegung mit dem Verweis auf Kritiken an Positionen bzw. Praktiken einzelner irischer Gruppen aus der aktiven Solidaritätsarbeit zurückgezogen hätten. (Zum Beispiel: Kritik an ,,patriarchalischen'' Denkweisen und Praktiken der ,,Republicans'', Infragestellung bewaffneter Anschläge auf Armee-Ziele u.ä.m.).

Übereinstimmend wurde die Verweigerung der Solidarität aus solchen Gründen kritisiert. Big Flame werde sich allerdings von Kritik an Positionen der IRA zum Beispiel zur Frauenfrage nicht abhalten lassen, soweit dies in einem fundierten und solidarischen Rahmen geschieht.

Innerhalb der Resolution bekräftigt Big Flame ,,Prinzipien in der Irland-Solidarität'':

,,1. Big Flame hält an seiner bedingungslosen Solidarität für alle antiimperialistischen Kräfte fest, die für Selbstbestimmung des irischen Volkes mit denen von ihnen gewählten Kampfmitteln eintreten.
2. Aus Gründen der höchstmöglichen Effektivität unserer Solidarität sollen Kritiken, die wir haben, ausschließlich innerhalb der antiimperialistischen Bewegung geführt werden.''

Über die Lage der Hungerstreikenden berichtete ein Genosse der Irland-Kommission, anschließend wurde eine Geldsammlung durchgeführt, die einige hundert Mark einbrachte.

Aufbau einer Bewegung gegen Kriegsgefahr und Atomkraftwerke

Der Beschluß, am Aufbau einer breiten Front gegen Kriegsgefahr, AKWs und Atomwaffen mitzuwirken, bildete eine der wichtigsten Entscheidungen der Konferenz. Im gleichen Zusammenhang wurde die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit unterstrichen, zum Beispiel im Rahmen der von der Russell-Foundation initiierten Kampagne für eine ,,Atomwaffenfreie Zone in Europa'' (siehe hierzu den Artikel von Ken Coates, Sekretär der Russell Peace Foundation im Buntbuch *,,Ist der 3. Weltkrieg noch zu verhindern?''*). Der Vorschlag des KB, in unserer Grußadresse vorgestellt, sich am geplanten ,,Friedenscamp'' im August 1981 in Larzac zu beteiligen, fand begeisterte Zustimmung.

Die Aktionseinheit unterschiedlicher politischer Strömungen, ungeachtet ihrer speziellen Vorstellungen über die Methoden des Kampfes (Gewaltfrage), sei notwendig für das Zustandekommen einer solchen breiten Front gegen Krieg und Atomprogramme. So müsse in dieser Frage auch das Engagement von Teilen der Labour Party unterstützt und gefördert werden.

Ein weiterer Hauptaspekt sei die Gewinnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter/innen: ,,*...Die Anti-Atom-Bewegung kann aus den gewerkschaftlichen Kreisen solange keine Unterstützung erwarten, wie sie kein Programm für eine alternative Produktion unterstützt, die den Verlust von Arbeitsplätzen im Falle einer Schließung nuklearer Industrie ausgleicht.''*

Über die gegenwärtige Lage

Zwei verschiedene Resolutionen lagen hierzu vor.

Die erste konzentrierte sich auf die folgenden Hauptpunkte:
Angesichts der Tory-Offensive gehe es nicht nur darum, Abwehrkämpfe gegen Arbeitslosigkeit und Sparpolitik u.a. zu führen, sondern um die Entwicklung einer sozialistisch-feministischen Kultur und einer Form politischer Aktivitäten, die *,,einen positiven Eindruck von einer sozialistischen Zukunft vermitteln''* helfen. Die autonomen Bewegungen der Schwarzen, der Schwulen, der Frauen sollten mit dem größen Einsatz unterstützt sowie die größtmögliche Einheit der Linken angestrebt werden. Nicht-sektiererische Methoden der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung müßten gestärkt werden.
Arbeitsschwerpunkte für die nächste Zeit sollten sein:
— Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sparpolitik, — Unterstützung der Wohnungskämpfe, — Frauenpolitik (insbesondere wurden dabei betont das Selbstbestimmungsrecht von Frauen u.a. in der Abtreibungsfrage sowie die Frage der Gewalt gegen Frauen), — Entwicklung der Diskussion um Feminismus/Sozialismus, — Unterstützung des irischen Befreiungskampfes, Unterstützung der antirassistischen und antifaschistischen Kämpfe sowie die Vorantreibung einer größeren nationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

An dieser Resolution wurde kritisiert, sie berücksichtige nicht die Entwicklung innerhalb der Labour Party: die Gewinnung linker Gewerkschafter/innen und Labour-Mitglieder müsse zentrale Aufgabe von Big Flame sein. Insbesondere müsse der ,,AES'' (,,Alternative ökonomische Strategie''), die wahrscheinlich in der einen oder anderen Form im Programm einer zukünftigen Labour-Regierung enthalten sein würde, mehr Beachtung geschenkt werden. (Die ,,AES'' ist ein Programm zur Umverteilung von Geldern auf den sozialen Sektor, wie Gesundheitswesen, aber auch zur Förderung von Firmen, die nach Plänen der Tories geschlossen werden sollen. In einigen Gemeindeverwaltungen oder Londoner Stadtteilen propagiert Labour die ,,AES''.)

Die Kritiker des ersten Vorschlags meinen dazu: *,,Wir glauben nicht, daß AES eine Basis für den Übergang zum Sozialismus bietet. Die wesentlichen Schwächen dieses Vorschlags sind vor allem der Glaube an die Veränderbarkeit des Kapitalismus ohne eine Einbeziehung der Masse der Arbeiterklasse. Dennoch, aufgrund des Einflusses des Reformismus und auch der AES innerhalb kämpferischer Teile der Arbeiterklasse, werden wir uns oft Seite an Seite zum Beispiel in Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit wiederfinden... Wir wollen zwar nicht den Kapitalismus verwalten, wir wollen aber versuchen, im Rahmen der AES Unterstützung für Arbeiterselbstverwaltungs-Initiativen zu organisieren. Gleichzeitig weisen wir alle Versuche zurück, mit der AES den Kapitalismus kosmetisch zu retuschieren...*

In diesem Rahmen sollten wir Versuche zur Demokratisierung der Labour Party unterstützen — auch ohne unsere eigenen Forderungen zu propagieren. Dies kann Illusionen in Labour fördern, gleichzeitig stärkt die Demokratisierung die Linke aber insgesamt (sowohl innerhalb als auch außerhalb von Labour) gegen die rechten Kräfte,

Fortsetzung auf der nächsten Seite

sie ermutigt auch Labour-Mitglieder zur Teilnahme an den Kämpfen und macht die begrenzte und widersprüchliche Natur reformistischer Politik für breite Teile der Arbeiterklasse klarer.“

Die Kontroverse entzündete sich vor allem an folgenden Punkten: Dieses (zweite) Papier beinhalte eine zu einseitige Ausrichtung an Labour, während doch die Hauptbündnispartner von Big Flame die autonomen Bewegungen seien. Ebenso würde die „AES“ überschätzt. Die Auseinandersetzungen mit dieser Strategie seitens der Linken sei zwar notwendig, sie müsse aber eine Infragestellung derselben sowie eine Untersuchung ihres tatsächlichen Einflusses beinhalten. Insbesondere von den Genossinnen war der Widerstand gegen diese Resolution scharf. Die Frauen tauchen dort nur an einer einzigen Stelle auf (notwendige Anerkennung der spezifischen Unterdrückung und der spezifischen Organisationsformen der Frauen).

Die Genossinnen kommentierten empört die patriarchalische Stoßrichtung dieser Resolution, wo ihnen unabhängige Organisationsformen nur deswegen zugestanden würden, weil sie innerhalb der kapitalistischen Krise besonders arm dran seien.

Beide Vorschläge wurden letztendlich mit etwa je 2/3 Für-Stimmen, bei 1/3 Gegenstimmen bzw. Enthaltungen angenommen. Viele Big Flame-Mitglieder stimmten nämlich für beide Resolutionen mit dem Hinweis, beide hätten ihre „Schwachstellen“, aber enthielten auch „wichtige programmatische Aussagen“... Einige Genos-s/inn/en bemerkten dazu selbstkritisch, das sei „Big Flame's good old tradition of fudging“ (Big Flames gute alte Tradition, alles zusammenzustoppeln bzw. zu vermantschen).

Interne Veränderungen bei Big Flame

Das Selbstverständnis von Big Flame wurde in einem neuen Statut-Passus formuliert: „*Wir gehen davon aus, daß traditionelle Modelle revolutionärer Parteien sich als unbrauchbar für eine sozialistisch-feministische Revolution erwiesen haben, weil sie elitär und autoritär waren und ein zu enges Konzept von 'Politischem' verfolgten.*

Wir wollen versuchen, am Aufbau einer revolutionären Partei mitzuwirken, die eine unentbehrliche Rolle beim Aufbau des Sozialismus zusammen mit den autonomen Bewegungen und anderen Massenorganisationen spielen kann.“

Es soll nach einem neuen Namen für die Zeitung von Big Flame gesucht werden. Zeitungs- und Schulungsarbeit sollen verbessert werden. Eine weitere Konferenz zu „Inneren Strukturen“ und zur Rolle der Frauen bei Big Flame soll demnächst einberufen werden.

Frauentreffen auf dem Kongreß

Im Rahmen des Kongresses fand eine Frauenversammlung statt. Von vielen

Frauentreffen auf dem Kongreß

Im Rahmen des Kongresses fand eine Frauenversammlung statt. Von vielen

Genossinnen wurde auf Mängel innerhalb ihrer Organisation hingewiesen. So würde zwar der Anspruch bestehen, eine sozialistisch-feministische Gruppe zu sein, doch habe frau oft den Eindruck, dies sei nur wegen der größeren Attraktivität nach außen. Dringend geboten sei die Durchsetzung gründlicherer und feministischer Kenntnisse und Standpunkte über sexuelle und klassenbedingte Unterdrückung. Das zeige gerade die Resolution Nr. 2 (s.o.). Andere Beispiele wurden genannt: Z.B. sei auf einer großen Londoner Demonstration gegen Arbeitslosigkeit am häufigsten die Parole „*Jagt den Ripper auf Thatcher!*“ gebrüllt worden: Der „Ripper“ hat bis jetzt 13 Frauen in Leeds umgebracht; es gibt eine große Kampagne der Frauenbewegung dazu). Sowas dürfe innerhalb der Linken nicht mehr passieren!

In der Diskussion stellte sich schnell raus, daß die von vielen Big Flame-Frauen empfundene Schwächeposition mit ihrer ziemlichen Zersplitterung und Vereinzelung zusammenhängt. Innerhalb des „National Commitee“ (Leitung von Big Flame) fühlen sich die Genossinnen als „Alibi-Frauen“ alleingelassen. Das gleiche trifft für die Genossinnen zu, die an der Zeitungsarbeit beteiligt sind.

Seit einem Jahr existiert zwar eine nationale Frauenkommission. Sie hat sich aber aus Zeit- und Geldschwierigkeiten kaum getroffen. Dieser etwas frustigen Stimmung hielten andere Genossinnen entgegen, frau habe sich trotz aller Schwierigkeiten innerhalb von Big Flame eine gute Ausgangsbasis erkämpft. So sei es keine Schwierigkeit, Frauenseiten in die Zeitung zu bringen. Die prinzipielle Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit Feminismus sei sehr hoch, wie es zum Beispiel die Sommerschulung gezeigt habe. Jetzt liege es vor allem an den Genossinnen selber, diese Position auszubauen.

Konkret wurde dann beschlossen, die Frauenkommission neu zu beleben, regelmäßige Treffen einzurichten und dabei insbesondere die Arbeit „vor Ort“ aufzuarbeiten. Sowohl das autonome Frauenstatut des KB als auch unsere Fragebogen-Aktion zur Verhütung und Sexualität stießen auf großes Interesse. Schließlich wurde beschlossen, daß Delegiertenkonferenzen in Zukunft von den Frauen gemeinsam vorbereitet werden sollen.

Zum Schluß möchte ich als Verfasserin noch etwas feststellen: Die anstrengenden Debatten liefen in einer von allen als solidarisch empfundenen Atmoshäre ab, so daß ich mich als Gast sehr wohl gefühlt habe. Deshalb möchte ich mich für die Freundlichkeit, Herzlichkeit und das Interesse bedanken, die mir und dem KB von allen entgegengebracht wurden.

England-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

P.S. *Eine Broschüre über „Lucas Aerospace“ ist über den BDP Frankfurt, Hamburger Allee, 6000 Frankfurt 90 zu beziehen.*

P.S. *Eine Broschüre über „Lucas Aerospace“ ist über den BDP Frankfurt, Hamburger Allee, 6000 Frankfurt 90 zu beziehen.*

2. Sozialistische Konferenz vom 13. - 15. Februar in Marburg

Neuer Vorstoß von Bahro gegen die Konferenzvorbereitung

Am 10.1. fand in Hannover die letzte Sitzung der nationalen Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung der 2. Sozialistischen Konferenz in Marburg statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen ein erneuter Vorstoß von Rudolf Bahro, die Konferenzvorbereitung in seinem Sinne zu kippen (s.u.) und die Festlegung der Diskussionsstruktur der einzelnen Themenkomplexe.

Danach wird die Konferenz wie folgt verlaufen: Am Freitagabend wird begonnen mit einer Plenumsdiskussion über die Frage, welche politischen und ökonomischen Entwicklungen für die nächsten Jahre zu erwarten sind und welche Gegenkräfte dagegen mobilisiert werden können. Hierzu werden einige Eingangsthesen verlesen. Der Sonnabend wird weitgehend in Seminarform stattfinden. Schwerpunktthema ist dabei, welche Politik die Gewerkschaften gegen die Rechts- und Krisenentwicklung in der BRD betreiben und worin Ansätze für eine linke Gewerkschaftspolitik liegen. Die Arbeitsgruppen werden zu konkreten Fragen der Gewerkschaftsarbeit stattfinden: Lohn- und Tarifpolitik, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Mitbestimmung.

Vorbereitet wurden ebenfalls Frauenarbeitsgruppen, die unter das Thema: Gibt es einen sozialistischen Feminismus? gestellt wurden. Diese AGs werden n u r für Frauen offen sein, was einer Reihe von Männern schon wieder Magenschmerzen bereitet hat.

Differenzen gab es um die Gestaltung des dritten Tages mit dem Thema: Internationale Lage/Kriegsgefahr? Wolfgang Krüger (Köln) hatte für die Kölner Vorbereitungsgruppe den Vorschlag gemacht, eine rein politisch-strategische Diskussion über die Fragen: Blockunabhängigkeit der BRD, Entwicklung des Ost-West-Konflikts und alternative Verteidigungsmodelle zu führen. Der vorher in der Koordinierungsgruppe diskutierte Vorschlag für einen friedenspolitischen Aufruf dieser Konferenz sollte entfallen.

Dagegen stand ein Vorschlag der Hamburger Friedenskoordination, die Diskussion an den konkreten Möglichkeiten einer Friedenspolitik zu beginnen. Das heißt, über Nachrüstungsbeschlüsse, Atombewaffnung usw. zu diskutieren, worin dann auch die politisch-strategischen Fragen eingebettet werden könnten.

Zwischen beiden Positionen konnte keine Übereinstimmung er-

kutieren, worin dann auch die politisch-strategischen Fragen eingebettet werden könnten.

Zwischen beiden Positionen konnte keine Übereinstimmung er-

zielt werden, so daß schließlich der Kompromiß gefunden wurde, im Einleitungsbeitrag für diesen Teil beide Ansätze einzubeziehen und die Richtung der Diskussion von den Teilnehmern entscheiden zu lassen.

Übereinstimmung bestand jedoch bei allen Vertretern in der Koordinierungsgruppe darin, daß die Friedenspolitik eine entscheidende Frage der nächsten Jahre sein wird. Es wurde deshalb beschlossen, der Konferenz vorzuschlagen, die nächste Konferenz allein unter dieses Thema zu stellen und sich für Ende dieses Jahres für ein friedenspolitisches Forum aller Friedenskräfte einzusetzen.

Bahro und das linke Ghetto

Einen erneuten Vorstoß zur Durchsetzung seiner Vorstellungen der Auflösung der sozialistischen Organisationen hat Bahro unternommen. Gegenwärtig wird über die Zeitschrift „Kritik“ (Bahros bevorzugtes Theorieblatt) eine Unterschriftensammlung unter der linken Prominenz durchgeführt. Diese trägt den bezeichnenden Titel: „*Für den Ausbruch aus dem linken Ghetto*“. Er wirft den bisher in den Vorbereitungsgruppen vertretenen Kräften vor, daß es durch sie keine „*reale Chance der Öffnung*“ der Konferenz gebe. Seiner Vorstellung nach müßte die Konferenz geöffnet werden für „*engagierte Christen beider Konfessionen*“ und für „*mit der CDU/CSU verbundene Exponenten der evangelischen Sozialethik wie der katholischen Sozialethik.*“ Nun braucht man gegen diese Menschen nicht einmal etwas zu haben, um die Frage aufzuwerfen, was das dann noch mit einer s o z i a l i s t i s c h e n Konferenz zu tun hat.

Organisatorisch gehen seine Vorstellungen dahin, die gesamten drei Tage in Kleingruppen zu diskutieren, wobei es da interessant wird, wo er angibt, w e r die Ergebnisse einer solchen Konferenz bestimmen soll: „*Die abschließende Darstellung der Ergebnisse kann nicht auf der Konferenz selbst erfolgen, sondern muß auf der Grundlage des aus den Gruppen hervorgegangenen Materials von einem Ausschuß zu einem Buch gestaltet werden.*“ Im Klartext heißt dies: 1000 Sozialisten diskutieren in Kleingruppen und zehn Prominente legen die Ergebnisse fest! Was dieser Vorschlag mit den „neuen Umfangsformen“, die von Bahro vehement gefordert werden, zu tun hat, ist nicht feststellbar, ist dies doch d i e Form, wie solche Konferenzen bisher immer abgelaufen sind.

Die von Bahro benutzte Parole vom „Ausbruch aus dem linken Ghetto“ findet jedoch weit über seine Person Anklang. Beschrieben wird damit erst einmal nur der Zustand der Isolierung der Linken in der BRD.

Wenn man jedoch schon historische Parallelen zieht, sollte man auch die damalige Bedeutung nicht vergessen. Ghettos, das waren die Stadtteile, in die die jüdischen Bürger z w a n g s w e i s e vertrieben wurden. Aus ihnen herauszukommen, wäre nur möglich gewesen, wenn insgesamt die Diskriminierung der Juden aufgehoben worden wäre. Ein individueller Ausbruch war nur denkbar bei gleichzeitiger Leugnung der eigenen Identität. Aber selbst dieser Weg war immer nur für einige wenige möglich.

Bahro empfiehlt nun der Linken, aus dem Ghetto durch Aufgabe der sozialistischen Identität auszubrechen, Anleihen bei allen möglichen Ideologien (Ökoligismus, neuerdings Christentum) zu machen. Genausowenig wie jedoch der Antisemitismus durch Leugnung der jüdischen Identität bekämpft werden kann, kann der Antikommunismus (eine wesentliche Voraussetzung für die Isolierung der Linken) durch Aufgabe der sozialistischen und kommunistischen Organisationen bekämpft werden.

In der Diskussion der nationalen Koordinierungsgruppe waren sich alle beteiligten Kräfte einig, daß die Vorschläge und die Vorgehensweise von Bahro eine Gefährdung der Konferenz bedeuten. Es wurde abgelehnt, nach seinem Vorschlag zu verfahren. Angeboten werden soll ihm, sich inhaltlich an von ihm aufgeworfene Fragen zu beteiligen.

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Spendenliste seit AK 193: TECHNIK AK-Spende
Jü, KB/Gruppe Hamburg 1040,–
Druck/HBV-Bereich 500,–
Al. Lehrerbereich 500,–

Spendenliste seit AK 193:	TECHNIK	AK-Spende
Jü, KB/Gruppe Hamburg	1040,–	
Druck/HBV-Bereich	500,–	
Al, Lehrerbereich	500,–	
An, Lehrerbereich	300,–	
Wo, Lehrerbereich	600,–	
An, AG Frauen	400,–	
KB-Eltern	305,–	
aus dem Lehrerbereich	1000,–	
Hi, KB/Gruppe Bremen	500,–	
M., KB/Gruppe Bremen	800,–	
H., KB/Gruppe Bremen	500,–	
j, KB/Gruppe Bremen	100,–	
Ch. B, Quickborn		122,48
J.v.S.	100,–	
M.B., Hagen	100,–	
Lehrerzelle Hamburg	900,–	
KB/Gruppe Bremerhaven	1250,–	
U.S., Westberlin	500,–	
W.P., Hamburg	1000,–	
B., Quickborn		100,–
KB/Gruppe Dortmund	139,50	
KB/Gruppe Dortmund	550,–	
Sympathisanten Trier	500,–	
KB/Gruppe Freiburg (aus der Weihnachtsschulung)	1082,92	
B.M.H., Göttingen	500,–	
G.M., Göttingen	300,–	
G.k., Aurich	30,–	
J.R., Hamburg	250,–	
KB/Gruppe Bremen		70,–
J.N., Freiburg		50,–
ÖTV-Bereich Hamburg		51,–
N.N., Altona		50,–
Ein Gen. aus Altona	450,–	
A.W., Bergedorf	50,–	
F. aus Mailand		10,–
Kinderkommission	30,–	
Insgesamt seit AK 192	14.277,42	453,48
Stand AK 192	63.438,–	34.865,15
Insgesamt AK 193	77.715,42	35.318,63

Damit fehlen noch 22.284,58 DM zur Erreichung des Spendenziels für die Technik.

Spendenkonto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank AG Hamburg
Konto 450 175 500
Bankleitzahl 200 800 00

So lügt die DKP

Daß der DKP keine Lüge zu dumm ist, wenn es um den Kampf gegen ‚linke‘ Konkurrenz geht, ist mittlerweile weithin bekannt. Aus leicht verständlichen Gründen steigert die DKP ihre Lügenhetze insbesondere zu Wahlkampf-Zeiten. So behauptete die DKP-Tageszeitung „UZ“ am 1.10.80, wenige Tage vor der Bundestagswahl, die „Volksfront“ (Wahlverein der KPD/ML) habe z u g e g e b e n, mit der CDU/CSU zusammenzuarbeiten. Die Meldung war selbstverständlich frei erfunden. Die „Volksfront“ reagierte angemessen mit einer presserechtlich garantierten Gegendarstellung. Die „UZ“ verweigerte den Abdruck, wollte sich offensichtlich beim Lügen nicht stören lassen. Die „Volksfront“ gab nicht auf, sondern ging vor Gericht und bekam schließlich recht: Am 9.12.80 mußte die „UZ“ die Gegendarstellung abdrucken. Zugleich nutzte sie die Gelegenheit zu neuer Diffamierung: Daß die „Volksfront“ sich „*hilfesuchend an die bürgerliche Justiz*“ gewendet habe, zeige eindeutig „*welche Politik solche pseudoradikalen maoistischen Spaltergruppen tatsächlich betreiben und wessen Geschäfte sie eigentlich besorgen*“. Denn die „UZ“ sei „*die einzige Tageszeitung in der Bundesrepublik, die tatsächlich und nachprüfbar die Interessen der arbeitenden Menschen konsequent vertritt*“. So eine wertvolle Zeitung darf, nein muß selbstverständlich auch mal lügen, wenn die Interessen der arbeitenden Menschen es so erfordern. Drum wurde zugleich mit dem Abdruck der „Volksfront“-Gegendarstellung in der „UZ“ eine neue Lüge nachgeschoben: In der Wohnung des CDU-Mitgliedes Grau seien (während des Wahlkampfes) „*2000 Plakate der ‚Volksfront‘ und übrigens auch das entsprechende Druckklischee gefunden worden*“ („UZ“, 9.12.80). „UZ“-Leser müssen ungewöhnlich dumm und vergeßlich sein — zumindest schätzt ihre Redaktion sie so ein. Die „UZ“ selbst hatte nämlich seinerzeit über den Vorfall berichtet: Grau, ein Provokateur in der „Grauzone“ zwischen CDU/CSU und Rechtsradikalismus, hatte Plakate drucken und kleben lassen, die etwa den Text hatten „Lieber die Russen in Heidelberg (o.ä.) als die CDU in Bonn“. Diese Plakate waren in provokatorischer Absicht als J u s o - Plakate aufgemacht. Laut damaligen „UZ“-Bericht fand sich auf den Plakaten auch das Wort „Volksfront“ — was die „UZ“ damals schon in gewohnter Blödheit als Beweis einer CDU-Wahlwerbung für die „Volksfront“ interpretierte. Die neue Version (Graus Fälschungen seien „Volksfront“-Plakate gewesen) ist aber noch erheblich dreister.

Wer solche bewußt eingesetzten Lügengeschichten liest, der kann sich auch vorstellen, wie es zustandekommt, wenn in der „UZ“ Italiens „Rote Brigaden“ mal als Faschisten und mal als CIA-Agenten bezeichnet werden, wenn CIA-Kontakte polnischer Oppositionsgruppen konstruiert werden usw. usf. Die „UZ“ ist das einzige bundesdeutsche Lügenblatt, das konsequent im Interesse der arbeitenden Menschen lügt.

El Salvador: Der Sieg und die Zukunft gehören uns!

Fortsetzung von Seite 1

Erfolge der bewaffneten Kräfte

Zum Beginn der Offensive wurden mehr als 10 Radiosender gleichzeitig besetzt und die Bevölkerung zur Erhebung aufgerufen.

Unter den zahlreichen Angriffen auf Kasernen und militärissche Einrichtungen war der erfolgreichste der auf den Luftwaffenstützpunkt Ilopango in der Nähe der Hauptstadt, bei dem ein erheblicher Teil der Luftwaffe zerstört werden konnte. In Santa Ana, der zweitgrößten Stadt des Landes liefen zwei Offiziere und Dutzende von Soldaten zur FMLN über, sprengten ein Munitionsdepot in die Luft, die ganze Kaserne ging in Flammen auf und zahlreiche Regierungssoldaten desertierten. Die Regierungsjunta bezeichnete den Vorfall als einen ,,*bedauerlichen Verrat*'' (,,NZZ'', 15.1. 81). Ebenfalls am Samstag und Sonntag wurden in 15 Stadtteilen am Rande San Salvadors Barrikaden gebaut, Zufahrtswege gesperrt.



Während die Kämpfe in der Hauptstadt im Laufe der Woche nachließen, hielten heftige Gefechte in verschiedenen Provinzen an. Santa Ana soll trotz Angriffen durch die Luftwaffe weiterhin teilweise befreit sein.(,,taz'', 16.1. 81)Bisher wurde die Hauptstadt der Provinz Morazan, wo sich die Guerilla schon seit Wochen gegen eine Übermacht von 5.000 Soldaten wehrt, erfolgreich gehalten (,,NZZ'', 11.1. und ,,FR'', 18.1.81).

Ebenfalls heftig umkämpft ist die Stadt Zacatecolucas, die von den Revolutionskräften teilweise belagert wird.

In sieben der insgesamt 14 Provinzen verfügt die Guerilla (FMLN) über starke Positionen, 6 Provinzhauptstädte waren zumindest zeitweilig eingenommen (,,taz'', 16.1.81).

Trotz der ständigen offiziellen Kommuniques der Junta, daß sie das Land völlig unter Kontrolle habe, mußten Angehörige der Regierungstruppen eingestehen, daß die Lage ,,*schwierig*'' sei (,,FR'', 18.1.81).

Der Generalstreik

Ab Montag, den 12.1., hatte die Oppositionsfront zum Generalstreik aufgerufen. Die Angaben über die Befolgung des Streiks schwanken zwischen ,,kaum befolgt'' und ungefähr 50 %. Als ziemlich sicher kann jedenfalls gelten, daß durch den Generalstreik nicht das gesamte Wirtschaftsleben des Landes lahmgelegt wurde. Dieser Umstand wird zum Teil von der bürgerlichen Presse genüßlich hervorgehoben und als Beweis dafür mißbraucht, daß die Unterstützung der FDR durch die Massen wohl doch nicht total sei. Dazu sagte der FDR-Vertreter auf der Hamburger Großveranstaltung am 17.1.81: Es sei unmöglich, einen Streik in El Salvador mit einem Streik in der BRD zu vergleichen. Die Beteiligung am Streik in El Salvador ist für viele eine Frage von Leben oder Tod. Bei den Arbeitern, die nicht zur Arbeit kommen, erscheint eben das Militär oder eine Bande des Patron, die beide nicht lange fackeln. Absicht der FDR sei es gewesen, die Beamten, Lehrer, Angestellten der Ministerien und staatlichen Einrichtungen in den Streik einzubeziehen. Dies sei weitgehend gelungen, ebenso haben die Arbeiter der Bus- und Transportunternehmen teilweise mitgestreikt. Dies alles sei in einer Situation, wo die Erschießungskommandos ständig bereit stehen, ein großer Erfolg. Auch hier ist wichtig, daß der Generalstreik nicht ein Mittel zum sofortigen Sturz der Junta sein kann, sondern ein Kampfmittel zur Mobilisierung der Bevölkerung und zur Stärkung der allgemeinen Offensive.

Die ,,Internationalisierung'' des Konflikts

Nach dem Mord an den vier nordamerikanischen Nonnen am 2. Dezember wurde der Weltöffentlichkeit mit lautem Getöse die Einstellung der US-Waffen- und Wirtschaftshilfe an El Salvador verkündet, und eine ,,Untersuchungskommission'' aus Diplomaten und FBI-Leuten wurde ins Land geschickt. Diese Kommission stellte dann fest, daß die Militärs nur auf unterster Ebene an den Morden beteiligt waren (,,NZZ'', 19.12.80).

Die Wiederaufnahme der Hilfe wurde dann nur noch von einer Regierungsumbildung abhängig gemacht, zu der die Junta auch sofort bereit war: Der gemäßigte Oberst Majano wurde aus der Junta zurückgetreten und ersetzt durch den rechtsradikalen Chef der Nationalgarde Casanove. Der rechtsradikale Christdemokrat, Duarte, wurde nun offizieller Chef der Junta. Oberst Abdul Gutierrez, rechtsextremer Gegenspieler von Majano, wurde Verteidigungsminister und Vizepräsident.

Nach dieser Regierungsumbildung, die nichts weiter als einen weiteren Rechtsruck darstellt, wurde die Wirtschaftshilfe in Höhe von 40 Mio US-Dollar wieder aufgenommen. Am 13. Januar, nach dem Beginn der Offensive der FMLN, gab die USA die Wiederaufnahme und sogar Verstärkung der Militärhilfe noch in der Carter-Amtszeit bekannt (5 Mio Dollar, 5 Kampfhubschrauber etc.).

Eingestellt worden war die Waffenhilfe sowieso nur verbal: Die mexikanische Zeitung ,,uno mas uno'' berichtete, daß am Tag nach der angeblichen Einstellung mehr Kriegsmaterial von US-Transportflugzeugen aus der Panama-Kanalzone eingeflogen wurde als in den vier Wochen davor.

Neben dieser — nun auch wieder offiziellen — Militärhilfe für die Junta, werden bereits die Vorwände für die Intervention zusammengesucht. US-Botschafter White gab bekannt, es gebe klare Beweise dafür, daß Nicaragua sein Territorium als Durchgangspunkt für Waffenlieferungen an die Guerilleros zur Verfügung gestellt habe. Damit nicht genug, es sollen auch 100 Guerilleros aus Nicaragua in der Bucht von Fonseca gelandet sein. ,,*Das verändert den Charakter der Aufstandsbewegung hier und macht deutlich, daß der Aufstand der Linken von Kreisen im Ausland abhängig ist*'' (,,FR'', 18.1.81).

Gleichzeitig ist natürlich von Kuba als Drahtzieher im Hintergrund die Rede.

Diese Art von Propaganda verstärkt alle Befürchtungen, daß eine Reagan-Regierung sich nicht mit dem offenen Kampf gegen die Volkskräfte in El Salvador ,,begnügen'' wird, sondern gleich einen Angriff gegen Nicaragua oder womöglich Kuba miteinkalkuliert.

Wer hier tatsächlich den Konflikt von Anfang an ,,internationalisiert'' hat, ist keine Frage mehr: Die Waffenhilfe der USA läuft nun auch wieder offiziell weiter, bei den Kämpfen in Morazan wurden weitere US-Militärberater gefangengenommen (,,taz'', 16.1.81); über den Einsatz der Streitkräfte aus Honduras und Guatemala gibt es bislang nur widersprüchliche Meldungen. Nachrichten über Luftangriffe und Grenzüberschreitungen wurden bisher nicht eindeutig bestätigt, sicher ist aber, daß die Truppen in Guatemala und Honduras an den Grenzen konzentriert wurden und stündlich in El Salvador einmarschieren können.

Die FDR hat inzwischen eine neue diplomatische Offensive und den Aufbau einer Gegenregierung angekündigt. Dazu wurde bereits in Mexiko ein Vorbereitungsausschuß eingerichtet.

Dies soll Möglichkeiten zu einer Verhandlungslösung eröffnen (,,FR'', 18.1.81). Mexiko hat bereits den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Junta beschlossen. Darüber hinaus gibt es Stimmen, die eine Sondersitzung des Sicherheitsrates der UNO zum El Salvador-Konflikt beantragen wollen (möglicherweise die Sowjetunion).

Die erfolgreiche Lateinamerikawoche in Hamburg und das bisherige ,,taz''-Spendenergebnis haben gezeigt, daß die Solidaritätsbewegung im Falle El Salvador in Bewegung ekommen ist.



Alle Anstrengungen in den nächsten Tagen müssen darauf gerichtet sein, eine Intervention in El Salvador zu verhindern und die Volkskräfte zu stärken.

Lateinamerika-Kommission

Blutspende-Aktion für El Salvador

Medico International organisiert zur Zeit in Hamburg eine Blutspendeaktion für medizinische Hilfe in El Salvador. Über die Arbeit von Medico International haben wir in AK 173 in einem ausführlichen Interview bereichtet.

Termine: Mittwoch, 21.1.
Freitag, 23.1. jeweils von 10 bis 13 Uhr

Ort: Krankenhaus Eilbek, Bluttransfusionsdienst

Samstag 31.1.81: Zentrale Demonstration und Kundgebung in Frankfurt mit folgenden Forderungen:

SCHLUSS MIT DEM VÖLKERMORD IN EL SALVADOR !
FÜR DIE UNTERSTÜZUNG DER VEREINIGTEN OPPOSITION FDR - FMLN !
GEGEN EINE OFFENE ODER VERDECKTE INTERVENTION DER USA UND ANDERER MÄCHTE IN MITTELAMERIKA !
FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER LATEINAMERIKAS !
GEGEN IMPERIALISTISCHE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER VÖLKER IN DER SOG. "DRITTEN WELT" !

Wir fordern:

- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, bei ihrem NATO-Partner USA deutlich zu machen, daß die fortgesetzte Einmischung in die inneren Verhältnisse in El Salvador in der Bundesrepublik mißbilligt und scharf verurteilt wird.
- Das Recht des Volkes von El Salvador auf Selbstbestimmung zu achten und weder durch wirtschaftliche noch politische Pressionen Einfluß auf die Entwicklung El Salvadors zu nehmen.
- Die revolutionäre demokratische Regierung sobald sie ausgerufen ist als die einzig legitime staatliche Vertretung des Volkes von El Salvador anzuerkennen und
- Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und die revolutionäre Demokratische Front (FDR) als die einzig legitimen politischen Vertretungen des Volkes von El Salvador anzuerkennen.

- Wir fordern die Bundesregierung, die Verbände, politischen Parteien, Gewerkschaft, Jugendorganisationen, Kirchen, Bürgerinitiativen und andere gesellschaftlichen Gruppen auf, der demokratischen revolutionären Regierung bei der Verwirklichung des auf der Grundlage von Demokratie und Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit, Souveränität und Blockfreiheit beruhenden Regierungsprogrammes dieser Regierung zu unterstützen.